MULTI KULTUR REPORT

ASYLPOLITIK. EINWANDERUNGSPOLITIK. AUFBAU DER MULTIRASSISCHEN GESELLSCHAFT. DER VERSUCH EINER ERKLÄRUNG FÜR DIE HEUTIGEN ZUSTÄNDE IN ZEITEN ‚DEMOKRATISCH' – JÜDISCHER HERRSCHAFT

SECRET PLOT TO LET 50MILLION AFRICAN WORKERS INTO EU

LABOUR MARKET: Millions of Africans could get the green light to head to Europe in search of jobs

Recommend Be the first of your friends to recommend this.

Saturday October 11,2008

By Nick Fagge in Mali

MORE than 50 million African workers are to be invited to Europe in a far-reaching secretive migration deal, the Daily Express can reveal today.

A controversial taxpayer-funded "job centre" opened in Mali this week is just the first step towards promoting "free movement of people in Africa and the EU".

Brussels economists claim Britain and other EU states will "need" 56 million immigrant workers between them by 2050 to make up for the "demographic decline" due to falling birth rates and rising death rates across Europe.

The report, by the EU statistical agency Eurostat, warns that vast numbers of migrants could be needed to meet the shortfall in two years if Europe is to have a hope of funding the pension and health needs of its growing elderly population.

It states: "Countries with low fertility rates could require a significant number of immigrants over the coming decades if they want to maintain the existing number of people of working age.

"Having sufficient people of working age is vital for the economy and for tax revenue."

„Geh beizeiten, als Gast nicht weile immer an einem Ort;
der Liebe wird lästig, der allzulang an fremdem Feuer sich wärmt.“
Germanische Prosa, Edda, Hávamál, I, 35, in: [4, Seite 104]

„Schon zu meiner Zeit war die Meinung darüber so geteilt, daß das, was für mich nur die schlichte Feststellung der Unverträglichkeit der Rassen war, wenn sie in einer gemeinsamen Umwelt leben, vom größten Teil meiner Zeitgenossen als Aufruf zum Rassenhaß und als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgelegt wurde.“
Der französische Schriftsteller Jean Raspail in: „Das Heerlager der Heiligen – eine Vision“, S. 269

„Ich kann mit Sicherheit verkünden, daß die letzte Generation weißer Kinder jetzt geboren wird. Unsere (jüdischen) Kontrollkommissionen werden, …, den Weißen verbieten, sich mit Weißen zu paaren. … So wird die weiße Rasse verschwinden, da Vermischung der Dunklen mit den Weißen das Ende des weißen Menschen bedeutet, und unser gefährlichster Feind nur Erinnerung sein wird. … Unsere überlegene Intelligenz wird uns befähigen, mit Leichtigkeit die Macht über eine Welt von dunklen Völkern zu halten.“
Aus Dr. Thomas L. Fielder’s Buch, „Candle Of Light”, S. 39; zitiert wird der Rabbi Emanuel Rabbinovich, 1952

„Wissen Sie was die zukünftigen Historiker als das wichtigste Ereignis dieses Alters betrachten werden? Es wird nicht Hitler und der Zweite Weltkrieg sein. Es wird nicht die Ausgabe der Kernenergie sein. Es wird nicht die Bedrohung durch den Kommunismus sein. Es wird der Verzicht auf die Weißen sein."
Prof. Frederick Alexander Lindemann, 1st Viscount Cherwell, enger tech. Berater Winston Churchills und, wie Kurt Zadek Lewin, verantwortlich für das alliierte Flächenbombardement auf dt. Städte
In: Roy Forbes Harrod, Macmillan, 1959, S.261-262

„Solange ihr Bewußtsein nicht erwacht, werden sie niemals rebellieren.“
Der britische Schriftsteller und Freimaurer George Orwell (Eric Blair) in: „1984“, S. 88

Inhaltsverzeichnis

1. REIZTHEMA ASYL. EIN MENSCHENRECHT? 12
2. SCHLEICHENDER UMSTURZ VON OBEN? 51
3. EINBÜRGERUNG IN DIE GLOBALE MISCHGESELLSCHAFT 68
4. LAND UND VOLK DER DEUTSCHEN AKTIV AFRIKANISIEREN .. 80
5. DIE MULTIRASSISCHE GESELLSCHAFT DAS ZIEL 98
6. DAS SYSTEM: DIKTATUR MIT FREIEN WAHLEN..... 109
7. DER NIEDERGANG DES DEUTSCHEN SCHULWESENS..... 120
8. MIT DEN GASTARBEITERABKOMMEN FING ALLES AN 133
9. TRIBALISMUS UND TERRITORIALISMUS 151
10. VOLK, GESELLSCHAFT UND KULTUR..... 164
11. DIE BRD – EIN INLÄNDERFEINDLICHES SYSTEM? 182
12. MULTIKULTUR. VOLKSTOD AUS DEMOKRATISCHER SICHT 203
13. LITERATUR – UND QUELLENVERZEICHNIS 242

1. Reizthema Asyl. Ein Menschenrecht?

„Ich hoffe, daß im Jahr 2030 oder 2050 große Anteile von Menschen aus anderen Regionen in Europa leben werden, um es ganz deutlich zu sagen, Menschen anderen ethnischen Ursprungs: schwarz, gelb oder was (auch) immer. So wird aus Europa ein Schmelztiegel aus Ost und West, Nord und Süd. Und Europa verschmilzt auch mit dem Rest der Welt."[1]

„Wenn Deutschland selbst einem 'Verrohungsprozeß' zum Opfer fiel und sich der Holocaust nicht von anderen tragischen Ereignissen abhebt, schwindet Deutschlands moralische Verpflichtung, alle aufzunehmen, die innerhalb seiner Grenzen Zuflucht suchen".[2]

Edmond W. Lachmann schreibt in seinem Buch „Chaos Asyl" auf Seite 93: „Eine multikulturelle, multinationale Gesellschaft, wie sie immer wieder von bestimmten Personen, aber auch Institutionen befürwortet und auch gefordert wird, ist im Hinblick auf das Asylwesen in Deutschland nicht möglich. Auch wenn vielfach … verkündet wird, daß dies eine Bereicherung für Deutschland und seine Bevölkerung sei, … hatten multikulturelle und multinationale Gesellschaften meist Auseinandersetzungen, Kriege und Konflikte zur Folge." [26, Seite 96]

Der deutsche Wohnungsbau vermeldet im Jahr 2012 sechs Prozent mehr Wachstum und das, obwohl die deutsche Bevölkerung weiterhin schrumpft. „In einem Land, in dem die Bevölkerung angeblich rasant schrumpft, blüht der Wohnungsbau wie lange nicht. Auch bei uns im Dorf wird gebaut wie irre. Da werden sogar städtische Wohnkomplexe aus dem Boden gestampft - zur Hölle mit dem dörflichen Ortsbild. Alles für die Stadtflüchter aus dem bereicherten und umgevolkten Rhein-Neckar-Raum. Grundschule und Kindergärten platzen aus allen Nähten. Aber nutzen wird das nichts - auch hier rennen schon gruppenweise mohammedanische Kopftuchgeschwader und beschäftigungslose Neger herum. Das Krebsgeschwür bildet überall längst Metastasen."[3] Hermann Kassander schreibt zum stetigen Wachstum der Bevölkerung in der Bundesrepublik: „Besteht man darauf, die Bevölkerung gerade im Inland, in der BRD zu erhöhen, so ist es eine reichlich mysteriöse Besessenheit unserer Politiker, diesen Bevölkerungszuwachs statt durch eigene Geburten ausgerechnet durch Eingemeindung von Ausländern zu bewerkstelligen." [27, Seite 11]

Lummer schreibt weiter, auch über Asylanten und Kriminalität: „Es gibt kleinere Gruppen aus Schwarzafrika …, die mit einer geradezu unglaublich hohen Kriminalität in Erscheinung traten.

Nachfolgend werden die Zahl der Tatverdächtigen in den alten Ländern im Jahr 1990 und deren Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik (Stand 09/1990) gegenübergestellt.

Ghanesen: 6.099 Verdächtige auf 17.854 Personen (34,0%), Nigerianer: 3.212 Verdächtige auf 8.222 Personen (39,0%), Angolaner: 1.467 Verdächtige auf 4.187 Personen (35,0%), Zairer: 1.249 Verdächtige auf 3.618 Personen (34,5%), Somalier: 1.399 Verdächtige auf 5.149 (27,1%) Personen und Gambier: 1.255 Verdächtige auf 1.632 Personen. (76,8%).

Im Klartext heißt das: Im Jahr 1990 ist auf dem Asylticket eine Welle von Kriminellen aus Schwarzafrika zu uns (herüber-) geschwappt. [17, Seite 84, 85]

Deutsche, Europäer und Weiße haben sicherlich genug eigene Probleme, Kriminelle und Bedürftige, derer sie sich annehmen müssen. Es gibt keinen Grund sich der Bedürftigen fremder[4] Volksgruppen anzunehmen. Denn während diese populieren, verschwinden wir.

---

[1] Dr. Ricardo Diez-Hochleitner, Präsident des Club of Rome, Ex-Unesco, Ex-Weltbank – ZDF, 24.01.1999
In der Bundesrepublik zählen zum Club of Rome u.a.: Reinhard Mohn†, Liz Mohn (Member of the Executive Committee Bertelsmann Foundation Bertelsmann), Werner Weidenfeld (Bertelsmann Foundation), Wolfgang Sachs (Aufsichtsratsvorsitzender von Greenpeace Deutschland), Ernst Ulrich von Weizsäcker, Richard von Weizsäcker (ehem. Bundespräsident), Klaus von Dohnanyi, Franz Josef Radermacher (Präsident des Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft). International zählen zum COC u.a. der Ex-Außenminister Henry Kissinger und Cyrus Vance, Irwin Suall (Jüdische ADL), Michael Novak (American Enterprise Institute), Max Fisher, Milton Friedman, Paul Volcker (Federal Reserve-Bank), Samuel Huntington. Der Club of Rome bekommt finanzielle Unterstützung des German Marshall Fund, der nichts mit Deutschland zu tun hat. In ihm finden sich u.a.: Milton Katz (Ford Foundation), David Rockefeller (Chase Manhattan Bank), Russell Train (Präsident des WWF, ASPEN-Institut), James A. Perkins (Carnegie Corporation), Paul G. Hoffman (Mitschöpfer des Morgenthau-Planes), Irving Bluestone, der Ex-Kanzler der Bundesrepublik, Willy Brandt und Douglas Dillon, ehem. US-Finanzminister. Nach Coleman ist allen gemein die Zerstörung nat. Identität u. Souveränität (außer der Israels). [29, Seite 36-38]

[2] Die Jüdin Deborah E. Lipstadt, Denying the Holocaust: The Growing Assault on Truth and Memory, Free Press, New York 1993; dt.: Betrifft: Leugnen des Holocaust, Rio Verlag, Zürich 1994

[3] ‚Reilinger', POLITIKFOREN.NET, „Bevölkerungsaustausch / Umvolkung – Sammelstrang", 20.11.2012

[4] BILD, „Die bittere Wahrheit über Ausländer und Hartz IV - 90 Prozent der Libanesen kriegen Hartz IV", 23.11.2011; Aus den schwarzafrikanischen Nationen Afrikas fallen Ghanesen mit 44%, Nigerianer mit 34% auf.

Ist das Grundrecht auf Asyl verfassungswidrig?[5]

Bild 1: Flüchtlinge aus dem Sudan: „Menschen mit Migrationshintergrund sind ein wichtiger Teil unserer bunten Republik. Sie bereichern *unser* Land, *wir* brauchen sie.“[6]

Ein juristisches Extrakt aus dem Jahr 1981, von Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Philip, Mannheim.
Das externe Grundrecht auf Asyl konstituiert für das deutsche Volk hohe Risiken, deren Tragweite sich jetzt auch in der Praxis zeigt. Daraus erwächst die Notwendigkeit, dieses in seiner Art ungewöhnliche Grundrecht im Kontext der Gesamtverfassung neu zu betrachten.
Der Beitrag unternimmt es, in diese Problematik einzuführen und zu zeigen, daß gewichtige Gründe gegen die Verfassungsmäßigkeit des Art. 16 II. 2 GG sprechen, obwohl dieser selbst Teil der Verfassung ist.

1. Die gegenwärtige Rechtsprechung

Art. 16 II. 2 GG lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“.
Die Verfassungsmäßigkeit dieser von Anfang an im Grundgesetz enthaltenen Grundrechtsnorm ist bisher - soweit ersichtlich - in Rechtsprechung und Literatur nicht bezweifelt worden. Alle Entscheidungen des BVerfG und der Fachgerichte gehen diskussionslos auch insofern von ihrer Rechtsbeständigkeit aus, als ihr - im Gegensatz zu den meisten anderen Grundrechten - ein Gesetzesvorbehalt nicht zugeordnet ist. Das BVerfG legt darüber hinaus den Begriff des „politisch Verfolgten“ weit aus[7]. Es hat erst kürzlich entschieden[8], nach Artikel 16 II. 2 GG in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip sei es jedenfalls ohne ausdrückliche gesetzliche Verfahrensregel unzulässig , wenn eine Ausländerbehörde gegen einen Asylbewerber vor Durchführung des Asylverfahrens aufenthaltsbeendende Maßnahmen ergreift und das Asylgesuch dabei mit der Begründung unbeachtet läßt, es sei offensichtlich mißbräuchlich.
Auch sonst konstituiert das BVerfG verfahrensrechtlich eine verfassungsrechtliche Pflicht, auf einen bestmöglichen Schutz des Grundrechts auf Asyl hinzuwirken[9].

---

[5] Neue Juristische Wochenschrift, Heft 35, 34. Jahrgang, 26.08.1981, Seite 1857 - 1862
[6] FOCUS ONLINE, „Integration – Schavan lobt türkische Elite“, 24.07.2010
[7] BVerfGE 9, 174 (180) = NJW 1959, 763; BVerfGE 54, 341 (356 f..) = NJW 1980, 2641.
[8] Beschl. v. 25.2.1981 = NJW 1981, 1436: „Ein derartiges Unterlaufen der Regelung in §§ 29 ff. AuslG verstößt gegen das Rechtsstaatsprinzip, weil das Verhalten der Verwaltung dem eindeutigen Willen des Gesetzgebers widerspricht und deshalb mit dem Vorrang des Gesetzes nicht vereinbar ist. Die rechtsstaatswidrige Mißachtung der einfachgesetzlichen Kompetenzordnung durch die Ausländerbehörde stellt zugleich einen Eingriff in den Schutzbereich des Art. II 2 GG dar.“
[9] BVerfG 52, 391 (408) = NJW 1980, 516.

Das Grundrecht auf Asyl ist mithin bis zur Stunde als subjektiver, stets bis zum BVerfG durchklagbarer und unter keinem Gesetzesvorbehalt stehender Rechtsanspruch politisch verfolgter Ausländer anerkannt. Träger dieses Grundrechts sind „alle Menschen mit Ausnahme der Deutschen, also alle Nichtdeutschen, die politisch verfolgt sind“[10]. Das Zuzugsrecht Deutscher hingegen richtet sich - auch bei politischer Verfolgung - nach dem unten näher zu betrachtenden Grundrecht auf Freizügigkeit in Art. 11 GG. Diese „Grundrechtslösung“ ist die weitestgehende in der ganzen Welt[11]. Sie hat nirgends Nachahmer gefunden. In allen anderen Ländern, soweit sie sich überhaupt zu einem Asylrecht bekennen, wird Asyl nur im Sinne einer Institution des Völkerrechts[12] gewährt, wobei die Entscheidung allein beim Aufnahmestaat liegt und nicht als subjektives Grund-Recht sogar gegen den Willen frei gewählter Parlamente durchgesetzt werden kann.

2. Kritik de lege ferenda

Der Grundgesetzgeber des Jahres 1949 ging davon aus, das Asylrecht werde nur in wenigen Einzelfällen (politisch verfolgte Nichtdeutsche aus Ostblockstaaten) akut. Die Vorstellung, dieses Grundrecht könnte einmal im großen Stil und dazu noch mißbräuchlich wahrgenommen werden, war damals absurd. Weithin lagen die deutschen Städte in Trümmern, die ungeheure Kraftanstrengung, 12 Millionen aus den Ostgebieten vertriebenen Deutschen hier ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, war noch in vollem Gange, weitere Probleme stellten sich durch die dauernde Fluchtbewegung aus der Sowjetzone. Inzwischen ist die Szene in unvorhersehbarer Weise geändert: Die Weltbevölkerung hat sich in den gut 30 Jahren seit Bestehen des Grundgesetzes von 2,5 auf knapp 5 Milliarden Menschen fast verdoppelt, zahlreiche Staaten haben „Bevölkerungsüberschüsse“. Verdoppelt hat sich mithin auch die Zahl der potentiell Berechtigten aus dem Grundrecht des Art. 16 II. 2 GG. In vielen Ländern gibt es „Verfolgungen“ mit oder ohne politische Elemente, die rechtsstaatlich verfaßten Demokratien bilden zahlenmäßig eine kleine Minderheit. Durch das Zusammentreffen günstiger - jetzt aber schwindender - Umstände, insbesondere die Möglichkeit billiger Energieversorgung, wurde außerdem die Bundesrepublik Deutschland zu einem prosperierenden Industriestaat, der aus wirtschaftlichen Gründen Zuwanderungswillige anzieht. Zusätzlicher Sog entsteht durch ungewöhnlich großzügige - auch für Ausländer geltende - Angebote des Sozialstaates. Aus diesem Grunde sind gegenwärtig rd. 95% aller Asylgesuche nur wirtschaftlich motiviert und damit rechtsmißbräuchlich. Die einschlägigen Tatsachen sind im Detail Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen, auf welche hier verwiesen werden muß[13].

„Genau um die Frage eines Nachweises geht es ja hier. Wenn man aktuell von Massen spricht, so ist dies immer eine ‚Momentaufnahme‘ mit maximal lokaler Gültigkeit. In der Nähe meines Wohnortes (Gießen) sollen aktuell bis zu 2.000 Asylbewerber in einer ehemaligen US-Einrichtung untergebracht werden, die ersten sind schon da, es handelt sich im Schwarzafrikaner, die hier nun in Gruppen zu 20 und 30 in Breite, von ein bis eineinhalb Spuren, spazierengehend die Straße blockieren und pöbeln, wenn man hupt. Das war der Ausgangspunkt der Diskussion, die schließlich die hier im Strang von mir gestellte Frage aufwarf: Wie viele von der Sorte gibt's eigentlich aktuell?“[14]

---

[10] Maunz, in: Maunz-Dürig, GG, Art. 16 Rdnr. 44.
[11] Kanein, NJW 1980, 1985; BVerfG 54, 341 (356) = NJW 1980, 2641; BVerfG, NJW 1981, 1437.
[12] Kanein, NJW 1980, 1985.
[13] Vgl. z. B. Kanein, NJW 1980, 1985; Zeidler, zit bei Kanein, aaO, Anm. 30; Henkel, ZRP 1980, 230; Henkel, ZRP 1980, 67; Hailbronner, ZRP 1980, 230; Hanisch, ZRP 1981, 9; Rittstieg, ZRP 1981, 153 sowie zahlreiche Darstellungen zur Sachlage in der Tagespresse. Die Kosten des Asylantenstromes gehen in die Milliarden: Starke Belastung der Sozialhilfe und des Arbeitsmarktes, personelle und finanzielle Überforderung der Justiz durch eine Flut von Asylprozessen, Beteiligung von Asylanten am Rauschgiftgeschäft etc.
[14] ‚OneDownOne2Go‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Zahl der afrikanischen Asylbewerber“, 15.01.2013

Bild 2: „Asyl sei doch ein Menschenrecht“, sagt Pastor Jürgen Hanke. 220 neue Asylbewerber (Siedler) aus der Türkei, Afghanistan und Ghana für das ruhige, vorpommerische Wolgast.[15]

Unter dem Eindruck massenhafter und unberechtigter Inanspruchnahme des Asylrechts haben sich zahlreiche Fachleute dafür ausgesprochen, das bisher vorbehaltslose Grundrecht auf Asyl durch einen Gesetzesvorbehalt einzuschränken[16]. Dadurch soll dem einfachen Gesetzgeber die Möglichkeit gegeben werden, das Asylrecht neu zu überdenken und unabhängig von einer starren und durch die soziale Entwicklung fragwürdig gewordenen Grundrechtsvorschrift so zu regeln, daß die Lebensinteressen des deutschen Volkes einerseits und die bisher ganz einseitig bevorzugten Belange Asylsuchender andererseits angemessen gegeneinander abgewogen werden können. Alle diese Autoren gehen wohl aber davon aus, daß den immer bedrängender werdenden Mißbräuchen hinsichtlich Art. 16 II. 2 GG nur de lege ferenda, also durch ein verfassungsänderndes Gesetz entgegengetreten werden könnte. Bisher ist indessen nicht ersichtlich, daß in absehbarer Zeit eine solche Grundgesetzänderung erwartet werden kann. Statt dessen wird auf der einen Seite das Grundrecht rechtspolitisch lautstark und nicht selten moralisierend verteidigt, während man auf der anderen Seite kostspielige Maßnahmen ergreift, um diejenigen, welche sich auf das Grundrecht berufen, abzuschrecken (etwa durch Einrichtung von Sammellagern, Versagung der Arbeitserlaubnis, Beschränkung der Sozialhilfe auf Sachleistungen etc.). Das Grundrecht auf Asyl erweist sich in der Praxis immer mehr als Versprechen, das mit wachsender Quantität der Ernstfälle nicht gehalten werden kann. Unter diesen Umständen ist es erforderlich, dieses „Grundrecht auf Asyl“ unter den Verhältnissen der heutigen Zeit einer erneuten verfassungsrechtlichen Würdigung zu unterziehen.

Bemerkenswert nicht nur die offene Forderung des afrikanischen Asylanten Tawfik Lbebidy nach einer angemessen Unterbringung in einer komfortablen Stadtwohnung, sondern vielmehr, daß er die Auffassung hat, seine Forderung an die Deutschen sei so etwas wie sein moralisches Recht, wobei er sich auf die jüngere deutsche Vergangenheit beruft.

„Tawfik Lbebidy wies auf die Isolierung des Gehlberger Lagers hin. „Depressionen und Selbstmordversuche sind keine Seltenheit“, schildert er das tägliche Leben. Lbebidy fordert die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft und die dezentrale Unterbringung in Städten wie Arnstadt und Ilmenau. Die Ausländerpolitik Deutschlands nannte der Sprecher „rassistisch“. Viele Deutsche hätten vergessen, daß zwischen 1933 und 1945 und in der DDR-Zeit Hunderttausende ihre Heimat verlassen mußten. Da erwarteten Ausländer heute eine menschlichere Einwanderungspolitik.“[17]

[15] TAZ, „Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern – Mitten im Leben“, 10.10.2012

[16] In diesem Sinne Zeidler, zit. bei Kanein, NJW 1980, 1985; Sendler, ZRP 1980, 291; Hailbronner, ZRP, Kanein, aaO 1980, 230; Schmidt-Kaler, FAZ v. 30.9.1980; Schilling, FAZ v. 29.3.1980; Philipp, FAZ v. 01.04.1980 und 30.05.1981.

[17] Südthüringer Zeitung, „Asylbewerber auf Protestkurs – Forderung: Gemeinschaftsunterkunft Gehlbert schließen“, 25.07.2008

Bild 3: Die Bundesrepublik und seine Nomenklatura reden den sich selbst eingeladenen Fremden ein, daß sie gar einen (Rechts-) Anspruch auf die Ressourcen[18] des deutschen Volkes hätten.

3. Verfassungswidrige Verfassungsnormen?

Das Unterfangen, eine im Grundgesetz stehende Norm auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen, wäre von vornherein aussichtslos, wenn es „begrifflich" verfassungswidrige Verfassungsnormen nicht geben könnte. Indessen hat das BVerfG schon früh ausgesprochen, daß es ein überpositives Recht gibt und das BVerfG auch berufen ist, das gesetzte Verfassungsrecht selbst daran zu messen[19].

Eine Verfassungsnorm kann insbesondere dann selber nichtig sein, wenn sie grundlegende Gerechtigkeitspostulate, die zu den Grundentscheidungen dieser Verfassung selbst gehören, in schlechthin unerträglichem Maße mißachtet[20]. Einschränkend meint das BVerfG allerdings, die Wahrscheinlichkeit, ein freiheitlich demokratischer Gesetzgeber werde diese Grenze irgendwo überschreiten, sei so gering, daß die theoretische Möglichkeit originärer verfassungswidriger Normen einer praktischen Unmöglichkeit nahezu gleichkomme[21]. Auf der anderen Seite ist aber weiter einzubeziehen, daß ursprünglich (originär) verfassungsgemäße Gesetze im Laufe der Zeit verfassungswidrig werden können, wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse entscheidend geändert haben. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf das Urteil des BVerfG vom 12.03.1975 zur Frage der Gleichbehandlung von Witwer- und Witwenrenten in der gesetzlichen Rentenversicherung verwiesen[22]. Während das BVerfG früher in den Rentenversicherungsgesetzen enthaltenen erschwerenden Voraussetzungen der Witwenrente ausdrücklich für verfassungsgemäß erklärt hatte, entschied es jetzt, daß sich diese bisher verfassungsgemäße Regelung wegen einer starken Veränderung der tatsächlichen Lebensverhältnisse nunmehr „in Richtung auf die Verfassungswidrigkeit hin" bewege. Es leitete deshalb aus dem Grundgesetz einen Verfassungsauftrag für den Gesetzgeber ab, bis Ende 1984 eine Neuregelung vorzusehen - die seit Jahren heftig diskutierte „Reform 84".

---

[18] Als Ressourcen soll die Gesamtheit der Mittel verstanden sein, die sich das Volk zum Leben und Überleben auf seinem eigenen Boden selbst geschaffen hat. Neben der Infrastruktur mit über die Jahrhunderte gebauten Städte und Dörfer, dem Wohnraum, Kindergärten, Schulplätzen, Lehrstellen, Fabriken (Arbeitsplätze) etc. gehört dazu auch das soziale Netz einer Gemeinschaft mit seinen finanziellen Unterstützungen für unverschuldet in Not geratene. Fremde können gar keinen (Rechts-) Anspruch auf diese durch Arbeit geschaffenen Ressourcen anderer Völker haben.

[19] Vgl. den Überblick bei Leibholz-Rinck, GG, Einführung Rdnrn. 16, 18.

[20] BVerfGE 3, 225 = NJW 1954, 65.

[21] BVerfGE 3, 225 (231) = NJW 1954, 65; BVerfGE 4, 294 (296) = NJW 1955, 1674.

[22] BVerfGE 39, 169 = NJW 1975, 919.

Einschlägig sind in diesem Zusammenhang weiter die grundlegenden Ausführungen des BVerfG zur richterlichen Rechtsfortbildung im „Soraya-Beschluß“ vom 14.02.1973 (Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts)[23]. Darin wird hervorgehoben, die Rechtsprechung sei an „Gesetz und Recht“ gebunden, ein enger Gesetzespositivismus abzulehnen. Prinzipielle Lückenlosigkeit der positiven staatlichen Rechtsordnung gebe es nicht, mit dem „Altern der Kodifikationen“ wachse die Freiheit des Richters zu schöpferischer Fortbildung des Rechts. Die Norm stehe ständig im Kontext der sozialen Verhältnisse, ihr Inhalt könne und müsse sich unter Umständen mit ihnen wandeln. Einen Konflikt der Norm mit materiellen Gerechtigkeitsvorstellungen einer gewandelten Gesellschaft könne sich der Richter nicht mit dem Hinweis auf den unverändert gebliebenen Gesetzeswortlaut entziehen. Der Richter sei in solcher Lage nicht gehalten, eine Regelung durch den Gesetzgeber abzuwarten. Diese Erkenntnisse müssen - bei aller gebotenen Behutsamkeit der Anwendung - auch für die Verfassung selbst gelten, soll nicht gerade diese Grundlage allen positiven Rechts verknöchern und schließlich als lebensfremd von der Rechtsgemeinschaft abgelehnt werden. Es ist mithin davon auszugehen, daß auch Verfassungsnormen entweder von vornherein oder aber infolge tiefgreifender Änderung der tatsächlichen Verhältnisse im Nachhinein verfassungswidrig sein oder werden können. Nach geltendem Verfassungsrecht ist es prinzipiell möglich und sinnvoll, auch eine Verfassungsnorm auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen.

4. Einwendungen gegen die Verfassungsmäßigkeit von Art. 16 II. 2 GG

Wie schon ausgeführt wurde, enthält das ausschließlich für Ausländer geltende Asylgrundrecht keinerlei Gesetzesvorbehalt. Abgesehen von sehr weitgezogenen „immanenten Schranken des Asylgrundrechts“[24], wenn der Asylsuchende konkret die freiheitlich demokratische Ordnung der Bundesrepublik bekämpft, besteht bei politischer Verfolgung im Auslandsstaat das Recht auf Asyl, d. h. das Recht auf Einwanderung, uneingeschränkt.

b) Nach Art. 11 I. GG genießen alle *Deutschen* Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet. Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind u. a. auch Staats- oder Volkszugehörige mit Sitz in der DDR oder in den unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung stehende Ostgebieten.

Inhalt des Grundrechts auf Freizügigkeit ist nicht nur die Freizügigkeit „im“ Bundesgebiet, sondern auch die Freizügigkeit „in das“ Bundesgebiet[25]. Werden mithin Deutsche innerhalb der DDR oder in den Ostgebieten politisch verfolgt, so regelt Art. 11 I. GG für sie die gleiche Problematik, mit der sich Art. 16 II. 2 GG im Hinblick auf politisch verfolgte Ausländer befaßt.

Ein gravierender Unterschied zwischen beiden Normen liegt aber darin, daß Art. 11 II. GG sehr weitgehende Gesetzesvorbehalte enthält, die es ermöglichen, selbst für solche Deutsche, die in der DDR oder im Ausland politisch verfolgt werden, das Recht auf Zuzug in das Bundesgebiet bis hin zu einem Verbot der Einreise einzuschränken. Im einzelnen darf durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes in das für Deutsche geltende Freizügigkeitsrecht dann eingegriffen werden, wenn

1. eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden,
2. die Einschränkung erforderlich ist, zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes,
3. zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutz der Jugend vor Verwahrlosung,
4. um strafbaren Handlungen vorzubeugen.

[23] BVerfGE 34, 269 (286ff.) = NJW 1973, 1221; im gleichen Sinne unter Einbeziehung der juristischen Methodenlehre neuestens sehr ausführlich Mertens, Die Aktiengesellschaft 1981, 116 f.
[24] Das BVerfG leugnet sogar überhaupt, das solche immanenten Schranken des Asylgrundrechts bestehen vgl. den Hinweis in BVerfGE 34, 341 (853 f.) = NJW 1973, 747.
[25] BVerfGE 2, 266, 273 = NJW 1953, 1057.

Von diesen Gesetzesvorbehalten ist auch zumindest teilweise Gebrauch gemacht worden. Der hier zu nennende klassische Fall ist das Gesetz zur Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22.08.1950[26]. Dieses Gesetz befaßt sich mit der Regulierung des damals sehr starken Flüchtlingsstromes aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetischen Sektor von Berlin. Es schränkte die Freizügigkeit dieser Deutschen in mehrfacher Hinsicht unter Berufung auf Art. 11 II. GG empfindlich ein. Zum einen wurde generell der Zuzug ins Bundesgebiet grundsätzlich verboten und von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht (Verbot mit Erlaubnisvorbehalt). Das BVerfG hat diese Regelung für verfassungsgemäß erklärt[27]. Insbesondere hat es betont, die Freizügigkeit könne im Einzelfall auch dann eingeschränkt werden, wenn eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden. ...
Der Umstand, daß ein Sowjetzonenflüchtling der Fürsorge (später Sozialhilfe) zur Last gefallen wäre, hätte nach Verfassungsrecht (in der Regel nicht nach dem Notaufnahmegesetz) ausgereicht, ihm selbst dann den Daueraufenthalt in der Bundesrepublik zu versagen, wenn er in der Sowjetzone politisch verfolgt war... Die Einführung eines Verbots mit Erlaubnisvorbehalt hat das BVerfG mit Sätzen gerechtfertigt, ... die hochaktuell sind:
„Ein Flüchtlingsstrom kann nicht so reguliert werden, daß man zunächst allen die Aufnahme gewährt und erst später den einzelnen über das Bundesgebiet sich zerstreuenden Zuwanderern nachgeht. Vielmehr ist es erforderlich, die Massenbewegung in einer Weise abzufangen, die die Möglichkeit gibt, zu einer Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 11 II. GG im Einzelfalle zu kommen und diese gegebenenfalls auch durchzusetzen. Eine bloße Registrierungspflicht würde keinesfalls genügen; vielmehr muß die Freizügigkeit innerhalb des Bundesgebietes zunächst für die Dauer des Verfahrens allgemein versagt, praktisch also suspendiert sein.“ Weiter führt das BVerfG aus[28], der Begriff „Einschränkung“ des Grundrechts der Freizügigkeit sei nicht so zu verstehen, daß er nur eine teilweise Beschränkung der Freizügigkeit erlaube: „’Einschränkung’ ist vielmehr u. U. eine Einschränkung auch des Kreises der aus dem Grundrechte Berechtigten mit der Wirkung voller Abweisung“. Bedeutungsvoll ist auch der Hinweis des BVerfG, das Notaufnahmegesetz habe nicht alle nach Art. 11 II. GG zulässigen Einschränkungen realisiert, sondern bei zwingenden Gründen der Flucht den Aufnahmeanspruch ohne Rücksicht auf die künftige soziale Lage des Flüchtlings und ihre Wirkung auf die Bundesrepublik Deutschland usw. gewährt. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß noch schärfere Einschränkungen der Freizügigkeit durch den Gesetzesvorbehalt des Art. 11 II. GG gedeckt gewesen wären. Aus den Entscheidungsgründen ist weiter zu ersehen, daß das BVerfG damals von einer „Bedrohung der sozialen und wirtschaftlichen Lage innerhalb der Bundesrepublik gerade durch die starke Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone“ ausging. Die Abhängigkeit verfassungsrechtlichen Denkens auch von den Zeitabläufen wird hier besonders deutlich. Damals tendierte das BVerfG dazu, das Grundrecht Deutscher auf Freizügigkeit stark restriktiv zu interpretieren, beim Asylrecht aber ist es umgekehrt.

[26] BGBl 1950, 367
[27] BVerfGE 2, 266 = NJW 1953, 1057
[28] BVerfG 2, 266, 284 = NJW 1953, 1057

Bild 4: Völkerscharen aller Herren Länder begehren Einlaß bei deutschen Ausländerbehörden

Vergleicht man diese für Deutsche geltende Verfassungsrechtslage einschließlich der darauf beruhenden Notaufnahmegesetzgebung mit der bisher aus Art. 16 II. 2 GG hergeleiteten Rechtstellung asylsuchender Ausländer, so fällt ein gravierender Unterschied ins Auge: Asylsuchende Ausländer sind verfassungsrechtlich gegenüber Deutschen, die außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland politisch verfolgt werden, in enormer Weise privilegiert. Während den Deutschen eine ganze Reihe schwerwiegender Gesetzesvorbehalte, insbesondere der Einwand mangelnder Lebensgrundlage, entgegengehalten werden kann, besteht das Zuwanderungsrecht politisch verfolgter Ausländer schlechthin.

Für diese Privilegierung der Ausländer gegenüber den Deutschen ist ein sachlicher Grund nicht ersichtlich. Es muß vielmehr als eine offensichtliche und sehr folgenreiche Fehlentscheidung des Grund-gesetzgebers angesehen werden, daß er die Gesetzesvorbehalte des Art. 11 II. GG nicht auch für das Asylrecht des Art. 16 II. 2 GG vorgesehen hat. Das Versäumnis mag damit entschuldbar sein, daß angesichts der damaligen Situation Deutschlands ein nennenswerter Zustrom von Ausländern außerhalb jeder Vorstellung lag, während mit einer Massenzuwanderung von Deutschen ohne weiteres zu rechnen war.

Die zu Gunsten der Ausländer und zu Lasten der Deutschen bestehende verfassungsrechtliche Ungleichheit wird dadurch aber nicht aufgehoben.

Sie ist vielmehr in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Zustrom orientalischer Asylbewerber erst sichtbar geworden. Angesichts der selbstverständlichen Pflicht eines jeden Gesetzgebers, in erster Linie die Interessen und Belange des eigenen Volkes zu wahren, hätte es nahegelegen, eher umgekehrt zu verfahren: Gesetzesvorbehalte beim Asylrecht, keine Gesetzesvorbehalte bei der Freizügigkeit. Zumindest aber wäre es unter dem Gesichtspunkt der Sachgerechtigkeit unabdingbar geboten gewesen, beide Fälle gleichzustellen und nicht die eigenen Volkszugehörigen gegenüber Ausländern verfassungsrechtlich nachgerade zu diskriminieren. Die zumindest teilweise Gleichheit der zu regelnden Sachverhalte in Art. 11 GG einerseits und in Art. 16 II. 2 GG andererseits ist anscheinend auch übersehen worden, als im Jahre 1968 Art. 11 GG durch die Einführung der „Notstandsverfassung“ geändert wurde. Selbstverständlich hätten die gleichen Vorbehalte auch für zuwandernde Ausländer eingeführt werden müssen. Die gegenwärtige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch sich gegenseitig bekämpfende rechts- und linksextreme Ausländergruppen (insbesondere Türken) sowie durch Asylbewerber, die intensiv im Rauschgiftgeschäft tätige sind[29], gibt dazu einen realistischen Hintergrund ab. Die unterschiedliche und von der Sache her nicht zu rechtfertigende Regelung gleicher oder ähnlicher Probleme in den Art. 11 und 16 II. 2 GG verstößt gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. Dieser hat in dem Grundrecht des Art. 3 GG eine eigene Ausprägung gefunden, liegt aber nach der Rechtsprechung des BVerfG der Verfassung bereits als überpositives Recht voraus. Freiheit und Gleichheit sind dauernde Grundwerte der staatlichen Ordnung. In klassischer Weise ist dies vom BVerfG bereits im ersten Band seiner Entscheidungen[30] ausgesprochen worden: Angesichts dieses besonderen Ranges des Gleichheitssatzes im Sinne eines zu den Grundentscheidungen unserer Verfassung selbst

[29] Philipp, F. A. Z. v. 30.05.1981; Erklärung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth vom 03.06.1981, BadWürtt StAnz v. 06.06.1981.

[30] BVerfGE 1, 202 (233) = NJW 1952, 657; vgl. Leibholz-Rinck, GG, Art. 3 Vorb.

gehörenden Gerechtigkeitspostulats wird man das Auseinanderdriften der Regelung des Art. 11 einerseits und des Art. 16 II. 2 GG andererseits als verfassungswidrig kennzeichnen müssen, obwohl beide Normen selbst der Verfassung angehören. Die Wahrung des allgemeinen, aus überpositivem Recht abzuleitenden Gleichheitssatzes geht vor. Es ist verfassungswidrig, bei im übrigen vergleichbarem

Bild 5: Der bundesdeutsche Verteilungsschlüssel ist kein Zufall und macht die flächendeckende Durchsetzung der multirassischen Gesellschaft überhaupt erst möglich.

Sachverhalt Ausländern den Zuzug ins Bundesgebiet verfassungsrechtlich als vorbehaltloses Grundrecht zu garantieren, während Deutschen zahlreiche Einwendungen entgegengesetzt werden können, die geeignet sind, den Zuzug zu erschweren oder gar zu verhindern. Dem steht nicht entgegen, daß das BVerfG die grundrechtliche Asylrechtsgewährleistung in allgemeiner Form mit der „Unverletztlichkeit der Menschenwürde als oberstem Verfassungsprinzip“[31] in Verbindung bringt. Damit ist weder ausgesprochen, die Unverletztlichkeit der Menschenwürde verlange eine vorbehaltlos grundrechtliche Asylgewährleistung, noch ist etwas ausgesagt über deren Verhältnis zu anderen höchstrangigen Verfassungsprinzipien, insbesondere dem Gleichheitssatz. Die Menschenwürde Deutscher ist nicht geringer als die von Ausländern.

Da die sachliche Notwendigkeit von Gesetzesvorbehalten, wie sie in Art. 11 II. GG enthalten sind, schwerlich bestreitbar ist, kann nur Art. 16 II. 2 GG vom Verdikt der Verfassungswidrigkeit betroffen werden. Eine Lösung könnte man in etwa darin finden, daß die Gerichte, insbesondere das BVerfG, die Verfassungsmäßigkeit des Artikels 16 II. 2 GG nur dann anzuerkennen, wenn sämtliche Gesetzesvorbehalte des Art. 11 II. GG auf asylsuchende Ausländer analog angewendet werden (verfassungskonforme Auslegung). Für die analoge Anwendung des Art. 11 II. GG auf das Asylgrundrecht spricht auch die weithin in Vergessenheit geratene und heute wohl auch als solche überholte Vorschrift des Art. 119 GG. Dort wird die Bundesregierung „in Angelegenheiten der Flüchtlinge und Vertriebenen“ bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.

Für besondere Fälle kann sie ermächtigt werden, Einzelweisungen zu erteilen. Unter Durchbrechung geltender Verfassungsprinzipien, insbesondere des Grundsatzes vom „Vorrang des Gesetzes“ wird hier der Verordnungsgeber sogar ermächtigt, in das Grundrecht Deutscher auf Freizügigkeit einzugreifen[32]. Diese ungewöhnliche Regelung läßt folgendes erkennen:

Dem parlamentarischen Rat war bewußt, daß speziell bei der Bewältigung von Flüchtlingsströmen jedenfalls bis zu einem gewissen Grade die praktische Handlungsfähigkeit der Staatsorgane wichtiger ist und auch verfassungsrechtlich höher steht, als abstrakte Rechtsgewährleistungen zugunsten der Zuwandernden. Darin liegt eine durchaus praxisnahe Wertung, welche für die heutige Asylrechtsproblematik nutzbar gemacht werden kann:

Sie erleichtert die Vorstellung, daß es durchaus mit den Intentionen des Grundgesetzgebers vereinbar ist, den für Deutsche geltenden Gesetzesvorbehalt des Art. 11 II. GG auch auf das Asylrecht entsprechend anzuwenden.

[31] NJW 1981, (1437): „Durch Art. 16 II. 2 GG ist das Asylrecht des politisch Verfolgten zum Grundrecht erhoben. Das Grundgesetz hat damit das Asylrecht, über das Völkerrecht und das Recht anderer Staaten hinausgehend, als subjektives öffentliches Recht ausgestaltet, an das Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung gebunden sind. Voraussetzung und Umfang des politischen Asyls sind wesentlich bestimmt von der Unverletztlichkeit der Menschenwürde, die als oberstes Verfassungsprinzip nach der geschichtlichen Entwicklung des Asylrechts die Verankerung eines weitreichenden Asylanspruchs im Grundgesetz entscheidend beeinflußt hat. Das Asylrecht wegen politischer Verfolgung soll aber nicht jedem Ausländer, der in seiner Heimat benachteiligt wird und etwa in materieller Not leben muß, die Möglichkeit eröffnen, seine Heimat zu verlassen, um in der Bundesrepublik seine Lebenssituation zu verbessern.

[32] Maunz, in Maunz-Dürig, GG, Art. 119 Rdnrn. 4, 13.

5. Verfassungswidrige Beschränkung der Volkssouveränität

Durch das Fehlen eines Gesetzesvorbehaltes für das Grundrecht auf Asyl[33] ist dem Bundesgesetzgeber (Bundestag und Bundesrat) jedwede sachliche Verfügung über diesen Gegenstand entzogen. Der Gesetzgeber kann allenfalls das Verfahren ordnen, die Substanz des Grundrechts aber in keinem Falle, selbst bei Eintritt gravierendster Notlagen im eigenen Land, antasten. Immer gehen - legt man die Verfassungsmäßigkeit des Art. 16 II. 2 GG zugrunde - die Rechte und Interessen der zuwandernden Ausländer den Rechten und Interessen des deutschen Volkes vor. Die Ausgestaltung des Asylrechts als individuelles subjektives Recht schließt es aus, die Zahl der Zuwanderer zahlenmäßig zu begrenzen. Der erste politische verfolgte Asylbewerber hat die gleichen Rechte wir der hunderttausendste, der millionste, der fünfmillionste. Nach ihrem Wortlaut ist die Grundrechtslösung ganz unbeschränkt, sie lädt praktisch die gesamte Menschheit ein, sich im Falle politischer Verfolgung auf dem kleinen, übervölkerten und ökologisch überlasteten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland niederzulassen.

Die Verfügung über einen solchen, die Existenz des Staatsvolkes schlechthin bedrohenden, Gegenstand für immer (es sei denn, es kommt eine Verfassungsänderung zustande) der Regelungsmöglichkeit des gemäß Art. 20 GG die Volkssouveränität ausübenden Gesetzgebers zu entziehen, verstößt fundamental gegen Sinn und Zweck einer Verfassung überhaupt. Dabei können die Mißbrauchsfälle vorerst sogar ausgeklammert werden. Auch wenn ein großer Teil der in aller Welt wirklich politisch Verfolgten von dem Grundrecht auf Asyl Gebrauch macht, wird die Bundesrepublik Deutschland samt ihrer verfassungsmäßigen Ordnung dieses nicht überstehen. Das liegt so sehr auf der Hand, daß im Rahmen dieser rechtlichen Untersuchung darauf verzichtet werden soll, sich Einzelheiten auszumalen. Ganz abgesehen davon, daß der parlamentarische Rat eine solche Intention niemals hatte, müßte ihm auch, wenn er sie gehabt hätte, das Recht bestritten werden. Kein Verfassungsgeber hat das Recht, durch zwingende Verfassungsvorschriften spätere Generationen dahin zu binden, daß Ausländer zahlenmäßig uneingeschränkt in das eigene Territorium einwandern, „Landnahme“ betreiben dürfen, ohne daß der jeweils frei gewählte Gesetzgeber hier regulierend eingreifen könnte.

Insofern enthält das vorbehaltlose Grundrecht auf Asyl anarchische Züge: Es schließt auf diesem Feld den das Grundgesetz gemäß Art. 20, 79 III. schlechthin tragenden Grundsatz der Volkssouveränität so gut wie aus.

Bliebe es bei der bisherigen Rechtsauffassung, so wäre zu konstatieren, daß die Souveränität des deutschen Volkes in einem entscheidenden Punkt auf jeweils autonom entscheidende Ausländer übergegangen ist. Diese könnten den Deutschen ihr eigenes Verfassungsrecht sogar dann entgegenhalten, wenn die Einwanderung die Ausmaße eines „Verteidigungsfalles“ annähme. Ein Grundrecht aber, welches nur deshalb, weil es massenhaft in Anspruch genommen wird, die Grundfesten eines Staates zu erschüttern im Stande ist, kann unmöglich zur verfassungsmäßigen Ordnung gehören, selbst wenn es als solches in der Verfassung steht. Andernfalls müßte man zugeben, daß das Grundgesetz sich selbst bereits eine Sprengkammer eingebaut hätte[34]. Angesichts der veränderten Umstände[35] kann die Jurisprudenz dem Problem mit rein positivistischem Festhalten am Wortlaut des Art. 16 II. 2 GG nicht beikommen.

Es wird mithin hier die Auffassung vertreten, daß Art. 16 II. 2 GG jedenfalls ohne ausreichenden Gesetzesvorbehalt nichtig ist, weil er den Grundsatz der Volkssouveränität in einer mit dem Wesen eines Staates schlechthin unvereinbaren Weise einschränkt. Ein Gesetzgeber bzw. eine Regierung, die nicht mehr über die Besiedlung des eigenen Staatsgebietes durch Ausländer selbst entscheiden, sondern von der Verfassung faktisch in die bloße Rolle eines Registrators verwiesen werden, können die ihnen aufgetragene Ausübung der Volkssouveränität nicht mehr leisten. Die „Einsamkeit“ der deutschen Grundrechtslösung unterstreicht das ebenso wie die Tatsache, daß es zahllose andere Wege gibt, humanitäre Anliegen sinnvoll zu verfolgen.

---

[33] Unter der Bezeichnung Asyl (lat. Asylum: „unberaubt“, „sicher“) versteht man einen Zufluchtsort, eine Unterkunft, ein Obdach und eine Freistatt bzw. Freistätte; den Schutz vor Gefahr und Verfolgung; die temporäre (zeitlich begrenzte) Aufnahme Verfolgter.

[34] Es würden dann diejenigen Recht behalten, die das Grundgesetz kritisch als eine „blecherne Rüstung in den dunklen Fährnissen, mit denen das deutsche Volk auf seinem Weg rechnen muß“ (Werner Weber, Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 3. Aufl., S. 27) bezeichneten oder meinten, nach dem Grundgesetz seien nur „Lagen außerhalb des Ernstfalles beherrschbar“ (Arnold Gehlen), beide zit. bei Krauss, Critticon 1980, 216

[35] Rittstieg sprach in einem anläßlich des 41. Deutschen Anwaltstages in Mainz am 30.05.1981 mit Recht von einem „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ des Art. 16 II. 2 GG, vgl. auch Rittstieg, ZPR 1981, 153.

Bild 6: Brandenburg, Herzberg, Kreis Elbe-Elster. Im Mai 2011 demonstrieren eingewanderte Ausländer für bessere Lebensbedingungen. Natürlich stammen die Utensilien nicht von ihnen.

Ein 30-Jähriger aus Kamerun, der seinen Namen nicht nennen wollte, und der seit sechs Monaten im Flüchtlingslager Hohenleipisch lebt, kritisiert vor allem die Isolation der Flüchtlinge in dem abgelegenen Heim. Außerdem seien die Wohnräume schlecht, es gebe keine Privatsphäre und keine Sicherheit, so der junge Mann. Ferdinand Ngninkeleji pflichtet ihm bei. Er kommt ebenfalls aus Kamerun, lebt seit sieben Jahren in Deutschland und engagiert sich in der Flüchtlingsinitiative Berlin/Brandenburg. Nach Angaben des Flüchtlingsrates Brandenburg sind 120 Flüchtlinge in dem Heim in Hohenleipisch gemeldet.[36]

„Wie im Streit um die Frage, ob die Bundesrepublik trotz millionenfacher Einwanderung als Einwanderungsland bezeichnet werden darf, wurde auch hier die bloße Anerkennung der Wirklichkeit, daß Deutschland durch die Einwanderung längst eine multiethnische und multikulturellere Gesellschaft geworden ist, mit ablehnenden Reaktionen beantwortet. Gleiches widerfuhr den Forderungen deutscher Multikulturalisten nach rechtzeitiger politischer Integration, der sich in Zukunft noch verstärkenden kulturellen und ethnischen Pluralität Deutschlands. Obwohl die führenden Vertreter des Mainstreams des deutschen Multikulturalismus, seien dies Heiner Geißler, Jürgen Micksch, Daniel Cohn-Bendit, Claus Leggewie oder Jürgen Habermas, stets die Geltung des Grundgesetzes für alle Zuwanderer betont hatten, wurde ihnen das Etikett des Kulturrelativismus aufgeklebt. Geburtshilfe für einen Vielvölkerstaat oder für eine ethnokulturelle Mosaikgesellschaft mit vielen Parallelgesellschaften waren weitere Vorwürfe, die ebenfalls nicht gerechtfertigt waren.“[37]

Innenminister Volker Bouffier (CDU) hielt es ähnlich: *„Ich bin heute in erster Linie hier, um zuzuhören"*, sagte er, bevor er auf die integrative Kraft vor allem der Sportvereine hinwies. Dort heiße es herkunftsübergreifend „mein Verein, meine Mannschaft". …

Außerdem verwies Hahn[38] auf die Chancen einer Gesellschaft mit Zuwanderern. *„Für uns ist es eine Bereicherung, in einer Gesellschaft zu leben, die durch ihre Vielfalt besticht. Weltoffenheit und viele unterschiedliche kulturelle Einflüsse lassen uns lebendig bleiben und stoßen gesellschaftliche Weiterentwicklungen an."*[39]

Dr. Peter Gauweiler (CSU) hält dem entgegen: „Wenn die Regierung sich schon ein neues Volk suchen möchte, sollte sie das alte vorher fragen.”[40]

---

[36] LAUSITZER RUNDSCHAU, „Kreis Elbe-Elser hält an Heim-Standort fest“, 23.03.2011

[37] Dr. phil., Dr. rer. pol. h. c., Prof. em. Dieter Oberndörfer, „Politik und Zeitgeschichte“ (B 1-2/2001), aus: „Die Hausordnung der multikulturellen Gesellschaft Deutschlands ist das Grundgesetz“

[38] WIESBADEN. Der hessische Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) hat eine deutliche Benachteiligung von Einwanderern in Deutschland beklagt. Als Beispiel nannte der liberale Politiker, daß unter Menschen mit ausländischen Wurzeln die Arbeitslosigkeit sowie die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen „dramatisch höher“ seien als bei Einheimischen. Junge Freiheit, 15.09.2009

[39] Hanauer Anzeiger, „Erste hessische Integrationskonferenz schafft Aufbruchstimmung“, 15.09.2009

[40] BILD, „Deutschland braucht ein Referendum“, 13.01.1999

Bild 7: Selbst wenn alle Flüchtlinge hochqualifiziert bzw. hochintelligent, oder gar politisch verfolgt wären, was niemand behaupten kann, selbst dann kann man im eigenen Interesse ihre millionenfache Ansiedelung auf dem Territorium des deutschen Volkes nur ablehnen.

Im Kontext all der gegen Deutschland gerichteten Vernichtungspläne sind viele der politischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte zu begreifen, unter anderem der Beitritt zur UNO, der Vertrag von Maastrich, das Schengener Abkommen, die Einführung des Euro, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Agenda 2010, die Hartz-Reformen, die EU-Verfassung – über die das deutsche Volk bezeichnenderweise ebenfalls nicht abstimmen durfte! – und schließlich das neue Zuwanderungsgesetz, duch das künftig unter fadenscheinigen Vorwänden weitere Millionen Ausländer in Deutschland einwandern sollen. Ermöglicht werden diese Invasionen durch einen Passus im Zuwanderungsgesetz zum Schutz von sogenannten ‚nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgten', denen das Siedlungsrecht in unbegrenzter Zahl in der BRD garantiert wird. Zum besseren Verständnis:

Es geht um Nichtverfolgte. Es geht um solche, die behaupten, jemand in ihrem Heimatort möge sie nicht bzw. sie seien in der Familie diskriminiert … Diesen Nichtverfolgten, diesen völlig normal lebenden Menschen aller Herrenländer wird die BRD künftig dasselbe Bleiberecht angedeihen lassen, wie sogenannten politisch Verfolgten. Sie erhalten also ein grundgesetzliches Siedlungsgrundrecht zuerkannt. Das neue Zuwanderungsgesetz wird explizit zum Inhalt haben: ‚Die Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund."[41] …

Noch einmal zur Verdeutlichung, da kein Normalbürger soviel Chuzpe besitzt, das alles verdauen zu können: Nichtverfolgte werden als ‚Verfolgte' anerkannt und erhalten grundgesetzliches Siedlungsrecht. Hierin sind sich SPD/GRÜNE und CDU/CSU vollkommen einig. Bei der Hereinholung von Nichtverfolgten bestehen hier keine Meinungsverschiedenheiten. Diese neue Multimillionen-Einfuhr von Fremden dürfte im Zusammenhang mit dem jüdischen UN-Plan des Herrn Levy stehen, der der BRD auferlegt, bis zum Jahre 2025 weitere 44 Millionen Fremde siedeln zu lassen. Dann wären die letzten Deutschen als Volk tatsächlich ausgelöscht. „Durch eine simple mechanische Übertragung gelangen die Demographie-Experten der UNO also zum Ergebnis, der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften betrage nicht weniger als 159 Millionen Menschen, von denen … gar 44 Millionen auf Deutschland entfallen."[42] [25, Seite 159, 160]

Wie bewertet man einen Staat, der systematisch die essentiellen Interessen seiner Bürger leugnet und deren ethnische Lebensmöglichkeiten und die seiner Kinder zielgerichtet einschränkt?

[41] WELT, 06.05.2004, S.2
[42] Libération, Paris, 05.01.2000

Bild 8: Junge Flüchtlinge in Schöllnstein. In Wahrheit sind es ganz gewöhnliche junge Männer, hereingelassen, um die ethnische Identität und Zusammenhalt der Völker in Europa zu zerstören.

Irgendwo zwischen Deggendorf und Passau unweit der Donau liegt Schöllnstein, ein winziges Dorf im tiefsten Niederbayern. Es steht exemplarisch für Überfremdung und Ausdünnung auf dem Land. Das war Ende Juli 2010.

„Die Schöllnsteiner stehen Kopf: Bis zu 100 Asylbewerber sollen bald in dem ehemaligen Spätaussiedlerheim in dem kleinen Ort im Landkreis Deggendorf untergebracht werden. Am Donnerstag vor einer Woche sah es noch so aus, daß gar keine Asylbewerber nach Schöllnstein kommen: Rund 50 Bewohner einer baufälligen Unterkunft in Landshut hatten sich geweigert, vorübergehend nach Schöllnstein zu ziehen. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und inzwischen sind die ersten acht Asylbewerber schon da: vier Algerier, drei Somalier und eine Kosovarin. Laut Michael Bragulla, Pressesprecher der Regierung von Niederbayern, ist die neue Gemeinschaftsunterkunft, die die Regierung von Niederbayern vom Hauseigentümer für ein Jahr gepachtet hat, auf 100 Asylbewerber ausgelegt. „Nach und nach werden jetzt kleinere Gruppen nach Schöllnstein kommen. Wie viele Asylbewerber genau, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht sagen." Sie hätten zwar nichts gegen die Neuankömmlinge, erklären die Dorfbewohner, aber viele meinen, daß es für ein Dorf mit 70 Einwohnern zu viele sind, die nach Schöllnstein kommen. Das sieht auch Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ein. Er sicherte am Freitag zu, sich in der Angelegenheit einzuschalten."[43]

„Jetzt scheint die Bude voll zu sein. Ich wohne ein paar Kilometer von Schöllnstein entfernt, die Auswirkungen spüre ich dennoch. Kein Schritt mehr ohne Kaffer, Mohamedaner und Balkanesen. Ich weiß, ihr in den Großstädten werdet mit den Schultern zucken; ihr habt dasselbe mal Tausend. Das blöde Grinsen der schwarzen Kugelköpfe verfolgt meine Frau, genauso wie ihr es in den Städten beklagt. In Gruppen ziehen sie durch die Dörfer, genauso wie ihr es in den Städten beklagt. Kaum hier, sind sie bestens bei der Polizei bekannt, genauso wie ihr es in den Städten beklagt. Man erkennt die Methode. Ist in den Städten der Sättigungsgrad erreicht, stopft man das Material der Ausdünnung ins Land. So schafft man sich billige Arbeiter und in einigen Jahren Wählerstimmen, die das Deutsche Volk allmählich ausblenden.

Im Gegensatz zu dem, was die vor politischer Korrektheit triefende Passauer Neue Presse schrieb, weiß ich, daß man diese Neuankömmlinge ebenso gerne mag wie Mohamedaner-tempel oder die Pest. Ich kann hier reden mit wem ich will, alle sagen, sie sollen schnellstmöglich wieder abhauen. Man will sie nicht. Sie sind nicht willkommen.

In Wahrheit ist es ein gesteuerter Krieg gegen das eigene Volk. Die (se) Politik ist zudem keine Windmühle, sondern (ein) organisiertes Verbrechen, eine Mafia, die gar nicht das Recht hat, solche Dinge zu planen, geschweige denn ins Werk zu setzen."[44]

Warum sollten sich Massen irgendeines Volkes plötzlich dazu entscheiden, in ein weit entferntes, kulturell fremdes Land anderer Rasse auszuwandern, wenn sie nicht durch die Politik des Landes (bzw. der EU) dazu ermuntert werden? Wo gab es denn so etwas schon mal? Selbst bei Katastrophen flüchtet man zuerst in die Nachbarländer. Aber man reist doch nicht um die halbe Welt in ein vollkommen fremdes Land. Wenn Deutschland durch eine Katastrophe verwüstet würde, dann ginge die Masse zu unseren europäischen Nachbarn, aber ganz bestimmt nicht nach China! Dazu paßt die allgemeine Propaganda des Staates, der nicht weniger behauptet, als das ihr gedeihliches Überleben von den zuwandernden Populationen der Tamilen und Senegalesen abhängig sei. Die vielbeschworene Toleranz könnte sich im Nachhinein zu einem kolossalen Unglück entwickeln. Wer seine basalen Eigeninteressen nicht verteidigt, wird sich später anderen unterordnen müssen oder am Ende ganz verschwinden.

[43] Passauer Neue Presse, „Bis zu 100 Asylbewerber kommen ins 70-Seelen-Dorf", 30.07.2010
[44] ‚Der Deutsche', POLITIKFOREN.NET, in: „Überfremdung am Land", 23.10.2010

Bild 9: Niemand braucht sich für die Ablehnung ungebetenen Besuchs zu rechtfertigen. Deutsche, die sich in der Fremde so aufführen, würde niemand als moralisch anerkennen. Noch würden wir glauben, daß diese Deutschen gar ein ‚Recht' auf einen fremden Paß, eine Wohnung, freier Zugang zu ihren Bildungsstätten, einen Kitagartenplatz, Nahrung und Geld besäßen. Es entspricht ja auch nicht Sitte und Art der Deutschen, solch ein Verhalten an den Tag zu legen. Noch gibt es solcherart Zuwendungen in auch nur irgendeinem fremden Land.

Glaubten wir der Bundesrepublik, nehmen Asylsuchende niemanden etwas weg (Gauck). Ihre Ansiedelung sei also mit anderen Worten, völlig problemlos für die Einheimischen. Dennoch:

„Der Asylantenwahnsinn greift weiter um sich. Nachdem der Landkreis Vorpommern-Rügen bis Jahresende 612 zusätzliche Ausländer unterbringen soll, werden die Probleme direkt an die Kommunen durchgereicht. Dort stehen nun deutsche Eltern mit ihren Kindern allein da, weil im Kindergarten plötzlich Plätze für den Nachwuchs der ungebetenen Gäste reserviert wurden.

Die Bewältigung des aktuellen Asylantenansturms, der erst aufgrund der Anhebung des ‚Taschengeldes' für Flüchtlinge auf Hartz-IV-Niveau einsetzte, ist kaum noch zu bewältigen. … Die bereits bestehenden Sammelunterkünfte platzen aus allen Nähten. In Vorpommern-Rügen will man die überschüssigen Ausländer erstmal auf die einzelnen Kommunen aufteilen: 42 nach Grimmen, 35 nach Barth usw. usf. Dort werden bereits Wohnungen saniert und neu eingerichtet, damit sich die „Gäste" auch willkommen fühlen. Ein Service, von dem bedürftige Deutsche wohl nur träumen dürfen. Bereits in der nächsten Woche werden dreizehn Tschetschenen und Kurden, darunter fünf Kinder, in der Trebelstadt erwartet. … Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, haben die Asylanten auch noch Ansprüche auf alle möglichen Leistungen, u. a. auf Kindergartenplätze für ihren Nachwuchs, … In Grimmen wurden heute die ersten Eltern telefonisch darüber informiert, daß trotz vorheriger Zusage (!) plötzlich keine Kindergartenplätze mehr frei wären. Obwohl die Anmeldung rechtzeitig erfolgte und alle Fristen eingehalten wurden, seien vorhandene Plätze nunmehr für Asylantenkinder reserviert."[45]

Selbiges natürlich auch im Westen der Republik: „Acht überwiegend städtische Kindertagesstätten hatte Mariann Lange (Düsseldorf) kontaktiert, auf ihre Not hingewiesen. Einen Betreuungsplatz für ihren Sohn bekam sie nicht, obwohl ihr zweiter Sohn tot zur Welt gekommen war, sie Geld verdienen mußte. Begründung: kein ‚Migrationshintergrund'."[46]

[45] MUPINFO, „Kindergarten mit Asylantenquote – Deutsche Kinder werden nach Hause geschickt", 25.03.2013
[46] WAZ, „Öffentliche Kitas halfen Mutter in Not nicht", 11.12.2009

Mehr Ausländer, weniger Ausländerfeindlichkeit!

„Von den 83,5 Millionen Bewohnern Deutschlands sind im Jahre 2005 noch 67,1 Millionen Ethnodeutsche. Die Ethnodeutschen werden zur Minderheit, erst beim Nachwuchs und in einigen Jahrzehnten im ganzen Land. Dadurch wird der Prozentsatz derer, die Ausländer ablehnen, stetig sinken. So schafft die Demografie von alleine, was heute noch vergeblich mit milliardenschweren Programmen zu erreichen versucht wird.“[47]

Der geringe Ausländeranteil in den neuen Bundesländern trägt nach Ansicht von Maria Böhmer (CDU) zur Fremdenfeindlichkeit bei. *„Wo es geringe Erfahrungen mit Ausländern gibt, wachsen Vorurteile schneller“*, sagte Böhmer am Dienstag in Magdeburg. Ziel müsse daher sein, Ausländer in den Städten und Gemeinden besser zu integrieren (anzusiedeln und Teil des Ganzen werden zu lassen).“ *„Im öffentlichen Leben in Sachsen-Anhalt spielen Migranten eine viel zu geringe Rolle“*, bemängelte die Landesintegrationsbeauftragte Susi Möbbeck. Sachsen-Anhalt hat mit 1,9 Prozent den geringsten Anteil an Ausländern unter den Bundesländern.[48]

Dennoch unerwünschte Nachbarn. Steinbach, ein kleiner idyllischer Ort im Odenwald, soll 53 Asylanten aus Somalia, Iran, Afghanistan, Eritrea, Pakistan, Indien, Irak und der Türkei erhalten. Von immerhin 280 Wahlberechtigten des Dorfes, unterzeichneten 160 eine Unterschriftensammlung gegen das neue Asylantenheim. Bei der Ortssitzung quoll der Saal über, viele Bürger waren gekommen, um ihren Unmut über die Sammelunterkunft zu bekunden. Bei soviel Arrangement der Bürger bleibt ein ernüchternder Aspekt, denn demokratische Abstimmungen über die Aufnahme von Asylanten verlaufen überall in Deutschland negativ. Der Kreis ist nach einem bestimmten Schlüssel verpflichtet, Asylbewerber aufzunehmen, wie Ingeborg Köbel zu Beginn der Veranstaltung erläuterte. Der Bedarf an Wohnungen für Asylbewerber sei in jüngster Zeit wieder angestiegen. Im Herbst 2010 habe der Kreis Anweisung vom RP erhalten, Vorkehrungen zu treffen, die Zahl der Unterkünfte wieder zu erhöhen. Wöchentlich bekomme der Kreis neue Flüchtlinge zugewiesen. Sie kommen aus Afghanistan, dem Iran, aus Somalia, Eritrea, noch immer vereinzelt aus der Türkei, aus Indien, Pakistan und dem Irak - Familien und Einzelpersonen. Nach Prognosen, so befürchtete Köbel, werde die Zahl im Herbst sogar noch ansteigen. Zwei Nachbarn des Anwesens, das bereits von 1989 bis 2004 als Unterkunft für bis zu 70 Asylbewerber diente, führten akribisch Zustände und Umstände auf: Das reichte von Lärmbelästigung, Anpöbeleien über Diebstahl bis hin zur sexuellen Belästigung. Schließlich hätten sich selbst Polizisten nicht mehr getraut, die Ordnung wieder herzustellen.[49]

[47] DER TAGESSPIEGEL, „Mehr Ausländer, weniger Ausländerfeindlichkeit – Wie die Demographie ein deutsches Problem von ganz alleine löst“, 18.12.2006, Artikel v. Gunnar Heinsohn
[48] FOCUS ONLINE, „Integrationsexperten: Wenig Ausländer – viele Vorurteile“, 01.07.2008
[49] NOZ NEWS (Nachrichten ohne Zensur), „Steinbach: Bürger wehren sich gegen Asylanten!“, 09.06.2011

Die Städte sind voll. Nun preßt man die Siedler in das Land und in die Dörfer

Bild 10: ‚Asylanten' im oberpfälzischen Schwarzenfeld. Der Tierpraxis und der Apotheke wurden gekündigt, damit die Bundesrepublik in dem Haus diese Siedler unterbringen konnte.

„Sie kommen in immer größerer Zahl in den Kreis Neuwied (Rheinland-Pfalz): Jetzt sind die Kommunen an Rhein und Wied auf der Suche nach Wohnungen für Asylbewerber. Die Sammelunterkunft an der Hafenstraße in Neuwied ist komplett ausgelastet. Jetzt ist auch den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden im Kreis Neuwied der Ernst der Lage bewußt: In den nächsten Wochen und Monaten haben sie mit einer Flut von Asylbewerbern zu tun, die es unterzubringen gilt."[50]

Auch hier gab es einen Kommentar: „Vielleicht wäre das ja auch eine Lösung für Neuwied. Die Stadt sucht händeringend nach Wohnungen für Asylanten. Fühle mich in die schöne Zeit meines Studiums zurückversetzt, da wir Studenten für teures Geld in kalten, feuchten Kellerlöchern hausten, während die Stadt in den neu renovierten städtischen Häusern die Asylanten unterbrachte. Was hätte ich damals für einen hellen, trockenen Container gegeben!"[51]

Nach den Landkreisen Biberach und Heidenheim sucht jetzt auch Neu-Ulm dringend Unterkünfte für Asylbewerber. In dem Artikel der SÜDWEST PRESSE heißt es:

„Der Landkreis Neu-Ulm braucht dringend Wohnraum für Flüchtlinge. Das teilte Landrat Erich Josef Geßner gestern im Sozialausschuß des Kreistags mit. Die Suche nach Unterkünften für Asylbewerber gestalte sich äußerst schwierig. Geßner appellierte an die Bevölkerung:

„Helfen Sie *uns* und den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen!" Die Zahlen von Asylsuchenden sind stark angestiegen, deshalb weise die Regierung von Schwaben dem Kreis mehr Hilfesuchende zu. In der Gemeinschaftsunterkunft in Neu-Ulm sind derzeit 60 Asylbewerber untergebracht. Außerdem haben 57 dezentral zugewiesene Flüchtlinge Unterkunft in Wohnungen im Stadtgebiet bezogen. Nach dem derzeitigen Stand der Ankündigung muß der Landkreis in diesem Jahr für wenigstens 70 weitere Personen Quartiere suchen. Charlotte Berger, die Leiterin des Geschäftsbereichs „Kommunales, Ausländer, Soziales" im Landratsamt, und ihre Mitarbeiter seien bereits auf die Städte und Gemeinden im Landkreis zugegangen und haben gebeten, geeignete Gebäude oder auch Grundstücke zu melden."[52] Weitere 65 Asylbewerber kommen Ende des Jahres nach Unterwittelsbach.[53]

[50] Rhein-Zeitung, „Kommunen im Kreis Neuwied suchen händeringend Wohnungen für Asylbewerber", 15.11.2012
[51] ‚Reilinger', POLITIKFOREN.NET, „Staat stellt Container für Flüchtlinge hinter Einfamilienhäusern auf", 15.11.2012
[52] SÜDWEST PRESSE, „Landkreis sucht Wohnungen für Asylbewerber", 09.11.2012
[53] Augsburger Allgemeine, „Aichach-Unterwittelsbach – Heute kommen neue Flüchtlinge nach Aichach", 24.01.2013

Bild 11: Asylantenverteilungsschlüssel bzw. das Kolonialprogramm der Bundesrepublik: 50 Fremde ‚für' das mittelfränkische Ammerndorf im Landkreis Fürth, in der „Alten Schule".

Ähnliches im Hochschwarzwald, wo die Überfremdungsagenda der EU auf ländlicher Ebene ihre Durchsetzung findet. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald will 90 Asylbewerber in eine 360-Seelen Gemeinde unterbringen. Protestierende Bürger wird auch hier niemanden interessieren.[54]

„Seit dem Karlsruher Urteil über die Erhöhung der Sozialleistungen für Menschen, die nicht ihr eigenes Land aufbauen, sondern lieber in die Gemeinschaft des deutschen Volkes einwandern wollen, hat sich die Zahl der Asylbewerber um 30% erhöht. Kommunen und Gemeinden klagen über Platzmangel, Ferienwohnungen, Hotels und andere Unterkünfte werden angemietet."[55]

Der Ärger und das Unverständnis etlicher Anwohner der Pommernstraße ist riesig: Daß dort zwei Container geplant sind, in denen Flüchtlinge wohnen sollen, gefällt ihnen ganz und gar nicht. Die Gründe der Anwohner sind vielfältig. Die Reaktion der Stadt ist eindeutig: Es gibt keine Alternative zu diesem Standort. „Wir Anwohner der Pommernstraße und Umgebung werden uns massiv gegen ein gedeihliches, nachbarschaftliches Miteinander zur Wehr setzen! Container für Asylbewerber passen absolut nicht in ein Wohngebiet mit überwiegend Einfamilienhäusern", schreiben etwa Petra und Andrei Riazanov in einem Leserbrief. Bis zu 60 Flüchtlingen sollen in der Pommernstraße Zuflucht finden. So lautet die Planung, die die Sozialreferentin Dr. Elisabeth Preuß (FDP) in Briefen und in einem persönlichen Gespräch am gestrigen Nachmittag den Anwohnern der Pommernstraße erläutert hat."[56]

Das Ansinnen der ‚Demokraten', Container mit Asylbewerbern in Wohnsiedlungen gegen den Widerstand der Einheimischen durchzusetzen, wird wie folgt kommentiert:

„Es ist eben ein Unterschied, ob man abends auf der Terrasse sitzt und mit einem Glas Rotwein in der Hand von Multikulti schwärmt, oder ob einem ein Containerdorf mit Zigeunern vor die Tür gestellt wird."[57] Immerhin erhält das System eine „positive Bewertung":

Der „Commitment to Development" - Index (CDI) des Center for Global Development bewertet, inwieweit die 21 reichsten Staaten mit ihrer Entwicklungshilfe wirklich helfen. Über Deutschland wird geurteilt: „Die Bundesrepublik erhält auch für ihre Migrationspolitik eine positive Bewertung: das Land verzeichne eine starke Zuwanderung[58] aus armen Ländern."

---

[54] Badische Zeitung, „Altglashütten: 90 Asylbewerber sollen in ein 360-Seelen-Dorf", 25.01.2012

[55] MAINPOST, „Zahl der Asylbewerber in Unterfranken steigt stark – Regierung beklagt Raumnot und macht Taschengelderhöhung für Anstieg verantwortlich, 20.09.2012

[56] Erlanger Nachrichten, „Nicht ausländerfeindlich, sondern frustriert - Bewohner aus dem Anger wehren sich gegen die geplante Aufstellung von Containern für Flüchtlinge", 10.11.2012

[57] ‚Xarrion', POLITIKFOREN.NET, „Staat stellt Container für Flüchtlinge hinter Einfamilienhäusern auf", 12.11.2012

[58] Augsburger Allgemeine, „Deutschland nimmt die meisten Asylbewerber auf", 18.06.2012
Augsburger Allgemeine, „Zahl der Asylbewerber explodiert", 16.10.2012

Gewaltige Zuwanderung erwartet. Kein Wunder, ist doch die Sozialpolitik der Bundesrepublik darauf ausgerichtet, attraktiv für Armutsflüchtlinge zu sein.

„Deutschland steht am Beginn der größten Einwanderungs-welle seit Jahrzehnten. Forscher rechnen mit 2,2 Millionen Menschen, die bis 2017 in die Bundesrepublik kommen - vor allem wegen der Krise in Südeuropa. In der Wirtschaft sind die Zuwanderer hochwillkommen.“[59]

„Ich liebe diese westlichen Propagandaformulierungen, und diese supertollen ‚Forscher‘! Da wird ein politisch gewollter und gezielt ermöglichter Vorgang beschrieben, als ob es ein Naturphänomen wäre, welches diese supertollen Forscher (erst) aufgeschlüsselt hätten (und damit voraussagen könnten).“[60]

Wie drastisch sich Deutschlands Umverteilungspolitik von derjenigen anderer Länder unterscheidet, hat der Politikwissenschaftler Gunnar Heinsohn in einem seiner Beiträge zur Sarrazin-Debatte ausgeführt: „Die Welt kennt fünf Ränge der Sozialpolitik. Unten stehen rund 160 Nationen ohne Hilfe für soziale Notlagen. Konkurrenten wie China und Indien gehören dazu. Darüber rangieren die Vereinigten Staaten. Sie geben ihren Bürgern ein Fünfjahreskonto, mit dem sie sparsam umgehen, um bei Notlagen Halt zu finden. Vorher weichen sie auf Ersparnisse, Verwandte oder schlechterbezahlte Arbeit aus. Auf dem dritten Platz liegt ein rundes Dutzend Nationen, bei denen zwar lebenslänglich Sozialhilfe gewährt wird, diese aber sehr knapp ausfällt wie in Italien und England. Auf dem zweithöchsten Rang findet sich ein weiteres Dutzend Nationen. Auch sie zahlen lebenslänglich und dazu relativ großzügig aus, wobei Norwegen, Finnland und die Schweiz an der Spitze liegen. Den ersten Rang belegt Deutschland allein. Es zahlt ebenfalls lebenslänglich und liegt in der Höhe nur knapp hinter der Schweiz. Überdies aber gibt es den (ausländischen) Frauen auf Sozialhilfe in Form von Elterngeld Sonderprämien, wenn sie ihre risikoreiche und pädagogisch ungünstige Existenz auf weitere Neugeborene ausdehnen.“[61] [33, Seite 43, 44]

Götz Kubitschek schreibt dazu: „… daß nämlich nach Deutschland eingewandert werde, weil dieses Land sich in irgendeiner Weise fundamental unterscheiden müsse von den Herkunftsländern, und das dieser Unterschied als so schwerwiegend und verlockend angesehen werde, daß es sich lohne, die Heimat aufzugeben und in die Fremde – Deutschland – zu gehen. Diese, im deutschen Falle selbstredend deutsche Eigenart, gilt es (aber für uns) zu erhalten (und nicht an andere zu verschenken).“ [33, Seite 40]

Die Nomenklatura der Bundesrepublik läßt sich viele Annehmlichkeiten ausdenken, um das Leben der Flüchtlinge so angenehm wie möglich zu gestalten. Natürlich nicht auf eigene Kosten. Die Ressourcen hierfür entnimmt man dem Volke. Die ‚Asylanten‘ haben den Vorteil, daß die Regierung ihre gezielte Ansiedelung in den noch relativ deutschen Gemeinden und Dörfern nach einem gesetzlichen Schlüssel selbst bestimmen und so die multikulturelle Gesellschaft auch dort anstoßen kann, wo der junge Mann aus Nigeria niemals von alleine hinginge.

„Seit die Geldleistungen für Asylbewerber im August stark erhöht wurden, ist die Zahl der Asylbewerber nach Bayern stark angestiegen. Die lokale SPD-Fraktionsvorsitzende Marianne Klaffki machte sich in einer Gemeinderatssitzung dafür stark, daß auch die umliegenden Gemeinden gezwungen werden sollen, Flüchtlinge in ihrer Kommune aufzunehmen. Dafür werde sie „werben und streiten”. Die Zustände in Sammelunterkünften mache die Menschen krank, deshalb sollen Asylbewerber Mietwohnungen bekommen, so Klaffki.“[62]

---

[59] SPIEGEL ONLINE, „Migration nach Deutschland – Forscher erwarten Millionen Einwanderer“, 13.12.2012
[60] ‚JCDenton‘, POLITIKFOREN.NET, „2,2 Mio. neue Einwanderer sollen in die BRD kommen!“, 13.12.2012
[61] Gunnar Heinsohn: „Die Schrumpfvergreisung der Deutschen“, in: Jürgen Bellers (Hrsg.): „Zur Sache Sarrazin“, Berlin, 2010, S. 106f.
[62] FREIE ZEITEN, „Schloß Deutenhofen wird Unterkunft für Asylbewerber“, 30.11.2012

Afrikaner für das sächsische Plauen

Raubüberfälle auf zwei junge Deutsche und Drogendelikte im sächsichen Plauen. Am 15. Oktober 2011 erscheint eine Gruppierung von etwa 25 ausländischen Flüchtlinge und Asylanten auf dem Klostermarkt in Plauen (Sachsen) vor der Discothek „N1“ und attackierte diese mit Baseballschlägern und Pflastersteinen. Bei der Fahndung nach den Tätern konnten ein 30-jähriger Libyer, ein Tunesier im Alter von 23 Jahren und ein 28-jähriger Algerier vorläufig festgenommen werden.

Bild 12: Afrikanische Siedler aus Somalia für das bayerische Augsburg[63]

Ein 26-jähriger Tunesier, welcher vermutlich an der Tat beteiligt war, wurde auf Grund seiner Verletzungen im Helios Vogtlandklinikum Plauen stationär aufgenommen. Die Tatverdächtigen seien laut Polizei Bewohner des Plauener Asylbewerberheimes.[64] Die Kleine Anfrage des NPD-Abgeordneten Arne Schimmer enthüllt Tatsachen, die die Herrschenden den Bürgern lieber verschwiegen hätten. Aufgrund der erschütternden Vorfälle im Zusammenhang mit Asylbewerbern in Plauen – wie dem Überfall auf eine Diskothek durch 25 bewaffnete Asylbewerber und die am helllichten Tag erfolgte Vergewaltigung einer 44-jährigen Frau durch den in Plauen wohnenden Mohammed A., ein 37-jähriger Pakistaner (dessen Asylantrag im Jahr 1999 abgelehnt wurde) – stellte der NPD-Landtagsabgeordnete Arne Schimmer eine Anfrage zu Straftaten im Umfeld des dortigen Asylbewerberheims (Drs. 5/7360).

Die Antworten der Staatsregierung sind ernüchternd, da sich (der demokratische) Innenminister Ulbig (CDU) in weiten Teilen hinter angeblich nicht vorhandenen Statistiken versteckt.

So werden seiner Aussage zufolge keine Daten über körperliche Auseinandersetzungen oder andere strafrechtlich relevante Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen gesammelt. Auch lägen laut Ulbig keine Statistiken vor, die sich mit der Anzahl von Ermittlungsverfahren gegen Ausländer beschäftigen. … Doch kommt Ulbig nicht umhin, Zahlen bezüglich polizeilicher Einsätze im Umfeld des Asylbewerberheims in Plauen zu nennen. So wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 12. November 2011 74 Polizeieinsätze im bzw. im unmittelbaren Umfeld des Asylbewerberheims gezählt. In diesem Zusammenhang wurden 24 Fälle von Körperverletzungen, 18 Lärmbelästigungen, 4 Sachbeschädigungen, 9 Diebstähle und weitere Straftaten vermeldet. Das Asylbewerberheim in Plauen kann angesichts dieser Zahlen als Gefahrenherd für die ganze Stadt Plauen bezeichnet werden.[65]

Auseinandersetzungen, ethnische bzw. rassische Konflikte, Sachbeschädigung[66], Drogenhandel, Vergewaltigungen etc. sind im Umfeld von Heimen, in denen die unterschiedlichsten Völker wohnen, keine Seltenheit. Die Last trägt so oder so, das gastgebende Volk, selbst wenn die Gewalt intern stattfindet:

„Heute Nachmittag kam es zu einem Großeinsatz der Polizei im Asylbewerberheim in Eisenhüttenstadt. Grund war eine Massenschlägerei zwischen Volksgruppen aus den verschiedensten Teilen der Welt. Laut der Märkischen Oderzeitung war der Auslöser war ein Streit zwischen einer tschetschenischen Familie und einer Familie aus dem Tschad. Daraufhin schlugen sich 40 Asylbewerber, so daß ein Großeinsatz der Polizei nötig wurde. Zahlreiche Asylbewerber mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dort erhielten sie steuerfinanzierte Pflege wegen leichterer Verletzungen. Am nächsten Tag kam es im selben Asylbewerberheim erneut zu einer Massenschlägerei, an der ein Dutzend Männer beteiligt war. Wieder mußte die Polizei mit einem Großaufgebot anrücken, um die Schlägerei zu beenden.“[67]

---

[63] Augsburger Allgemeine, „Mittelfranken – Aufnahmestelle am Limit: 150 Asylbewerber in zwei Tagen“, 18.09.2012
[64] Polizeidirektion Südwestsachsen, „Plauen: Landfriedensbruch vor der Diskothek „N1“, 15.10.2011
[65] NPD Sachsen - Meldungen, „Plauen: Asylbewerberheim trägt massiv zur Kriminalitätsbelastung bei“, 10.12.2011
[66] BILD, „Brandstiftung – Bewohner zündelt im Ausländerheim“: Chemnitz-Altendorf. Ein 27-jähriger Tunesier verursachte einen hohen Sachschadden. Die 40 Flüchtlinge mußten vorübergehend evakuiert werden; 16.11.2011
[67] FREIE ZEITEN, „Volksgruppen schlagen sich im Asylbewerberheim“, 13.12.2012

Willkommen in Wandlitz

Bild 13: Bundespräsident Joachim Gauck hat sich für „offene Tore für Zuwanderer“ ausgesprochen und zugleich einen Mentalitätswandel bei der Bevölkerung im Umgang mit Asylbewerbern gefordert[68]: „Wir brauchen offene Türen für Verfolgte. Und das nicht nur wegen unserer Verfassung und unserer Geschichte, sondern auch aus ökonomischen Gründen“[69]
Joachim Gauck selbst war von mehreren, ernst dreinblickenden Personenschützern umgeben.

„Es ist alles vorbereitet. Die Zimmer sind eingerichtet, die Gemeinschaftsküchen mit neuen Möbeln und Haushaltsgeräten ausgestattet. Im Foyer des ehemaligen Internats stehen Kaffee, Tee und selbstgebackener Kuchen bereit. Letzteren haben Wandlitzer gebracht, die sich um Pfarrerin Janet Berchner geschart haben. Sie wollen die Flüchtlinge persönlich begrüßen und ihnen damit zeigen, daß sie in Wandlitz willkommen sind. Die ersten Bewohner des neuen Heimes, zehn Vietnamesen und drei junge Iraker, treffen am Vormittag ein. Sie kommen aus der Flüchtlingsunterkunft in Althüttendorf und sind bereits länger in Deutschland. Unter ihnen Phan Thi Huong, die vor einem Jahr aus Mittelvietnam nach Europa flüchtete und die letzten zehn Monate in dem Asylbewerberheim in Althüttendorf verbrachte. Als sie dort gefragt wurde, ob sie nicht nach Wandlitz umziehen wolle, zögerte sie nicht lange. Vor zwei Monaten kam ihr erstes Kind auf die Welt. Die Bedingungen für den kleinen Phan Duong Viet Duc seien in der neuen Unterkunft einfach komfortabler. Außerdem sei es von Wandlitz nicht weit nach Berlin, und dort wohne der Vater ihres Sohnes, erzählt die junge Vietnamesin. Voll des Lobes über die Ausstattung der neuen Unterkunft ist auch Thao Nguyen Van. „Wir wußten nicht, was uns hier erwartet", schildert er die Zweifel, die er und seine Landsleute hatten, als ihnen in dieser Woche die Plätze in der Wandlitzer Einrichtung angeboten wurden. „Aber es ist sehr schön hier", freut er sich nun, um dann festzustellen: „Ich habe einen Onkel, der lebt in Berlin. Der wohnt nicht so schön wie wir hier". Gegen Mittag trifft ein Bus aus dem Zentralen Aufnahmelager Eisenhüttenstadt mit 25 Flüchtlingen in Wandlitz ein. Sie kommen aus Afrika oder Tschetschenien, aus Pakistan oder Vietnam. Mehrere Familien mit Kindern sind darunter. Und während die Eltern anstehen, um sich anzumelden, ihre Zimmerschlüssel und die Grundausstattung mit Geschirr, Haushalts- und Bettwäsche in Empfang nehmen, knüpfen die Kleinen spielend die ersten Kontakte.“[70]

„Die Flüchtlings-Anlaufstelle in Dortmund ist hoffnungslos überfüllt. 350 Menschen sind allein in einer Nacht angekommen. In der Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheney herrscht eine dramatische Situation. Keine Toiletten, keine Verpflegung, keine Hilfestellung, keine Übersetzung. Die Nachbarn sind empört. Über die Menschen, die in ihren Vorgärten sitzen und in ihrer Not eben das tun, die Notdurft verrichten. … Sie sitzen auf dem wenigen Hab und Gut, auf einem Koffer. Die Familie aus Belgrad, die Großeltern, Eltern, vier Kinder. „Wir haben jetzt Hunger“, sagt die Mutter, die sich mit Englisch zumindest verständlich machen kann. … Weil sie in der Heimat mit weniger als 50 Euro im Monat die acht Mäuler nicht stopfen können, hoffen sie auf Deutschland. Und darauf, hier zumindest für ein paar Monate über- und besser leben zu können.“[71]

Das Einwanderungsrecht wird auch immer wieder mit der Geschichte und der angeblichen Schuld der Deutschen begründet: „Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg und mit ihm die bisher größte Fluchtbewegung der Geschichte ausgelöst und verschuldet. Eine kleine kompensierende Antwort auf diese Schuld ist die Anerkenntnis des nachfolgenden deutschen Staates, daß fortan politisch Verfolgte das Recht (Rechtsanspruch) auf Asyl genießen sollen.“[72]

[68] WELT ONLINE, „Bundespräsident Gauck fordert offene Tore und Herzen für Zuwanderer“, 15.01.2013
[69] JUNGE FREIHEIT, „Gauck fordert mehr Sympathie für Einwanderer“, 16.01.2013
[70] Märkische Oderzeitung, „Ankunft im neuen Domizil“, 03.01.2013
[71] WAZ ONLINE, „Asyl-Aufnahme überfüllt: - Wo sollen die Menschen denn hin?“, 10.10.2012
[72] Daniel Cohn-Bendit & Thomas Schmid, „Heimat Babylon“, Seite 261

Bild 14: Jeder Staat ist nur die Organisationsform eines Volkes. Was aber soll das nur für ein Staat sein, der den Einheimischen über ‚seine' Einwanderer droht?

Neben den deutschen Ansprechtpartnern, welche durch ihr humanitäres Gewissen zur Solidarität mit ausländischen Arbeitnehmern und zur aktiven Anerkennung der „Multikulturellen Gesellschaft" gebracht werden sollen, existiert der ausländische Adressat. Diesem werden die Gefühle der Benachteiligung und Entrechtung vermittelt, um ihn für die gesellschaftliche Veränderung zu aktivieren … Die literartische Palette des Sammelbandes war vielgestaltig. 58 deutsche und ausländische Autoren beschrieben in Erzählungen, Gedichten, Aufsätzen, Reportagen, Gesprächen und Bildern die Situation von Ausländern in der BRD. Dabei stand die Darstellung von dümmlicher deutscher „Fremdenfeindlichkeit" und den schlechten Erfahrungen von Ausländern im Vordergrund. Unter anderem wurde eine Karikatur abgedruckt, welche einige Ausländer aus dem Urlaub zurückkehren zeigt, die ein völlig verdrecktes Deutschland vorfinden. Den nächsten Schritt in Richtung Militanz bildet die „klassenkämpferische" Symbiose von Deutschen und Ausländern, wie sie in Manfred Budzinskis „Aktionsbuch Ausländer" (Bornheim-Merten, 1983) vorgestellt wurde. Neben der Erwähnung der schlechten Lebensverhältnisse von Ausländern und der Beschäftigung mit der wachsenden Fremdenfeindlichkeit wurden auf über hundert Seiten „Aktionen von Deutschen und Ausländern" angeregt und vorgestellt. Darin wurde auch nicht vor skeptisch zu bewertenden Handlungen zurückgeschreckt, wie „Mahnwachen" gegen „ausländerfeindliche" Lokale oder eine „Belagerung" der NPD-Zentrale. Eine Stufe weiter geht noch die Ausländerzeitung „DIE BRÜCKE" (Saarbrücken), welche militant für eine von einigen Ausländerfunktionären geformte „Völkerverständigung" eintritt. Dabei werden deutlich gegen Deutschland gerichtete Äußerungen abgegeben, um einen Solidarisierungseffekt unter der ausländischen Leserschaft zu erreichen. „Dieses Land ist – zu unserem Bedauern – nach Ausschwitz nicht untergegangen"[73], wird geschrieben. Asylantenwohnheime werden auf die Stufe von Konzentrationslagern gesetzt: „Ein Artikel, der es ermöglicht, die Flüchtlinge als eine bedrohliche Masse abzuwerten, ihnen Grundrechte wie Arbeit, Feizügigkeit, Meinungsäußerung abzuerkennen, sie in Sammellagern einzuquartieren, die sich nur noch in wenigem von Konzentrationslagern unterscheiden."[74] Karikaturen werden gezeigt, in denen ein als Vogel erscheinender Asylant angelockt wird, um ihn mit dem Schlachtermesser zu töten.

[73] DIE BRÜCKE, Ausg.-Nr. 32/1986, Seite 8
[74] DIE BRÜCKE, Ausg.-Nr. 33/1986, Seite 4

Bild 15: Die Zuwanderung gibt es nicht zum Nulltarif. Die Verschuldung spielt den Hochfinanz die Gemeinden und Städte in die Hände. Objekt der Kolonisation: Maingründel (Gemeinde Kutzenhausen, Bezirk Schwaben). ‚Multikultur' in einem schwäbischen Dorf mit 300 Einwohnern.

In aggressivster Form wird hier für die „multikulturelle Gesellschaft" „gekämpft": „Es werden in Europa keine Katastrophen entstehen, wenn hundert oder zweihundert Millionen Afrikaner oder Asiaten in Europa einwandern. Dieser Kontinent kann sie reichlich ernähren, und sie haben einen Anspruch darauf, weil hier die Früchte ihrer Arbeit gehortet und verzehrt werden. Solange der nordische Mensch Angst vor einem bunt gemischten Europa hat, solange er Angst vor Flüchtlingen hat, die sich zu den ‚Fleischtöpfen' hinbewegen, solange verdient er keinen Frieden."[75] [16, Seite 44, 45]

Auch Brückmann zitiert aus „DER BRÜCKE": „Erst die Tötung der ‚deutschen Seele' gibt dem antirassistischen Kampf (der Überfremdung) eine Chance."[76] [15, Seite 24]

Aus wirtschafticher Sicht ebenfalls nicht gebraucht: „Mehr als 20 Milliarden Mark Schulden hatten die hessischen Gemeinden und Kreise Ende 1996. Dies entspricht 3329 Mark pro Einwohner, so die Fuldaer Zeitung vom 26.11.1997. Der Euro-Kurier (6/95) liefert uns eine Erklärung für diese Situation: „Der Hauptgrund der Kassendefizite ist – meist verschwiegen – die Explosion der Sozialetats. Darin nehmen, je nach Lage der Gemeinde, die Kosten für Ausländer und Asylanten bis zu 40 Prozent ein, eine im Grunde unnötige Ausgabe, die aber dank der eingerissenen Verhältnisse im Bereich der Ausländer- und Asylantenwesens von den Kommunen zu tragen ist." Vereinzelt findet man in der regionalen Tagespresse eine Bestätigung dessen. Unter der Überschrift „Land droht Klage wegen Asylkosten", konnte man der Fuldaer Zeitung vom 20.05.1998 entnehmen, daß der „Kreis Darmstadt-Dieburg … Hessen im Streit um Asylkosten mit einer Klage gedroht hat. ‚Sollte das Land die Pauschale für Unterbringung und Verpflegung der Ausländer nicht erhöhen, sei ein Gang vor das Verwaltungsgericht unabwendbar', erklärte … Landrat Alfred Jakoubek (SPD). Die bislang im Monat gewährten 826 Mark pro Asylbewerber reichten für eine Kostendeckung nicht aus." [26, Seite 11, 12]

Der Müncher Merkur schrieb 1993: „Wir bezahlen für Asylanten direkt rund 40 Milliarden und indirekt noch einmal 26 Milliarden DM, insgesamt also 66 Milliarden DM jährlich. Schlimm wird es aber erst, wenn man die mehr oder weniger verschleierten Ausgabenposten, die uns die Bonner Ausländer- und Auslandspolitik aufbürdet, zusammenzählt. Das Endresultat lautet: Rund 224 Milliarden DM muß das deutsche Volk dieses Jahr aufbringen."[77]

Auch der Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Gunnar Heinsohn schrieb: „Der wahre Reichtum der Nationen besteht in der Intelligenz ihrer Bevölkerung" und er kalkulierte im Jahr 2010: „Eine Billion Euro (also durch die Einwanderung verursachte) Sonderschulden aber hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können." [78]

[75] DIE BRÜCKE, Ausg.-Nr. 33/1986, Seite 5
[76] DIE BRÜCKE, Ausg.-Nr. 42/1988, Seite 31
[77] Münchner Merkur, 12.12.1993
[78] FAZ, „Deutschland verschläft den Kampf um Talente", 24.06.2010

Bild 16: Die Forderungen auf den Punkt gebracht: Euer Haus (Land) ist nun unser Haus (Land). Eines der Plakate auf der Demonstration vom 13.10.2012 in Berlin, lautete denn auch: „Wir haben das Recht auf Leben, wie jeder andere Mensch hier". Die ethnische Waffe der ‚Demokraten'.

Kolonisierung der kleinen Schritte. Schwarze für die Dörfer in Schwaben

Die Stadtzeitung schreibt: „Bis zum Jahresende sollen noch bis zu 140 Asylbewerber zusätzlich in den Landkreis Augsburg kommen. Bei der Suche geht der Landkreis diskret vor: „Wir wollen der rechten Szene auf keinen Fall Raum geben", so Marion Koppe, Abteilungsleiterin für Öffentliche Sicherheit und Ordnung. „Auch wenn wir wissen, daß die Bürger so das Gefühl haben, sie würden zu spät mit einbezogen, glauben wir, daß die Unterbringung so ruhiger abläuft. … Derzeit sind im Landkreis Augsburg durch die Regierung von Schwaben (RvS) in Gersthofen 28, in Langenneufnach 29 und in Schwabmünchen 44 Asylbewerber in Gemeinschaftunterkünften untergebracht. In Fischach sind 13 unbegleitete Minderjährige untergebracht, in Großaitingen drei. Durch den Landkreis Augsburg sind dezentral derzeit 32 Menschen in Bobingen und 17 in Königsbrunn einquartiert, ab dem 30. Oktober werden 27 Asylbewerber in Maingründel untergebracht. Außerdem bewohnen insgesamt sechs Personen Privatwohnungen. Die Gesamtzahl der Asylbewerber liegt derzeit bei 172, ab dem 30. Oktober bei 199. 30 Prozent der Asylbewerber kommen aus Afghanistan, 28 Prozent aus Afrika, aus Äthiopien, Kenia, Nigeria, Senegal, Somalia, Sierra-Leone, Uganda. Der Anteil der Asylbewerber aus Syrien macht 20 Prozent aus. Weitere Flüchtlinge kommen aus Pakistan, Myanmar, China, dem Kosovo oder Kuba."[79]

Was für Süddeutschland gilt, gilt auch für den Norden. Aus Bremen wird berichtet:

„Die „dankbaren" Asylbetrüger aus Ex-Jugoslawien bereichern z.B. in Bremen die Kriminalstatistik in Sachen Einbruch und Diebstahl ungemein, seitdem dort im Stadtteil Woltmershausen eine Unterkunft für sie eingerichtet wurde. Im schon oben genannten Bremer Stadtteil existiert neben dem Zigeunerlager auch ein Wohnheim für überwiegend schwarze Wirtschaftsflüchtlinge. Man darf fast täglich kleine Trauben von gutgenährten, weiblichen Ballonärschen bewundern, die, mit Einkaufstüten beladen, fast permanent in ihr I-Phone brüllen, während die männlichen Exemplare in Marken-Klamotten vor wie Pilze aus dem Boden schießenden „Money-Transfer" und „Call-Shops" herumlungern. DAS ist die (multikulturelle) Realität!"[80]

[79] Die STADTZEITUNG ONLINE, „27 Asylbewerber kommen nach Maingründel", 28.10.2012
[80] ‚Helgoland', POLITIKFOREN.NET, „Asyl-Aufnahme überfüllt – ‚Wo sollen die Menschen denn hin?'", 18.10.2012

Bild 17: Das Zimmer einer Zigeunerfamilie aus Bosnien in Bad-Belzig, Potsdam-Mittelmark.

„Seit Monaten geraten die Asylbewerberunterkünfte des Freistaats Bayern nicht mehr aus den Schlagzeilen: die meisten sind hoffnungslos überfüllt, und der Ansturm aus aller Welt hält unvermindert an. Auch Münchner Unterkünfte wie die in der Baierbrunner Straße sorgen immer wieder für unerfreuliche Schlagzeilen. Jetzt enthüllte ein Fernsehbeitrag des Lokalsenders muenchen.tv die schockierende Wahrheit: allein im Jahr 2011 zog es sage und schreibe an die 6000 Angehörige der Roma-Minderheit aus Bulgarien („Zigeuner“) nach München. Und für den bevorstehenden Winter werden weitere Tausende in der Isarmetropole erwartet. …

Auch über eine besonders gefährliche Nebenwirkung der Zigeuner-Massenzuwanderung aus Bulgarien berichtete muenchen.tv erfreulich zensurfrei: in den bulgarischen Siedlungsschwerpunkten der Roma-Minderheit gebe es „epidemiologische Programme“ wegen der gehäuften Tuberkulose-Erkrankungen. Ob die Stadt München wegen des zu erwartenden Zustroms vergleichbare TBC-Programme oder andere medizinische Vorsorgemaßnahmen plane, wollte deshalb die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) in einer Stadtrats-Anfrage wissen. Daß die Sorge nicht unbegründet ist, ergab erst im April 2012 die Antwort des städtischen Gesundheitsreferats auf eine andere Anfrage der BIA. Demnach entfielen allein 2010 und 2011 jeweils 79 Prozent aller neu gemeldeten TBC-Fälle in München auf Migranten. Dank muenchen.tv wissen wir es jetzt genauer: auch was längst überwunden geglaubte Krankheiten wie TBC angeht, geht die von „unseren“ Politikern verschuldete „Bereicherung“ zum Großteil von immer neuen Zuwanderermassen aus.“[81]

Die Proteste der Asylbewerber, die natürlich nicht maßgeblich von diesen organisiert wurden, noch haben sie die professionell aussehenden Plakate, Aufkleber und Flyer designet, diese Proteste richten sich prinzipiell gar nicht gegen den Staat der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik und seine Parteien ziehen mit den Demonstranten im Grunde an einem Strang. Die Bundesrepublik betreibt als „Organisationsform modaler Fremdherrschaft“ faktisch die Zerstörung der Deutschen als Volk und Gruppe. Die Proteste richten sich daher direkt gegen die Einheimischen selbst, denen man deutlich signalisiert, daß Deutschland nicht mehr dem deutschen Volke gehört, sondern jedem, der kommen möchte. Die Proteste belegen diese Auffassung und vor allem, daß die Deutschen nichts dagegen tun können. Diese Haltung wird den Flüchtlingen, also Menschen die freiwillig zu uns, in ein ihnen fremdes Land kommen und dann drohen, eingeredet. Ihre Haltung wird darin bestärkt, daß sie zu kurz kommen und ein Anrecht hierzulande auf alle Ressourcen haben, welche die Einheimischen sich schufen. Dabei dienen die Einwanderer als ethnische Waffe. Als Waffe der Auflösung der indigenen Völker, die im Fadenkreuz der eigentlichen Herren Europas, der Hochfinanz, stehen.

[81] KOMPAKT NACHRICHTEN, „Tausende Roma im Anmarsch? - 6000 kamen allein 2011 – und mit ihnen die Tuberkulose“, 26.10.2012

Tribalismus und disharmonische Gesellschaft

„Bei uns (Bayern) überzieht die Gemeinde sämtliche leerstehende Gebäude mit sog. Planfeststellungsverfahren, das verhindert erstmal, daß der Landkreis dort Flüchtlinge unterbringen kann. Wir hatten mal eine leerstehende Traditionsgaststätte, die dann mit Asylanten gefüllt wurde. Diese warfen ihre Essensrationen und Exkremente aus dem Fenster, der gesamte Müll landete in Nachbars Garten, schließlich haben die Asylanten die Bude abgefackelt. Seither unternimmt die Gemeinde alles, um weitere Asylanten mit allen Verwaltungstricks zu verhindern."[82]

Am 21. August 2009 wird der 18-jährige Kevin Wiegand in Schöppingen, einer Gemeinde im Norden Westfalens (ca. 7.400 EW) erstochen. Der Täter, Muhammad M, ein 28-jähriger Asylbewerber aus dem Irak, war erst wenige Wochen zuvor in die Zentrale Unterbringungsanstalt für Asylbewerber (ZUE) in Schöppingen aufgenommen worden. …

Muhammad M. war in der ZUE als Einzelgänger bekannt und hatte in und außerhalb des öfteren Frauen bedrängt und belästigt. Er trug stets ein Messer mit 18cm langer Klinge bei sich. Am Tag der Tat hatte er die Ablehnung seines Asylantrags zugestellt bekommen. Abends versuchte er dann, sich an einer privaten Party zu beteiligen. Er wurde aber abgewiesen, bekam aber eine Flasche Bier gereicht. Mit Hilfe der leeren Flasche schlug er auf die Scheibe eines Schlecker-Marktes ein, um sich Geld zu beschaffen. Gegen 22.00 kehrte er zur Party zurück, belästigte ein Mädchen, nahm ihr das Mobiltelefon ab, gab es nach Aufforderung wieder zurück und trollte sich in den Park. Dorthin ging auch Kevin Wiegand kurze Zeit später mit einer Freundin. Muhammad M. belästigte auch dieses Mädchen, und nach einem kurzen Wortwechsel stach er Kevin von hinten mit einem Messer nieder. Kevin schleppte sich zurück zur Feier, konnte noch einen Hinweis auf den Täter geben und brach zusammen. Ein Notarzt versuchte, ihn zu reanimieren. Die Rettung schlug fehl, Kevin starb. Muhammad M. war mittlerweile ins Asylbewerberheim geflüchtet. Dort nahm ihn die Polizei wenig später fest. Prozeßauftakt war am 3. Februar 2010. In seiner Aussage behauptete Muhammad M., Kevin habe ein Mädchen sexuell belästigt. „Sie rief um Hilfe. Dann gab es Streit, und ich habe zugestochen. Es tut mir leid."[83] Die Eltern Kevins und seine Freundin reagierten entrüstet auf diesen Versuch, den Mord als so etwas wie Nothilfe darzustellen. … Für die Westfälischen Nachrichten war der Tatverdächtige nur „ein Mann – wohnhaft ebenfalls in Schöppingen", den die Polizei „an der Pforte einer Wohnunterkunft" habe festnehmen können. … Die Presse zitierte die Befürchtungen lokaler Politiker, dieser Angriff eines Ausländers auf einen Deutschen könnte verallgemeinert werden und in der Bevölkerung zuwanderungskritische Anschauungen hervorrufen. Vehement wurde betont, daß es sich um einen „Einzelfall" handele. Vor allem der Pfarrer der Gemeinde sorgte sich im Gespräch mit der Lokalpresse mehr um den Anstieg der Fremdenfeindlichkeit bei jungen Deutschen, als um deren Sicherheit.[84]

---

[82] ‚Freikorps', POLITIKFOREN.NET, „Kindergarten mit Asylantenquote! – Deutsche Kinder werden nach Hause geschickt!", 27.05.2013

[83] BILD, „Hier steht Kevins feiger Mörder vor Gericht", 03.02.2010

[84] Zu der Tat äußert sich Pfarrer Wolfgang Böcker von der örtlichen Gemeinde, denn wichtig sei es jetzt keine Ausländerfeindlichkeit zu schüren. „Von einigen Jugendlichen kamen derartige emotionale Reaktionen", so der Pfarrer. Polizei, der Jugendhausleiter und der Pfarrer trafen sich darum heute Mittag, um Maßnahmen dagegen zu ergreifen. „Es war die Tat eines Einzelnen, man darf nichts verallgemeinern", so der Pfarrer.
Quelle: wm.tv GmbH & Co. KG

„Wie viel muß noch passieren? Es wird von Jahr zu Jahr schlimmer in Schöppingen. Es reicht noch nicht, daß die Asylbewerber in der sogenannten Wohnunterkunft umsonst wohnen dürfen, Geld bekommen ohne je was hier getan zu haben, nein es reicht nicht. Es mußte ein Unschuldiger sterben. Müssen wir jetzt jeden Tag mit der Angst leben, daß jemand aus unserer Familie, unserem Freundes- und Bekanntenkreis das gleiche geschehen kann? Die Medien lassen verkünden, daß die Schöppinger jetzt Ruhe bewahren sollen. Aus welchem Grund? Sollen wir zulassen, daß noch mehr passiert? Was wird der Pfarrer sagen, wenn es zu noch einem Mord kommt? Auf seine Kommentare können wir gut und gerne verzichten! Zwei Tage vor der schrecklichen Tat, hat mir jemand gesagt, daß man nicht mal mehr tagsüber alleine durch Schöppingen laufen darf. Und das ist auch so. An jeder Ecke stehen sie und der Mörder von Kevin ist mit Sicherheit nicht der einzige gewesen, der ein Messer in der Tasche hat. Warum mußte es soweit kommen? Mein Beileid an die Familie von Kevin.“[85]

Am 16.12.2009 wird die 18-jährige Gymnasiastin Susanna Hinkel († 18) in einem Dresdener Asylantenheim ermordet aufgefunden. Täter ist der 32-jährige Asylbewerber aus Pakistan, Syed Asif R. Susanna wies schwerste Würgemale auf. Ihr ganzer Körper war zerschunden, der Täter gab bei seiner Einreise mehrere Identitäten an.

Die frühere EKD-Vorsitzende Margot Käßmann auf dem Kirchentag in Hamburg vor 100.000 Christen, „Gerechtigkeit ist und bleibt ein zentrales Thema.“ Damit meint sie nicht eine Gerechtigkeit für die Völker oder gar das der Deutschen. „Sie nennt den Umgang deutscher Behörden mit Asylsuchenden als moderne Beispiele für die Willkür, von der die biblische Geschichte berichte. ‚Soll das Recht in unserem Land sein, daß Menschen sich nicht frei bewegen dürfen, nicht arbeiten dürfen, nicht zur Schule gehen können?‘ fragte sie mit Blick auf die Regeln für Flüchtlinge in Deutschland.“[86]

„Nun ist die aus Kirchensteuern üppig besoldete Spritnatter nicht so dumm, als daß sie nicht wüßte, daß Deutschland das liberalste Asylrecht der Welt hat. In keinem anderen Staat der Welt erhält ein Fremder durch das bloße Aussprechen der Silben ‚A-syl‘ einen Aufenthaltsstatus, der bis zur vollständigen Staatsbürgerschaft erstarken kann, selbst dann, wenn - wie es in 97 Prozent der ‚Asylsuchenden‘ der Fall ist - falsche Angaben und Betrug im Spiel sind. Die Fakten und die Tatsache, daß das geltende Ausländerrecht mit seinen noch bestehenden geringen Beschränkungen vom Bundestag beschlossen und vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsgemäß befunden wurde, scheren die verdammte Pharisäerin nicht. Käßmanns Ziel ist es ganz offenkundig, die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer beschleunigten Besiedelung Deutschlands mit Fremden und der Vernichtung des deutschen Volkes durch Überfremdung entgegenstehen. Käßmanns theatralisch inszenierte Scheinfrömmigkeit dient nicht den Menschen, sondern dem Götzen ‚Multikulti‘.“[87]

Die MAZ schreibt zu der ‚Willkür‘ (der die Deutschen ausgesetzt sind): „Auf dem Band liegen ein Päckchen Kaffee und süße Frühstücksflocken. „6,98 Euro, bitte“, sagt die Kassiererin freundlich. Die 25-jährige Mary Karanja zahlt aber nicht mit Bargeld, stattdessen klaubt sie einen Zehn-Euro-Gutschein aus ihrem Portemonnaie. Rund 186 ihrer 354 Euro Sozialleistungen bekommt die Kenianerin (Kenia ist 6.250km von Deutschland entfernt. Kenianer gehören einem völlig anderen Rasse- und Kulturkreis an), die im Asylbewerberheim in Stolpe-Süd lebt, jeden Monat vom Landkreis in Form dieser Wertgutscheine.“[88]

Mit der Masseneinwanderung Fremder verändert sich natürlich das ehemals traute Zusammenleben der Einheimischen. Aus einer ehemaligen Abstammungsgemeinschaft wird eine anonyme Gesellschaft von Fremden, die sich mitunter wechselseitig mißtraut.[89]

Eine Richterin im Amtsgericht Eisenhüttenstadt (Brandenburg), Heidemarie P. schreibt zu der Asylproblematik: „Flüchtlinge seien Asyltouristen, die zu einem Heer von Illegalen gehören, die ihren Lebensunterhalt in der Regel durch Straftaten verdienen, meist Schwarzarbeit."[90]

---

[85] ‚Schöppering‘, POLITICALLY INCORRECT, „18-Jähriger erstochen“, 24.08.2009
[86] WAZ, „Kirchentag-Besucher feiern Margot Käßmann wie einen Popstar“, 02.05.2013
[87] ‚Strandwanderer‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Margot Käßmann - Hohepriesterin der Umvolkung“, 02.05.2013
[88] Märkische Allgemeine, „Supermarkt behält das Rückgeld – Henningsdorfer Filiale verweigert Flüchtlingen Wechselgeld“, 25.07.2013
[89] Ranschbach, 14.11.2011. Vier bewaffnete Migranten brechen in einen südpfälzischen Winzerhof ein und ermorden den 17-jährigen Enkel des 72-jährigen Hausbesitzers mit vier Messerstichen. Der 18-jährige Libanese Salim Berger aus Insheim wird zu einer achteinhalb Jahre langen Jugendstrafe verurteilt.
[90] DAS ERSTE, „REPORT MAINZ – Justiz gnadenlos”, 02.07.2013

Die in der Bundesrepublik 1998, in Klammern die Zahlen aus dem Jahr 1984 zum Vergleich, ermittelten 628.477 nichtdeutschen Tatverdächtigten verteilen sich nach Art und Anlaß ihres Aufenthaltes wie folgt:
Asylbewerber[91] 111.677 (15.952), Arbeitnehmer 101.376 (67.630), …, Stationierungsstreitkräfte 2.886 (9.304) und Sonstige 163.071 (34.523). Wobei unter dem Punkt ‚Sonstige' Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber mit Duldung, Flüchtlinge und andere Personengruppen gehören.[92] Die Punkte Touristen, Studenten und Gewerbtreibende wurden hierbei außer Acht gelassen. [17, Seite 86]
Tribale Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien sind immer möglich und lassen sich auch durch kein Gesetz unterbinden. Im sächsischen Zittau wird am 05. Juli 1992 der 18-jährige Holger Müller aus Olbersdorf erstochen. Täter waren Asylanten aus Mosambik. Dieser Mordtat waren Schlägereien zwischen Einheimischen und Schwarzen vorausgegangen. Die Staatsanwaltschaft erklärte, der Deutsche habe die drei schwarzafrikanischen Asylbewerber angegriffen. Haftbefehl wurde nicht erlassen, weil eine Notwehr nicht auszuschließen sei.
Die Deutsche Presseagentur berichtete am 16. Januar 1992 von 219 körperlichen Angriffen auf Ausländer und Asylanten im Jahre 1991. Die Medien berichteten darüber.
Im Jahre 1989 verübten Ausländer in Deutschland 43.334 Körperverletzungen, Raubdelikte und Vergewaltigungen. Im Jahre 1990 wurden 86.700 Asylanten straffällig. Die Medien übten sich in Schweigen. Auch Mecklenburg-Vorpommern wird flächendeckend mit Asylbewerbern aus aller Herren Länder ‚angereichert'. In ihrem Artikel schreibt die MUPINFO (Nachrichten für Mecklenburg und Pommern): „Nachdem die zentrale Aufnahmestelle des Landkreises auf dem Stralsunder Dänholm bereits restlos überfüllt war, brachte man die nächsten Asylanten deshalb erst einmal in dezentralen Wohnungen in der Stadt Grimmen unter. Natürlich wurden die Bürger der betroffenen Stadtteile gar nicht erst nach ihrer Meinung gefragt. Stattdessen durften plötzlich leerstehende Wohnungen nicht mehr vermietet werden und deutschen Eltern wurden selbst zugesagte Kindergartenplätze wieder gestrichen. Nach und nach folgen auch alle anderen Städte im Landkreis, die per Schlüsselzuweisung zur Aufnahme der Asylanten genötigt werden. Jede Kommune soll in Eigenregie Unterkünfte bereitstellen. Die Verwaltungen sind überfordert und die Folgen scheinen schon vorprogrammiert: ethnische Konflikte der verschiedenen Nationen untereinander und auch mit Einheimischen. Egal ob Bergen auf Rügen, Grimmen, Barth oder Bad Sülze, überall müssen die Kommunen nun für jahrelange Mißwirtschaft in der Region büßen. Der hausgemachte Wohnungsleerstand, hervorgerufen durch mangelnde Perspektive, Arbeitslosigkeit und Abwanderung zahlreicher Landsleute, soll schon bald mit Fremden aus aller Herren Länder aufgefüllt werden. Geht es nach den Kreisverwaltungen werden nämlich besonders die leerstehenden Wohnungen als Unterkünfte für den Asylantenansturm ins Auge gefaßt. Kritik an dieser Politik versucht man so klein wie irgendwie möglich zu halten und gegebenenfalls als ‚rassistisch' oder ‚rechtsextremistisch' zu diffamieren."[93]
Im Jahr 2011 waren Afrikaner an sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung 14,88 (1.488 Prozent) mal so oft, wie Deutsche beteiligt. An Totschlag waren sie 9,59 (959 Prozent) und an gefährlicher Körperverletzung 5,61 (561)-mal so oft, wie Deutsche.

[91] Fulda, 31.10.1997. Ein 27-jähriger pakistanischer Asylbeweber fordert eine 13-jährige zum Beischlaf auf. Fulda, 19.05.1998. Ein 25-jähriger Kosovo-Albaner vergewaltigt ein 14-jähriges Mädchen aus Eichenzell Wölfersheim, 26.08.1996. In einem Maisfeld wird eine 30-jährige Frau von einem ‚farbigen Täter' vergewaltigt. Fulda, 22.08.1998. Die Horrorfahr einer jungen Frau aus dem Vogelsberg, die sich 5 Stunden lang in der Gewalt eines marokkanischen Asylbewerbers befand und von diesem geschlagen, getreten und gewürgt wurde. Sein Asylantrag wurde bereits am 03.12.1993 abgelehnt (!).
Überherrn. Ein Mädchen hielt sich abends mit einem befreundeten Jungen in der Nähe des Friedhofs auf. Als sie gegen 19:30 Uhr nach Hause ging, wurde sie von einem dunkelhäutigen Mofafahrer verfolgt, angehalten und in den nahen Wald verschleppt. Dort vergewaltigte er sie. (Saarbrücker Zeitung, 26.05.1994)
[92] Bulletin der Bundesregierung, „Entwicklung der nichtdeutschen Tatverdächtigen", 25.05.1999, Seite 291
[93] „MUPINFO, „Asylantenansturm sprengt Kapazitätsgrenze", 05.04.2013

Bild 18: Gegen Kolonialismus sein, aber für die Kolonisierung der europäischen Völker?
Was steckt denn hinter unserem langsamen Genozid? „Ich kann mit Sicherheit verkünden, daß die letzte Generation weißer Kinder jetzt geboren wird. Unsere Kontrollkommissionen werden, …, den Weißen verbieten, sich mit Weißen zu paaren. … So wird die weiße Rasse verschwinden, da die Vermischung der Dunklen mit den Weißen das Ende des weißen Menschen bedeutet, und unser gefährlichster Feind nur Erinnerung sein wird. … Unsere überlegene Intelligenz wird uns befähigen, mit Leichtigkeit die Macht über eine Welt von dunklen Völkern zu halten."[94]

„Ich habe gestern und heute meinen Freund in der Asylbewerberstelle besucht. Deren Personal wird gerade aufgestockt um die Anzahl der Asylbewerberanträge zu bearbeiten, die natürlich ständig mehr werden. … Informationen aus der Front was wirklich derzeit los ist ! Die Medienberichte sind geschönt!
1. Die Asylanten haben solche Ansprüche, das ist schon fast unverschämt!
2. Manche verlangen Hotelunterbringung und weigern sich in die Sammelunterkünfte zu gehen! Wir hatten Schwarzafrikaner die in Blechhütten gelebt haben und jetzt auf einmal Verlangen daß Milch und Honig fliest! Die Polizei kommt fast jeden Tag weil die meist männlichen Asylanten Straftaten begehen! Wie ich heute und auch gestern beobachten konnte, handelt es sich bei den Asylanten zu einem Großteil, wenn nicht sogar zu 99%, wirklich nur um Wirtschaftsflüchtlinge. Die werden überhaupt nicht politisch verfolgt, die lügen, daß sich die Balken biegen. … Es sind fast nur männliche Asylanten, die hier sich breit machen wollen! Vor allem Afrikaner, nur männlich. … Deutsche Arbeitnehmer bekommen nach jahrelanger oder jahrzehntelanger Arbeit genauso viel wie ein Afrikaner der hierher kommt und noch nie gearbeitet hat. Der kurz zu vor noch in einer Blechhütte gehaust hat. Die bekommen, sobald sie da sind, Bargeldleistungen und Gutscheine für Lebensmittel, Bekleidung usw. Unterkünfte werden ebenfalls gestellt, zu Not „Unterbringung im Hotel". Die ganzen Afrikaner machen die ganzen deutschen Frauen an, heute war ein besorgter Ehemann da, der das alles nicht mehr dulden will. … Wir mußten heute Klamottengutscheine (einlösbar beim C&A) in Auftrag geben! Die ganze Asylfamilie konnte sich sogar neu einkleiden, während der deutsche Michel sich dreimal überlegt, ob er die Hose kauft usw. Das ist doch alles zu kraß. … Alle System Menschen im Forum sollten doch einfach mal an einer Asylbewerberstelle ein Praktikum machen. An den 2 Tagen wo ich war kam 17-mal die Polizei! … Viele Afrikaner nutzen Ebay und andere Plattformen für Vorkassenbetrug oder Sie bestellen Waren aus dem Internet die sie nicht bezahlen. Die Polizei möchte natürlich die Information, wo diese Asylanten untergebracht sind. Hinzu kommt, daß jeder Asylant, bis sein Antrag entschieden ist, sofort Barleistungen bekommt. Und vor allem es sind keine Asylanten, sondern Wirtschaftsflüchtlinge. … Wenn ich einen Afrikaner frage wo seine Frau und Kinder sind, sagen sie „die sind Zuhause " geblieben. Dann sage ich immer, „Aha, die werden also nicht politisch verfolgt, nur Sie, aber Ihre ganzen Verwandten läßt man in Ruhe?"[95]

[94] Dr. Thomas L. Fielder's Buch, „Candle Of Light", S. 39; zitiert wird der Rabbi Emanuel Rabbinovich, 1952
[95] ‚JobcenterMitarbeiter, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Kollegen aus der Asylbewerber Abteilung besucht", 16.07.2013

Bild 19: ‚Einwanderer' oder Eindringlinge? „Wir bleiben alle" oder „we will rise" – vor solchen Sprüchen (das eine ist eine Zumutung, das andere eine Drohung) lassen sich die Fremden einspannen. Die Achtung territorialer Integrität ist aber auch ein untrügliches Zeichen staatlicher Souveränität und das Zeichen eines freien Volkes. Die postulierte Losung, das die Heimat der Deutschen allen zustünde und das Fremde gar ein Anrecht (‚Recht') auf das Haus der Deutschen haben, ist ein sicheres Zeichen versklavter (unter Fremdherrschaft stehender) Völker.

Helmut Brückmann schreibt: „Wie verhält es sich mit dem „Rassismus"? Was von der Negativbedeutung des Wortes „Nationalismus" gesagt wurde, kann in entsprechender Weise auf „Rassismus" und andere Wortbildungen mit „-ismus" übertragen werden. Wer wollte bezweifeln, daß die Rassen ganz normale Bildungen der Natur sind! Wie kann es denn Rassismus sein, wenn Menschen lediglich ihren Platz in der Ordnung der Schöpfung bewahren wollen, so wie die Naturschützer um jede Tierart kämpfen, die vom Aussterben bedroht ist? …

Sind wir am Ende aber doch Ausländerfeinde? Die Behauptung ist so unsachlich, wie die zuvor ausgesprochenen. Die öffentliche Auseinandersetzung darum trägt hysterische Züge. Salzia Landmann nennt sie „irrational" und massenpsychotisch" (Deutschlandfunk, „Schalom", 24.11.1991). Kaum einer der sogenannten Ausländerfeinde ist wirklich ein solcher. Die so Bezeichneten sind Feinde von (fremden) Eindringlingen in den angestammten Heimatraum des (eigenen) Volkes, nicht von Ausländern! So hat vergleichsweise kein Mensch etwas gegen Passanten auf der Straße oder ist gar deren notorischer Feind. Aber jeder hat etwas gegen solche Passanten, die von der Straße hereinkommen, sich in der (eigenen) Wohnung breitmachen und die gleichen Rechte beanspruchen, wie der Wohnungsinhaber. Man ist also kein „Passantenfeind", sondern, wie gesagt, ein Feind von Eindringlingen. Diese Dinge liegen so klar auf der Hand, daß hier alles auf einen bewußten Mißbrauch der Sprache deutet.

Auch Salzia Landmann geißelt solchen Mißbrauch. In der Welt am Sonntag vom 10.11.1991 schreibt sie: ‚Übrigens tut man den Rabauken, die sich momentan in Deutschland und mitunter auch in der Schweiz durch kriminelle Aktionen gegen einzelne Asylanlagen oder Asylantenheime hervortun, Unrecht mit dem Vorwurf des ‚Rassismus'. Es geht ihnen absolut nicht um die Rasse der Asylanten. Sie haben nichts auszusetzen an Exoten jeder Couleur, würden nicht einmal gegen grüne Marsmännchen etwas einwenden, sofern diese als Feriengäste oder Handelsdelegierte einreisen. Sie protestieren einzig gegen die Zumutung, beliebige Völkermassen aufnehmen und ernähren zu müssen, sofern die Betreffenden nur das Zauberwort ‚Asyl' buchstabieren.' [15, Seite 52]

Behauptet wird natürlich, es sei nicht möglich, sieben Millionen Menschen wieder herauszubringen. Urheber dieser Behauptung sind dieselben Hintergrundmächte, die einst, als die Ausländer noch nicht in Deutschland waren, den Plan entworfen hatten, diese 7 Millionen – die sie sogar noch verdoppeln und verdreifachen wollen – hier hereinzubringen. Sie verschwendeten keinen Gedanken daran, daß das nicht ginge. Diesen Gedanken gab es auch nicht, als dieselben Leute einst das Vorhaben faßten, 12 Millionen Deutsche aus dem Osten (Deutschlands) unter grausamsten Umständen zu vertreiben. [15, Seite 50]

Extremisten organisieren den Tod der kleinen Schritte

Bild 20: Asylbanten für Aichach[96]. Ein verschwommenes, (weil verschwindendes) altes deutsches Fachwerkhaus, davor ein schwarzer Junge. Sinnbild des Neuen. Aber auch des staatlich - organisierten Volkstodes und der ethnischen Verdrängung der Einheimischen.

„Am 22. Mai dieses Jahres wurde in der Asylbewerberunterkunft in Bad Mergentheim ein 13 Jahre altes Mädchen von einem 22-jährigen Kameruner brutal vergewaltigt. In den Medien und Schulen wird den Kindern und Jugendlichen stets eingeredet, daß Ausländer „eine Bereicherung für unser Land“ seien. Vorurteile gegen Ausländer ließen sich am besten ausräumen, wenn man direkten Kontakt zu den Ausländern suchen würde, um „die Herzlichkeit und Lebensfreude der Ausländer am eigenen Leib zu erfahren“. Eine 13-Jährige nahm sich dies zu Herzen und besuchte mit zwei gleichaltrigen Schulfreundinnen eine Asylbewerberunterkunft[97], um diese Menschen besser kennen zu lernen. Ihre Eltern warnten sie zwar davor, jedoch glaubte sie den Warnungen der Eltern nicht. In der Asylbewerberunterkunft wurden sie dann von einem Schwarzafrikaner in dessen Zimmer gelockt. Die Freundinnen schienen ihm jedoch nicht zu trauen und verließen das Zimmer wieder. Bevor die 13-Jährige ebenfalls das Zimmer verlassen konnte, verriegelte der 22-jährige Kameruner die Tür und vergewaltigte das Mädchen.“[98]

„‚Deutsche Kinder sind ebenso willkommen wie die Kinder anderer Völker.‘ –

Das ist ja das Problem. Wenn man im eigenen Land mit Leuten aus Asien, Afrika, Südamerika, Ozeanien usw. konkurrieren muß - warum dann überhaupt noch eine eigene Familie gründen? Ist doch ausweglos, wenn das System 60 Millionen Deutschen 6 Milliarden potenzielle Ersetzer gegenüberstellt und sie mit denselben Rechten und impliziter Landnahme deutschen Bodens ausstattet. Solange wir als Volk keine Lebensperspektive mehr besitzen, sondern nur noch als fragmentierte Individuen eines universellen Menschenbreies betrachtet werden - besteht kein Anreiz für Erhaltung mehr. Die deutsche Geburtenarmut ist auch eine Folge der seit 50 Jahren erfolgenden Massenzuwanderung. Im Grunde ist dieser Pseudostaat eine Pervertierung der historischen Lebensgesetze von ethnischen Gruppen und Völkern. Die Reduktion des Menschen auf ein austauschbares Arbeits- und Konsumschwein erinnert aber stark an die Sklavenhaltergesellschaften der Antike. Menschen waren eigentlich niemals Individuen, sondern immer eingebettet in eine Abstammungsgemeinschaft und somit einen transzendenten Zweck der Volksseele oder des Volksgeistes. Und insofern hatte dieser „Volksgeist" auch einen höheren Willen, eben, das Leben der eigenen Gruppe zu sichern, sich eine Kultur zu schaffen. Völker sind Gedanken Gottes, sagte Herder - wenn er heute leben würde, wäre er wohl wegen Volksverhetzung im Knast, da er die Ermordung des deutschen Volksgeistes sicher nicht gut geheißen hätte.“[99] Peder Jensen schreibt: „Meiner Meinung nach sind die Anhänger der Masseneinwanderung aus nicht-europäischen Ländern die eigentlichen Extremisten – und nicht etwa ihre Gegner. Oder ist es etwa nicht extrem, die einheimische Bevölkerung durch eine andere zu ersetzen, wie es heute in vielen Teilen Europas geschieht? Es gibt kaum eine radikalere Ideologie als jene, die darauf abzielt, über einen ganzen Kontinent hinweg den indigenen Bevölkerungen das Recht auf ihre Heimatländer zu nehmen, und anschließend jeglichen Widerstand gegen eine solche Politik zu unterdrücken.“[100]

---

[96] Augsburger Allgemeine, „Heute kommen Asylbwerber am Dellerweg an“, 25.10.2012

[97] Süddeutsche, „Flüchtlingsheime in München – Klima der Gewalt“, 01.03.2013; Erpressung, Schlägereien und eine Vergewaltigung: In Münchner Flüchtlingsheimen gilt das Faustrecht. Die Polizei müsse hier täglich anrücken, berichtet die Caritas.
Süddeutsche, „Bayernkaserne – Jugendliche randalieren gegen die Polizei“, 28.02.2013; Mit abgebrochenen Stuhlbeinen und Metallrohren haben Asylbewerber in der Bayernkaserne randaliert - erst gegen den Sicherheitsdienst, dann auch gegen die Polizei. 29 Personen wurden festgenommen.
Wörth an der Donau, ehemaliges Hotel am Ortsrand, das in ein Asylwohnheim umfunktioniert, wurde 02.03.2013 bei einem Streit ersticht ein iranischer Asylbewerber (29) einen irakischen Asylbewerber (20).
Chemnitz (Sachsen), 13.03.2013. Massenmesserstecherei unter Asylanten unterschiedlichster Herkunft. Mehr als 14 Männer werden wegen Stichverletzungen in ein umliegendes Krankenhaus eingeliefert und behandelt.
Kirchheim unter Teck (BW), 14.03.2013, Asylbewerberwohnheim. Unter 5 Asylbewerbern bricht ein Streit aus, der als Messerstecherei ausgetragen wird. Ergebnis: 1 toter Türke (22) und 4 zum Teil Schwerverletzte (19-26).

[98] KOPP VERLAG, „Asylbewerber vergewaltigt 13-Jährige“, 12.11.2011

[99] ‚Klopperhorst‘, POLITIKFOREN.NET, „Zweiflehafte Bevölkerungspolitik“, 11.05.2013

[100] Dagbladet, „Multikulturelle ekstremister”, 27.11.2011

Die einen kommen. Die anderen vergehen. Der Volkstod im Zeitraffer

Dabei sind die Asylbewerberzahlen (2012, 64.741[101]) nicht der größte Posten der jährlichen Zuwanderung nach Deutschland. Der ‚Vorteil' bei den Asylanten liegt immerhin darin, daß man sie flächendeckend verteilen kann und damit auch die Orte erreicht, an denen die großen Wanderungsströme zumindest einstweilen vorbeigehen würden. Mit anderen Worten, die Etablierung der ‚multikulturellen Gesellschaft' muß natürlich auch auf dem Land und in jedem Dorfe durchgesetzt werden. Rückzugsräume für die Einheimischen darf es nicht geben. Ein Asylantenheim auf dem Dorf mit 30, 50, 80 oder 120, mehrheitlich jungen, ausländischen Männern, hat definitiv Auswirkungen auf das eingespielte Leben auf dem Lande.
Obwohl weiterhin mehr Einwohner sterben, als geboren werden, ist die Zahl der Menschen in der Bundesrepublik das zweite Mal in Folge gestiegen. „Zu Beginn des Jahres 2012 lebten 81,8 Millionen, am Jahresende voraussichtlich etwa 82 Millionen Menschen in Deutschland, wie das Bundesamt mitteilte. Für das Jahr 2012 wird den Angaben nach mit 660.000 bis 680.000 lebend geborenen Kindern und 860.000 bis 880.000 Sterbefällen gerechnet.[102]
Im Jahr gab es eine Zuwanderung von 1.080.936 Personen in die Bundesrepublik. Davon waren 966.000 Ausländer[103], wodurch der Umstand einer wachsenden Bevölkerung trotz Sterbeüberschüsse verständlich wird. Diese Größenordnung deckt sich mit den Zahlen von 2011, als lt. Statistischem Bundesamt hierzulande 958.299 Personen einwanderten, um hier zu leben. Der Bundesrepublik reicht das bei weitem nicht. Dort denkt man bereits weiter.
„Das Expertengremium „Runder Tisch Aufnahmegesellschaft" unter der Moderation des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat heute seinen Abschlußbericht „Willkommens- und Anerkennungskultur" veröffentlicht. … ‚Wir möchten, daß Zuwanderer in Deutschland willkommen sind und ihre mitgebrachten Potenziale noch stärker anerkannt werden'. beschreibt Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts, die Intention der Empfehlungen. … ‚Willkommensberatung muß bereits im Heimatland einsetzen und mehrsprachig angeboten werden', so Schmidt. Bereits mit dem Visum sollen „Willkommenspakete" mit umfangreichen Informationen zum Leben in Deutschland ausgehändigt werden. Ausländerbehörden vor Ort sollen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen zu „Willkommensbehörden" weiterentwickelt werden."[104]

[101] DIE WELT, „Zuwanderzahl steigt enorm", 04.02.2013
[102] DIE WELT, „82 Millionen Einwohner dank Zuwanderung", 14.01.2013
[103] JUNGE FREIHEIT, „Höchste Zuwanderung nach Deutschland seit 1995", 07.05.2013
[104] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), „Von der Ausländer – zur Willkommensbehörde", 25.03.2013

Bild 21: Angehörige afrikanischer Völker demonstrieren im anhaltinischen Dessau der Deutschen

Dessau-Roßlau (fm). Gestern Mittag ist es gegen 11.45 auf dem Platz vor der McDonalds-Filiale in der Dessauer Kavalierstraße zu einem brutalen Messerangriff gekommen. Ersten Zeugenvernehmungen zufolge soll der 30-jährige Senegalese versucht haben, einem älteren Dessauer das Handy zu stehlen. Als dies der 29-jährige Fußballspieler bemerkte, griff er ein und versuchte dem älteren Mann beizustehen. Daraufhin zog der Afrikaner unvermittelt ein Messer und stach auf den couragierten Fußballspieler ein. Der Angriff war so heftig, daß das Messer des Täters im Kopf des 29-Jährigen stecken blieb. Dieser verlor erhebliche Mengen Blut und schwebte in akuter Lebensgefahr. Mitarbeiter der McDonalds-Filiale versuchten sofort zu helfen, brachten eine Decke und Handtücher, um den schwer verletzten jungen Mann, der auf dem eiskalten Radweg lag, notdürftig zu versorgen. … Die Tat löste in Dessau Entsetzen aus. Viele Menschen bangen um das Leben des beliebten Fußballspielers André Schubert. Freunde, Bekannte und Fans verbreiteten die Nachricht über den Angriff sofort im Internet. Über soziale Netzwerke wurde spontan zur Demo aufgerufen. Innerhalb kürzester Zeit kamen über 400 Bürger zusammen, die ihren Unmut über das Verbrechen zum Ausdruck brachten. … Aufgrund der hochgekochten Emotionen haben laut Radio SAW nun Stadtverwaltung, Kirchen und Politiker die Bevölkerung aufgerufen „besonnen zu bleiben, um weitere Eskalationen zu vermeiden“. Dessau-Roßlaus Oberbürgermeister Koschig forderte laut MDR: „Das Ereignis dürfe nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.“ Und weiter der Bürgermeister: „Es ist mir bei aller Dramatik wichtig, daß die unfaßliche Tat nicht für politische Zwecke ausgeschlachtet wird“.[105]

Bei dem Täter soll es sich um einen Asylbewerber und Flüchtling aus dem Senegal handeln, der seit vier Jahren in Deutschland lebt. Über seinen Asylantrag wurde noch nicht entschieden, er gilt als geduldeter Asylbewerber. Er soll schon mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten sein, erst vor wenigen Tagen wurden mehrere Strafanzeigen gegen ihn gestellt.[106]

„Das übliche heuchlerische Gerede von Politbonzen! Am wichtigsten ist ihnen, daß die Bürger keine Konsequenzen aus solchen Verbrechen ziehen. Selbstverständlich hat die Tat einen politischen Hintergrund, nämlich den des ungezügelten Imports von ausländischen Verbrechern, die vom BRD-System auf die Deutschen losgelassen werden.“[107]

„Die laufen einem in Dessau auch mal völlig stoned vor das Auto. Ansonsten immer fleißig telefonierend mit dem Zug unterwegs, mit Einkaufstüte im Park oder mit einer übergewichtigen Hartz-IV-Empfängerin kleine bunte Rentenzahler produzieren.“[108]

„Ja, die Neger demonstrieren gern in Dessau, gerade auch vor dem Polizeirevier. Dort ist nämlich Anfang Januar 2005 der Asylbetrüger, verurteilte Drogenhändler, Alkoholiker und Pöbler Oury Jalloh von uns gegangen. Die Behauptung, er sei ermordet worden, hält sich bis heute, trotz fehlender Beweise. Es war zu erwarten, daß eine Demonstration für ein Opfer eines gewalttätigen Schwarzen als rechtsradikal bezeichnet würde. Der gegen sich selbst gerichtete Rassismus mancher Menschen ist einfach nur noch peinlich.“[109]

„Bei der spontan erfolgten Demonstration, an der etwa 500 Dessauer teilnahmen, darunter auch Frauen und Kinder, wurde der Zug von Schwarzen mit Feuerwerkskörpern beworfen. …“[110]

---

[105] Super Sonntag, „Nach der Messerattacke: Oberbürgermeister ruft zur Besonnenheit auf“, 17.01.2012

[106] KOMPAKT NACHRICHTEN, „Fußballspieler bei Messerangriff lebensgefährlich verletzt“, 17.01.2012

[107] ‚Strandwanderer‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Fachkraft aus dem Senegal messert Fußballer in Schädel - Asylantrag läuft weiter“, 18.01.2012

[108] ‚ochmensch‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Fachkraft aus dem Senegal messert Fußballer in Schädel - Asylantrag läuft weiter“, 18.01.2012

[109] ‚Cinnamon‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Fachkraft aus dem Senegal messert Fußballer in Schädel - Asylantrag läuft weiter“, 18.01.2012

[110] ‚Ritter Runkel“, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Fachkraft aus dem Senegal messert Fußballer in Schädel - Asylantrag läuft weiter“, 18.01.2012

„Niemand ist illegal – nirgendwo!“

Bild 22: Es gibt ein natürliches Recht, ein ‚Menschenrecht‘ jedes Volkes auf die eigene Heimat. Aber keines auf Einwanderung in fremde Nationen und die Teilhabe bei anderen Völkern. Fleiß und harte Arbeit können zu Wohlstand führen. Auch im Können und Wollen unterscheiden sich Völker. Der obere Satz muß korrekterweise lauten: „Wir wollen ein besseres Leben (bei Euch)“.

Aus dem schwedischen Manifest „Kein Mensch ist illegal – für eine Welt ohne Grenzen“ heißt es: „Die Erde gehört uns allen. Deswegen haben wir alle das Recht, uns frei auf ihr zu bewegen und uns überall dort niederzulassen, wo es uns gefällt. Dem Prinzip ‚vom Talent jedes einzelnen zum Bedürfnis‘ zufolge sind wir alle auf den gleichen Zugriff der Erde und ihrer Ressourcen berechtigt, die wir schützen und im Inneren respektieren. Der „Niemand ist illegal“ Verbund akzeptiert die Legitimation von nationalen Grenzen nicht und erkennt es als bloße politische Ausführung, die weder moralische Rechtfertigung noch ein anderes Interesse verfolgt. … Wir verstehen keine Länder, Organisationen oder individuelle Ansprüche, die die freien Bewegungen eines jeden Menschen in Grenzen setzen oder sie als ‚illegale‘ Migration bezeichnen. Das Recht sich frei bewegen zu können, ist unserer Meinung nach nicht von dem Recht, unter gleichen Bedingungen zu leben, zu trennen. So lange die Grenzen nicht abgeschafft werden, werden wir daher für weltweite soziale, politische und wirtschaftliche Rechte und Bedingungen für alle kämpfen, sei es mit oder ohne Papiere.“ Man muß zugeben, daß der übermittelte Inhalt dieser Botschaft nicht ohne Reiz ist und gar Pathos besitzt. Akzeptieren wir aber die Existenz von Völkern und die Tatsache von der Verschiedenheit der Menschen, dann stehen dieser Forderung nach freier Wanderung und Siedelung den Bedürfnissen jedes Volkes nach seinem Selbsterhalt entgegen. Man könnte nun einwenden, daß eine Einwanderung fremder Männer oder Menschen niemanden zum Schaden gereicht. Dem ist nicht so. Eine nie enden wollenden Einwanderung, besonders wenn es sich um Fremdstämmige handelt, ist höchst problematisch. Der Erhalt der Vielfalt setzt also die Achtung von Grenzen voraus, und nicht seine Abschaffung. Wenn die Mehrheit der Franzosen gegen eine Masseneinwanderung schwarzer Männer ist, sei das wohl nicht hinnehmbar. Aber niemand wir ernsthaft behaupten, daß die Fremdherrschaft der 80.000 Briten über 400 Millionen Inder zu den Zeiten der Kolonisation, welche die indische Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt in ihrer Existenz gefährdete, das ‚Recht‘ der Briten war, weil diese keine Nationen anerkannten. Diese Einstellung mißachtet die Bedürfnisse der Einheimischen und leugnet deren kollektive Interessen. Damit gibt sie Völkern, die unter einem hohen Einwanderungsdruck stehen, dem Völkermord preis. Es gibt also solange kein ‚Recht‘ auf Einwanderung, wie nicht die Mehrheit der Einheimischen dieser zustimmen. Es gibt ja auch kein ‚Recht‘ die Wohnung eines anderen zu nutzen, wenn dieser nicht zustimmt. Was für einzelne Personen gilt, gilt auch für Kollektive.

Neben den Nichtregierungsorganisationen, deren Hintermänner und Finanziers oftmals im Hintergrund verbleiben, gibt es auch noch die aktive, zielgerichtete Politik der Demokratien.

Der ehemalige Berliner Bürgermeister Lummer schreibt: „In der Praxis kollidiert das Recht auf Heimat mit dem von Verfechtern der ‚offenen Republik‘ geforderten Recht auf Freizügigkeit (Niederlassungsfreiheit), ebenso wie es mit dem unbeschränkten Asylrecht kollidiert, wenn dieses zur Massenimmigration führt. Daß letzteres in Deutschland der Fall ist, kann kaum bestritten werden. Schließlich nimmt Deutschland derzeit mehr Menschen auf als Australien und Kanada zusammen. Kaum bekannt ist hierzulande, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Verhinderung von unerwünschten Masseneinwanderungen im Jahre 1967 beschlossen hat, daß der Schutz der Identität, das Recht auf Heimat den Asylanspruch (bei anderen) vorgeht.“[111] [17, Seite 60]

[111] Artikel 3 der Resolution 2312 (XXII), 14.12.1967

„…und die Deutschen unter den anderen Völkern dieser Erde aufzuteilen.“[112]

„Bis heute drängen sich in den Fluren bundesdeutscher Meldestellen Asylbewerber aus aller Herren Länder. Dabei denken sich die Oberen immer neue Mittel und Wege aus, um Ausländer nach Deutschland zu locken: Gemäß Bonner Richtlinie ‚EBM 96‘ (EBM – Einheitlicher Bewertungs-maßstab) sind ärztliche Leistungen für Asylbewerber – im Unterschied zu Leistungen für Normal-kassenpatienten – nicht dem Budget unterworfen, sondern unbeschränkt abrechnungsfähig. Sie werden dem Arzt ohne Wenn und Aber voll vergütet.

Bild 23: Saalfeld in Thüringen, 2008. Ethik, Moral, Verhalten und IQ, hängen zusammen.

So werden Asylbewerber, die nie etwas in die Sozialkassen eingezahlt haben, besser gestellt als die Kassenpatienten, die ihre Beiträge entrichtet haben! Kein Wunder als, daß bereits im Herbst 1996 eine emonstration von Ärzten und Patienten vor der Kassenärztlichen Vereinigung in Bad Segebad stattfand. Der Protest richtete sich gegen Ungerechtigkeiten der neuerdings geltenden Gebührenordnung für Patienten und zahlreiche Arztpraxen. Dabei wurde auch das Transparent mitgeführt: ‚Kassenpatienten fordern: Gleichstellung mit Asylanten – Abschaffung des Teilbudgets‘. [25, Seite 157]

Frank Hills schreibt über das neue Einwanderungsgesetz: „Es ist eine Tatsache, daß über das neue Einwanderungsgesetz in allen bundesdeutschen Medien, einschließlich Radio und Fernsehen, falsch oder zumindest halbherzig berichtet wurde.“ Er zitiert: „Nach der Mediendarstellung gab es einen heißen Kampf zwischen der Regierung und der sogenannten Opposition über dieses Gesetz. Schließlich waren beide Seiten aufeinander zugegangen und hätten einen Kompromiß beschlossen und der sähe wie folgt aus: Einserseits können Haßprediger und Personen, die auch nur des Terrorsimus verdächtig sind, schneller ausgewiesen werden. Andererseits werden die Einwanderungs-Schranken für ‚hochqualifizierte‘ Einwanderer weit geöffnet und das Verfahren entbürokratisiert. Das hört sich so an, als ob der Wähler nun wieder einschlafen kann, denn es ist ja nun alles wieder in Ordnung. Über einen viel wichtigeren Passus (um den es eigentlich ging) gab es zwischen Regierung und Opposition keinen Streit, obwohl gerade der andere Teil dieses Einwanderungsgesetzes die Türen für Millionen von Ausländern öffnet. Die UNO schätzt, daß bis zum Jahr 2025 etwa zwischen 30 und 40 Millionen neu nach Deutschland einwanderun werden dürfen. Das Stichwort heißt:
‚Die Anerkennung von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund.‘
Mit anderen Worten: Bisher bekam Asyl, wer vom Staat verfolgt wurde, weil er unerwünschte polititische Thesen vertrat, der falschen Partei oder der falschen Religion oder einer unerwünschten ethnischen Minderheit angehört. Jetzt muß keine staatliche Verfolgung mehr vorliegen. Ist beispielsweise in einem Staat Homosexualität nicht üblich, so können alle Homosexuelle dieses Staates und die, welche behaupten, Homosexuelle zu sein, in Deutschland einwandern. Ist es in einem Staat üblich, Frauen zu kaufen
und zu verkaufen, oder ist es in einem Staat üblich, daß die Eltern den Ehepartner für die Kinder aussuchen, oder ist es üblich, die Mädchen an den Geschlechtsorganen rituell zu beschneiden, so haben die Frauen und Mädchen dieses Staates das Recht, in Deutschland einzuwandern. Verfolgen in einem Staat die Angehörigen einer Religionsgemeinschaft die einer anderen, so haben alle die mit dem verkehrten Glauben das Recht auf Einwanderung nach Deutschland. Liebt die Bevölkerung eines Staates die Zigeuner nicht, so haben alle Zigeuner dieses Staates Anspruch auf Einwanderung nach Deutschland, selbst wenn die Behörden des jetzigen Heimatlandes sich in keiner Weise an einer Verfolgung oder Unterdrückung beteiligen.“[113]
[25, Seite 170, 171]

[112] Lionel de Rothschild, 22.10.1939; in: John Colville, „Downing Street Tagebücher 1939 – 1945“, S. 31
[113] Politische Hintergrundinformation – Deutschlanddienst, Nr. 30-31, 2004, S. 236f.

Kurzum es geht um die Einwanderung nach Deutschland. Und die soll möglichst in hoher Zahl erfolgen. Damit läßt sich das eigentliche Ziel mehr oder weniger identifizieren. Es geht nicht um das Wohl der Einwanderer, sondern um die Zerstörung der einheimischen Gemeinschaft durch möglichst hochzahlige Masseneinwanderung, die man anlockt. Hills schreibt weiter:

„Der politische Streit um das Einwanderungsgesetzt begann bereits Mitte 2001. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) zeigte sich ‚frohgemut' und zufrieden – ebenso wie der CDU-Verhandlungsführer, der saarländische Ministerpäsident Peter Müller. Schily sprach von einem wichtigen Schritt Deutschlands in einer globalisierten Welt, in der man sich nicht abschotten (!) dürfe. …
‚Die EU habe volle Freizügigkeit auch für Nichtarbeitnehmer beschlossen. Zudem dürften Ausländer nicht schlechter gestellt werden, als Inländer, sagte Hans-Werner Sinn, Chef des Müncher ifo-Instituts. Diese zwei Faktoren in Verbindung mit hohen Sozialleistungen führten automatisch zu einer Einwanderung in die Erwerbslosigkeit'".[114] [25, Seite 172]

Es kommt nicht von ungefähr, daß sich Ostasiaten oder Europäer zu solchen ‚Demonstrationen' bzw. Drohungen nicht hinreißen lassen. Peinlich berührt empfindet man es als primitives Verhalten von einem fremden Volk Dinge zu fordern und zu drohen, die es sich selbst nur durch Arbeit erschaffen hat. Moral (auch Arbeitsethik) und IQ sind nicht voneinander zu trennen. In dem Buch „IQ and the Wealth of Nations" von Dr. Richard Lynn und Tatu Vanhanen sind die Durchschnitts-IQ's von mehr als achtzig Nationen gelistet. Es beginnt mit den ostasiatischen Staaten wie Hong Kong (107), Süd Korea (106), Japan (105), Singapure (103), über die europäischen wie Österreich (102), Deutschland (102), Schweden (101), Polen (99) und hört auf mit den afrikanischen Staaten, wie Marokko (85), Ägypten (83), Sambia (77), Kongo (73), Sudan (72), Ghana (71), Nigeria (67), Simbabwe (66) und Äthopien mit einem Durchschnitts-IQ von 63. Diese IQ-Werte korrellieren mit den geschaffenen Lebensbedingungen, den Grad der Zivilisation und technischen Eigenentwicklungen in den entsprechenden Heimatländern. Aber auch mit dem Verhalten oder der Kriminalitätsrate. Auch eine Besetzung fremden Eigentums käme Europäern oder Ost-Asiaten kaum in den Sinn: „Vier Asylbewerberfamilien haben am Dienstagnachmittag die Frauenkirche in Grimma (Sachsen) besetzt. Das teilte das Landratsamt Leipzig mit. Die Familien mit ihren insgesamt zehn Kindern fordern von den Behörden eigene Wohnungen. Bislang sind sie in einer Gemeinschaftsunterkunft in Nerchau untergebracht. Die Familien kommen aus dem Nahen Osten und Vorderasien, die genaue Herkunft ist unklar. … Bei zwei der Familien sei der Asylantrag bereits abgelehnt worden, teilte das Landratsamt Leipzig mit. Eine Abschiebung stehe jedoch nicht unmittelbar bevor."[115]

Im Sinne der Zerstörung der europäischen Völker sind natürlich afrikanische Einwanderer viel interessanter, als beispielsweise Südkoreaner. Nicht ohne Grund hat sich die EU entschieden, im schwarzafrikanischem Mali ‚Fachkräfte' für Europa zu werben. Wer wirklich daran glaubt, die EU suche nach ‚Fachkräften' in Mali, hat die Intention der Anwerbung nicht begriffen. Frank Hills zitiert Gustav Sichelschmidt mit den Worten: „Daß man die Deutschen endgültig aus der Geschichte ausschalten möchte, was den Hintergrundmächten in zwei fulminanten Weltkriegen nicht gelungen ist, steht immer noch außer Frage. Nur haben sich die Methoden der Liquidation eines alten Kulturvolkes entsprechend verfeinert. … Nun versucht man die biologische Substanz der Deutschen direkt zu zerstören, und zwar durch Geburtendefizite, eine liberalisierte Abtreibungspraxis und neuerdings durch eine bewußte Bastardisierung mittels Einschleusung von Scheinasylanten und der gewollten Kreuzung mit Exoten, um die hochgezüchtete Intelligenz Mitteleuropas auf den kläglichen Stand einer Mischrasse zu reduzieren." [25, Seite 143]

[114] Fuldaer Zeitung, 16.06.2004
[115] Mitteldeutscher Rundfunk Sachsen, „Unzufrieden mit der Wohnsituation", 24.06.2009

Im schweizerischem Hasliberg ist nichts mehr, wie es war: „Die Idylle im 1.300-Seelen-Dorf ist gestört. In der Truppenunterkunft Tschorren sind seit dem 1. April bis zu 130 Asylbewerber untergebracht. Mehrheitlich junge Männer aus Nord- und Westafrika.“[116]
Die Verteilung der fremden Männer geschieht in Europa flächendeckend und auf die gleiche Art und Weise. Pilzesammler können in den Wäldern Bayerns[117] oder auf Schweizer Almen auf Senegalesen oder jungen Männern aus dem Sudan treffen. Auch Bauern trifft es:
„Der Schweizer Landwirt Thomas Grob (32) steht betroffen in seinem Schafunterstand in Urdorf ZH. Im Stroh klebt noch Blut.“[118] Zwei Tunesier, ‚Asylanten‘ aus dem benachbarten Wohnheim, 25 und 34 Jahre alt, schnitten mit einem stumpfen Messer dem jungen Ziegenbock Kurti den Hals durch. Später rissen sie ihn auseinander. 20 Kilo frisches Lammfleisch fand man im Kühlschrank des Asylantenheims.
Diese Woche verhandelte das Luzerner Kriminalgericht einen krassen Fall von Asylmißbrauch im großen Stil. Angeklagt war der Nigerianer James N. (34). Ihm wird vorgeworfen, mindestens 3,96 Kilo Kokain ge- und verkauft zu haben. Doch der Prozeß hat eine noch viel größere Dimension. Der gelernte Elektroinstallateur soll systematisch Landsleute ins Schweizer Asylsystem eingeschleust haben, damit sie für die Drogenmafia arbeiten konnten. … Aufgeflogen ist James N. durch eine Telefonabhörung. Die Polizei lauschte mit, als er einen Mann namens Uzoma beriet, wann und wo er Asyl beantragen soll. James N. sagte dem Mann, er solle ein falsches Heimatland angeben und einen falschen Asylgrund nennen – Homosexualität.“ ... Damit seine Landsleute lange bleiben können, suchte James N. für sie heiratswillige Frauen mit einer Aufenthaltsbewilligung. „Den abgehörten Telefonaten ist zu entnehmen, daß Nigerianer einander ständig über verfügbare Frauen informieren“, sagte Roger Fuchs. „Einer hat den Angeklagten darüber informiert, daß eine Italienerin verfügbar sei.“ Nach der Hochzeit werde sofort ein Kind in die Welt gesetzt. „Damit eine allfällige Ausweisung möglichst schwierig wird“, so der Staatsanwalt. … Nigerianer haben seit Jahresbeginn 2.307 Asylgesuche in der Schweiz gestellt. Angenommen wurde eine einzige Person. Die Anerkennungsquote liegt also bei nahezu null Prozent.“[119]

[116] BLICK.CH, „Der Asyl-Irrsinn vom Hasliberg! - 130 Afrikaner auf dem Hasliberg einquartiert. Plötzlich Einbrüche“, 30.05.2012
[117] MERKUR-ONLINE, „Verlassen im Wald“, 03.12.2012; Gauting - Mehr als 40 Asylbewerber leben seit Anfang November im Forsthaus Mühlthal. Weil die Flüchtlinge dort abgelegen ohne Bahnanschluß leben, bittet das Evangelische Pfarramt um Hilfe.
[118] BLICK.CH, „Fleisch lagerte im Asylheim“, 12.11.2012
[119] BLICK.CH, „Asyl-Skandal aufgedeckt - So schleust nigerianischer Koks-Dealer Landsleute in die Schweiz“, 02.12.2012

Bild 24: Volksfeindliche Nomenklatura: „*Wir* brauchen Signale an die Zugewanderten, daß sie willkommen sind und *wir* uns um sie bemühen. Und *wir* brauchen mehr Zuwanderung.“[120]

Auch hier gilt, daß in normalen Staaten durch Lug und Betrug niemals ein Rechtsanspruch erschwindelt werden kann. Es ist aber in Europa heute möglich und zeigt, daß der Gesetzgeber eindeutig ein besonderes Interesse an dem Verbleib der Fremdvölkischen hat und gar kein Interesse am Wohl der Einheimischen.

„Du gehst von einem Ansatz aus, der in seiner Tragweite wesentlich weniger begründbar ist, als das Denken, welches du mit Phrasen wie ‚Statements über Türken‘ kritisierst. Dein Ansatz ist die Existenz einer multikulturellen Gesellschaft, in der der Anwesenheit von Türken, Arabern, Nigerianern usw. genauso normal ist, wie die der Deutschen. Damit sprichst du zugleich den Deutschen das Exklusivrecht auf ihr eigenes Land ab. So etwas gehört zu den schlimmsten Dingen, die man einem Volk antun kann und du solltest erst mal erklären, womit du diesen Denkansatz rechtfertigen willst, bevor wir diskutieren, ob Kritiker solcher Ideen Ausländerfeinde sind oder nicht.“[121]

Die taz hat das Konzept vom ‚Teile und Herrsche‘ recht anschaulich dargestellt, auch wenn die eigentlichen Urheber nicht erwähnt werden: „‚Gegen rechts‘ kann aber nur heißen: ein Konzept der deutschen Nation zu diskutieren, das die Realität der Einwanderungsgesellschaft nicht in Frage stellt, sondern sie als Konsens voraussetzt. Das Völkische, die vorgebliche Leitkultur, das Deutschnationale - auf den Müllhaufen damit! Wir sind nicht ein Volk, sondern eine Bevölkerung. Hier genau ist der Scheidepunkt zwischen links und rechts. Von den Franzosen und Engländern lernen heißt siegen lernen: Deutscher Nationalität ist, wer dazugehören will und die demokratischen Regeln akzeptiert. Türkische Immigranten bestimmen, wie das Deutschland der Zukunft aussehen wird, gleichberechtigt mit den Sorben und Bayern. Der Fraktionsvize der CDU Wolfgang Schäuble schrieb: „Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk." Erst wenn diese völkischen Phrasen nicht mehr gesellschaftsfähig sind, hat die moderne (multikulturelle) Gesellschaft eine wirkliche Chance gegen die Rechte.“[122]

Der ehemalige CDU-Innenminister Manfred Kanther 1996: Es sei unzulässig, ein Land als Einwanderungsland zu definieren, nur *„weil viele Menschen versuchen, ihren Zutritt unter unberechtigter Berufung auf politische Verfolgung zu erzwingen“.* Das dichtbesiedelte Deutschland, so Kanther, habe „*nie Bedarf*“ gehabt, „*leere Räume mit (fremdstämmigen) Menschen zu füllen*“.[123] Wenn der ‚Bedarf‘ nicht existierte, die ‚Besiedelung‘ vom Staat aber auch nie in Frage gestellt wurde, dann gibt es eigentlich nur eine Erklärungsmöglichkeit.

Wir haben es hier mit einem Fremdinteressen dienenden Staatsgebildes zu tun.

---

[120] DER TAGESSPIEGEL, „Wir brauchen mehr Zuwanderung, aber nach klaren Kriterien“, 15.06.2007, zit. n. NRW-MINISTER Armin LASCHET (CDU)
[121] ‚Ochmensch‘, POLITIKFORE.NET, „Kurzer Artikel über Zuwanderung“, 27.11.2012
[122] taz, „Otto Normalneonazi“, 23.09.2004, Artikel v. BURKHARD SCHRÖDER
[123] SPIEGEL ONLINE, „Ausländerintegration - Die Neo-Kons proben den Aufstand“, 02.02.2006

Bild 25: Asylbewerberheime in der Schweiz. Die Kantonspolizei Aargau hat heute Morgen die Unterkunft der Asylbewerber in Birr kontrolliert. Dabei wurde Rauschgift und mutmaßliches Diebesgut sichergestellt. Es wurden zwei Personen (Marokkaner, Togolese) festgenommen.[124]
Rechts: Früher noch bewacht: Nach dem Abzug der Securitas-Leute hat man in Holderbank definitiv genug von der Asylunterkunft.[125]

Wie FINANCIAL TIMES im Jahr 2007 berichtete, plane die Europäische Union weitere 20 Millionen Afrikaner und Asiaten nach Europa zu locken. Andrew Bounds schreibt:

„Europa muß seine Einwanderungsbedingungen erleichtern und in den nächsten zwei Jahrzehnten die Tür offen halten für 20 Mio. zusätzliche Arbeiter", sagte heute der Justizkommissar der europäischen Union (European Commissioner for Justice 2004-2008: Franco Frattini).

Die EU solle damit aufhören, Barrieren zu errichten und stattdessen sichere Wege für Afrikaner und Asiaten finden, die bei dem Versuch, nach Europa zu kommen, derzeit ihr Leben riskierten, wurde Frattini zitiert. ‚*Wir dürfen Immigration nicht als Bedrohung betrachten, sondern – wenn sie gut organisiert ist, und das ist unsere neue Aufgabe – als Bereicherung und unausweichliches Phänomen der heutigen Welt'.* Nur so lasse sich der Wettbewerb mit den USA, Kanada, Australien und den asiatischen Schwellenländern gewinnen. Deutschland, Italien und Ungarn mit ihrer alternden Bevölkerung sind diejenigen Länder, welche die Einwanderung am dringendsten nötig haben, wird Frattini zitiert.

Wie die Zeitung berichtete, sehen die Pläne vor, daß qualifizierte Arbeitskräfte eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre beantragen können, der dann verlängert werden könnte. Nach fünf Jahren in einem EU-Land sollen sie einen permanenten Aufenthaltsstatus erhalten. Die Kommission sei gerade dabei, für 10 Millionen Euro ein Informationszentrum (für Arbeitssuchende) in Mali einzurichten. … Es wird das erste Zentrum (für Schwarzafrikaner) sein, weitere sollen in Afrika folgen. Herr Frattini ist sich über die Befindlichkeiten der nationalen Regierungen (in Berlin und anderswo) bewußt, die seine Reformen[126] zu unterstützen haben (*who will have to back his reforms*). Am Ende des Artikels wird der Kern dieses Anliegens angeschnitten, denn sicherlich geht es nicht wirklich darum, ‚Fachkräfte' aus Mali, Gambia oder dem Senegal anzuwerben[127]: „Diese ‚Reformen' könnten bis zum Jahr 2030 zu mehr als einer Verdoppelung der in der EU durch Ausländer geborenen Population führen" (*The reforms could lead to a more than doubling of the EU's foreign-born population by 2030*).[128]

Franco Frattini wurde von Rocco Buttiglione als Anänger des Freimaurertums geoutet, wie die Lonodoner Times im November 2004 schreibt.[129] Frattini selbst bestritt jede Verbindung zum Logentum (P2).

---

[124] AARGUAER ZEITUNG, „Razzia in Asylheim in Birr – Polizei findet Drogen und Diebesgut", 26.01.2011
[125] AARGAUER ZEITUNG, „Asylbewerber beim Abpacken von Kokain überrascht", 24.11.2011;
Wegen Drogenbesitzes ist ein 29-jähriger Asylbewerber am Sonntag in Holderbank festgenommen worden. Der Mann aus Togo war in der Asylunterkunft damit beschäftigt gewesen, Kokain abzupacken.
[126] Reform: [lat. für re zurück; formatio Gestaltung]; Wiederherstellung, Umgestaltung
[127] unzensuriert.at, „EU plant Massenimmigration aus Afrika", 19.02.2011
[128] FINANCIAL TIMES, „Europe told to open borders for 20m (20 Mio.) Asian and African workers", 12.09.2007, By Andrew Bounds
[129] THE TIMES, „Buttiglione ‚outs' his EU successor as a Freemason", 10.11.2004

Auch Osteuropa wird nun umgevolkt

Bild 26: Die anti-weiße EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström

„Die EU hat heute das sogenannte ‚Asylpaket' auf dem Weg gebracht. Dadurch werden in Zukunft auch Länder in Europa mit Einwanderern aus der Dritten Welt überschwemmt werden, die bisher fast keine Flüchtlinge aufgenommen haben. Bereits seit 1999 versuchte die EU – bisher vergeblich – ein gemeinsames Asylsystem zu errichten. EU-Kommissarin Cecilia Malmström berichtet von zähen Verhandlungen bis zum Schluß. Nun habe man sich aber auf eine gemeinsame Asylpolitik geeinigt. Die nationalen Regierungen haben nun keine Möglichkeit mehr die Einwanderung in ihre Länder zu begrenzen. Bisher hatten sich osteuropäische Staaten geweigert, ihre Länder durch Masseneinwanderung aus Afrika und dem Mittleren Osten zu bereichern. Estland hatte bisher nur einige Hundert Flüchtlinge aufgenommen – in den Straßen von Tallinn wäre ich die dunkelste Person, sagte Malmström mit Hinweis auf ihre dunkle Haarfarbe. Auf lange Sicht werden viel mehr Asylanten in Länder wie Polen oder Estland kommen, die bisher fast keine Dritte-Welt-Einwanderung hatten. Zehn Länder nahmen 329.000 der insgesamt 365.000 Asylbewerber auf, die 2011 in die EU eingereist sind. Die übrigen 17 Länder nahmen 36.000 Asylbewerber auf. Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Schweden, Niederlande und Italien nahmen drei Viertel aller Asylbewerber auf. Wenn alle Länder im gleichen Maß Einwanderer aufnehmen, kann der Schutzsuchende selbst entscheiden, ob er in Estland einreisen will oder in die „klassischen" Länder, so Malmström."[130]

Was auf EU-Ebene getan wird, setzt sich natürlich auch in den einzelnen Nationen und deren Gliederungen durch. Der MDR meldet aus Sachsen-Anhalt: „Zuwanderer sollen in Sachsen-Anhalt künftig auf eine Willkommenskultur stoßen. Dafür sind am Freitag in Magdeburg erstmals Behörden und Verbände aus dem ganzen Land zusammengekommen. Schwerpunkt der Tagung war die Frage, wie eine Willkommenskultur umgesetzt werden kann, die das Land für die Menschen attraktiv macht, die hier leben und arbeiten wollen, teilte die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt mit. … Die Veranstalter warnen davor, Menschen nach ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihrer geografischen und sozialen Herkunft oder ihren Fähigkeiten festzulegen."[131]

Warum diese nie endende Einwanderung Fremder? Nun, das Programm einer Neuen Weltordnung tendiert dahin, alle Begriffe wie Rasse, Nation, Volk und Landesgrenze auszuschalten, um einer weltumfassenden Integration (Einschmelzung) und Gleichschaltung starker Nationen Platz zu machen. Das Ziel ist, nach einer vorsätzlichen Völker- und Rassenmischung, die Auflösung völkischer Identität, die jede nationale Autonomie (Souveränität) ausschließt. Maastrich ist in diesem Konzept innerhalb Europas ein wichtiger Meilenstein. Frank Hills schreibt dazu: „Aus diesem Grund hat die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Mary Robinson, die europäischen Regierungen auch gewarnt, „eine ‚Festung Europa' gegen Flüchtlinge zu errichten. Statt sich auf die illigale Einwanderung zu konzentrieren, sollten die europäischen Regierungen eine Politik für rechtmäßige Flüchtlinge betreiben. Frau Robinson ist mit ihrem Fingerzeig nur konsequent. Denn letztlich geht es ihrer Organisation, der UNO, nicht um Flüchtlingspolitik, sondern um etwas ganz anderes; um die weltweite Verhinderung oder Zerstörung ethnisch homogener Siedlungsräume. Darauf wies 1999 schon ein Kollege der Flüchtlingskommissarin, der ehemalige UN-Administrator für den Kosovo, hin, indem er unvermischte Völker rundweg zum ‚Nazikonzept' erklärte, daß „die allierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpften. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht." [25, Seite 103]

[130] FREIE ZEITEN, „EU-Beschluß: Auch Osteuropa wird nun mit Afrikanern und Arabern überschwemmt", 10.01.2013

[131] MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK, „Land will mit Willkommenskultur attraktiver werden, 19.04.2013

2. Schleichender Umsturz von oben?

„Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können."[132] [20, Seite 87]

Bild 27: Köln, 09.05.2009. Arabische Frauen demonstrieren gegen einen ‚Anti-Islamisierungs-kongreß' Einheimischer. Dabei halten sie ihren Ausweis der Bundesrepublik hoch.

In der öffentlichen Diskussion über die Ausländerpolitik spielen die zu den Fundamenten unseres Staatswesens gehörenden Bestimmungen des Grundgesetzes, die etwas über den Rechtsstatus Deutschlands und der Bundesrepublik aussagen, kaum eine Rolle. ...

Der vorliegende Beitrag will Versäumtes nachholen und aufzeigen: Eindeutige Bestimmungen und der Gesamtzusammenhang des Grundgesetzes verbieten die Ersetzung des deutschen Staatsvolkes in der Bundesrepublik durch eine „multikulturelle Gesellschaft", die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat und überhaupt die „Lösung" des Ausländerproblems durch erleichterte Einbürgerung nach formalen Kriterien. [20, Seite 52]

Rechnet man die Dunkelziffer der Ausländer hinzu, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten, dürfte die Fünf-Millionen-Grenze nicht nur erreicht, sondern überschritten sein. Von diesen fünf Millionen Ausländern steht noch nicht einmal ein Drittel in einem Arbeitsverhältnis.

Eine frühe Kritik dieser Entwicklung findet sich in dem auf dem Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen „Ökonomisch-politischen Orentierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985". Nach Ziffer 4.1.2. hat der „ungesteuerte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer" in der Bundesrepublik zur Konservierung überholter wirtschaftlicher Strukturen beigetragen und die Konzentration der industriellen Investitionen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen mit höhreren Qualifikationsanforderungen (nach japanischem Vorbild) beeinträchtigt. ... Die Gerichte interpretierten die Generalklauseln und das Ermessen der Behörden (bei Verlängerungen des Aufenthaltes eingewanderter Ausländer) fast ausschließlich von den Individualgrundrechten aus. Die Präambel und der Gesamtkontext des Grundgesetzes wurden nicht berücksichtigt, der sich aus ihnen ergebende verfassungsrechtliche Rang der These, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland für Angehörige fremder Nationen ist, nicht erkannt. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung kam es zur Novellierung der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7. Juli 1978. Mit ihr wurde der aufenhaltsrechtliche Status der Ausländer „verfestigt". Bundesregierung und Bundestag sahen alledem tatenlos zu, obwohl man sich, wie der Anwerbestopp von 1973 beweist, der Folgen durchaus bewußt war. Während die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer von 2,28 Millionen im Jahr 1972 auf 1,65 Millionen im Jahr 1982 sank, stieg die Gesamtzahl der registrierten Ausländer durch Familiennachzug und aus anderen Gründen von 3,52 Millionen im Jahr 1972 auf 4,66 Millionen im Jahr 1982 an.[133] Die Formulierung eigener Interessen und Besorgnisse ist keine Ausländerfeindlichkeit.

Die Besorgnisse ergeben sich nicht allein und noch nicht einmal in erster Linie aus der Asylantenfrage. Sie ergeben sich vor allem auch aus der viel zu großen Anzahl der hier lebenden, einem völlig fremden Kulturkreis angehörenden Ausländer, aus ihrer Zunahme durch Geburtenüberschuß, Zuheiratet und Familiennachzug und aus ihrem immer deutlicher werdenden Bestreben, als nationale Minderheit, die sich auf Dauer auf deutschem Boden[134] niedergelassen hat, anerkannt zu werden. [20, Seite 53-55, 56]

---

[132] Der Text v. Dr. jur. Otto Uhlitz (SPD) – „Deutsches Volk oder ‚multikulturelle Gesellschaft'? – Von den verfassungsrechtlichen Grenzen der Ausländer- und Einbürgerungspolitik", 1987

[133] Auskünfte des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden

[134] Moscheestreit in Köln-Ehrenfeld 2007: „Dieses Land ist seit 1000 Jahren unser Deutschland", kritisiert ein Herr, der sich selbst als „sehr konservativ" bezeichnet. „Gäste sollen sich wie Gäste verhalten." Die Türkin mit dem Kopftuch hält ihm entgegen: „Was 1000 Jahre Deutschland war, ist Vergangenheit. Wir sind jetzt Deutsche." Netzzeitung, 30.05.2007, Christoph Driessen, dpa

Im Jahre 1975 hat der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eindringlich davor gewarnt, daß wir uns neben allen sonsigen Problemen auch noch das Nationalitätenproblem „aufladen“.[135]
Noch im März bekannte die SPD-FDP-Regierung[136] zu den Vorschlägen einer „Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung einer umfassenden Konzeption der Ausländerbeschäftigungspolitik“ vom 28. Februar 1977, die von folgender Grundposition ausgegangen war: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren.“[137]
Diesem Bekenntnis widersprach allerdings die kurz vorher, am 07. Juli 1978, erfolgte Änderung zur Ausführung des Ausländergesetzes (AuslVwV).[138] …
In dieser Novellierung der AuslVwV ist nicht zu Unrecht ein „Kurswechsel“ in der Ausländerpolitik und die Aufgabe der bis dahin vertretenen These, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, erblickt worden.[139]
Es ist allerdings denkbar, daß sie mit ihrem Festhalten an der alten These vom bloßen Aufenthaltsland die deutsche Bevölkerung lediglich beruhigen wollte.[140]
Die Novellierung der AuslVwV stellte eine hochpolitische, das verfassungsmäßige Selbstverständnis der Bundesrepublik und die Rechtslage Deutschlands berührende Entscheidung dar, die niemals auf dem auf dem Verwaltungswege getroffen werden durfte.
Unter der Prämisse „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ hätte eigentlich, wie H.Quaritsch[141] ausgeführt hat, der Grundsatz gelten müssen: „Je länger sich ein Ausländer im Bundesgebiet aufhält, desto schwächer wird sein Aufenthaltsrecht – damit er ‚Gast‘ bleibt, seine Einwanderung verhindert wird.“ Es wäre die Pflicht von Regierung und Parlament gewesen, den immer wieder bekundeten politischen Willen, die Bundesrepublik nicht zu einem Einwanderungsland werden zu lassen, gesetzlich zu verankern und damit die Anwendung des allgemeinen Rechtsprinzips des Vertrauensschutzes in diesem Bereich sowie jegliche Einwanderungspolitik durch Gerichte zu verhindern. Von einem „Vertrauensschutz“ der Inländer hinsichtlich der auch heute noch[142] regierungsamtlich verkündeten These „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ als Geschäftsgrundlage der „Ausländerbeschäftigungspolitik“ war bisher noch nie die Rede.[143] [20, Seite 58, 59]
Mit dem Kabinettsbeschluß vom 19. März 1980[144] wurden, entgegen allen anderslautenden Beteuerungen[145] …, die Weichen in Richtung auf die Umwandlung der Bundesrepublik in eine „multikulturelle Gesellschaft“ gestellt. („Orientierungslinien für die Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“). In der deutschen Bevölkerung sollte durch „gezielte Öffentlichkeitsarbeit“ die Bereitschaft geweckt werden, „die kulturelle Eigenständigkeit der Ausländer voll anzuerkennen und bei deren Eingliederung in unsere Gesellschaft mitzuwirken“.
… Nicht zuletzt dürfte es sich aber um ein Problem der Bewältigung der NS-Vergangenheit handeln. Offensichtlich glaubte man, duch möglichst großzügige ausländerrechtliche Bestimmungen, durch einen Verzicht auf nationale deutsche Interessen unter Nichtbeachtung zwingender Vorschriften des Grundgesetzes eine Art „Wiedergutmachung“ oder Sühne nationalsozialistischen Unrechts leisten zu müssen, obwohl kein Kausalzusammenhang zwischen dem „Dritten Reich“ und der heutigen Zuwanderung von Ausländern besteht.
Nach Flucht und Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus Ostdeutschland dürfte es wohl nicht „unmoralisch sein zu fordern, daß der uns verbliebene Rest Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt“ und nicht für Massenzuwanderungen freigegeben wird.
[20, Seite 60, 61]

---

135 Frankfurter Rundschau, 13.02.1975
136 Vgl. Bundestags-Drucksache 8/2716,1
137 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Aktenzeichen IIa5-24 200/22,3
138 GMBl. 1978, 368
139 Vgl. Franz, in: „Deutsch lernen“, 3/1978, S. 26f.; Kanein, „Ausländergesetz“, 3. Auflage 1980, S. 94; Peter Bähr in Heft 42 („Ausländische Mitbürger in unseren Städten“) d. „Neuen Schriften des Deutschen Städtetages“, 1981, S. 207
140 Vgl. hierzu: H. Quaritsch, „Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?“, 2. Aufl. 1982, S. 12
141 Ebd. 35f.
142 Vgl. z.B. die „Aufzeichnungen“ des Bundesministers des Innern „zur Ausländerpolitik und zum Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland (September 1985)“, S. 23: „Kein Einwanderungsland“
143 Darauf weist Axel D. Neu hin: „Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Auswirkungen auf die Jugendkriminalität“, Band 86 der „Kriminologischen Schriftreihe“, 1984, S. 19
144 Orientierungslinien für die „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“, Beschlüsse der Bundesregierung vom 19. März 1980, Bonn o.J. (Senatsbibliothek Berlin, Signatur 80/2309)
145 Vgl. Ebd. „Aufzeichnungen“ des Bundesministers des Innern „zur Ausländerpolitik und zum Ausländerrecht …“

Bild 28: Trotz Paß keine Angehörigen des dt. Volkes

Erste gesetzgeberische Konsequenzen aus dem genannten Kabinettsbeschluß sollten mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines vierten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 4. Januar 1982[146] gezogen werden.[147] Nach diesem Entwurf sollten jugendliche Ausländer von der Vollendung des 18. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres nach achtjährigem dauernden rechtmäßigen Aufenthalt im Bundesgebiet einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung erhalten. Von der Notwendigkeit deutscher Sprachkenntnisse, von einer „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ und von einer „freiwilligen und dauernden Hinwendung zu Deutschland“, wie sie die geltenden Einbürgerungsrichtlinien verlangen, war keine Rede. Der Einbürgerungsanspruch sollte selbst dann nicht ausgeschlossen sein, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigten, daß der Einzubürgende die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährden werde. Diese Ausländer sollten also besser gestellt werden als die Flüchtlinge und Vertriebenen deutscher Volkszugehörigkeit im des Art. 116 GG, die in diesem Falle gemäß § 6 Abs. 2 des ersten Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit nicht nur ihren Einbürgerungsanspruch, sondern vorbehaltlich des § 7a dieses Gesetzes sogar ihre Deutscheneigenschaft verlieren.[148] [20, Seite 62]

Die Etablierung einer „multikulturellen Gesellschaft“ auf deutschem Boden ist nicht nur ein Anliegen ausländischer Aktivisten. Auch Deutsche propagieren, „stellvertretend für die Ausländer“, die „multikulturelle Gesellschaft“, angeblich aus Gründen der Humanität, der Toleranz oder des „Gleichheitspostulats der modernen Gesellschaft“.[149]

Bei einigen dieser Deutschen spielt sicherlich die Ansicht des „Weltdeuters der rebellierenden Studenten von 1968“[150], Herbert Marcuse, eine Rolle, wonach die „eindimensionale“ bürgerliche Gesellschaft durch das „Substrat der Geächteten und Außenseiter: der Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und Farben …, der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen“ zerstört werden könne.[151]

Vielvölkerstaaten funktionieren nur dann konfliktlos, wenn jede Bevölkerungsgruppe ihr eigenes Siedlungsgebiet hat. Eine Rolle spielt auch der Verwandtschaftsgrad der in einem Staat zusammenlebenden Volksgruppen. Immer mehr „deutsche Mitstreiter“ unterstützen die Forderungen, das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ zu ersetzen, die Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat umzuwandeln, nicht assimilierten und wohl auch nicht assimilierbaren Bevölkerungsgruppen, deren Einreise nur für einen vorübergehenden Aufenthalt gestattet wurde, einen Minderheitenstatus, dauernde Niederlassungsrechte und die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen. Alle diese Forderungen und die ihnen weitgehend entgegenkommenden Ausländer- und Einbürgerungspolitik der Bundesrepublik sind verfassungswidrig. Die Bundesrepublik ist nicht als Einwanderungsland und Vielvölkerstaat konzipiert. Sie ist vielmehr ein vom deutschen Volke für das deutsche Volk geschaffener, auf Wiedervereinigung Deutschlands angelegter Staat, in dem die Staatsgewalt vom deutschen Volke ausgeht. [20, Seite 66, 67]

Selbst wenn es gelingen sollte, den weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland zu stoppen, was vom Staat keinesfalls beabsichtigt ist, würde der ausländische Bevölkerungsanteil zunehmen: Die Geburtenhäufigkeit bei ausländischen Frauen ist bis zu fünfmal so hoch wie die der deutschen Frauen. Die höchsten Geburtenraten liegen bei Angolanerinnen, Irakerinnen, Frauen ungeklärter Nationalität, sowie bei Frauen aus Pakistan, Zaire, Somalia und Sri Lanka. Auch die Türkinnen haben im Durchschnitt doppelt so viele Kinder wie die deutschen Frauen.

---

146 Bundesrats-Drucksache 3/82

147 Vgl. H. von Mangoldt, „Einbürgerungsanspruch für zweitweise in Deutschland aufgewachsene Ausländerkinder?“, JZ 1982, 174f.

148 Diese Diskrepanz wurde allerdings nach der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses vom 1. Februar 1982 (Bundesrats-Drucksache 3/1/82) durch Aufnahme einer dem §6 des 1. StARegG ähnlichen Bestimmung beseitigt

149 Lutz Hoffmann, Herbert Even, „Soziologie der Ausländerfeindlichkeit – Zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft“, 1984, S. 44, 65

150 H. Quaritsch, „Recht auf Asyl – Studien zu einem mißdeuteten Grundrecht“, 1985, S. 53

151 H. Marcuse, „Der eindimensionale Mensch – …“, 1967, Seite 267

Das „Deutsche Volk“ im Sinne des Grundgesetzes

Es fragt sich, was unter dem „Deutschen Volk“ im Sinne des Grundgesetzes zu verstehen ist. Einen wichtigen Hinweis enthält Art. 116, wo von Flüchtlingen und Vertriebenen „deutscher Volkszugehörigkeit“ die Rede ist, die den „deutschen Staatsangehörigen“ als „Deutsche“ im Sinne des Grundgesetzes gleichgestellt werden. Daraus ergibt sich zweierlei: Erstens: Das Grundgesetz setzt ein vor und unabhängig von jeder staatlichen Organisation existierendes deutsches Volk als eine generationsübergreifende Gemeinschaft von Menschen deutscher Volkszugehörigkeit voraus.
Zweitens: Das Grundgesetz geht davon aus, daß die deutsche Staatsangehörigen grundsätzlich deutscher Volkszugehörige sind, denn die deutschen Volkszugehörigen, die als Flüchtlinge oder Vertriebene oder als deren Ehegatten oder Abkömmlinge in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben, wurden den „deutschen Staatsangehörigen“ nicht ohne Grund gleichgestellt. Die Gleichstellung erfolgte wegen der gemeinsamen deutschen Volkszugehörigkeit. Das Grundgesetz steht ferner in der „Tradition der nationalstaatlichen Verfassungsentwicklung“.[152] Das ergibt sich schon aus dem ersten Satz der Präambel, in dem die Wahrung der *nationalen* und *staatlichen* Einheit als Verfassungsziel proklamiert wird. Die Verknüpfung des Bekenntnisses zur nationalen Einheit mit dem Bekenntnis zur staatlichen Einheit macht ebenfalls deutlich, daß die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Willen unserer Verfassung grundsätzlich ein Band von Menschen deutscher Nationalität, d.h. deutscher Volkszugehörigkeit, sein soll. [20, Seite 67, 68]

Wer ist deutscher Volkszugehöriger?

Für den Begriff des „deutschen Volkzugehörigen“, dem durch Art. 116 GG zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine verfassungsrechtlichen Bedeutung beigelegt wurde, gibt § 6 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgestzes eine Definition. Danach ist deutscher Volkszugehöriger, „wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.“[153]
Diese Definition deckt sich der Sache nach mit den Bestimmungen der Vertreibungsstaaten, die die Aussiedlung der „Deutschen“ regelten. Diese Bestimmungen bezogen sich nicht auf deutsche Staats-, sondern deutsche Volkszugehörige.[154]
Den Vertreibungs- und Verfolgungsmaßnahmen in Ost- und Südosteuropa wurden nicht etwa nur die Nachfahren der im Rahmen der Ostkolonisation aus den späteren sogenannten reichsdeutschen Gebieten ins Land gerufenen Siedler unterowrfen, sondern auch die Nachfahren der aus Österreich, der deutschsprachigen Schweiz, dem Elsaß, ja, sogar aus Flandern und den Niederlanden stammenden Kolonisten. Auf Grund dieser Tatsache kann sich jeder selbst die Frage beantworten, wer zum deutschen Volke im ethnischen, „natürlich-soziologischen Sinne“[155] gehört. Die Holländer kann man heute nicht mehr dazurechnen. Zur Zeit der Ostkolonisation gehörten sie dazu, und die Nachfahren der aus den Niederlanden stammenden Siedler in den Ostgebieten haben das zu spüren bekommen. …
Den schärfsten Widerspruch verdient die Auffassung, wonach das „Deutsche Volk“ im Sinne des Grundgsetzes allein durch den formalen Begriff der „deutschen Staatsangehörigkeit“ konstituiert und bestimmt wird.[156] Das deutsche Volk existierte als ethnische Gruppe und als Kulturnation lange bevor es eine deutsche Staatsangehörigkeit gab. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nichts weiter als der Versuch des Gesetzgebers, die Menschen deutscher Volkszugehörigkeit rechtlich zu erfassen, für die das „Deutsche Reich“ genannte

[152] G. Schwerdtfeger, Gutachten A zum 53. Deutschen Juristentag Berlin 1980
[153] Gesetz über die Angelenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Fassung vom 23.10.1961 (BGBl. I, 1883)
[154] Vgl. Friedrich Teppert, „Die Rechtsstellung der ‚Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes“, Dissertation 1969, S. 56f.
[155] Klaus Stern, „Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland“, Band II, 1980, §25 I 2a
[156] Ebd. §25 I 2c und ders. ebd., Bd. I, 2. Auflage 1984, §8 I 4a (257)

Staat „ihr Staat“ ist und die daher als (vor der Verfassung existentes) „Staatsvolk“ und als Träger der verfassungsgebenden Gewalt des als fortbestehend gedachten deutschen Gesamtstaates anzusehen sind.[157] Die generationenumfassende Gemeinschaft der deutschen Volkszugehörigen, für die der als fortbestehend gedachte deutsche Gesamtstaat „ihr Staat“ ist, ist das, was das Grundgesetz in der Präambel und in den Artikeln 1 Abs. 2, 56 und 146 unter dem „Deutschen Volk“ versteht. Nach Art. 56 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 2 schwören der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung, ihre Kraft „dem Wohle des deutschen Volkes“ zu widmen. [20, Seite 68, 69] …
Das deutsche Volk – auch und gerade im Sinne des Grundgesetzes – wird nicht durch ein Stück Papier – einen Paß, eine Einbürgerungsurkunde oder einen Staatsangehörigkeitsausweis bestimmt. Das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil die Deutschen in der DDR ganz andere Papiere besitzen, obwohl sie, jedenfalls nach dem Grundgesetz, für uns genauso wie die Bürger der Bundesrepublik „deutsche Staatsangehörige“ sind. Das Band, das die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR verbindet, ist nicht eine „freiheitlich-demokratische“ oder eine „sozialistische“, sondern die nationale Identität, d.h. die gemeinsame Volkszugehörigkeit, das noch immer vorhandene Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der mehrheitlich vorhandene Wunsch und Wille, Staatsvolk des gesamtdeutschen Staates und nicht nur Mitglieder der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft zu sein.[158]
Die Staatsangehörigkeit im formaljuristischen Sinne ist auch deshalb ungeeignet, das „Deutsche Volk“ zu beschreiben oder zu bestimmen, weil sie als juristischer Begriff immer nur die gerade lebende, „sich durch Geburt und Tod in jedem Augenblick ändernde Generation“[159], nicht aber auch die vergangenen und zukünftigen Geschlechter umfassen kann, an die wir doch wohl auch denken, wenn wir vom „Deutschen Volk“ sprechen. [20, Seite 71, 72]

Ausländer- und Einbürgerungspolitik auf der Grundlage und im Geiste der Verfassung
Für die Einbügerungspolitik der deutschen Bundesstaaten, deren Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit) bis 1934 vermittelte, und später für das Deutsche Reich, galt der Grundsatz, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist. Das wird jeder feststellen, der sich an Hand der Akten mit dieser Frage beschäftigt.
Daß eine deutsche Regierung eine Ausländer-, Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik betreiben könnte, die zur Etablierung nationaler Minderheiten oder zur Stärkung bereits vorhandener Minderheiten führen könnte, lag außerhalb des Vorstellungsvermögens der Verfassungsgeber von 1871, 1919 und 1949 und des Reichsgesetzgebers von 1913.
Wenn sei geahnt hätten, daß eine deutsche Regierung einmal auf Einwanderungsbestrebungen reagieren müßte, hätten sie sicherlich die Niederlassung fremdnationaler Minderheiten auf deutschem Boden durch zweckdienliche verfassungsrechtliche oder gesetzliche Bestimmungen verhindert, da sie Deutschland als Staat der Deutschen ansahen, der wegen seines dichtbesiedelten, beengten Raumes und seiner beschränkten Ressourcen auch objektiv kein Einwanderungsland war. Der Satz „Deutschland ist ein Nationalstaat und kein Einwanderungsland für fremde Völker“ gehört zu den fundamentalen Rechtsprinzipien des Staates, auf den sich die deutsche Staatsangehörigkeit bezieht, nämlich den fortbestehenden deutschen Gesamtstaat. Damit ist jede Norm und Verwaltungspraxis unvereinbar, die sich gegen den zur Zeit handlungsunfähigen Gesamtstaat (und damit auch gegen den anderen Teilstaat) richtet und ihm zum Beispiel an Stelle des deutschen Volkes eine „multikulturelle Gesellschaft“ als Staatsvolk aufzwingt. Da mit der Errichtung der Bundesrepublik nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern nur ein Teil Deutschlands neu organisiert wurde[160] und die Bundesrepublik nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Staat identisch (wenn auch in seiner räumlichen Ausdehnung nur „teilidentisch“) mit dem Staat „Deutsches Reich“ ist[161], gehört der Satz „Deutschland ist ein Nationalstaat und kein Einwanderungsland für fremde Völker“ auch zur verfassungsmäßigen Ordnung und zum ordre public der Bundesrepublik selbst.

[157] Hans Liermann, „Das deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichs-Staatsrecht der Gegenwart“, 1927, S. 42
[158] Vgl. E. Noelle-Neumann, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.1986, in der das Ergebnis einer Meinungsumfrage („Der Versuch, einen nationalen Charakter zu verändern“) mitgeteilt wurde
[159] Hans Liermann, „Das deutsche Volk als Rechtsbegriff im Reichs-Staatsrecht der Gegenwart“, 1927, S. 44
[160] Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rats am 20.10.1948, vgl. Stenograph. Bericht, S. 70f.
[161] Vgl. das Grundlagenvertragsurteil (GE36, 1f.) vom 31.07.1973

Bild 29: Eine Veranstaltung des türkischen Volkes in Köln

Die Ersetzung des deutschen Staatsvolkes in der Bundesrepublik durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ und die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat steht rechtlich und tatsächlich einer den Vorstellungen des Grundgesetzes entsprechenden Wiedervereinigung auf national-staatlicher Grundlage im Wege. Das Verfassungsziel der Wieder-vereinigung bezieht sich, wie dargelegt, nicht nur auf die Wahrung und Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, sondern auch auf die Wahrung der nationalen Einheit des deutschen Volkes. Zwischen einer „multikulturellen Gesellschaft“ als „Staatsvolk“ der Bundesrepublik und einem hoffentlich noch in fünfzig oder hundert Jahren aus deutschen Volkszugehörigen bestehendem *„Staatsvolk“ der DDR könnte keine „nationale“ Einheit mehr hergestellt, geschweige* denn „wiederhergestellt“ werden. Die Angehörigen fremdnationaler Minderheiten, die sich auf dem Boden der Bundesrepublik niedergelassen haben, werden durch Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nicht Angehörige des deutschen Volkes im Sinne der Päambel des Grundgesetzes, das aus den in Mitteleuropa siedelnden deutschen Volkszugehörigen besteht.

Fassen wir noch einmal zusammen: Die deutsche Staatsangehörigkeit ist kein wertneutraler Begriff. Zu ihrem Wesen gehört die deutsche Volkszugehörigkeit oder – bei Einzubürgenden – die vorbehaltlose, objektiv nachweisbare Hinwendung zum deutschen Volk. Die Ersetzung des deutschen Staatsvolkes in der Bundesrepublik durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ und die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat verstoßen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik. Die im Grundgesetz festgelegten Verfassungsprinzipien und –ziele sowie die eindeutigen Verfassungsgebote und –verbote dürfen durch die Einbürgerungspraxis und staatsangehörigkeitsrechtlichen Maßnahmen nicht außer Kraft gesetzt oder unterlaufen werden. [20, Seite 73-77]

Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur nationalen Einheit wird permant in Frage gestellt

Es gibt kein Menschenrecht und kein allgemeines Völkerrecht auf Freizügigkeit auf dem ganzen Erdball. Aus der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) kann kein Recht auf Einreise-, Einwanderungs- und Niederlassungsfreiheit hergeleitet werden.[162]

„Art. 6 GG gewährt Ausländern grundsätzlich kein Recht darauf, ihr Recht auf Ehe und Familie gerade im Bundesgebiet zu verwirklichen.“[163]

„Der Satz, daß die Familie zusammengehört, läßt sich, sofern nicht völkerrechtliche Vereinbarungen mehr zugestehen, von Rechts wegen nur auf das Heimatland bezogen denken, dessen Bürger man ist.“[164]

„Völkerrechtlich und staatsrechtlich ist grundsätzlich der Heimatstaat des Ausländers der Ort, auf den er zu seiner persönlichen und beruflichen Selbstverwirklichung verwiesen werden kann.“ Das schlimmste Unglück ist sicher nicht, in die Heimat zurückkehren zu müssen, wenn man mit seinen Angehörigen zusammenleben möchte. Niemand wird durch die deutsche Staatsgewalt daran gehindert. …

Die Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern ist im Grundgesetz vorgesehen. Bestimmte Grundrechte sind Deutschen vorbehalten. Die vom Grundgesetz gewollte Beschränkung einzelner Grundrechte auf Deutsche kann man nicht unter Hinweis auf den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) oder ein „Gleichheitspostulat der modernen Gesellschaft“ vom Tisch wischen. Kein in das Bundesgebiet eingereister Ausländer kann unter Berufung auf Art. 3 Abs. 1 GG ein Niederlassungsrecht (Bodenrecht), die Inländergleichbehandlung und/oder die Einbürgerung verlangen. …

[162] Vgl. von Münch, „Grundgesetz-Kommentar“, Band1, 3, Auflage 1984, Randnummer 8 zu Art. 11
[163] H.Quaritsch, „Kindernachzug nach Art. 6 GG“, „NJW“ 1984, 2731 (2733)
[164] G.Willms, Frankfurter Allgemeine Zeitung, „Übertreibung und Widersinn“, 28.09.1984

Eine „Ersitzung“ staatsbürgerlicher Rechte oder sogar der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch lange Aufenthaltsdauer gibt es nicht. …
Das gleiche gilt für die Grundsätze der Toleranz, Humanität, Brüderlichkeit und Menschlichkeit. Diejenigen, die Toleranz predigen, können uns nicht von der Beachtung des Grundgesetzes entbinden. Das Humanitätsideal berechtigt uns nicht, das grundgesetzlich verbürgte Nationalsstaatsprinzip und das Wiedervereinigungsgebot zu mißachten, die Grenzen der Bundesrepublik für alle Mühseligen und Beladenen dieser Welt zu öffnen und uns selbst aus der Geschichte abzumelden. ...
Die Leute, die diese Argumente ins Feld führen, sind zum Teil dieselben, die es als „human“ ansehen, daß wegen angeblicher „sozialer Indikatoren“ und daher aus rein materiellen Gründen jährlich 250.000 ungeborene Kinder im Mutterleib getötet werden. Der Hinweis auf die „Menschlichkeit“ entpuppt sich damit als Heuchelei. Mitunter hat man den Eindruck, daß Toleranz gefordet wird wird, weil man nicht den Mut und die Willenskraft aufbringt, sich ernsthaft mit den Problemen auseinanderzusetzen. Manche wollen möglicherweise auch mit ihren Mahnungen an Menschlichkeit und Brüderlichkeit unseren Selbstbehauptungswillen untergraben. Auf dem beengten Raum der dichtbesiedelten Bundesrepublik können die Menschenrechts-, Minderheiten-, Arbeitsmarkt- und Flüchtlingsprobleme dieser Welt nicht gelöst werden!
… Das gilt auch für andere geschichliche Vorgänge. Die Tatsache, daß in einer bestimmten, möglicherweise zwei- oder sogar dreihundert Jahre zurückliegenden historischen ökonomischen Situation einige deutsche Staaten Zuwanderer aufgenommen haben, verpflichtet die Bundesrepublik nicht, ein Einwanderungsland zu sein und etwa dem vor dreihundert Jahren menschenarmen Brandenburg-Preußen nachzueifern.[165]
Einwanderung hat es immer gegenben. Es kommt aber auf die Dimension und auf den Verwandtschaftsgrad der Zuwanderer an. Die damaligen „Einwanderer“ kamen, wie beispielsweise 15.000 Salzburger Exulanten, die in Ostpreußen angesiedelt wurden, aus anderen deutschen Ländern. Die böhmischen Exulanten waren zu einem Teil ebenfalls Deutsche oder gehörten als Tschechen zum gleichen Kulturkreis und zur gleichen Religionsgemeinschaft. Die etwa 30.000 Hugenotten, die nach Deutschland kamen, waren ebenfalls kulturell und religiös eng mit den deutschen Protestanten verbunden. Soweit nach dem Abklingen der Flüchtlingsströme der religiös Verfolgten noch Zuwanderer aufgenommen wurden, wurden von ihnen handwerkliche und andere für das Land nützliche Fähigkeiten verlangt.[166] … Wer sich mit Einwanderungsfragen beschäftigt, sollte soviel Realitätssinn bewahrt haben, daß er zwischen protestantischen Hugenotten, katholischen Polen und muselmanischen Türken oder Kurden zu unterscheiden vermag. …
Die verschiedentlich aufgestellte Behauptung, die Bundesrepublik sei schon deshalb ein Einwanderungsland, weil nach dem letzten Kriege rund 12 Millionen Vertrieben und Flüchtlinge aufgenommen wurden[167], kann nur als geschmacklos und geschichtsfremd bezeichnet werden. Unverfroren ist es, daraus (aus dem Leid Deutscher) eine Verpflichtung herzuleiten, im Widerspruch zu eindeutigen Bestimmungen des Grundgesetzes die Etablierung fremd-nationaler Minderheiten auf dem Boden der Bundesrepublik zu dulden.
Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung hat am 16. September 1986[168] auf die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahrzehnten hingewiesen. … Der Bedarf an Arbeitskräften müsse dann verstärkt durch Ausländer gedeckt werden. …
Davor sei schon jetzt gewarnt! … Die Bundesrepublik gehört nicht der deutschen Großindustrie. Sie ist nach dem Grundgesetz kein bloßes Aufenthaltsland für beliebig austauschbare Arbeitskräfte einer auf Wachstum eingestellten Industrie. Der Wunsch, das industrielle Wachstum so wie bisher fortzusetzen, berechtigt uns nicht, unter Mißachtung des Grundgesetzes fremde Völkerschaften aufzunehmen und die Bundesrepublik in einen Vielvölkerstaat umzuwandeln. Man sollte sich unter allen Umständen etwas anderes einfallen lassen! [20, Seite 79-85]

---

[165] ZEIT, Chefredaktuer Theo Sommer, 29.08.1986
[166] Vgl. die Siedlungspolitik Friedrichs des Großen: „Die Gründung des märkischen Spinnerdorfes Neu Zittau“ („Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte“, Bd. 26, 1975, S.11) und „Die Gründung Friedrichshagens“ („Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins“, 32. Folge, 1983, S. 33f.)
[167] So der Kölner Soziologe Scheuch in „Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft“, Band II, S.131f.
[168] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.09.1986

Die Überwindung des deutschen Volkes

Bild 30: Deutsche und nicht-deutsche Kinder

Die wohl für die Zukunft folgenschwerste Auswirkung der zersetzenden Wirkung der Frankfurter Schule betrifft die Zerstörung des Volksbewußtseins und die Unterstützung aller Bestrebungen zur Auflösung des deutschen Volkes. … Nicht von ungefähr gingen die international eingestellten 68er als Zöglinge der Frankfurter Schule für fremde Völker und deren Befreier wie Che Guevarra oder Ho Chi Minh auf die Straße, nicht für die damaligen Belange der Deutschen, nicht für deren seinerzeit noch ausstehende Wiedervereinigung oder deren Befreiung von der geistigen und materiellen Vorherrschaft durch die Siegermächte von 1945.

Die von diesen betriebene schon beschriebene Zerstörung der deutschen Traditionen und der Familie diente letztlich dem Ziel der Abschaffung der Deutschen. Dazu wurden nach der bewährten Methode der Kommunisten und der Frankfurter Schule systematisch die das Bewußtsein bestimmenden Begriffe umfunktioniert und ausgewechselt. Statt vom „Volk“[169] wurde von Politikern und den gleichgeschalteten Medien nur noch von der „Gesellschaft“[170] oder der „Bevölkerung“[171] gesprochen, um damit das Bewußtsein von der geschichtlich gewachsenen Bluts-, Lebens- und Traditionsgemeinschaft aufzuheben und von den Traditionen abzunabeln. Der Bezug auf das „Volk“ im Grundgesetz, etwa in der Eidesformel, oder beim Soldateneid blieb wie ein Überbleibsel aus längst vergangenen Zeiten zwar erhalten, verlor aber jede Verbindlichkeit, da sich jeder Etablierte hütete, vom „Volk“ zu sprechen. Das Grundgesetz geht eindeutig vom „Deutschen Volk“ aus. Noch 1987 hat das Bundesverfassungsgericht die Pflicht zur Erhaltung des deutschen Volkes als Verfassungsauftrag hervorgehoben: „Das Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit in Art. 116 (1), 16 (1) GG und damit an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck dieses Verständnisses und dieser Grundentscheidung. Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.“[172]

Vor diesem Hintergrund dürften die Bestrebungen nach einer „multikulturellen Gesellschaft“ den Tatbestand der Verfassungsfeindlichkeit und des Hochverrats in Deutschland erfüllen.

Die Angriffe der Umerziehung auf das Geistesleben und die kulturelle Tradition der Deutschen hatten auch bedrohliche Auswirkungen auf ihr generatives Verhalten. Nicht zufällig begann nach geburtenstarken Jahrgängen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten das deutsche Geburtendefizit zu Beginn der siebziger Jahre zur Zeit der linksliberalen Koalition und unter dem nun stärker wirkenden geistigen Einfluß der Jünger der Frankfurter Schule. Gleichzeitig wurden in unverantwortlicher Weise immer größere Zahlen an einwandernden Ausländern zugelassen. Deutschland begann als Weltmeister des Geburtenschwundes den Weg in die Todesspirale, aus der es den Ausweg immer noch nicht gefunden hat. In den folgenden Jahrzehnten wanderten Millionen Fremder ein und nahmen vor allem die Vorzüge des sozialen Netzes wahr. Völlig unberechtigt wurden vorrangig zur Volkserhaltung gedachte bevölkerungspolitische Maßnahmen wie das Kinder- und Erziehungsgeld, auch Ausländern gewährt.

[13, Seite 212-214, 216]

---

[169] Volk [ahd.] *das*, eine durch gemeinsame Herkunft (Abstammung), Geschichte. Kultur und meist auch Sprache verbundene Gesamtheit von Menschen; urspr. die Kriegsschar, auch eine bestimmte Menschengruppe. Entwicklungsgeschichtlich eine Lebens- und Kampfgemeinschaft, d.h. das Wort ‚Volk‘ hat ethymologisch eine alte germanische Wurzel und bedeutet Kriegerschar, Heerhaufen; allg. Kampfverband. Der Ausdruck Volk (über mittelhochdeutsch volc aus althochdeutsch folc, dies aus urgermanisch fulka „die Kriegsschar“) ist erstmals im 8. Jahrhundert belegt und bedeutet „viele“.

[170] Gesellschaft [zu Geselle] die, -/-*en* 1) die Gesamtheit der zwischenmenschl. Beziehungen und der daraus entstandenen Gebilde. Die menschl. G. zeigt auf jeder ihrer Entwicklungsstufen eine Mehrzahl von Formen und Ordnungen; der Mensch ist Mitglied mehrerer Gruppen (Familie Staat, Partei. Kirche u a), die einander vielfach einschließen oder überschneiden (Soziologie). I.e.S. heißt G. die Gesamtheit der Ordnungen und Bewegungen, die aus dem freien Zusammenleben der Menschen, insbesondere zu wirtschaftl. Zwecken, hervorgehen.

[171] Bevölkerung; die, -/-*en*, die Bewohner eines best. Gebiets ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

[172] Neue Juristische Wochenschrift, Heft 2, S. 1313 f., 1988

Die Deutschen nehmen die Pille – damit es Platz für Ausländer gibt

Bild 31: Das verherrlichte Prinzip heute: die Aufzucht fremden Nachwuchses durch Deutsche

Die Neger im Hydepark sagen es ganz offen: „Ihr keine Kinder mehr zu kriegen, das besorgen wir“. Die Journalisten im Rundfunk drücken es vorsichtiger aus. In der Sendung „Familien – wie lange noch?“ vom 19.05.1970 im Südfunk II formulierte es ein Karl Heinz Trinkler so: der Ehrlichkeit wegen müsse man zugeben, daß Kinder heute ein reiner Luxus seien, und auch volkswirtschaftlich (Renten etc.) seien sie nicht mehr notwendig: „wegen dem internationalen Arbeitskräfte-austausch“.

Wer noch einen Beweis braucht, daß die Propaganda gegen Kinder und Familie mit dem klaren Hintergedanken betrieben wird, infolge der angestrebten Kinderarmut (gemeint hier: ein Volk arm an eigenen Kindern) werde an die Stelle der deutschen Bevölkerung schrittweise eine ausländische treten, wer immer noch diesen Beweis braucht – hier ist er. Die einstündige Sendung, die wiederholt aufs Programm gesetzt wurde, war ausschließlich der Propaganda gegen Familie und Kinder, für Kommunen und Sex gewidmet und unterschied sich ansonsten in nichts von den unzähligen übrigen Produkten der Presse, des Rundfunks, Fernsehens, Bücher – und Zeitschriftenmarkts, die versuchen, die Ehe als „überholt“, „bürgerlich“, „kleinbürgerlich“ oder „kapitalistsich“ auf den Müllhaufen zu komplimentieren und Kinderlosigkeit als Sympmptom von Progressivität auszuweisen. …

Wer die psychologische Funktion des Vorbilds kennt, wird wissen, wie sehr ein solcher Prototyp der lässigen „modernen“ Frau, die auf Kinder pfeift, das Bewußtsein, die Wunschwelt des Rundfunkkonsumenten beeinflußt. Aber insoweit war die Sendung durchaus nicht außergewöhnlich. Außergewöhnlich war nur, mit welcher selbstmörderischen Offenheit sie das der pausenlosen Propaganda gegen Familie und (eigener) Kinderzeugung zugrundeliegende Kalkül freilegte, nämlich die schrittweise, unauffällige, aber lückenlose Umbevölkerung der Bundesrepublik durch durch Abwürgen der deutschen Geburtenziffer und Nachschieben von Südländern. Oder, um mit Karl Heinz Trinkler’s Worten zu sprechen, daß Kinder überflüssig sind, „wegen dem internationalen Arbeitskräfteaustausch“. Womit auch der der Terminus „Arbeitskräfte – Austausch“ die richtige Beleuchtung erfährt: wenn man keine (eigenen) Kinder hat, gibt es auch nichts zu „tauschen“, sodaß das Geschäft ziemlich einseitig wird.

Auch in dieser Sendung fiel das gewohnte Argument gegen Kinderreichtum: die Welt sei überbevölkert, also müsse man die Geburtenziffer senken. Diese Beweisführung bietet uns nichts neues mehr. Ebenso wie es, wenn Frankreich Weizenüberschüsse hat selbstverständlich ist, daß man die deutschen Bauern an die Luft setzt, ist es nur natürlich, daß bei einer Bevölkerungsexplosion in Brasilien den deutschen Frauen die Pille verordnet wird. …

Ganze Völker getrauen sich nicht mehr, Kinder in die Welt zu setzen, weil sie die Überbevölkerung fürchten, weil sie wie eine kirchliche Organisation vermutet, ihren „speziellen Beitrag“ zur Behebung des Mangels an Wohnungen und Spielplätzen an Kindergärten und Familienerholungsheimen zu leisten beschlossen haben. Und ihre eigenen Regierungen in Bonn, Bern, London, Stockholm lassen die Städte aus den Nähten platzen, indem sie Südländer hineinpressen. Dänen, Holländer, Belgier, Franzosen nehmen Verhütungsmittel, um ihren eins, zwei Kindern ein Grundstück, eine Wohnung, ein Stück Natur zu erhalten. Und ihre eigenen Regierungen zerschlagen die Grundstücke, entreißen sie den Kindern notfalls durch Enteignungen à la Städtebauförderungsgesetz, um Wohnraum für Italiener, Westinder, Algerier zu schaffen … Der Schweizer Bundesrat Celio prophezeit, man werde bis zum Jahr 2000 noch weitere 3 Millionen Fremdarbeiter in die Schweiz einschleußen und nennt es eine „humanitäre Mission und volkswirtschaftliche Notwedigkeit“, sie in die einheimische Bevölkerung einzugliedern – humanitäre Mission, drei Millionen Menschen einzugliedern, die man zu diesem Zweck erst noch aus ihrer Heimat losreißen muß. [27, Seite 66, 67]

Die Massenmedien beschränken sich nicht darauf, die Familie frontal anzugreifen. Sie erfinden zahllose Umwege, um die Geburtziffer im Notfall wenigstens indirekt zu senken. Sie machen Reklame für die Frauenarbeit: eine berufstätige Frau kann sich weniger um ihre Kinder kümmern und wird das nicht selten auch bei der „Familienplanung“ berücksichtigen. Sie empfehlen, erst in vorgerücktem Alter Kinder zu haben (obwohl Frauen, die ihr erstes Kind bereits in jungen Jahren bekommen, laut Statistik weitaus weniger anfällig für Hautkrankheiten und Krebs sind und andererseit die Gefahr, daß mongoloide Kinder zur Welt kommen, bei spät gebärenden Frauen ungleich höher ist), die Erziehungsmedien spekulieren darauf, daß das „Aufschieben“ der Sorge um Nachwuchs häufig zur Folge haben wird, daß die Eheleute sich erst dann darauf besinnen, wenn ein Teil der Potenz bereits verstichen ist. …
Die „Münchner katholische Kirchenzeitung“ hat am 09.08.1970 gemeldet, daß amerikanische (jüdische?) Vorschläge in der BRD eingegangen sind, Ehefrauen, die mit 28 Jahren noch kinderlos sind, offiziell zu „honorieren“. [27, Seite 68, 71]
Es gibt nichts was verständlicher sein könnte als Gedankengang, daß man dem Problem der Wohn-Raum-Not langfristig nur beikommen kann durch Bekämpfung der Überbevölkerung, daß man die Bevölkerungsexplosion nur eindämmen kann durch Geburtenbeschränkung in Mittel- oder Nordeuropa absolut zwecklos, ja blödsinnig (oder niederträchtig) ist, wenn in der übrigen Welt das Zeugungsrennen weitergeht und der Überfluß von dort in unsere Region der Geburtenbeschränkung einströmen kann. Daß es also nur zwei Wege gibt, die anhaltende Überbevölkerung zu beenden: indem man entweder alle Staaten zur Geburtenbeschränkung zwingt – dazu sind wir nicht in der Lage – oder die Grenzen gegenüber den Staaten mit anhaltender Bevölkerungsexplosion schließt – und dazu sind wir in der Lage. Und verpflichtet.
… Natürlich hat auch die unmittelbar politisch getönte Propaganda gegen alles deutsche bzw. klassisch europäisch und für alles „internationale“ oder „moderne“ alias südländische, die Magnetisierung alles Fremde und seine Gleichsetzung mit dem Neuen eine wesentliche Rolle gespielt, und schließlich noch der raffinierte Trick der Massenmedien, die Ausländerinvasion so darzustellen, als wären nicht wir im Begriff, erdrückt zu werden und sie die Invasoren, sondern als wären sie die armen, unterdrückten usw., und es sei gewissermaßen ein „Protest“ gegen die inhumane und „rassistische“ Gesellschaft, eine Verbindung mit Ausländern einzugehen.
Es ist eine unerhörte Heuchelei, wenn ausgrechnet diejenigen Politiker sich über das angebliche Elend der Ausländer in der Bundesrepublik auslassen, die dieses Elend herbeigeführt haben, indem sie die Fremdarbeiter hierher bestellten. Es ist ein beispielloser Zynismus, ein Volk systematisch auszutilgen und ihm Rassismus vorzuwerfen, wenn es sich dagegen wehrt. Und es ist eine unglaubliche Dummheit, wenn die Millionen Frauen, die zu diesem Genozid der kleinen Schritte Beihilfe leisten erklären, man dürfe sich nicht darum kümmern, wenn ein Mensch nicht weiß ist, sondern schwarz. Anstatt scharf nachzudenken ob sich ihr Liebhaber im Entferntesten um sie kümmern würde, wenn sie nicht weiß wäre, sondern schwarz.
[27, Seite 75, 81, 82]
Kassander schreibt weiter: „Ich habe schon vor Jahren schriftlich und mündlich erklärt, daß die „europäische Integration“ nur von Wiedervereinigung entfernen, niemals zu ihr hinführen kann.
Die Reaktion war grimmige Entrüstung über dieses Attentat auf die heilige Kuh aller drei Parteien. Inzwischen liegt ein Geständnis von Herbert Wehner vor. Er schrieb in „europäische gemeinschaft“, 6/70: „Es war zwar listig, aber keineswegs wahrheitsgemäß, die Deutschen zur europäischen Integration einzuladen mit der Bemerkung, auf diese Weise würde die Wiedervereinigung Deutschlands möglich.“
Die Wiedervereinigung wurde Jahrzehnte lang von den drei Bundestagsparteien zum Ziel Nr. 1 der deutschen Politik erklärt. Und genau in dieser Frage wurde es bewußt und mit System hinters Licht geführt. Wann werden die Herbet Wehners, Walter Scheels, Egon Barzels die selbstzufriedene Erklärung abgeben, daß es „listig“, aber keineswegs wahrheitsgemäß war, sich im EWG-Vertrag zur „Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten“ für Italiener zu verpflichten und dann zu behaupten, *wir* bräuchten „Gast-Arbeiter“? Daß es „listig“, aber keineswegs wahrheitsgemäß war, die Unternehmer alljährlich durch Milliardenbeiträge zur Einstellung von Ausländern zu bestechen und dann zu behaupten, diese seien der Wirtschaft von Vorteil? Daß es „listig“ aber keineswegs wahrheitsgemäß war, den Fremdarbeitern eine unbefristete Arbeitserlaubnis und später ein pauschales Einbürgerungsrecht zu geben und der deutschen Bevölkerung zu erzählen, sie seien nur vorübergehend hier? …

Und bei den Ausländern im Bundesgebiet die Bevölkerungsexplosion anzuheizen mit der Begründung, Kinderkriegen sei idealistisch und bei den Deutschen Geburtenbeschränkung zu proklamieren mit der Begründung, Kinderkriegen sei verantwortungslos? Wann werden sie vor aller Öffentlichkeit feixen, wie listig, wie clever, wie schlau sie's angestellt haben? Übrigens, so listig war das alles gar nicht. Es ist eine simple Spekulation und Arithmetik: wenn sämtliche Parteien, Rundfunk – und Fernsehsender, Professoren, Volkshochschulen dasselbe sagen, dann muß der wohlerzogene Staatsbürger schließlich „dran glauben". … Denn alle haben dasselbe gesagt. Alle. Alle haben behauptet, die Wiedervereinigung sei am besten, oder sogar nur, durch die gesamteuropäische Einigung zu erreichen, wir bräuchten „Gast" – Arbeiter etc.

Bild 32: Herbert Wehner: „listig, aber keineswegs wahrheitsgemäß."

Die evangelische Kirche hat es ebenso behauptet, wie die katholische, die Springerpresse ebenso der Spiegel, die APO wie die Bundeswehr, die Unternehmerverbände wie die Gewerkschaften, die SPD, die CDU, die FDP.

… Aus dem Umstand, daß ein Parteifunktionär durchaus nicht wie Lügner aussieht, schließen die Wähler, daß er die Wahrheit sagt, anstatt umgekehrt zu prüfen, ob die Behauptungen von Politikern und Journalisten der Wahrheit entsprechen und dann hiernach zu dem Urteil zu gelangen, ob der Betreffende ein Ehrenmann ist oder nicht. Das Unglück ist, daß die wenigsten Menschen wirklich ihrem Verstand über den Weg trauen und zu sagen wagen:
diese Behauptung ist in sich unlogisch, also ist sie falsch, also ist ihr Urheber ein Lügner.
Die meisten verlassen sich eher auf die alltäglichen, übereinstimmenden, würdevoll vorgetragenen Verkündungen der Massenmedien und Politiker, über die sich der Bürger zwar wundert, die er nicht versteht, die er jedoch einer anderen Denkebene zuordnet, zu der er keinen Zugang zu haben glaubt. Die Welt der Professoren, Wissenschaftler, Fernsehkommentatoren, die schon wissen werden, wie die offenbaren Widersprüche zu lösen sind. [27, Seite 92, 93, 95]

Der numerus clausus ist nicht nur unsinnig, er ist auch verfassungswidrig, schränkt er doch das Grundrecht zur Berufsausbildung ein (Art.12 GG). … Denn es gibt in unserer Verfassung Grundrechte, die jedem Menschen zuerkannt werden, und es gibt solche, die nur Deutschen zustehen. Nach der Anwendung des Art. 12 auf Studenten muß man schließen, daß es inzwischen noch eine dritte Kategorie Grundrechte gibt, und zwar solche, die nur Ausländern zustehen. Während nämlich nur 30 Prozent aller Abiturienten, die auf einer Technischen Hochschule studieren wollen, dort angenommen werden, 70 Prozent dagegen am numerus clausus scheitern, kann sich jeder Ausländer an einer deutschen TH immatrikulieren, ohne Kontingente fürchten zu müssen. Noch krasser sind die Verhältnisse an der Universität: nur jeder zehnte Deutsche, der Medizin studieren will, überspringt den numerus clausus. Dagegen kann sich jeder Ausländer einschreiben. Diese Großzügigkeit wird damit begründet, man wolle Entwicklungshilfe leisten. Die zuständigen Stellen wissen aber ganz genau, daß weitaus die meisten Mediziner aus Indien, Griechenland, Nigeria usw. überhaupt nicht daran denken, nach erfolgreichem Studium in ihre Heimatländer zurückzukehren. Sie haben es auch nicht nötig, denn hier fehlen ja Ärzte, wegen dem numerus clausus …
Das Ausleseverfahren selbst allerdings ist nicht neu. Auch in der DDR gab es bei der Zulassung zu höheren Schulen und Hochschulen Kontingente, die nur bestimmte Personenkreise betrafen. Allerdings verlief dort die Grenze zwischen der Bourgeoisie, von der nur ein Bruchteil studieren durfte, und dem Proletariat, das unbeschränkt zugelassen war. Dagegen verläuft sie in der BRD zwischen Deutschen, von denen nur ein Bruchteil studieren darf, und Ausländern, die unbeschränkt angenommen werden. [27, Seite 24, 25]

Indem ein Land einen Verfassungsgrundsatz des friedlichen Zusammenlebens einer Vielzahl von Rassen und Kulturen auf seinem Territorium erfindet, trachtet es den Souverän, dem Volk, durch eine multikulturelle Bevölkerung zu ersetzen und damit letztendlich zu entmachten.

Was heißt eigentlich: „Grundgesetz?“

Bild 33: Prof. Dr. Carlo Schmid und Egon Bahr, SPD-Parteitag, Juni 1976

Hans Herbert von Arnim schreibt in seinem Buch ‚Die Deutschlandakte‘: „Die viel beschworene Volkssouveränität, die die Basis unseres ganzen demokratischen Staatsaufbaus darstellt, ist bei genauem Hinsehen nichts weiter als Fiktion. Weder beruht das Grundgesetz von 1949 auf Entscheidungen des Volkes, noch hat das deutsche Volk über die europäische Verfassung mit zu entscheiden – und über Erweiterungen der EU schon gar nicht. Volkssouveränität bedeutet: Die Schaffung der Verfassung als politisch-rechtlicher Grundlage eines Gemeinwesens ist Sache des Volkes. Eine solche ‚Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit des Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind Völker auf die Barrikaden gegangen.‘ So hatte es der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz in den Jahren 1948 und 1949 konzipierte, formuliert. Doch darum ist es in unserer Republik schlecht bestellt. Selten war ein Volk so sehr von der Gestaltung ‚seiner‘ Verfassung ausgeschlossen, wie das deutsche.“ [19, Seite 15]

… Daß die Väter des Grundgesetz so taten als ob, hatte seine Gründe. … Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung. [19, Seite 16]

… Im Parlamentarischen Rat war man sich des konstitutiven Mangels auch völlig bewußt. Sein Präsident, der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer bekannte freimütig: „Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten“, und Carlo Schmid sprach unumwunden von einer Form der ‚Fremdherrschaft‘.“

Schmid im September 1948: *„Meine Damen und Herren! Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: „Parlamentarischer Rat“? Was heißt denn: ‚Grundgesetz‘? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen. Was heißt aber „Verfassung“? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. … Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. … Man wird aber da nicht von Verfassungen sprechen, wenn Worte ihren Sinn behalten sollen; denn es fehlt diesen Gebilden der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen Selbstbestimmtseins. … Dies alles gilt auch von der Schaffung eines Staates. Sicher, Staaten können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. Staat ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für ‚Herrschaftsapparat‘, … Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. … wo ein Volk sich (jedoch) unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. … Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde (der BRD) von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des*

Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.“[173]

Bild 34: Reale Szene in Berlin im Jahr 2013. „ … daß (die Bundesrepublik) im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“. Wie sonst sollte der Bevölkerungsaustausch motiviert sein? Kein Volk will sich selbst durch andere ersetzen. Nur so machen Aussagen wie die des Bundesinneminister Hans-Peter Friedrich (CSU) überhaupt Sinn: „Die Zahlen (der Asylbewerber) sind alarmierend. Wir werden noch in diesem Jahr die Marke von 100.000 Asyl-Erstanträgen erreichen.“[174] Diese ‚Demokraten‘ haben keine Macht im Sinne des Schutzes der Nation. Ihr Auftrag ist völlig entgegengesetzt. Die BRD ist ein Abwicklungsstaat des dt. Volkes und folgt seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts den Ankündigungen des jüdischen Anthropologen Earnest Albert Hooton (1943): „Während dieser Zeit (der Besatzung) ist auch die Einwanderung und Niederlassung von Nichtdeutschen, vor allem von Männern, zu ermutigen.“

Carlo Schmid führt in besagter Rede weiter aus: „Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen. Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volksouveränität des Genehmigungspflichtigen!

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte[175] es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht. Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden. …

Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassungen effektiv und was Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wichtigkeit handelt.“

Auch Hans Herbert von Arnim schreibt: „… Das Grundgesetz unterliege der Kontrolle der Besatzungsmächte und erfasse auch nur die Deutschen der drei westlichen Besatzungszonen. Es sei deshalb keine echte demokratische Verfassung und könne ohnehin nur vorläufigen Charakter haben, daher auch bloß die Bezeichnung ‚Grundgesetz‘.“ [19, Seite 17]

---

[173] Rede des Abgeordneten Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, „Was heißt eigentlich: Grundgesetz?“, 08.09.1948, StenBer. S. 70f., Abg. Dr. SCHMID (SPD), s.a.: „Der Parlamentarische Rat 1948 – 1949, Akten und Protokolle“, Band 9, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München 1996, Seite 20f.

[174] Augsburger Allgemeine, „Asyl - Zahl der Asylbewerber steigt: Minister Friedrich alarmiert“, 14.08.2013

[175] Im Juni 2009 soll der US-Präsident Barack Hussein Obama in der Airbase in Ramstein erklärt haben: „Germany is an occupied country and it will stay that way” (Deutschland ist ein besetztes Land und das wird es (auch) bleiben).

Umsturz von oben?

Wenn durch einen Umsturz von oben die Präambel und die Artikel 16 Abs. 1,23, 116 und 146 des Grundgesetzes aufgehoben würden und wenn auch die Bezeichnung der Bundesrepublik abgeändert würde, könnte eine „bundesrepublikanische“ Staatsangehörigkeit eingeführt werden. Für eine solche besäßen die Verfassungsorgane der Bundesrepublik die Regelkompetenz. Diese (bundesrepublikanische) Staatsangehörigkeit könnte dann Ausländern, die beabsichtigen, sich in der Bundesrepublik dauernd niederzulassen, möglicherweise gleich bei der Einreis an der Grenze verliehen werden.

Bild 35: Dem nationalen Niedergang der Deutschen stehen ausgelassene ‚Demokraten‘ gegenüber

Ob die Verfassungsorgane der Bundesrepublik mit einer solchen Politik jedoch vor der deutschen Geschichte bestehen würden, ist zu bezweifeln.

Sollten die Verfassungsorgane der Bundesrepublik sich im Wege eines „Umsturzes von oben“ über alle verfassungsrechtlichen Bedenken hinwegsetzen und erleichterte Einbürgerungen nach pauschalen Kriterien und damit die „multikulturelle Gesellschaft“ einführen, müßte man die Existenz der DDR als einen Glücksfall der deutschen Geschichte und die Mauer als einen Segen für das deutsche Volk bezeichnen: Durch den Bau der Mauer wurde verhindert, daß die Menschen aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg, Vorpommern und Ost-Berlin „weggelaufen“ sind. Diese Gebiete konnten so dem deutschen Volk erhalten bleiben und ihm eine Überlebenschance bieten, die in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße in Frage gestellt wird. … Wenn es so weitergeht, wird die Bundesrepublik wegen des Geburtenüberschusses der Türken und des Sterbeüberschusses der Deutschen schon auf der Grundlage der jetzigen Bevölkerungszahlen in einigen Generationen ein orientalisch geprägter Vielvölkerstaat sein, in dem die Deutschen eine Minderheit sind. Die in dieser Hinsicht nahezu „gleichgeschalteten“ bundesrepublikanischen Medien haben dafür gesorgt, daß sich die Deutschen der schwerwiegenden Folgen ihrer beispiellosen Geburtenverweigerung und der Masseneinwanderung von Ausländern (noch) nicht bewußt geworden sind.[176] [20, Seite 88, 89]

Der ‚Logenstaat’ schafft die Rahmenbedingungen

„…Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dürfen wir nicht locker lassen. Sie haben sich von Anfang an für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht eingesetzt. Die von ihnen geforderte doppelte Staatsangehörigkeit ist nach wie vor umstritten. Entscheidend war aber: Sie haben den Boden dafür bereitet, daß das „ius soli" ins deutsche Recht Eingang gefunden hat. Wie war die Situation, als ich mein Amt antrat? Im Herbst 2005 brannten die französischen Vorstädte und in Deutschland haben sich viele gefragt, ob das auch hier geschehen kann. Dann kam 2006 der Mikrozensus heraus. Er belegte erstmals, was vorher nur vage Ahnung war: Fast 20 Prozent der Bevölkerung und jedes dritte Kind stammen aus einer Zuwandererfamilie. … Wir gestalten Integrationspolitik gemeinsam. Aus dem Dialog der Beauftragten mit den Migranten und ihren Verbänden ist ein ständiger Dialog der Bundesregierung geworden: Mit den Migranten, den Verbänden, den Stiftungen, den Medien, den Kirchen und den Religionsgemeinschaften, der Wirtschaft, dem Sport und vielen anderen. Wir reden nicht mehr übereinander, sondern miteinander. Die Integrationsgipfel waren die Höhepunkte des Dialogs. Hinzu kommt die Deutsche Islamkonferenz, hinzukommen unsere Jugendforen im Kanzleramt und die regelmäßigen Migrantentreffen. … Ohne die vielfältigen Anregungen einzelner Persönlichkeiten wären wir nicht so weit, wie wir sind. Stellvertretend möchte ich die ehemalige Bundestagspräsidentin und Vorsitzende der Zuwanderungskommission, Rita Süßmuth, nennen. Vielen Dank für Deine Impulse! Unverzichtbar sind die großen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen, die – und das war eine sehr gute Erfahrung der letzten Jahre – die Integration kraftvoll voranbringen und viel bewirkt haben: Und die Medien – nicht nur, weil sie unsere Politik

[176] DIE WELT, „Die lautlose Katastrophe“, 02.12.1985

kritisch begleiten –, sondern weil sie eine besondere Verantwortung eingegangen sind, Deutschland so zu beschreiben, wie es heute ist: bunter als manche glauben. ... Sie alle haben zu einem Bewußtseinswandel beigetragen. Sie haben sich zugleich selbst in der Arbeit für eine bessere Integration verändert. Migrantinnen und Migranten erkennen ihre Selbstverantwortung und ihre Chancen in unserem Land."[177]

„Wir haben erkannt, daß Migration unser Land verändert hat, weiter verändern wird und unser Land bereichert. Wir haben erkannt, daß wir die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft dringend durchbrechen müssen. Das ist eine Erkenntnis, aber noch kein Resultat. Wir haben erkannt, daß unser Land ein Integrationsland sein muß, um ökonomisch stark zu bleiben. Es bedarf der Offenheit derer, die auf jahrhundertealte deutsche Stammwurzeln zurückblicken können, zu verstehen, daß Zuwanderung Bereicherung ist. Ich habe allerdings beim Integrationsgipfel, den wir durchgeführt haben, um den Stand der Erfüllung des Integrationsplans abzufragen, bemerkt, daß es bei den Migrantenverbänden eine Bewegung gibt, die vielleicht auf dem Fundament dessen steht, daß sie sich mühen, ein Stück mehr Offenheit für die Beschwernisse der deutschen Bevölkerung zu zeigen. Wir haben darüber gesprochen, wie es ist, wenn man als deutsche Minderheit in einem türkischen Umfeld wohnt."[178]

Die Bundesregierung ist erfreut, die Verbände der Einwanderer zeigen mehr Verständnis für die Befindlichkeiten der Einheimischen, denen der Staat die Heimat genommen hat. Man fragt sich, mit welchem Recht diese Regierung(en) solch eine Entwicklung fördert und man tritt ihr sicher nicht zu nahe, wenn man sie für inländer- bzw. für volksfeindlich hält. Dessen ungeachtet interessiert es niemanden, ob die Staatsführung Verständnis für die Einheimischen aufbringt. Der Staat hat die Aufgabe, die Lebensbedingungen seines Volkes so zu gestalten, daß dieses Volk und seine Nachkommen eine lebenswerte Zukunft haben. Dazu gehört nicht der Heimatraub durch Überfremdung oder das Ersetzen der Einheimischen durch Völker aus Asien und Afrika. Dieses Lebensrecht nach innen sicherzustellen und nach außen zu verteidigen, ist die Basis, aus der jeder Staat seine Legitimation zieht. Artikuliertes Blendwerk vom Verständnis um die Sorgen und Nöte einer bedrängten und schutzlos gemachten Bevölkerung sind der blanke Hohn und Ausdruck eines korrumpierten Systems, das sich als Demokratie anpreist.

Helmut Schröcke schreibt: „Jedes Volk hat seinen eigenen, vor allem genetischen, religiösen, kulturellen, sprachlichen und durch Schicksal bestimmten weitergegebenen Charakter. Es besitzt eine eigene Wertordnung und hat einen naturrechtlichen Anspruch auf eine eigene Weltanschauung und Kultur, eine eigene Rechtsordnung, eine eigene Staatsordnung, eine eigene Wirtschaftsordnung und somit auf eine eigene Identität bzw. ein eigenes Volksbewußtsein und einen eigenen Volkswillen. Mit dem völkerrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrecht verfügt es über das übergeordnete Recht auf eigene Gestaltung in allen diesen Bereichen, d.h. auf Selbstverwirklichung im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Freiheits- und Friedensordnung innerhalb des eigenen Staates und in Bezug auf andere Staaten. Der Begriff ‚Nation' dagegen wird meist völlig falsch verwendet. Im Vielvölkerstaat der UDSSR gab es den sowjetischen Einheitsmenschen, die sowjetische Nation und der US-Präsident redet sein Rassen- und Völkergemisch an als Amerikanische Nation. Nation kommt aber von nasci, lat. geboren werden, und bedeutet im humanbiologisch richtigen Sinne Volk als Abstammungsgemeinschaft. Mit dem wissenschaftlich, insbesondere humanwissenschaftlich begründeten Weltbild, das die Verschiedenheiten der Völker als Produkt der Evolution anerkennt, sind ONE WORLD, Weltregierung und Eurodiktatur unverträglich.

Die Beseitigung des Deutschen Volkes als Staatsvolk in der Bundesrepublik durch massenhafte Einwanderung und Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländern aus aller Welt und durch die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EG ist verfassungswidrig.

Das deutsche Staatsvolk ist nach Art. 79 GG jeder Disposition entzogen. Das Grundgesetz schreibt (eigentlich) die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.10.1987 vor."[179]

---

[177] BERLIN. „Integration ist endlich politische Schlüsselaufgabe" - Staatsministerin Dr. Maria Böhmer (CDU) beim Festakt zum 30. Amtsjubiläum der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, 17.12.2008.

[178] BERLIN. „Lernen, miteinander zu leben" - Rede der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, anläßlich der Festveranstaltung zum 30. Amtsjubiläum der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Bundesregierung am 17.12. 2008

[179] Helmut Schröcke, „Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges", 2001, Seite 240, 241, 246

Martin Lichtmesz schreibt: „Das kann man gut an Merkels Rede vom 10. April anläßlich des Festakts „60 Jahre Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ ablesen. Dem „Herrschaftssystem“ des landesüblichen ‚Newspeak‘ wurde darin eine neue klingende Vokabel zugefügt: „Wir“ sollen und „wollen“ nun also ein „Integrationsland“ werden.
Was heißt das eigentlich? In Merkels eigenen Worten (das Phrasenschweinchen platzt mal wieder vor Überfüllung):
„In Deutschland leben nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist etwa ein Fünftel unserer Bevölkerung. Die Zuwanderung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist sozusagen kein vorübergehendes Phänomen, wie lange angenommen wurde, sondern eine dauerhafte Realität. Deshalb dürfen wir nicht dabei stehen bleiben, dass wir ein Land sind, das eine hohe Migrationsrate hat, sondern wir wollen ein Integrationsland werden. Integration – das ist ein Wort für einen verstärkten Zusammenhalt. Es ist auch Ausdruck davon, daß wir in zunehmender Vielfalt eine Bereicherung sehen, daß wir Chancen sehen, daß wir diese Chancen freilegen wollen, daß wir aber auch nicht die Augen verschließen vor den Schwierigkeiten, die sich auf diesem Wege ergeben. In Zeiten von Globalisierung, aber auch in Zeiten des demografischen Wandels, den wir in Deutschland sehen, ist das von allergrößter Bedeutung. Denn in den nächsten Jahrzehnten wird sich unsere Bevölkerung noch einmal stark verändern. Wir werden weniger werden, wir werden im Durchschnitt älter werden und wir werden in unserer Bevölkerungsstruktur vielfältiger werden. Deshalb darf es keine Frage der Herkunft sein, sondern es muß für jeden klar sein: Jeder, der sich mit seinem jeweiligen kulturellen Hintergrund, mit seinen Interessen, Kenntnissen, Erfahrungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in unserem Land einbringt, ist ein Gewinn für unser Land. So, wie jeder Einzelne seinen Alltag gestaltet, so prägt er natürlich auch unser Land. Und unser Land und sein Bild in der Welt werden auch dadurch geprägt, wie wir miteinander umgehen.“
Merkel spricht hier unmißverständlich aus, daß die „Struktur“ der „Bevölkerung“ aufgrund der Zuwanderung und der sie begleitenden demographischen Dynamik innerhalb der nächsten Jahrzehnte zu Ungunsten der deutschen Noch-Mehrheit kippen wird. Sie sagt ganz offen, daß sich Deutschland in einen Vielvölkerstaat verwandeln wird und daß diese Entwicklung nicht aufzuhalten sei, sondern vielmehr noch aktiv voranzutreiben sei. …
Die Verkitschung und Verschleierung der Sprache ist wohlkalkuliert und hat ihren guten Grund. Merkel kann sich ja schlecht hinstellen, und offen sagen: Liebes Noch-Staatsvolk der Biodeutschen, wir haben euch zwar nicht gefragt, und werden das auch in Zukunft nicht tun, aber da ihr demographisch ohnehin am Abschlappen seid und eine miese rassistische Vergangenheit habt, haben wir beschlossen, daß es an der Zeit ist, daß ihr anderen und ihren Interessen (sic!) im Namen der Menschenrechte und der alternativlos dauerhaften Realität Platz macht. … Da ist es einfacher, nicht sooo konkret zu werden, sondern sein Publikum im Tonfall einer Kindergartentante anzusprechen: Wir wollen uns jetzt alle ganz fest bei den Händen halten und ein kunterbuntes, kuschelweiches „Integrationsland“ werden, in dem alle ganz doll zusammenhalten. Prima, das sagen wir jetzt alle im Chor nach.
Aber halt, wer ist eigentlich „wir“? Und was heißt „zusammenhalten“? Und seid wann eigentlich ist „Zusammenhalt“ gleichbedeutend mit „Integration“? Und wer gewährleistet überhaupt, daß diese Vielen in der „Vielfalt“ überhaupt Bock haben, mit uns und anderen Anderen „zusammenzuhalten“? Und was soll überhaupt die Basis dieses „Zusammenhalts“ sein? Daß wir es uns alle ganz, ganz fest vornehmen und weil es Tante Böhmer und Onkel Gauck so wollen? Und wer garantiert uns denn, daß all dies wirklich „Chancen“, „Bereicherung“ und „Gewinn“ bringt? „Chancen“ auf was, und für wen? „Bereicherung“ für wen? „Gewinn“ für wen? Was für „Chancen“, „Bereicherungen“ und „Gewinne“ hat „uns“ all dies bisher überhaupt gebracht? Aber wer hier dumme Fragen stellt, und all das für einen zweifelhaften Diskurs hält, ist wohl schon

Bild 36: Der kategorische Imperativ: Fremde her! Natürlich ohne Alternative, was man dann ‚Demokratie' nennt. Kindisch auch ihre Worte: „Das bedeutet, ‚man muß' aufeinander zugehen, ‚man muß' sich füreinander interessieren, und ‚man muß' das als Bereicherung empfinden."[180]
Ein deutsches Deutschland würde niemals seinen Grund und Boden fremden Völkermassen zur Besiedelung freigeben und den Deutschen diese menschenverachtende Idiotie, dieses megalomane Verbrechen, als die 'Verbesserung' ihrer Lebensverhältnisse aufdrücken.

mittendrin im „rechtsextremistischen" Diskurs. Der euphemistische Begriff der „Vielfalt", den Merkel hier benutzt, meint, wie stets in diesem Kontext, ethnische (in den USA, woher er stammt, sogar dezidiert „rassische") „Vielfalt", ohne den Begriff der Ethnie oder der „Rasse" selbst in den Mund zu nehmen. Anders würde er aber überhaupt keinen Sinn ergeben. Er bezeichnet einen Pluralismus von Völkern und „Kulturen" an einem bestimmten, gemeinsamen Ort. Der „ethnopluralistische" Ansatz hält es dagegen für günstiger und dem demokratischen Prinzip wie dem solidarischen Zusammenhalt und der „Integration" zuträglicher, wenn jedes Volk seinen Staat Israel, also seinen eigenen Ort hat. Und dieser Ansatz hat die ganze Erfahrung der Geschichte auf seiner Seite. Wie gesagt: Der „identitäre Diskurs" sieht also dieselben Entwicklungen, wie sie Merkel beschreibt und herbeiersehnt, bewertet sie aber anders, findet andere Worte dafür, stellt andere Zukunftsprognosen. Er setzt genau dort an, wo sich heute der Mainstream der Politik befindet. Die Rede vom „rechtsextremen Diskurs" bedeutet nichts anderes als den Versuch, Kritik an dieser Politik und ihrem fadenscheinigen „Vielfalts-Diskurs" auszuschalten und zu verunglimpfen."[181]

Wie tief ein Volk und eine Nation gesunken sein müssen, veranschaulicht auch dieser Auszug aus Merkels Rede vom 28.05.2013: „Ich habe mir, wie viele andere natürlich auch, Gedanken darüber gemacht, wie es ist, wenn man bei uns lebt und erkennbarerweise sozusagen nicht so bleichgesichtig wie wir aussieht. … In den Vereinigten Staaten von Amerika ist man daran gewöhnt, daß Menschen unterschiedlich aussehen. Bei uns müßte man doch endlich auch daran gewöhnt sein."[182] Noch im Jahr 2010 forderte Merkel mehr Zuwanderung, mehr Nichtdeutsche unter den Deutschen und damit mehr ‚Multikultur', welche sie im Jahr 2010 noch für absolut gescheitert erklärte.[183] Ähnlich pervers eine andere Politikerin, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Maria Böhmer, ebenfalls Mitglied der CDU, hat die rot-grüne Politik einer multikulturellen Gesellschaft für gescheitert erklärt. Mit Beliebigkeit und dem Ausblenden der Wirklichkeit seien Probleme nicht zu bewältigen, sagte die CDU-Politikerin am Donnerstag im Bundestag.[184]

---

180 NÜRNBERGER ZEITUNG, „Merkel: Zuwanderung als Bereicherung empfinden", 19.04.2013
181 Sezession im Netz, „FAZ, Identiäre und Merkel: ‚Zweierlei Diskurs'?", 18.04.2013
182 Bundeskanzlerin Merkel zur Eröffnung des 6. Integrationsgipfels der Bundesregierung in Berlin, 28.05.2013
183 WELT ONLINE, „Kanzlerin Merkel erklärt Multikulti für gescheitert", 16.10.2010
184 FOCUS ONLINE, „Gesellschaft – Böhmer: Multikulti ist gescheitert", 07.10.2010

3. Einbürgerung in die globale Mischgesellschaft

„In der Großstadt begegnen sich Völker, Rassen, Stände. In der Regel ist der Urbanmensch Mischling aus verschiedensten sozialen und nationalen Elementen. In ihm heben sich die entgegengesetzten Charaktereigenschaften, Vorurteile, Hemmungen, Willenstendenzen und Weltanschauungen seiner Eltern und Voreltern auf oder schwächen einander wenigstens ab. Die Folge ist, daß Mischlingen vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit[185] *und Treulosigkeit mit Objektivität, Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizontes verbinden.“*[186]

Ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat einen sogenannten Migrationshintergrund, so ein Bericht des Statistischen Bundesamtes vom 14. Juli. 2005 lag die Anzahl der Zugewanderten noch bei 15,3 Millionen, das entsprach 18,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seitdem ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund auf 19,6 Prozent gestiegen. Ausschlaggebend für diesen Anstieg sei der sterblichkeitsbedingte Rückgang der deutschen Bevölkerung, während die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch Zuzug und Geburten anwuchs – so der Bericht. Laut Bericht machten 2009 7,2 Millionen Ausländer 8,8 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, 8,5 Millionen „Deutsche“ mit Migrationshintergrund 10,4 Prozent. Gegenüber 2005 ging die Zahl der Ausländer damit um 96.000 zurück, die Zahl der „Deutschen“ mit Migrationshintergrund stieg um 811.000.[187] Welche Folgen hat die Rassenmischung oder modern ausgedrückt, welche Auswirkungen hat es, wenn der Verwandtschaftsgrad in einer menschlichen Gemeinschaft ständig sinkt, das Erbgut also immer uneinheitlicher wird?

Eine Folge der Vermischung ist, daß selbstloses Verhalten innerhalb der Gruppen (Stamm, Nation) umso mehr nachläßt, je geringer der Verwandtschaftsgrad ist. Im übrigen lebt jeder Einzelne, da das Volksbewußtsein ermattet ist, sich selbst, und schenkt seiner Umgebung und dem Wohlergehen seiner näheren Umgebung kaum noch Beachtung. Ein übergreifendes Gemeingefühl fehlt und ohne dieses Gefühl der Verbundenheit (aufgrund gleicher Abstammung, Geschichte und Kultur) zerfallen Gemeinschaften in atomatisierte Gesellschaften.

Dies ist auch aus soziobiologischer Sicht verständlich. Wenn der Verwandtschaftsgrad mit den Mitmenschen nur noch gering ist, besteht kein Anlaß, sich altruistisch zu verhalten und z. B. im Krieg sein Leben für die Mitmenschen der Gemeinschaft aufs Spiel zu setzen. Mischlinge völlig unterschiedliche Herkunft können sich nicht mehr volksspezifisch verhalten (und empfinden) und werden für ihre Mitmenschen unzuverlässig, weil ihr Verhalten und Loyalität nicht mehr vorhersagbar ist. Die Gemeinschaft (Gesellschaft) wird unharmonisch. Daraus folgt zwanglos: Wer über die Völker herrschen will, muß deren erbliche Einheit (Nation), die überlieferten Sitten und Gebräuche (Tradition), auf dem die jedem Volke spezifische Kultur fußt, bekämpfen, weil er damit ihre Widerstandskraft schwächt. Überfremdung durch Massenzuwanderung und Vermischung schwächt kontinuierlich die Kraft jedes Volkes (bis zu seinem Verschwinden), gegen Fremdbestimmung aufzubegehren oder sich (fremdbestimmter) Führungen, zu entledigen, die permanent gegen das Gemeinwohl und deren Lebensinteressen verstoßen.

Aus diesem Grunde ist die strategische Politik der Masseneinwanderung und Molekularisierung, also den Zerfall in kleine zersplitterte Einheiten, ein Instrument zur Herrschaftssicherung. Auf Europa bezogen heißt dies, das der Wunsch nach einem zentralisierten Paneuropa (heute EU) globaler Eliten verständlicherweise einhergehen muß mit der Auflösung (Vernichtung) der in Europa ansässigen Nationen (nationalen Identität) und deren „Vereinheitlichung“ durch Zuwanderung. Dies ist der eigentliche Grund für die weitestgehend ungehinderte Massenzuwanderung aus Afrika und Asien. Die Folgen der Vermischung und des subtilen, staatlichen Krieges der europäischen Staaten gegen ihre eigenen Völker, sind nicht frei von Risiko. Der Reflex, daß dieses Unterfangen einem Verbrechen gleichkommt (Völkermord), läßt die (weißen) Völker Europas potentiell zu Feinden ihrer eigenen Regierungen werden.

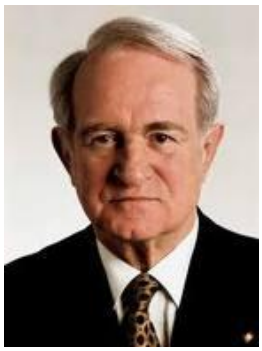
Und als solche werden sie letztendlich auch behandelt.

---

[185] Pietät, lat. Pietas (Frömmigkeit, Pflichtgefühl). Pietät bedeutet u.a. Ehrfurcht, Respekt, Demut

[186] Richard Nicolaus Coudenhove-Kalergi in: Adel, ISBN 3-1761-0130-5342-6, Leipzig 1922, S. 15
Coudenhove-Kalergi bekam für seine Vision eines PANEUROPA 1955 den Karlspreis in Aachen verliehen.

[187] Bundeszentrale für politische Bildung, „16 Millionen Migranten in Deutschland“, 16.07.2010



Daher auch der exorbitante Kampf gegen „Rechts“ und Volk. Die Forderung nach der Erhaltung der Völker kommt der erblichen Veranlagung des Menschen entgegen. Das Erbgut innerhalb einer Gemeinschaft darf nicht zu verschiedenartig werden, soll nicht fürsorgliches (altruistisches) Verhalten und damit der Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährdet werden. Die Tendenz des Exodus, also der hohen Auswanderungszahlen und einer weitverbreiteten Kinderlosigkeit unter den Einheimischen (bei gleichzeitig relativ hohem Wohlstand), sind in Gegenden großer Überfremdung noch stärker anzutreffen, als es ohnehin der Fall ist. Diese Auflösungserscheinungen kommen der staatlichen Argumentation nach einer verstärkten Zuwanderung zur Auffüllung der „Lücken“ entgegen.

Ein kleines Stück Papier, eine Urkunde, die Menschen anderer Herkunft zu Deutschen machen soll, führt immer wieder zu Diskussionen: *„..., daß sich trotz (deutscher) Staatsangehörigkeit die Volkszugehörigkeit im Sinne einer kulturell geprägten emotionalen Bindung nicht auflöst.“* Daß trotz Annahme der Staatsangehörigkeit keinerlei Identifikation mit Deutschland vorliegt, wird auch auf eine – aus Sicht von Kurden – pro-türkische deutsche Außenpolitik zurückgeführt. Eine solche Politik fördert letztlich das Entstehen ethnischer Minderheiten, die als Lobby für die jeweiligen Interessen ihrer Volksgruppe (im Herkunftsland oder in Deutschland) eintreten. *„Es wäre (dann) nicht auszuschließen, daß fremdsprachige Minderheiten mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland entstehen, die für soziale Krisen besonders anfällig werden“,* hieß es in einer ausländerpolitischen Positionsbestimmung vom 19. März 1980. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht aus dem 19. Jahrhundert basierte auf dem Abstammungsprinzip[188] („ius sanguinis“ – Blutsrecht, Abstammungsrecht) und wird als Ausdruck völkisch-nationalistischer Gesinnung und „deutscher Sonderweg“ gewertet. Es behindere die Integration von Ausländern in Deutschland. [11, Seite 361]

Hermann Lübbe hat die Kritik am „ius sanguinis“ als Ausdruck eines „rechts- und geschichtsblinden moralisierenden Eifers“ bezeichnet und auf die historische Unhaltbarkeit der Vorwürfe hingewiesen. Lübke weist zu Recht darauf hin, daß die Forderung, den türkischen Zuwanderern müsse es gestattet werden, ihre bisherige Staatsangehörigkeit auch bei der Einbürgerung in Deutschland zu behalten, die „*fortdauernde Geltung abstammungsbegründeter türkischer Staatsangehörigkeit*“ voraussetzt. Während bei den türkischen Staatsangehörigkeiten das Abstammungsprinzip ohne Debatte als Selbstverständlichkeit hingenommen wird, wird es im deutschen Fall als typisch für deutsche Rückständigkeit und zur Ursache des Bösen erklärt.

Die Verleihung der Staatsangehörigkeit ist hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Integrationsprozesse seit Jahren überschätzt worden. Diese Überschätzung ging nicht selten mit einer ausgeprägten Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Integrationsproblemen einher.

So behauptete der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler 1990 in einem Beitrag für den SPIEGEL: *„Der Ausländerstatus ist ein größeres Integrationshindernis als die Sprachbarriere, die es bei jungen Ausländern überhaupt nicht mehr gibt, oder als eine unvollständige Schulausbildung. Diese Menschen werden durch den Ausländerstatus ausgegrenzt, auch wenn sie bei uns geboren sind und seit Jahren bei uns leben.“*

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau plädierte für einen grundlegenden Systemwechsel beim Staatsbürgerschaftsrecht in Deutschland. Künftig sollte verstärkt auf den Geburtsort und weniger auf die Abstammung in Deutschland lebender Ausländer geachtet werden, sagte Rau der in New York erschienen deutsch-jüdischen Zeitung „Aufbau“. Deutschland sollte den Weg der USA gehen, wo jeder dort Geborene automatisch die US-Staatsbürgerschaft erhalte. Rau sähe bei einem solchen Wechsel Vorteile für Wissenschaft und Wirtschaft. Allerdings habe im öffentlichen Bewußtsein dieser Gedanke „*noch keinen ausreichenden Niederschlag gefunden“*.[189]

---

[188] Nation (lat. natio „Geburt“, „Geschlecht“, „Art“, „Stamm“, „Volk“, von nasci „geboren werden). Sie ist gekennzeichnet durch das Bewußtsein der politisch-kulturellen Eigenständigkeit, das Nationalbewußtsein und den Willen zur Zusammengehörigkeit. Nation ist eine durch gemeinsame Abstammung und Sprache, mehr jedoch noch durch gemeinschaftliche Entwicklung und Erlebnisse, wie durch verwandtschaftliche Beziehungen, zur Gemeinsamkeit des Charakters herangebildete Gesamtheit von Menschen.“

[189] DIE Welt, Seite 4, 19.05.2000. Dr. h.c. Johannis Rau (SPD) ist Ehremitglied im Lions-Club und Mitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Rau setzte sich für die Änderung der Staatsbürgerschaft ein, die sich vom alten Abstammungsprinzip entfernte und der vom jüdischen Zentralrat bevorzugten Version näherte. 1995 erhielt Rau den zionistischen Leo-Baeck-Preis (höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden in D.), im Jahr 2000 die Buber-Rosenzweig-Medaille. Mit dem Leo-Baeck-Preis werden Menschen ausgezeichnet, „die sich zum einen in herausragender Weise für die jüdische Gemeinschaft eingesetzt haben“, wie es beim Zentralrat heißt.
Ist es vermessen zu behaupten, daß Rau dabei nicht die Interessen des dt. Volkes im Blick hatte, sondern fremde Interessen umsetzte und dafür entsprechend ausgezeichnet wurde? Immerhin, in Israel gilt nur derjenige als Jude, der den jüdischen Abstammungsregeln nach Jude ist. Mit anderen Worten, in Israel gilt das Gesetz des Blutes und nicht des Bodens. Kein deutscher Zentralrat stellt das in Frage.
„Die Anti-Defamation League (ADL)[190] lobte heute die tiefgreifenden Veränderungen hinsichtlich des deutschen Zuwanderungsgesetzes, die Lockerung der ehemals strengen nationalen Einbürgerungskriterien werde zu einem „ein Klima für Vielfalt (ethnische Verschiedenheit) und Akzeptanz führen: „Es ist ermutigend, den Pluralismus in einer Gesellschaft zunehmend verankert zu sehen, die trotz ihrer starken Demokratie seit Jahrzehnten an einer unnachgiebigen Politik der Staatsbürgerschaft durch Blut oder Abstammung festgehalten hat", sagte Abraham H. Foxman, ADL-National-Direktor. „Die Lockerung der Einreisebestimmungen ist besonders wichtig, angesichts der Geschichte des Holocausts in Deutschland und der Verfolgung von Juden und anderen Minderheiten. Das neue Gesetz wird ein Klima der Vielfalt und Akzeptanz schaffen, in einer Nation, mit einem belastenden Erbe der Fremdenfeindlichkeit, in denen das Konzept von ‚wir gegen sie ' durch das Prinzip der Staatsbürgerschaft für alle ersetzt wird." … Der Druck, das Gesetz zu ändern, erfolgte, als in den letzten Jahren Wellen türkischer Einwanderer und andere, die oft als „Gastarbeiter" bezeichnet wurden (often referred to as „guest-workers", poured into Germany in recent years), nach Deutschland einströmten. Dazu gehörten auch Asylsuchende aus Osteuropa, viele von ihnen russische Juden.“[191]
Homosexuellenrechte, feministisch und multikulturell inspirierte Verhaltensanweisungen und die liberale Einwanderungsideologie stellen Parameter einer Politik dar, die von oben oktroyiert werden. Nur solange die Regionen diese Art von Einflußnahme hinzunehmen bereit sind, werden sie als politische Ansprechpartner betrachtet.[192] „Extremisten“, die die multikulturellen Konventionen nicht beachten, werden diszipliniert. Ein Beispiel hierfür ist Österreich, das „die Lehren der Vergangenheit“ offensichtlich vergessen hatte. Akzeptieren die europäischen Regionen und Nationen aber die vorgeschriebenen Regeln des Anstands, hören sie auf, etwas Besonderes zu sein. Sie laufen Gefahr, sich weitgehend einander anzunähern. Auch wenn ihnen gestattet wird, einen gewissen „Themenpark-Dekor“ zu bewahren und bestimmte sprachliche Eigenheiten zu behalten, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der EU ein großer Angleichungsprozeß (durch Einwanderung) eingesetzt hat.
Anders als das mittelalterliche Christentum manifestiert sich die erzwungene Gemeinsamkeit im Zeichen des Verwaltungsregimes nicht in gemeinsamen sakramentalen Mysterien oder kirchlichen Autoritäten, sondern in verschärfter staatlicher Kontrolle. Kontrolliert wird, ob und inwieweit die Subjekte den widernatürlichen Verhaltensweisen, die von ihnen eingefordert werden, entsprechen: Der Mißachtung ihrer Vorfahren etwa oder der überlieferten Moral bzw. der Frage, ob sie zumindest die Zuwanderung fremder Ethnien oder die Zumutungen „unkonventioneller“ Lebensstile als „Bereicherung“ zu deuten bereit sind. Diese sich weiterentwickelnde Kultur (des Multikulturalismus) setzt die Ablehnung biologisch motivierter Loyalitäten zu Verwandten und gewachsenen Gemeinschaften voraus. Damit läuft jene altruistische Kraft ins Leere, die nach Edward O. Wilson und anderen Theoretikern der sozialen Evolution menschliche Gemeinschaften von jeher ausgezeichnet haben.[193] [5, Seite 203, 204]

[190] Eine Art Wächterrat mit Millionenbudget in den Vereinigten Staaten. Überwacht ‚politische Korrektheit‘, führt Prozesse, hat Zweigstellen in nahezu jeder größeren Stadt und mehr als 100.000 Mitarbeiter zur Überwachung des angstoßenen Prozesses, daß die USA immer weniger ‚weiß‘ werden.
[191] Anti-Defamation League, „ADL Hails Passage of New Immigration Law in Germany“, 28.05.1999
[192] Ein ausführliches Dossier im Le Figaro Magazine vom 11. Dezember 2000, S. 52-67, untersucht die Politik der westlichen Selbstablehnung und ihrer Auswirkungen auf die nationale Identität Frankreichs.
[193] Edward O. Wilson, *On Human Nature* (Cambridge: Harvard University Press, S. 110-114

Dr. Nicolai Sennels schreibt in einem Artikel: „Die grundsätzlichste Eigenschaft ist die nationale Identität und den Wunsch nach Gemeinschaft mit den eigenen Landsleuten. Menschen, die sich selbst als Teil einer Gemeinschaft empfinden, fühlen, daß sie sich selbst schaden, wenn sie der Gemeinschaft schaden. Der Gemeinschaftssinn (Altruismus) ist ausschlaggebend für unsere Lebensqualität für uns als „Rudeltiere“ und gemeinsame Grundwerte sind die Grundlage gegenseitigen Vertrauens und wechselseitiger Hilfsbereitschaft, Offenheit, Verständnis und Respekts innerhalb der eigenen Gruppe. [194]

Der Gemeinschaftssinn ist ausschlaggebend für unsere Lebensqualität und gemeinsame Traditionen sind die Grundlage gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft innerhalb einer Gruppe. Dieses Grundvertrauen bietet die besten Überlebenschancen in Zeiten der Krise oder gar im Krieg. Sie bietet gleichzeitig dem Nachwuchs den besten Schutz, da die Anhänger einer Nation, also einer Abstammungsgemeinschaft, Ähnlichkeiten aufweisen und damit quasi eine erweiterte Familie darstellen, die sich einander verbunden fühlt. Und als solche sieht man im Nachwuchs der eigenen Gruppe keine Bedrohung, sondern das Überleben der eigenen Gruppe. Leben bedeutet Hoffnung. Hoffnung vermittelt Sicherheit, Zufriedenheit.

Da Nationen sich aus Sippen und Stämmen herausbildeten, die immer auch natürliche Schutzgemeinschaften vor anderen Gruppen darstellten, ist das Grundgefühl in einem Viertel, in dem das Eigene oder Artverwandte vorherrscht verschieden von einem Viertel, in dem Gruppen fremder Herkunft das Straßenbild dominieren. Die Multikulturalisierung einer Gesellschaft führt daher zu einer gesteigerten Notwendigkeit nach Kontrolle, Verboten, Polizei und strengeren Strafen, um das Miteinander um Ressourcen[195] konkurrierende Gruppen davon abzuhalten, sich gegenseitig zu betrügen oder Verbrechen aneinander zu begehen.

Eine „Identitätsbildung“, die sich dadurch definiert, das Staatsvolk und seine Angehörige als Feinde oder sogar bloß noch als Opfer zu betrachten, ist allerdings Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als im Januar 2008 an einer Kreuzberger Bushaltestelle vier libanesische und türkische Jugendliche mit Rufen wie „Alles nur Scheiß-Deutsche überall!“ wartende Fahrgäste und einen Busfahrer anpöbelten, lag es daher nahe, daß die Staatsanwaltschaft auch wegen „Volksverhetzung“ ermitteln wollte.[196]

Das Vorhaben wurde rasch verworfen – mit erstaunlicher Begründung: Zum einen seien viele Täter trotz „Migrationhintergrundes“ selbst „Deutsche“ und beschimpften damit „ihre eigene Gruppe (Volk)“; daß die Jung-Einwanderer ihre ethnische Identität nicht aus der großzügig und oberflächlich verliehenen Staatsbürgerschaft, sondern aus Abstammung und Volkszugehörigkeit ableiteten, ist bei diesem Einwande offenkundig ebenso wenig verstanden (besser: geleugnet) worden, wie der Unterschied von Nation und Volk an sich. [33, Seite 101, 102]

Die Behauptung, durch Integration werde man zum Deutschen und das ganz unabhängig von Volk oder Kultur, ist ein frecher Etikettenschwindel, der die Gruppen – Auflösung verschleiern soll. Es gibt keine besser Beschreibung von Diskriminierung als die Staatsbürgerschaft ohne Volk. Wenn Staatsbürgerschaft und die Zugehörigkeit zu einem Volk nicht mehr deckungsgleich sein brauchen, dann kann der Hintergrund nur die Abschaffung der Völker und ihrer Nationen sein. Frank Hill schreibt Ziel der Masseneinwanderung und Globalisierung:

„Das Ziel … besteht in der Abschaffung aller Staatsgrenzen, nationalen Währungen, eigenständigen Kulturen und homogener Völker. [26, Seite 7]

Das Ziel, eine offene „Diktatur des Schreckens“ über alle Menschen auszuüben, kann allerdings nur dann verwirklicht werden, wenn zuvor alle Eigenheiten der Völker vernichtet werden. Staatsgrenzen, nationale Währungen und Streitkräfte, homogene Völker und Nationalstolz müssen beseitigt werden, um eine Uniformierung der Weltbevölkerung zu erreichen.

Man kann den Untergang unseres Vaterlandes auf folgende fünf Bereiche zurückführen:

Die Abwendung von Gott, die Zerstörung der Familie als kleinste Zelle des Staates, den moralisch, sittlichen und kulturellen Verfall, die national-feindliche Politik der herrschenden Klasse und die Schuldenlast bzw. das betrügerische Geldwesen, auf dem unsere Wirtschaft basiert. [26, Seite 114, 120]

---

[194] Text leicht verändert, nach: Dr. Nicolai Sennels: „Warum Multikulti scheitern wird“, 27.04.2011

[195] Ressourcen sind im klassischen Sinne Land und Boden, aber auch der urbane Raum, Geld, Macht sind darunter zu verstehen, quasi alles, was zum Überleben wichtig ist.

[196] Berliner Zeitung, „Wieder Randale in Bussen“, 12.01.2008

Friedrich Heckmann bekennt: *„Eine Politik der ethnischen Toleranz sollte einhergehen mit Akkulturationsstrategien. Die Befestigung ethnischer Heterogenität würde die Wahrscheinlichkeit interethnischer Konflikte beträchtlich erhöhen.“*[197]
Heckmann wendet sich gegen Jürgen Habermas der Akkulturation nur im Rahmen der politischen Kultur für legitim hält, „nicht aber eine über die gemeinsame Kultur hinausgehende Assimilation zugunsten der Selbstbehauptung einer im Lande vorherrschenden kulturellen Lebensform“[198]. *„Nichts geht über eine gute Melange (Mischung), nicht schwarz, nicht braun, nicht weiß, sondern alles zusammen!“*[199]
Fallen diese Aussagen einerseits durch ihre Radikalität auf, so zeigen sie andererseits, zu welcher abgrundtiefen Albernheit die Staatsorgane heruntergesunken sind, wenn man bedenkt, daß der eben zitierte Satz vom amtlichen Organ der „Bundeszentrale für politische Bildung“ stammt. Der multirassische Diskurs ist dabei nicht frei von Widersprüchen. [23, Seite 95]
… Wie kann man vorgeben, den Frieden aufrechterhalten zu wollen, wenn man gleichzeitig den Krieg programmiert, indem man das Zusammenleben verschiedener Menschengruppen mit unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Lebens-, Religions- ,Wert- oder Rechtsauffassungen innerhalb einer Gesellschaft, innerhalb eines Territoriums fördert?
Wie kann man für die Freiheit eines Volkes einzutreten behaupten, wenn man ihm jede Souveränität (Selbstbestimmung) verweigert? [23, Seite 96]
Die Heterogenität der Welt nährt sich seit Anbeginn der Zeit (und nur so wird eine erträgliche Zukunft möglich sein) von der inneren Homogenität der Völker und Kulturen, die in ihr leben. Alle Theorien, die von einer diesen Gesetzen widersprechenden Auffassung herrühren, sind erklärte Feinde der Natur. Denn Kulturen sind der lebende Beweis für die gegensätzlichen, doch bereichernden Möglichkeiten, die in dem verschiedenen menschlichen Erbgut der Völker angelegt sind. Kulturen sind der jahrhundertealte Ausdruck einer ganz bestimmten Geistes- und Seelenlage, das originelle Spiegelbild der geistigen, religiösen, ästhetischen Beschaffenheit eines Stammes oder Volkes. [23, Seite 98]
Nebenbei sei vermerkt, daß es kein einziges Beispiel für eine friedliche Eingliederung eines Volkes in eine fremde Kultur gibt. So führt das multikulturelle/multirassische Konzept (der Massenweinwanderung Fremder) geradewegs in einen „sanften Genozid“, von dem der Biologe Erlung Kohl[200] spricht. 1950 warnte die Anthropologin Ilse Schwidetzky:
„Jede Gruppe hat ja ihre eigene biologische Struktur und unterscheidet sich darin von anderen. Es ist daher für die Entwicklung und für das Wesen (Volkscharakter) der Völker alles andere als gleichgültig, welche Zuwanderer-Gruppen sie in ihren Heirats- und Fortpflanzungskreis aufzunehmen bereit sind.“[201]
Die Ausradierung der Rassenunterschiede (durch Mischung) ist dabei nur ein Vorgriff auf die Zerstörung der kulturellen Identitäten: Insofern nämlich, als *„eine Rasse sich nicht nur durch Körpermerkmale kennzeichnet, sondern vor allem dadurch, was diese Merkmale ausdrücken, das heißt einen bestimmten Stil des Verhaltens und des Gemüts …, sowie eine Seins- und Lebensweise, eine existentielle Ausformung.“*[202]
Jeder Eingriff in das biologische Substrat wird zwangsläufig auch das kulturelle Paradigma in Mitleidenschaft ziehen. Da kommt zum inneren Bruch die äußere Auflösung hinzu:
„Eine der schädlichsten Wirkungen der Mischung tatsächlich heterogener Rassen – abgesehen von der Bastardisierung, der körperlichen Veränderung – besteht in einer Spaltung und einem inneren Widerspruch: dem Bruch der Einheit im Menschen.“ [23, Seite 101, 102, 103]
Über die Bedeutung des Begriffes Volk in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definierte:
„Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".[203]

---

[197] Heckmann, F. (1994): Ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozeß. In: K.J. Bade: Das Manifest der 60. München (C.H. Beck), S. 148-163
[198] Habermas, J. (1993): Die Festung Europa und das neue Deutschland. In: Die Zeit, Nr. 22, S. 3
[199] Klaus Borde: Nichts geht über eine gute Melange, in: Politische Zeitung (PZ), hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 66, August 1991, S. 29
[200] E. Kohl: Vom Wert der Mannigfaltigkeit. Ethnologische Grundlagen jeder Bevölkerungspolitik, Graz 1993, S. 17
[201] Ilse Schwidetzky, Grundzüge der Völkerbiologie, Ferdinand Enke, Stuttgart, 1950, S. 68
[202] Julius Evola, Les hommes au milieu des ruines, Les Sept couleurs, Paris, 1972, S. 219, 221
[203] Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu: „Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3

Es liegt dem Naiven nahe, daß er deshalb glaubt, die Verleugnung rassischer Unterschiede beschere das harmonische Zusammenleben, das wir alle anstreben. Und so verbreiten moderne Gutmenschen die multikulturelle Gesellschaftsmär von der Gleichheit der Rassen und Völker, was nichts mit „Gleichberechtigung" -

Bild 37: Harmonische Vielfalt – BRD-Werbung für ein anderes, ‚besseres' Deutschland

zu tun hat. Denn obwohl jeder Mensch ohnehin „gleichberechtigt" ist, ergeben sich doch 6 Milliarden Varianten in der endgültigen Durchsetzung dieser Berechtigung.
Nicht nur Taiwanesen, auch Kongolesen und Timoresen sind berechtigt, eine Fabrik für Computerchips zu organisieren, oder ein Finanzzentrum aus dem Boden zu stampfen, oder einfach eine halbwegs blühende Wirtschaft aufzubauen.
Genetische Vielfalt schließt die Gleichheit der Menschen aus. Gleichheit ist eine soziologische Aufgabe und keine naturgegebene Voraussetzung. Während also unterschiedliche soziale, kulturelle und religiöse Konzepte durch Erziehung und Erlernen aufgenommen werden können, bestimmen die unterschiedlichen vererbten Anlagen, inwieweit und mit welchen Konsequenzen dies geschieht. Kurzum: Die Völker dieser Welt sind ungleich. Eine homogene Gesellschaft ist deshalb harmonisch, weil ihre Spielregeln auf ihre Mitglieder abgestimmt werden können. Eine multikulturelle Gesellschaft kann nicht harmonisch sein, weil eine alle Gruppierungen befriedigende ethnisch-kulturelle Abstimmung undurchführbar ist. [2, Seite 257-259]

In der Isolation lebende Menschen entwickelten sich zu drei Hauptrassen, die sich in jeweils drei Untergruppen aufteilen lassen:

1- Mongolide: klassisch mongolid, indianid, südostasiatid.
2- Europide: indid, mediterranid, nordwesteuropid.
3- Negride: palänegrid, bantuid, äthiopid, alle wiederum mit zahlreichen Untergruppen und endlosen Überlappungen mit anderen.

Vermischung der Menschheit als Homogenisierungs- und Harmonisierungsstrategie der Multikulturalisten bewirkt das Gegenteil, indem sich neue gesellschaftliche Klein-Gruppen bilden, die sich durch direkte Konfrontation der Gruppen (Familien, Völker) noch ablehnender und ausgrenzender verhalten als zuvor und kulturell und rassisch bedingte Risse Familien, Vereine und Völker spalten. [2, Seite 139, 141]
Der Begriff „Ausländer" dient (in Deutschland) als Sammelbegriff für die Menschen, die identifizierbar fremdländisch bleiben. Der Identifikationsbegriff „Ausländer" (mit negativer Wertung) steht im deutschen Sprachraum umgangssprachlich gleichbedeutend für Menschen, die als Nicht-Eingeborene und gleichzeitig als „Fremd-Gruppe" oder fremdländisch identifizierbar sind und in merkbar großer Anzahl eingewandert sind. Er ist nicht vergleichbar in Anwendung und Bedeutung mit dem japanischen „Gaijin", das alle Ausländer erfaßt, ganz gleich ob von Schweden, Irak oder eben von Korea. Als „Ausländer" bezeichnen Deutsche umgangssprachlich Menschen, die in Deutschland leben und nicht nordeuropäischer Abstammung sind – also schwer oder nicht integrierbar sind – und als wachsende Minderheit eine Art der Bedrohung darstellen. Einen englischen Disc-Jockey würde man genauso wenig als „Ausländer" bezeichnen wie einen dänischen Grenzgänger, den holländischen Tulpenverkäufer, der mit Frau Schneider in Gladbach lebt, ebenso wenig einen Schweizer oder einen argentinischen Studenten mit Heimweh. [2, Seite 86, 87]
Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wirbt bei Migranten für eine verstärkte Einbürgerung. „*Unser Problem in Deutschland ist nicht eine zu hohe Zuwanderung, sondern die zu geringe Einbürgerung*", sagte Lammert. Außerdem könne Integration nur gelingen, wenn sowohl die Migranten als auch die Bundesbürger dies wollten.[204]

[204] Berliner Morgenpost, „Lammert wirbt bei den Migranten für Einbürgerung", 26.05.2010

Demographischer Streß

Der multikulturell lebende Mensch ist zur gesteigerten Aufmerksamkeit, zu Vergleichen, Analysen und Reaktionen verdammt; er ist in seiner Entfaltung beschränkt und beeinflußt, Bedrohungs-ängsten und Identifikationsphobien ausgesetzt.
Er ist gestreßt, gereizt und dazu verurteilt, seine wirklichen Empfindungen zu unterdrücken, er steht unter Toleranzzwang und staut Aggression an. Der multikulturelle Mensch (bzw. der Mensch/Einheimische in der multiethnischen Gesellschaft) ist unfrei.
An einer multikulturellen Gesellschaft beteiligte Rassen, Ethnien oder Religionsgruppen beobachten sich mißtrauisch, sie beargwöhnen sich. [2, Seite 221]
Entmultikulturalisierung vermittelt daher das Gefühl der „Befreiung“ - weshalb man multikulturelle Kriege seitens der Minorität gern als „Befreiungskriege“ bezeichnet und seitens der Mehrheit als „Säuberung“.
Befreiung oder Säuberung verfolgen aber denselben Zweck: Wiederherstellung von tribal-territorialer Einheitlichkeit und Harmonie. …
Je intensiver der Kontakt von Personen, Nachbarn, Nachbarvölkern und Religionen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß Streitereien ausbrechen. In der Regel gilt das Sandwich-Prinzip: Man streitet leicht mit dem Nachbarn, folglich ergibt sich eine Allianz mit dem Nachbarn des Nachbarn. In multikulturellen Gesellschaften stehen ethno-rassische und kulturelle Gruppierungen unter Vollkontakt, nicht wie Nachbarn – sondern wie Nachbarn, die zusammen in einer Wohnung wohnen. [2, Seite 68, 69]
„Der Ausländeranteil (in Wiesbaden) hat sich in den letzten 10 Jahren vervierfacht und liegt meiner Schätzung nach bei 60%, die Überfremdung unserer Stadt schreitet seit der Wiedervereinigung mit beängstigender Geschwindigkeit voran, und der wirtschaftliche Niedergang ist überall zu erkennen. Ein Verfall, der sich schon unter Exner angekündigt hatte. Vor 30 Jahren Kurstadt, sauber, viel Geld vorhanden, jetzt nur noch Rudis Reste Rampe, Türken, Neger, wohin das Auge blickt und Sozialfälle überall. Aus einer Perle ist durch Sozialdemokraten eine Kloake geworden.“ Zaphod Beeblebrox
„Ich stimme mit Ihnen 100% in der Einschätzung der nicht gelingenden Integration zu und habe selbst Kinder und es ist ein Horror zu sehen, wer die Spielplätze in Wiesbaden bevölkert.“ Wilhelm K.

Wenn sich die Mehrheit an die Minderheit assimiliert, kommt es zum schnellen Anwachsen[205] der Minderheit und somit zu einer beschleunigten Machtverschiebung. Die Bedrohungsangst der verbleibenden konservativen Mehrheit, die zu einer Minderheit zu werden droht, wächst, der tribale Abwehrmechanismus setzt schneller ein. Die Ablehnung richtet sich jetzt auch gegen die Überläufer. Da der Riß die Mehrheit spaltet, nämlich in Gegner und Freunde der Minderheit, bleibt ein Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen. Jetzt werden die Mehrheitsabtrünnigen sogar mehr gehaßt als die Angehörigen der Minderheit. So werden Kinder aus Mischehen mit Negern der negriden Rasse zugerechnet, folglich wächst diese Gruppe schneller als die der anderen.
[2, Seite 275]
Im TIME-Essay vom 21. März 1994 stellt Gerd Behrens die Frage, warum der Nationalismus eine so erstaunliche Renaissance erlebe, und meint: *„Es liegt im Blut.“* Als Ergebnis einer gemeinsamen Abstammung oder erworbener Verwandtschaft würden Personen das Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. *„Auf die Geschichte, Helden und Symbole, seine Sprache, Kultur und Religion stolz zu sein ist ein basaler menschlicher Instinkt“.* [7, Seite 165]
Dieter Oberdörfer schreibt zur Republik: „Republikanische Nationalstaaten unterscheiden sich von klassischen Nationalstaaten gerade durch ihre Offenheit für Zuwanderung. Sie lassen Einwanderung zu. Auch Fremde können Staatsbürger werden. Das Maß ihrer Offenheit für Fremde ist ein wichtiges Kriterium ihrer republikanischen Qualität“. [1, Seite 52]

[205] Bundesregierung.de, 28.08.2004: Die ausländische Bevölkerung wächst prozentual doppelt (+100 %) so schnell wie die Deutsche

Die Ablehnung der Fremden durch die Deutschen sei daran schuld, beziehungsweise deren unbelehrbarer Rassismus. Auch in England und Frankreich waren es immer die eigenen Landsleute, die als gutmeinende Befürworter der Immigration den Inländern die Schuld an den sich entwickelnden Spannungen in die Schuhe schoben.
Daß beim Scheitern der Assimilation bestimmter Gruppen von Einwanderern außer kulturellen Traditionen auch biologische Faktoren eine Rolle spielen könnten, wurde und wird in den meisten Diskussionen der Einwanderungsproblematik in den westeuropäischen Ländern überhaupt nicht zur Sprache gebracht. Man meidet jeden Hinweis auf eine solche Möglichkeit, es sei denn, man verbindet ihn sogleich mit dem Bekenntnis, daß dergleichen als „biologistische Interpretation“ gar nicht ernsthaft zu erwägen, ja als rassistisch abzulehnen sei. Man spricht in Deutschland von einer Sackgasse des Gesetzes der Abstammung (*jus sanguinis*), demzufolge die Staatsangehörigkeit eines Kindes in erster Linie derjenigen der Eltern folgt, ein Gesetz, das übrigens nicht nur für Deutschland und Österreich, sondern auch für andere Länder Europas sowie für die meisten asiatischen Völker (einschließlich Israel) gilt.

Man fordert, Deutschland möge dem Vorbild Frankreichs folgen und das liberale *jus solis* übernehmen, das Territorialitätsprinzip, demzufolge sich die Staatsbürgerschaft nach dem Territorium bestimmt, auf dem ein Kind geboren wird. Man übersieht, daß dies ursprünglich ebenfalls eine Regel war, die dazu diente, durch Abstammung Verbundene zusammenzuhalten, denn in den meisten Territorien lebten ja zunächst über viele Generationen durch Blutsverwandtschaft verbundene Menschen.

Bild 38: Schaffung einer globalen Mischgesellschaft als ‚nationales' Ziel - Kindergarten in Berlin

Im Grunde dienten also beide Prinzipien dazu, biologisch-anthropologisch nach Verwandtschaft einander näherstehende Menschen in einer größeren Interessengemeinschaft zusammenzuhalten, und erst mit der Masseneinwanderung von Immigranten aus der eigenen Kultur fernen Gebieten kamen Länder wie Frankreich mit ihrem Territorialitätsprinzip in Schwierigkeiten. Aus Nordafrika stammende muslimische Franzosen haben als ethnische Solidargemeinschaft andere (Lebens-) Interessen als Franzosen europäischer Herkunft. …
Die deutsche Ausländerpolitik wird oft als eine Mischung von Ängsten, Verbohrtheit, Tabus und Hilfsbereitschaft beschrieben. Das trägt nicht zur Klärung der Problemlage bei. Sicher ist es richtig, wenn Antonia Grunenberg (in der Süddeutschen Zeitung vom 23. März 1998) als Rezensentin des wichtigen Buches von Emmanuel Todd über das Schicksal der Einwanderer in Deutschland, den USA, Frankreich und Großbritannien schreibt, daß es „*vorpolitische Mentalitäten und Habitusformen, Aberglauben und archaische Ängste“* sind, die die politische Einsetzung eines liberalen Einbürgerungsrechts und damit auch einer, wie sie schreibt, „vernünftigen“ Einwanderungspolitik verhindern. Aber ist eine Einwanderungspolitik, die den inneren Frieden eines Landes so massiv gefährdet, wie wir das in Frankreich, in manchen Städten Englands, Deutschlands und in den Vereinigten Staaten beobachten können, wirklich so vernünftig? Die „archaischen Ängste“ gehen wohl, wie wir aufzeigten, auf Programme der Abgrenzung zurück, die als stammesgeschichtliche Anpassungen sowohl der Entstehung wie auch der Erhaltung ethnokultureller und, im Gefolge, biologisch-anthropologischer Vielfalt dienen. Und damit muß man eben (bei allen Völkern) rechnen. … (Und) hinter den „irrationalen Ängsten“, die das Miteinander erschweren, stehen demnach durchaus begründete Sorgen um die Erhaltung des inneren Friedens (und damit um die Existenz und des Weiterbestehens der eigenen Gruppe). [8, Seite 146-148]
Die Klagen der Bevölkerung, wen interessieren sie schon in einer ‚offenen Republik'?
Eine kleine Stadt in Sachsen Anhalt, Bernburg an der Saale:
„Ist sogar in den Kleinstädten schon schlimm genug - wie zum Beispiel hier. Eine original deutsche Familie bekommt keinen Kindergartenplatz, aber eine afghanische Familie, bei der die Frau fast kein Wort Deutsch spricht, (und) der Vater irgendwo ist, kotzt ein einfach an!“[206]

[206] ‚AnhalterBernburg', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „In Deutschland haben 44% der unter 5-jährigen Kinder einen Migrationshintergrund“, 18.06.2011

Die Erfahrung lehrt, daß die europäische Binnenwanderung dagegen keine Langzeitprobleme schuf, da sich die Zuwanderer stets voll integrierten, was bei der nahen kulturellen und biologisch-anthropologischen Verwandtschaft nicht sonderlich zu verwundern braucht. Mit dem Aufbau sich abgrenzender Minoritäten in einer relativ homogenen Nation Europas werden jedoch bald Grenzen der Belastbarkeit erreicht, und wer dies nicht in Rechnung stellt, handelt im Kurzzeitdenken befangen unbedacht und damit, wenn in verantwortlicher Position, auch unverantwortlich. Es ist erstaunlich, daß viele Politiker trotz all der Schwierigkeiten, die man sich in Deutschland und Österreich aus gutem Willen mit der großzügigen Aufnahme von Arbeitssuchenden und Notleidenden aller Art einhandelte, dafür eintreten, den hier geborenen Kindern aus den Problemgruppen die Staatsbürgerschaft zu gewähren und damit ihr Hierbleiben festzuschreiben. Sie meinen, das würde ihrer „Ausgrenzung“ entgegenwirken, was höchst zweifelhaft ist. Der Glaube, es werde schon gut gehen, legitimiert noch nicht zu solch folgenschweren Experimenten mit Menschen. [8, Seite 150, 151]
Für den Psychologen Hans Jürgen Eysenck gilt: „Ohne jeden Zweifel sind die Menschen in dem Sinne ungleich beschaffen, daß ihre Gene die Determinanten für eine unterschiedliche Erscheinung und Entwicklung enthalten.“[207] [23, Seite 97]

Ein Stück Papier schützt vor Ausweisung

Das Land Rheinland-Pfalz von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) wirbt im Internet für den deutschen Paß mit dem Hinweis, der Status biete „vollständigen Schutz vor Ausweisung"![208]
Damit werden Angehörige fremder Völker deutsche Staatsbürger, die auch nach Begehung von schwersten Straftaten nicht mehr aus ihrer Wahlheimat entfernt werden können. Dies ist auch der Sinn und Zweck der europaweiten Einbürgerungspraxis. Die Besiedelung soll innerhalb eines vermeintlich rechtlichen Rahmens juristisch verankert und abgesichert werden, zum offensichtlichen Nachteil der angestammten, aber recht- und schutzlosen Bevölkerung.

Bild 39: Im Grunde ungewollt – deutsche Kinder in der BRD

„Die Kinder lernen bei uns von klein auf, daß es viele verschiedene Kulturen und Nationalitäten gibt. In Zeiten der Globalisierung ist das sehr wichtig”, sagt die Pädagogin. So kommen die kleinen Besucher der „Pusteblume” frühzeitig mit verschiedenen Sprachen in Berührung. Sie merken, daß andere Kinder anders aussehen, eine andere Hautfarbe haben, sich anders kleiden oder eine andere Religion haben.“ Die Kinder spielen ganz unbefangen und vorurteilsfrei miteinander. Es ist ihnen völlig egal, wo der andere herkommt”, sagt Zündorf. Keine Angst vor Multikulti. In einer „Welt ohne Grenzen“ sollten Eltern Pluralität und Vielfalt als Chance für ihr Kind begreifen.“[209]
Multikultur als Staatsdoktrin hat ferner die Eigenschaft, den Fremden in seiner Identität zu bestärken und den Einheimischen geistig, wie auch moralisch mit Schuldgefühlen zu belegen. Diese Entwicklung, die den weißen Bevölkerungen in Europa nur den Volkstod bringen kann, verändert das Bewußtsein der Europäer dergestalt, daß diese auf ihre natürlichen Instinkte, - nämlich den Willen zur Selbstbehauptung, (dem eigenen Selbsterhalt), verzichten.
Der ethnische Nationalismus holt demnach viel Kraft aus der Vorstellung, daß die Mitglieder eines Volkes eine erweiterte Familie sei, die letztendlich durch die Bande des Blutes miteinander verbunden sind. Diese Erkenntnis ist allen Völkern eigen. Sie schlummert stets im kollektiven Unterbewußtsein, und äußert sich im Gefühl einer gemeinsamen Identität, die in dem allgemeinen Gefühl der Zusammengehörigkeit ihren beredten Ausdruck findet. Die Eliten des Westens dagegen beschwören eine globalisierte Welt, in der es nicht die Grenzen von Ländern, sondern nur der Menschenrechte zu verteidigen gelte, und sprechen sich selbst damit das Recht auf eine zu steuernde, auf nationalen Interessen ruhende Einwanderungspolitik ab.

[207] „Die Ungleichheit des Menschen – Ist Intelligenz erlernbar?“, Wilhelm Goldmann, 1978, München, S. 105
[208] Focus Nr. 49, „Bosbach kritisiert Einbürgerungs-Politik der SPD-geführten Länder“, 05.12.2010
[209] ARD, „Multikulti - eine Bereicherung für Kinder“, Frank van der Velden, 15.08.2008

Generell gilt: Über das Gelingen von Integration entscheiden nicht der Paß, sondern Integrationsbereitschaft, Bildungsstand sowie soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, die eine Eingliederung ermöglichen. *„Eine großzügigere Ausgestaltung und Handhabung des Staatsangehörigkeitsrechts allein kann nicht die ethnischen, kulturellen und vor allem sprachlichen Unterschiede einebnen, die Einheimische von Zugezogenen trennen. Die hieraus entstehenden sozialen und politischen Spannungen kann man nicht durch Erteilung eines anderen Passes beseitigen."* [11, Seite 352, 353, 355]

Der Reisepaß gilt als schriftliche Bestätigung der Zugehörigkeit zu einer Nation. Was multikulturelle Harmonie, Rassismus, Separationsbestrebungen und Vertreibung, Völkermord, Krieg und Frieden in einer exzessiven multikulturellen Gesellschaft betrifft, spielt dieses Papier leider überhaupt keine Rolle. Man vergleiche hierzu auch die Situation in Ex-Sowjetunion, Ex-Jugoslawien, Ruanda, Burundi, Uganda, Südafrika, die Türkei, der Irak, Pakistan, Nordirland, Israel, NS-Deutschland, Indonesien, Kanada, Belgien und vielen anderen Nationen.
[2, Seite 74]

Von den anderen Gang-Mitgliedern besitzen zwar einige die (deutsche) Staatsbürgerschaft, doch als Deutscher fühlt sich keiner. *„Das Stück Papier zählt für mich nicht*", erklärt einer, wedelt mit seinem Paß. *„Es kommt nur aufs Blut an. Ich bin ein stolzer Albaner."*[210]

Dabei unterscheidet sich die veröffentlichte Meinung von der öffentlichen. Zensierte Nachrichten, frisierte Kriminal- und Einwanderungsstatistiken, unlogische Vergleiche und Verbote von bestimmten „fremdenfeindlichen" Wörtern sollen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verhindern. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll Integration und Assimilierung vermitteln – als wenn Ausweispapiere jemals eine Grausamkeit, eine Vertreibung, einen Völkermord oder einen Holocaust verhindert hätten. Bedenkt man, daß auch Jugoslawen nur eine Nationalität (Paß) hatten, dann drängen sich ungeheuer starke Zweifel auf. [2, Seite 18]

… (Denn), können Türken Deutsche werden? Können Deutsche Japaner werden? Japaner Nigerianer? Wollten Kroaten Serben werden, wollen Kurden Türken werden oder Türken Deutsche? Spätestens hier bemerken wir die Grenzen des Machbaren und erkennen die Mechanismen innerhalb der Multikulturalität. [2, Seite 20]

Obgleich alle Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika Amerikaner sind, stößt auch die Multikulturalisierung neutraler Territorien auf Schwierigkeiten der rassischen (tribalistischen) Art. In den USA verschmolzen und verschmelzen Engländer, Deutsche, Skandinavier, Franzosen, Holländer, Italiener, Russen, Balten usw. zu „weißen Amerikanern".
Schwarzafrikaner verschiedenster afrikanischer Herkunftsländer verschmolzen zu Afro-Amerikanern, Südamerikaner und Mittelamerikaner verschmolzen zu Latinos.
Chinesen blieben Chinesen. Asiaten bilden allgemein ethnische Enklaven, sind abstammungsbewußt und ethnozentrisch. Erbgenetische oder selbstauferlegte Gräben zwischen den Rassen, Völkern und Religionen werden nicht nur im sogenannten „Schmelztiegel" USA deutlich, sondern auch in anderen sogenannten „Schmelztiegeln", etwa in Ruanda, Jugoslawien, Sowjetunion, Deutschland, Indonesien, Südafrika, Australien usw. Die Leugnung von ethnisch-rassischen Ungleichheiten ist die Grundlage für Masseneinwanderung unverträglicher Völker, multikulturelle Rangordnungskämpfe, Polarisierung der Politik und der Gesellschaft, ethnische Willkür, gesellschaftliche Anarchie und Kulturchaos. [2, Seite 149, 150]

Abgesehen davon, daß das Eigenschaftswort ‚deutsch' absurd (unsinnig) wird, als der ‚multirassische' Diskurs es jeder ethnisch-kulturellen Bedeutung entleert, … [23, Seite 109]

Der Begriff Deutschland ist nicht staatsrechtlicher Art, sondern bezieht sich auf das Wohngebiet des deutschen Volkes. Das Grundgesetz trägt dem Rechnung, indem der Begriff ‚deutsches Volk' auch mit qualifizierter Mehrheit aus dem Grundgesetz nicht entfernbar ist oder durch modische liberalistische Worthülsen wie Bevölkerung u.a. ersetzt werden kann. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte am 21.10.1987 im sog. Teso-Urteil: *„Es besteht die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes."*

Zur Identität gehören die demographische und ethnische Erhaltung unseres Volkes, seiner Sprache, seiner Kultur, seines Rechtslebens und seines Staates.[211]

[210] Spiegel Nr. 29, 17.07.2006, Seite 39
[211] Helmut Schröcke, „Kriegsursachen und Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges",2001, Seite 241, 244

Die Dekonstruktion eines Volkes

Bild 40: Einbürgerung in Wedel

Der Kreis Pinneberg ist wieder ein ganzes Stück bunter geworden. Während einer feierlichen Zeremonie im Wedeler Ratssaal wurden rund 80 Menschen mit ausländischen Staatsbürgerschaften als Deutsche begrüßt. Sie bekamen von Landrat Wolfgang Grimme ihre Einbürgerungsurkunden überreicht. Wedels Bürgermeister Niels Schmidt, der die Festrede hielt, hieß „seine" nunmehr deutschen Wedeler willkommen - wie viele seiner Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarkommunen: mit kleinen Begrüßungs-Präsenten von Blumenstrauß bis Heimatbuch. Aserbaidschan und Armenien, Pakistan und Philippinen, Brasilien und Barbados, Togo und Türkei - das sind nur einige der Herkunftsländer, aus denen die Menschen stammen. Der Spitzerdorf-Schulauer Männergesangsverein sang sein „Hallo, hier Wedel!" und sorgte mit Zeilen über den sturmumwehten Roland fürs heimatliche Flair. Und für jeden Neubürger fand Landrat Grimme nette Worte und ein Lächeln, als er die Urkunden mit Bundesadler übergab - und dann blitzte es für das individuelle Erinnerungsfoto.[212]

Es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß der Mensch in seiner erfolgreichen und biologisch (Biologie: *bíos*, ‚Leben' und *lógos* ‚Lehre') korrekten Entwicklungsgeschichte (als Teil der Natur) bisher alles falsch gemacht hat und es des Aufkommens politisch korrekter Denkweisen bedurfte, diese Fehler zu korrigieren und die Gesetzlichkeiten der Natur umzukehren. Bedeutete biologisch korrektes Verhalten bisher erfolgreiche Anpassung und somit Überleben schlechthin, dann kann die Umkehrung nur Nicht-Anpassung und somit Nicht-Überleben bringen. Letztendlich jedoch sind auch Umkehrung und Meidung biologischer Korrektheit doch nur wieder die biologisch korrekte Maßnahme der Natur, sich einer Spezies (Völker) zu entledigen, die nicht mehr überlebensfähig ist (sind). [2, Seite 33]

Der in Frankreich geborene, jüdischstämmige Daniel Cohn-Bendit 1992 im Stern: „Es gibt in Deutschland keine republikanische Form der Eingliederung von Einwanderern. ‚Wir' haben eine ethnische Definition des Deutschen, und das ist nicht modern, das ist schlimm." [8, Seite 190]

Dazu Kurt Willrich: „Volks- oder Rassenzugehörigkeit ist Teil der natürlichen Ordnung, wie auch die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht oder zu einer Familie. Die Dekonstruktion von Geschlechtszugehörigkeit, Familie, Volk, Nation und Rasse ist Voraussetzung zur Multikulturalisierung im Rahmen der Globalisierung." [2, Seite 43]

Wir warnen vor Faschismus, damit sich NS-Deutschland nicht wiederholt. Doch dann sollten wir auch vor der multikulturellen Gesellschaft warnen, damit sich der Kosovo, Bosnien, Ruanda, Zypern, Osttimor und Sri Lanka, Armenien, Sudetenland, Nordirland, das Kurdenproblem … nicht wiederholen. Aus diesem Grunde sollte der (systematische) Aufbau einer potentiell haß- und gewaltgeladenen Gesellschaft vermieden werden, anstatt angesichts der Opfer[213] eine immerwährende, lächerliche und verlogene „Betroffenheitskultur" zu zelebrieren!

Wer dennoch Menschengruppen (Einwanderer und Einheimische), aus welchen Gründen auch immer übertrieben zusammenmischt, sollte wegen „Verleitung zum Völkermord" angeklagt und bestraft werden. [2, Seite 35, 37]

---

[212] Hamburger Abendblatt, „Diese Wedeler sind nun auch Deutsche", 28.10.2009

[213] Juli 2005, Heidenheim (Baden-Würtemberg). Mit Faustschlägen schlägt der 18-jährige Kosovo-Albaner Arton G. den 16-jährigen Tobias M. zu Boden, tritt mit den Füßen immer wieder auf dessen Kopf ein. Tödlich verletzt bleibt Tobias liegen und stirbt an den Folgen schwerer Gehirnverletzungen im Klinikum Heidenheim. Arton wird im November 2005 vom Landgericht Ellwangen zu vier Jahren Jugendstrafe verurteilt. Am 1. Februar 2008 ist der Kosovo-Albaner wieder frei - eineinhalb Jahre vor Ende der Strafzeit.
28. September 2008, Bensheim (BaWü). Erdogan M., sein 19-jähriger Sohn Haydar M. und Volkan T. (19) und ein vierter Türke prügeln und treten mit „elfmeterartigen Tritten" Fabian S. (29) bewußtlos, der sich in der Diskothek schützend vor ein Paar stellte. Wenig später verstirbt er.
15. Mai 2010, Hamburg. Der 16-jährige Elias A., afghanisch-serbischer Herkunft, ersticht den 19-jährigen Mel D. grundlos am Bahnhof Jungfernstieg.
22. Juni 2010, Hamburg-Harburg. Der 22-jährige Pascal E. wird bei einer Abitur-Party in Harburg von einem 27-jährigen Türken erstochen, nachdem sich Pascal schützend vor seine Freundin Julia (21) gestellt hatte.
10. Januar 2010, Hamburg. Ein Mann aus Sri-Lanka, Rilwan C. (24), erschießt den Taxifahrer Peter Lüchow (58)

Multikulturalismus ist ein unnatürlicher und ungesunder Zustand, der nur Länder heimsuchen kann, die sich bereits im nationalen Niedergang befinden.

Bild 41: Einbürgerung im Landkreis Ammerland

Habgier und Korruption charakterisieren die Regierung zusammen mit ihren unterdrückerischen Maßnahmen gegen die eigenen Bürger. Lügen und Falschheit sind Inhalt und Geschäft der Medien, Politiker und Bildungseinrichtungen. Multikulturalismus wird dazu benutzt, einen nationalen Konsens in der Wählerschaft zu verhindern. Er untergräbt Werte, Kultur, Glaubensinhalte, ethnische Eigenheiten usw.und schafft dadurch einen ständigen Strom der Unzufriedenheit, auf dem die Multikulturalisten schwimmen. Es ist eine perfekte Methode, sicherzustellen, daß es niemals Übereinstimmung, Einigkeit oder ein gemeinsames Schicksal unter den Regierten geben kann.

Multikulturalisierung und Globalisierung leiten erbarmungslos das Verschwinden jahrtausendealter Sitten und Bräuche, Gepflogenheiten und Sprachen ein. …
Doch diese Welt ist schon seit langem multikulturell. Wer kulturelle Vielfalt erhalten will, muß zwangsläufig gegen die Einrichtung multikultureller Gesellschaften stimmen und für die Beibehaltung klarer Grenzen, natürlich mit Grenzübergängen für Güter-, Gen- und Kulturaustausch. Der wahre Antriebsgrund hinter der Globalisierung, mit der Multikulturalisierung im Schlepptau, sind daher Machtstreben und finanzielle Bereicherung.
[2, Seite 190, 295, 296]
Es ist nicht das Merkmal von Rassen und Völkern, sich zu hassen, sondern das von konkurrierenden Gruppen. Wäre der Mensch rassistisch, Holländer würden zum Beispiel Koreaner hassen, und nicht Deutsche, Indonesier würden Skandinavier hassen, und nicht Chinesen, Serben würden Nigerianer hassen und nicht Kroaten – doch wir hassen nur die, die unserer „Horde“ als Konkurrent zu nahe treten. In der multikulturellen Gesellschaft konkurrieren ethnische und kulturelle Verbände miteinander. Bevorzugung von Gruppengenossen, Nepotismus (Bevorzugung der eigenen Gruppenmitglieder), Korruption und Diskriminierung gruppenfremder Genossen ergeben sich wie von selbst – mit Disharmonie, Neid, Ablehnung und Haß als logischen Folgen. Erst im Zuge verstärkter Kontakte mit Andersrassigen kann Tribalismus zu Rassismus werden. Rivalität zwischen Gruppen entsteht immer dann, wenn diese Gruppen unmittelbar miteinander konkurrieren.
In einer multikulturellen, multi-ethnischen Gesellschaft verhalten sich die beteiligten ethnisch-kulturellen Gruppierungen wettbewerbsorientiert wie konkurrierende Gruppen. …
So setzen sich Ausländer im allgemeinen für Einwanderung und Multikulturalismus ein. In ihrem Herkunftsland sind sie jedoch meist entschieden gegen die Einwanderung fremder Menschen, gegen existierende ethnisch-kulturelle Minderheiten und überhaupt gegen Multikulturalismus. …
Tropfeneinwanderung ist völlig normal und daher positiv. Masseneinwanderung ist unnatürlich und daher negativ. Es besteht also ein gewaltiger Unterschied zwischen einer Tropfeneinwanderung und einer Masseneinwanderung. …
Fremde Menschen bringen frische Erbanlagen, andere Ideen und echte multikulturelle Bereicherung im problemfrei erträglichen Rahmen. Bedrohungsängste werden kaum geweckt; Rassismus bleibt aus. Tropfeneinwanderung gab und gibt es immer und überall.
Masseneinwanderung in ein Land mit eingeborener Mehrheit ist negativ. Zu viele fremde Menschen bringen zu viele fremde Erbanlagen, zu viele Traditionen und abweichende Wertvorstellungen. Sie erwecken dadurch bei den Einheimischen Bedrohungsängste, denn die Einwanderung vieler, fremder Menschen hat den Charakter einer Eroberung. Rassismus, als Abwehr gegen diese Überfremdung, ist die bio-logische Folge. [2, Seite 222-224]
Das Wort „Rassismus“ wird nur im Zusammenhang mit Weißen und mit weißen Mehrheiten, nicht aber Minderheiten, Schwarze, Asiaten oder andere betreffend, gebraucht. So sind z.B. Hutu, die eine Million Tutsi erschlagen – offiziell keine Rassisten und daher auch keine Faschisten, und fremdenfeindlich sind sie auch nicht. Sie sind tribal-territorial – wie alle Menschen. [2, Seite 191]

4. Land und Volk der Deutschen aktiv afrikanisieren

„Millionen Afrikaner könnten demnächst grünes Licht bekommen um sich in Europa für Jobs umzusehen. Mehr als 50 Millionen afrikanischer Arbeiter werden in einem weitreichenden und geheimen ‚Einwanderungshandel' nach Europa eingeladen, wie der Daily Express heute bekanntgegeben hat."[214]

Bild 42: Die bunte Bundesrepublik in Mönchengladbach, August 2011

Eine moderne, aufgeklärte Gesellschaft müsse in der Lage sein, „die Vorstellung zurückzuweisen, daß Herkunft Schicksal sei". Hautfarbe und ethnische Herkunft seien keine ausreichenden Unterscheidungsmerkmale, auf denen soziale und politische Programme basieren könnten. …

Migration[215] und kulturelle Vielfalt sind demnach keine Randphänomene, die mit politischen Mitteln und bürokratischer Expertise lenkbar sind. Es geht vielmehr um grundsätzliche Fragen: Wie sollen unsere Gesellschaften künftig aussehen, wie sollen sie sich arrangieren? Nach welchen Kriterien wird über Zugehörigkeit entschieden und wie gehen wir mit demografischen Problemen und steigender Mobilität um? Migration und Pluralismus sind nicht weniger als der Lackmustest moderner Demokratien. …

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die modernen Industriegesellschaften gefordert, ein neues, pluralistisches Selbstverständnis zu entwickeln, in dem Kultur und ethnische Herkunft entkoppelt sind und zunehmende Heterogenität[216] nicht als Zeichen des Untergangs beschrien wird. Moderne Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitspolitik aktiviert kulturelle Kompetenzen und pluralistisches Selbstverständnis – allesamt unabdingbare Qualifikationen für die Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Daß daraus auch Standortvorteile auf dem internationalen Arbeitsmarkt resultieren, wie man in Australien, Neuseeland und Kanada beobachten kann, wäre nur ein Nebeneffekt. Die Sprache der Einwanderungsdebatte ist meist so rückständig wie die verbreiteten Ressentiments gegen Fremde. Nur selten wird klar zwischen Einwanderungskontrolle, Asylgesetzgebung, illegaler Migration sowie integrationspolitischen Versuchen und den bescheidenen Versuchen der Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte unterschieden. Der amerikanische Gemeinplatz, daß Vielfalt und Heterogenität eine Gesellschaft stärken und dynamisieren, ist in Europa weitgehend unbekannt. Zu oft werden die Antworten auf gegenwärtige und zukünftige Fragen in der Vergangenheit gesucht.[217]

„Deutschland müsse sich aufgrund der demographischen Entwicklung auf mehr Zuwanderung vorbreiten", sagte der ehemalige Außenminister Josef Martin Fischer: „Für die Zukunft gilt das ökonomische Interesse. Ab 2010 werde die Bundesrepublik verstärkt auf Migranten angewiesen sein: „Wenn *wir* jedes Mal die Hetze gegen Zuwanderer mißbrauchen, um politische Mehrheiten zu organisieren, dann wird Deutschland in eine ziemlich finstere Zukunft gehen."[218]

Der ehemalige Außenminister sollte Recht behalten, denn er wußte von Dingen, die der Mehrheit verborgen sind: „Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland ist 2010 deutlich angestiegen. Wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Migrationsbericht 2010 hervorgeht, kamen im vergangenen Jahr 683.530 registrierte Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in die Bundesrepublik."[219]

---

[214] DAILY EXPRESS, „SECRET PLOT TO LET 50MILLION AFRICAN WORKERS INTO EU", 11.10.2008

[215] [Lat.] die,-/-en 1) Biologie, Soziologie: Form des Ortswechsels, Wanderung (Mobilität), bei der einzelne o. Gruppen den Siedlungsraum ihrer Population verlassen oder wechseln

[216] Auch: Inhomogenität, Uneinheitlichkeit

[217] Berliner Tagesspiegel, „Was kommt nach Multikulti?", 03.06.2009. Michael Werz lehrt am BMW Center for German and European Studies an der Universität Georgetown.

[218] Rheinische Post, „Fischer: Koch hetzt gegen Minderheiten", 21.01.2008

[219] JUNGE FREIHEIT, „Zuwanderung nach Deutschland steigt deutlich an", 14.12.2011

Die Grünenfraktion im Sächsischen Landtag will rund 220.000 afrikanische Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland ansiedeln. In einem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzusetzen. „Sorge bereitet besonders die aktuelle Situation der in Libyen gestrandeten Transitflüchtlinge aus Staaten wie Somalia, Eritrea, Sudan und Äthiopien“, beklagen die Antragsteller. Deutschland solle sich daher per Quote verpflichten, eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und deutschlandweit zu verteilen.

Bild 43: Gastarbeiter aus Libyen ‚für‘ Niedersachsen, von der BRD medienwirksam eingekleidet

Zitat: „Die Staatsregierung wird aufgefordet, 1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß die Bundesregierung im Rahmen eines Resettlement – Programmes (Programm für die dauerhafte Neuansiedlung Schutzbedürftiger aus Drittstaaten) des UNHCP[220] verpflichtet, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und Bedingungen für eine gelingende Teilhabe mit dem Ziel der sozialen Inklusion zu schaffen.“[221]

Sorge bereitet besonders die aktuelle Situation der in Libyen gestrandeten Transitflüchtlinge aus Staaten wie Somalia, Eritrea, Sudan und Äthiopien. Resettlement (Wieder-/Neuansiedelung in D.) ist die vorzugswürdige Lösung in solchen Fallkonstellationen, in denen aufgrund der Verhältnisse im Herkunftsstaat eine Rückkehr auf absehbare Zeit nicht möglich oder … nicht zumutbar ist, gleichzeitig aber auch keine realistische Eingliederung im Zufluchtsstaat (?) besteht. Die Bundesrepublik Deutschland ist gefragt, sich am internationalen Flüchtlingsschutzgesetz verantwortungsvoll und konsequent zu beteiligen und Flüchtlinge regelmäßig und nicht nur ad hoc aufzunehmen. Notwendig ist deshalb ein fest installiertes Resettlement-Programm, das jährliche Aufnahmequoten vorsieht. ...

Vor allem Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten, die aufgrund der Absschottung der EU-Außengrenzen … in Libyen festsitzen, brauchen jetzt die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Der UNHCR spricht von ca. 220.000 Flüchtlingen, die sich in einer sehr schwierigen Situation in Libyen befinden und keine Perspektive auf Rückkehr (?) in ihr Heimatland haben. Diese Flüchtlinge könnten derzeit im Rahmen eines Reseetlement-Programms Zuflucht und eine Lebensperspektive in Deutschland finden. ...

Die Etablierung eines Resettlement-Programmes auf Bundesebene wird durch die Bekundung der Staatsregierung, sich aktiv und konkret am Flüchtlingsschutz zu beteiligen, gefördert. Begleitend dazu ist eine Verständigung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten erforderlich, da diese schließlich die Unterbringung, Versorgung und Inklusion vor Ort realisieren. Insbesondere ist mit den Kommunen vorab zu klären, wie viele Menschen, die zum Teil Traumatisierungserfahrungen gemacht haben, dezentral untergebracht und angemessen medizinisch und sozial versorgt werden können. Wesentliche Voraussetzung für eine gelingende soziale Inklusion sind weiterhin strukturelle Rahmenbedingungen, die es den Flüchtlingen ermöglichen, uneingeschränkt an der Gesellschaft teilzuhaben. Dazu zählen eine dezentrale Unterbringung (in Mietwohnungen), Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Weiterbildung, Arbeitsmarkt und Kultur.“

Erwähnenswert ist ein Antrag, der auch von den Grünen mitgetragen wurde: „Die Menschenrechtssituation in Tibet verbessern“, vom 23.04.1996. Dort forderte man, daß die Tibeter ein Recht auf kulturelle, politische, ethnische und religiöse Selbstbestimmung hätten und prangerte die „Überfremdung“ Tibets durch Chinesen an. [12, Seite 29, 30]

Sowohl Tibeter, als auch die Deutschen tuen gut daran, Heuchlern zu mißtrauen. Denn was dort angeprangert wird, wird hier aktiv propagiert und umgesetzt.

---

[220] UN mahnt „Europa des Asyls an", Die UN-Organisation verfolge die Diskussionen über einen EU-Einwanderungspakt aufmerksam. Man erwarte, daß das Dokument den „Aufbau eines 'Europas des Asyls' - eines der Ziele des Paktes – fördert“, sagte UNHCR-Sprecherin Jennifer Pagonis in Genf. Ein „Europa des Asyls" könne jedoch nur funktionieren, wenn Menschen, die Schutz suchten, auch tatsächlich europäischen Boden erreichen könnten. Das UNHCR rief die EU-Staaten weiter auf, verstärkt Flüchtlinge bei sich anzusiedeln.

[221] Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterzeichnet v. Antje Hermenau MdL und Fraktion; Dresden, 25.05.2011, Drucksache 5/5921, Seiten 1-4

„Daher gehören eine Niederlassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis mit unbeschränkten Arbeitsmarktzugang und vollem Anspruch auf Integrations- und Sozialleistungen zu den strukturellen Voraussetzungen“. Um Vorbehalte „der Aufnahmegesellschaft“ gegen das Ansiedlungsprogramm zu bekämpfen, sollten Maßnahmen ergriffen werden, die „ein Klima des ‘Willkommenseins’ schaffen“. Mit dem geforderten Ansiedlungsprogramm werde „eine wirtschaftliche Unabhängigkeit zügig erreicht“, von denen langfristig auch die Gesellschaft profitiere.[222]

Die erfolgreiche Ansiedelung weiterer Afrikaner im Rahmen des Resettlement-Programms für München und Nürnberg schildert die Jugend der Grünen (Auszug, Text leicht korrigiert):

„In die Städte, in die sie danach kommen werden, bekommen sie, so wurde uns das berichtet, Wohnungen und Möbel. Die Menschen, die jetzt hierhergekommen sind, sind unglaublich froh, endlich in Sicherheit zu sein. Weg aus der Wüste, (weg) aus den Zelten, und freuen sich endlich wieder, nach teils vielen Jahren, ein normales Leben anfangen zu können.“[223]

Selbst wenn es gelingen sollte, den weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland zu stoppen, was offiziell keinesfalls beabsichtigt ist, auch dann würde der ausländische Bevölkerungsanteil zunehmen: Die Geburtenhäufigkeit bei ausländischen Frauen ist bis zu fünfmal so hoch wie die der deutschen Frauen. Die höchsten Geburtenraten liegen bei Angolanerinnen, Irakerinnen, Frauen ungeklärter Nationalität, sowie bei Frauen aus Pakistan, Zaire, Somalia und Sri Lanka. Auch die Türkinnen haben im Durchschnitt doppelt so viele Kinder wie die deutschen Frauen. Mit der Aufnahme „hilft“ man Afrika nicht, zerstört aber mittelfristig ganz sicherlich die eigene Gemeinschaft. Und genau das ist auch so gewollt.

„Schon seit Jahren werden gezielt Moslems und Schwarzafrikaner in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt durch die etablierten politischen Parteien angesiedelt. Das ganze begann nach Mölln und Solingen. Besonders gezielt wurden Regionen ausgewählt, die früher in behördlichen Umfragen zugunsten der NPD, Rep´s usw. aufgefallen sind. So will man sich seine eigenen Stimmmehrheiten ansiedeln. Das ist in den dortigen Landes- und Kommunalverwaltungen seit Jahren bekannt und allgemeiner, interner Konsenz der etablierten Parteien.“[224]

Ein anderer macht eine ähnliche Entdeckung „Ich bin ein Mensch der eigentlich nicht in Massenaufläufen von Menschen seine Zeit vergeudet. Da ich am Rande Hamburgs wohne, bin ich eher draußen in der Natur, Tiere beobachten oder in philosophischen Gedanken versunken. Aber manchmal muß man eben ins Centrum, manchmal will ich auch. Dabei ist mir in diesem Jahr etwas aufgefallen, denn wenn ich unter Menschen gehe, schaue ich mir alles genau an.

In diesem Jahr viel mir jedoch eine drastische Zunahme an Negern auf. In Billstedter-EKZ laufen einem da schon mal Gruppen von 200 lärmend[225] entgegen. Und es gibt keinen Bus mehr, in dem nicht mindestens einer sitzt, egal wo man ein- und aussteigt. Das viel mir so auf, weil das früher nicht so war, und mit früher meine ich ein Jahr. Seit Bilderberger-Scholz Bürgermeister ist, scheinen alle Schleusen geöffnet worden zu sein. Dann las ich noch, daß z. B. in Sachsen ein Grüner heimlich vor der Berlin-Wahl forderte, 300.000 Afrikaner aufzunehmen. Ist das jetzt etwa klammheimlich durchgeführt worden? Wer kann Ähnliches berichten?“[226] Es erfolgten einige Antworten:

---

[222] JUNGE FREIHEIT, „Grüne wollen 200.000 Afrikaner ansiedeln“, 16.09.2011
[223] GRUENE JUGEND, „Familien jetzt in Deutschland“, 08.09.2012
[224] ‚Untergrundkämpfer‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Dresden soll mit Afrikanern geflutet werden", 29.11.2011
[225] 19.10.2011, Essen-Dellwig (Riphorster Straße). Bei einer Polizeirazzia auf den seit Jahren von Schwarzafrikanern betriebenen Schrottplätzen werden rund 80 Schwarze (!) wegen ausländerrechtliche Verstöße und Umweltvergehen festgenommen, mehrere ergriffen die Flucht. Sie leisteten bei der Festnahme derart massiven Widerstand, daß zwei Polizisten schwer verletzt wurden. Mehr als 13 hielten sich illegal in Deutschland auf.
[226] ‚Adanos‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 20.12.2011

„Natürlich rollte da eine Welle. Dieser Aspekt wurde vor kurzer Zeit schon in mehreren Strängen angesprochen. Vor etwa zwei Wochen war nach etwa einem halben Jahr wieder mal in meinem regionalen IKEA-Laden. Dort ist die Anzahl der beschäftigten Schwarzen von seinerzeit drei auf heute schätzungsweise zehn angestiegen. In nur einem halben Jahr. In den Städten und sogar Städtchen Südwestdeutschlands erreichen die Schwarzen bald die Dichte der (ebenfalls immer weiter zunehmenden) kopftuchtragenden und kinderwagenschiebenden Matronen aus der Türkei. Gefühlt dürfte in Südwestdeutschland etwa jeder dritte Einwohner entweder türkisch-arabisch-maghrebinischer oder aber schwarzafrikanischer Abstammung sein. Auch in den TV-Sendungen wird die Dichte an Schwarzen rapide erhöht. Es ist nur noch grauenvoll, mit welchem Tempo dieses Land unter die Zuwanderer fällt.“[227]

„Ich war seit längerer Zeit mal wieder in München. Auch da ist mir die zunehmende Vernegerung aufgefallen. Selbst in der Provinz - in Hohenlohe - treiben sich immer mehr Schwarze rum. Abscheulich.“[228]

„Naja, dazu wird in 30 Jahren niemand mehr bereit, geschweige denn in der Lage sein. Hier in München sieht man den Verfall im Kleinformat innerhalb weniger Jahre. Du brauchst nur ein paar Negerfamilien im Viertel haben, und schon fangen die Schmierereien an, was das ganze Viertel langfristig in den Ruin zieht. Witzigerweise betreibt die Stadt München einen großflächigen Vermischungsprozeß. Negerfamilien werden in gehobeneren Stadtteilen angesiedelt, solange die Fratzen klein sind, ist ja alles in Ordnung. Aber wehe, die werden geschlechtsreif! Neulich sah ich sogar eine komplett schwarze Fußballmannschaft auf dem Bolzplatz in meinem Viertel.“[229]

„Bei uns ist es ähnlich, aber man gewöhnt sich daran! Vor allem auch gemischte Kinder[230], also die klassische (Kombination) schwarzer Papa, weiße deutsche Mutter, steht hoch im Kurs!
Das heißt aber natürlich meistens, alleinerziehende deutsche Mutter mit zwei farbigen Kindern, denn Papa erzählt schon der nächsten deutschen Frau von dem bunten Sternenhimmel der Liebe in Gambia und Uganda. Die kommenden (dt.) Generationen sind nicht zu beneiden!
Das krasse ist, früher waren es nur die Unterschichten, heute trifft man deutsche Studentin, ein Kind, gemischt, neuer Mann – nun deutscher (weißer) Nerdinformatiker etc.!“[231]

„Eine Straße weiter sind bei uns in Detmold im vergangenen Jahr Schwarze eingezogen. Schrecklich! Man fühlte sich in der Gegend nicht mehr sicher. Immer lungerten in der Gegend irgendwelche kriminellen Gestalten rum, immer tauchten da irgendwelche Frauen auf Drogen auf, mehrmals kam die Polizei. Eines Abends beobachtete ich einen lautstarken Streit zwischen dem Schwarzen und einem Türken. Der Türke wollte Geld haben für irgendwas. Der Schwarze wollte es ihm nicht geben. Daraufhin brach ein Handgemenge zwischen den beiden aus, woraufhin der Türke sich ins Auto setzte und sagte: ‚Dich krieg ich noch, du Negerschwein‘.
Einen Tag später zogen die Schwarzen unerwartet aus. In Tanzlokalen habe ich es auch schon oft erlebt, daß ich von Schwarzen penetrant angemacht wurde. Die sind dabei richtig dreist. Glücklicherweise hat es der Sicherheitsdienst rechtzeitig gesehen, (es) hätte ja wer weiß was passieren können. Die schrecken ja auch vor Vergewaltigungen nicht zurück.“[232]

„Du siehst ganz recht. Auch in den kleinsten und verträumtesten schwäbischen Dörfern (Neckar Gemünd, Ensingen, Backnang) begegnest Du jetzt schon morgens um 7.00 Uhr Neger.“[233]
(Hamburg) - Billstedt? - was erwartest du denn da? Veddel und Wilhelmsburg sind doch auch solche Dreckslöcher. Ich habe 2008 manchmal gedacht, ich wäre in Afrika, wenn ich durch die Innenstadt spazierte.“[234]

---

227 ‚Chronos‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 20.12.2011
228 ‚Andreas63‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 20.12.2011
229 ‚Klopperhorst‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 20.12.2011
230 09.07.2011, Berlin-Lichtenberg. Der 17-jährige Iraker Nazeh S., der 17-jährige Afro-Mischling und Halbkenianer Jafeth S., der 17-jährige Kosovare Etrit C., der 14-jährige Bosniake Dino H. überfallen, treten und prügeln den 30-jährigen Malergesellen Marcel R. ins Koma.
München (Ostbahnhof), 13.02.2012. Ein Schwarzer aus Somalia (17) und ein Afghane (17) sowie ein 18-jähriger Araber aus dem Irak greifen einen 30-Jährigen an. Sie schlagen ihrem deutschen Opfer mit den Fäusten ins Gesicht und nutzen ihre Gürtel, um auf den Mann einzuschlagen.
Hamburg, 03.11.2012. Zwei Schwarz- und ein Nordafrikaner versuchen einen 22-Jährigen zu töten.
Auch diese tribalen Übergriffe sind politisch anzusehen, da es in einem freien und souveränen Staat der Deutschen eine Massenansiedelung fremder Völker nicht gäbe und solche Taten erst gar nicht stattfinden würden. Mischlinge sind als ‚Mehr-Seelen-Menschen‘ambivalent bezüglich ihrer Loyalität und destabilisieren damit Gemeinschaften.
231 ‚Erik der Rote‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 20.12.2011
232 ‚Jasminblüte‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 22.12.2011
233 ‚Registrierter‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 25.12.2011
234 ‚Volkov‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland wird zunehmend schwarz!“, 25.12.2011

Bild 44: Feindseliges System: Deutsche Polizisten, konfrontiert mit aufgebrachten Afrikanern

„Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Seine Einwohnerzahl hat sich seit 1950 vervierfacht. Bis 2100 soll die Bevölkerung von heute 150 auf 730 Millionen ansteigen. Daß das unkontrollierte Bevölkerungswachstum die Aussicht auf ein besseres Leben schmälert, hat Nigeria bereits vor Jahrzehnten selber erkannt. 1988 wurden erste Richtlinien zur Bevölkerungspolitik verabschiedet, die zum Ziel hatten, das Bevölkerungswachstum durch freiwillige Geburtenkontrolle einzudämmen. Die Geburtenrate sollte von 6,4 Kindern pro Frau auf 4 gesenkt werden. Derweil beträgt sie 5,6 Kinder pro Frau. Derzeit beträgt die Bevölkerung Afrikas 1 Milliarde oder 15 Prozent der Weltbevölkerung. Gemäß dem mittleren Szenario der UNO-Bevölkerungs-prognosen leben 2100 3,5 Milliarden Menschen – rund 35 Prozent der Weltbevölkerung – in Afrika.“[235]

Die Berliner Morgenpost schreibt: „Die Situation ist kurz davor zu kippen. Es sind diese kleinen Gesten. Der erhobene Zeigefinger in Richtung seiner Kollegen. Die lauter werdenden Stimmen der Schwarzafrikaner. Die Solidaritätsbekundungen ihrer Landsleute. Die Beamten werden geduzt. Als Rassisten beschimpft. ‚Guck mich nicht so an, Bulle! Guck weg, Mann‘.“[236]

„Seit Tagen herrscht nur noch Mord und Totschlag in dieser Stadt (Berlin)! Bevorzugt ausgeführt von ‚Südländern‘, meist im Rudel auftretend und dann immer auf die Schwächsten der Gesellschaft einschlagend. Auf Betrunkene, Obdachlose, Alte, Behinderte und Kinder! Neulich las ich im Tagesspiegel von einer Drogenrazzia im ‚Görlitzer Park‘, 800 Meter von mir. Heute fuhr ich da mal mit dem Fahrrad durch und konnte es nicht fassen: Nicht fünf oder zehn Afrikaner standen da, wie sonst üblich, sondern Dutzende, vielleicht hundert, die sich um die Ein- und Ausgänge drängelten, Leute anpöbelten und ihre Drogen offerierten. Ein Bild wie in Amsterdam vor 20 Jahren! Einer von ihnen wurde gerade von seinen Kollegen brutal zusammengetreten, aber die zahlreich mit ihren Kindern flanierenden Gutmenschen kuckten einfach woanders hin. Ich weiß nicht, wie lange die sich noch selbst belügen können. Spätestens, wenn sie selbst mal mit eingeschlagenen Zähnen im Krankenhaus aufwachen. Keine Ahnung.“[237]

„Dazu fällt mir ein: In unserer Nähe, also in zwei Dörfern entstehen jetzt Asylantenunterkünfte. Dazu hat sich eine hiesige Pastorin im Lokalradio geäußert. Sie hofft, daß den Asylanten unsere Gegend gefällt und Ihre größte Sorge ist (das hat die Tante echt gesagt), ob den Asylanten unsere Bratwürste doch schmecken werden. …“[238]

„Dieser Staat (EU) muß abgewickelt werden. Die Hotels reißen sich um die Flüchtlinge, weil die öffentliche Hand mehr als das Doppelte bezahlt, wie die Reiseveranstalter. Ähnlich ist es mit den Anwälten. Sie bekommen für die Asylverfahren den mittleren Tarif vom Staat, während in der freien Wirtschaft die Anwälte oft nur den niedrigsten Tarif fordern und selbst dem oft hinterherrennen müssen.“[239]

„Was ich so eben erfahren habe: in meiner kleinen Gemeinde wurde das leerstehende ehemalige Krankenhaus beschlagnahmt. Von der Bezirksregierung. Ab Montag erwarten ‚wir‘ bis zu 600 Zigeuner. Weil Dortmund nicht mehr weiter weiß. …“[240]

„Du hast vollkommen recht. Das alles läuft aber unter dem Stichwort ‚multikulturelle Gesellschaft‘ ab. Wir sollen verschwinden, teils über die biologische Bombe, teils mit Gewalt. Und das Beste ist, wir bezahlen auch noch dafür. Sagenhaft oder? Der zum Tode verurteilte bezahlt seine Henker.“[241]

---

235 Schweizer Fernsehen, „Mündet Afrikas Bevölkerungsexplosion in eine Katastrophe?“, 01.11.2011
236 Berliner Morgenpost, „Kampf der Drogendealer um die Berliner Hasenheide“, 23.05.2008
237 ‚Heifüsch‘, POLITIKFOREN.NET, „Ausländerkriminalität in Deutschland – Sammelstrang“, 15.10.2012
238 ‚Langwitsch‘, POLITIKFOREN.NET, „Italien: Nigerianer protestieren gegen menschenunwürdige Unterbringung“, 19.10.2012
239 ‚Libero‘, POLITIKFOREN.NET, „Italien: …“, 19.10.2012
240 ‚Geronimo‘, POLITIKFOREN.NET, „Italien: …“, 19.10.2012
241 ‚Alfred‘, POLITIKFOREN.NET, „Italien: …“, 19.10.2012

Bild 45: ‚Flüchtlinge' in Bayern. Der ehem. Anwärter für den EU-Kommissar (Inneres und Justiz), Prof. Dr. Rocco Buttiglione bezüglich der Masseneinwanderung: Auch „wirtschaftliche Motive (seien) legitime Asylgründe". Wenn die Afrikaner „wegen Naturkatastrophen oder dauerhafter Dürre fliehen (Südsahara), … sollten *wir* bereit sein, die Vertriebenen in Europa aufzunehmen"[242]

Heinrich Lummer schreibt bezüglich der Grünen: „Den Grünen waren die Ausländer im allgemeinen und die Asylbewerber im besonderen immer viel lieber und wichtiger, als die eigenen Landsleute. … In ihrem Beschluß[243] sprachen sie sich gegen „jede Änderung des in Artikel 16 verankerten Grundrechts auf politisches Asyl" aus. Sie traten zugleich für eine „Erweiterung des Fluchtbegriffes" ein. Sie forderten die Anerkennung der Bundesrepublik als „Einwanderungsland" und die soziale und rechtliche Gleichstellung der in Deutschland lebenden Migraten. … Solche Forderungen wurden damit begründet, daß die Bundesrepublik und die anderen Industriestaaten maßgeblich für die Fluchtgründe verantwortlich seien: „Deutsche Waffen machen Kriege anderswo erst möglich, Regimes, die Menschenrechte mit Füßen treten, werden unterstützt, und die BRD profitiert einer ungerechten, ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung. Unser Wohlstand hier beruht auf Hunger und Armut anderswo!"
Dagegen kann man natürlich nicht viel sagen, sondern nur demütig verstummen. Daß die Grünen und Alternativen zum deutschen Wohlstand nicht viel beigetragen haben, ist klar. Sie haben allenfalls davon profitiert, Offenbar begriffen die Grünen nicht, daß der deutsche Wohlstand Ende des 19. Jahrhunderts begründet wurde, zu einer Zeit, da wir weder Asylbewerber kannten, noch Flüchtlinge oder Einwanderer, sondern allenfalls Deutsche, die auswanderten. [17, Seite 31, 32]
Die einzige Einschränkung, die man bezüglich des Textes Lummers machen könnte, ist, daß die Grünen lediglich Teil des allgemeinen Zuwanderungskartells sind. Die Deutschen hätten unter einer CDU/CSU Herrschaft genausoviele Ausländer aufnehmen müssen, und das selbst dann, wenn sich alle Deutschen zu 100 Prozent gegen jegliche Einwanderung aussprächen. Die Einwanderung dient ausschließlich der Zerstörung der Völker, was man verinnerlichen sollte.
1986 schreibt man: „Es werden in Europa keine Katastrophen entstehen, wenn hundert oder zweihundert Millionen Afrikaner oder Asiaten in Europa einwandern. Dieser Kontinent kann sie reichlich ernähren, und sie haben einen Anspruch darauf, weil hier die Früchte ihrer Arbeit gehortet und verzehrt werden. Solange der nordische Mensch Angst vor einem bunt gemischten Europa hat, solange er Angst vor Flüchtlingen hat, die sich zu den (seinen) ‚Fleischtöpfen' hinbewegen, solange verdient er keinen Frieden."[244] [16, Seite 44, 45]

[242] Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, „Ich bin für Asyl aus wirtschaftlichen Motiven", 29.08.2004, Nr. 35, S. 9
[243] Beschluß der 14. Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen, Berlin, 16.05.1992
[244] DIE BRÜCKE, Ausg.-Nr. 33/1986, Seite 5

Reutlingen setzt auf Zuwanderung

„Sag mal ich weiß doch wie Deutschland vor 10 Jahren aussah und wie es vor 20 Jahren aussah. …
Vor 20 Jahren (1992), …, bin ich durch die Straßen gelaufen und bin noch in einem ganz anderen Deutschland aufgewachsen. Musels gab es zwar, aber nicht annähernd so viele, wie heute. Neger, sowie Asiaten, gab es gar keine. Ich habe zumindest keine gesehen.“[245]
„In meiner Stadt leben 10.000 Neger, die von der grünen Fraktion im Stadtrat importiert wurden, vor allem aus der Elfenbeinküste. Nur Türken sind hier mehr als Neger.
BW und Hessen sind das schwarze Herz Deutschlands, dort sind sogar schon die Dörfer und Kreisstädte ‚zersiedelt‘.“[246]
Von offizieller Seite klingt das dann so: „In Reutlingen leben Menschen aus über 120 Ländern, ca. 15% der Reutlinger Bevölkerung hat einen ausländischen Paß. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung und Herausforderung für unsere Stadt.“[247]
„Es sind vermutlich nicht ganz 10.000, denn die Zahl bezieht sich auf den Landkreis, allerdings leben im Umland von Reutlingen kaum welche, denn das besteht aus abgelegenen Dörfern wo hauptsächlich mittelständische Deutsche leben, die sich ein eigenes Haus leisten können, während Reutlingen selbst ein Proletenloch ist. Es sind dann wohl so um die 8.000 in Reutlingen selbst (geschätzt), in der Mehrzahl Eingebürgerte und Asylanten und es werden immer mehr, weil wir sie im wahrsten Sinne des Wortes importieren. Es gibt hier eine Abgeordnete der Grünen (Sabine Groß), die für die Partnerstadt in der Elfenbeinküste (Bouaké) verantwortlich ist, sie organisiert Reisen nach Reutlingen für die Neger dort. Weil die meisten, die dort leben, sich den Flug nicht leisten können, hat sie im Stadtrat durchgebracht, daß die Tickets aus der Stadtkasse gezahlt werden. Jedenfalls bleiben bei jedem „Besuch" oder „Austausch" im Schnitt 50% der Reisegruppe hier, besagte Abgeordnete bringt sie her, um Asyl für sie zu erwirken, was sie auch schafft. Erst vor einigen Wochen hat sie vor Gericht Asyl für 50 Neger erwirkt, die nun in Reutlingen leben. In Reutlingen findet die Umvolkung sehr organisiert statt, man nimmt nicht nur jeden auf, man holt die Afrikaner (aktiv) extra rein.“[248]
„Eine der besonderen Krankheiten der Nachkriegsdeutschen ist es, daß man als deutscher Bürger der Besatzerrepublik plötzlich meint begründen zu müssen, weshalb man keine Ausländer mögen will. Der grundsätzliche Gedanke, daß man als Angehöriger eines Volkes nicht jeden Fremden, aus welchen Gründen auch immer, stets und ständig zwanghaft willkommen heißen muß, der ist den Deutschen so dauerhaft aberzogen worden, daß sie selbst nicht einmal wissen, daß sie ein Recht auf Identität haben.“[249]
Ein anderer ergänzt: „… hier bei uns (in Thüringen) ist es zwar nicht so überfüllt mit denen, aber es gibt sie. Aber halt alles kontrollierbar und überschaubar. Noch! Wenn es nach den Wunsch der thüringischen und sächsischen Grünen geht, sollen nach Thüringen und Sachsen je 200.000 Neger kommen! Das berichtete MDR Radio Thüringen vor einigen Monaten. Ich dachte ich hör‘ nicht richtig. Begründet wird das ganze mit der Demographie.“[250]
Ich lebe gerade auf dem Land. Tiefste westdeutsche Pampa. Ich sitze schön am Fenster, als ein Auto mit lauthals türkischer Musik vorbeifährt. Ehrlich, es gibt keinen Platz mehr in Deutschland, wo sie nicht sind. … Und selbst das hinterletzte Kaff ist schon überfremdet. … Ich ziehe bald mal nach Ost-Deutschland, bzw. Mitteldeutschland, schon richtig. Möchte mal erfahren wie es ist, als Deutscher in Deutschland zu leben.“[251]

---

245 ‚Corpus Delicti’, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012
246 ‚Gryphus’, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012
247 Stadt Reutlingen (HOMEPAGE), Rubrik: „Ausländer, Integration und Migration“, eingesehen am 08.07.2012
248 ‚Gryphus’, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012
249 ‚Felix Krull’, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012
250 ‚Volkov‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012
251 ‚Bodenheim’, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!“, 08.07.2012

„Vor 10 Jahren gab es in Bielefeld so gut wie keine Neger, mittlerweile kann man sich im Innenstadtbereich keine 10 Minuten bewegen ohne nicht mindestens 25 – 30 Stück gezählt zu haben. Wo kommen die alle her, wenn unser Asylrecht (das man schleunigst abschaffen sollte) doch die „sichere Drittstaatenregelung" kennt?"[252]

„Ohne NWO-Weltmachtspläne gäbe es noch immer souveräne Staaten, die von sich aus nicht im Traum auf diese krankhafte, idiotische, völlig sinnlose Einwanderungspolitik gekommen wären. Infolgedessen wären wir ohne die NWO frei von Musels und Negern. Und somit auch frei von überbordender Kriminalität[253] und Krankenkassenfinanzdefiziten. Bei uns hier im bisher friedlichen, ländlichen Raum (Kreis Hohenlohe/Franken) werden in den letzten Jahren

Bild 46: Anormal: Schwarzafrikaner im mecklenburgischen Parchim

auffallend viele erkennbar nicht arbeitnehmende Neger angesiedelt. Noch lungern sie nur gelangweilt auf Parkbänken herum oder schlendern die Straßen auf und ab. Aber wehe, wenn sie erst mal die kritische Masse erreicht haben!"[254]

Gerd Schmalbrock schreibt zum Thema der Vermischung: „Der Denkfehler beginnt bereits mit dem Ausdruck Rassenvermischung. Die Rassen gehen keine dauernde Mischung ein, so, als entstünde etwas gänzlich Neues. Es gibt nur Zwischenstufen, die überwunden werden, sobald sich die stärkere Rasse (generativ) durchsetzt. Biologisch gesehen ist die europäische Rasse der nigriden unterlegen. In der sechsten Generation nach der Heirat eines Weißen mit einer Negerin gibt es unter sechszehn Nachkommen ein bis zwei Mischlinge und und ein bis höchstens zwei Weiße." [32, Seite 28]

Bei anhaltender Vermischung verschwindet die helle Gruppe. Den „Genoizid der kleinen Schritte", den viele Deutsche ihrem Volk und natürlich der eigenen Familie letztendig antun, bestätigt hier ein schwarzafrikanischer Drogendealer: „Mir ist im Zusammenhang mit Afrikanern mal etwas ganz Außerordentliches passiert. … Ich steige in die Straßenbahn und sehe, wie kurz vor mir ein Afrikaner – einem Junkie Drogen verkaufte. Ich schaute ihm direkt in die Augen und sagte: „Was tun Sie da"? Augenblicklich wurde er rasend vor Zorn und schrie mich in einer Art und Weise an, die ich – was die Vulgarität der Worte betrifft – so noch nicht gehört hatte, die Gesten waren sehr bedrohlich und sollten mich scheinbar einschüchtern. Ich gebe die Worte wieder, so, wie ich sie gehört und in Erinnerung habe, … „Was willst du weiße Fxxxx eigentlich? Ich bin jetzt hier und ich tue was ich will." … Er bekam buchstäblich Schaum vor dem Mund und seine Stimme überschlug sich. Dann triumphierte er: „Ihr Deutschen seid so dreckig und (eure) Weiber sind so doof. Ich habe drei Fxxxxx – er lachte mit sich überschlagender Stimme – drei Huren, die ich alle gefxxxx habe und ich habe 4 Bastarde. Und ich mache noch viel mehr. Wir kriegen euch, und wenn wir Deutschland zu (Tode) fxxxxx und nur noch Bastarde rumlaufen." … Das Gefühl, was sie ganz oft treibt, wenn es um Kinder geht: Sie wollen ihre Erbinformationen in den Kindern hinterlassen und glauben, sich so an den Weißen zu rächen. Der Mann, der mir begegnet war, war sehr böse. Und er hat sehr unverblümt gesagt, wie er sich ‚rächt'. Und er hat es wörtlich so gemeint."[255]

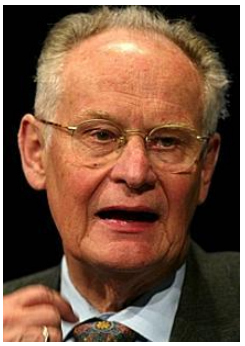
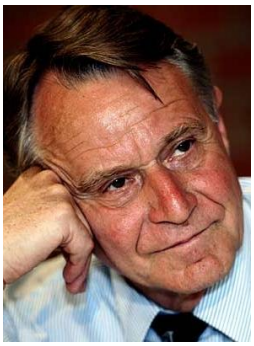
---

[252] ‚almighurt', Beitrag auf FAKTEN – FIKTIONEN, „Wer nach Stuttgart reist, reist ins Ausland", 28.06.2011

[253] 12.05.2008, Hamburg. Der 20-jährige Jamaikaner Leon M. und Drogendealer ersticht den 26-jährigen Tischler Kim und schneidet dessen 27-jährigen Bruder Danny ein Stück seiner Nase ab. Er wird zu vier Jahren Haft verurteilt.
07.11.2008, Waldbröl bei Bonn. Vor den Augen seines zwei-jährigen Sohnes ersticht der 24-jährige Schwarzafrikaner Mouchtar S. aus Guinea seine 47-jährige Ehefrau Karin mit 26 Messerstichen. Diese hatte sich trennen wollen, ihm drohte die Abschiebung.
19.05.2011, Berlin. Der illegal in Berlin lebende Senegalese und Drogendealer, Oumar G. (29), sticht elfmal auf die Französin Pilar Valadie (27) ein, schneidet ihr die Kehle durch, entwendet ihr Handy und ein paar Euro.
Die Leiche wirft er in den Berliner Landwehrkanal.
21.05.2012, München. Der 28-jährige Schwarzafrikaner Hakim F. aus Burundi ersticht seine deutsche Ex-Ehefrau.

[254] ‚ErhardWittek', POLITIKFOREN.NET, in: „Tottenham/GB – brennt, Rassenunruhen wieder aufgeflammt", 08.08.2011

[255] ‚Scharada', Beitrag auf 1001Geschichte.de, in: „Schwanger vom Nigerianer – ganz anders als gewollt", 23.07.2011

Oft hört man, Deutschland würde die Einwanderer brauchen, denn durch das Geburtendefizit im eigenen Lande werde es für unsere Kinder und Enkel immer schwieriger, die Renten für die zunehmende Zahl der Alten zu verdienen. Im Jahre 2000 würde die Wirtschaft pro Jahr etwa 300.000 Immigranten brauchen, meinte der Vorsitzende der SPD-Bundesfraktion Hans-Ulrich Klose (SPD, †) in der Süddeutschen Zeitung vom 25. Mai 1993. *„Nur so können in Zukunft Flüchtlingsströme gesteuert, genügend Arbeitskräfte rekrutiert und die Probleme der Rentenversicherung gelöst werden."*
Da in den nordafrikanischen Staaten die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre sei und dort unmöglich alle Arbeit finden könnten, würden wir ihnen und uns Gutes tun, wenn wir sie bei uns aufnähmen, so Klose. 300.000 einwandernde Arbeitskräfte pro Jahr, dazu kämen dann wohl noch Familienangehörige im Rahmen der Familienzusammenführung – wie soll ein Land dies verkraften? [7, Seite 185]
Problematisch wird es doch, wenn, wie Klose sagt, zum Beispiel 300.000 Einwanderer aus Afrika kämen. Das würde auch eine biologische, anthropologische Veränderung Deutschlands herbeiführen. [8, Seite 197]
Peter Glotz[256] (SPD, †), der meint, das „reiche Westeuropa" könne und dürfe sich nicht gegen Einwanderer aus der Dritten Welt abschotten, zieht die Möglichkeit einer Afrikanisierung und Islamisierung als Folge in Betracht. Das sei gewiß nicht problemlos: *„Eine multiethnische Gesellschaft kann nicht auf der naiven Hoffnung aufgebaut werden, daß die deutsche Arbeiterschaft Hammelfleisch lieben lernt und die französische Bourgeoisie sich für die Kultur des Maghreb begeistert."* – Schwer verständlich, daß er dennoch für dieses risikoreiche (Menschen-) Experiment eintritt. [7, Seite 158, 159]
Sieht man davon ab, daß den sogenannten europäischen Eliten das Leben und Überleben der eigenen Völker bestenfalls gleichgültig ist, so muß die Energie, die sie für fremde Gruppen aufbringen, doch erstaunen. Jürgen Micksch schreibt in seinem Buch „Vielfalt statt Einfalt":
„Der Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im eigenen Denken und in der Gesellschaft gehört zu den großen Herausforderungen in Europa. Es ist daher zu begrüßen, daß der Rat der Europäischen Union das Jahr 1997 zum Europäischen Jahr gegen Rassismus erklärt hat. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können überwunden werden. Wo die Demokratie und die Menschenrechte weiter entwickelt und die europäische Zusammenarbeit verbessert werden sollen, da müssen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abgebaut werden. Als Ende Januar 1989 die Republikaner mit über 7% der Stimmen in das Berliner Abgeordnetenhaus einzogen, da hat mich das so schockiert, daß ich die Broschüre „Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt" herausgegeben habe. …
Obgleich es inzwischen weit über 150.000 schwarze Deutsche gibt, die überwiegend in der Nachkriegszeit (Besatzerkinder) geboren wurden und inzwischen eigene Kinder haben, versteht sich die Bundesrepublik immer noch ganz selbstverständlich als „weiße" Gesellschaft. Schwarze Deutsche müssen sich ständig mit dem Vorurteil auseinandersetzen, daß sie eigentlich nicht hierher gehören. (Es erfolgen einige Erlebnisberichte von Diskriminierungen) … (Und) während in Großbritannien mehrere Millionen Schwarze in solchen Ängsten leben, sind es in der Bundesrepublik einige 100.000 – aber Zahlen sind hier nicht entscheidend. Die Würde von Schwarzen wird verletzt. … Falsche Antworten sind es, wenn die traditionellen Parteien die rassistischen und fremdenfeindlichen Parolen übernehmen. Ein Beispiel für solch einen Versuch ist das geistige Konzept, das hinter dem Entwurf für eine Reform des Ausländergesetzesstands, der im Bundesinnenministerium erarbeitet und 1988 (ab S. 23) bekannt wurde.
Dort gab es folgende grundlegende Aussage: Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang Ausländern der dauernde Aufenthalt im Bundesgebiet ermöglicht werden soll, hängt überdies nicht allein von der faktischen Möglichkeit einer dauerhaften Integration (Verschmelzung) von Ausländern ab. Es geht im Kern nicht um ein ökonomisches Problem, sondern um ein gesellschaftspolitisches Problem und die Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik

[256] Glotz, Peter (1991): Das multikulturelle Europa und die nationalen Aufbrüche; In: J. Miksch (Hrsg.): „Deutschland-Einheit in kultureller Vielfalt", Frankfurt/M: (O. Lembeck), S. 33-39

Deutschland als eines deutschen Staates. Eine fortlaufende, nur von der jeweiligen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktlage abhängige Zuwanderung von Ausländern würde die Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändern. Sie bedeutete den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird. Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlöre ihre einigende und prägende Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und nach zu einem multinationalen (multirassischen) und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln, das auf Dauer mit den entsprechenden Minderheitenproblemen belastet wäre. Schon im Interesse der Bewahrung des inneren Friedens, vornehmlich aber im nationalen Interesse muß einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz begegnet werden…'

Wie soll das Zusammenleben mit über 300.000 Schwarzen in der Bundesrepublik aussehen, wenn gedanklich vom Konzept der Homogenität der deutschen Nation ausgegangen wird?

Mit ihnen kann bei solch einem Konzept genau so wenig zusammengelebt werden, wie mit Vietnamesen, Roma und Juden. Deshalb muß sich am Selbstverständnis vieler Deutscher etwas ändern, wenn sie ein Zusammenleben mit diesen Gruppierungen akzeptieren sollen. … hier (ist) ein Umdenken in der Bevölkerung erforderlich, das organisiert und durch verschiedene Instrumentarien unterstützt werden muß. Dieser Politikbereich ist bislang vernachlässigt worden. Ansätze dazu gibt es bei Politikern in allen demokratischen Parteien. Gelingen solche Neuansätze nicht, sind immer wieder Rückfälle in Abgrenzungen gegenüber ethnischen Minderheiten und gegenüber dem Ausland und eine Verstärkung fremdenfeindlicher Einstellungen die Folge, die den sozialen Frieden gefährden. In ähnlichem Sinn hat dies der Club of Rome in seinem Bericht „Globale Revolution" aus dem Jahre 1991 zusammengefaßt:[257]

„Anderseits ist klar, daß keine Maßnahme die Einwanderungsbewegung wirkungsvoll stoppen wird. Dies könnte zu einer deutlichen Verschärfung des defensiven Rassismus in den Zielländern führen und bei allgemeinen Wahlen rechtsgerichteten Diktatoren zur Macht verhelfen. Dazu darf es nicht kommen. Deshalb kommt es nicht nur darauf an, die Entwicklungshilfe für die armen Länder zu erhöhen; ebenso wichtig ist es, die Bevölkerung der reichen Länder darauf vorzubereiten, diese Tatsache zu akzeptieren."

Einen bezeichnenden Grundsatzartikel schrieb der Christdemokrat und Politologe Dieter Oberndörfer vom Arnold-Bergsträsser-Institut in Freiburg in der *Zeit* vom 13.11.1987. Er sprach sich darin für „*eine aktive Immigrationspolitik*" und gegen die *„konstruierten Mythen einer nationalen, in die Gegenwart einmündenden Geschichte"* aus. Für ihn „bedarf das Recht auf Einwanderung, Einbürgerung oder Gewährleistung von politischem Asyl keiner eigenen verfassungsrechtlichen Begründung" mehr, sondern ist in der weltbürgerlichen Orientierung der Bundesrepublik, in der „republikanischen Weltordnung", bereits angelegt. Denn die Völker seien nur die bedauerliche Folge einer „durch den Nationalismus bedingten urzeitlichen tribalistischen provinziellen Aufsplitterung der Menschheit". Es müsse der „Nationalismus, der die Menschheit in Völker auseinanderdividierte, nicht nur durch theoretische, sondern durch praktizierte Menschlichkeit überwunden" werden. Und er forderte: „Die allmähliche Umwandlung der Bundesrepublik von einem „völkisch homogenen" Staat in ein Einwanderungsland muß als mögliche Bereicherung[258] wahrgenommen und nicht von vornherein als Belastung abgewertet werden." Oberndörfer weiter: „Durch eine Einwanderungspraxis, in der die Republik als Fluchtburg von Freiheit, Recht und besseren Lebenschancen erfahren wird, gewinnt die Republik neue und überzeugte Patrioten.[259] Zugleich würden durch eine großzügige Einwanderungs- und Asylpolitik auch Barrieren gegen die Einigung Europas abgebaut."

Die BRD-OMF lockt und viele folgen den Sirenen. Tilmann Kleinjung berichtet aus Hamburg:

„So klagt zum Beispiel Amin aus Somalia: ‚Die italienische Regierung kümmert sich nicht um uns. Es ist ihr egal, ob wir sterben oder nicht. Wenn man in ein anderes Land (wie Deutschland) geht, da wird man anerkannt, bekommt Papiere, ein Haus, Geld - hier nicht.'"[260]

---

[257] Jürgen Micksch, „Vielfalt statt Einfalt – Strategien gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", Frankfurt, 1997, Textauszüge entnommen den Seiten 5, 9, 10, 13, 14, 16 und 32

[258] Hamburg-Wandsbek - 21.10.2006, Die 21-jährige Geschädigte hielt sich im Kreuzungsbereich Wandsbeker Marktstraße/Wandsbeker Allee auf. Plötzlich ergriff ein unbekannter Schwarzafrikaner die junge Frau von hinten und hielt ihr den Mund zu. Der Täter zerrte sie in einen dunklen Pkw-Kombi mit abgedunkelten Heckscheiben, in dem noch zwei weitere Schwarzafrikaner saßen. Anschließend fuhr der Fahrer auf dem Ring 2 in Richtung Hmb.-Horn. Auf einem Spielplatzgelände in Höhe der Manshardtstraße wurde die Frau von dem Unbekannten vergewaltigt.

[259] Patriot (frz. Aus grch.) der, Vaterlandsfreund, patriotisch, vaterländisch. Der Patriotismus, -, Vaterlandsliebe

[260] TAGESSCHAU.DE, „Italiens Umgang mit Flüchtlingen – 500 Euro und viele Fragen", 29.05.2013

Bild 47: 03.08.2011, Henningsdorf, Kreis Oberhavel (Brandenburg). Protest für Barauszahlungen

Die Kommision der EU beschäftigte sich mit der Ausarbeitung einer umfassenden, übergeordneten Migrationspolitik. Obwohl in ihr auch die Abwehr sog. „illegalen Einwanderung“ thematisiert wird ist die Grundhaltung des Berichtes nicht getragen von der Auffassung, die europäischen Völker vor fremder Massenzuwanderung zu schützen, sondern die Menschen ‚ordnungsgemäß‘ nach Europa herzugeleiten, anzusiedeln und einzugliedern (womit sich der moderne Kinderwagen, Kleidung etc. etc. erklären würde). Dort heißt es:

„Im letzten Juli (2006) trafen auf einer Ministerkonferenz zum Thema Migration und Entwicklung in Rabat die Vertreter von rund 60 Ländern zusammen, durch die die west- und zentralafrikanischen Migrationsrouten verlaufen. … Regionale Netzwerke von Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen werden an den Hauptmigrationsrouten, die quer durch Afrika verlaufen, aufgebaut. … Ebenfalls erfolgreich war auf regionaler Ebene die Konferenz in Rabat, die Hindernisse für Maßnahmen aus dem Weg geräumt hat, die auf bestimmte Migrationsrouten zugeschnitten sind. … Kontakte zwischen der EU und ostafrikanischen Staaten sollten ebenfalls weiter gefördert werden, um eine konkrete Zusammenarbeit entlang der ostafrikanischen Migrationsrouten auf den Weg zu bringen. … Weitere wichtige afrikanische Länder, u. a. Äthiopien, Ghana, Kamerun und Nigeria, werden 2007 folgen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe EU-ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten) zum Thema Migration soll erstmals 2007 zusammentreffen. Wichtige Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten werden in ENP-Ländern ergriffen, die insbesondere zweierlei betreffen: Grenzschutz und –verwaltung und institutionelle Unterstützung, um die Aufnahme von Migranten zu verbessern, sowie der Schutz der Rechte von Migranten.“[261]

Asylsuchende und Flüchtlinge aus Afrika sind ein verhältnismäßig neues Phänomen. Bei konsequenter Verneinung wäre es möglicherweise auch nie zu einem Problem geworden.

Lummer führt eine Statistik auf, die über einen Zeitraum u.a. folgenden Einblick gewährt:

Im Jahre 1980 betrug die Zahl der Asylsuchenden aus Nigeria (0), aus dem Kongo (26) und aus Ghana (2.768) Personen. Zehn Jahre später, 1990 bzw. 1992, betrugen die Zahlen, in selbiger Reihenfolge: (5.399 / 10.486), (1.389 / 8.305) und (3.786 / 6.994). [17, Seite 231]

[261] MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, 52006DC0735/ KOM(2006) 735, Brüssel, 30.11.2006

„Gestern war ich mehrere Stunden in meinem ‚Ghetto' Stadtteil einer deutschen Großstadt unterwegs und ich habe dutzende Neger gesehen, die vor einem Jahr noch nicht da waren. Viele dieser Neger waren Mütter mit weiteren Negerkindern. Sofort mußte ich an die Grünen denken, die gerade planen über 200.0000 Neger nach Deutschland zu holen."[262]

Bild 48: Aggressiver Tribalismus - Neger in Mönchengladbach[263]

„Den gleichen Eindruck habe ich auch. Noch vor ein paar Jahren waren afrikanische Neger bei uns in der Pfalz echte Exoten. Jetzt sieht man sie überall. Besonders in Ludwigshafen / Rhein wimmelt es von ihnen. Wo kommen die denn alle her? So langsam fange an, ich einen Masterplan für möglich zu halten, der die Zerschlagung der abendländischen Zivilisation und die Vernichtung der weißen Rasse zum Ziele hat. Natürlich machen Politiker Fehler, aber so viel Dummheit auf einem Haufen und so viel selbstzerstörerisches Handeln kann doch kein Zufall sein. Dazu paßt auch gut, die gestrige Zustimmung des Bundestages zum Rettungsschirm, und die Bekanntgabe, daß von Guttenberg ein amerikanischer Maulwulf ist (Mitarbeit beim Think Tank „Center for Strategic and International Studies" CSIS). Ich würde gerne wissen, wieviele von diesen Leuten bei uns in Schlüsselpositionen sitzen?"[264]

„Das mit der Vernegerung ist wirklich auffallend. Als ich vor 10 Jahren in Dublin war, fiel mir auf, daß es dort viele Neger gab. Zumindest glaubte ich, es seien viele. Ich bin dann erst im weiteren Verlauf meiner Reise nach London gekommen, wo ich dann gesehen habe, was wirklich viele Neger sind. Nun stelle ich fest, daß in meiner Kleinstadt heute mehr Neger rumlaufen, als damals in Dublin. Interessant auch der Kommentar eines Dubliners damals:
‚Bis vor fünf Jahren gab es in ganz Dublin keinen Neger.' War wohl mehr so eine gefühlsmäßige Aussage von ihm, aber es ist dasselbe Phänomen. Wenn sie kommen, kommen sie reichlich und schnell. Das mit den Arbeitskräften ist absoluter Schwachsinn, wenn man weiß was diese Leute so an Krankheiten mit sich rumschleppen, ist es schon schlicht und einfach ein Verbrechen, sie ins Land zu lassen. Ich schrieb in einem anderen Beitrag schon einmal, daß viele Leute, angesprochen auf die Vernegerung sagen, daß Länder wie England und Frankreich halt Kolonien hatten. Es ist schlimm, als wenn aus dem ehem. Besitz von Kolonien eine Vernegerung des Mutterlandes zwingend wäre. Die Leute erkennen bei der heutigen Politik leider viel zu oft nicht, daß Politik GEMACHT wird und nicht einfach PASSIERT."[265]

„Ja das stimmt. Das ist mir auch aufgefallen, daß sich viele Negerfrauen hier aufhalten. Ich fahre am Wochenende viel Zug, wobei ich auch in wirklich abgelegene Orte in der Pfalz komme. An fast jedem Bahnhof steigt eine Negerin ein. Das können doch nicht alles französische Staatsbürger sein. Warum sollten sie, die bestimmt auch in Frankreich sozial gut versorgt sind, sich den Streß machen, nach Deutschland umzuziehen?"[266]

„Ich schreibe mal hier, weil mich das ganze Antwortgedöns nervt, weiter über die gefühlte Negerinvasion. Seit einigen Monaten habe ich das Gefühl gehabt, ich werde durch das bloggen irre. Ich habe überall, wirklich ÜBERALL Neger gesehen. Moslems, Kopftuchfrauen, Vollschleier und traditionell islamische Kluft bei Männern schrecken bei uns keine Oma mit Krückstock mehr auf. Aber Schwarze hatten wir hier nie. Das ist 'ne richtige Invasion. Ich hab schon gedacht, ich drehe durch und sehe überall Neger, wo gar keine sind. Und tatsächlich: Es sind auffallend viele Frauen mit kleinen Kindern, nagelneuen Kinderwagen und Klamotten, viele geschminkt und zurechtgemacht wie ‚Professionelle.' … Wir hatten uns ja auf schwarzafrikanische Realitäten eingestellt, aber wir haben eine Invasion junger Männer erwartet! Also ist die Frage:
Wo kommen die her - doch sehr berechtigt."[267]

---

[262] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Kommentar von ‚Bioreactor' - 30.11.2011
[263] Der gewaltsame Tod des Kongolesen David Musumbuku (21, Täter: Türke, 20) führt zu Gewalttätigkeiten hunderter Schwarzafrikaner in Mönchengladbach. Anders als in Potsdam kommt es zu keiner republikweiten Medien-Kampagne. Westdeutsche Zeitung, „Trauer um David M. - Beerdigung, dann Straßenschlacht", 03.06.2011
[264] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Beitrag von ‚Mike' - 30.11.2011
[265] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Beitrag von ‚nino' - 30.11.2011
[266] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Beitrag von ‚Mike' - 30.11.2011
[267] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Beitrag von ‚Kairos' - 30.11.2011

Doch, das könnte sein! Aber das Merkwürdige ist, daß es niemand weiß. Von den 50 Millionen „Fachkräften“ wissen wir doch nur aus einer englischen Zeitung. (Ich glaube das, aber hat uns das auch nur ein Politiker mitgeteilt? Wurde darüber im Bundestag debattiert?) Dann kursierte mal etwas von einem Job-Center in Mali. Dasselbe Spielchen. Wie viele Malinesen kommen von da? Sagt uns das einer? Fühlt sich irgendeiner von dem Polit-Gesindel genötigt, zu sagen, wann von wo wie viele „Fachkräfte“ einreisen? Irgendwie kommen die aber nicht alle „einfach so“ und ohne das der Staat es ‚merkt‘.

Bild 49: ‚Asylanten‘ im sächsischen Chemnitz[268]

Mir fällt so stark auf, daß diese Negerfrauen nagelneue Kinderwagen, nagelneue Babyklamotten und Plüschtiere haben. Das haben die doch nicht selber bezahlt! Das haben die doch von irgendeinem Amt! Worum es mir geht, ist die Dreistigkeit, mit der das mittlerweile abläuft. Während in den 60er Jahren noch klar war, daß man so und so viele türkische Gastarbeiter offiziell holt, ist das nicht mehr so. Es wird mehr und mehr so getan, als ob das entweder gar nicht stattfände: „Einwanderungszahlen gehen zurück“- „Wir sind leider unattraktiv für viele Einwanderer und müssen aufpassen, daß wir den Kampf um die besten Köpfe nicht verlieren“ – die Abschiebung von 20 Zigeunern wird zum Politikum und öffentlich diskutiert etc. Oder als ob man da nichts machen kann. Diejenigen, die dann sichtbar trotzdem da sind, die „bilden wir Paranoiden uns ein“ oder die sind eben einfach da. Punkt. Was geht uns das an, wieso? Wer so etwas überhaupt fragt, ist schon ein ausländerhassender Nazirassist. So wird der Eindruck geschaffen, daß die Überflutung mit Drittweltlern „unvermeidlich“ ist. In Wirklichkeit ist sie das natürlich nicht. Das wäre sie noch nicht einmal dann, wenn wir noch weniger Kinder bekommen würden und die Neger noch mehr. Aber der Eindruck entsteht und sehr viele Leute haben das auch geschluckt. Sie sehen die Masseneinwanderung und die Überfremdung nicht als eine politische Handlung (wie es bei den Gastarbeitern noch gesehen wurde), sondern als Naturphänomen. Das ist so verrückt.“[269]

„Ein sehr guter und vor allem wahrer Artikel. Wenn man ein wenig beobachtet kann man das Verhalten nicht nur bei afrikanischen und amerikanischen Negern feststellen, sondern auch bei europäisch/deutschen Negern. Darüber hinaus fällt mir persönlich immer mehr auf, wie die deutsche Gesellschaft im Allgemeinen, und die Jugend im Besonderen immer mehr „vernegert“. Es sind genau die gleichen Phänomene[270] die im Artikel beschrieben werden.

Kurzfristiges Denken[271], Egoismus, Gewaltbereitschaft (plus der Unfähigkeit, darin etwas Schlechtes zu sehen), Emphatielosigkeit (mangelndes Mitgefühl), Promiskuität (natürlich ohne Kondom, was dann den teilweise noch den Effekt der Rassenmischung zur Folge hat), die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. … Eines der offensichtlichsten Zeichen der „Vernegererung“ Deutschlands ist die Vermüllung, selbst an den entlegensten Orten. Ich lebe in Rheinland-Pfalz, in einer Gegend in der es noch sehr viele zusammenhängende Waldgebiete gibt. Wer wie ich gerne im Wald spazieren geht, wird mir sicher zustimmen, daß man seit Jahren, im tiefsten Wald, abseits der Wege und Pfade, nahezu kein unvermülltes Stück Wald mehr findet. Noch sichtbarer ist es natürlich in den Städten.“[272]

---

[268] 13.04.2011, Chemnitz (Sachsen). Ein 19-jähriger Tunesier erschlägt den 50-jährigen Zuhälter Matthias B. mit einem Baseballschläger.

[269] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken“, Kommentar von osimandia - 30.09. 2011

[270] 17.04.2011, Kehl. Eine 37-jährige Mutter von drei Kindern wird von einem 30-jährigen Afrikaner mit einem Gegenstand getötet und in ihrer Wohnung zurückgelassen.
21.05.2011, Wiesbaden. Der 19-jährige Denny G. wird von einem 22-jährigen, gewaltbekannten Afrikaner erstochen. Sebastian H., ein Freund des Ermordeten, wird lebensgefährlich verletzt.
10.09.2011, Fürth (Bayern). Ein 18-jähriger Schwarzafrikaner aus Somalia tötet beinahe einen 23-jährigen, dem er den Hals aufschlitzt. Nur eine Not-Operation rettete dem 23-jährigen das Leben.
12.11.2011, Köln. Der aus Mali stammende 27-jährige Schwarzafrikaner Mohamed T. tötet seine Freundin, die 26-jährige Diana aus Leipzig, indem er ihr die Kehle durchschneidet.

[271] 12.12.2011, Traunstein. Die 55-jährige Agnes M. wird tot in ihrer Wohnung gefunden. Ihr 40-jähriger Lebensgefährte Hailu B. aus Äthiopien wird als Tatverdächtiger festgenommen.

[272] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken“, Beitrag von ‚Bob‘ - 30.11.2011

Bild 50: Afrika in Mecklenburg (Nostorf, 730 Einwohnern), steuerbezahlter Kinderwagen inklusive

„Das sehe ich ganz genauso. Mir fällt auch auf, daß man immer mehr Schwarze in Innenstädten sieht, und während das noch vor wenigen Jahren fast ausschließlich junge Männer waren, sieht man jetzt massenhaft junge Frauen mit Kinderwagen. Das ist ein Zeichen für dauerhafte Besiedlung[273]. Ich frage mich immer: Wo kommen die her? Ich meine damit nicht das Herkunftsland, sondern: Auf welchem Weg kommen die? Ist das lediglich eine Kettenreaktion von Familienzusammenführungen oder gibt es da ein regelrechtes Einwandererprogramm vergleichbar dem damaligen Anwerbeabkommen mit südeuropäischen Ländern und der Türkei? Damals war das ja offen – man konnte dafür oder dagegen sein, aber man hat es gewußt. Ich zumindest habe heute keine Ahnung, auf welcher Grundlage diese ganzen Afrikaner ins Land kommen. Sie sind einfach da. Einfach so. Irgendwie von selber. Passend zur Propaganda, daß Immigration „unvermeidlich" ist, ein ganz natürliches Phänomen, das gar nicht politisch gewollt ist und auf das Politik auch gar keinen Einfluß hat."[274]

„In Hamburg sieht man derzeit unglaubliche Massen an Schwarzköpfen jeder Couleur. Auch in der ‚feinen' Innenstadt treiben sich neuerdings große Gruppen von Jugendlichen Schwarzköpfen rum. Ein ekelerregender und deprimierender Anblick. Unter der Scholz-Regierung scheint eine neue, versteckte Einwanderungswelle statt zu finden."[275]

„Unerträglich wird er aber, wo er postuliert, daß diese Youth-bulge-Gesellschaften automatisch in Gesellschaften mit geringer Geburtenrate einwandern. Er tut so, als ob das ein Naturphänomen wäre, wie das Diffundieren von Salzen aus konzentrierter in weniger konzentrierte Lösung. Selbst in der Chemie gibt es Barrieren, die das verhindern. Und wir haben Grenzen, die für ‚Musels' und andere ‚Drittweltler' unpassierbar sein könnten. Da können sie ‚youth bulges' produzieren, bis es in ihren Ländern nur noch Stehplätze gibt und sie sich gegenseitig auffressen; das ist keine Erklärung für die Masseneinwanderung (bei uns).
Und das zu erkennen, braucht man kein Soziologiestudium. Das kann jeder Depp. Ich glaube nicht, daß Heinsohn zu doof dazu ist. Das die ‚Drittweltler' einwandern WOLLEN, leuchtet auch ohne solche überflüssigen soziologischen Ergüsse ein, dazu reicht es, zu gucken, wie es dort (bei denen) aussieht. Es ist auch vollkommen uninteressant, was die wollen.
Die Frage ist, warum KÖNNEN sie es???"[276]

---

[273] 06.01.2008, Magdeburg. Zwischen zehn Deutschen und 20 Schwarzafrikanern kommt es zu einer Schlägerei, bei der zwei Deutsche im Alter von 21 und 29 Jahren schwer verletzt werden.
19.12.2011, Magdeburg. Ein 24-jähriger Drogendealer aus Kamerun ersticht einen 22-jährigen Afrikaner aus Mali
Völklingen, 01.09.2010. Ein 24-jähriger werdender Familienvater und Bauarbeiter, wird von einem polizeibekannten 27-jährigen Schwarzen aus San Salvadore mit einer Eisenstange auf offener Straße erschlagen.

[274] AS DER SCHWERTER, in: „Moral und abstraktes Denken", Beitrag von ‚osimandia', 30. September 2011

[275] ‚Bodenplatte', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Die ‚Integration' der Nationen: Ausblick in die kommende Endzeitgesellschaft", 17.03.2012

[276] AS DER SCHWERTER, in: „Heinsohn", Beitrag von ‚osimandia', 26.07.2012

Bild 51: Demo in Wittenberg, 2009

„Damit wir uns als Volk behaupten, gibt es aber keinen anderen Weg, als alle nichteuropäischen Ausländer des Landes zu verweisen. Wir brauchen auch keine Fachkräfte oder Putzneger, wir sind als Volk selbst stark und kreativ genug, um zu überleben. Alle, die nun gegen Pro NRW demonstrieren und Polizisten angreifen, sind ja nun ‚Salafisten.' Moslems scheinen auf diesen Demonstrationen nicht zu sein. Woran erkennt man eigentlich einen Salafisten? Am Bart? Tragen nicht auch unsalafistische Moslems Bärte? … Warum prügelt uns die Presse dann dieses Etikett „Salafisten" ein? Ich glaube, daß Pro NRW und die Salafisten nur die Träger zweier Pole in einem Spiel sind, das langsam europaweit Fahrt gewinnt und an dem auch Ikonen wie Geert Wilders teilnehmen. Dieses Spiel heißt: Vom wahren Problem ablenken! Wir werden auf die „Islamisten" (nun: „Salafisten") eingeschossen, damit wir die anderen schädlichen Auswirkungen der Massenimmigration nicht bemerken. Wenn man durch das Ruhrgebiet fährt, dann sieht man zwar überall Kopftücher und Rauschebärte, nur: Das war vor zehn Jahren auch schon so! Was neu ist, sind Schwarze an jedem Bahnhof, an jeder Straßenecke. Schwarze Frauen mit mehreren Kindern, natürlich in den neuesten Kinderwagen (wer das wohl bezahlt?), schwarze Männer mit derben Gesichtern und wahnsinnigen Augen. Auch Asiaten sieht man mehr als vor zehn Jahren. Gegen die Masseneinwanderung, für ein Weiterbestehen des deutschen Volkes als weißes, europäisches Volk, ist dabei aber niemand."[277]

„Gut auch, daß ein wichtiger Punkt mal angesprochen wurde: Ja, es gibt eine Vernegerung, und die ist im vollen Gange! Ich wohne in einer der fünftgrößten Städte NDS – und die sind alle nicht besonders groß – und hier wimmelt es seit kurzem von Negern! Wo man hinschaut, fallen sie auf: Schwarze Männer, Frauen und Kinder – und auch Rassenmischung kommt vor. Es ist nicht nur die demographische Gefahr …, die unser Überleben bedroht, momentan scheinen wir ein großes Stück „Diversität" geschenkt zu bekommen, ohne daß man dies in den Medien erführe – die Folgen aber sind unübersehbar."[278]

Wie der ‚Daily Express' über die weitere Massenansiedelung von Afrikanern in Europa schreibt: „Das erste Anwerbezentrum („Job-Center") für afrikanische Arbeiter wurde von der EU in Bamako, der Hauptstadt von Mali am 6. Oktober 2008 eröffnet. Weitere Anwerbezentren sollen bald schon ihre Arbeit in anderen westafrikanischen Staaten aufnehmen. Später dann auch in Nordafrika. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy will bis Ende des Jahres (2008) einen europaweiten Einwanderungsplan ausarbeiten, sobald er als Ratspräsident der EU vorsteht."[279]

„Neger gibt es in den ostdeutschen Großstädten ohnehin recht viele. Ich habe das Gefühl, die werden dort absichtlich bevorzugt angesiedelt, um die Umvolkung voranzutreiben. Da die meisten Neger Asylanten sind, kann man deren Verteilung auf die Regionen staatlicherseits ja recht gut steuern. In Magdeburg z.B. sieht man mehr Neger auf den Straßen, als in Braunschweig, obgleich der gesamte Ausländeranteil in Braunschweig natürlich wegen der vielen Türken, die im Osten zum Glück noch weitgehend fehlen, viel höher ist."[280]

„Apropos Neger. Mir ist in meiner Langzeitstudie (Straßenbahnfahren) auch aufgefallen, daß es seit den letzten Jahren immer mehr Schwarze in Köln gibt. Das hat sich wirklich erst in den letzten Jahren entwickelt, kann aber auch daran liegen, daß es generell einfach immer mehr Ausländer gibt."[281]

„Der Schrottplatz an der Ripshorster Straße in Dellwig ist ja einschlägig bekannt. Da finden in regelmäßigen Abständen immer wieder Razzien statt. Und was die Schwarzafrikaner betrifft: Ich bin jahrelang mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Arbeit da vorbeigekommen. Zeitweise habe ich geglaubt, ich befinde mich nicht in Dellwig, sondern in irgendeinem afrikanischen Staat. Da liefen nur Neger rum."[282]

---

277 AS DER SCHWERTER, in: „Landtagswahl NRW 2012", Autor: ‚Dunkler Phoenix', 10.05.2012
278 AS DER SCHWERTER, in: „Landtagswahl NRW 2012", Beitrag von ‚Richard', 11.05.2012
279 DAILY EXPRESS, „SECRET PLOT TO LET 50MILLION AFRICAN WORKERS INTO EU", 11.10.2008
280 ‚Sprecher', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Köln: 33,2% Mihigru", 17.04.2012
281 ‚Deutscher Patriot', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Köln: 33,2% Mihigru", 17.04.2012
282 ‚Grandpa Jim', auf: Essen-Katernberg.de, „Großrazzia auf einem Dellwiger Grundstück", 21.10.2011

Bild 52: Kein Volk wird durch die Ansiedlung von Millionen Fremder gerettet. Aber es kann mit Sicherheit dadurch für immer zerstört werden. ‚Multikultur' kann jedes Volk nur einmal mitmachen.

Ein anderer antwortet: „Nein, die Negerschwemme springt auch in Niedersachsen auffällig ins Auge. Wenn in einer Straße bzw. einem Stadtteil verstärkt Neger auftauchen, dann ziehen die Türken oft als erste weg."[283]

„Das sind die Flüchtlinge aus Lampedusa und so. Bei uns wurden die ehemaligen Asylbewerberheime auch ganz klammheimlich wieder aktiviert."[284] „… Die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die nach Amerika verschleppt wurden, sind noch da. Wo sind die Nachfahren der zur gleichen Zeit nach Nordafrika verschleppten weißen Sklaven? Verschwunden. Allenfalls in den hellbraunen oder grünen Augen ganz vereinzelter Nordafrikaner noch entfernt zu ahnen.

Wir sind eine Rasse, die das Teilen eines geographischen Gebiets mit anderen Rassen nicht überlebt! Und unsere Feinde wissen das."[285]

Aus dem allgemein postulierten harmlos klingenden Grundsatz, daß man unter ‚Multikultur' traditionell verstünde, wonach Menschen aus unterschiedlichen Kulturen lediglich miteinander auskommen sollten, wird entgegnet: „Wenn Menschen aus unterschiedlichen Kulturen gut miteinander auskommen ist das eine gute Sache, wenn ein Volk oder eine Kultur auf ihrem angestammten Land durch andere Völker und Kulturen verdrängt wird, weil eine bestimmte politische Doktrin vorgibt Menschen aus aller Welt zusammenpferchen zu müssen, ist das nicht gut. Ersteres ist nur human, zweiteres ist ‚Muku'. Die Auslöschung der jeweiligen Völker fand durch massive Ansiedlung von Menschen anderer Ethnie und anderer Sprache und Kultur auf ihrem Land statt, die die autochthonen Völker dort zu einer Minderheit, und die Fremdvölker dominant gemacht hat. Es geht um den Prozeß."[286]

„Neger nehmen inzwischen nach meinem Eindruck vor allem auch im (gutbürgerlichen) Berliner Stadtteil Steglitz (Bezirk Steglitz-Zehlendorf) rasant zu. Vor allem in einer Buslinie, an deren Route ein Krankenhaus liegt, sind ein Drittel der Fahrgäste oft negroid."[287]

Ein anderer berichtet aus einem winzigen Dorf im südlichen Schwarzwald, Hubertshofen, im Landkreis Schwarzwald-Baar: „Die ‚Brikettisierungswelle' Deutschlands hat mittlerweile sogar schon die kleinsten, hintersten Dörfchen und die Seitentäler Südwestdeutschlands erreicht. Gestern fuhr ich durch ein sehr abgelegenes, altes Bauerndörfchen mit vielleicht einem Dutzend Häuser im südlichen Schwarzwald, in das sich üblicherweise ganz selten ein Tourist verirrt. Selbst die Herrschaften vom östlichen Teil des Bosporus sind noch nicht bis in das kleine, verträumte Kaff vorgedrungen. Und was sehe ich plötzlich? Vor einem der schmucken Leibgeding-Häuschen sitzen drei kohlrabenschwarze (aber wirklich sowas von schwarz) Gestalten und genießen das herrliche Wetter und das traumhaft leichte und unbeschwerte Leben in Germany. Bald trägt der Schwarzwald seine Bezeichnung, im wahrsten Sinne des Wortes, zu seiner vollen Berechtigung."[288]

„In der Schweiz liegt erstmals eine Statistik über die Kriminalitätsrate in Beziehung zur Nationalität vor. Die Statistik basiert auf der polizeilichen Statistik und wurde in Beziehung zur Anzahl, der in der Schweiz wohnhaften Personen der jeweiligen Gruppe gestellt. Männer aus Angola, Nigeria und Algerien kassieren in der Schweiz sechsmal mehr Strafanzeigen, als Schweizer Männer, gefolgt von Einwanderern aus der Dominikanischen Republik, Sri Lanka, Kongo, Kamerun, Marokko, Tunesien, Irak und Kolumbien."

Der eigentliche Zweck dieser Art Einwanderung ist Zerstörung. Anderenfalls bliebe sie, bei all den Folgen für die gewachsenen Gemeinschaften Europas, auch völlig unverständlich.[289]

---

283 ‚Felix Krull', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Köln: 33,2% Mihigru", 17.04.2012
284 ‚Deutschmann', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Köln: 33,2% Mihigru", 17.04.2012
285 AS DER SCHWERTER, in: „Quo vadis, weiße Rasse", Beitrag von ‚osimandia' - 22.05.2012
286 ‚Gryphus', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Multikultur löscht Völker aus!", 27.07.2012
287 ‚Strandwanderer', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Riesen-Bohei um in Notwehr von der Polizei erschossene Negerin", 28.03.2012
288 ‚Chronos', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Zuwanderung macht Deutschland glücklicher", 04.08.2012
289 20 Minuten Online, „Die Afrikaner sind die kriminellsten Ausländer", 12.09.2010

Weit mehr als nur „vier Asylanten aus Ghana“

Bild 53: Dem organisierten Wahnsinn, der Umvolkung und Mischung, einen ‚legitimen‘, offiziellen Rahmen verleihen: ‚Interkulturelle Woche‘ im Schweriner Schloß, 21.09.2001

„Wir sind drei Geschwister, meine beiden Schwestern sind nach Rostock gezogen. Da kann man wirklich noch durch die ganze Stadt fahren und nur Deutsche sehen. Ich war in Hamburg einmal total überrascht, als ich in der Hamburger U-Bahn Station Hauptbahnhof Nord nur Deutsche sah. Das ist mir in meinen 27 Jahren noch nie passiert. Aber in Schwerin sieht man auch immer mehr Neger, ich habe dort Freunde schon 1990 besucht, und das regelmäßig. Jetzt war eine Pause von 10 Jahren bis zum letzten Besuch und man sieht den drastischen Negerzustrom auch dort. Schwerin ist ja auch doppelt so klein, da erreicht die Umvolkung schneller ihr Ziel.“[290]

„Ich fordere für mich und meine Leute nicht mehr, als daß wir hier aber nach unseren Maßstäben glücklich werden können. Wenn es unter unseren Leuten Einzelne gibt, die es sich durchaus vorstellen können, daß die Welt auch ohne Weiße Völker sein könnte, bitte! Vorstellen kann ich mir das auch, ich finde es lediglich nicht erstrebenswert. Von mir aus darf auch jeder darüber nachdenken und das sagen und wenn er so konsequent sein will, daß er keine Kinder in die Welt setzen will, auch das sei ihm ungenommen. Sollte er aber auf den Gedanken kommen, er könnte dafür ein paar Negerlein adoptieren, dann soll er das machen. Nur bitte dann auch dort bleiben, wo er die Kinder hernimmt und nicht andere Leute dazu zwingen, sich mit seinen genozidalen Taten auch noch auseinandersetzen zu müssen. Es gibt genügend tatsächliche Einwanderungsländer auf dieser Welt, so daß für das Konzept Multikulti und das Konzept homogene Völker genug Platz ist.“[291]

In dem Buch „Multikultopia“ (1991) beschreibt der CDU-Politiker und Jesuit Dr. Heiner Geißler, wie man die Ansiedelung Fremder den Einheimischen erklären sollte:

„Natürlich hat das etwas mit Erziehung und geistiger Führung zu tun. Wenn in einem Dorf vier Asylanten aus Ghana leben, dann ist das zunächst ein Problem für Leute, die noch nie einen Schwarzen aus der Nähe gesehen haben. Wie sich die Menschen verhalten, hängt ganz von ihren Überzeugungen ab. Bei den vier aus Ghana sind sie in der Regel unsicher und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Und wie meistens, wenn Menschen unsicher sind, hören sie auf diejenigen, die für sie Autorität haben. Sagt der Ortsbürgermeister, das sei eine Gefährdung für „unser Dorf“ und die müßten so rasch wie möglich weg, dann werden viele im Dorf dasselbe sagen. … Wenn die Autoritäten sagen: Liebe Leute, das sind Menschen, die zu uns gekommen sind, weil sie sich verfolgt und bedroht fühlen, und wir werden eine Zeit (!) mit ihnen zusammenleben müssen. Das ist auch gar nicht schlimm. Wir sind ein reiches Land und außerdem können sie den Friedhof in Ordnung halten und den Wald sauber machen. Wenn der Pfarrer in der Kirche genauso redet und vielleicht an die Heilige Familie erinnert, die nach Ägypten fliehen mußte, und wenn das Fernsehen in dieser Richtung informiert, dann werden die Leute die vier Schwarzen in ihrem Dorf akzeptieren.“ [16, Seite 83, 84]

Der stellvertretende nordrhein-westfälische CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet hat sich für eine deutliche Ausweitung der Zuwanderung nach Deutschland ausgesprochen. Angesichts des demographischen Wandels müsse Deutschland darüber hinaus „offensiv für mehr Zuwanderung werben“, forderte Laschet, der von 2005 bis 2010 das Amt des Integrationsministers in Nordrhein-Westfalen innehatte. „Wir brauchen einen viel größeren Wurf (gemeint ist wohl die Ausweitung der Massenzuwanderung Fremder).“[292]

[290] ‚Adanos‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Köln: 33,2% Mihigru“, 17.04.2012
[291] AS DER SCHWERTER, in: „Quo vadis, weiße Rasse?“, Kommentar von ‚nino‘ - 22.05.2012
[292] JUNGE FREIHEIT, „Laschet plädiert für mehr Zuwanderung“, 08.12.2011

CDU-Minister verordnet Sachsen Zuwanderung. Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist kaum neun Monate im Amt und hat schon drohende Gefahren für Sachsen erkannt: Geburtenrückgang, Überalterung, Fachkräftemangel durch Abwanderung. Deshalb will er jetzt neben den in Sachsen lebenden Ausländern im großen Stil Menschen aus aller Welt ins Land locken, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung". Chinesen, Sudanesen, Iraker, Australier oder Syrer – die Behörden sollen sie ohne viel Bürokratie freundlich willkommen heißen.

Bild 54: 2007 fordern Afrikaner in Rostock Rechte

Um alle Kräfte des Freistaates für die Ausländer zu bündeln, hat der Minister jetzt die Initiative „Sachsen braucht Zuwanderung" ins Leben gerufen. Geld, Vergünstigungen, schnelle Amtswege warten. Sogar das Aufenthaltsrecht, ein Bundesgesetz, will er ändern lassen.[293]

Am 27. April 2006 wird eine neuzehnjährige, hochschwangere Frau in Dessau von zwei Schwarzafrikanern belästigt und zusammengeschlagen. Niemand erfuhr davon. Ein Pressejournalist wandte sich an die Polizei, und erhielt die Antwort, daß sich in Dessau ein solcher Fall nicht ereignet habe. Doch das Opfer besitzt eine Bestätigung der Anzeige beim Polizeirevier Dessau, Wolfgangstr. 25; Aktenzeichen 1/3843/06. Erst als der Journalist mit dieser Bestätigung auf der Polizei erschien, gab der diensthabende Polizeibamte zu, daß sich diese Gewalttat, wie hier geschildert, tatsächlich zugetragen habe. Auf die Frage, warum dann diese Tat abgestritten worden sei und die Presse nicht unterrichtet wurde, gab der Diensthabende an, das gehe auf eine interne Anweisung zurück. Sobald eine Tat Ausländer beträfe, sei nichts herauszugeben.

Das Opfer wurde schwerverletzt von den Rettungsdiensten aus dem Zug im Bahnhof Berchem geborgen. Auf den Einwand, daß die Nationalität von Opfer und Täter usw. doch zweitrangig sei, erwidert ein anderer: „Albernes Gewäsch! Durch solche Verharmlosungen wird die manchen zugewanderten Ethnien immanente Aggressivität und vorprimatenhafte Gruppendynamik weggelabert und beschönigt. Vor einem halben Jahrhundert konnte man noch mit jedem öffentlichen Verkehrsmittel quer und längs durch Europa reisen, ohne daß auch nur ansatzweise Rudeln von Bimbos oder Musels ihren Aggressionsstau an harmlosen Passagieren abreagierten. Heute ist bereits eine U-Bahn-Fahrt in einer größeren Stadt oder ein Gang durch manche Straßen oder Viertel selbst in kleineren Städten bereits ein Spiel mit dem Risiko, zusammengeschlagen in einer Klinik zu landen."[294]

Die europäische Integration erlaubt dem homogenen Nationalstaat keine Zukunft.

„Was ist zu tun?" lautet die theologische Frage (der Kirche). Die Antwort ist ein Katalog von Geboten[295]: Du sollst zuerst den Rassismus in Dir selbst bekämpfen. …

Du sollst erkennen, daß das Zusammenleben mit Fremden nicht zur Überfremdung führt.

Durch mehr „Offenheit" gegen den „Sündenbock-Komplex".

Du sollst Bündnisse der großen gesellschaftlichen Gruppen unterstützen, die gemeinsam „gegen Nationalismus und Rassismus" aufrufen. [16, Seite 35]

„Baden-Württemberg ist vermutlich von allen Flächenstaaten am schlimmsten verseucht. Ich habe Freunde in Bötzingen (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), welches genauso vernegert und vermuselt ist, wie in Hamburg Stadtteile, wie Billstedt oder Horn! Und das ist Dorfgegend! Bötzingen hat 5.000 Einwohner. In Schleswig-Holstein hat Büchen genauso viele Einwohner, aber da siehst du nur Deutsche. In Bötzingen sieht es (hingegen) wie in (Berlin-) Neukölln aus!"[296]

---

[293] BILD, „Ausländer, bitte kommen!", 07.06.2010
Kommentar von „Flume", 08.06.2010: „Hier wird mächtig zensiert! Unsere gut ausgebildete Jugend verdingt sich hier in Sachsen, wegen Lohndumping und fehlenden Arbeitsmarkt-politik längst in auswärtigen Gefilden! Sachsen hat 291.965 Frauen und Männer ohne Job, von denen die in Maß-nahmen von der Arbeitsagentur geschickt sind, noch gar nicht die Rede (ist). Sind diese Leute schon nichts mehr wert?"

[294] ‚Chronos', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Anti-weißer Rassismus - Zugabteil in Luxemburg: Vier Schwarze gegen einen Weißen", 16.01.2012

[295] Jürgen Micksch, „Vielfalt statt Einfalt – Strategien gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", S. 36

[296] ‚Shahirrim', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Deutschland nicht mehr deutsch!", 08.07.2012

5. Die multirassische Gesellschaft das Ziel

„Der Mensch der fernen Zukunft wird (ein) Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch - negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch die Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.“[297]

Bild 55: Lächelnde Funktionäre werben für die multi-tribale und multirassische Gesellschaft ohne Legitimation durch das deutsche Volk.

Durch Zuwanderung fremder Menschen in Millionenhöhe entstanden in den reichen Industrienationen neue, komplizierte, hochexplosive Gruppengesellschaften. …
(Doch) … es stellt sich die Frage, ob der Mensch als revierverteidigendes Hordenwesen für die Utopie des multikulturellen Dorfes schon bereit ist? Der zivilisierte, leicht führbare Durchschnittsbürger macht eher gute Miene zum bösen Spiel, als daß er die Einwanderung (Fremder) in Millionenhöhe mit echter Toleranz unbeschwert begrüßen würde. Dabei ist die unabänderliche, „gottgegebene“ Natur des Menschen – seine erbgenetisch verankerten Tribal- und Territorialanlagen – als den jeder humanistischen Lehre und jedem multikulturellen Wunschdenken übergeordneten Maßstab anzusehen. [2, Seite 13, 14]
In unseren Köpfen leben wir sprichwörtlich noch in Horden, Stämmen oder ähnlich tribalen Vereinigungen, das heißt, wir benehmen uns so. als lebten wir noch in Horden, obwohl wir es doch eigentlich in unseren modernen Großgesellschaften nicht mehr tun. [2, Seite 12]
Unter „Tribalgemeinschaft“ versteht man stammes- oder hordenähnlich funktionierende, archaische Gemeinschaften mit einem gemeinsamen Verständnis ihres Sozialgefüges. Auch heute noch funktionieren Vereine, Parteien, Stämme, Völker, Minderheiten und Mehrheiten nach dem Schema einer primitiven Hordengemeinschaft (Kleingruppe) mit Revierbewußtsein.
Sie verhalten sich also tribal und territorial und können deshalb als „Horden“ (lateinisch: tribus, „Stamm“, englisch: tribes) oder eben „Tribalgemeinschaft“ bezeichnet werden.
Der Begriff „tribal-territorial“ trifft daher auch auf ethnisch-kulturelle Gruppierungen in modernen multikulturellen Ländern zu. In der multikulturellen Gesellschaft sind es dann die Religions- und Kulturgruppen, ethnisch identifizierbare Sozialgruppen, Ethnien und Angehörige verschiedener Rassen, die sich tribalistisch und territorialistisch sozusagen als „Neo-Horden“ - verhalten. …
Ohne Zusammenhalt und Identifikation gibt es aber keine Gruppe, keine Gemeinschaft. Bindekraft und Feststellung der Gleichheit leben voneinander und sterben miteinander. In einer (über-) multikulturalisierten Gesellschaft, in der sich zwei oder mehrere ethnisch-kulturelle Fraktionen gebildet haben, gibt es zwar Kohäsion und Identifikation, allerdings nicht mit der Gesamtheit der Gesellschaft, sondern nur innerhalb der Fraktionen. Eine Gesellschaft ist eine Vereinigung, die nicht natürlich entstanden ist, sondern begründet wurde. Sie besteht und funktioniert durch eine vertragliche Vereinigung zur Erreichung gemeinsamer Ziele. Da ethnisch-kulturelle Fraktionen unterschiedliche, meist ethnozentrische Ziele verfolgen, ist die sogenannte „multikulturelle Gesellschaft“ mangels gemeinsamer Ziele keine Gesellschaft. [2, Seite 26]
Moderne Soziologie hat sich die Dekonstruktion des gesunden Menschenverstandes der Mehrheiten zur Aufgabe gemacht, damit sie diese so schmieden kann, wie sie für eine globalisierte Profitmaximierungsgesellschaft gebraucht werden.
Alle Menschen dieser Welt wehren sich normalerweise gegen Bedrohung, Verfall oder Verschwinden ihrer Gruppe (Kultur, Familie, Stamm, Volk, Genkreis). Sie sind weder schlecht noch böse, sondern völlig normal und lediglich nicht dekadent genug. Diejenigen, die es irgendwann in der Entwicklungsgeschichte (der Menschheit) nicht taten, als sie es aber besser getan hätten, sind von der Weltbühne verschwunden. [2, Seite 31, 109, 110]

[297] Richard Nicolaus Coudenhove-Kalergi in: „Adel“, ISBN 3-1761-0130-5342-6, Leipzig 1922, S. 17

Die sogenannte ‚multikulturelle Gesellschaft' ist in erster Linie multi-rassisch, dann multi-ethnisch, dann multi-religiös, dann erst multikulturell. Sie entspricht nicht dem tribal-territorialen Wesen des Menschen. Sie ist biologisch inkorrekt und potentiell gefährlich.

Die sogenannte exzessive multikulturelle Gesellschaft ist multi-tribal. In multikulturellen Ländern, in denen sich einheimische Bürger nicht wohl fühlen, herrscht Überfremdung oder soziale Disharmonie durch kulturelle Polarisation.

Die Bezeichnung „multikulturell" verharmlost die tatsächliche Situation und ist daher irreführend.

Bild 56: Die Legende der Bereicherung

Wir verbinden Kultur mit erworbenen, meist positiven geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen. „Multikultur" suggeriert Vielfalt an „Geistigem und Künstlerischem". …

Die Verwendung des Begriffs „multikulturell" verheimlicht, die Existenz verschiedener Rassen und Völker in dieser „multikulturellen" Gesellschaft. Zutreffendere Bezeichnungen wie „Mehrvölkerstaat", „Vielvölkerstaat" oder „multirassische Gesellschaft" werden deshalb tunlichst vermieden, weil ihr Eindruck negativ wäre. …

Multikulturelle polyethnische Gesellschaften entstehen nicht, weil Völker unbedingt multikulturell mit anderen Völkern zusammenleben möchten oder vielleicht bewußt eine Verschmelzung mit einem anderen Volk anstreben, sondern weil geographische, ökologische, politische, wirtschaftliche oder andere Interessen und Umstände sie in diese Situation hinein manövrieren.

Am Ende der multikulturellen Gesellschaft steht immer die Monokultur – entweder durch Separation oder durch Assimilierung. Multikulturelle polyethnische Gesellschaften befinden sich allzeit im Übergangsstadium zur Monokultur: entweder in der Assimilierungs- oder in der Segregationsphase. Es geht bei der Einrichtung sogenannter multikultureller Gesellschaften niemandem bewußt um „kulturelle Bereicherung", sondern allenfalls um finanzielle Bereicherung oder aber um die Dekonstruktion der Nationalstaaten und der Volksidentität.

Die multikulturelle Vielvölkergesellschaft verwandelt Völker, Religionsgruppen und Rassen in konkurrierende Gruppen. Es ist aber nicht das Merkmal von Völkern und Rassen, sich zu hassen, sondern das von konkurrierenden Gruppen. …

Eine Regierung, die sich von Brandbombenwerfem eher umstimmen läßt als vom allseits bekannten, gesunden Volkswillen, Volksempfinden, Volksbegehren, ist unfähig. Bereits in den siebziger Jahren wurden Stimmen in ganz Europa gegen Masseneinwanderung laut. 1988 waren weit über 70 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands gegen Masseneinwanderung und Massenasyl. Statt Masseneinwanderung zu bannen, bannte die Regierung lediglich das Wort „Masseneinwanderung" als politisch inkorrekt.

Ethnische Säuberungen, Vertreibungen, Ausgrenzung und Rassendiskriminierung spielen sich nicht nur auf politischer und ethnischer Ebene ab, sondern auch im kleinen, in Schulen, Fabriken, im Mietshaus, in den Vororten, auf den Straßen, beim Drogenhandel, in der Disco.

Sinti und Roma verdrängen die alteingesessenen deutschen Anwohner aus dem Hamburger Karolinenviertel, Latinos drängen in den USA Afro-Amerikaner aus dem Drogengeschäft, (auch grün-rote) Deutsche schicken ihre Kinder auf ausländerfreie Privatschulen, Juden verdrängen Nicht-Juden von der internationalen Medienlandschaft.

Nicht Aggression und Häßlichkeit, sondern Besorgnis und Angst um den genetisch-kulturellen Fortbestand der Wir-Gruppe (Familie, Stamm, Volk) sind Kern der Fremdenfeindlichkeit. Fremdenfeindlichkeit bezweckt Genschutz. Wenn Liebe sich in dem Wunsch nach Vereinigung und Fortpflanzung formuliert, dann bedeutet Haß die totale Verneinung der Vermischung von Erbanlagen. Fremdenfeindlichkeit richtet sich daher wegen der erbgenetischen Auflage, die eigenen Gene, die eigene Art zu erhalten, hauptsächlich gegen fremde Männer, kaum gegen fremde Frauen. Denn ein Mann kann Hunderte von Frauen in einem Zeitraum schwängern, in dem eine Frau nur ein Kind bekommen kann. Männer sind aus der Sicht der Reproduktion Expandeure, Eroberer, Verteiler. Frauen sind Empfängerinnen, Eroberte. Da Männer Konkurrenten und Rivalen von anderen Männern sind, sind Männer fremdenfeindlicher als Frauen. Überfremdungsangst ist die Angst vor dem Verschwinden von der Bühne der Welt und der Angst vor der Dominanz der Fremden. Sie hat daher nichts mit Rassismus zu tun.

[2, Seite 56, 58, 59, 63, 65, 66]

Denn jeder Mensch identifiziert und kategorisiert ständig seine Mitmenschen. Er ordnet sie Positiv- und Negativ-Gruppen zu. [2, Seite 39]
Volks- oder Rassenzugehörigkeit ist Teil der natürlichen Ordnung wie auch die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht oder zu einer Familie. Die Dekonstruktion von Geschlechtszugehörigkeit, Familie, Volk, Nation und Rasse ist Voraussetzung zur Multikulturalisierung im Rahmen der Globalisierung. Genetisch bedingte Verhaltensweisen können deshalb durch politische Korrektheit, Zivilisation, Dekadenz, Appelle und Bestrafung nur vorübergehend unterdrückt und auch nur teilweise beeinflußt werden. Auf Dauer läßt sich die tribalisierende Natur des Menschen nicht einfach mit Toleranzappellen, Lichterketten, politisch korrekter Gedankenpolizei oder Strafverschärfungen kontrollieren oder verdrängen, denn Handeln, Fühlen und Denken von Menschen sind darauf ausgerichtet, einer harmonischen Gruppe angehören zu wollen. Hochgradig multikulturelle Gesellschaften sind aber nicht harmonisch, sondern eine Störung der Sozialgemeinschaft, die unter bestimmten Umständen nicht ohne Folgen bleibt. …
„Die alten Bundesbürger haben solide bürgerliche Lebenskultur vor allem in den 50er und 60er Jahren noch kennengelernt. Noch vor Studentenrevolte und Politidiotie. Fast zeitgleich zerstörte eine beginnende Masseneinwanderung aus völlig kulturfremden Ländern wie der Türkei das bisherige Lebensgefühl bürgerlicher Solidität und Zukunftssicherheit."
Hartmut S., „Warum Ostdeutsche extreme Parteien wählen", 12.06.2008

Das Ziel jeder Gruppe ist ihr Überleben oder die Erhaltung dessen, was sich schon als überlebensfähig erwiesen hat. Damit ist der Mensch zunächst einmal friedliebend, denn Frieden bedeutet Leben. [2, Seite 43-45]
Jede Gruppe hat das Recht zur freien Gruppenentfaltung auf eigenem Territorium, d.h. jede Familie hat seine Wohnung, jedes Volk sein Land und jede Religion ihren Einflußbereich.
Der Wunsch nach eigenem Territorium (Bett, Wohnung, Haus und Hof, Land) ist eine genetische Veranlagung der Menschen. …
Dieses Recht ist in der multikulturellen Gesellschaft für keine der beteiligten ethno-rassisch-kulturellen Gruppen gegeben. Da die einzelnen Gruppen es – biologisch korrekt – allerdings doch beanspruchen, bilden sie Ghettos, Enklaven, ethnische Inseln, grenzen sich ein und andere aus und dort, wo (massiv) eingewandert wird, fassen Einheimische deshalb die Anwesenheit von Einwanderern als Revierverlust (Überfremdung) auf.
Das mit Abstand toleranteste, fremdenfreundlichste und fairste Integrationsangebot, das ein Volk Einwanderern machen kann, ist, ihnen die Erlaubnis zu geben, auf seinem eigenen Territorium unbehelligt leben (siedeln) und am Wohlstand teilhaben zu dürfen. Eine „Gesellschaft", die sich aus nichtintegrierten (integrierbaren) Subgesellschaften zusammensetzt, also aus Gesellschaften, die sich als Teile anderer Gesellschaften verstehen, ist keine Gesellschaft, keine Gemeinschaft, sondern eben eine Ansammlung von zwei oder mehreren Gesellschaften auf einem – dann umstrittenen – Territorium. Alle Horden, Stämme, Völker und Nationen erlauben Tropfeneinwanderung, sind interessiert an fremden Kulturen, Menschen und Lebensweisen. Allerdings geht es keinem Volk um multikulturelle Bereicherung, sondern um bedrohungsfreie Harmonie und Überleben seiner Identität (Art). [2, Seite 48, 50, 54]
Ein übermultikulturalisierter Mensch will von Einwanderung nichts wissen, ganz gleich, wie positiv die Einwanderer sein würden oder wie dringend sie Asyl brauchen. [2, Seite 79]
Multikulturelle Gesellschaften – mit Maß und Ziel – gab es immer und überall. Die exzessive multikulturelle Einwanderungs-Gesellschaft ist eine Neuheit. Sie ist minderheitenfreundlich, denn eine Minderheit verschwindet jetzt in der Masse der verschiedenen Minderheiten, was für Minderheiten Risikominderung und Risikoverteilung bedeutet, für die Mehrheit aber eine Risikovergrößerung. Die Globalisierung ist der nächste Schritt hin zur vollkommenen Sicherheit für Minderheiten: Die Auflösung von Nationalstaaten und völkischer Identität ist beschlossene Sache und die Etablierung multikultureller Gesellschaften ist Teil der Globalisierungsstrategie. Dabei sind aufstrebende Minderheiten daran interessiert, ihren Zusammenhalt und ihre Identität zu stärken, gleichzeitig aber auch das Volkszugehörigkeitsgefühl ihrer Gast-Mehrheit einzuschläfern. [2, Seite 90, 91, 94]
Ein jeder hat ein unveräußerliches Menschenrecht auf Heimat. Sie gewährt Geborgenheit und Rückhalt in einer vertrauten Umgebung und durch das Gefühl, nicht allein zu sein, sondern einer Gruppe anzugehören, die durch Geschichte, Sprache und Kultur zusammengewachsen ist und füreinander einsteht.

Wider die Einheimischen

Bild 57: Logenbruder Volker Kauder (CDU)

„Und so müssen **wir** uns fragen: Stimmt es in **unserer** Gesellschaft noch? Müssen **wir** nicht einen Beitrag dafür leisten, daß Familien wieder in ihrer Erziehungskraft gestärkt werden? Müssen **wir** nicht einen Beitrag dafür leisten, daß junge Menschen, die in Parallelgesellschaften leben, kaum deutsch können, keine Ausbildung haben, in diese Gesellschaft integriert werden? Müssen **wir** nicht dafür sorgen, daß Kinder - die in diesem Jahr zum ersten Mal mehrheitlich Migrationshintergrund haben, wenn sie geboren werden – sofort Chancen ermöglicht bekommen, indem **wir** sie in unsere Gesellschaft integrieren, indem **wir** Ihnen Angebote machen in Einrichtungen, in Kindergärten; damit sie Deutsch lernen und in **unseren** Schulen vorwärts kommen, indem **wir** unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen: Ihr seid in **unserem** Land herzlich willkommen.“[298]

Wenn Liebe sich in dem Wunsch nach Vereinigung und Fortpflanzung äußert, dann bedeutet Haß die völlige Verneinung der Vermischung von Erbanlagen. Fremdenfeindlichkeit ist unter anderem auch Genschutz. Die Gegenwart zu vieler Fremder bedroht die Wir-Gruppe mit einer Veränderung des Gen-Pools. Weitere Vermischung ist zur Erhaltung der Erbanlagen, die sich insoweit als überlebenstüchtig und vollkommen angepaßt bewiesen haben, unerwünscht. Ablehnung macht sich breit, der bei Nichtbeachtung Haß folgt, denn das Überangebot zu vieler „uninteressanter“ fremder Fortpflanzungspartner wird unbewußt als unmittelbarer Angriff auf die gruppenspezifischen Erbanlagen (Identität) gewertet! …
Genschutz ist kein überholtes, fascho-eugenisches Rassenreinheitsgefasel mit dem Ziel, einen Übermenschen zu schaffen, sondern ein natürlicher und ernst zu nehmender Mechanismus zum Zweck der Gesundheitsoptimierung, der optimalen Anpassung an umweltbedingte Gegebenheiten und Anforderungen und zur allgemeinen Erfüllung von Überlebenszielen. Männer sind fremdenfeindlicher als Frauen. Männer sind – auch als Gruppen – Rivalen. Die Fremdenfeindlichkeit der Männer richtet sich deshalb kaum gegen fremde Frauen. Hier verdeutlicht sich die biologische Bedingtheit von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Desgleichen betrifft Fremdenfeindlichkeit vorwiegend das gleiche, das konkurrierende Geschlecht: Männer lehnen vorwiegend fremde Männer ab, aber kaum fremde Frauen. …
Ein einzelner Mann kann in kurzer Zeit viele Frauen befruchten, eine Frau wird nur einmal im Jahr schwanger, das heißt, ein Mann kann einen gewaltigen genetischen „Schaden“ anrichten, wenn man ihn „läßt“. Entsprechend heftig sind Argwohn und Rivalität zwischen Männern.
[2, Seite 229-231]
Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Gruppengesellschaft – oder „multi-tribale Gesellschaft“. Das stärkste verbindende Element einer Gruppe ist die ethnische Abstammung, die genetische (oder Bluts-) Verwandtschaft. Sie sorgt für größtmögliche Toleranz unter ihren Mitgliedern (bedingungslose Liebe der Eltern zum Kind, Bevorteilung eigener Volksgenossen, Altruismus) und hat die Bedeutung eines Dachverbandes in Form einer Nation mit nationaler Identifikation und einem Reisepaß als Beleg. Ethnisch-rassische Gruppenidentifikation gewährleistet den Fortbestand der eigenen Erbanlagen innerhalb der Fortpflanzungsgemeinschaft. Dies gilt im übrigen für alle Völker. Eine der Tragödien der Multikulturalität ist die Möglichkeit der Identifikation ethnischer Gruppen mit sozialem Status. So kann aus sozialer Unzufriedenheit (Neid) leicht ein ethnischer Konflikt werden. Dabei wird multikulturelle Toleranz weitgehend vom Lebensstandard und vom Wohlstand, also den Überlebensaussichten, bestimmt. …
Toleranz heißt laut Lexikon „Duldsamkeit, zulässige Abweichung vom vorgeschriebenen Maß“. Tolerieren bedeutet widerwilliges Anerkennen. Toleranz ist Beherrschung; Beherrschung ist vorübergehend und begrenzt. Wer sich beherrschen muß, ist gezwungen, seine Freiheit ist eingeschränkt, er wird beherrscht. Es spricht für jede wohlerzogene, zivilisierte Bevölkerung, die sich so zu beherrschen imstande ist, wie beispielsweise die deutsche – aber auch gegen sie.
[2, Seite 267, 268, 270, 272]

[298] Ehm. Generalsekretär und spätere Bundestagsfraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU), Politisches Tagebuch, Auszug aus: „Kinder mit Migrationshintergrund sofort Chancen ermöglichen“, Eintrag vom 17.01.2008

Ethnische Siedlungsprogramme ‚demokratischer' Staaten

Die Bundesregierung solle ein Resettlementprogramm einführen, also jährlich eine bestimmte Anzahl Flüchtlinge zusätzlich zum Asylverfahren aufnehmen und dauerhaft ansiedeln, sagt Rüdiger Veit, der migrationspolitische Sprecher der SPD, der taz.
Eine Aufnahme von jährlich 10.000 Flüchtlingen sei möglich.
„Die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen kann nur ein Anfang gewesen sein", sagte Josef Winkler, Vize-Fraktionsvorsitzende der Grünen. *„Notwendig ist ein fest installiertes Neuansiedlungs-Programm, das jährliche verbindliche Aufnahmequoten vorsieht."*[299]

Bild 58: Fremde Subkultur: Die Welritzstraße in Wiesbaden

„Thüringens Landtagsabgeordnete Katharina König (Linke) fordert in diesem Zusammenhang einen höheren Migranten-Anteil in Ostdeutschland. Es müsse auch in den neuen Bundesländern zur Normalität gehören, mit Ausländern umzugehen, sagte König bei der Diskussion. Ihrer Meinung nach sollte ein bestimmter prozentualer Anteil der Bevölkerung, der höher ist als jetzt, aus Migranten bestehen."[300]
Wiesbaden, Welritzstraße – bis vor drei Jahrzehnten lebten hier fast nur Deutsche: „*Nie hätte ich mir vorstellen können, daß es hier einmal so aussieht. Manchmal fühle ich mich fremd hier. Orientalische und deutsche Mentalität, das paßt nicht zusammen. … andere Sitten, anderes Temperament, andere Moral. Wir leben hier nebeneinander.*"[301]

Die soziologische Umerziehung vom Mehrheitendenken hin zum Minderheitendenken beschränkt sich auf westliche Industrieländer mit weißen Mehrheiten.
Die Manipulation der Massen findet auch heute statt. Sozialliberales Denken beherrscht die Medien und betreibt eine Minderheitenpolitik, die mit der Ausnahme die Regel widerlegt, statt sie zu bestätigen, und dadurch der Mehrheit das Gefühl vermittelt, sie läge mit ihrem gesunden Volksempfinden völlig falsch. In diesen politisch korrekten Zeiten nutzen Demagogen den Willen des Menschen zu Frieden und Harmonie, das Bedürfnis, den Schwachen zu helfen, zur Durchsetzung einer in der Geschichte der Menschheit einmaligen und daher unnatürlichen und gefährlichen Einwanderungspolitik. [2, Seite 118, 122, 131]
Globalisierung und Multikulturalisierung erscheinen auf den ersten kurzsichtigen Blick als eine logische Folge im Sinne wirtschaftlichen Wachstums und internationaler Harmonie.
Durch Multikulturalisierung erhofft man sich, statt vieler verfeindeter Volksgruppen eine einzige Gruppe, eine einzige Rasse zu schaffen: die Menschheit. … [2, Seite 186]
Wenige Menschen, die Geldströme, Medien und multinationale Konzerne kontrollieren, entscheiden nach der Globalisierung – unter finanzwirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten – über das Schicksal von Völkern und Kulturen, die ihnen fremd und gleichgültig sind. Globalisierung und damit einhergehende Multikulturalisierung bringen weder den versprochenen Frieden, noch die gerechte Verteilung von Gütern und Lebensraum – sie bringen Unzufriedenheit, Abhängigkeit, völlige tribal-territoriale Verwirrung, Chaos und weltweite, menschengemachte Katastrophen. [2, Seite 188-189]
Eine alteingessene Bevölkerung, mit ethnischen Minderheiten angereichert, verhält sich wie eine Familie, die seit Generationen in ihrem Eigenheim wohnt und Besuch hat. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Volk, auf dessen Territorium ein anderes Volk auf unbestimmte Zeit lebt und wächst, dieses wieder loswerden will, ist ebenfalls sehr hoch. [2, Seite 242, 243]

[299] TAZ, „Deutschland macht dicht – keine weitere Ansiedelung von Flüchtlingen", 24.06.2010
[300] Leipziger Volkszeitung, „Podiumsdiskussion in Leipzig: Linkspartei-Politikerin Pau fordert Debatte über Rassismus", 07.01.2013
[301] SPIEGEL SPEZIAL, „Die Deutschen", S. 176f.

„Demokratische“ Staaten entledigen sich ihrer Bevölkerung

1974 wurde bereits eine dauerhafte ethnisch-soziale Segregation als Folge der Einwanderungspolitik vorhergesagt:
„Wenn die beschriebene Rotation der Mieter – Ausländer rücken in durch geförderten Wohnungsbau freigewordene Altbau-wohnungen, die einen niedrigen Wohnwert haben und durch niedrige Mieten ausgezeichnet sind – weiter praktiziert wird, dürfte das in den betreffenden Gebieten zu einer Verslumung führen. Dabei könnte dann die Assoziation ‚schlechtes Wohnquartier' gleich ‚Ausländerviertel' abschreckend auf andere soziale Schichten wirken und – das gilt auch besonders für erneuerungsbedürftige Alstadtkerne – nach einer erfolgreichen Sanierung eine ethnische und schichtenspezifische Segregation verewigen.“[302]
Innerhalb von knapp 30 Jahren – bis Ende der 70er Jahre – ist die Bevölkerung in den Sanierungsgebieten zu großen Teilen ausgetauscht worden.[303] [11, Seite 137]
Seit mehr als 30 Jahren werden Tendenzen zur Segregation (Entmischung) in deutschen Großstädten beschrieben und beklagt. „Die Tatsache, daß Gastarbeiter und ihre Familien in Ballungsgebieten und in ländlichen Bereichen immer stärker dazu tendieren, geschlossene Wohnbereiche zu bilden, hat ihre starke Abschirmung nach außen zur Folge. Sie wirkt sich erschwerend auf eine schulische Integration aus. Die Segregation, die aus dem Desinteresse bzw. der Unfähigkeit zur gesellschaftlichen Integration sowohl auf ausländischer wie auf deutscher Seite erfolgt, führt zur Ghettobildung mit dem Charakter von Subkulturen.“[304]
[11, Seite 116]
„Ich wohne in der Nähe von Frankfurt am Main und noch lebe ich in einer Gegend, in der es mehr muslimische Mitbewohner gibt, als Deutsche. Das heißt, daß es kaum Menschen gibt, die der deutschen Sprache mächtig sind. Entweder sind sie so alt, daß sie nicht mehr reden können, oder aber sie haben die Sprache nie gelernt. Am Anfang wollte ich alles noch positiv sehen, doch nach fast 6 Jahren bin ich froh, endlich dort weg zu kommen. Einige sind sehr nett, doch die meisten überstrapazieren meine Nerven gewaltig! Von Mittagsruhe keine Spur, die Kinder „unterhalten" sich nur schreiend, die wenigen Grünflächen, die es gibt, sind völlig vermüllt usw. usf. Doch die Krönung war für mich, als neue Bäume gepflanzt wurden und über die Hälfte am nächsten Tag wieder ausgerissen waren. Trotz all dieser Vorkommnisse versuche ich aber dennoch nicht gleich jeden schräg anzusehen. Zwar fällt es mir immer schwerer, denn leicht machen die es mir nicht, aber ich versuche es weiterhin. Ich weigere mich einfach, jeden über einen Kamm zu scheren.“ Sandra2901, Focus Forum
„Bei uns in Wiesbaden haben wir in manchem Stadtviertel bis zu 40% islamische „Mitbürger". Bei den 6 bis 14-jährigen sind es schon, stadtweit fast 50% Anteil und manche Schulklasse hat höhere Werte. Die Unterwanderung ist also abgeschlossen, jetzt beginnt die Übernahme der Viertel[305] in den Städten. Die Polizei und die verbliebenen deutschen Geschäftsinhaber können von den Auswirkungen bereits jetzt ein Klagelied singen. Ladendiebstähle, Schutzgeld-erpressung, Straßenraub und weitere Bedrohungen aller Art, um nur einiges zu nennen sind die ersten Auswirkungen dieser Übernahme. Das Ausländerwahlrecht sorgt für ein Übriges.“ ChrisWI, Focus Forum

---

[302] Geiger, Andreas: Ausländer im Ghetto – Eine mißglückte Integration; München 1974, S. 164f.
[303] Schulz zur Wiesch, Jochen: Die Sozialstruktur im Sanierungsprozeß, Berlin, Köln, Mainz 1982, S.131
[304] Katholisches Büro, Oktober 1973, in: Müller, H.: Ausländerkinder in deutschen Schulen, Stuttgart 1974, S. 198f.
[305] Hallo ..., in Wiesbaden ist es so, daß die statistischen Werte eher verschleiern, als daß sie zur Klärung beitragen. Die Unterscheidung muslimisch ja/nein wird nicht vorgenommen, deshalb kann man bei dem Kriterium „Migrationshintergrund" nur Vermutungen anstellen. 2 Beispiele: Stadteil „Westend": Ausländeranteil 23,3% (davon wiederum 23,7%=Türkei und 3,9%=Marokkaner) und zusätzlich 38% Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Stadtteil „Kostheim": Ausländeranteil 26,8% (davon wiederum 36,0%=Türkei und 9,8%=Marokko) und zusätzlich 42% Bevölkerung mit Migrationshintergrund. R. E., Wiesbaden
2005 lag der Anteil der Kinder unter fünf Jahren nichtdeutscher Herkunft in Nürnberg bei 67 Prozent, in Frankfurt bei 65 Prozent, Düsseldorf und Stuttgart mit jeweils 64 Prozent. Die Welt, 04.05.2007

„Durch das Freenet Forum bin ich auf diese Homepage (Heimatforum) aufmerksam geworden. Schön sachlich anhand von Zahlen und Statistiken wird das aufgezeigt, was einem im Alltag schon lange aufgefallen ist, immer mehr Migranten bestimmen Deutschlands Straßenbild. War es Anfang der 90er nur Hamburg Mitte bis Harburg/Wilhelmsburg, dehnt sich das Bild auf die ganze Stadt aus. In den Haupt- und Realschulen sind Rütlischulverhältnisse wie in Berlin angesagt, aber das gelangt nicht an die Öffentlichkeit, weil alle Lehrer von der Schulsenatorin mit einem Maulkorberlaß gegenüber der Presse gehindert werden, an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir sind aus der Stadt wegen der Hundeverordnung raus gezogen, aber selbst hier im ländlichen Raum begegnet man verstärkt dunkelhäutigen Migranten mit einer großen Kinderschar im Schlepptau. Die Kassen des Vertrauens auf den Bauernhöfen sind im Zuge dessen auch verschwunden. Meine Kinder ziehen noch dieses Jahr aus Hamburg weg in den ländlichen Raum, weil meine Enkelin in eine einigermaßen „heile" Schule soll." K.W.

Der evolutionären Strategie, den eigenen Lebensraum zu verteidigen oder erweitern zu wollen[306], fallen dann nicht nur Schimpansenhorden, sondern auch Menschengruppen zum Opfer. Für die multikulturelle Gesellschaft birgt dieser bio-mechanische Vorgang unlösbare Probleme. Leben zwei Gruppen auf einem identifizierbaren Gebiet zusammen, ergibt sich aus der Natur der Dinge, daß das Erscheinen oder die Ausbreitung einer Gruppe zwangsläufig Lebensraumverlust, also Schmälerung von Überlebensaussichten und Lebensqualität, für die andere mit sich bringt. Einheimische sehen, bewußt oder unbewußt, im Aufkommen einer Minderheit eine mögliche Bedrohung für ihren Lebensraum, oder in der massiven Einwanderung fremder Menschen immer deren Ausbreitungsversuch auf eigene territoriale Kosten. …
Diese These ist keine Rechtfertigung für Überfälle auf schwache Völker und Minoritäten, sondern sie veranschaulicht lediglich die erbbedingte Bedeutung territorialer Verhaltensregeln und die universale Bedeutung von Lebensraum für die multikulturelle Gesellschaft.
Die Erlaubnis, unbehelligt auf eigenem Territorium leben zu dürfen, ist schon mit Abstand der toleranteste Akt fremdenfreundlichen Entgegenkommens und das fairste Integrationsangebot, das ein Volk einem fremden Einwanderer machen kann. [2, Seite 215]
Die Möglichkeit, daß sich die zur Mehrheit aufwachsenden Mischlingskinder den Rest des einheimischen Nachwuchses entledigen, kann nie ausgeschlossen werden. Die multirassischen Städte und Dörfer in der Bundesrepublik verändern damit nicht nur die Lebensbedingungen der Deutschen, sondern auch die Überlebensaussichten seiner Kinder.
Die vielfältigen Konflikte hat die Politik den Bürger ungefragt aufgezwungen. Führt man sich vor Augen, daß die globale Gesellschaft das allgemeine Ziel ist, und Multikultur als Staatsdoktrin lediglich den Weg dorthin beschreibt, dann wird deutlich, warum die autochthone Bevölkerung von der Bundesrepublik als Staat und Schutzmacht nichts zu erwarten hat.
Die Entrechtung der Mehrheitsbevölkerung erfolgte dabei zielgerichtet, systematisch und damit vorsätzlich. „Höchst problematisch ist dagegen die Einwanderung Kulturferner und der Aufbau der von einigen Utopisten so eifrig propagierten multikulturellen Immigrationsgesellschaft. Sie führt ganz sicher zu Konflikten! Dafür gibt es genügend Beispiele und zwar aus aller Welt. Xenophobie und Territorialität gehören zu den Universalien."[307]

[306] Köln kippt: Der Migrantenanteil bei den unter 18-jährigen beträgt in Chorweiler 83 Prozent, in Gremberghoven 78 Prozent, in Kalk 75 Prozent, in Seeberg 76 Prozent und in Humboldt-Gremberg sowie in Porz jeweils 70 Prozent.
[307] Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeld, Berliner Debatte Initial, „Ist der Mensch paradiesfähig?", 2/1992

Bild 59: Fremdländische Kultur: Koranschule in Frankfurt am Main

Nachmittags um 17 Uhr. Im Westend-Café, dem beliebtesten Treffpunkt der Straße, diskutieren ein paar Männer über Fußball, ausnahmsweise auf Deutsch. Ein kleiner, grauhaariger Mann mit stoppeligem Bart steht mittendrin und doch irgendwie abseits. Richtig Deutsch kann er nicht, nur ein paar Brocken, verständlich macht er sich mit lebhaften Bewegungen. Jetzt ist er alt und abgearbeitet, den Laden hat er längst zugemacht. Zurück in sein Dorf, wo er noch viele Verwandte und zwei seiner Kinder leben, will er jedoch auf keinen Fall.

Er breitet die Arme aus, deutet hinaus auf die Straße. „*Meine Heimat*“, versichert er. Ein paar Häuser weiter. Der deutsche Rentner Ludwig Wondrak, der hier seit fast 50 Jahren lebt, deutet ebenfalls auf die Straße. „*Nie hätte ich mir früher vorstellen können, daß es hier einmal so aussieht*“, gesteht er. Irritiert schaut er auf das bunte Gewimmel, auf die vielen Frauen mit Kopftüchern, auf die dunkelhaarigen Kinder, die Geschäfte mit ausländischen Namen. „*Manchmal fühle ich mich fremd hier*“ sagt er. Welritzstraße – eine Straße in Deutschland. …
Bis vor drei Jahrzehnten lebten hier fast nur Deutsche: Arbeiter, Angestellte, Handwerker.
Heute ist die Straße ein Zuhause für Menschen aus 25 Ländern: für Türken und Marokkaner, für Afghanen und Kongolesen, für Italiener und Pakistaner, für Polen und Albaner.[308]
Schließlich sei noch auf einen weiteren Schwerpunkt verwiesen, der besonders in Deutschland aus einem umfassenden Umweltschutz heute nicht mehr ausgeklammert werden darf. Zur Umwelt gehören zweifellos auch die Mitmenschen, die Nachbarn, die Mitbürger, die Menschen, denen man begegnet und mit denen man im allgemeinen im täglichen Leben zu tun hat. …
Die meisten Zuwanderer haben sich seit Jahren auf Grund der unverantwortlichen Politik der Parteien und Regierungen hier für dauernd seßhaft gemacht, leben teilweise schon in zweiter oder sogar dritter Generation hier. Darunter sind viele, besonders die Türken und andere Asiaten, in ihrer Lebensart und Lebensauffassung auf Grund ihrer ganz anderen Kultur und Weltanschauung von den Deutschen so verschieden, daß eine Verschmelzung weder von den Deutschen angestrebt werden sollte, noch von den Ausländem gewollt wird, weil sie ihre persönliche, volkliche und kulturelle Eigenart nicht aufgeben möchten. So verlassen Deutsche Stadtbezirke mit hohem Ausländeranteil, weil diese Umgebung nicht mehr ihrer Lebensart entspricht. Die neue Umwelt behagt ihnen nicht, und es ist ein Zeichen schlechten demokratischen Stils, diesen Personen Ausländerfeindlichkeit vorzuwerfen, weil sie ihrer Lebensart gemäß leben und ihre Kinder nach ihren Vorstellungen erziehen möchten, was sie inmitten von Ausländern als Minderheit nicht mehr gewährleistet glauben.
Die „Landnahme“ durch die Ausländer, wie diese stille Unterwanderung von dem bekannten Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt treffend genannt wurde[309], ist durchaus mit einem echten Landverlust zu vergleichen: Sie raubt den Deutschen Lebensbereiche und verringert ihre Möglichkeiten, nimmt ihnen einen Teil ihrer vertrauten Umwelt, ihrer ihnen bisher lebenswerten Umgebung. [13, Seite 243, 244]
Damit generiert sich die Bundesrepublik nicht wie ein Staat der Deutschen, sondern sie agiert wie ein Heimatraubsystem. Der deutschen Bevölkerung wird klargemacht, daß es zu dieser Umwälzung keine Alternative gibt, d.h., sie verweigert den Deutschen ihr elementares Recht auf eine eigene Heimat ohne Überfremdung, während gleichzeitig fremden Völkern (denen niemand die Heimat nahm) das Boden- und Siedlungsrecht gewährt wird. Diese Enteignung durch den Staat vollzieht sich seit mehreren Generationen. Sie wird als solche von den meisten Menschen auch gar nicht mehr wahrgenommen. Der ehemalige CDU-Politiker Heinrich Lummer bekannte: „Heimat verlieren heißt auch, einen Identitätsverlust (zu) erleiden. Deshalb ist Vertreibung aus der Heimat ein Tatbestandsmerkmal für den Völkermord. Heimat kann man (aber) auch verlieren durch Masseneinwanderung.“[310]

[308] SPEGEL SPEZIAL: „Die Deutschen“, S. 176
[309] Eibl-Eibesfeldt 1981, S. 35
[310] tageszeitung, 06.11.1998

Bild 60: Deutscher Wunsch - „Klein-Istanbul“ in Mannheim?

Beim Menschen knüpfen Bande der Freundschaft und Zugehörigkeit die Mitglieder der individualisierten Gruppe in einer Art Urvertrauen aneinander.
Im Kontrast dazu begegnet man Fremden mit einem gewissen Mißtrauen. Xenophobie ist bekanntlich ein universales Phänomen (Reynolds et al. 1986; Eibl-Eibesfeldt 1989). Ich möchte jedoch betonen, daß man die Fremdenfurcht nicht verwechseln darf mit Fremdenhaß, der ein Ergebnis spezieller Indoktrination ist. Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, daß das Urmißtrauen Fremden gegenüber unserer Wahrnehmung mit einem Vorurteil belastet, so daß eine negative Erfahrung mit einem Fremden uns im allgemeinen mehr beeindruckt, als eine Vielzahl positiver Erfahrungen. Im Wettstreit mit Fremden neigen wir dazu, repressive Dominanzbeziehungen herzustellen. Die primäre Gefühlsethik gegenüber Fremden ist sicher sehr von der Gefühlsethik gegenüber eigenen Gruppenmitgliedern verschieden. [8, Seite 81]
Diese angeborenen Empfindungen gelten in allen Völkern, so auch bei den Familien aus dem Libanon oder Somalia, die sich in Sachsen-Anhalt ansiedeln, oder im Breisgau leben wollen.
All diese Bemerkungen weisen daraufhin, wie skrupellos die militanten Befürworter der ‚Multikulturalität’ vorgehen, deren „multiethnischer“ Gesellschaftsentwurf ohne Frage ein gerader Weg in den Krieg ist. Die fremdrassigen Einwanderer *„nehmen mit ihrer Niederlassung auf Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich deren Land. Sie werden daher (auch) als Eindringlinge wahrgenommen, und das löst automatisch territoriale Abwehrreaktionen aus, und zwar dann, wenn sich die Gruppen voneinander abgrenzen, was kulturell einander Fernerstehende auch zu tun pflegen. Gestattet ein Volk anderen den Aufbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb eigener Grenzen mit zwischenethnischer Konkurrenz."*[311]
… Der Jesuit Heiner Geißler (CDU) sieht die Gefahr eines Bürgerkrieges durchaus – die Verantwortung dafür wälzt er allerdings auf seine Landsleute ab! Im übrigen wähnt er, diesen Krieg durch „soziale“ Maßnahmen (der Umverteilung) entschärfen zu können. Diese Herabsetzung des menschlichen Paradigmas auf das rein Wirtschaftliche zeigt, wie sehr der heutige politische Diskurs von den liberalen Denkschablonen geprägt ist:
„Wenn wir nicht daran arbeiten, daß die Menschen, die auf Dauer bei uns leben wollen, gleichberechtigte Bürger werden – auch wenn sie eine andere Hautfarbe haben und nicht germanischen Ursprungs sind -, dann sage ich auch für Deutschland Bürgerkriege voraus.“
Dieser Tatsachenverdrehung über Ursache und Wirkung bedienen sich nahezu alle ‚Demokraten‘. Sollte morgen innerhalb der fortschreitenden multirassischen Gesellschaft ein Konflikt (z.B. „Mügeln“) ausbrechen, dann lege die Verantwortung dafür nicht bei den Politikern, die diese Entwicklung herbeigeführt haben, sondern – ausschließlich – bei deren Opfern, die unfähig gewesen seien, frühzeitig genug die ‚Vorteile’ dieser ‚Verjüngung durch Vermischung’ zu erkennen! Wörtlich: „*Nicht der Zuzug von Ausländern, sondern die mangelnde Verjüngungs- und Anpassungsfähigkeit und das Anti-Immigrationsdenken der deutschen Gesellschaft sind die eigentliche Gefahr für unsere Zukunft.“* Und weiter: „Die Deutschen werden nicht – wie jetzt – mit fünf Millionen, sondern in Zukunft mit sieben, acht, vielleicht sogar zehn Millionen Ausländern zusammenleben (müssen).“ [312] [23, Seite 108, 109]
Deutschland ist keine Dienstleistungs-Firma, in die man nach Belieben Leute reinholt, die fleißig sind, sondern Deutschland ist die Heimstatt, der Boden, das Land des deutschen Volkes.

[311] Irenäus Eibl-Eibesfeldt, „Wider die Mißtrauensgesellschaft“, S. 157
[312] Heiner Geißler (CDU): „Kein Grund zur Angst“, in: Der Spiegel, Nr. 41, 1991, S. 23

Der erwähnte Punkt betrifft das mögliche gesellschaftliche Konfliktpotential, welches ethnischer Heterogenität zugrundeliegt. Das gesellschaftliche Konfliktpotential ethnischer Heterogenität ist auch kein Märchen und die Möglichkeit ethnischer Konflikte beruht zunächst einmal auf der Existenz ethnischer Gruppen innerhalb staatlich verfaßter Gesellschaften. Die bloße Existenz ethnischer Gruppen allein ist zwar keineswegs gleichbedeutend mit Konflikt; aber sie beinhaltet die permanente Möglichkeit (Latenz) ethnischer Konflikte, die leider zu den leidenschaftlichsten und gewaltsamsten Konflikten gehören, die die Menschheit kennt. Gesellschaftliche Spannungen unterschiedlichster Art können ethnisiert werden, d.h. entlang ethnischer (rassischer) Linien definiert und ausgetragen werden.

Einwanderungsländer sind nicht gleich Einwanderungsländern. Es gibt die klassischen Einwanderungsländer von Nord-, Mittel- und Südamerika, Australien, Neuseeland und Südafrika, die man – nach Beseitigung der eingeborenen Bevölkerungen auf ein (für die Neuankömmlinge) ungefährliches und „erträgliches“ Minimum – als neutrale Territorien bezeichnen kann. Jetzt mußten sich die überlebenden Eingeborenen an die Einwanderer anpassen. Diesem Schicksal wollen die Einheimischen aller Länder instinktiv entgehen.

Es ergibt sich bio-logischerweise ein ausgeprägtes territoriales Überfremdungsbewußtsein.[313] Moderne Pseudo-Einwanderungsländer, die sich durch hohe einheimische Bevölkerungsdichte und hohen Lebensstandard auszeichnen, also nicht neutral sind, werden dennoch von manchen als Einwanderungsländer betrachtet werden, weil eben eingewandert wird. Das Gegenteil entspricht jedoch der Wahrheit. [2, Seite 217]

Ernannte Einwanderungsländer mit einem stetigen Zuzug fremder Ausländerpopulationen setzen Einheimischen einen permanenten Streßzustand aus. Die multirassische Gesellschaft ermöglicht erst das Zustandekommen solcher Konflikte, was zu einer allgemeinen Minderung der Lebensaussichten eines Volkes führt: „Kein Zweifel, je intensiver eine Gesellschaft von verschiedenen Nationalitäten, Ethnien, Kulturen, Religionen und Lebensstilen geprägt ist, desto spannender wird sie (und desto größer wird möglicherweise ihr Vermögen, mit ungewohnten Problemen pragmatisch umzugehen). Das heißt aber gerade nicht, daß die multikulturelle Gesellschaft harmonisch wäre. In ihr ist vielmehr - erst recht dann, wenn sich wirklich fremde Kulturkreise begegnen - der Konflikt auf Dauer gestellt. Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen. In der multikulturellen Gesellschaft geht es daher um die Gratwanderung zwischen verbindenden und trennenden Kräften - und eben deswegen ist es so wichtig, daß sie sich Spielregeln gibt.“[314]

Frau Dr. Merkel will eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der für gewachsene Völker kein Platz mehr ist. Sie sagt: „Es muß unser Ziel sein, wirklich auch offen zu sein für junge Leute, die zu uns kommen, wenn wir heute schon wissen, daß wir 2025 sechs Millionen Arbeitskräfte in Deutschland weniger sein werden. … Man könne heute auch niemanden mehr darauf verpflichten, in Deutschland seine Heimat zu sehen, sagt sie.“[315]

---

[313] „Kein Volk wird eine Überfremdung ohne Konflikt hinnehmen, es kann sie gar nicht hinnehmen, weil jedes Volk seine eigene Art zu leben und sein Recht darauf hat. Das ist ein Naturrecht jeden Volkes.“
Norbert Geis (CDU/CSU-Fraktion), am 26.05.1993 im dt. Bundestag

[314] ZEIT ONLINE, „Wenn der Westen unwiderstehlich wird - die multikulturelle Gesellschaft muß als Wirklichkeit anerkannt werden“, Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid, 22.11.1991

[315] DIE WELT, „Angela Merkel propagiert den guten Deutschen“, 14.05.2013

Die Zukunft gehört den Migranten. Und damit nicht den Deutschen

„Ihr habt nur die Chance, mit uns zu leben. Ein Leben ohne uns wird es für Euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischstämmiger Richter über Euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt Eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament Eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates Eurer New Economy wird. Nicht Ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für Euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern."[316]

Bild 61: Der Logenbruder Rainer Brüderle (FDP)

In einem Streitgespräch des Stern mit dem Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt 1992 führte Cohn-Bendit aus: *„Es gibt Konflikte. Es gibt zwischen Ausländern und Deutschen unbestreitbar eine Real-Konkurrenz (um Ressourcen): um Wohnungen, um Arbeitsplätze, um Schulbildung und so weiter. Aber es gibt unter den Deutschen noch ein anderes Phänomen, das ich Wohlstands-Chauvinismus nenne. Nehmen Sie die Stadt Pforzheim, eine der reichsten Städte der Welt mit einer der niedrigsten Arbeitslosenzahlen – aber 20 Prozent Republikaner-Wählern. Die sind nicht von Konkurrenz bedroht, sondern von der Angst, etwas abgeben zu müssen an Lebensqualität, an deutscher Identität, etwas einzubüßen von ihrer Sattheit."* [8, Seite 196]

Dem konnte die Bundesrepublik erfolgreich abhelfen. 18 Jahre später ist das ehemalige schwäbische Schmuck- und Uhrmacherstädtchen Pforzheim eine Stadt der Ausländer, denn „Multi-Kulti findet ohne die Deutschen statt. Während lediglich 15,7 Prozent bei den 65- bis 80-Jährigen einen Migrationhintergrund haben, so sind es im Jahr 2008 bei den unter Dreijährigen in Pforzheim bereits 71,7 Prozent. Mit anderen Worten: Die Zukunft gehört den Migranten."[317]

Das einst beschauliche deutsche Pforzheim ist längst eine Ausländerstadt geworden. Mit jedem weiteren Migranten sinken die Steuereinnahmen der Stadt, während die Sozialausgaben steigen. Pforzheim ist bankrott."

Eine Lokalzeitung berichtete Ende 2009: „Rund eine Million Euro mehr wird Sozialamtsleiter Rüdiger Staib am Ende des Jahres benötigen, um die Miete und Heizung der Hartz-IV-Empfänger in Pforzheim zu bezahlen."[318]

Woran das alles liegt, veranschaulicht ein Blick in die Pforzheimer Zeitung vom 15. Juni 2010. Da heißt es: *„Seit einigen Jahren ziehen vermehrt irakische Flüchtlinge nach Pforzheim, inzwischen stellen Iraker die drittgrößte Ausländergruppe in der Stadt dar. Viele dieser Flüchtlinge sind Analphabeten oder verfügen über nur sehr geringe schulische Bildung. Dadurch ergeben sich für die Stadt große Probleme … (es) müßten häufig zunächst grundlegende Regeln des Zusammenlebens in Deutschland erklärt werden."* [10, Seite 24]

Das Geld ist aber nicht mehr vorhanden. Man ist finanziell am Ende. Das kommunale Tafelsilber wurde verramscht. Und jetzt kommt der an „Bereicherern" und angeblichen „Potenzialen" so reiche Ort wohl unter die Zwangsverwaltung des Regierungspräsidiums.[319] [10, Seite 23]

… Doch die Politik macht munter weiter: „Migranten sind eine Bereicherung für unser Land:

In kultureller, sozialer und auch in wirtschaftlicher Hinsicht", fabulierte etwa FDP-Wirtschafts-minister Rainer Brüderle im Mai 2010.[320] [10, Seite 26]

Die Art der Mitbewohner und Umwohner ist zweifellos die wichtigste Frage der Umwelt des Einzelnen. Ihre Beantwortung trägt ohne Frage entscheidend zu dem bei, was neuerdings mit dem Schlagwort der „Lebensqualität" bezeichnet wird. Wenn in gewissen Stadtbezirken die Deutschen nach und nach vor den nachdrängenden Türken abwandern, so vor allem deswegen, weil sie eine andere Umgebung haben wollen, weil zu der von ihnen gewünschten Umwelt eine andere, als von Ausländer geprägte Nachbarschaft gehört, einschließlich der Tatsache, daß in Stadtgebieten mit Ausländermehrheit ein normaler Schulunterricht für deutsche Kinder nicht mehr möglich ist. [13, Seite 228]

---

316 M. Walid Nakschbandi (deutscher Staatsbürger afghanischer Herkunft) in: Süddeutschen Zeitung, 19.09.2000
317 Pforzheimer Zeitung, „Pforzheims Zukunft gehört den Migranten", 26.01.2010
318 Pforzheimer Zeitung, „Sozialausgaben der Stadt steigen weiter an",
319 Tagblatt, „Gesamtbeirat fordert, Pforzheim unter Zwangsverwaltung zu stellen", 19.02.2010
320 Hamburger Abendblatt, „Integrationsrendite liegt bei 12 Prozent", 25.04.2010

6. Das System: Diktatur mit freien Wahlen

„Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazikonzept. Genau das haben die alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der UN eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern."[321]

Bild 62: Sergio Vieira de Mello

Wahlen dienen nur dazu, die Illusion von Demokratie aufrecht zu erhalten. Wer nicht wählen will, dessen Stimme wird automatisch durch „die Partei", also die „CDU-CSU-SPD-FDP-GRÜNEN-LINKE", per Umlageverfahren gestohlen. Diese Personengruppe als Ganzes kann man als Einheitspartei betrachten, die lediglich in verschiedene Flügel eingeteilt wird. Die sogenannten Parteien sind tatsächlich nur Subparteien. Wie in der früheren DDR bekommt „die Partei" auch heute immer über 95 Prozent der Wählerstimmen. Die obersten Politiker sind nicht dumm. Das mag für viele überraschend klingen, doch sie sind wirklich gerissen und jeden Cent wert, den sie bekommen – nur leider nicht aus Sicht des Volkes. Man kann zwar nicht der gesamten Parlamentsfüllmasse unterstellen, daß sie wissentlich und absichtlich handelt, wenn sie jeden ihr vorgelegten Hochverrat wie befohlen abnickt.

Aber die Spitzenpolitiker wissen sehr genau, was gespielt wird und wem sie zu dienen haben. Das Volk darf seine Gegner in den Parlamenten auf keinen Fall unterschätzen. Diese Staatsfeinde vertreten die Interessen der Geldverleiher, was man auch leicht daran erkennen kann, wofür Rettungspakete in hundertfacher Milliardenhöhe auf Rechnung der Steuerzahler spendiert werden und wofür nicht. Doch bei den meisten Menschen ist das so noch gar nicht angekommen. Die entscheidende Rolle dabei spielen natürlich die Massenmedien. Eine Ausnahme stellt zurzeit noch das Internet dar. Daher ist es auch nicht überraschend, daß nun mit fadenscheinigen Argumenten die allgemeine Internet-Zensur eingeführt wird. Und jeder Politiker, der es wagt, etwas dagegen zu unternehmen, wird als Befürworter von Kinderpornographie an den Pranger gestellt werden. So müssen sich die Politiker sogar noch ihr eigenes Grab schaufeln, indem sie die allgemeine Internet-Zensur einführen und dann erst recht von den Meinungsmachern abhängig bleiben.

Alle Politiker sind auf wohlwollende Massenmedien angewiesen, um ein bestimmtes Amt und die damit verbundenen Privilegien zu erlangen. Sie brauchen die „öffentliche Meinung" auf ihrer Seite und richten all ihre Handlungen daraufhin aus. Es gibt jedoch keine „öffentliche" sondern nur eine „veröffentlichte" Meinung, die von den Eigentümern der Massenmedien erzeugt wird. Damit haben sie die Macht, jede beliebige Person in jedes beliebige Amt zu setzen, dort zu steuern und bei Bedarf wieder daraus zu entfernen.

Darum ist es auch völlig irrelevant, wer für welches Amt als Marionette dient. Alle Politiker müssen gehorchen. Doch das fällt ihnen nicht schwer, denn sonst wären sie ja nicht so weit gekommen. Während einer gesamten politischen Laufbahn herrscht das Prinzip der negativen Selektion: Zum Erreichen der lukrativsten Posten braucht man vor allem Eigenschaften wie Schauspielerkönnen, Charakterlosigkeit, Gerissenheit, Habgier und Geltungsdrang. Von den Politikern kann man nichts erwarten. Sie sind weder dazu ausgebildet, noch fähig, noch willens irgendetwas anderes zu tun. Neue Ideale haben keine Chance. Viele neue Parteien träumen davon, was sie alles bewirken würden, wenn sie nur das Interesse der „Öffentlichkeit" auf sich ziehen könnten. Doch dieses ist ein Machtinstrument. Das kann man nicht mal eben schnell an sich reißen. Daher ist es auch völlig sinnlos, sich in irgendeiner der vielen neuen Parteien zu engagieren, die sich allesamt stets darüber wundern, daß sie keinerlei Beachtung bekommen.

[321] „I repeat, ethnic purity is basically a Nazi concept. That is what the allied powers fought against during the Second World War. That's what the United Nations was established to fight against over the decades. That is what NATO fought against in fact in Kosovo. And that's that is why the Security Council requested us to establish such a strong presence in Kosovo, precisely to prevent ethnic purity and to make Kosovo remain what it should be because all the communities have a historical interest in remaining in that province."
Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo und der United Nations Undersecretary-General for Humanitarian Affairs, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS, 04.08.1999

Das System erhält sich selbst. Zuerst muß man systemkonform werden, dann bekommt man wohlwollende Medienberichte, und erst dann darf man vielleicht mal Regierung spielen. Das ist auch der Grund, warum jede Regierung im Wesentlichen immer das Gleiche tut.
Teile und herrsche: Die Parteien haben vor allem die Aufgabe, die Zinssklaven in Untergruppen einzuteilen und deren Interessen dann gegeneinander auszuspielen:
Mann gegen Frau, Jung gegen Alt, geringverdienende Zinssklaven gegen besserverdienende Zinssklaven, Inländer gegen Außländer, Christen gegen Moslems, Raucher gegen Nichtraucher, Linke gegen Rechte, Dicke gegen Dünne, Homo gegen Hetero, Hund gegen Katz und so weiter und so fort. Sollen die einen mehr Steuern oder Pflichten bekommen oder die anderen mehr Transferleistungen und Rechte oder umgekehrt?
Täglich wird eine neue Sau durch's Dorf getrieben, damit Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbständige, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner sowie Minderheiten gleich welcher Art bloß nicht bemerken, daß sie alle zur Gruppe der Zinssklaven gehören, während die Feudalherren und ihr Geldsystem vom Parteienkartell stets unbehelligt bleiben.
Brot und Spiele: Staatliche Transferleistungen sind das Brot. Die Spiele sind heute niveaulose Unterhaltung, Casting-Shows mit Fremdschämen im Fernsehen, manipulative Musik im Radio sowie Nachrichten die ablenken anstatt aufzuklären. Die breite Masse muß schließlich satt, dumm, gleichgültig und bei Laune gehalten werden. „Würden die Menschen verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution – und zwar schon morgen früh."
Das Modell der Gewaltenteilung, funktioniert noch nicht einmal bei den drei Gewalten, für die es ursprünglich konzipiert wurde: Exekutive und Judikative sind fremdbestimmt durch die Legislative. Und das BKA hat sich Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stil von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt. Doch unabhängig davon stehen über diesen drei Gewalten noch zwei wesentlich stärkere, nämlich Geldschöpfung und Medien. Den meisten Menschen ist noch gar nicht aufgefallen, daß nach jeder Wahl weitgehend die gleichen Politiker in den Parlamenten sitzen. Diese Personengruppe als Ganzes kann man als Einheitspartei betrachten, die lediglich in verschiedene Flügel eingeteilt wird. Die sogenannten Parteien sind tatsächlich nur Subparteien. Wie in der früheren DDR bekommt „die Partei" auch heute immer über 95 Prozent der Wählerstimmen.
Die Massenmedien haben das Wahlvolk dabei so gut unter Kontrolle, daß Wahlfälschungen erst gar nicht nötig werden. Rückständige Diktaturen manipulieren Wahlen, moderne Diktaturen manipulieren die Wähler. Letzteres ist nicht nur unauffälliger und effizienter sondern sorgt auch dafür, daß ein Verdacht auf Wahlfälschungen erst gar nicht aufkommt und regimekritische Demonstrationen von Anfang an gar keinen Nährboden finden.
Wahlen dienen nur dazu, die Illusion von der Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wer nicht wählen will, dessen Stimme wird automatisch durch „die Partei", also die „CDU-CSU-SPD-FDP-Grünen-Linke", per Umlageverfahren gestohlen. Hat ein Parlamentarier erst einmal seinen Sitz ergattert, dann kann ihm praktisch nichts mehr passieren. Als einer von Tausenden von Parlamentariern in Bund, Ländern und Gemeinden muß er nur noch Gesetzesvorlagen abnicken, ist bis zum Lebensende reichlich versorgt und trägt für die Folgen seiner Handlungen nicht die geringste persönliche Verantwortung.
Aber ein Problem haben diese Parlamentsparasiten: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.
So wahr mir Gott helfe." (Art. 56, GG)
Für diesen Meineid werden sie sich zu gegebener Zeit zu verantworten haben.[322]
Der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Tobias Dürr in der WELT vom 10. September 2002 schreibt: „Ein Hauch von Endzeit liegt über der gespenstischen Szenerie. Denn tatsächlich ist keine einzige der deutschen Parlamentsparteien heute noch so etwas wie der politische Arm einer vitalen Strömung oder Interessenlage innerhalb der deutschen Gesellschaft. Die sozialen und kulturellen Ressourcen der Parteien sind ausgetrocknet. … Der Rückzug der Politik in die Scheinwelt der medialen Inszenierung hat die Krise nur noch weiter verschärft. Wir stolpern unruhigen Zeiten entgegen". [25, Seite 137]

[322] „Geldsystem: Diktatur mit ‚freien' Wahlen", 06.08.2010

Auswirkungen der Globalisierung auf die Politik

Bild 63: „Babyküssende, mechanisch grinsende, telegene Politiker“

„Der von den Globalisierern geforderte Vorrang der Weltfinanz- und Wirtschaftsinteressen vor politischen und sozialen Belangen der gleichgeschalteten Nationen bedeutet, daß die im Bereich der Innen- und Außenpolitik längst angelaufene Entmachtung der nationalen Regierungsorgane zu Gunsten internationaler Institutionen und Kartelle beschleunigt vorangetrieben wird. Immer mehr Verfügungen globaler Instanzen aus New York, der Weltbank und des IWF setzen die nationalen Gesetze und Einrichtungen außer Kraft.
Vier Fünftel aller Entscheidungen in den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten werden vorher in Brüssel getroffen. Statt einer Vielfalt an nationalen Parteien werden weltweit nur noch zwei oder drei Einheitsblöcke von international ausgerichteten Parteien übrig bleiben. Obwohl die Regierungen der einzelnen globalisierten Staaten über immer weniger Kompetenzen verfügen, ihre Mitglieder längst nicht mehr ihr Volk vertreten, sondern die Interessen internationaler Organisationen, werden weiterhin regelmäßig Parlamentswahlen veranstaltet, um den ‚Bevölkerungen‘ vorzugaukeln, sie nähmen durch ihre Stimmenabgabe ‚aktiv‘ am demokratischen Entscheidungsprozeß teil. …
Die Wirklichkeit (der ‚Demokratie‘) sieht freilich anders aus: Die Amerikaner, die dem Aberglauben anhängen, ihre beiden Großparteien würden sich einen harten Kampf um die Stimme jedes einzelnen Wählers liefern, wären erstaunt zu erfahren, daß sich nur 37 Prozent der wahlberechtigten US-Bürger für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004 registrieren ließen. Von diesen 37 Prozent gaben nur 42 Prozent ihre Stimme ab. Das waren lediglich 16 Prozent aller Wahlberechtigten! Je 8 Prozent wählten demnach den demokratischen oder den republikanischen Kandidaten, womit feststeht, daß 92 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner den Präsidenten George W. Bush nicht gewählt, 84 Prozent sich der Stimme enthalten haben.
Dem amerikanisch ‚demokratischen‘ Beispiel folgend, werden den entmündigten EU-ropäischen Völkern fernsehgerecht nur noch Polittheater in Technicolor geboten, händeschüttelnde, babyküssende, mechanisch grinsende, telegene ‚Politiker‘ präsentiert, deren Aussagen überall, zu jeder Zeit, zu allen Fragen und in allen Sprachen austauschbar sind. Jeder öffentliche Auftritt solcher auf Grund ihrer absoluten Prinzipienlosigkeit und Manipulierbarkeit selektierten ‚Auserwählten‘ wird von professionellen Politikmanagern bis ins letzte Detail inszeniert.
Dem sowjetisch ‚volksdemokratischen‘ Beispiel folgend, sorgen, wie zu Zeiten Stalins und Ulbrichs, Berufssykophanten des Politapparates und herbeibefohlene Jubelmengen für den lang anhaltenden, nicht ende wollenden Beifall.“ [30, Seite 83, 84]
Die ganze Entwicklung anders ausgedrückt und aus der Sicht der passiven Verlierer:
„Natürlich ist die Errichtung eines Vielvölkerstaates auf deutschem Boden und die Balkanisierung nach BRD-Recht nicht strafbar. Es ist der Völkermord auf „demokratische" Art. Genauso wie die Massenabtreibungen gesunder deutscher Kinder. Daß es ein Verbrechen ist, ist den Verantwortlichen aber schon klar, sonst würden sie es nicht auf diese subtile und perfide Art machen. Widerstand haben sie nicht zu befürchten. USrael steht voll hinter der Ausrottung der Deutschen und würde militärisch einschreiten, falls die Deutschen auf die Idee kämen, die Tötungen einzustellen und wieder ein deutsches Volk (Volkssouveränität) herzustellen.“[323]

[323] ‚Blue Max‘, POLITIK ARENA, „Die Völkermordphantasien der BRD-Medien und der kalte Verfassungsputsch“, 07.04.2010

Bei einem Volksaufstand gegen den EU-Überstaat droht als Strafe der Tod

„Laut ‚Berliner Erklärung' wollen die Staats- und Regierungschefs der EU ‚die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage' stellen, wie es in der endgültigen Fassung heißt.

Im folgenden bringen wir den Wortlaut der Erklärung, die beim EU-Sondergipfel am 25. März 2007 feierlich verabschiedet wurde. Der Verfasser (Richard Melisch) erlaubt sich, seine Kommentare in Kursiv-Schrift anzufügen:

„Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. …Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu stärken. (*Was ist das für eine Demokratie, in der von keinem Volk gewählte und beauftragte Kommissare sich in alle Belange einmischen?)*

Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. (*Das können die Berliner, Wiener, Züricher, Pariser und Londoner wahrlich bestätigen!*)

Wir verwirklichen in der EU unsere gemeinsamen Ideale: Für *uns* steht der Mensch im Mittelpunkt. (*Stimmt genau: die Brüsseler Kommissare und Apparatschiks verwirklichen in der EU ihre gemeinsamen Ideale: Für sie steht der gleichgeschaltete, wertfreie, entnationalisierte Mensch wahrlich im Mittelpunkt*.)

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Freistaatlichkeit (*was soll das denn sein?*), nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe (?), Gerechtigkeit und Solidarität. (*Hier hat die Brüsseler Nomenklatura wahrlich kein einziges erstrebenswertes Ziel ausgelassen, das die europäischen Kulturvölker nicht schon immer angestrebt haben – mehr als zweitausend Jahre, bevor sich diese EU-Politverheugner erlauben, sich als Erfinder dieser ur-europäischen Ideale aufzuspielen.*)

Wir leben und wirken in der EU auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedsstaatenund europäischen Institutionen. Die EU gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. (*Das Gegenteil trifft zu: Nur in den wenigsten Mitgliedstaaten wurde das Volk um seine Meinung zur EU-Verfassung befragt. Die deutsche und österreichische Regierung werden sich hüten, das Volk um seine Meinung zu diesen ‚Berliner Erklärungen' zu fragen*.)

Wir wahren in der EU die Eigenständigkeit und vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Religionen bereichern uns. (*Der Inhalt des zweiten Satzes schließt jenen des ersten Satzes aus: Wie kann die von Brüssel geforderte und geförderte Masseneinwanderung von … ‚Migranten' aus der Dritten Welt den Erhalt der einheimischen Kulturen und Traditionen gewährleisten? Die EU-Verfassung garantiert im Gegenteil die Entvolkung der betroffenen Mitgliedsstaaten.)*

Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der EU. (*Von welchem ‚Gesellschaftsideal' ist hier die Rede? Die EU-ropäisierung der Völker bedeutet die Multikulti-Gleichschaltung aller Bürgerinnen und Bürger.)* Deshalb sind wir in dem Ziel geeint, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, die EU bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf einer erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen."

Verborgen hinter Wolken von Moralin und Rosentau, eingewickelt in Logorrhöen von salbungsvollen und nichtssagenden Platitüde, wird gelegentlich auch Klartext gesprochen:

Entgegen des in der EU-Verfassung enthaltenen Verbots der Todesstrafe heißt es nun in den Erläuterungen zum Artikel 2 (II-62), Absatz 2 (Schlußakte A.12, Titel 1, Art.2) der EMRK (der Europäischen Menschenrechtskonvention): „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um

a) jemanden gegen rechtswidrige Gewalt zu verteidigen,
b) jemanden rechtmäßig festzunehmen, oder jemanden, dem die Freiheit rechtmäßig entzogen ist, an der Flucht zu hindern,
c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

Und wer wird wohl bestimmen, was rechtmäßig ist? [30, Seite 194-197]

Frühere Diktaturen hätten es nicht besser formulieren können.

Thorsten Hinz, analysiert in der JUNGEN FREIHEIT aus Anlaß der Sarrazin-Debatte die Krise in den Köpfen der volksfeindlichen, politisch-medialen „Elite“:

- Die Funktionseliten haben zu den Problemen nichts zu sagen.
- Die etablierten Parteien bilden de facto eine Einheitspartei.
- Nicht der kritische Journalist, sondern der Denunziant und Büttel gibt heute den medialen Ton an und aktiviert bei Bedarf die linke Hetzmeute als Schutzstaffel der Elite.
- Die politische Klasse schafft mit staatlichen Machtmitteln die Wirklichkeit ab: durch Sprach- und Medienpolitik, durch Strafgesetze, die ganze Wirklichkeitsbereiche tabuisieren, durch informelle Zwänge.

Die Reaktion der Funktioneliten aus Politik und Medien auf das Buch Thilo Sarrazins zeigt, daß von ihnen nichts zu erwarten ist, was die Abschaffung Deutschlands verhindert. Es besteht nicht einfach nur ein Graben zwischen ihnen und dem Demos, es gibt eine fundamental andere Wahrnehmung und Weltsicht, die mit einer unterschiedlichen Interessenlage korrespondiert.
Gerade hat eine neue Untersuchung ergeben, daß Berlin trotz überproportionaler Bildungsausgaben die im Durchschnitt dümmsten Grundschüler Deutschlands aufweist und sich der Bildungsgrad weiter im freien Fall befindet. In dieser Situation beschäftigt die SPD, die hier seit immerhin zwanzig Jahren den Bildungssenator stellt, sich hauptsächlich mit dem Parteiausschluß eines Mannes, der eben dieser Entwicklung auf den Grund geht und auf die ungünstige Struktur der Zuwanderer als eine der Ursachen aufmerksam macht.
Politische Führung und Meinungsmacher sind praktisch, aber auch verbal am Ende. Selbst Ahnungslosen schwant, daß hinter ihrem Verdrängen und Beschweigen keine tiefere Einsicht, kein Geheimwissen oder Geheimplan steckt, den man besser für sich behält, um ihn desto effizienter umzusetzen. Die Funktionseliten haben tatsächlich zu den Problemen nichts zu sagen. Das betrifft sämtliche etablierte Parteien, die – mit der DDR mehr und mehr vergleichbar –eine Einheitspartei bilden. Nur waren sie dort offiziell in einer „Nationalen Front“ zusammengeschlossen, während sie sich heute in einer informellen anti-nationalen Front zusammenfinden. Es eint sie das Interesse am Selbsterhalt, und der erfordert, die Benennung dessen zu verhindern, was sie durch ihr Tun und Lassen gerade auch in der Ausländerpolitik angerichtet haben. Andernfalls würde sich die Frage nach ihrer Legitimation und ihrer Verantwortlichkeit stellen. Verantwortung heißt, mit den Ergebnissen seines Handelns konfrontiert und für sie haftbar gemacht zu werden. Genau das fürchten sie, wie der Teufel das Weihwasser. Aus dieser Furcht erklärt sich ihre ungeheure Aggressivität gegen den Buchautor, die sich bis zum Vernichtungsfuror steigerte. Die meisten Politiker, Journalisten, Lobbyvertreter und sogenannte Experten arbeiteten Hand in Hand. Die wenigen Protestierer, die sich anläßlich der Buchvorstellung am 30. August vor der Bundespressekonferenz aufbauten, waren den Fernsehnachrichten eine Meldung wert – offenbar als Aufforderung zu einem noch breiteren zivilgesellschaftlichen Engagement. In der Frankfurter Rundschau kam der Rezensent Arno Widmann zu dem Schluß, Sarrazin sei de facto geisteskrank und kriminell. „Wer sein Buch liest, der denkt an ‚Volksverhetzung’, an den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches.“
Der Denunziant und Büttel als die höchste und letzte Entwicklungsstufe des linksliberalen BRD-Journalisten – auch das belegt die von Sarrazin diagnostizierte Degenerierung der Gesellschaft![324]
„Daß sich im Zuge der Globalisierung nicht nur Informationen und Kapital weltweit bewegen, sondern auch Menschen, kann nicht bezweifelt werden. Die von Claus Leggewie ersonnenen Konstruktionen bieten allerdings keine Perspektive für eine menschliche Zukunft. Erst recht würde eine solche Option der Auflösung aller historischen, kulturellen und ethnischen Verbundenheiten kaum eine Chance auf demokratische Zustimmung erhalten. Ähnliches gilt für die Empfehlung Christoph Butterweges darüber zu streiten, ‚ob das nationalistische Konstrukt ‚deutsches Volk’ überhaupt noch zeitgemäß ist und öffentliche Aufmerksamkeit verdient oder ob wirklichen Zusammenwachsens der Welt- die Politik nicht zu einer kosmopolitischen Umorientierung zwingt ... “ [11, Seite 392]

[324] Junge Freiheit, „Die Krise in den Köpfen Angst vor Veränderungen: Die Sarrazin-Debatte und der Klüngel der Verantwortungslosen“, 37/2010, S. 11

„9/11“ und der „war on terror“, die Klimalüge als Teil der inszenierten Ökopanik, aber auch die Finanzkrise (die man aufgrund der strukturellen Instabilität eines inflationsbasierten Finanzsystems jederzeit ausbrechen lassen konnte), haben eines gemeinsam: Sie legitimieren den Ruf nach supranationaler Steuerung, nach Souveränitätsbeschränkung der Nationalstaaten, nach global governance, mit einem Wort: nach einer Weltregierung. …
Nehmen wir als Beispiel die Ökologiebewegung: Janich zeigt, daß die „grünen“ Stiftungen der Rockefeller-Clans ihre geistigen Ursprünge im Eugenik-Gedankengut der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben. Die Eugeniker in den angelsächsischen Ländern hatten es damals darauf abgesehen, die Vermehrung sowohl von Schwarzen als auch von armen und daher (wie unterstellt wurde) genetisch minderbemittelten Weißen zu behindern; also ein rassistisches Programm zur Gründung einer Herrenrasse; die Vertreter dieser Idee seien auch gut mit führenden Nazis befreundet gewesen – wen wundert’s? – und hätten nach dem Krieg nur eine andere Tarnung, nämlich die ökologische, benutzt, um die Menschheit um zwei Drittel zu reduzieren. Sie hätten daher auch die Panik vor der Überbevölkerung des Planeten geweckt und zum Beispiel über Rockefellers Stiftung Planned Parenthood einen strategischen Feldzug zur Senkung der Geburtenraten geführt. Das alles trifft zu, und Janich hätte ruhig noch erwähnen können, daß der deutsche Ableger von Planned Parenthood Pro Familia ist.
Nur stellen sich doch Fragen: Wenn die amerikanischen Eliten ein Rassenzüchtungsprogramm betrieben, warum haben sie dann ausgerechnet die Nazis bekämpft? Wenn sie mit denen so gut Freund waren, warum haben sie dann einen Krieg gegen sie geführt und sie anschließend in Nürnberg gehängt? Und wenn das Ziel darin bestanden haben soll, genetisch angeblich „minderwertige“ Menschen an der Fortpflanzung zu hindern, nicht aber die genetisch bedingt Leistungsfähigen – wie erklärt sich dann heute der spektakuläre „Mißerfolg“ dieses Programms, das in der Tat dazu geführt hat, daß die europäischen Völker auf dem Weg in den demographischen Selbstmord sind; daß sich innerhalb dieser Völker gerade die armen Schichten noch am ehesten vermehren, also diejenigen, die es eigentlich gar nicht sollten; daß die nichtweißen Völker sich stattdessen rasant vermehren (also wiederum die, die es nicht sollten); daß die einzige Ausnahme von der letztgenannten Regel ausgerechnet die Chinesen sind, das Volk mit dem höchsten Durchschnitts-IQ weltweit, das durch die Ein-Kind-Politik zur zahlenmäßigen Reduktion gezwungen wird? …
Auch hier geht es um die Globalisierung, d.h. Entnationalisierung von staatlichen Kompetenzen. Hierfür muß die Notwendigkeit solcher globalen Interventionskompetenzen glaubhaft gemacht werden; dies bedeutet keineswegs, daß sie langfristig tatsächlich zur Beschränkung der freien Verfügung über Eigentum genutzt werden. Weiter: Der europäische Sozialstaat wird nicht deshalb aufrechterhalten, weil die Globalisten ihm noch ein langes Leben prognostizieren oder gar wünschen würden, sondern weil er den Immigrationssog verstärkt, unter dem er am Ende zusammenbrechen wird. … Angenommen, wir hätten es mit einer Klasse von Superreichen zu tun, die sich, ergänzt um ihre Ideologen und Funktionäre, bis zum Sanktnimmerleinstag an der Macht halten wollte, und dies im Weltmaßstab. Wie müßte diese Klasse es anstellen? Nun, sie müßte Rebellion und Revolution buchstäblich unmöglich machen. Wer kann denn rebellieren? Bauernaufstände geschahen im Namen eines Standes, die Reformation und der Dschihad im Namen eines Glaubens, die Französische Revolution im Namen von la nation, die Pariser Kommune war der Aufstand einer Klasse. Kurz und gut, es muß ein gefühltes Kollektiv vorhanden sein, eines, das Solidarität gegen die Herrschenden stiftet. Rebellion ist nur dann und nur so weit gefährlich, wie die Rebellen für ihre Sache zu sterben bereit sind. Wofür sind Menschen bereit zu sterben?

Erstens für die eigenen Kinder, zweitens für das eigene Volk, drittens für den eigenen Glauben.

Was muß man also zerstören, wer als Weltherrscher Rebellion ein für allemal unmöglich machen will? Nun, erstens die Familie, zweitens die Völker, drittens die Religion. Um es auf einen Nenner zu bringen: Man muß das Bewußtsein der Transzendenz auslöschen. Wer weder in seinen Kindern fortleben will, noch sich als Teil seines Volkes sieht, noch eine Verantwortung vor Gott kennt, ist der ideale Untertan.

Janich kann das alles nicht sehen, weil Transzendenz in seiner Ideologie nicht vorkommt. Deshalb wird eine Ideologie propagiert, wonach es ohnehin zu viele Menschen gebe, deshalb wird die Familie als gesellschaftliches Leitbild demontiert, deshalb ein „Weltethos“ gepredigt als Vorstufe zur Abschaffung von Religion, und deshalb die westlichen (weißen) Völker langsam aber sicher in die multikulturelle Selbstauflösung getrieben. Nun wissen wir auch, warum die Politik der Bevölkerungskontrolle am nachhaltigsten und mit dem durchschlagendsten Erfolg im Westen betrieben wird, und nicht etwa in der Dritten Welt. Warum sie also gerade nicht gegen die unteren Segmente der Menschheitspyramide eingesetzt wird, sondern gegen die mittleren. Es geht darum, durch Bevölkerungsschwund einen Immigrationssog zu erzeugen, der diese Völker als Solidargemeinschaften auslöscht. Gewiß wird es auch in hundert Jahren noch Deutsche geben, aber kein *deutsches* Volk mehr. Entsprechendes gilt für die anderen Völker Europas. Gerade diese Völker sind nämlich kraft ihrer Fähigkeiten und kraft ihrer nationalstaatlichen Machtmittel die einzigen wirklich gefährlichen Opponenten der globalen Ordnung, wie gerade Deutschland zur Genüge bewiesen hat.[325]

Die multikulturelle Gesellschaft ist damit die Forderung nach einer Auflösung der Abstammungsgemeinschaft. Der Journalist Wilhelm Bittorf belegte in seinem ausgezeichneten Dokumentarfilm[326] bereits im Jahr 1975, daß eine Weltregierung über eine multikulturell verelendete Weltbevölkerung herrschen soll. Bittorf unterstrich aber auch, daß dieses Konzept nur so lange funktioniert, so lange die Völkervernichtung bezahlt werden kann. Am Beispiel New Yorks, so Bittorf, sollte der gesamte Globus gestaltet werden. Bittorf wörtlich: *„Wir fahren in die Stadt, in der sämtliche Rassen und Religionen der Menschheit leben, nebeneinander leben, gegeneinander leben; doch zusammengehalten vor allem durch eins: durch die Ökonomie, durch den Dollar. … Das ist ein wichtiger Punkt für das Verständnis der Weltbetrachtung, die in den Geschäftshochburgen New Yorks gepflegt wird.*"

Bittorf zitiert den damaligen jüdischstämmigen Chef der New Yorker Commerzbank-Zentrale, Klaus Peter Jacobs. Jacobs erklärte vor der Kamera den Plan der inoffiziellen Rockefeller-Weltregierung („Council on Foreign Relations", Rat für auswärtige Beziehungen):

„Die Amerikaner und vor allen Dingen die wirtschaftlichen Führer, die Verantwortlichen hier, haben ein großes, ich möchte sagen Sendungsbewußtsein; aber sie glauben an Amerika und glauben, daß das, was in Amerika sich hat durchsetzen lassen, nämlich das Verschmelzen vieler Rassen, vieler Gebräuche, vieler unterschiedlicher Völker mit all ihren ethnischen Eigenheiten auch weltweit sich durchsetzen lassen kann, und daher ist das Bestreben der Amerikaner, etwas Ähnliches wie die Vereinigten Staaten auch weltweit zumindest auch zu versuchen." Und dann erklärten CFR-Größen, und das bereits 1975, wie sich die Lobby finanziert: „Der Export deutschen Kapitals und deutscher Ersparnisse ins Ausland ist in vollem Gang." Wie „der Export deutscher Ersparnisse" an Lehman endete, wissen wir seit dem Zusammenbruch des jüdischen Betrugsinstituts im Jahr 2008 ganz genau.

[325] Manfred politische Korrektheiten, Eine Rezension des Buches: Oliver Janich: „Das Kapitalismus-Komplott. Die geheimen Zirkel der Macht und ihre Methoden.“; 25.08.2010

[326] Park Avenue Pratt House, „Amerikas heimliche Weltregierung?“, ARD, 26.11.1975

Abschied von der Zivilmacht – Denkfabriken steuern die EU-Politik

Die künftige EU wird nicht mehr viel mit dem bisherigen Europa gemeinsam haben. Das betrifft nicht nur die flächendeckende Vergatterung auf das neoliberale Marktkonzept, sondern auch die Rolle der EU in der Welt. ... Schon die Verbissenheit, mit der Berlin die Verabschiedung der EU-Verfassung vorantreibt, ist verräterisch. Dort soll nämlich unter anderem die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und die zielstrebige Steigerung der europäischen Rüstungsanstrengungen festgeschrieben werden. Wie der neue Kurs im einzelnen könnte lassen zahlreiche halboffizziöse Verlautbarungen aus dem Umfeld einflußreicher, scheinbar unabhängiger Stiftungen erkennen, die die Kernvokabeln einer zukünftigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik schon seit geraumer Zeit zielstrebig in die öffentliche Diskussion einspeisen.

Einer der tonangebenden „think tanks“ ist die Bertelsmann-Stiftung mit ihren angeschlossenen Instituten. Sie gehört derzeit zu den wichtigsten Einflüsterern der Berliner Regierungspolitik, wenn es um marktliberale „Reform“.Projekte geht, einerlei, ob im Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsbereich. Immerhin mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen der Bertelsmann-Stiftung zur Verfügung, um ihre Konzepte an Medien, Politiker und andere „gesellschaftlich relevante“ Multiplikatoren weiterzureichen. ...

Als die Stiftung im Jahr 2006 ihr erstes „Global Policy Council“ abhielt, an dem zahlreiche prominente Politiker und Wissenschaftler teilnahmen, berichtete das CAP darüber mit den Worten: *„Diese Bestandsaufnahme zeigt, wie wirtschaftliche Verflechtung, globale Abhängigkeiten, Kontrolle über wichtige regionale Versorgungslinien, demographischer Streß, Pandemien, Zugang zu Ressourcen wie Energie und Wasser sowie Probleme wie staatliches Versagen oder die Entfaltung nuklearer Macht geostrategisches Handeln in Zukunft bestimmen werden.“*

Die Ansammlung von Leerformeln zielt darauf ab, auszublenden, daß gerade die Politik der Globalisierer und Liberalisierer viele der angesprochenen Probleme selbst mitverursacht, etwa die asozialen Folgeerscheinungen „wirtschaftlicher Verflechtungen“, „staatliches Versagen“ und „demographischer Streß“. Anstatt durch die Verhinderung des letzteren durch eine konsequente Bevölkerungspolitik in Europa zu widmen, sorgten die Drahtzieher der „One World“ seit langem für einen verheerenden „Migrations“- Druck aus der Dritten Welt, der die europäischen Bevölkerungen geradezu zwangsläufig unter „demographischen Streß“ setzt.

Auch das „staatliche Versagen“ ist nicht etwa eine unkalkulierbare Begleiterscheinung der Politik im 21. Jahrhundert, sondern geradezu ein Kernanliegen der Globalisierung-Betreiber. Mit der Notwendigkeit „geostrategischen Handelns“, wie es sich die Bertelsmann-Weltpolitiker wünschen, hat das alles nichts zu tun (man schafft vorher die Voraussetzung, um später eine gewünschte politische Richtung einschlagen und legitimieren zu können).

Die Europäer wären gut beraten, die ideologische Vorfeldarbeit der großen „think tanks“ wachsam zu beobachten. Diese sind nämlich mit Hochdruck dabei, der Alten-Welt eine neue Welt-Politik zu verpassen, die auf einen permanenten Welt-Konflik hinausläuft. Und dafür braucht es dann logischerweise noch mehr europäische Rüstungsanstrengungen und noch mehr Überwachung. Ein Teufelskreis, aber kein zufälliger. *kr*

Wenn die derzeitige Entwicklung so weitergeht, wird ja nicht nur die Einwohnerzahl abnehmen. Viel entscheidender ist, daß parallel dazu der Anteil der Infantilen und Kulturunfähigen zunehmen wird. Diese werden ein beträchtliches politisches Potential darstellen und lautstark auf soziale Teilhabe pochen. Denkbar ist die sukzessive Enteignung der ohnehin dahinschmelzenden Schicht der Leistungsträger mit dem Argument des „sozialen Friedens“, der gewahrt werden müsse. Das wiederum wird nachwachsende Elite außer Landes treiben, was schließlich den Sozialdarwinismus weiter verschärft. Wer erlebt hat, wie kleine Gruppen junger Männer (in Polizeiberichten „südländisch“ gen.) lautstark und raumgreifend S- und U-Bahnabteile betreten und die anderen Fahrgäste, obgleich in der Mehrheit, schlagartig in Angststarre verfallen, hat einen Blick in die mögliche Zukunft getan. Wenn Claudia Roth und Co. dann wie erwartet loskeifen, wird es nicht ausreichen, ihnen das Spengler-Wort entgegenzuhalten: „Sie gehören alle sich selbst und sind alle unfruchtbar!“ Man muß sie als Feinde der eigenen Zukunft identifizieren und attackieren.[327]

[327] JUNGE FREIHEIT, Nr.13/06, Thorsten Hinz

Hintergrundmächte

Es gibt folglich im freien Westen Leute, die das Recht haben dem Volk vorzuschreiben, was es zu meinen und zu glauben hat. Es gibt also politische Dogmen, die von der Freiheit der Meinungsäußerung ausgeschlossen sind. Dogmen, über die man nicht diskutieren darf. Dogmen, die unantastbar sind. Aber wer hat denn in der pluralistischen Demokratie das Recht, Dogmen zu verkünden und Meinungsverbote zu erlassen? Wer dieser Frage nachgeht erkennt, daß die über Frankreich und das übrige Westeuropa sich ergießende Einwanderung geplant und manipuliert ist. Und die Haushalter über die Einschleusung von Zuwanderern sind die gleichen Leute, die sich auch als Kardinäle über das Meinungswesen erheben, indem sie verfügen, was gute und böse Gedanken sind, und worüber das Volk zu reden oder zu schweigen hat.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die staatlichen Maßnahmen zum Anlocken von Flüchtlingen und Asylanten in allen westeuropäischen Ländern von Freimaurer-Kreisen besonders aktiv gefördert werden, ist es wohl richtig, bei Jacques Ploncard d'Assac Rat zu holen. Ploncard ist der beste Kenner und Kritiker der Freimaurerlogen. Er hat nachgewiesen, daß diese internationale Geheimorganisation von gewissen Zentralen aus verbindliche Weisungen erhält. Am 4. August 1949 habe der „Groß-Orient" in Paris den Gedanken einer Weltregierung als Dogma verkündet. Ploncard schreibt:

„Damit ist ein imposantes Machwerk gegen die europäischen Völker ins Rollen gebracht worden. Denn vom „Groß-Orient" gehen (in Frankreich) alle Kampfrufe zugunsten einer Weitregierung aus. Die Bestrebungen richten sich vorerst gegen die Eigenständigkeit des französischen Volkes".

Schon die Organisation der Vereinten Nationen hat kein anderes Ziel als die Weltregierung. Aber das große Experiment, womit die Vorstufe zur Weltregierung getestet werden soll, ist die Europäische Gemeinschaft. Die Beseitigung der europäischen Nationalstaaten ist die erste Voraussetzung für die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft, aber auch die Vorarbeit für die freimaurerisch geplante Weltregierung.

Der Zufall wollte, daß innerhalb weniger Tage sowohl Fred Zeller, der Großmeister des Grand Orient, als Richard Dupuy, Großmeister der Grande Loge, vertrauliche Mitteilungen an das „Europa-Parlament" - eine Zeitung von sehr speziellem und vertraulichem Charakter, die sich an die „politische Klasse richtet - gaben. …

„Welchen Parteien gehören die freimaurerischen Parlamentarier an?"

„Allen", antwortet der Großmeister Zeller. „Aber was geschieht", fragte der Journalist, „wenn ein Freimaurer Francois Mitterands oder J. J. Servan-Schreibers einen Freimaurer de Gaulles, Pompidous oder Messmers trifft, was reden sie?"

Die Antwort: *„Sie informieren sich gegenseitig, geben einander Auskünfte über die Zukunft, über die verschiedenen politischen, ökonomischen, sozialen Probleme, die die Freimaurerei bereits im Voraus von Grund auf studiert hat. Dann verteidigen sie die Standpunkte der Maurerei im Parlament. Mit anderen Worten: Unsere Brüder Parlamentarier sind beauftragt, die in unseren Werkstätten erarbeiteten Daten ins Parlament zu ‚transportieren'."*

Das ist genau die Parallelmacht in der Republik. Aufgrund der Wahlplakate glaubt man, für einen Anhänger Giscard d'Estaings oder Chiracs, für einen Radikalen oder einen Marxisten zu stimmen, und ohne es zu ahnen hat man für einen Mann gestimmt, der einer Geheimgesellschaft angehört, deren geheime Beschlüsse er „transportiert". Das steht in einem so ausdrücklichen Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien, daß man nicht verstehen kann, wieso die Staatsgewalt das Vorhandensein dieses Staats im Staate duldet, es sei denn, daß sie selbst eine geheime Emanation davon ist. …

Aber warum wird man Freimaurer? In politischer Hinsicht gab der Großmeister der Grande Loge eine eindeutige Erklärung ab: *„Wir arbeiten für die Errichtung einer Universalrepublik, und diese Republik geht über ein vereinigtes Europa (hinaus)."* [26b, Seite 144-147]

Der Antirassismus – Terror

Bild 64: ‚Eurasisch-negroide' Mischgesellschaft, hier auf französischem Boden

Die Manipulierung der öffentlichen Meinung ist eine unerfreuliche Zeiterscheinung. Dadurch wird die Freiheit der Information durch die Medienschaffenden willkürlich eingeschränkt, um dem Meinungswesen eine bestimmte, tendenziöse Richtung zu geben. Im heutigen Frankreich – und weithin in der westlichen Welt – ist ein Ereignis oder ein Verbrechen nur dann wert, in hohen Tönen erwähnt zu werden, wenn eine Person aus der Drittwelt zu Schaden kommt oder getötet wird. Ist aber ein Europäer oder gar ein Franzose das Opfer, dann handelt es sich nur um eine „unbedeutende Begebenheit". Handelt es sich jedoch um eine Übeltat, die ein Nordafrikaner oder ein Schwärzer verübt hat, dann ist es durchaus unerwünscht, die Rassenzugehörigkeit des Täters zu nennen. Eine Zeitung, die das trotzdem tut muß sich vergegenwärtigen, das sie des „Rassismus" angeklagt werden wird. Es ist unnötig zu erwähnen, daß dann die französischen Justizbehörden rasch und unerbittlich zuschlagen.

So lebt das eingeborene französische Volk in einem Klima des Meinungsterrors. Ein Schwärm von Inquisitoren wacht mit Sperberblick über das Verhalten der „französischen Franzosen". Diese Inquisitions-Instanzen sind folgende:

1. die kommunistisch ferngesteuerte MRAP (Bewegung gegen Rassismus, Antisemitismus und für den Frieden),
2. Die LICRA (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) eine unter starkem jüdischem Einfluß stehende und von den Freimaurer-Logen abgesegnete Kampforganisation,
3. SOS-Rassismus, eine von jüdischen Studenten geschaffene, vom französischen Sozialismus dirigierte Organisation zur Förderung der Einwanderung - besonders aus Afrika – und zum Schutze der Einwanderer.

LICRA und MRAP sind durch das Antirassismus-Gesetz vom 1. Juli 1972 mit den Befugnissen von Großinquisitoren ausgestattet worden. Am 3. Juli 1983 hat Luc Rosenzweig diese Ermächtigung in der Zeitung LIBERATION, für die LICRA so umschrieben:

„Die LICRA genießt ein unerhörtes Vorrecht. Das Gesetz vom 1.Juli 1972, welches die Rassendiskriminierung bekämpft, überträgt dieser Organisation die Befugnis, mit unwiderruflicher Klarheit zu sagen, wer Antisemit ist und wer nicht. Sie allein ist ermächtigt zu entscheiden, ob ein Straftatbestand vorliegt und sie bestimmt im Rahmen des Gesetzes, was die Richter zu tun haben. Die Richter selber sind in Sachen Rassendiskriminierung dazu erniedrigt, bloß wie Notare das Register der Schandtaten zu führen."[328] [26a, Seite 61, 62]

Ein User kommentierte die Verhältnisse in Frankreich so: „Auch in Frankreich sind Juden wie Alain Jakubowicz (LICRA) die Schutzmacht der Migranten. Jakubowicz erregt sich, weil sein Rassegenosse Eric Zemmour gesagt hat, die meisten Rauschgifthändler seien Schwarze und Araber. Zemmour mußte sogar einen kriecherischen Entschuldigungsbrief an die LICRA schreiben, woraufhin Alain Jakbowicz huldvoll davon absah, Klage anzustrengen."[329]

„Richard Prasquier (CRIF), Alain Jakubowicz (LICRA), Bernard-Henry Levy, die jüdischen Minister im Kabinett Hollande (Pierre Moscovici, Laurent Fabius, Vincent Peillon) und natürlich wesentlich, Baron Edouard de Rothschild, seine Sippe und die jüdisch-globalistische Hochfinanz. Darüber hinaus scheinen, noch weiter hinter den Kulissen, rabbinische Autoritäten erheblichen Einfluß auszuüben, so Dana Goldstein, die in ihrer Beschreibung der innerjüdischen Autoritätsverhältnisse mit Wolfgang Eggert auf einer Linie liegt."[330]

[328] Yann Moncomble, „Les professionnels de l'antiracisme, Faits et Documents", Paris 1987
[329] ‚Brutus', POLITIKFOREN, in: „Masseneinwanderung - eine jüdisch gesteuerte Invasion?!?", 04.06.2012
[330] ‚Brutus', POLITIKFOREN, in: „Masseneinwanderung - eine jüdisch gesteuerte Invasion?!?", 06.06.2012

Die geplante Mischrasse heranzüchten

Eine gigantische Manipulation ist somit gegen alle Völker Europas in Gang gesetzt worden. Denn die Parolen-Ausgabe von 1949 hat schon zu handfesten Ergebnissen geführt. Lautet doch das Programm der Weltbeglücker so: *„Alle Begriffe wie Rasse, Landesgrenzen, soziale Klassen usw. müssen beseitigt werden, um einer weltweiten Integration (gemeint ist: Gleichschaltung) Platz zu machen. Darin besteht die große Revolution unseres Zeitalters, die wahre Revolution, die uns aufgetragen ist".*

Diese Worte stammen aus dem vertraulichen Mitteilungsblatt des Groß-Orients, HUMANISME, Heft November 1982. Daraus ist ersichtlich, daß auf nichts Geringeres als eine weltweite Einheitsmenschheit hingearbeitet wird. Das vordringlichste Anliegen, um diese wahre Revolution" durchzuführen, besteht in der planmäßigen Förderung der Rassenvermischung.

Als hauptsächlichste Opfer dieser geplanten Bastardisierung sind die westeuropäischen Völker ausersehen. Diese beinhalteten eine ungewöhnliche Summe von Intelligenz, Kunstbegabung und Erfindergeist. Diese offenkundige Tatsache auszusprechen, gilt für die „Antirassisten" schon als „Verbrechen". Denn dadurch wird ersichtlich, daß die Theorie von der Gleichheit (nicht Gleichberechtigung) aller Menschen ein Unsinn ist.

Um zu beweisen, daß ihre Gleichheits-Theorie dennoch stimmt, wollen die Hintergrundmächte nun die Schöpfungsordnung korrigieren und die Menschheit ihrer Theorie anpassen: durch Bastardisierung soll in Europa die programmierte Misch- oder „Normal-Rasse" entstehen. Deshalb der fieberhafte Eifer zur Einschleusung und Anlockung von Afrikanern und Asiaten nach Europa und von Südamerikanern nach den USA.

Eine flankierende Maßnahme zur Verwirklichung dieser „großen, wahren Revolution" besteht in der unentwegten Förderung der Abtreibung und jeglicher Art von Empfängnisverhütung in den westlichen Völkern (der Weißen), bei gleichzeitiger rückhaltloser Anheizung der Bevölkerungsexplosion in Entwicklungsländern. Das soll die Völkerwanderung beschleunigen.

Die Hintergrundmächte dirigieren in unsichtbarer Weise die weltweite Meinungsmache, denn alle Massenmedien sind auf die von ihnen gewünschte Tonart eingespielt. So bleibt dem gewöhnlichen Sterblichen nur die Pflicht zu glauben, die Einwanderungs-Invasion sei ein bloßes Naturereignis, ebenso wie der Zerfall der Familie in den westlichen Ländern, oder das von einem Tag auf den anderen erfolgte Verlöschen der Kraft kirchlicher Lehren und das Zerbröckeln jeglicher Autorität in der „modernen Gesellschaft"; die unvermutet aufgetauchte Drogen-Plage und die Welle der Kriminalität.

Für so fatalistisch gilt die westliche Menschheit plötzlich. Wo es doch in den Rahmen der manipulierten „großen, wahren Revolution" gehört, daß die Westeuropäer glauben sollen, das sei alles ganz von selber gekommen. [26a, Seite 94-95]

7. Der Niedergang des deutschen Schulwesens

„Migrantenkider sind unsere Zukunft. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, wie sehr wir diese (fremden) Kinder brauchen: In 20, 30 Jahren erwarten wir von diesen Kindern, daß sie innovativ und verantwortungsbewußt dieses Land tragen.“[331]
„Wir können auf kein einziges Talent, auf keinen Menschen[332] *in unserer Gesellschaft verzichten.“*[333]

Der englische Nobelpreisträger Bertrand Russell stellte fest: *„Die Entwicklung Deutschlands von 1871 bis 1914 zeigte soviel Tatkraft, Fähigkeiten und Begabungen, wie sie keine Nation jemals zuvor bewiesen hat. Die Deutschen verfügten über eine bessere Bildung als die Franzosen, Engländer oder Amerikaner; sie besaßen mehr technische Fachleute auf allen Gebieten. Doch ohne die Hilfe einer tüchtigen, ehrlichen Bürokratie hätte die deutsche Wirtschaft sich nicht zu dem entwickeln können, was sie wurde.“*
Für Medizin, Chemie und Physik werden von 1901 bis 1919 neunundvierzig Nobelpreise an Wissenschaftler aus dreizehn Ländern verliehen. Allein siebzehn Nobelpreise entfallen hiervon auf deutsche Wissenschaftler. Die deutsche Unterrichtsverwaltung, die einheitliche Ausbildungsziele vorgibt, Prüfungsordnungen festlegt, die Ausbildung der Lehrer bestimmt und für ständige Anpassung der Lehrpläne an die jeweiligen Gegebenheiten sorgt, schafft ein Bildungsniveau in Deutschland, das unter allen Ländern der Erde seinesgleichen sucht. … Diesem preußischen Bildungssystem verdankt Deutschland nach der staatlichen Einheit von 1871 seine wissenschaftliche und industrielle Spitzenstellung. Der englische Physiker John D. Bernal stellte 1967 fest: *„Deutschland begann die wissenschaftliche Welt zu beherrschen.“*[334]
…Die deutschen Eltern sind verunsichert. Im Zeitalter der Industrialisierung konnte das deutsche Schulwesen noch als eines der besten der Welt gelten. Doch im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert ist es vom Vorbild zum Patienten geworden. Von „Pisa“[335] und „Rütli“ erschüttert, mit einer alarmierenden Analphabetenrate geschlagen, stimmen die Deutschen eifriger als andere mit ein, wenn ihrem Schulsystem Totalversagen attestiert wird. Die zunehmende Flucht aus dem staatlichen Schulsystem ist Ausdruck dieser Verunsicherung.
Ursache zwei: Das deutsche Schulsystem wird mißbraucht. Es soll als gesellschaftlicher Reparaturbetrieb für Werteverlust und gescheiterte Einwanderungspolitik herhalten. Das „Arbeiterkind“ der Siebziger wurde vom verwahrlosten Prekarierspröß̈ling und dem „Migrantenkind“ aus integrationsunwilligen Parallelgesellschaften als Hauptzielgruppe abgelöst. Mit verpflichtender Ganztagsbeschulung, möglichst schon im Kindergarten, und Zwangszusammenlegung von Schularten und -bezirken soll auch der letzte erreicht und integriert werden. Davor rettet sich unter den Leistungs- und Aufstiegsorientierten, wer kann. Die dritte Ursache schließlich – das im Grundsatz bewährte deutsche Schulsystem verliert zusehends seine Basis. Heutige Bildungsreformer haben es nicht mehr mit einer ethnisch homogenen, klassenübergreifend an bürgerlichen Bildungsidealen orientierten Nation zu tun. Welche Schulreform soll Halbwüchsige aus generationenaltem ‚Sozialhilfeadel‘, denen als höchstes Lebensziel ‚Hartz IV‘ einfällt, und libanesische Kinderbandenchefs zu erfolgshungrigen Schulgängern machen? Keine Bildungsanstalt der Welt kann ausgleichen, was das Gemeinwesen an Weichenstellungen, von der Werteorientierung bis zur Einwanderungspolitik, versäumt hat. Junge Freiheit 20/07, Michael Paulwitz

---

[331] Ursula von der Leyen (CDU); „Mit mehr Kindergeld gegen Armut“, Focus, 26.05.2008
[332] Die stetig steigenden Zahlen deutscher Auswanderer (hohe Steuerbelastung, zunehmende Überfremdung + Kriminalität) und die Passivität der BRD widerlegen die Aufrichtigkeit dieser Aussage von Dr. Angela Merkel
[333] Bei einem Integrationskongreß in Berlin hat Kanzlerin Merkel (CDU) das deutsche Bildungssystem ungewöhnlich scharf kritisiert. Der Erfolg in der Schule hänge immer noch zu stark von der sozialen (ethnischen) Herkunft ab, beklagte Merkel am Dienstag während eines internationalen Symposiums zur „Integration durch Bildung im 21. Jahrhundert“. „Diese Abhängigkeit muß durchbrochen werden.“ Alle Kinder müßten „die gleichen Chancen auf Bildung, Schule, Hochschule und Beruf haben“. Merkel wies darauf hin, daß inzwischen fast die Hälfte aller Erstklässler einen Migrationshintergrund habe. „Wir können auf kein einziges Talent, auf keinen Menschen in unserer Gesellschaft verzichten“, sagte die Kanzlerin. Berliner Tagesspiegel, 17.10.2007
[334] Heiner Hofsommer: Meilensteine der deutschen Geschichte; Edition-Vademekum, Straelen, 2007
[335] Vgl.: PISA-Studie 2008. Deutschland alle Schüler: 516 Punkte, Platz 13
Deutschland, autochthon: 532 Punkte, Platz 4
Deutschland, migrantisch: 439 Punkte, Platz 40
Pisa-Studie 2006 - Naturwissenschaften und Migranten, © SPIEGEL ONLINE 2007, 04.12.2007

Bild 65: Deutsche Kinder – vielerorts zur Minderheit deklassiert

Im April 1970 lebten in den Ausländerfamilien in der Bundesrepublik Deutschland 557.000 Kinder, davon 211.000 im schulpflichtigen Alter.[336] Von 1970 bis 1975 kamen in der Bundesrepublik Deutschland rund 600.000 Kinder von Ausländern zur Welt.[337] Innerhalb von 15 Jahren – vom Schuljahr 1965/66 bis zum Schuljahr 1980/81 – hatte sich die Gesamtzahl der ausländischen Schüler verzwanzigfacht: von 35.000 auf 637.000.[338] Kamen in Nordrhein-Westfalen 1969 noch 44 Grundschüler auf einen ausländischen Mitschüler, hatte sich das Verhältnis innerhalb von fünf Jahren auf 16:1 verändert. An den Hauptschulen lag so das Verhältnis 1969 noch bei 70:1, 1974 bereits bei 19:1. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte des bevölkerungsreichsten Landes, in Ballungszentren wie Duisburg oder Essen sah die Situation bereits deutlich anders aus.

Wolfgang Bodenbender, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vermerkte 1976: *„Das deutsche Schulsystem war auf den ungeheuren Ansturm der Ausländerkinder überhaupt nicht vorbereitet und war hinsichtlich der daraus entstehenden Probleme völlig überfordert."* Detlef Friberg und Manfred Hohmann ergänzen: *„Die Konzeptlosigkeit in der Ausländerpolitik wirkt sich auch auf die Bildungspolitik aus. Sie führt immer wieder zu ad-hoc-Regelungen, die unter Handlungszwang getroffen werden, begünstigt das Entstehen nationaler Ghettos auch im Schulsystem und erschwert letztendlich das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern."* [11, Seite 269, 270]

MAINZ. Eva Frank, stellvertretende Schulleiterin der Goethe-Hauptschule in der Mainzer Neustadt, schlägt Alarm: Gewalt, Vandalismus und Pöbeleien nähmen im Schulalltag derart zu, daß die Schulleitung mit ihrem Latein am Ende sei. Im Ortsbeirat Neustadt nahm Frank kein Blatt vor den Mund, als sie die Situation schilderte. Der Sittenverfall sei dramatisch: Sachbeschädigungen, Pöbeleien, Gewalt bis hin zu Raubdelikten stünden auf der Tagesordnung, immer öfter müsse die Polizei kommen. Ihr bitteres Fazit: *„Alle pädagogischen Ansätze sind gescheitert.* Als eine der Ursachen nannte Frank den kulturellen Hintergrund der muslimischen Kinder: „*Die Mädchen dürfen daheim nichts und explodieren in der Schule; die Jungen sind zu Hause die Kronprinzen und führen sich bei uns ebenso auf. Mit diesen Zuständen haben alle Hauptschulen zu kämpfen"*, präzisierte Frank gestern auf Anfrage der „Allgemeinen Zeitung".[339]

BERLIN. *„Notwendiges Unterrichtsmaterial wird nur von wenigen Schüler/innen mitgebracht. Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen wächst: Türen werden eingetreten, Papierkörbe als Fußbälle mißbraucht, Knallkörper gezündet und Bilderrahmen von den Flurwänden gerissen. Werden Schüler/innen zur Rede gestellt, schützen sie sich gegenseitig. Täter können in den wenigsten Fällen ermittelt werden. Laut Aussage eines Schülers gilt es als besondere Anerkennung im Kiez, wenn aus einer Schule möglichst viele negative Schlagzeilen in der Presse erscheinen. Unsere Bemühungen die Einhaltung der Regeln durchzusetzen, treffen auf starken Widerstand der Schüler/innen. Diesen Widerstand zu überwinden wird immer schwieriger. In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auftreten. Lehrkräfte werden gar nicht wahrgenommen, Gegenstände fliegen zielgerichtet gegen Lehrkräfte durch die Klassen, Anweisungen werden ignoriert. Einige Kollegen/innen gehen nur noch mit dem Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können. Die Folge ist, daß Kollegen/innen am Rande ihrer Kräfte sind. Entsprechend hoch ist auch der Krankenstand, der im 1. Halbjahr 05/06 höher war als der der Schüler/innen. Einige Kollegen/innen stellen seit Jahren Umsetzungsanträge, denen nicht entsprochen wird, da keine Ersatzkräfte gefunden werden. Auch von den Eltern bekamen wir bisher wenig Unterstützung in unserem Bemühen, Normen und Regeln durchzusetzen. Termine werden nicht wahrgenommen, Telefonate scheitern am mangelnden Sprachverständnis. Wir sind ratlos."*[340]

---

336 Der Bundesminister des Innern (Hrsg.). Raumordnungsbericht 1972 der Bundesregierung, Bonn 1972, S. 26
337 Vgl. Bodenbender: Zwischenbilanz der Ausländerpolitik, S. 33
338 Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: Ausländische Schüler in der BRD 1965 – 1972, S. 2
339 Wiesbandener Kurier, „Hilferuf der Goethe-Hauptschule", 30.11.2007
340 Berliner Tageszeitung, „Der Hilferuf der Rütli-Schule", 30.03.2006

Schulalltag in der ‚bunten Republik'

Grund für die zugespitzte Stimmung an der Hauptschule Nikolaus Kopernikus in Garbsen ist ein Brandbrief, den der scheidende Direktor der Schule, Albert Seufer, jüngst an die Landesschulbehörde und die Polizei gerichtet hat. Das Schriftstück gelangte am Donnerstag an die Öffentlichkeit und befeuert nun eine lebhafte Diskussion über die Zustände an der Garbsener Hauptschule. In dem Brief berichtet der Schulleiter, der am 30. Juni 2011 in den Ruhestand gehen wird, von beunruhigenden Vorfällen, die dazu geführt hätten, daß einige Lehrer nicht mehr angstfrei zur Schule kommen: Von einem Stuhlwurf nach einer Pädagogin ist die Rede, von eingeschlagenen Autoscheiben und aufgeschlitzten Reifen. Ganz zu schweigen von Pöbeleien, Gewaltandrohungen, Mobbing, Schlägen und weiteren Verhaltensweisen, die ein gerüttelt Maß an Roheit bezeugen. … Die sozialen Spannungen im Garbsener Stadtteil Auf der Horst sind beträchtlich. Menschen aus zahlreichen Nationen leben in der Hochhaussiedlung, viele sind auf Sozialleistungen angewiesen.[341]

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Juni 1998 hieß es in einem Beitrag von Konrad Schuller: „Kreuzberger Schulen sahen sich am Rande der Funktionsunfähigkeit, weil plötzlich ganze Jahrgänge kein Deutsch mehr verstanden. Teile der alten (dt.) Einwohnerschaft empfanden die Veränderung ihrer Kieze durch Zuwanderer als Verlust der Heimat."

In der zehnten Klasse der 8.Sekundarschule in Berlin-Schöneberg ist die Stimmung gut. Gut heißt, dass die deutschen und die arabischen Mädchen hier nicht aufeinander losgehen, so hatte es die Klassenlehrerin beschrieben. … Laut Notfall-Plan des Berliner Senats zur Vorbeugung von Gewalt entspricht das Beleidigen von Lehrern, Sachbeschädigung und Anpöbelei Gefährdungsstufe 1. „Du Opfer, du Mißgeburt, du bist häßlich!" sind Ausdrücke, die im Minutentakt fallen in der Klasse – und zwar sowohl Schülern als auch Lehrern gegenüber. … Herr Peuleke ist seit 1979 Lehrer. Besser geworden ist seitdem nichts. „Als ich vor 32 Jahren als Junglehrer anfing, war die Mehrheit meiner Schüler leistungswillig und leistungsfähig. Es gab nur eine kleine Gruppe von Kleinkriminellen, die sich aber innerhalb der Schule im Allgemeinen unauffällig verhielt", sagt Herr Peuleke.

„Der Anteil sehr leistungsschwacher Schüler ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Viele schwänzen. Wenn ein Viertel der Schüler fehlt, ist es ein ganz normaler Tag. Wenn die Kinder nach der sechsten Klasse aus der Grundschule zu uns kommen, beherrschen viele nicht mal den Stoff einer vierten Klasse." … Mit dem Ziel, diese Schüler besser integrieren zu können, fusionierten im vergangenen Jahr Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einer neuen Schulform mit nüchternem Namen: Integrierte Sekundarschule. Daneben existiert in Berlin nun als weiterführende Schule nur noch das Gymnasium. … In den neuen Klassen sitzen nun lernbehinderte Schüler neben solchen, die das Potenzial für das Abitur haben.

Welche Geräte erzeugen Wärme?", fragt Rosner. „Kühlschrank!", sagt Faisal. Rosner schlägt die Hand vors Gesicht. Er schließt er einen Fön an ein Strommessgerät an. „Was haben wir hier für eine Spannung?" Seine Frage geht in dem Geschrei unter. „Hier, ich hab Leistung, Herr Rosner!" „Bist du dumm, ey!" „Halt die Schnauze!" „Ey, du Spast!" Rosner ist schließlich sprachlos. … Englisch, 8. Klasse, 7. Stunde. „Das wird jetzt nicht schön", sagt Frau Espe.

Sie soll recht behalten. Kurz gibt es Aufmerksamkeit, denn die Schüler befürchten, ich, die Reporterin, sei vom Jugendamt. Als das verneint wird, kehren die Schüler zurück zu ihrer rotzigen Gleichgültigkeit. Es fliegen Kügelchen durch die Gegend, alle reden durcheinander und beschimpfen sich gegenseitig. „Du Opfer!" „Du Mißgeburt!" Frau Espe wirft einen Schüler aus dem Klassenraum. … Schnell wird klar: Unterricht ist unmöglich. Also läßt Frau Espe die Schüler Vokabeln abschreiben. … Sie sagt: „Offiziell waren wir eine Hauptschule, aber im Lehrerkollegium wurde oft gesagt, wir sind eigentlich schon eher eine Förderschule." Wenn die Matheprüfung besonders schlecht ausgefallen war, wurden in der nächsten Regelprüfung des Schulamts die Anforderungen heruntergesetzt – so auch in Niedersachsen geschehen.

[341] Hannoversche Allgemeine, „Die sozialen Spannungen im Garbsener Stadtteil", 09.06.2011

„Wir müssen den Kindern oft banale soziale Verhaltensweisen beibringen“, sagt Frau Espe. „Da schaffen wir es nicht, den Lehrplan durchzuziehen.“ … Da hat es Leon besser getroffen. Auf ihn trifft eine kuriose Faustregel zu, die die Lehrer beobachten: Oft sind die verhaltensauffälligsten Schüler die besten. Der Junge ist Klassenbester und zugleich einer der hoffnungsvollsten Schüler der ganzen Schule. Gegen seine teils sehr aggressiven Mitschüler setzt er sich durch. Wenn er beschimpft wird, poltert er zurück. „Ey, du Christ!“, sagt Faisal, als Leon seinen Pritt-Stift benutzt. Leon guckt so, als ob er Ali jede Sekunde an die Gurgel springt. *„War ein Scherz, Mann!“*, ruft dieser schnell. Eine Zeit lang trug Leon die Haare lang.
„Die Araber-Jungs haben mich gemobbt und ‚schwule Sau' hinter mir hergerufen“, erzählt er. „Seitdem ich beim Friseur war, ist es besser geworden.“ Der Stoff ist Leon meist zu einfach. Meist sitzt er rum und langweilt sich, dann fängt er an zu stören, wird störrisch oder schaltet ab. Lalin ist neu in der Klasse, seit einem Monat, sie ist Analphabetin und erst im vergangenen Jahr aus den Bergen Kurdistans nach Deutschland gekommen. Mena ist gerade verheiratet worden. Daniel, ein Deutscher, ein schüchterner, kräftiger Junge, duckt sich weg. Bloß nicht auffallen, ist seine Devise. „Man muß sich durchbeißen“, sagt er leise.[342]
Der Finne Henrik Holappa schreibt in seinem Artikel „Multikultur – eine unmögliche Vision“:
„Multikulturalismus ist von realitätsfremden Phantasten und verantwortungslosen Politikern über die Völker verhängter Terror! Diesen Völkern wird, und noch dazu gegen ihren Willen, die Unmöglichkeit abverlangt, nicht integrierbare und nicht integrierwillige Fremde in ihre Gemeinschaft zu integrieren, und diese einst funktionierende Gemeinschaft dadurch zu zerstören, wie auch die Sozialsysteme und die Bildung. Daß Finnland im Vergleich mit den besonders in den Schulen erheblich überfremdeten anderen europäischen Ländern als PISA-Sieger hervorging, liegt ursächlich daran, daß finnische Schulklassen – noch – aus finnischen Kindern bestehen. Wir Finnen müssen mit dem Kopf schütteln, wenn wir die so sehr verlogenen Diskussionen zur PISA-Studie im Ausland betrachten, wo alles und jedes als Ursache für schlechte Platzierung angegeben wird, nur nicht der wirklich entscheidende Grund (der massiven Überfremdung) ..:“[343]
Maria Böhmer bezog sich auf eine Anfang Oktober 2010 abgehaltene Tagung der Berliner Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Phänomen der Deutschenfeindlichkeit an Berliner Problemschulen.[344] In der Hauptstadt hat dieses Problem offenkundig solche Ausmaße erreicht, daß die Betroffenen – Lehrer in diesem Falle – es trotz eingeübter ideologischer Verdrängungsmechanismen nicht mehr komplett ausblenden und ignorieren können. … Diese neue Tonlage blieb Frau Böhmer nicht verborgen, und so äußerte sie sich zur Deutschenfeindlichkeit – nicht um einen Irrtum einzugestehen, ein Versäumnis nachzuholen oder etwa einen Kurswechsel anzuzeigen, sondern um ein heikles Thema durch verbale Zugeständnisse zu entschärfen und um sich nicht dem Vorwurf der Ignoranz auszusetzen. Nach dem erwarteten Abebben der Debatte würde man wieder zur Tagesordnung übergehen können. Die Einlassung der „Integrationsbeauftragten“ Maria Böhmer steht damit in einer Reihe ähnlicher Stellungnahmen von Politikern, die das aufbrandende Thema zu kurzfristigen Profilierungsversuchen zu nutzen verstanden.
… Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Frank Henkel, griff das Thema in der Aussprache über die Neuverfassung des Berliner Integrationsgesetzes auf.[345] Beide Initiativen sind als Entlastungsübungen im Kontext der Sarrazin-Debatte zu verstehen, stießen auf erwartbaren heftigen Widerspruch der politischen Linken und wurden nicht weiterverfolgt. Die Veranlassung für derartige Manöver begründet in schöner Offenheit der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), *„es dürfe (in der Öffentlichkeit) nicht der Eindruck erweckt werden, daß Sachverhalte nicht angesprochen würden, weil sie unbequem (für die politische Kaste) seien“*.[346]
Noch unverblümter drückte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel aus, nachdem sie einem Berliner Polizeihauptkommissar gerade mal zehn Minuten gegeben hatte, um vor dem „vierten Integrationsgipfel“ ein knappes ungeschöntes Lagebild zu geben: *„Wir müssen die Themen benennen (nicht lösen), damit sie nicht von Rattenfängern benannt werden.“*[347] [33, Seite 21-23]

[342] WELT ONLINE, „Beschimpfungen und Gewalt – So chaotisch geht es an deutschen Schulen zu“, 19.06.2011
[343] „Monikulttuurisuus on mahdoton visio”, geschrieben von dem Finnen Henrik Holappa, 14.01.2005
[344] Berliner Morgenpost, „Wie Araber und Türken deutsche Schüler mobben“, 04.10.2010
[345] Abgeordnetenhaus Berlin, Plenarprotokoll 16/71 vom 07.10.2010, S. 6693f.
[346] DPA, „Auch Bouffier spricht von Deutschen-Diskriminierung“, 11.10.2010
[347] Bild, „Dieser Polizist redet Klartext im Kanzleramt“, 03.11.2010

„Junge Migranten sind die Fachkräfte von morgen“

Bild 66: Schule in Berlin – Mitte[348]

Über ein Jahr ist seit den Gewaltexzessen an der Berliner Rütli-Schule ins Land gegangen. Geändert hat sich, sieht man von der Anstellung arabischsprechender Schulpsychologen ab, nicht allzu viel. Das Interesse an einer privaten Bestreifung der Neuköllner Schulen ist vor dieser Gewaltkulisse groß. Die Tageszeitung „Berliner Kurier“ titelte: „25 Berliner Schulen bitten um Schutz“. Für die Schulbehörden in der Hauptstadt kommt das einem glatten Offenbarungseid gleich. Denn alle sind sich einig darin, daß selbst die Polizei die Situation nicht mehr in den Griff bekommt. Das räumt auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein, deren Berliner Landesvorsitzender Eberhard Schönberg in der Presse mit der Feststellung zitiert wird, es sei klar, *„daß (dieser) Staat heute nicht einmal mehr unsere Kinder in der Schule schützen kann“.*

In einem anderen Berliner Problemviertel, in Spandau, setzt die Schulverwaltung auf ein anderes Konzept: Hier werden die Polizeistreifen inzwischen routinemäßig von Arabern und Türken begleitet, als „personifizierte Deeskalation“, wie es in Polizeikreisen heißt. So oder so: Eine Bankrotterklärung des Staates bedeutet sowohl das Neuköllner wie das Spandauer „Modell“. Denn hier wie dort sind die Behörden nicht mehr in der Lage, an den Schulen – bei denen es sich um Einrichtungen der öffentlichen Hand handelt – die Ordnung aufrechtzuerhalten. In einem funktionierenden Gemeinwesen bedürfte es dazu weder privater Wachdienste noch türkischer Freizeitpolizisten.

Vor einer neuen Dimension der Jugendgewalt warnen die Richter Kirsten Heisig und Günter Räcke. Es geschieht selten, daß sich Richter an die Öffentlichkeit wenden:

Es sind vor allem die türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen, die vermehrt Gewaltdelikte begehen. Diese Straftäter vergiften die Atmosphäre in ihrem Kiez, auch zum Nachteil der der angepaßt lebenden ausländischen Familien. Die jugendlichen Opfer, überwiegend Deutsche, haben inzwischen schon so eine Art Resignation entwickelt und sagen: *„Dagegen können wir nichts machen. Die Gewalt gehört zu unserem Alltag dazu. Das ist eine Dimension, die wir bislang nicht hatten. Und in den letzten zwei Jahren hat sich die Situation weiter verschärft."* Im Sicherheitsbericht der Bundesregierung heißt es: Insgesamt nimmt die Jugendkriminalität ab. Außerdem gebe es Hinweise darauf, daß Jugendliche Gewalt als Konfliktlösung zunehmend ablehnen. (Beide lachen auf, schütteln die Köpfe)

RÄCKE: *In den von mir erwähnten Bezirken hilft es niemandem, wenn die gesamtdeutsche Statistik erfreulich aussieht. Es heißt ja auch, daß die Zahlen der Gewaltdelikte nur gestiegen seien, weil es eine größere Anzeigebereitschaft als früher gebe. Bei meinen Nachfragen ergibt sich häufig ein gegenteiliges Bild. Viele Raubdelikte kommen gar nicht erst zur Anzeige, weil die Täter drohen: „Wenn das rauskommt, stech' ich dich ab! Da wird der Schülerausweis mitgenommen, um dem Opfer Angst zu machen und zu demonstrieren, daß man seine Adresse kennt. Das ist praktisch Usus.*" [349]

Diese abwiegelnde Sichtweise ist Teil der Rechtfertigungsstrategie bundesdeutscher Politiker: Daß Minderheiten „gemobbt“ würden, gebe es überall, meint beispielsweise der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening; „in Neukölln sind es eben die Deutschen“.[350]

Angesichts der vielfältigen Formen deutschenfeindlicher Gewalt an Problemschulen, von Raub über Erpressung bis zum tätlichen Angriff, stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht bereits der Gebrauch der Bezeichnung „Mobbing“ eine unzulässige Verharmlosung darstellt.

[33, Seite 33]

---

[348] Auszüge aus einem Spiegel-Report, welcher an der Rütli-Oberschule in Berlin- Neukölln und der Weddinger Theodor-Plievier-Schule in der Ravenéstraße, Schüler interviewte:
„Was wollt ihr hier? Nimm`die Scheiße nicht auf, wenn ich das sehe, ich box` dich tot, du Wichser!“ (Neukölln)
Im Berliner Wedding: „...die Deutschen sitzen immer alleine und so.“
Spiegel: „Und die anderen, wie gehen die mit ihnen um?“
„Die schreien auf die, die treten die..., die laufen rum, wenn die die sehen, dann geben die den einfach Schellen, so aus Spaß.“
Spiegel: „Und wehren die sich, die Deutschen?“
„Nein, die haben Angst so...“

[349] Berliner Tagesspiegel - „Zivilisatorische Standards gelten nicht mehr“, 23.11.2006

[350] Panorama (Nr. 711), „Einschüchterung in der Ghetto-Schule – Deutsche als Minderheit“, 07.05.2009

Perspektiven? „*Ich will Hartz IV werden*“, das soll ein arabischstämmiger Rütli-Schüler auf die Frage nach seinen Berufswünschen geantwortet haben. Ein anderer holte seinen Personalausweis heraus und rief: „*Ist doch egal, ihr könnt mich jetzt nicht mehr ausweisen*.“
Diese Welt ist hinreichend bekannt: ...Aufklärung? Bildung? Lernen, für Zensuren, vielleicht sogar fürs Leben? *Was soll der Scheiß?* So reden die Bewohner dieser Welt. *Ey, Mann, ey. Nutte. Killer. Krass*. Es gibt viele „sch“- und „ch“-Laute in dieser Sprache.
Dreckische Deutsche, so reden sie. Respekt bekommt, wer die eigene, also die türkische oder libanesische Schwester vor Sex und Liebe und diesem großen glitzernden Westen schützt und selbst deutsche Schlampe fickt.[351]
Rund zweieinhalb Jahre nach dem Brandbrief der Berlin-Neuköllner Rütli-Schule sorgt ein Hilferuf aus dem Bezirk Mitte erneut für Schlagzeilen. Alle Schulleiter der 68 Grund-, Real- und Hauptschulen sowie Gymnasien von Berlin-Mitte haben vor dem bildungspolitischen Aus im Bezirk gewarnt. … Die Schulleiter schreiben in ihrem Brief an Bezirksbürgermeister Christian Hanke, den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Bildungssenator Jürgen Zöllner (alle SPD): „Gute Schüler fliehen in Scharen aus dem Bezirk oder aus dem öffentlichen Schulsystem.“ Der Brandbrief zeigt erste Wirkung. Die *Integrationsbeauftragte* der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, lädt die Lehrer ins Kanzleramt ein.[352]
Die selbst kinderlose Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) sagte 2010: *„Junge Migranten sind die Fachkräfte von morgen. Das ist eine zentrale Botschaft der Initiative“*.[353]
Der 13-jährige Lukas steht vor seiner neuen Schule und redet munter mit Freunden aus seiner Klasse. Vor einigen Monaten war das noch unvorstellbar: Ein Jahr lang besuchte er eine Kreuzberger Sekundarschule und wurde dort von seinen türkischen und arabischen Mitschülern so lange gemobbt, bis die Mutter die Notbremse zog und ihn die Schule wechseln ließ. …
Im Nachhinein macht sich Lukas' Mutter Vorwürfe, daß sie bei der Anmeldung ihres Sohnes an der Kreuzberger Sekundarschule so blauäugig sein konnte. Die Schulleiterin habe ihr bei dem Vorstellungsgespräch versprochen, daß in den siebten Klassen mindestens 40 Prozent der Schüler deutscher Herkunft seien, sagt die Mutter. … Ein Blick auf den Schulhof hätte ihr verraten, daß das eine Lüge war, sagt sie heute. Der tatsächliche Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund liege bei mehr als 90 Prozent. Die angebliche Mensa entpuppte sich als Cafeteria, in der lediglich türkische Pizza und Börek verkauft wurde. Nur drei Schüler in der Klasse von Lukas waren deutscher Herkunft, in den Parallelklassen waren es noch weniger. Sie alle wurden von den Mitschülern ausgegrenzt und beschimpft, erzählt Lukas. *„Wir wurden als Ausländer bezeichnet"*, sagt er. Ab und zu hätten sich die anderen den „Spaß" gemacht und alle blonden Schüler auf der einen Seite und alle schwarzhaarigen auf der anderen Seite antreten lassen, nur um zu zeigen, daß die anderen in der Übermacht sind. … Die Lehrer seien nicht eingeschritten. Die Lehrerin machte schließlich den Vorschlag, daß sich Lukas und die Mitschüler zusammensetzen und aussprechen sollten. … Tatsächlich will die Bildungsverwaltung die Diskriminierungen von deutschen Kindern zunächst in einer Statistik erfassen, um zu sehen, ob es sich hierbei tatsächlich um ein Problem handelt.“[354]
Über viele Jahrhunderte ihrer gemeinsamen Vergangenheit haben die Deutschen unzählige Auf’s und Ab’s erlebt. Aber es dürfte wohl einmalig in ihrer Geschichte sein, daß sie eine Staatsführung haben, welche die allgemeine Losung postuliert, wonach die Zukunft der deutschen Bevölkerung im Nachwuchs fremder Ausländerpopulationen zu finden sei. Ein allgemeiner Blick in die Lebensumstände der Herkunftsländer genügt bereits um feststellen zu können, ob eine dauerhafte Massenzuwanderung den eigenen Ab- oder Aufstieg bedeutet. Kulturelle Eigenheiten, aber vor allem volksspezifische Charakteristika (‚Volkscharakter’) begründen den Wohlstand von Gemeinschaften. Auch den Deutschen wurde nichts geschenkt, sondern seinen Aufstieg verdankt es einzig und allein harter Arbeit und seinem Erfindergeist.
Evolutive Intelligenzunterschiede zwischen Rassen und Völkern werden heute oft schlankweg geleugnet, denn sie sind bei der Globalisierung und Multikulturalisierung, also bei der Auslöschung der Nationalstaaten[355], hinderlich. [2, Seite 167]

---

[351] SPIEGEL Nr. 14, Auszüge von Seite 24, 26, 03.04.2006
[352] Berliner Morgenpost, „Schulleiter senden Hilferuf“, 18. Januar 2009
[353] MIGAZIN (MIGRATION IN GERMANY), „Ausbildungsinitiative: Unternehmer mit Migrationshintergrund sollen öfter ausbilden“, 24.03.2010
[354] Berliner Morgenpost, „Wie Migranten deutsche Kinder mobben“, 09.10.2010
[355] SPIEGEL ONLINE: Grundschule in Hamburg (Billbrook): 167 Ausländer und 3 Deutsche, 14.04.2004

Bei der Berliner Mädchenberatungsstelle Wildwasser findet Lena inzwischen Hilfe. Monatelang wurde sie geschlagen, gefesselt, gedemütigt. Der Haupttäter zwang Lena zum Sex mit seinen Freunden auf der Schultoilette und kassierte. In der Schule ging sogar eine Preisliste um. Dazu Ursula Woywodt von Wildwasser: *„Lena ist eine Deutsche. Und ich denke, mit ihren eigenen Mädchen oder Frauen hätten sie das nicht gemacht, weil die Entwertung der deutschen Mädchen und Frauen noch einmal eine andere ist als die der eigenen."* In der Schule will niemand etwas von Lenas Qualen mitbekommen haben und auch nichts von der Bedrohung durch die Täter. Dabei, so Lena, traute sie sich manchmal nach den Qualen nicht mehr in den Unterricht zurück: „*Ich habe geweint und bin erst mal zur Mädchentoilette gegangen und habe mich da erst mal gewaschen."*
Der Tatort war die Carlo-Schmidt Oberschule in Berlin-Spandau. Es dauerte fast ein Jahr, bis Lena die Schulleiterin ins Vertrauen zog. Die erstattete Strafanzeige und die Staatsanwaltschaft begann mit ihren Ermittlungen. ... Von der Schulleiterin fühlt sich Lena im Stich gelassen. Wenn sie die Namen nenne, wurde ihr versichert, würden die Täter von der Schule verwiesen werden können. Doch das war dann doch nicht möglich, hieß es. So hatte Lena noch Tag für Tag gemeinsamen Unterricht mit dem mutmaßlichen Vergewaltiger, ein Martyrium. Für die Rechtsanwältin Änne Ollmann ist das ein eindeutiges Signal: „*Was die Schule damit sagt, ist: Wir als Schule haben versagt, wir können mit einer solchen Situation nicht umgehen. Anscheinend haben sie es nicht gelernt, mit solch einer Form der Gewalt umzugehen und das ist ein völliges Versagen dieser Schule."* Für Schulleiterin Gabriele Pobloth dagegen gilt die Unschuldsvermutung für die Täter. Erst wenn sie rechtskräftig verurteilt würden, könne sie sie von der Schule weisen, sagt sie. Dem widerspricht der vorgesetzte Schulsenat.
...Mandy (14) will nicht erkannt werden. Sie hat Angst, daß es in der Schule sonst noch schlimmer wird. BILD sprach mit Hauptschülerin Mandy (14). Sie sagt: „*Bei uns ist es noch schlimmer als auf der Rütli-Schule. Wenn ich morgens hingehe, habe ich Angst. Es wird geprügelt, gegrapscht und gedealt."* Weiter: *„In meiner Klasse gibt es nur vier Deutsche, alles andere sind Türken, Albaner und Araber. Die haben die Macht, tragen Waffen und drohen den Lehrern, sie kalt zu machen. Während des Unterrichts hört niemand zu, die Lehrer werden bespuckt, deutsch wird kaum geredet"*. Das Mädchen: *„Die Pausen sind der Horror. Die deutschen Jungs werden verprügelt, mit Messern angegriffen. Den Mädchen zwischen die Beine gefaßt. Sie nennen uns ‚deutsche Schlampen' ‚Nuttentöchter' oder ‚Spermaeimer'. Die Lehrer machen nichts, schauen einfach weg. Die haben genauso viel Angst wie wir."*
Oft versteckt sich das Mädchen während der Pause auf der Toilette. Sie sagt: „*Das ist der sicherste Ort. Dort sind die mit Dealen beschäftigt, lassen uns in Ruhe."* Dann geht es wieder in den Unterricht. Aber es ist unmöglich, etwas zu lernen. Stunden fallen aus, weil sich Lehrer krank melden oder den Unterricht abbrechen. Einen „Ausreißer" nannte Bildungssenator Klaus Böger (SPD) die Rütli-Schule.*"*[356] Wer glaubt, diese Entwicklung sei nicht vorausehbar gewesen, irrt: *„Die zunehmende räumliche Konzentration der Ausländer, die verstärkte Ghettobildung, die Veränderung der ethnischen Struktur und die Verschärfung der Schulprobleme der Ausländerkinder haben eine bedrohliche Lage geschaffen, weil alle diese Faktoren die soziale Integration stark behindern bzw. sogar verhindern."*[357]
DORTMUND. Die Albrecht-Brinkmann-Grundschule erinnert an ein Treffen der „Vereinten Nationen". „In diesem Jahr haben wir von 130 Erstklässlern nur sechs Kinder mit deutschen Eltern", sagt Schulleiter Martin Nölkenbockhoff (47). „Der Ausländeranteil liegt bei über 90 Prozent. Aber eine Klasse wie die 1e, in der es kein deutsches Kind gibt, hatte der erfahrene Pädagoge bislang noch nie. Konflikte der Kulturen? Integrationsprobleme? *„Haben wir hier zum Glück nicht*", sagt Nölkenbockhoff. Der kleine Philemon (6) aus Ghana jedenfalls freut sich über seine Multi-Kulti-Klasse: „Mit Kindern aus so vielen verschiedenen Ländern zur Schule zu gehen, finde ich toll!" Lehrerin Tanja Wagner (33), die einzige Deutsche in der Klasse:
„Für uns ist das inzwischen Alltag, wir können damit umgehen."[358]

[356] BILD, „Sie nennen deutsche Mädchen Hurentöchter", 02.04.2006
[357] Wolfgang Bodenbender vom Bundesarbeitsministerium in „Zwischenbilanz der Ausländerpolitik", 1976
[358] BILD, „In dieser Klasse gibt es kein deutsches Kind mehr – der etwas andere erste Schultag in einer Dortmunder Grundschule", Vanessa Kloth, 14.08.2008

Eberhard-Klein-Oberschule, Mittwoch, 5. Stunde. Auf dem Plan der 7. Klasse steht Erdkunde. Die Schüler sollen einen Text vom Arbeitsblatt abschreiben. Aber Hassan schreibt nicht mehr, er ist wütend. In lautstarkem Türkisch herrscht er seine Nachbarin Ayse an. Die giftet zurück. „Hassan", ermahnt Lehrerin Gabriele Heinze, „*du bist an einer deutschen Schule, also redest du auch Deutsch!"* Hassan starrt auf sein Arbeitsblatt und zischt noch ein paar Sätze Richtung Lehrertisch hinterher – auf Türkisch. Daß es nichts Versöhnliches war, kann sich Gabriele Heinze denken. Verstehen kann sie die Muttersprache ihrer Schüler nicht.

Bild 67: Das Kottbusser Tor Berlin

An der Schule sind „wir die Ausländer", sagt die 49-jährige. Die Kreuzberger Haupt- und Realschule ist Berlins erste Schule, an der es keine deutschen Schüler mehr gibt. Die letzten vier sind Ende vergangenen Schuljahres abgegangen. Und es werden auch keine mehr kommen. Davon ist Schulleiter Bernd Böttig überzeugt: „Selbst wenn ich die Schule vergolden lassen würde." Die wenigen deutschen Eltern, die es in den vergangenen Jahren immer mal wieder gewagt hätten, „*haben ihre Kinder spätestens nach der Begrüßungsfeier wieder abgemeldet*," sagt Böttig. Mittlerweile rate er von vornherein ab. „*Ich kann das pädagogisch nicht verantworten*." Gabriele Heinze kennt die Skrupel. Beim Erdkundetest, den sie heute in der 7. Klasse zurückgegeben hat, ist keine Arbeit besser als Fünf ausgefallen. Aus einer Reihe vorgegebener Worte mußten die Schüler Satzlücken mit den richtigen Begriffen ausfüllen. Mohammed hat es zumindest versucht. „Wichtiger Bodenschatz in der Nordsee ist *Taiga*", hat er eingetragen. Dabei sei diese Siebte „*schon ein guter Jahrgang*", sagt Gabriele Heinze.
„*Vor allem sind alle bemüht*." Ihre Chancen auf Schulerfolg stehen dennoch schlecht, da macht sich die Lehrerin keine Illusionen: *„Außerhalb des Unterrichts sprechen diese Schüler so gut wie kein deutsches Wort mehr, und ihre Erfahrungswelt endet am Kottbusser Tor."* 342 Schüler lernen an der Eberhard-Klein-Schule, davon sind 80 Prozent Türken, etwa 15 Prozent Araber, wenige Albaner, Jugoslawen, Afrikaner, Vietnamesen.[359]
Hauptschulen sind in einigen Ländern eine Art Restschule geworden", sagt denn auch der Chef des deutschen Pisa-Teams und Mitglied des Aktionsrats, Manfred Prenzel. Selbst gestandene Hauptschulleiter fordern die Abschaffung ihrer Schulform. … Das System funktioniere einfach nicht mehr, respektloses Auftreten der Schüler, Gewalt, Diebstahl, Sachbeschädigung und permanente Unterrichtsstörungen – so sehe der Alltag aus. Ein hoher Anteil der Schüler komme inzwischen aus problematischen (ausländischen) Elternhäusern, und genau diese Probleme potenzieren sich durch die sinkenden (deutschen) Schülerzahlen weiter, erläutert Schulleiter Roth: *„Wir stoßen an Grenzen, daß Schulmilieu wird kritisch."*
Mehr Praxisorientierung, kleinere Klassen, Ganztagsbetrieb – all das haben sie in der Hauptschule in Schifferstadt schon. Dazu Betriebspraktika, Schulsozialarbeit und viele neue Projekte – *„es hat uns überhaupt nichts genutzt*", bilanziert Roth resigniert.[360]
Als Christoph ein kleiner Junge war, wußte er sehr genau, was zu tun sei. Tauchten am Ende einer Straße türkische und arabische Nachbarjungen auf: mindestens die Straßenseite wechseln, am besten einen Umweg nehmen. Es hat nicht immer geklappt, dann gab es Prügel und Beleidigungen. Er war eben das ideale Opfer, ein deutsches Kind, Angehöriger einer Minderheit im Kiez, noch dazu allein. Das ist fast zwanzig Jahre her. Eine Schule des Lebens nennt der junge Mann heute sarkastisch diese ungemütlichen, angstbesetzten Heimwege. Sie habe ihn früh resistent gemacht gegen multikulturelle Beschwörungsrituale, öffentlichen Beistand habe er nie erwartet, weil die Erwachsenen ja dazu schwiegen; wohl aus Furcht, glaubt er, in die Rechtsradikalenecke gestellt zu werden oder als Ausländerfeind zu gelten.[361]
Jede höhere Tiergattung verteidgt seine Jungen, und nur eine viehische (seelenlose) Gesellschaft verweigert dem eigenen Nachwuchs jeglichen Schutz.

[359] Berliner Morgenpost, „Hier sind wir Lehrer die einzigen Ausländer", 20.12.2004
[360] Berliner Morgenpost, „Abschied von der Hauptschule", 05.06.2008
[361] FAZ.NET, „Rassismus - Das Schweigen der Schulen bei Deutschenfeindlichkeit", 15.10.2010

„Versklavung deutscher Schüler“: Das Kanzleramt erteilt Medien Maulkorb

Nach Vorfällen von Deutschenfeindlichkeit, Gewaltvorfällen und Antisemitismus an Schulen in sozial schwierigen Gebieten der Stadt, wird nun ein weiteres Problem bekannt: Schüler lassen schwächere und jüngere Schüler für sich arbeiten und unterdrücken sie. So jedenfalls schildert es der Neuköllner Polizeihauptkommissar Christian Horn (47). Er berichtete beim Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin am 3. November über seine Arbeit in der Polizeidirektion 5, zuständig für die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln. … *„Körperliche Gewalt, bis hin zur schweren und gefährlichen Körperverletzung, ganz zu schweigen von verbaler oder psychischer Gewalt, ist keine Seltenheit“*, sagte Horn vor den etwa 120 Teilnehmern. *„Auch Erpressungen und Nötigungen sind an Schulen nahezu an der Tagesordnung; selbst Fälle regelrechter Versklavung von Mitschülern sind uns bekannt geworden.“* Diese Gewalt richte sich gegen Mitschüler ebenso wie gelegentlich gegen Lehrer und Lehrerinnen.“[362]

Gut zehn Minuten sprach Polizeihauptkommissar Horn – und erntete sehr viel Beifall. Kanzlerin Merkel lobte: *„Was Herr Horn erzählt hat, ist die Lebensrealität vieler Menschen, wir dürfen uns davon nicht entfernen. Wir müssen die Themen benennen, damit sie nicht von Rattenfängern benannt werden.“*[363]

„Bundeskanzlerin Merkel will verhindern, daß Medien über die besorgniserregenden Zustände in Berliner Migrantenvierteln berichten. Brisante Informationen und Berichte der Polizei vom Integrationsgipfel Anfang des Monats (November 2010) sollen vorerst unter Verschluß gehalten werden. Laut Redeprotokoll, daß unserer Redaktion vorliegt, schlug einer der zuständigen Polizeihauptkommissare Alarm. Er berichtete von täglicher massiver Gewalt an Schulen und einer so wörtlich: „regelrechten Versklavung deutscher Schüler durch Migranten.“

Gespräche mit Journalisten oder Veröffentlichungen wurden dem Beamten darauf untersagt!

Lehrer, die an der Kanzleramtsrunde teilnahmen, dürfen ebenfalls weder über die Probleme sprechen, noch die Namen der betroffenen Schulen nennen. Ein Berliner Sozialarbeiter hatte sich in der Öffentlichkeit sich zu der Deutschfeindlichkeit an den Schulen geäußert und wurde daraufhin entlassen. Wie es heißt, hätten die türkisch- und arabischstämmigen Eltern seine Entlassung gefordert, weil er offen über die gegenwärtigen Probleme gesprochen hatte.“[364]

Natürlich erfolgt der „Maulkorb“ aus dem Kanzleramt nicht, weil momentan eine konzertierte Aktion seitens der Bundesrepublik erfolgt, sondern weil die Herrschenden einen weiteren Macht- und Ansehensverlust bei der deutschen Bevölkerung entgehen wollen. Der zuverlässigste Verbündete dieser ‚Demokraten’ bleibt stets die Blödheit und Uneinigkeit der großen ‚Masse’.

Berlin - Es beteiligten sich Lehrer von mehr als 50 Grundschulen. Das Protestschreiben der Initiative „Grundschulen im sozialen Brennpunkt“ an Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) richtet sich gegen die umstrittenen Vergleichsarbeiten in den dritten Klassen. Es sei eine „Form der Diskriminierung“, wenn Kinder aus sozialen Brennpunkten die Aufgaben lösen müßten, die für Schüler „normal geförderter Mittelstandsfamilien“ konzipiert seien. In den drei bundesweiten Vergleichstests wird seit 2007 Rechtschreibung, Mathematik und Lesen geprüft.

In dem Brief heißt es, Schüler seien oft außerstande, Fragen der Deutscharbeiten zu durchdringen, und auch die meisten Mathematikaufgaben seien „nicht lösbar“, weil die Kinder die dazugehörigen Texte nicht verstünden. Die nächsten Arbeiten sind für Ende April bis Anfang Mai geplant. Nach Tagesspiegel-Informationen wird in Kreisen der Grundschullehrer diskutiert, die Tests zu boykottieren. Unter ihren Schülern stammen 70 bis über 90 Prozent der Kinder aus Einwandererfamilien, viele der Schulen liegen in sogenannten Problemkiezen.[365]

„Die Integration von Einwanderergruppen sei in der Großstadt weitgehend gescheitert“, erklärt Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD).[366]

Der Migrationsforscher Bade dazu: *„Gut Ausgebildete gehen, schlecht - oder gar nicht - Ausgebildete kommen. „So trägt Migration in Deutschland letztlich zur Dequalifizierung der Erwerbsbevölkerung bei“*[367]*.*

[362] Berliner Zeitung, „Mobbing – Ein Diener für die Hausaufgaben“, 12.11.2010
[363] BILD.DE, „Intergrationsgipfel: Dieser Polizist redet Klartext im Kanzleramt“, 03.11.2010
[364] KOPP-Nachrichtenn, 24.11.2010
[365] DER TAGESSPIEGEL, „Vergleichstests: Grundschullehrer drohen mit Boykott, 13.04.2010
[366] Die Welt, 10.12.2007 – 13 Schulen in Berlin-Neukölln bekommen einen privaten Wachschutz
[367] Prof. Dr. phil. habil. Klaus J. Bade, Migrationsforscher, Welt, 28.05.2009

„... Immer wieder fallen die Worte Ehre und Stolz. Es sind ihre wichtigsten Werte. Niemand darf sie beleidigen. „Zuschlagen“, sagt Arkan, „ist ein Kick.“ Für die Opfer ist es ein Trauma. Wie für Jonathan, ein blasser, schmaler Junge von 15 Jahren. Eines Tages auf dem Weg zur Schule kreisen ihn zehn Jugendliche mit Migrationshintergrund ein. „Hast ein Handy?“ Sie durchsuchen ihn, nehmen ihm Handy und Geld ab, er zittert vor Angst. „Wenn du jemandem was sagst, bringen wir dich um.“ Sie schlagen Jonathan ins Gesicht. In der Schule und zu Hause erzählt er nichts, er schämt sich, hat Angst. Aber der erste Überfall war nur der Beginn, monatelang wird er bedroht, geschlagen, beraubt. Irgendwann gibt er das Geld freiwillig, es wird zu einer Art Wegezoll. Drei Monate später besucht seine Klasse die von der Polizei betreute Jugendrechtsinitiative Neukölln. ... Der Schüler ist fast der einzige Deutsche in der Klasse, ein Außenseiter, aber nach seinem Auftritt gratulieren ihm die anderen. Der seltene Zuspruch macht Jonathan Mut, den Polizisten zu fragen, ob er mal mit seiner Mutter vorbeikommen könne. Als der Junge mit der Mutter kommt, redet er nur zögerlich. Die allein erziehende Mutter weint, sie hört die Geschichte zum ersten Mal. „Das Problem ist, daß sich kaum jemand traut, die Täter anzuzeigen“, sagt der Jugendbeauftragte.“[368]

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am Montag berichtete, war zuletzt eine großangelegte Werbung der Berliner Feuerwehr und der Handwerkskammer um Auszubildende aus Einwandererfamilien wenig erfolgreich. Fast sechzig Prozent der 400 Bewerber scheiterten bereits an einem „simplen Sprach- und Lesetest“. Unter den erfolgreichen Absolventen aller Prüfungen befand sich kein einziger „Migrant“.[369]

„Die dumpfe Wut und die Gewalt, mit der die Neuköllner Lehrer nicht mehr fertiggeworden sind, wird früher oder später auf der Straße landen. Dann werden auch andere Bürger sie zu spüren bekommen, auch in den sogenannten besseren Bezirken. Die wenigen deutschstämmigen Schüler in Neukölln, die dort „Schweinefleischfresser“ heißen, wissen immerhin schon, was nach der Schule auf sie zukommt: ein Leben als (unterdrückte) Minderheit.“[370]

Gilles Duhem, der im Berliner Rollbergviertel für das Quartiermanagement gearbeitet hat – und inzwischen stadtbekannt dafür ist, gerade in Integrationskonflikten kein Blatt vor den Mund zu nehmen. „Wir haben hier Jugendliche“, so sagt er zum Beispiel, *„die klagen: Ich habe keine Lehrstelle gekriegt, weil ich Araber oder Türke bin. Und ich gucke mir die an und sage: Nein, du hast sie nicht bekommen, weil du nicht gut genug bist. Zieh dir ein sauberes Hemd an, lerne den Unterschied zwischen neun Uhr und zwölf Uhr, vollständige Sätze schaden auch nicht und, daß man nicht nachts im Innenhof herumschreit, die Babywindeln aus dem Fenster schmeißt oder den Müll im Hof liegen läßt.*[371]

Paul Reiter, 47, Englisch- und Französischlehrer an einer Bochumer Gesamtschule, erlebt die Folgen der selbst gewählten aggressiven Ausgrenzung immer wieder im Klassenzimmer.

Er kenne etliche „Schulversager mit Goldkettchen“, die durch antiamerikanische, antijüdische und sexistische Sprüche auffielen. Sie redeten deutsche Frauen regelmäßig als „Nutten“ an. Lehrerinnen versuchten, in manchen Klassen im Unterricht „einfach nur zu überleben“.[372]

Die Gewaltvorfälle gegen Lehrer in der Hauptstadt explodieren, waren es 2004/05 196, wurden im darauffolgenden Jahr 374 Pädagogen Opfer schulischer Gewalt.[373] …

Ob ein 15-jähriger seinen Lehrer – an einer Kreuzberger Hauptschule mit 96 Prozent Migrantenanteil – mit einem Kopfstoß außer Gefecht zu setzen versucht[374], oder ein Neunjähriger an einer Charlottenburger Grundschule ausrastet und gleich auf drei Lehrkräfte einschlägt, stets ist die Gewalt von Beleidigungen und Drohungen begleitet[375]. [33, Seite 126f.]

---

368 Berliner Tagesspiegel, „Junge Haie“, 18.03.2007
369 Junge Freiheit, „Berlin will ausländische Bewerber bevorzugen“, 04.05.2010
370 Berthold Kohler, Herausgeber in der „FAZ“ vom 31.03.2006
371 Berliner Morgenpost, 29. Januar 2007, Seite 11
372 Spiegel 13/07, S. 29f.
373 SPIEGEL ONLINE, „Gewaltwelle an Berliner Schulen“, 13.12.2006
374 WELT ONLINE, „Schüler greift Lehrer mit Kopfstoß an“, 25.04.2007
375 WELT ONLINE, „Neunjähriger Schüler verprügelt drei Lehrer“, 14.12.2007

Gewalt - Mit dem Messer ins Klassenzimmer

Ursula W. zeigt keine Angst. Nicht, wenn sie als Hure beschimpft wird, nicht, wenn sie sich durch das Menschenspalier kämpft, nicht, wenn man ihr vor die Füße spuckt. Sie bleibt gelassen, wenn man sie anschreit, demütigt, auslacht. Sie hat ein bißchen Türkisch und Arabisch gelernt, weil sie wissen wollte, wie man sie beschimpft, aber sie hat sich daran gewöhnt, das hält sie aus. Es sind andere Momente, die Ursula W. das Leben zur Hölle machen, wie sie sagt: Wenn wieder einmal jemand einen Stuhl nach ihr schmeißt zum Beispiel, wenn jemand plötzlich ganz nah kommt und ruckartig den Arm in Richtung ihres Gesichtes bewegt, wenn sie einem ausgebildeten Kickboxer entgegentreten muß oder ihr Gesprächspartner ein Messer zieht. Dann wird sie nervös, dann kommt dieses Zittern und, viel schlimmer: der sehnliche Wunsch, dieser Hölle zu entfliehen[376], die sie ihren Arbeitsplatz nennt. Wolfgang Schimmang ist Bildungsstadtrat im Berliner Bezirk Neukölln. Seit 35 Jahren beschäftigt sich der Sozialdemokrat mit dem Berliner Schulwesen, war Lehrer, Schulleiter und Leiter des Schulamtes. Schimmang hat es lange im Guten probiert, wie er sagt, doch nun will er private Wachdienste engagieren, die vor den Schulen stehen und für Ordnung sorgen sollen. Seine Parteifreunde, Bildungssenator Jürgen Zöllner und auch Innensenator Ehrhart Körting, lehnen die Idee ab, sie setzen auf Vorbeugung und Sozialprogramme. Der Senat zumindest hat die finanzielle Unterstützung schon abgelehnt.[377]

An dieser Schule haben deutsche Kinder Angst. Vor Schlägen. Vor Mobbing. Vor ihren Mitschülern. Gemeint ist die Hauptschule Karnap – eine echte Horror-Schule in Essen (NRW).

Es sind unfaßbare Film-Szenen und Aussagen, die in der ARD-Dokumentation „Kampf im Klassenzimmer" zu sehen sind. Der Film zeigt, wie sich an einer Schule zwei Lager gebildet haben. Und die deutschen Schüler werden geschlagen und terrorisiert. Denn sie bilden mit nur 30 Prozent die Minderheit. Schuldirektorin Roswitha Tschüter (58): *„Die Gewalt geht vor allem von libanesischen Schülern aus."* Aber auch vor Türken haben die Deutschen Angst. Und das sei nicht nur in Essen-Karnap so: *„Das Problem ist weit verbreitet. Wir haben bei bestimmt 50 Hauptschulen in NRW angefragt. Nur diese gab eine Dreherlaubnis. Alle anderen hatten Angst vor der Öffentlichkeit."* *„Die Deutschen sind scheiße. Mit Deutschen ist man nicht befreundet – so denken viele Schüler hier*", erzählt ein Lehrer. … Bezeichnend, aber völlig „normal" für die Bundesrepublik: Das Schulamt Essen sieht „keine signifikanten Probleme".[378]

Dazu ein Repräsentant des Systems, der NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) sieht den Migrationshintergrund hingegen nicht als Hauptgrund für die Gewalt:

„*Ich warne vor Verallgemeinerungen und voreiligen Schlüssen*", so Schneider zu BILD.de.

Zwar gäbe es *„zu viel Gewalt an deutschen Schulen"*, so Schneider: *„Studien belegen jedoch, daß dies vor allem mit dem sozialen und familiären Hintergrund der Schüler zu tun hat, nicht aber mit ihrer Zuwanderungsgeschichte."*

Schneider weiter: *„Man kann die Politik nicht für alles verantwortlich machen. Politik muß Integration fördern, kann sie aber nicht einfach gesellschaftlich verordnen*."[379]

Immerhin. Mit Propaganda und Geld stemmt man sich dem allgemeinen Trend entgegen.

Dem Bundespropaganda-Ministerium für Bevölkerungsaustausch entnehmen wir:

„In Ballungsräumen stammen bis zu 40 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Sie bilden einen riesigen Talentpool, den es zu nutzen gilt."[380]

Der etwa 13-jährige deutschstämmige Jonny aus äußert sich bezüglich des ständigen Mobbings durch Türken- und Araberkinder in Berlin-Neukölln: *„Ja, hilft ja nur noch Flucht eigentlich. Wenn sie (die Ausländer) stressig werden und so. Kann man ja einfach nur noch umziehen."*[381]

---

[376] Auch in Berlin gibt es eine große Nachfrage nach Plätzen an kirchlichen Schulen. Eltern aus dem Westteil Berlins versuchen, ihre Kinder in Schulen in Pankow im östlichen Teil Berlins unterzubringen.

[377] Die Welt, von Thorsten Thissen, 04.07.2007

[378] Bild.de: Der tägliche Wahnsinn in Essens Horror-Schule - Prügel! Islamismus! Mobbing! Haß auf deutsche Schüler! – Lesen Sie, wie hilflos Schulleitung, Eltern und Lehrer sind, 21.07.2010

[379] Bild de. „So werden deutsche Schüler von Ausländern terrorisiert", 22.07.2010

[380] Aus: „charta der vielfalt" - „Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration"

[381] NDR - PANORAMA, „Einschüchterung in der Ghettoschule - Deutsche als Minderheit", 07.05.2009

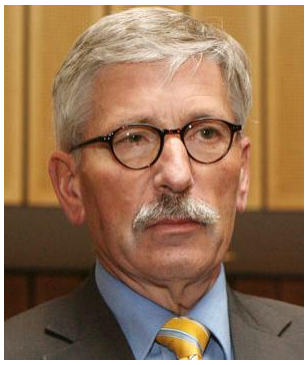


Bild 68: Thilo Sarrazin (SPD)

Die BILD vermerkt zum Thema Bildung und Talente: „So sähen die PISA-Ergebnisse bei Naturwissenschaften aus, wenn Migrations-kinder rausgerechnet werden:
Bayern: Schüler ohne Migrationshintergrund: 555 Punkte, Schüler mit Migrationshintergrund in 2. Generation: 449 Punkte, Baden-Württemberg: 548 / 458 Punkte, Rheinland-Pfalz: 545 / 450, Berlin: 543 / 424 etc.[382]
… Bis zu elf Milliarden Euro im Jahr sollen nun in Deutschland allein für die Förderung von Migrantenkindern ausgegeben werden.[383] Bis zu 50 Prozent der Migrantenkinder bleiben allerdings trotz maximaler Förderung beispielsweise in Berliner Schulen schon in der zweiten Klasse sitzen, weil sie nicht die einfachsten Kultur-techniken beherrschen, nicht einmal eine Schere benutzen können.[384] Diese Kinder werden nach offiziellen Angaben überhaupt nur noch deshalb in die nächste Klasse versetzt, weil Plätze für Nachrücker freigemacht werden müssen. [10, Seite 47]
Selbiges auch an der westfälischen Pestalozzi-Grundschule in Bergkamen. Dort sind in der ersten Schulklasse im Mai 2010 schon 97 Prozent der Schüler Migranten. Schulleiter Franz-Josef Weite sagt, er bedauere die Entwicklung, und fügt hinzu: *„Wir können es ja nicht ändern.“*[385] [10, Seite 48]
An 38 Berliner Schulen lag der Migrantenanteil im Jahr 2005 bei mehr als 80 Prozent, an neun Schulen sogar bei mehr als 90 Prozent.[386] Bremen ist seit Jahren Schlußlicht bei den PISA-Studien, denn hier beträgt derAusländeranteil in den Grundschulen bis zu 90 Prozent.[387]
Man plant nun mit unseren Steuergeldern neue Förderkonzepte. Nein, nicht wie Sie vielleicht jetzt denken könnten, für aufgeschlossene deutsche Kinder, sondern für Migrantenkinder.[388]
Als der frühere Berliner Finanzsenator und jetzige Vorstand der Deutschen Bundesbank, Thilo Sarrazin (SPD), diese Zustände Ende 2009 zu kritisieren wagte und auf eine Veränderung drängte, da verunglimpfte man ihn öffentlich als „eindeutig rassistisch.“[389]
Ein Jahr später wiederholte Sarrazin seine Äußerungen. „Sarrazin warnt vor Verdummung durch Einwanderer“, titelte die Zeitung „Die Welt“ und schrieb: „Sarrazin provoziert wieder: Einwanderer aus der Türkei, Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten machen seiner Meinung nach Deutschland dümmer.“[390]
… Sofort wurde selbst von der Bundeskanzlerin die „Bereicherungskeule“ herausgeholt. Angela Merkel erklärte bezugnehmend auf die Äußerungen Sarrazins im Juni 2010: Es sei zwar richtig, „daß die Bildungsabschlüsse von Schülern mit Migrationshintergrund verbessert werden müssen und der wichtigste Schlüssel dabei die Beherrschung der deutschen Sprache ist“, sie behauptete dann jedoch weiter: *„Aber wenn wir genau das fördern und fordern, dann haben diejenigen, die zu uns kommen und in unserem Land leben wollen, große Chancen und bereichern uns alle.“*[391] [10, Seite 51, 52]
Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel sagte im selbigen TAGESSPIEGEL:
„Mein Eindruck ist: Wenn es so weitergeht, dann nimmt durch die Teilnahme von Herrn Sarrazin auch die durchschnittliche Verdummung des Bundesbank-Vorstands zu.“ Er hoffe, *„daß der Bundesbank-Präsident Herrn Sarrazin endlich genug zu tun gibt, damit er sich nicht ständig mit Dingen beschäftigt, von denen er offensichtlich keine Ahnung hat“.*
Dem hält der *STERN* mit Zahlen aus dem Jahr 2009 entgegen:
„Türkische Migranten ohne Berufsabschluß: 72 Prozent, Migranten ohne Berufsabschluß:
44 Prozent, Migranten im Alter zwischen 22 und 24 Jahren ohne Berufsabschluß: 54 Prozent, erwerbslose Migranten: 29 Prozent, einkommensschwache Migranten: 43,9 Prozent etc.“[392]

---

382 BILD.DE, „Brauchen wir eine Ausländer-Quote für alle Schulklassen?“, 19.11.2008
383 FOCUS ONLINE, 25.06.2009 - Im Jahr 2030 werden nach jetzigem Stand 40 von 100 Berufseinsteigern Migrationshintergrund haben und 16 den Stempel „Risikoschüler“ tragen. … Derzeit würden 40 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund von der Pisa-Studie als „Risikoschüler“ eingestuft.
384 DER TAGESSPIEGEL, „Berliner Grundschüler zunehmend überfordert”, 17.06.2010
385 DERWESTEN, „Eine Klasse mit 97 Prozent Migrantenanteil …“, 19.05.2010
386 SHORTNEWS, „Berlin: Schon 38 Schulen mit 80-prozentigem Migrantenanteil”, 19.07.2005
387 KREISZEITUNG.DE, „PISA: Bremen wieder Schlußlicht“, 24.06.2010
388 KREISZEITUNG.DE, „PISA: Bremen wieder Schlußlicht“, 24.06.2010
389 HANDELSBLATT, „Sarrazin-Äußerungen eindeutig rassistisch“, 08.01.2010
390 WELT.ONLINE, Sarrazin warnt vor Verdummung durch Einwanderer, 10.06.2010
391 DER TAGESSPIEGEL, „Merkel: Sarrazin redet dummes Zeug“, 14.06.2010
392 STERN.DE/ (32), „Die vergrabene Bombe“, 08.08.2008

Alltagserfahrung kontra perverser Staatsräson

Auch die Bildung würde (Logenbruder) Gabriel gerne zu seinem großen Thema machen. Aber mit der Bildung ist das so eine Sache. Alle fordern mehr Geld, aber keiner weiß so recht, wo es herkommen soll. Zwei Milliarden Euro vom Bund für den Einsatz von Schulsozial-arbeitern fordert Gabriel. Die zündende Idee hat auch er noch nicht gefunden, er liebäugelt damit, den Wohlhabenden einen Teil ihres Reichtums abzuknöpfen. Aber das ist verfassungsrechtlich heikel. Und dann ist da noch ein Problem: das Thema Schule. Es spaltet. Gabriel weiß, wie schnell die Eltern auf die Barrikaden gehen, wenn die Politik ihnen in die Erziehung hineinredet. Die Tücken zeigen sich auch, als er mit rund 40 Schülern einer Mainzer Realschule diskutiert, die vor kurzem mit einer Hauptschule zusammengelegt wurde. Für „kompletten Schwachsinn" hält eine Zehntklässlerin das eigene Kombi-Schulmodell:
„*Der Hauptschüler ist am Ende überfordert, der Realschüler unterfordert."*
Naja, kontert Gabriel leicht irritiert, so leicht sei die Sache ja nicht. Gerade die Kinder von Einwanderern, die die Hauptschule oft ohne Abschluß verließen, hätten im Kombi-Modell doch bessere Chancen. Naja, sagt die Zehntklässlerin, sie behaupte jetzt mal „ganz dreist", daß die hohe Zahl der Abbrecher unter Einwandererkindern damit zu tun habe, daß sie sich nicht richtig integrierten. „Sachte, sachte", sagt Gabriel. Aber Ruhe bringt das nicht. Als eine andere Schülerin sich beklagt, die Hauptschüler würden das Leistungsniveau drücken, wirft Gabriel ihr ein „entsetzliches" Menschenbild vor. Die Schüler blicken ein wenig verdutzt drein. Aber Gabriel bleibt dabei. Solche Thesen hört er schon genug. Von Thilo Sarrazin zum Beispiel.[393]
„Folgende Aufstellung zeigt den Anteil unter den 25-36-jährigen ohne Berufsabschluß in Deutschland: Türkische Staatsangehörige: 54%, „Deutsche türkischer Herkunft": 33%, sonstige Ausländer: 30 %, Deutsche „sonstiger" Herkunft: 21%, Spätaussiedler: 14 %, Deutsche ohne Migrationshintergrund: 12%“[394] Da die Politik demografisch auf Ausländer setzt, stellt sich die Frage, wie diese Zukunft aussehen soll, in der Ausländer für die letzte deutsche Rentengeneration einzahlen und diese betreuen soll. Es ist ein programmierter Abstieg:
Volkmar Weiß, Intelligenzforscher und Leiter der Deutschen Zentralstelle für Genealogie in Leipzig erklärt: „Die mit Abstand höchsten Kinderzahlen verzeichnen Familien mit Migrationshintergrund, während die Intelligenz ohne diesen Hintergrund im Gebärstreik verharrt. *‚Eine derartige Entwicklung ergibt für die Erhaltung des sozialen Friedens eine schlechte Prognose, wenn diese neue Unterklasse durch doppelt so hohe Kinderzahlen wie die deutsche Bevölkerung und weitere Zuwanderung immer weiter wächst und schon innerhalb der nächsten zehn Jahre die Mehrheit der aktiven Bevölkerung, ganz sicher aber unter den Kindern und Jugendlichen in zahlreichen Großstädten der alten Bundesländer stellen wird.‘“*[395]
Der Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) hat dazu aufgerufen, die Einwanderung nach Deutschland als Chance zu begreifen, statt „*ständig über die Probleme zu klagen.“* Gleichzeitig legt die Bundesregierung ein neues Programm im „Kampf gegen Rechts“ auf. Unter dem Motto „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ will man besonders Jugendliche zu „demokratischen Verhalten, zivilem[396], Engagement Toleranz und Weltoffenheit“ erziehen.[397]

---

[393] SPIEGEL ONLINE, „Gabriel im roten Märchenland”, 25.08.2010
[394] Focus MIGRATION: NEWSLETTER Migration & Bevölkerung, AUSGABE 9/2008
[395] DIE WELT, „Der Intelligenzquotient der Türken - In Migrantenmilieus sind die Durchschnitts-IQ niedriger als bei den Deutschen“, 23.07.2005, Seite 4
[396] Versprochen ist Zivilgesellschaft. Die Realität ist natürlich Tribalismus (‚Rassismus‘):
„Lukas ging in die 5. Klasse, als ihm das erste Mal auf dem Schulhof von einem türkischen Jungen ein Messer an den Hals gehalten wurde. In der 6. Klasse wurde er vor der Schule „von drei Typen“ zusammengeschlagen. Dann ging es immer so weiter. Letzte Woche mußte er in einen Hausflur flüchten, weil es arabische Jugendliche auf ihn abgesehen hatten. Vier Wochen vorher kam er mit gebrochener Nase nach Hause. „Das ist Krieg, eine Schraube ohne Ende“, sagt die Mutter. Eine resolute, stämmige Frau, doch man spürt ihre Angst, daß ihr die Dinge entgleiten könnten. Weil sich Lukas „total verändert“ habe, seine Aggressionen immer größer werden. „Ich kriege ihn gar nicht mehr runter“, sagt Eveline Kramer. Sie ahnt, daß aus dem ewigen Opfer Lukas auch ein Täter werden könnte.“
Berliner Tagesspiegel, „Tatort Schulweg“, 21.05.2007
[397] JUNGE FREIHEIT, 26.01.2007

8. Mit den Gastarbeiterabkommen fing alles an

„Während der Zeit der Überwachung und Besetzung der verschiedenen deutschen Einzelstaaten durch Truppenteile und Zivilpersonal der Vereinten Nationen sollten die Angehörigen dieser Gruppen ermutigt werden, deutsche Frauen zu heiraten und sich auf Dauer dort niederzulassen. Während dieser Zeit ist auch die Einwanderung und Niederlassung von Nichtdeutschen, vor allem von Männern, zu ermutigen.“[398]

Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland erhöhte sich von 1961 bis 1971 von 700.000 auf drei Millionen und hat sich damit innerhalb eines Jahrzehnts mehr als vervierfacht. Der Zuwachs der Wohnbevölkerung stieg von 1961 bis 1974 um 5,8 Millionen Personen und ging zu 58 Prozent auf Ausländer zurück.[399] Der Zuzug von rund 5,1 Millionen Menschen aus den Anwerberstaaten, davon etwa 2,4 Millionen offiziell als „Gastarbeiter“ angeworben[400], stellte die größte Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland dar, die dieses Land je gesehen hatte. Mit ihrer Eigendynamik bildete sie in den kommenden Jahrzehnten die Grundlage für die (bis heute) andauernde ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland, die sich seit den 1970er Jahren zunehmend vom Bedarf des Arbeitsmarktes löste. Auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht wurden damit die Weichen für die kommenden Jahrzehnte gestellt. Die ethnische Zusammensetzung und die kulturelle Prägung des Staatsvolkes sollte sich durch diese „Völkerwanderung“[401] nicht unerheblich verändern.
Die Anwerbung der Gastarbeiter – über viele Jahre als rein ökonomisches Thema betrachtet – stellte eine grundlegende Entscheidung für die Bundesrepublik Deutschland dar – in kultureller, sozialer und demographischer Hinsicht. Hinzu kam die „Kettenwanderung“. „Pioniere“ holten Verwandte und Freunde nach. [11, Seite 39, 40, 52]
Jan Stenner schreibt hierzu: „Im derzeitigen Staatsjubel über die vielfältigen Segnungen, die wir den Türken in Deutschland angeblich zu verdanken haben, sollten wir uns immer wieder daran erinnern, daß die Grundlage der gegenwärtigen multikulturalistischen Gesellschaft eine staatliche Unwahrheit ist: Das Märchen von den „Gastarbeitern“. Zu den Hintergründen dieser besonderen Wortwahl bestehen in der Öffentlichkeit zwei Meinungen: Die einen vertreten die Ansicht, der Staat habe nur fahrlässig gehandelt, da die ganze Entwicklung nicht absehbar war, die Deutschen seien somit durch diesen Begriff nicht wirklich belogen worden. Die anderen halten die ethnisch-nationale Umgestaltung unseres Landes mit Hilfe der Gastarbeiterpolitik von Anfang an für Vorsatz und den Begriff „Gastarbeiter“ entsprechend für eine gezielte arglistige Täuschung.“[402]
Der Anwerbestopp für Gastarbeiter aus Staaten außerhalb der EG, der nachlassende Bedarf der Industrie und sich verbessernde Verhältnisse in den Heimatländern führten unter anderem dazu, daß rund 42 Prozent der griechischen und spanischen Arbeiter das Land verließen, die Zahl der türkischen Gastarbeiter blieb allerdings nahezu konstant (-2,5 Prozent).
Von daher geht der wiederholte Hinweis auf die bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts große Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland (eine knappe Millionen 1907[403]) fehl: er sollte und soll die Dimension der Gastarbeiter-Zuwanderung seit den 1960er Jahren und die daraus resultierenden politischen und sozialen Herausforderungen relativieren. Bei einer rein quantitativen Betrachtung war der Hinweis zwar richtig, inhaltlich führte er aber nicht weiter, da sich die Strukturen (Herkunftsregionen, Rückkehrerquoten etc.) gravierend unterschieden. *„Soweit es die Anteile an der Bevölkerung und auch der Erwerbsbevölkerung angeht, stimmt diese Feststellung. Darüber hinaus ist sie jedoch von geringem Wert. Der ausländische Arbeiter im Jahre 1910 wanderte zu aus Osteuropa, arbeitete in landwirtschaftlichen oder kleingewerblichen Betrieben und blieb eine Saison. Der ausländische Arbeiter im Jahre 1967 kommt aus anderen (fernen) Ländern, arbeitet in anderen Industriezweigen und bestimmt seine Aufenthaltsdauer nur in Ausnahmefällen, etwa im Baugewerbe, nach jahreszeitlichen Abgrenzungen.“*[404] [11, Seite 40]

---

[398] Earnest Albert Hooton, Jüdischstämmiger Professor für Anthropologie (Menschenkunde) an der Harvard-Universität; „PM’s Daily”, New York, „Breed war strain out of Germans“, 04.01.1943
[399] Huber, Peter: Bevölkerungspolitik durch Wanderungen?, Tübingen 1977, S. 232
[400] Jamin, Mathilde: Die deutsche Anwerbung: Organisation und Größenordnung, in: Eryilmaz, Aytac; Jamin Mathilde: Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 149f.
[401] So der damalige Bundestagsabgeordnete Dieter Lattmann (SPD), zit. nach: Peksirin, Hilmi: Türkisch-deutsche Schulprobleme, in: Birkenfeld, Helmut: Gastarbeiterkinder aus der Türkei, 1982, FN1, S. 163
[402] Jan Stenner, POLITICALLYINCORRECT, „Gastarbeiter- Lüge: Fahrlässigkeit oder Vorsatz?“, 27.10.2011
[403] Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, S. 52f.
[404] Stephan Günter. Einstellung und Politik der Gewerkschaften, Herford 1969, S. 35

Die These vom Gastarbeiterbedarf

Deutschland brauchte nie wirklich Gastarbeiter, sperrte es doch gar unter Anwendung des Art. 11 II. GG per Gesetz Deutsche aus. Als schlichte Ideologie erscheint diese Einwanderungspolitik, wenn man bedenkt, daß schon 1950 deutsche Flüchtlinge, selbst politisch Verfolgte, unter Berufung auf Art. 11 II. GG außer Landes gehalten wurden. Die Rede ist vom „Gesetz zur Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet" vom 22.08.1950, das selbst vor dem BVerfG standhielt. Wenn man also in jenen Jahren angeblich so dringend Arbeitskräfte benötigte, warum ließ man nicht die eigentlich einreiseberechtigten Deutschen hinein, statt sich absehbare Probleme mit Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen aufzuhalsen?[405]

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch die Bundesregierungen von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 sei ausschließlich den Bedürfnissen der westdeutschen Industrie folgende Arbeitsmarktpolitik gewesen. So oder so ähnlich fand sich diese zum Allgemeingut gewordene Annahme bis vor kurzem in jeder Publikation über „Gastarbeiter".[406]

Gestützt wird dieses Bild aktiver Anwerbepolitik durch öffentliche Stellungnahmen politisch Verantwortlicher, die Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften mit dem infolge ungünstiger Entwicklung der Erwerbsbevölkerung bedrohten Wirtschaftswachstum legitimierten. …

Die wesentlich verbreiterte Quellenbasis – inzwischen sind die Akten in den Archiven bis zum Anwerbestopp 1973 frei zugänglich -, das vollkommen differente Erkenntnisinteresse nach im Bundeswirtschaftsministerium ggf. diskutierten Alternativen zur Arbeitskräfteanwerbung sowie die systematische Sichtung nicht nur der Akten des Bundesarbeits- und Wirtschaftsministeriums, sondern auch des Auswärtigen Amtes, … ,zeigt demgegenüber jedoch:

die Initiative zur mit Regierungsvereinbarungen Ende 1955 offiziell begonnenen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ging weder von der Bundesrepublik aus, noch folgte sie originär arbeitsmarktpolitischen Erwägungen! Zwar nahm die westdeutsche Industrie im Zeichen des seit Beginn der 1960er Jahre vollbeschäftigten Arbeitsmarktes die zusätzlichen Arbeitskräfte dankbar und in rapide steigender Zahl auf; aber es waren ausländische Regierungen, die an bundesdeutsche Ministerien mit der Bitte um Entsendung von Arbeitskräften herantraten.

Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre verband sich dann mit dem Begriff eine „Ideologie des Provisoriums" insofern, als bis dahin „bei vielen Unternehmen, Organisationen, öffentlichen Einrichtungen und in weiten Kreisen der Bevölkerung eine Haltung vorherrschte, als ob die Ausländerbeschäftigung eine vorübergehende und nur zeitweilige Erscheinung sei. In diesem Zusammenhang hat der Begriff „Gastarbeiter" als Begriffsbezeichnung für „vorläufig" eine bestimmte Funktion erfüllt."[407]

Ähnlich wie der mißverständliche Begriff von den Gastarbeitern bürgerte sich übrigens auch der griffige Satz ein, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Vor allem gegenüber außereuropäischen Staaten ist seit Anfang der 1960er Jahre wiederholt darauf verwiesen worden, die Bundesrepublik komme wegen ihrer hohen Bevölkerungsdichte als Einwanderungsland nicht in Betracht, weshalb der Arbeitskräftemangel nur durch eine temporär begrenzte Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte behoben werde,[408] für die eine Anreise aus geographisch weit entfernten Gebieten ergo nicht lohne. [3, Seite 7, 8, 22, 23]

… Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sollte dadurch künftig gerade nicht von der Arbeitsmarktpolitik bestimmt werden, fortan vielmehr ohne konzeptionelle Grundlage den vielfältigsten außenpolitischen Bedürfnissen folgen, die sich mit außenwirtschaftlichen durchaus decken konnten. Unter diesem Vorzeichen standen die folgenden Anwerbevereinbarungen mit Spanien, Griechenland, der Türkei und Portugal in den frühen 1960er Jahren, wobei das Attribut „Anwerbung" irreführend ist, da die Initiative zu diesen, aber auch ähnlichen Vereinbarungen mit Marokko und Tunesien, ausschließlich vom Ausland ausging [3, Seite 80, 81]

Die deutsche Politik sprach zwar bei der Anwerbepolitik über viele Jahre von zeitlich befristeten Aufenthalten sowie dem Rotationsprinzip und befristete die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse zunächst auf ein oder maximal zwei Jahre. In der Praxis verhielt sie sich aber konträr und schuf die Voraussetzungen für eine dauerhafte Zuwanderung. [11, Seite 78]

---

405 Vgl. BGBl. 1950, 367; BVerfGE 2, 266 = NJW 1953, 1057

406 Vgl. hierzu: Meier-Braun, Karl-Heinz: Integration und Rückkehr?; Mainz/München, 1988. S. 10

407 AdsD, DGB-Bundesvorstand, Sekretariat Franz Woschech, 5/DGCQ000013

408 Vgl. BA Koblenz, B 149/6225, so der Bundesminister des Innern an das Auswärtige Amt vom 03.09.1963

Nach den Gesprächen von Rom vergingen drei ereignislose Monate, an deren Ende die italienische Geduld sichtlich erschöüft war. Am 2. Juli 1954 sprach Handelsattaché Morante im Bonner Arbeitsministerium bei Bernhard Ehmke und Werner Sicha vor. …
Ehmke's Vorschlag, die Arbeitsverwaltungen beider Länder sollten zunächst enger zusammenarbeiten, Nachfrage und Angebot prüfen, eventuell auch Arbeitskräfte vermitteln – eine Kooperation „in loser Form" mithin.
Morante reagierte heftig: Italien habe die Importmöglichkeiten aus den OEEC-Ländern stärker als vereinbart liberalisiert, müsse dies aber zurücknehmen, wenn sich die übrigen Staaten nicht zu einer liberaleren Zulassung italienischer Arbeitskräfte bereit fänden. Ehmke wies hingegen darauf hin, daß der Bedarf in der Bundesrepublik noch immer mit einheimischen Kräften gedeckt werden könne. … Als Morante am Nachmittag des 9. Juli 1954 mit einer größeren deutschen Delegtion (BMA, BAA, AA) zusammentraf, hatte sich an den jeweiligen Grundhaltungen kaum etwas geändert. …
In den folgenden Monaten verging kein Zusammentreffen deutscher und italienischer Politiker, ohne daß nicht die Frage nach einem Wanderungsabkommen und der Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte gesellt wurde. Dies erhöhte den Druck auf die Bundesregierung und schuf gleichzeitig Öffentlichkeit. In Mailand traten Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und Außenhandelsminister Mario Martinelli am 22. September 1954 gemeinsam vor die Journalisten. Erhard äußerte sich zwar vorsichtig, die Bundesregierung sei bereit, die italienischen Vorschläge zu prüfen[409], doch das genügte bereits für einen heftigen Protest des DGB, der sich gegen die „Einschleusung ausländischer Wanderarbeiter" wandte, auf die Arbeitslosenzahlen in den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgruppen hinwies und Verhandlungen mit Italien ablehnte.[410] [22, Seite 223, 224]
Im Herbst 1954 wurde die erste Chance vertan, durch klare Stellungnahmen den Weg zu dem zu ebnen, was die Aktensprache der 1950er Jahre mit „Einwanderungspolitik" bezeichnete.[411] …
Erhard bemühte sich in diesem Tagen, die Wogen zu glätten, behielt jedoch seine Grundkonzeption bei und führte ein neues Argument in die Diskussion ein. Am 6. Dezember 1954, noch vor der genannten Bundestagsdebatte, ließ er sich vom NWDR interviewen und erklärte, er sei „gründlich mißverstanden worden". Die Gespräche mit Italien dienten allein dem Zweck, „Vorsorge zu treffen" für den Fall, daß bei einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung ein Arbeitskräftemangel eintrete. Damit vertauschte Erhard allerdings Aktion und Reaktion. Er verschwieg das italienische Drängen auf eine Kompensation des Zahlungspassivum und stellte sein Ministerium als den agierenden Part hin, das auch und gerade im Interesse der einheimischen Arbeiter eine Verständigung mit Italien herbeiführen wolle: „Im übrigen möchte ich meinen, daß es im Interesse der deutschen Arbeiter liegen würde, wenn wir noch mehr als bisher daran gehen, ungelernte Arbeitskräfte in Deutschland auszubilden, umzuschulen und aus ihnen geschulte Arbeitskräfte, Fachkräfte werden zu lassen. Um das aber besorgen zu können, müssen wir natürlich dann die relativ primitiveren Arbeiten in Deutschland bei Anhalten dieser Konjunktur schließlich doch mal von ausländischen Arbeitskräften besorgen lassen."
Erhard erhob damit die sog. Unterschichtung (der dt. Bevölkerung) öffentlich zum staatlichen Programm.[412] [22, Seite 225, 227]
Am selben Tag, als Vertreter der Ministerien und der Sozialpartner in Bonn zusammentrafen, nahm Bundesarbeitsminister Storch an einer Tagung der Flüchtlingsminister und –senatoren der Länder in Berlin teil uns sprach Fraktur. Eine vermehrte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sollte mit allen Mitteln eingeschränkt, nach Möglichkeit sogar verhindert, das Abkommen gleichwohl paraphiert werden: „Die Italiener kriegen wir nicht wieder weg!"[413]
… Im Bundeskabinett wurde tatsächlich am 6. Oktober über eine vermehrte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik gesprochen, allerdings, folgt man dem Kurzprotokoll, nicht von Ludwig Erhard oder Anton Storch, sondern von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, die wohl beide wenig Wissen über den Sinn und Zweck der Wanderungsvereinbarungen besaßen, und den „Einsatz von ausländischen Arbeitskräften" zur Abwehr von Lohnerhöhungen herbeigeführt sehen wollten, Storch müsse seinen Standpunkt

409 BA B102 11243 H.1, BMW: Tages-Nachrichten, 23.09.1954
410 Zit. nach Denkschrift, 1954, S.1
411 Z.B. BA B102 11148, BMW Abt. I intern, 26.04.1955
412 BA B136 8841, BMW an Bundeskanzleramt: „Interview des Herrn Ministers Erhard im NWDR vom 06.12.1954"
413 BA B119 2956, BAA: „Vermerk über … Tagung der Flüchtlinsminister und –senatoren der Länder", 23.06.1955

„revidieren“.[414] Die Schelte erscheint unbegründet, war das BMA (Bundesministerium für Arbeit) doch Anfang Oktober längst zu der Einschätzung gelangt, daß die Vereinbarung 1956 praktisch wirksam werden sollte. Aktenkundig wurde der Sinneswandel bereits in einem Anfang August 1955 entworfenen Brief an Willy Richter (Bundesvorstand des DGB, MDB-SPD). Dieser hatte einige Tage zuvor Arbeitsminister Storch schriftlich gebeten, „den Abschluß der Regierungsvereinbarungen zu verhindern“, da die westdeutschen Arbeitskraftreserven noch nicht ausgeschöpft seien.[415]
Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß das Schreiben des DGB dazu bestimmt war, zusammen mit der Antwort Storchs veröffentlicht zu werden, um gegenüber den Mitgliedern den Protest des DGB dokumentieren zu können. Vertreter des DGB waren schließlich an der Vorbereitung der Verhandlungen beteiligt gewesen, eine grundsätzliche Ablehnung war dabei ausgeblieben. Richter setzte indes den Abschluß der Vereinbarungen mit dem Beginn organisierter Wanderungen gleich und ignorierte damit den bisherigen Grundkonsens einer vorsorglichen Wanderungspolitik. Das Antwortschreiben des BMA beinhaltete denn auch den klaren Hinweis, daß eine Vereinbarung nicht zu sofortigen Wanderungen führen müsse, und Beschäftigungen von Ausländern im Bundesgebiet auf Grund des OEEC-Ratsbeschlusses ohnehin „nicht versagt“ werden könnten, wenn die Voraussetzungen erfüllt seien.
… Kurz vor Unterzeichnung der Vereinbarung der Vereinbarung wandte sich die Gewerkschaft Gartenbau, Land und Forstwirtschaft erneut öffentlich gegen die „Zulassung“ italienischer Saisonarbeiter, die möglicherweise „in hellen Scharen in die Bundesrepublik einströmen“ würden.[416] Die BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) vermittelte ihren Mitgliedern ein anderes Bild. Bereits am 11. Oktober 1955 forderten Arbeitgebervertreter während einer Vorstandssitzung der Bundesanstalt, Anwerbungen auch in Österreich und Griechenland durchzuführen. In dem am 25. November 1955 der Mitgliederversammlung vorgelegten Jahresbericht bezeichnete die BDA daneben auch noch Spanien als potentielles Anwerbeland. Die Mitglieder efuhren weiter, daß sich die Bundesvereinigung tatkräftig für eine vermehrte Ausländerbeschäftigung wie für das Abkommen mit Italien eingesetzt habe.[417]
[22, Seite 234-237]
Gelegenheit zum Abschluß weiterer Vereinbarungen hatte die Bundesrepublik zur Genüge, sowohl 1954/55, als über das Abkommen mit Italien verhandelt wurde, wie in den folgenden Jahren. Über einen „intensiver“ werdenden „drang des Auslandes, in der deutschen Wirtschaft Arbeitskräfte unterzubringen“, berichtete Bernhard Ehmke (BMA) bereits im November 1954.
Kein Ministerbesuch würde vergehen, „bei dem diese Frage nicht Punkt 1 ist“.[418]
Als Beispiel nannte er neben Italien bereits Spanien. Danach gesellten sich sich rasch weitere Staaten hinzu – über 20 außerhalb Europas bis 1962[419] -, darunter beispielsweise Tunesien, dessen stellvertretender Ministerpräsident sich 1956 nach Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitskräften im Bergbau und in der Landwirtschaft erkundigte, was jedoch abgelehnt wurde.
Obgleich dies die erste Anwerbevereinbarung für die Bundesrepublik – zehn Jahre nach Kriegsende – war, unterblieb eine breite öffentliche Diskussion. Im Bundestag forderte keine Fraktion und kein Abgeordneter eine Aussprache. Den an der Wanderungspolitik beteiligten Ressorts und der Regierung konnte dies genauso recht sein, wie der Umstand, daß zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bestehenden Meinungsunterschiede nicht öffentlich ausgetragen wurden. Vor diesem Hintegrund kann es kaum verwundern, daß die westdeutsche Bevölkerung zwar außerordentlich gut über die Anwerbungen in Italien informiert war, diese aber mehrheitlich ablehnte.[420] Die „Entthematisierung“ mag zu einer „Normalisierung der Ausländerbeschäftigung“ beigetragen haben.[421] Ob sie dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern langfristig dienlich war, erscheint indes fraglich. [22, Seite 238]

[414] BA B136 8841, „Kurzprotokoll Kabinettsitzung 06.10.1955“. Zu Adenauers öffentlichen Aussagen s. Auslandsarbeiter, in: Welt der Arbeit, 07.10.1955
[415] BA B149 6230, BMA an DGB, Entwurf, Aug. 1955; DGB an BMA, 29.07.1955
[416] PA Abt.5 957, DGB Informationsdienst, 12.12.1955. S.a.: Gewerkschaft lehnt Fremdarbeiter ab, SZ, 13.12.1955
[417] BA B119 2656, BAA Vorstandssitzung, 11.10.1955
[418] BA B149 6244, Besprechung, 09.11.1954
[419] BA B106 47431, BMI an Innenministerium NRW, 04.09.1962
[420] Bei einer Allensbach-Umfrage hatten im März 1956 82 Prozent der Befragten „davon gehört, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden sollten, um hier in den Fabriken und bei den Bauern zu arbeiten“. Von diesen sprachen sich 55 Prozent dagegen aus. Quelle. Noelle/Neumann, Jahrbuch, 1957, S. 258
[421] Drohse, Ausländische Arbeiter, 1981, S.177

Gelegenheit zum Abschluß weiterer Vereinbarungen hatte die Bundesrepublik zur Genüge, sowohl 1954/55, als über das Abkommen mit Italien verhandelt wurde, wie in den folgenden Jahren. Über einen „intensiver“ werdenden „Drang des Auslandes, in der deutschen Wirtschaft Arbeitskräfte unterzubringen“, berichtete Bernhard Ehmke (BMA) bereits im November 1954. Kein Ministerbesuch würde vergehen, „bei dem diese Frage nicht Punkt 1 ist“.[422]
Als Beispiel nannte er neben Italien bereits Spanien. Danach gesellten sich rasch weitere Staaten hinzu – über 20 außerhalb Europas bis 1962[423] -, darunter beispielsweise Tunesien, dessen stellvertetender Ministerpräsident sich 1956 nach Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitskräften im Bergbau und in der Landwirtschaft erkundigte, was jedoch von den Arbeitgeberorganisationen abgelehnt wurde und auf starke Bedenken in der Bundesanstalt stieß[424] [22, Seite 278]
Mitte 1959 machten sich indes erneut Spannungen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Der Tiefstand der Arbeitslosigkeit, 1958 im September erreicht, wurde bereits im Juni unterschritten. In Prozent ausgedrückt betrug sie jetzt 1,3 Prozent, im September 0,9 Prozent. Hingegen stieg die Zahl der offenen Stellen deutlich an: 284.000 im Jahresdurchschnitt 1959, gegenüber 216.000 1958 und 454.000 1960. Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren traf der Arbeitskräftemangel verstärkt die Industrie. [22, Seite 281]
Im Vergleich zu Italien, Griechenland oder Spanien wurde die Türkei erst relativ spät wanderungspolitisch aktiv. Den Beginn markierten die nach dem Militärputsch von 1960 begonnenen Reformen, die die Wirtschaftsstruktur des Landes verändern und das Zahlungsbilanzdefizit vermindern sollten. Bis dahin hatte die Türkei keine Massenauswanderungen erlebt. Sie war zu dieser Zeit ein überwiegend agrarisch geprägtes Land mit stagnierenden Exporten und steigenden Importen. Etwa 77 Prozent der Erwerbstätigen entfielen auf die Landwirtschaft, nur 10 Prozent auf die Industrie. …
Nermin Abadan-Unat verschaffte der türkischen Wanderung in die Bundesrepublik eine Traditionslinie durch Hinweise auf die hier seit 1957 beschäftigten Praktikanten sowie auf gewerblich betriebene Einzelvermittlungen von Arbeitskräften in den späten 1950er Jahren. Ihrer Interpretation ist nur teilweise zuzustimmen, da die „Erfahrungen“ mit türkischen Landwirtschaftspraktikanten im Raum Soest 1956 innerhalb der Bundesanstalt zu einer über Jahre anhaltenden ablehnenden Haltung gegenüber einer „Beschäftigung von Arbeitskräften aus dem türkisch-arabischen Raum“ führten. Von Bedeutung ist allerdings der Hinweis, daß ab 1960 aus der Bundesrepublik in die Türkei zurückgekehrten Arbeiter sich ausgesprochen positiv über ihre Arbeitsbedingungen äußerten, was den Drang in Richtung Westdeutschland verstärkte.[425] [22, Seite 305]
… Wenige Tage später erreichte das BMA ein Brief des in den Ruhestand getretenen ersten Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Edmund Frohne, der ebenfalls auf eine bevorstehende türkische Offerte hinwies. Frohne hatte sich in der Türkei aufgehalten, um ein Gutachten über die Organisation des Eisenbahn- und Verkehrswesens anzufertigen, und war dabei vom türkischen Verkehrsminister, unter Hinweis auf die Wanderungen italienischer und griechischer Arbeiter ins Bundesgebiet, über Beschäftigungsmöglichkeiten für seine Landsleute, vor allem von arbeitslosen Eisenbahnern, befragt worden.[426] [22, Seite 306]
… Die Furcht vor einer weiteren Kettenreaktion im Gefolge einer Vereinbarung mit der – vorwiegend asiatischen – Türkei beherrschte über Monate die Diskussion, betraf doch dieser Punkt die ethno-politische Basis der deutschen Wanderungspolitik, die darauf zielte, nur Arbeitskräfte aus europäischen Ländern zu beschäftigen und andere nach Möglichkeit auszuschließen. Staaten, die in diesem Zusammenhang häufig genannt wurden, waren Marokko, Tunesien, Algerien, Zypern, Syrien und Ägypten, ferner finden sich Hinweise auf Thailand, Somalia, Singapur und die Philippinen. Nach einer Schätzung des BMI wurden bis September 1962 „Angebote“ von rund 20 außereuropäischen Staaten abgelehnt.[427]

[422] BA B149 6244, Besprechung, 09.11.1954
[423] BA B106 47431, BMI an Inneministerium NRW, 04.09.1962
[424] BA B119 3031, Dt. Botsch. Tunis an AA, 28.11.1956; BMA an AA, 22.03.1957. Aus der Stellungnahme der BAA: „Ich glaube daher, daß die andersartigen religiösen Anschauungen, Lebensauffassungen und –gewohnten dieser Völker (Tunesien, Algerien, Türkei) zwar kein absolutes Hindernis für eine Beschäftigung in der Bundesrepublik darstellen, aber doch eine beträchtliche Erschwerung bedeuten.“
[425] Abadan-Unat, Migration, o.J., S. 27. BA B119 3031, BAA an BMA, 11.02.1957
[426] PA Abt.5 1723, E. Frohne an BMA, 22.08.1960
[427] BDA Rundschr. 22.02.1960, S. 1339-1354, S. 1386-1412; 04.07.1960; BA B106 47431, 04.09.1962

Im September 1960 hatte das Auswärtige Amt diesen wanderungspolitischen Konsens noch nicht verlassen, als es eine Vereinbarung mit der Türkei als „untunlich“ bezeichnete.[428]
Bei dem rasch gefällten Urteil bleib jedoch die Frage außer acht, ob es sich die Bundesrepublik leisten konnte, einen unmittelbar erwarteten türkischen Vorschlag abzulehnen, worauf Anton Sabel (Präsident der BAA) in seinem Antwortschreiben an das BMA aufmerksam macht: Arbeitsmarktpolitisch sei eine Vereinbarung in keiner Weise notwendig, allerdings könne er nicht beurteilen, „wie weit sich die Bundesrepublik einem etwaigen solchen Vorschlag der türkischen Regierung verschließen kann, da die Türkei ihre Aufnahme in die EWG beantragt hat und als NATO-Partner eine nicht unbedeutende politische Stellung einnimmt“.
Wenn Sabel auch eine Vereinbarung ablehnte, so sprach er sich doch für eine stärkere Beteiligung der türkischen Arbeitsverwaltung aus, da ihm das Generaldirektoriat für Arbeitsvermittlung in Ankara bereits am 09. August 1960 mitgeteilt habe, daß nach türkischem Recht die Vermittlungstätigkeiten der Übersetzungsbüros verboten und bereits Strafanzeigen erstattet wordens seien.[429]
Die deutsche Strategie, dem Vorschlag der Polizeidirektion Istanbul zu folgen und sie so in das Verfahren einzubeziehen, daß sie von sich aus türkische Bewerber an die Frankfurter Zentralstelle weiterleiten sollte, ging indes nicht auf.[430] Am 13. Dezember 1960 überreichte Legationsrat Erçin von der türkischen Botschaft in Bad Godesberg eine Verbalnote, die den Abschluß einer Wanderungsvereinbarung anregte. Im anschließenden Gespräch machte er deutlich, daß seine Regierung eine Ablehnung als eine „Zurücksetzung“ des NATO-Mitglieds Türkei besonders gegenüber Greichenland betrachten müsse.[431]
Damit waren die Würfel bereits gefallen[432], denn diesem außernpolitischem Argument konnte sich die Bundesregierung nicht entziehen. Jetzt ging es lediglich nur noch darum zu versuchen, die befürchteten Folgewirkungen möglichst gering zu halten: Eine förmliche Vereinbarung sollte vermieden und das Verfahren der Anwerbung und Vermittlung durch einen bloßen Notenwechsel geregelt werden. Dieser sollte zudem geheim gehalten werden, was allerdings auf Dauer nicht gelang.[433] …
Die einzelnen Punkte der schließlich am 30. Oktober 1961 durch Notenaustausch arrangierten Vereinbarung wurden von Anton Sabel (BAA) während eines Besuches der Türkei vom 10. bis 15. Juni 1960 ausgehandelt.[434] Inhaltlich schloß sie sich eng an die Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland an, wobei zwei wichtige Abweichungen herauszustellen sind:
Ein namentliches Anforderungsverfahren war nicht vorgesehen, und die Beschäftigungsdauer der einzelnen Arbeitskräfte wurde auf zwei Jahre beschränkt. Dies entsprach sowohl den türkischen Vorstellungen nach einer baldigen Rückkehr der Arbeitskräfte wie der besonders vom BMI vorgetragenen Position, „daß eine Dauerbeschäftigung türkischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und eine Einwanderung … nicht vorgesehen“ sei.[435] [22, Seite 307-308]
Die deutsch-spanische Vereinbarung löste eine Art Kettenreaktion aus. Ein weiteres Hinhalten des seit 1955 kontinuierlich vorgetragenen Wunsches Griechenlands nach einer Wanderungsvereinbarung hätte eine Brüskierung des von osteuropäischen Staaten umworbenen NATO-Landes bedeutet. Aus ähnlich gelagerten außenpolitischen Motiven, unter Berücksichtigung der türkisch-griechischen Spannungen, mußte wenig später auch der türkischen Forderung nachgegeben werden. Damit geriet indes die ethno-politische Ausrichtung der deutschen Zuwanderungspolitik, die von dem Leitgedanken geprägt war, nur „Europäer“ anzuwerben, ins Wanken. … Allerdings fehlen in den staatlichen Akten Belege dafür, daß die Ausländerbeschäftigung insgesamt lediglich als eine kurzfristige Erscheinung betrachtet wurde. Die spärlichen Hinweise deuten eher auf das Gegenteil hin. [22, Seite 335, 336]

[428] PA Abt.5 1723, AA: „Vermerk betr. Beschäftigung türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik“, 07.09.1960
[429] BA B149 22372, BAA an BMA, 26.09.1960
[430] PA Abt.5 1723, AA an Dt. Genkon. Istanbul, 04.11.1960
[431] PA Abt.5 1723, AA an BMA, 13.12.1960
[432] Was ja nichts anderes als eine Art von Erpressung darstellt. Mit einem souveränem Staat der Deutschen, der in erster Linie das Staatswohl und die Lebensinteressen des eigenen Volkes im Blick hat, hat die BRD nichts zu tun.
[433] Am 09.09.1961 veröffentlichte der Bonner Generalanzeiger Hinweise auf eine deutsche Anwerbekommision in der Türkei, was vom Auswärtigen Amt (AA) „außerordentlich bedauert“ wurde. Erst im November 1961 gab das Amt seine Zustimmung, den Inhalt der Noten im Bundesarbeitsblatt zu veröffentlichen, falls dies „nicht zu umgehen“ sei.
BA B149 22371, AA an BMA, 11.09.1961; PA abt.5 1723, AA an BMA, 07.11.1961
[434] BA B149 22372, AA an BMA/BMI, 24.10.1961, Bundesarbeitsblatt 1962, S. 69-71
[435] PA Abt.5 1723, AA an BMA, 09.08.1961; AA an Dt. Botsch. Ankara, 14.09.1961. Der Passus wurde 1964 in einem neuerlichen Notenwechsel gestrichen, in: Bundesarbeitsblatt 1965, S. 125-128

Die Haltung des „laissez faire“ kennzeichnete die Politik über Jahrzehnte. So hieß es in den von Bund, Ländern, Kommunen, Tarifparteien und Wohlfahrtorganisationen 1972 verabschiedeten „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien“ lapidar:
„Der Familienzusammenführung kommt aus menschlichen Gründen besondere Bedeutung zu. Dabei ist unabdingbare Voraussetzung, daß eine angemessene Wohnung zur Verfügung steht.“[436]
Das Bundesarbeitsministerium strebte nach dem Entwurf der „Thesen zur Ausländerpolitik“ Mitte der 70er Jahre an, die Voraussetzungen für den Familiennachzug einzugrenzen, womit es sich allerdings auch nicht durchsetzen konnte.[437]
Auch in der Bund-Länder-Kommission zur Ausländerbeschäftigungspolitik setzte sich eine Gruppe dafür ein, die Zuwanderung über den Familiennachzug wirkungsvoll zu begrenzen.
„Ein Teil der Mitglieder der Kommission hielt es für richtig, daß der Familiennachzug allen unverheirateten Jugendlichen bis zu 18 Jahren im bisherigen Rahmen gestattet werden sollte. Eine nicht kleinere Gruppe hielt es im allgemeinen Interesse für geboten, Jugendlichen im erwerbsfähigen Alter (16- und 17jährigen) die Einreise grundsätzlich nicht zu erlauben; reisen sie dennoch ein, müßte die Aufenthaltserlaubnis in der Regel versagt werden.“[438] Letztere Gruppe hatte sicher die mehrheitliche Auffassung der einheimischen Bevölkerung hinter sich, konnte sich allerdings im politischen Entscheidungsprozeß nicht durchsetzen. [11, Seite 86f.]
Zwei unvereinbare Positionen standen sich gegenüber: Jene, die den Familiennachzug als humanitäre und verfassungsrechtliches Gebot ansahen, sowie jene, die in einer Untersagung des Familiennachzugs keinen Verstoß gegen diese Grundsätze erkennen konnten, da eine Zusammenführung der Familie auch im Herkunftsland möglich sei.[439]
Von 1973 bis 1980 veränderte sich die Bevölkerungszusammensetzung. Der Trend wurde fortgesetzt, die deutschstämmige Bevölkerung nahm kontinuierlich ab, während der Anteil der Ausländer stetig stieg. Im Jahr 1973 lebten in der alten Bundesrepublik 58.122,4 Mio. Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, 1980 sank ihre Zahl auf 57.199,8 Mio. Gleichzeitig stieg der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 1973 von 3.966,2 Mio auf 4.453,3 Mio im Jahr 1980 an, was einem Wachstum von 6,4 auf 7,2 Prozent entsprach.[440]
Ende 1973 zahlte die Bundesrepublik Deutschland für knapp 900.000 Kinder von Gastarbeitern, die im Ausland lebten, Kindergeld. 1964 waren es 240.000, 1970 603.000 Kinder[441] ausländischer Gastarbeiter. [11, Seite 65, 66]
Damit übernahm die Bundesrepublik hoheitliche und staatsführsorgende Aufgaben für den Nachwuchs ausländischer Arbeitnehmer, die nach offizieller Lesart in der Bundesrepublik einer zeitlich befristeten Arbeit nachgingen. Bevölkerungspolitische Maßnahmen Deutschlands wurden hier erstmalig auf nichtdeutsche Bevölkerungen ausgeweitet. Die Zahl der Kinder, die in ausländischen Familien in der Bundesrepublik lebten, stieg 1973 bis 1977 von 928.000 auf 1,5 Millionen. [11, Seite 73]
Mit zunehmender Beschäftigungsdauer erhielten die Gastarbeiter Ansprüche auf Aufenthaltsrechte. Ausländerrechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Rückkehr oder gar Zwangsmaßnahmen – also Abschiebungen – wurden abgelehnt, das war langjähriger Konsens.[442]
Bereits 1967 machte Günter Stephan, Vorstandsmitglied des DGB, auf das damit verbundene Problem aufmerksam: *„Eine Rezension am Arbeitsmarkt werden wir mit Ausweisungen nicht meistern.“*[443] 1972 ließ die Bundesrepublik lapidar verlauten:
„Mit ausländerrechtlichen Maßnahmen wird nicht auf eine zeitliche Begrenzung des Aufenthalts ausländischer Arbeitnehmer hingewirkt.“[444] In ihrem „Aktionsprogramm“ zur Ausländerbeschäftigung vom 6. Juni 1973 wurden Zwangsmaßnahmen ausdrücklich ausgeschlossen: *„Aus sozialen und humanitären Erwägungen lehnt es die Bundesregierung ab, den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer nach Ablauf einer bestimmten Zeit durch behördliche Eingriffe*

[436] Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, Bonn 1973, S. 8
[437] Vgl. Entwurf von Thesen zur Ausländerpolitik, 23. Oktober 1975, in: epd-Dokumentation Nr. 5/76, S. 8
[438] Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1977, S. 38
[439] Vgl. Münscher, Alice: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland. München 1979, S. 37
[440] Quelle: Höhn, Charlotte: Die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H.2, 1981, S. 141
[441] Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung/Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1965, S. 13, Nürnberg 1974, S. 36
[442] Pagenstecher, Cord: Ausländerpolitik und Immigrantenidentität, Berlin 1994, S. 56f.
[443] Stephan, Günter: Einstellungen und Politik der Gewerkschaften, Herford 1969, S. 41
[444] „Politik der Bundesregierung gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern in der BRD“, Bundesdrucksache VI/3085, 31. Jan. 1972, S.4

zwangsweise zu beenden. Kein legal beschäftigter Ausländer soll gezwungen werden, in sein Heimatland zurückzukehren (kein Rotationsprinzip). Die Bundesrepublik Deutschland betrachtet sich aber auch nicht als Einwanderungsland. Bei längerer Aufenthaltsdauer soll der aufenthaltsrechtliche Status der ausländischen Arbeitnehmer verbessert werden.“[445]
Hier lag ein grundsätzlicher Widerspruch: Einerseits betonte die Bundesregierung, man wolle die Bundesrepublik Deutschland nicht zum Einwanderungsland machen. Andererseits weigerte man sich aber, die offensichtliche Zuwanderung wirkungsvoll einzuschränken, ja man förderte (aktiv) den Familiennachzug und belohnte jene, die sich über einen längeren Zeitraum in Deutschland aufhielten. [11, Seite 76, 77]
Zur Zeit der Ressortbesprechung Mitte des Jahres 1962 befanden sich rund 600.000 ausländische Arbeitnehmer im Bundesgebiet, von denen wiederum etwa 17.000 aus außereuropäischen Ländern stammten. Da es sich bei ca. 10.000 Personen um Praktikanten handelte, ging das BMA von 7.000 regulären Beschäftigungsverhältnissen aus. Weil in außereuropäischen Ländern kaum Fachkräfte zur Verfügung stünden, so das Arbeitsministerium, handele es sich regelmäßig um ungelernte Kräfte, die als Hilfsarbeiter tätig seien. Deren Beschäftigung sei jedoch als „nicht lohnend“ anzusehen, da sich neben den hohen Reisekosten und der nahezu unmöglichen sprachlichen Verständigung auch die Anpassung an Ernährung, Klima, Kultur, Lebens- und Arbeitsrhythmus problematisch gestalte. „Ferner ergäben sich Schwierigkeiten daraus, daß mit keinem außereuropäischen Lande eine Gegenseitigkeits-vereinbarung auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit bestehe. Arbeitnehmer aus diesen Ländern könnten deshalb für ihre in der Heimat zurückgebliebenen Familienangehörigen weder Krankenhilfe noch Kindergeld erhalten.“ Die Teilnehmer der Ressortbesprechung einigten sich infolge dessen darauf, grundsätzlich keine ungelernten Arbeitskräfte aus außereuropäischen Ländern in der Bundesrepublik aufzunehmen.
Ungeachtet dieser sich früh anbahnenden, nunmehr präzisierten Richtung gegenüber außereuropäischen Ländern war selbst das BMA hinsichtlich dem Ansinnen der Türkei bei seiner einmal eingeschlagenen, befürwortenden Linie geblieben.[446] [3, Seite 121, 123]
Konnte einerseits mit der Türkei keine der italienischen, spanischen oder griechischen äquivalente Regierungsvereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften abgeschlossen werden, weil entsprechende Bitten von einer großen Zahl weiterer Staaten vorlagen, die die Bundesregierung nicht düpieren wollte, sollte andererseits die zum Teil „durch etwas obskure türkische Vermittlungsbüros“ unterstützte Arbeitsmigration durch amtliche Organisation ersetzt werden. …
Zudem wurde der Vertreter der türkischen, Botschaft *„bei der Überreichung der Verbalnote ausdrücklich um Vorsorge gebeten, daß das sich anbahnende deutsch-türkische Arrangement nicht in die Presse kommt. Eine solche Presseveröffentlichung würde die Bundesrepublik vor sehr unangenehme Forderungen anderer an der Beschäftigung ihrer Arbeitslosen in der Bundesrepublik interessierter Staaten stellen.“*[447] *…*
Dennoch, genau vier Wochen später bat prompt die bundesdeutsche Botschaft in Rabat, der die Mitteilung im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung natürlich nicht entgangen war, das Auswärtige Amt um genauere Informationen über die Vereinbarung mit der Türkei.“[448] , Die Antwort, die die Botschaft aus Bonn erhielt, war scharf und eindeutig:
„Der Abschluß einer ähnlichen Vereinbarung mit Marokko oder irgendeinem anderen außereuropäischen Land kommt nicht in Frage. Falls die marokkanische Regierung von diesem Abkommen erfahren und ähnliche Wünsche äußern sollte, wird gebeten, sie nach Möglichkeit von weiteren Schritten in dieser Richtung abzuhalten.“[449] *…*
Seit Ende der 1950er Jahre war der marokkanische Botschafter regelmäßig im Auswärtigen Amt wegen des von marokkanischer Seite gewünschten Arbeitsvermittlungsabkommens zwischen Marokko und der Bundesrepublik vorstellig geworden. Trotz offizieller, und in den Gesprächen von den Referenten eindeutig vertretener Linie, nach der mit einem geographisch entfernter

[445] Zit. nach: „Aktionsprogramm für Ausländerbeschäftigung“, Jg. VII/24, 22. Juni 1973, S. 51
[446] BA Koblenz, B 149/22372. BMA, MR Dr. Sicha, Ha 6 – 2430.6 – 52/61 an das Auswärtige Amt v. 9. Februar 1961
[447] BA Koblenz, B 149/22372. Abschrift eines Schreibens des AA 505-83 SZV/3-92.42 an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara vom 18. Februar 1961
[448] Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/920, Botschaft der Bundesrepublik Rabat, 505-80.55313/61 an das Auswärtige Amt vom 06.12.1961
[449] PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/920. 505-83 SZV/3-92.42 an die Botschaft der Bundesrepublik Rabat vom 16.12.1961

liegenden Staat ein solches Abkommen nicht abgeschlossen werden könne, „ohne die zahlreichen anderen abschlägig beschiedenen Staaten zu diskriminieren“[450], stellte das Auswärtige Amt seit 1960 wiederholt klar, obgleich eine dem italienischen, spanischen oder griechischen Arbeitsvermittlungsabkommen äquivalente Vereinbarung mit Marokko nicht in Frage käme, sei eine negative Antwort auf diese Demarche aus politischen Gründen nicht möglich.[451] Bevor Ende 1962 erneut ein Vertreter der marokkanischen Botschaft mit dem Wunsch auf Abschluss eines deutsch-marokkanischen Anwerbeabkommens im Auswärtigen Amt vorsprach, hatte der Präsident der Bundesanstalt auf die zunehmenden Fälle, in denen marokkanische Arbeitnehmer von deutschen Konsulaten ohne vorliegende oder auch nur in Aussicht gestellte Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis einen Einreisesichtvermerk erhalten hatten, hingewiesen. Dadurch waren die betroffenen Personen nach ihrer Einreise in die Bundesrepublik ohne Probleme an eine Aufenthaltserlaubnis gelangt, was wiederum die Ablehnung einer Arbeitserlaubnis durch die Arbeitsämter unmöglich gemacht hatte.

„Vor allem aber, und das sollte nach Auffassung des Bundesministers des Auswärtigen ausschlaggebend sein,“ so die Begründung in der gemeinsamen Kabinettsvorlage von BMA und Auswärtigem Amt, *„ist es im Interesse der deutsch-marokkanischen Beziehungen erforderlich, die von einem Bundesminister gegebene Zusage – und zwar ohne Rücksicht auf Kompetenzerörterungen – einzuhalten, um das Vertrauen der Regierung und des Volkes von Marokko zur Bundesregierung nicht zu erschüttern, und dadurch ungünstige Rückwirkungen auf die Beziehungen beider Länder auszulösen.“*[452] [3, Seite 131, 134]

Die Anfrage aus Tunesien wurde ähnlich beschieden: *„Wie Ihnen bekannt ist, bittet der Tunesische Botschafter im Auftrag seiner Regierung seit längerem darum, daß wir etwa 2-3.000 tunesische Arbeitnehmer zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zulassen. Da Tunesien uns keine Facharbeiter, sondern nur Bauhilfs- und Straßenarbeiter anbieten kann, entspricht dieses Begehren … nicht den aufgestellten Richtlinien. … Es ist auch schwer, die Frage der Tunesier befriedigend zu beantworten, warum wir uns versagten, obwohl doch in Frankreich mit Zustimmung der französischen Regierung aufgrund eines regulären Anwerbeabkommens etwa 30.000 Tunesier arbeiteten. Vor allem aber könnten wir – schon im Hinblick auf die verhältnismäßig geringe Zahl der uns angedienten Arbeitskräfte – nicht den Vorwurf aus der Welt schaffen, mit der Ablehnung des tunesischen Wunsches machten wir uns in der gegenwärtigen Lage einer krassen Undankbarkeit schuldig. Dies muß sich um so nachteiliger auswirken als uns offiziell mitgeteilt wurde, der tunesische Staatspräsident würde sich persönlich getroffen fühlen, wenn wir bei unserer Haltung verblieben. …“*[453] [3, Seite 136-138]

Das zwischenstaatliche Initiativrecht war damit von der Bundesregierung auf den einzelnen Arbeitgeber übergegangen, die Vermittlung – wenn überhaupt – nicht mehr am volkswirtschaftlichen, vielmehr am individuell-betriebswirtschaftlichen Bedarf ausgerichtet. Außerdem war für türkische Staatsbürger eine Gesamtaufenthaltsdauer von maximal zwei Jahren vorgesehen, und die Türkei verpflichtete sich, ihre Landsleute, die auf Grundlage dieser Vereinbarung in die Bundesrepublik gekommen waren, „jederzeit formlos“ zurückzunehmen.

Die Aufenthaltsbegrenzung für türkische Staatsangehörige war zunächst vorgesehen worden, *„um den vorübergehenden Charakter des Aufenthalts und der Beschäftigung zu betonen; insbesondere sollten der Nachzug der Familien und die damit im Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten wie Unterbringung, Betreuung usw. vermieden werden“*[454], sie entfiel aber bereits mit der Änderung der deutsch-türkischen Vereinbarung vom 3. Dezember 1964.[455]

Tatsächlich versuchten regierungsamtliche türkische Stellen jedoch auch in anderem Zusammenhang immer wieder, mit orientalischer Behördenmentalität in ihrem Sinne Fakten zu schaffen. Hatte sich die Bundesrepublik gegenüber Griechenland, Spanien und Italien in der Frage der Familienzusammenführung entgegenkommend gezeigt, wollte vor allem das Bundesinnenministerium diese für türkische Familien ausschließen[456] und insistierte deshalb im Hinblick auf eine angestrebte Änderung der Vermittlungsregelung wiederholt auf einen

[450] PA Berlin, B 85 (2. Abgabe) / 878, 505-83 SZV/3 – 90.21 vom 22. November 1960
[451] PA Berlin, B 85 (2. Abgabe) / 878, 505-83 SZV/3 – 90.21 vom 19. September 1960
[452] BA Koblenz, B 149/22433 vom 25.01.1963
[453] BA Koblenz, B 149/22442 vom 28.05.1965
[454] BA Koblenz, B 149/22374 vom 19.01.1963
[455] Vgl. Bundesarbeitsblatt, 16. Jg. Nr. 3 vom 10.02.1965
[456] Vgl. BA Koblenz, B 149/22374 vom 19.01.1963

entsprechenden Passus. Den Beweis für eine notwendige, explizite schriftliche Fixierung, nach der der Nachzug der Familien wegen der vorübergehenden Dauer der Beschäftigung in der Bundesrepublik nicht vorgesehen gewesen wäre, sah es schließlich in der vom türkischen Generalkonsulat in München geübten Praxis, die Reisepässe türkischer Staatsangehöriger, die im Besitz einer deutschen Aufenthaltserlaubnis waren, durch Eintragung von Ehefrau und Kindern zu erweitern und zugleich die Pässe der ohne Visum in die Bundesrepublik eingereisten Ehefrauen einzuziehen. [3, Seite 124-126, 129]

Die Ausländerbeschäftigung, und damit der Zuzug in die Ballungsgebiete – 1970 lebten auf knapp 4% der Fläche des Bundesgebietes rund 50% aller Ausländer -, nahm gerade während des erneuten Konjunkturaufschwungs 1972/73 weiter so rasch zu, daß der Handlungsbedarf noch offensichtlicher, die Politik von den ökonomisch motivierten Ereignissen und gesellschaftlichen Bedürfnissen besonders in den Ballungszentren gleichsam getrieben wurde. *„Der Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern in unser dicht besiedeltes und stark industriell geprägtes Land“,* so das Bundesarbeitsministerium, *„vollzieht sich nicht im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Gesamtkonzepts sondern eher zufällig. … In eine derartige Wanderungsbewegung muß das Zielland regulierend eingreifen, wenn die soziale Infrastruktur nicht mehr aufnahmefähig ist und die Gefahr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen entsteht.“*[457] [3, Seite 170]

Bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die sozial-liberale Koalition gab es in der Bundesrepublik Deutschland weder eine stringente Ausländer- oder globale Beschäftigungspolitik, noch war eine wie auch immer geartete Konzeption über die sich vollziehende Zuwanderung vorhanden. Bis dahin hatte die bundesdeutsche außenpolitische Raison den Weg zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte geebnet und bis unter Außenminister Willy Brandt fortgeführt. Die auch nach 1961, also nach dem Versiegen der Vertriebenen- und Flüchtlingsströme extensiv, d.h. auf Wachstum mittels Zunahme der Arbeitskräfte angelegte bundesdeutsche Wirtschaftsstruktur hatte diese außenpolitische Motivation in den 1960er Jahren überlappt, so daß Außenpolitik und industriewirtschaftliche Interessen seither konform gingen. Im Ergebnis hatte die Außenpolitik damit den Wachstumsspielraum der bundesdeutschen Wirtschaft zunächst vergrößert und zeitlich verlängert, in kumulativer Folge aber auch sozialpolitische und gesamtgesellschaftliche Erfordernisse hinter einzelwirtschaftlichen Überlegungen zurücktreten lassen. Erst unter dem Druck massiver gesellschaftspolitischer Probleme und rapide anschwellender Migrationsströme war es seit 1971/72 zu ersten konzeptionellen Überlegungen zur Ausländerpolitik gekommen, die nun aber bereits unter dem Zwang zur Begrenzung standen. [3, Seite 174]

Ungeachtet der veröffentlichten Begründung für den Anwerbestopp dürfte das Assoziierungsabkommen der EWG mit der Türkei die schnelle Reaktion der Bundesregierung zumindest begünstigt haben, wie sich aus einem Schreiben Hans-Dietrich Genschers, seinerzeit Bundesinnenminister, an Willy Brandt vom 9. April 1973 ergibt:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Rahmen der Überlegungen einer Begrenzung der Aufnahme weiterer ausländischer Arbeitskräfte erfüllt mich die auf uns zukommende Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer mit zunehmender Sorge. Nach dem Assoziierungsabkommen der EWG mit der Türkei soll ab 1974 die Freizügigkeit der türkischen Arbeitnehmer schrittweise hergestellt werden und 1986 in die volle Freizügigkeit nach dem Gemeinschaftsrecht einmünden. Bereits heute sind 1,1 Mio türkische Arbeitnehmer für eine Beschäftigung allein in der Bundesrepublik Deutschland vorgemerkt. … Im Hinblick auf die bereits jetzt bestehenden Probleme der Ausländerbeschäftigung … kann indes die unkontrollierte Einreise von Milllionen arbeitsuchender Türken nicht verantwortet werden.“[458]

Allen Verantwortlichen war die angesprochene Lage durchaus bewußt, zumal die bundesdeutsche Botschaft in Ankara bereits im Februar 1972 auf den im Falle einer vollständigen Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer drohenden, „schier unübersehbaren Strom von Türken“ in die Länder der Gemeinschaft, besonders in die Bundesrepublik, gewarnt hatte.[459] [3, Seite 178, 179]

---

[457] BA Koblenz, B 136/8846. VS – NfD-Schnellbrief des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung – II c – 24ooo – A – an die Bundesminister vom 9. März 1973, betr. Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Anlage 1

[458] BA Koblenz, B 136/8847 vom 9. April 1973

[459] Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/1046 vom 01.02.1972

„Migrationsgeschichte als Leidensgeschichte“

„Wenn man nicht nur das Phänomen „Arbeitsmigration“ als solches begreifen, sondern auch verstehen will, was die meisten dieser Menschen, dieser Arbeitsmigranten, bewegt und was ihr Verhalten bestimmt, so muß man sich zunächst in der noch bäuerlichen Gesellschaft ihrer anatolischen Dörfer umschauen. Die Kenntnis dieser anatolischen Bauergesellschaft, aber auch der sie verändernden und zerstörenden Tendenzen, ist der Schlüssel zum Verstehen der türkischen Arbeitsimmigranten in die Bundesrepublik.“[460]

Die Konzentration auf das Negative hat „Migrationsgeschichte fast ausschließlich als Leidensgeschichte“[461] erscheinen lassen. Nahezu durchgängig werden sie als entrechtete und diskriminierte „industrielle Reservearmee“ dargestellt. Unbestreitbar sind die Gastarbeiter auch auf Vorurteile und Diskriminierung gestoßen. Als Un- und Angelernte übernahmen sie häufig die schlecht bezahlten Jobs, die als „Drecksarbeiten“ galten. [11, Seite 96]

Häufig gehörten die Gastarbeiter zur „verarmten Landbevölkerung ohne Subsistenzgrundlage (Tagelöhner, Saisonarbeiter), überwiegend ohne Industrieerfahrung.“ Die Motive zur Migration waren u.a. in der hohen Arbeitslosigkeit (50%) und in der Aussicht auf einem sicheren Arbeitsplatz im Ausland zu suchen. [21, Seite 21]

Euphorisch überhöhte Erwartungen auf die Lebensqualität im Ausland sind einer der Gründe türkischer Migranten. Das Einkommen in der Türkei in den Jahren 1977 bis 1979 betrug für Grundschullehrer und ungelernte Arbeiter etwa 5.000 Türkische Lira. 1979 bekam man für 100 TL umgerechnet 4,50 DM, was dazu führte, daß ein türkischer Grundschullehrer im Jahr 1979 etwa umgerechnet 200 DM im Monat verdiente. [21, Seite 22]

Die Analphabeten-Rate in der Türkei war 1970 recht hoch, sie betrug bei den 15-Jährigen immerhin 48,6 %, wobei der Anteil weiblicher zu männlicher jugendlicher Analphabeten mit 66,4 % zu 30,9 Prozent wesentlich höher lag. …Im Jahr 1978 gab es im westlichen Teil Berlins insgesamt 90.666 Türken. Davon waren 48.691 männlich und 41.975 weiblichen Geschlechts. 20.958 Türken reisten vor 1970 ein, der Rest kam danach. [21, Seite 27, 32]

Zu den Tatsachen gehört aber auch, daß niemand gezwungen wurde, als Gastarbeiter nach Deutschland zu gehen. Die befristeten Arbeitsverträge und Aufenthaltserlaubnisse weckten auch keine falschen Erwartungen: der Aufenthalt in Deutschland sollte zeitlich eng begrenzt sein. Die Gastarbeiter haben das Wachstum der deutschen Wirtschaft befördert und zweifellos „einen entscheidenden Anteil an der Steigerung der Lebens- und Arbeitsqualität sowie an der Erhöhung des Lebensstandards vieler deutscher Arbeitnehmer.“[462] Sie kamen aber nicht, um das Wachstum in Deutschland zu befördern, sondern um Geld zu verdienen und die Chance zu nutzen, zu einem relativen Wohlstand zu kommen. Sie erhielten – in den allermeisten Fällen – die gleichen Löhne wie ihre deutschen Arbeitskollegen und erzielten damit Verdienste, die sie in ihren Heimatländern nicht erreicht hätten. ... Die im Herkunftsland verbliebenen Verwandten konnten unterstützt, zusätzlich konnte auch noch gespart werden. Für die Herkunftsländer bedeutete der Gastarbeiter-Export Deviseneinnahmen exorbitanten Ausmaßes: Alleine in den Jahren 1960 bis 1973 wurden rund 44 Milliarden DM in die Herkunftsländer überwiesen. Schon früh wurde erkannt, daß der Import von Arbeitskräften nach Deutschland mittel- und langfristig auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten eine negative Bilanz aufwies. Der Bedarf an öffentlichen Leistungen und Investitionen – insbesondere in den Großstädten – stieg über die Jahre des Verbleibens dieser Zuwanderer exponentiell an. [11, Seite 96-98]

Die Konzentration der Gastarbeiterniederlassung in den Ballungszentren und der sich zunehmend entwickelnde Familiennachzug ließen die Infrastrukturkosten (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser) und die sich durch den Zuzug verschärfende Wohnungsknappheit ergebende Probleme immer stärker bewußt werden. So hieß es in einem Runderlaß des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 13. Juni 1966:

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß der ungeregelte Nachzug von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer in das Bundesgebiet zu erheblichen Schwierigkeiten verschiedenster Art, nicht zuletzt auch zu unzumutbaren Belastungen der öffentlichen Hand bis hinunter zu den Gemeinden führt. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Sie hat zudem in der Folge des Zweiten Weltkrieges schon Millionen von Vertriebenen und

[460] Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter. Mainz 1985, Seite 8f.
[461] Jamin, Mathilde: Fremde Heimat, in: 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, 1999, S. 159
[462] Bodenbender, Wolfgang: Zwischenbilanz der Ausländerpolitik, S. 27

Flüchtlingen aufgenommen, eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist. Auch die Erlangung von Wohnungen bereitet nach wie vor größte Schwierigkeiten.“[463] [11, Seite 120]
Tatsächlich traten in Ballungsgebieten wie München mit 156.000 ausländischen Arbeitnehmern bei einer Wohnbevölkerung von rund 1,4 Mio., Stuttgart mit 116.000 bei 630.400 und Frankfurt/Main mit 114.000 ausländischen Arbeitnehmern bei einer Wohnbevölkerung von 667.500 die aus dem mangelnden Wohnraum und der unzureichenden schulischen Erziehung der Kinder resultierenden Probleme am augenfälligsten zu Tage.[464]
Auch deshalb war, als Willy Brandt in seiner zweiten Regierungserklärung am 18. Januar 1973 noch ein sorgsames Überlegen anmahnte, wo die gesellschaftliche Aufnahmefähigkeit erschöpft sei, „wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt“ geböten, und eine Gesamtkonzeption ankündigte, da „das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils überlassen“ werden dürfe, die Diskussion um Eingliederung, Plafondierung oder Rotation bereits in vollem Gange, zumal die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik weiter beständig anstieg.
[3, Seite 166, 167]
Viele Migranten hätten sich sehr gut in Deutschland integriert, sagte Angela Merkel in einem Interview mit der türkischen Zeitung „Hürriyet". Dies könne in den von vielen Türken bewohnten Bezirken in Berlin gesehen werden, wo die Menschen gut deutsch könnten, Geschäfte hätten und ihre Kinder zur Schule schickten. Solche guten Entwicklungen dürften nicht verschwiegen werden. Die Vorwürfe von Thilo Sarrazin an die Adresse von muslimischen Migranten bezeichnete Merkel als „absurd (widersinnig)". Sie könne solche Äußerungen nicht akzeptieren. *„Sie wirken ausgrenzend. Ganze Gruppen in unserer Gesellschaft fühlen sich dadurch verletzt."*[465] Es ging um das neue Zuwanderungsgesetz, das ein Hereinholen von 14-jährigen Mädchen zum Zwecke der Heirat mit in der BRD lebenden Türken untersagte. Türkische Organisationen verweigerten daraufhin ihre Teilnahme am sogenannten Integrationsgipfel. Türkischen Tageszeitungen feuerten anschließend ihre Landsleute an: „Ehrenhafter Widerstand der in Deutschland lebenden Türken".[466]
Die liberale Tageszeitung MILLIYET forderte sogar dazu auf, „Berlin in Schutt und Asche zu legen"[467], und ein Jahr zuvor gab es eine türkische Demonstration in Berlin, auf der am 18. März 2006 nationale türkische Verbände drohten: (Die) Europäer sollten aufhören, die Türkei des Völkermordes zu bezichtigen, *„wenn sie nicht wollen, daß ihre Städte in Flammen stehen.“*[468]
Ein bemerkenswert ehrlicher Ansatz, die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland und den Zustand der Deutschen als Volk zu beschreiben, schien in türkischen Medien verbreitet worden zu sein: Der Sprecher des Islamischen Zentralrates in Deutschland ließ in einer Fernsehsendung die These unwidersprochen, daß die Mehrheit der Türken in Deutschland der Ansicht seien, daß die Deutschen eine minderwertige Rasse (besser: degeneriertes Volk) seien. Offenbar wird die These damit begründet, daß sich die Deutschen nicht gegen die Überschwemmung ihres Landes mit Ausländern wehren würden. Die Deutschen seien entschlossen, als Volk Selbstmord zu begehen, weil sie keine Kinder mehr bekämen, und ihr Land bald demjenigen gehören würde, der es sich nimmt.
Mit einer Festveranstaltung bei Volkswagen in Hannover-Stöcken hat die niedersächsische Landesregierung am Montag den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU): „Die türkischen Migranten der ersten Stunde haben unser Land mit aufgebaut und unseren Wohlstand mit begründet.“[469]
Ähnlich äußerte sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP), der die vor 50 Jahren begonnene Anwerbung türkischer Gastarbeiter als Erfolgsgeschichte bewertet. Zu BILD sagte er: „Türkische und türkischstämmige Mitbürger haben großen Anteil am deutschen Wirtschaftswunder – und tragen heute zur Sicherung unseres Wohlstands bei. Ihr Zuzug ist insgesamt eine deutsche Erfolgsgeschichte."[470]

[463] Zit. nach:Münscher, Alice: Ausländische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, München, 1979, S. 19
[464] Vgl. BA Koblenz, B 136/8846. Referat IV/3 (ORR Schreiber) an den Bundeskanzler vom 19. Februar 1973
[465] SPIEGEL ONLINE, „Migrationsdebatte - Merkel nimmt in Deutschland lebende Türken in Schutz“, 03.09.2010
[466] HÜRRIYET, zitiert in: Die Welt, 12.07.2007, S. 3
[467] Welt, 12.07.2007, S. 3
[468] Berliner Morgenpost, 13.03.2006, S. 11
[469] MIGAZIN (MIGRATION IN GERMANY), „50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen - David McAllister: ‚Danke, daß Sie gekommen und geblieben sind’“, 31.03.2011
[470] Mittelstand Café, „Westerwelle lobt türkische Gastarbeiter-Anwerbung als Erfolgsgeschichte“, 02.11.2011

Eine Grundsatzdebatte, die nie stattfand

Die Initiative für das deutsch-türkische Anwerbeabkommen ging, was wenig bekannt ist, von der Türkei aus.[471] Die Türkei hatte ein erhebliches Interesse daran, einen Teil der rasch anwachsenden Bevölkerung befristet als Gastarbeiter ins Ausland zu schicken. Neben der Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes versprach sie sich zu Recht dringend benötigte Deviseneinnahmen sowie einen Modernisierungsschub durch zurückkehrende Gastarbeiter, die sich entsprechende Qualifikationen angeeignet haben würden. Rund 77 Prozent der Erwerbstätigen waren damals in der Landwirtschaft tätig, nur etwa zehn Prozent in der Industrie.

„Sowohl Anfang der sechziger Jahre als auch zu Beginn der siebziger Jahre war die Türkei darauf angewiesen, Arbeitskräfte ins Ausland zu schicken, da sie nur auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Land reduzieren und mit Hilfe der regelmäßigen Gastarbeiterüberweisungen ihr hohes Außenhandelsdefizit ausgleichen konnte.“[472]

Als Grund für die Arbeitsmigration wird in der gängigen Lesart auf den Arbeitskräftebedarf der westdeutschen Wirtschaft verwiesen. Das Interesse in der Türkei an einer Zuwanderung war seit Beginn der 1960er Jahre groß und blieb es über die Jahrzehnte.

Man wolle als NATO-Mitglied insbesondere gegenüber Griechenland -mit dem ein Anwerbeabkommen im März 1960 geschlossen worden war- nicht diskriminiert werden, ließ der Vertreter der türkischen Botschaft in Bonn im Dezember 1960 wissen.[473]

Die deutsche Bundesregierung hatte zunächst keine Notwendigkeit gesehen, auch noch mit der Türkei, oder anderen außereuropäischen Ländern, ein Abkommen zu schließen, man wollte sich auf Arbeitskräfte aus Europa beschränken.

Aus außenpolitischen Rücksichten (und amerikanischem Druck) -die Türkei sicherte die Südost-Flanke der NATO- entschied man sich allerdings anders. Noch vor Abschluß des Anwerbeabkommens wurde eine deutsche Verbindungsstelle der *Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* im Juli bezogen.[474] Der Ansturm sei sofort erheblich gewesen, berichtet die deutsche Botschaft, das Generalkonsulat werde „von türkischen Arbeits- und Auskunftssuchenden geradezu überschwemmt und belagert."[475] War die offizielle Anwerbung schon begonnen worden, so waren hingegen die internen Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung keineswegs abgeschlossen.

Das Bundesinnenministerium legte -in weiser Voraussicht- Wert darauf, in der Anwerbevereinbarung die Aufenthaltsgenehmigungen jeweils auf maximal zwei Jahre zu beschränken. Es solle „deutlich gemacht werden, daß eine Dauerbeschäftigung türkischer Arbeitnehmer im Bundesgebiet und eine Einwanderung, auf die auch von der Türkei kein Wert gelegt wird, nicht vorgesehen sind."[476] Weiter verlangte das Bundesinnenministerium, alle Verweise auf einen möglichen Familiennachzug (wie er u.a. in der Anwerbevereinbarung mit Griechenland ausdrücklich enthalten war[477]), zu streichen. Beiden Forderungen wurde –zunächst- entsprochen. So hieß es in der Fassung des Jahres 1961:

„Die Aufenthaltserlaubnis wird über die Gesamtaufenthaltsdauer von zwei Jahren hinaus nicht erteilt.“[478] Zudem fehlte im Übereinkommen mit der Türkei jeglicher Hinweis auf möglichen Familiennachzug. *„Unsere Arbeitsmarktpolitik hat eine Völkerwanderung in Bewegung gesetzt, die sich ohne schwere politische Auseinandersetzungen nicht mehr stoppen, geschweige denn umkehren läßt. Die Wanderungswege sich durch zwischenstaatliche Verträge und europäisches Recht geebnet worden. Die Bewegung hält an, ohne daß wir über Sinn und Ziel auch nur den Umriß einer Übereinstimmung feststellen können. Diese Unsicherheit wirkt sich überall bis in die kleinsten Polizeireviere aus, da dort niemand Entscheidungen ausweichen kann.“*[479]

Günter Stephan, Vorstandsmitglied des DGB, 1967

---

[471] Vgl. Steinert, Johannes-Dieter: Migration und Politik. Westdeutschland – Europa-Übersee 1945-1961, Osnabrück 1995, Seite 305, 307f.

[472] Şen, Faruk, Türkische Arbeitnehmergesellschaften, Frankfurt/Main 1980, S. 38

[473] Steinert, Migration und Politik, Seite 307

[474] Vgl.: Habermeier, Elenore: Türkische Arbeiter in Deutschland, in: Orient, H.1/1966, Seite 121

[475] Zit. nach Steinert: Migration und Politik, Seite 309

[476] Jamin, Mathilde: Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung von 1961 und 1964, in Fremde Heimat, 1998, S. 73

[477] Kanein, Werner: Das Ausländergesetz und die wesentlichen fremdenrechtlichen Vorschriften, München, Berlin 1966, Seite 647-658; Seite 652; Bekanntmachung des Abkommens zwischen der BRD/Griechenland vom 6.1.1961

[478] Deutsch-türkische Vereinbarung über die Vermittlung von türkischen Arbeitnehmern, abgedruckt in Kanein, Werner: Das Ausländergesetz und die wesentlichen fremdenrechtlichen Vorschriften, München, Berlin, 1966, Seite 688-691; Seite 691

[479] Stephan, Günter: Einstellung und Politik der Gewerkschaften in: Papalekas, Johannes Chr. (Hrsg.): Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung (Bochumer Schriften zur Arbeitswissenschaft), Herford 1969; S. 39 [11, Seite 39]

Da die türkische Militärregierung Anfang August 1960 verlauten ließ, die Vermittlung von Arbeitskräften stärker durch amtliche Stellen regeln zu lassen, empfahl das bundesdeutsche Generalkonsulat Istanbul in Anbeträcht des Arbeitskräftebedarfes der deutschen Industrie, ein Anwerbeabkommen auch mit der Türkei in Erwägung zu ziehen. Das in die Diskussion hierüber rechtzeitig involvierte BMA war „nicht unbedingt" von den Vorteilen einer solchen Vereinbarung überzeugt, da ein nicht unerheblicher Teil der in die Bundesrepublik eingereisten Arbeitnehmer die Dienste der mit den Anwerbevereinbarungen institutionalisierten Kommissionen erfahrungsgemäß gar nicht in Anspruch nehme. „Auch sollte man grundsätzlich", und hierauf hatte das Bundesarbeitsministerium intern immer insistiert, wie in allen bisherigen Fällen „die Initiative zum Abschluß einer Vereinbarung der türkischen Regierung überlassen." Zudem, so das BMA weiter, „könnten sich mit gutem Grunde einige andere Staaten, deren dahingehende Wünsche zurückgewiesen wurden, auf dieses neue Beispiel berufen und die erhaltenen Absagen als Diskriminierung auffassen."[480]
Arbeitsmarktpolitisch sah auch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung trotz des inzwischen spürbaren Arbeitskräftemangels keine Notwendigkeit für eine Anwerbevereinbarung mit der Türkei, da der Kräftebedarf in den anderen Anwerbeländern „hinreichend gedeckt" werden könne. Allerdings meinte der bis dahin immer und ausschließlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt argumentierende Präsident der BA, Anton Säbel, nicht beurteilen zu können, „wie weit sich die Bundesrepublik einem etwaigen solchen Vorschlag der türkischen Regierung verschließen kann, da die Türkei ihre Aufnahme in die EWG beantragt hat und als NATO-Partner eine nicht unbedeutende politische Stellung einnimmt." Ihre Mitgliedschaft in der NATO hatte auch die Türkei selbst neben dem „lebhaften" Wirtschaftsaustausch mit der Bundesrepublik immer wieder zur Untermauerung ihres Wunsches nach Abschluß einer Vermittlungsvereinbarung vorgebracht.[481]
In welchem Grad sich die außenpolitische Raison nun bereits allgemein durchgesetzt hatte, damit Arbeitsmarkt- zu Außenpolitik – und vice versa! – geworden war, zeigen die Schlüsse Sabels, der es vorerst für ausreichend hielt, „wenn zur Ordnung der Beziehungen in der Anwerbung und Vermittlung ein Notenwechsel zwischen der türkischen … und der deutschen Regierung stattfände, in dem die jetzige Rechtslage und die Zuständigkeiten klargestellt, aber keine *„neuen Rechtsbeziehungen und –ansprüche begründet werden, da die Gefahr besteht, daß beim Abschluß einer Regierungsvereinbarung auch andere Länder, wie Cypern, Tunis und Marokko das gleiche Ansinnen an die Bundesrepublik Deutschland stellen würden."*[482]
[3, Seite 112, 113]
Daß die Anwerbevereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland auf Initiative und Druck der türkischen Regierung zustande kam, bleibt in der Literatur meist unerwähnt. Als Grund für die Arbeitsmigration wird in der gängigen Lesart auf den Arbeitskräftebedarf der westdeutschen Wirtschaft verwiesen.[483] Das Interesse in der Türkei an Auswanderung war seit Beginn der 1960er Jahre groß und blieb es über Jahrzehnte. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums überstieg das Arbeitskräfteangebot den Bedarf der einheimischen Wirtschaft erheblich. Die Förderung des *„Exports" von Arbeitskräften wurde von der türkischen Politik seit den 1960er Jahren als „eine wesentliche beschäftigungspolitische Maßnahme eingesetzt."* Das „Ventil" Arbeitsmigration war für die Türkei von existenzieller Bedeutung.
„Der Druck auf den Arbeitsmarkt konnte in der Vergangenheit, besonders bis zum Anwerbestopp von 1973, durch die hohe Auswanderung gemildert werden." [484]
1964 trat ein neues Anwerbeabkommen auf Drängen der Türkei in Kraft, in der die Befristung ersatzlos gestrichen wurde. Hiermit hatte man auch dem Drängen der Türkei nachgegeben, der ebenfalls an einer Revision gelegen war. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß hiermit die Weichen für eine dauerhafte Zuwanderung nach Deutschland gestellt

[480] BA Koblenz, B 149/22372. BMA und Sozialordnung, MR Dr. Sicha, IIa 6 – 2430.6 an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 30. August 1960.
[481] Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe) / 920. 505-80-55-94.42, 13. Dezember 1960
[482] BA Koblenz, B 149/22372 vom 26. September 1960
[483] So fehlt sowohl bei Klaus J. Bade: Europa in Bewegung, München 2000, als auch bei Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, München 2001, jeglicher Hinweis auf die 1995 veröffentlichten Forschungsergebnisse von Steinert; die gängige Lesart u.a. auch bei Gümrükçü, Harun: Beschäftigung und Migration in der Türkei. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Auswanderung auf die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, Nürnberg 1986, Seite 124, ebd. Ghadban, Ralph: Reaktionen auf muslimische Zuwanderung in Europa, in: ApuZ26/2003, Seite 30
[484] Gümrükçü, Harun, Nürnberg 1986, Seite 2 und 124

wurden. *„Damit war der entscheidende erste Schritt zur (zumindest möglichen) Niederlassung und De-facto-Einwanderung von Arbeitsmigranten aus der Türkei getan. Die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Unternehmer hatten hierfür die Grundlage geschaffen“*, stellt die Historikerin Mathilde Jamin zurecht fest. Die Entscheidung des Jahres 1963 macht aber auch deutlich, daß die Politik zwar aus Opportunitätserwägungen gegenüber dem „Publikum“ – der Öffentlichkeit – das Rotationsmodell hochhielt – offensichtlich aber zu keinem Zeitpunkt ernsthaft daran dachte, es durchzusetzen und auf diese Weise eine vorsehbare massen– und dauerhafte Zuwanderung in die Bundesrepublik zu verhindern.
Daß hier nicht die Transparenz im Vordergrund stand, sondern, in erster Linie außenpolitischen Erwägungen geschuldet, eher der Versuch, etwas zu verschleiern, macht auch die Tatsache deutlich, daß die Übereinkunft mit der Türkei, Arbeitskräfte anzuwerben, zunächst geheim gehalten werden sollte.[485] [11, Seite 75]

Verschärfend kommt hinzu, daß die Politiker die einheimische Bevölkerung lange Zeit im Glauben ließen, es würde sich bei den angeworbenen „Gastarbeitern“ um Gäste handeln, die nach Erfüllung ihrer Kontrakte wieder in ihre Heimat zurückkehren würden.
Der deutschen Bevölkerung wurde weiterhin das Rotationsprinzip vorgeheuchelt. Ursprünglich sollte das Abkommen sogar vor dem Volk geheimgehalten werden. So ließen sich von 1961 bis 1973 viermal so viele Bewerber bei der „Deutschen Verbindungsstelle” der Bundesanstalt für Arbeit registrieren, wie tatsächlich vermittelt wurden. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Anton Sabel, berichtete 1966:
„In der Türkei ist das Angebot gewaltig. Und bei jedem Besuch dort wird versucht, uns plausibel zu machen, wir sollten in der Türkei noch mehr Arbeitskräfte anwerben. Ich muß immer wieder deutlich machen, daß unsere Anwerbungen sich nach dem Bedarf richten. Das heißt, wir werben nur an, wo eben Kräfte gebraucht werden. Aber es sind gewaltige Zahlen, die uns genannt werden. 400.000 Türken warten darauf, bei uns Beschäftigung zu finden."
Bis 1971 war die Zahl jener, die bei den türkischen Behörden für eine Arbeitsaufnahme im Ausland (insbesondere in Deutschland) gemeldet waren, auf über 1,2 Millionen angestiegen. *„Das Gros der Bewerber sind Hilfsarbeiter, jedoch können auch beruflich qualifizierte bzw. teilqualifizierte Bewerber in größerem Umfange gewonnen werden.“*
Der Andrang blieb auch nach dem Anwerbestopp sehr groß. So berichtet „Die Zeit” im April 1976: *„Als das deutsche Anwerbebüro vor einigen Monaten vorübergehend geschlossen wurde, standen noch eine Million Türken auf der Liste, Fachkräfte unter 45, Hilfsarbeiter unter 35 Jahren. Ohne dieses Alterslimit wären es drei Millionen, die sofort in die Bundesrepublik aufbrechen wollten."* Da in der Türkei eine hohe Arbeitslosigkeit und ein starkes Bevölkerungswachstum herrschten, war die Rückkehrneigung gering. [11, Seite 101-104]
Von allen Staatsangehörigen aus Ländern mit Anwerbestopp wiesen im Jahr 1979 alleine die Türken einen – deutlich – positiven Wanderungssaldo auf, von allen anderen Nationalitäten waren mehr Personen fort- als zugezogen.[486] Mehr als die Hälfte der Zuzüge aus der Türkei (56 Prozent) waren Kinder und Jugendliche – ein weiterer unübersehbarer Hinweis auf einen Zuwanderungsprozeß. [11, Seite 70]
Von 1965 an stieg die Bevölkerung der Türkei um 890.000 Personen pro Jahr. Wohin damit, wenn nicht ins Ausland? Während also das türkische Mutterland bis auf den heutigen Tag von seinen Auswanderern profitiert, hätte Deutschland diese nie gebraucht. Deutschland hat der Türkei geholfen und nicht umgekehrt. *„Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland ist aus rein ökonomischen Überlegungen entstanden. Sie hat sich allmählich, dann aber immer fühlbarer werdend, zum gesellschaftspolitischen Problem entwickelt. Es war und ist an der Zeit, die Weichen zu stellen und sie so zu stellen, daß uns die nächste Generation kein Versagen vorwerfen kann, das von erkannten sozialen Mißständen in die soziale Konfrontation geführt hat.“*[487] [11, Seite 39] Zum Vergleich: Der ehemalige türkische Kultusminister Mehmet Esat, auf die Rechtslage der Ausländer in der Türkei angesprochen, nahm – gelinde gesagt – kein Blatt vor den Mund: *„Dieses ist ein Land der Türken. Wer nicht türkischer Herkunft ist, hat nur ein einziges Recht, das Recht, Sklave zu sein.“* Münchener Merkur, 27. Juli 1989

[485] Steinert, Johannes-Dieter: Migration und Politik. Westdeutschland-Europa-Übersee 1945-1961, 1995, S. 307f.
[486] Höhn, Charlotte; Schwarz, Karl: Die demographische Lage in der Bundesrepublik Deutschland, H.2, 1981, S. 203
[487] Stingl, Josef: Probleme der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Minioritäten, S. 66

Die großer Bedeutung der Kettenwanderung für die türkische Zuwanderung erklärt sich aus einer spezifischen Entsendepolitik der türkischen Regierung: Bevorzugt wurden Personen aus Regionen, die von Naturkatastrophen heimgesucht worden waren, sowie aus ländlichen Regionen, um durch sie die erwarteten Rücküberweisungen zu stärken. Die hiermit entstehende Kettenmigration und der Familiennachzug sollten wesentliche Elemente des Zuwanderungsprozesses der nächsten Jahrzehnte werden, der sich vom Bedarf des Arbeitsmarktes gelöst hatte. Aufgrund dieses Netzwerkeffektes haben sich drei Viertel aller Türken und 70 Prozent der Jugoslawen innerhalb der EU in Deutschland niedergelassen. Ende 1973 hielten sich 528.000 türkische, 466.000 jugoslawische, 409.000 italienische, 268.000 griechische und 179.000 spanische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland auf – insgesamt 2,4 Millionen Menschen.[488] [11, Seite 54]

Der Anwerbestopp für Gastarbeiter aus Staaten außerhalb der EG, der nachlassende Bedarf der Industrie und sich verbessernde Verhältnisse in den Heimatländern führten unter anderem dazu, daß rund 42 Prozent der griechischen und spanischen Arbeiter das Land verließen, die Zahl der türkischen Gastarbeiter blieb allerdings nahezu konstant (-2,5 Prozent).

Zwischen 1973 und 1976 kehrten rund 674.000 ausländische Arbeitnehmer in ihre Herkunftsländer zurück. Die Gruppe der türkischen Staatsangehörige war die einzige der Ausländer aus den Anwerbestaaten, die in den Jahren nach dem Anwerbestopp bis 1980 anwuchs. Bei den Türken stieg der Anteil der Frauen von 1974 bis 1979 um rund 21 Prozent, die Zahl der unter 15-jährigen Gastarbeiterkinder aus der Türkei verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf rund 420.000. [11, Seite 58, 65]

Für die Herkunftsländer – wie die Türkei oder Jugoslawien – sind allgemein höhere Arbeitslosigkeit und niedrigeres Lohnniveau im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland festzustellen. Von allen größeren Gastarbeiter-Gruppen waren die Türken jene, die den größten Sprung aus ihrer heimatlichen Welt nach Westdeutschland getan hatten. Die Lebens-verhältnisse der „Gastarbeiter" und ihrer Nachkommen waren zwar für deutsche Verhältnisse äußerst bescheiden, im Vergleich zur Situation insbesondere in der Türkei waren sie jedoch nicht dazu angetan, die einmal vollzogene Niederlassung in Deutschland aufzugeben und sich in die – politisch instabilen - Verhältnisse in der Heimat mit einer außer Kontrolle geratenen Inflationsrate zu reintegrieren. „Gegenüber dem, was sie in ihrer Heimat an ökonomischer Misere und sozialem Druck hinter sich gelassen haben, muß vielen ihr hiesiger Zustand geradezu paradiesisch erscheinen. Ist die Wohnsituation beengt, so war sie zu Hause oft bedrückend", beschreibt Helmut Rittstieg 1974 die Lage zahlreicher Gastarbeiter treffend. Hinzu kamen Sozialleistungen, soziale Infrastruktur und der Standard der medizinischen Versorgung, die die Attraktivität des „Gastlandes" wesentlich ausmachten. [11, Seite 92, 93]

...Das zentrale Interesse daran (Devisen) war einer der wesentlichen Gründe, warum die Türkei alles daran setzte, ihre Staatsangehörigkeiten im Ausland an sich zu binden. Versuche der deutschen Bundesregierungen, die Zuwanderung aus der Türkei zu begrenzen, wurden seitens der offiziellen türkischen Politik heftiger Kritik unterzogen. Dabei wurde stets unterschlagen, daß das deutsch-türkische Anwerbeabkommen auf Initiative der Türkei zustande gekommen war. So erklärte Staatspräsident General Kenan Evren in seiner Neujahrs-Ansprache 1982:

„Wir verfolgen mit Schrecken und Bestürzung, wie die nämlichen Länder, die ehemals billige Arbeitskräfte riefen, um ihren eigenen wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, unter Mißachtung der Menschenrechte nun dieselben Arbeiter des Landes zu verweisen suchen. Unsere Regierung setzte sich gegen dieses Unrecht mit aller Kraft zur Wehr. Wir hoffen aber noch, daß diese Ungerechtigkeiten rückgängig gemacht werden."

Darüber hinaus waren langfristige außenpolitische Ziele handlungsleitend. Der damalige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel erklärte im April 1994 bei einem Empfang des *Zentrums für Türkeistudien* in Essen: *„Für die Ausreise von rund 60 bis 70 Prozent der etwa drei Millionen Türken in Europa war ich in den 60er und 70er Jahren verantwortlich, weil ich immer eine Lobby in Europa haben wollte."*

Auch in sozialer Hinsicht sind die Zuwanderer über das Asyl vergleichbar mit den Arbeitsmigranten der 60er Jahre: „Der überwiegende Teil türkischer Asylbewerber ist männlich, ledig, zwischen 20 und 30 Jahre alt ...", anlysiert eine Studie des BAFL. [11, Seite 447]

[488] Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer-Erfahrungsbericht 1972/73. Nürnberg 1974, Seite 11

Das Emnid-Institut ermittelte 1965 eine Mehrheit von 51% des Volkes gegen die Hereinführung weiterer Fremder. 1981 waren 79% der Deutschen der Auffassung, in Deutschland lebten „zu viele Ausländer“[489], und 68% wünschten, die Gastarbeiter sollten „wieder in ihr Land zurückkehren“[490]. Da sich auch die großen Parteien gegen die weiter andauernde Zuwanderung aus der Türkei aussprachen und somit der Mehrheitsmeinung des deutschen Volkes entsprachen, ist es um so bemerkenswerter, daß die Bundesrepublik im nationalen Interesse des eigenen Volkes politisch passiv blieb.[491]
Eine wesentliche Änderung – die Union spricht von einem „Paradigmenwechsel“ – würde es bedeuten, wenn die etwa vierzigtausend türkischen Bräute, die jedes Jahr nach ihrer Eheschließung im Rahmen des Familiennachzugs („Familienzusammenführung“) nach Deutschland kommen, künftig vor ihrer Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachweisen müßten.[492] „Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands und Mitglied der SPD, enttäuschte sie nicht. Angesichts der deutschen „Zurückweisungen“ – die Forderung geringer Sprachkenntnisse und die Anhebung des Mindestalters für den Familiennachzug auf 18 Jahre – konnte er *„nicht mehr für die Sicherheit im Lande garantieren“*.
Wörtlich: *„Wenn das Zuwanderungsgesetz in der geplanten Form durchkommt, dann habe ich die (Türken) nicht mehr unter Kontrolle. Die fühlen sich dann so zurückgewiesen, da kann ich dann auch für nichts mehr garantieren.“*[493] Das Massenblatt „Milliyet“ stimmte der Erpressung zu und meinte, solche Zumutungen müßten Berlin in *„Schutt und Asche“* versinken lassen.“[494]
…Arbeitskräfte stünden in den Anwerbeländern ausreichend zur Verfügung, weshalb kein Grund bestehe, auf solche aus weiteren, insbesondere aus außereuropäischen Ländern zurückzugreifen. Intern wurde diese Linie, selbst im Falle humanitäre Katastrophen, auch mit der hohen Bevölkerungsdichte erklärt, durch die die Bundesrepublik als Einwanderungsland ausscheide. Dennoch: Die Bundesrepublik dürfe *„nicht nur deutsche Interessen berücksichtigen; wegen der Verbundenheit unserer politischen Interessen mit denen anderer Staaten müsse vielmehr die Möglichkeit bestehen, in Einzelfällen Ausnahmen zuzulassen.“*[495]
Der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Schäuble bekannte hierzu: *„Wir waren nie das Land, das aussucht. Wir haben die aufgenommen, die zu uns kamen.“*[496]
Unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten erhielt das Auswärtige Amt dabei Unterstützung von Vertretern des Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums. Anlaß der Besprechung waren die zu jener Zeit wieder zunehmenden Bitten außereuropäischer Länder gewesen, Arbeitskräfte in die Bundesrepublik zu entsenden, die nunmehr mit dem Wunsch verbunden wurden, mit der Beschäftigung in der Bundesrepublik zugleich eine Berufsausbildung zu verknüpfen.
[3, Seite 114, 115]
… Erleichtert wurde dieses, an Tagespolitik ausgerichtete Agieren der Hauptakteure, weil bis dahin weder im Kabinett noch im Deutschen Bundestag jemals eine Grundsatzdebatte über Arbeitsmigration oder Einwanderung allgemein stattgefunden hatte.[497] …
In Anbetracht dieser Entwicklung führte das fehlende Konzept einer Ausländer- und Zuwanderungspolitik auf den ökonomischen Weg (zu einem) klassischen Einwanderungsland, das durch permanente Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte die gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Elastizität am Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten versucht. [3, Seite 153, 155]
Was der Anwerbestopp jedoch weiterhin nicht bewirkte war eine klare Linie in der deutschen Ausländerbeschäftigungspolitik, In diese Richtung gehend hatte sich nicht nur Hans-Jochen Vogel in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau geäußert, so hatte es auch der deutsche Botschafter in der Türkei während einer Vortragsreise durch die Bundesrepublik wahrgenommen. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer habe sich bis zum Anwerbestopp, so der Botschafter rund fünf Monate nach dessen Verhängung, „unkontrolliert und willkürlich“ entwickelt. Die Interessen der privaten Wirtschaft, aber auch

[489] Allensbach-Umfrage, 1981, zit. nach Robert Hepp 1988: Die Endlösung der Deutschen Frage, S.144
[490] EMNID-Umfrage aus dem Jahre 1982, zit. nach Hepp 1988 (Fn. 74), S. 148
[491] „Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, daß sie keine ist”. Aus: Hans Herbert von Arnim, Staat ohne Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes? Taschenbuchausgabe, Juni 1995, Seite 370
[492] Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. März 2007
[493] Kenan Kolat (SPD), Welt Online, 11. Juli 2007
[494] Frankfurter Neue Presse, 21. Juli 2007
[495] BA Koblenz, B 149/6225
[496] DIE WELT ONLINE, „Nicht aufregen, wenn jemand Kopftuch trägt“, 04.09.2009
[497] Vgl. Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität, S. 345f. und 571f.

Teilen des öffentlichen Dienstes, deckten sich trotz der jüngsten Entwicklung weniger denn je mit dem allgemeinen öffentlichen Interesse. Vor allem Kontakte mit Kommunalbehörden ließen ihn zu dem Gesamteindruck divergierender Interessen, anhaltend unkontrollierter Entwicklung, von „Ohnmacht und Ratlosigkeit der öffentlichen Stellen angesichts des Fehlens einer einheitlichen klaren, zwischen Bund und Ländern abgestimmten Ausländerpolitik“ gelangen.[498]
[3, Seite 180]
Auch wenn die frühe Bundesrepublik bis zum Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition, die ausdrücklich „mehr Demokratie wagen“ wollte, noch keine wirklich liberale Zivilgesellschaft hervorgebracht hatte, ist der gesellschaftliche Konsens von den politischen Akteuren nicht nur nicht gesucht, vielmehr noch nicht einmal angedacht worden. Einer unter diesen Rahmenbedingungen formulierten Außenpolitik fehlten deshalb neben dem kabinettsinternen überhaupt jegliches kritische Gegengewicht (und die Legitimation durch die Bevölkerung). Es ist aus den Akten auch nicht zu erkennen, daß die westdeutsche Presse diese Lücke ausfüllte, scheinen doch die schweizerischen Zeitungen regelmäßig als einzige über die außenpolitischen Motive der bundesdeutschen Anwerbeabkommen informiert zu haben. Damit hatte die Politik die zumindest teilweise aus außenpolitischer Rücksichtnahme Zuwandernden auch einer relativ unvorbereiteten Öffentlichkeit überlassen. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte sich rückblickend hierzu: *„Ich glaube, daß es ein Fehler war, daß wir zu Zeiten von Ludwig Erhard mit Fleiß und allen möglichen Instrumenten ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik hineingesogen haben. Die Vorstellung, daß eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müßte, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren, mit möglichst vielen kulturellen Gruppen, halte ich für abwegig. Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen. … Das ertragen diese Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft.“*[499]
1965 wurde im parlamentarischen Verfahren das neue Ausländergesetz (AuslG) verabschiedet, das durch einen Beschluß der (Länder-) Innenministerkonferenz alsgleich contra legem wieder ausgehebelt wurde. Für „Gastarbeitnehmer" wurde am Gesetz vorbei die Regelung geschaffen, daß diese nach einem Jahr Aufenthalt in der BRD ihre Familien nachziehen lassen dürfen - das sah das AuslG so nicht vor. Diese Konferenz fand Anfang Juni 1965 statt.
Die größte Zuwanderergruppe, die türkische, bildet eine stabile ethnisch-soziale Unterschicht.[500] Dabei spielt in Deutschland die sozialstaatliche Einbettung der Zuwanderer, die in großen Teilen zu den sozial schwachen Schichten gehören, eine wichtige Rolle. Sie sichert ihnen – auch ohne Arbeit – einen Lebensstandard zu, den sie in den Herkunftsländern nicht erreicht hätten. Das dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, daß es in Deutschland bisher nicht zu massenhaften Ausschreitungen in den Städten gekommen ist. [11, Seite 372]
Häufig wird darauf verwiesen, daß Deutschland sie mit dem Ruf nach Gastarbeitern ja selbst in Gang gesetzt habe. Die Anwerbung wurde bereits 1973 gestoppt, erst danach nahm der Zustrom dramatische Ausmaße an. … Der Export überschüssiger Arbeitskräfte und die Armutswanderung nach Deutschland entspannte die innenpolitische Lage. In diesem Zusammenhang ist auch das ungewöhnlich großzügige Sozialabkommen von 1965 zu sehen, durch das die Großfamilien türkischer Arbeitnehmer in Deutschland mitversichert sind. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Zuwanderung zu einem großen Teil auf Grundlage der eingeschränkten Souveränität Deutschlands, damit aber als eine Perpetuierung der deutschen Niederlage und als fortgesetzte kollektive Kränkung stattfand. Diese Tatsache, und nicht ein „grassierender Rassismus“ ist der Grund dafür, daß Deutschland sich mit Zuwanderung schwertut.[501]

[498] Vgl. PA Berlin, B 85 (2. Abgabe)/1279. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Soz 540.30 Ber. Nr. 0530/74 an das Auswärtige Amt vom 21. März 1974.
[499] Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), Frankfurter Rundschau, 12.9.1992, S. 8
[500] Anfang der achtziger Jahre leben in Ost-Berlin 49 Türken. In West-Berlin sind es 115.000. Stasi-Chef Erich Mielke sieht diese Zahl mit Sorge. 1.200 Türken mit Wohnsitz Bundesrepublik oder West-Berlin stehen 1981 in den Fahndungslisten der DDR. Ihnen wird die Einreise verwehrt, weil sie gegen die DDR-Gesetze verstoßen (Rauschgifthandel, Devisenvergehen). Den Überblick zu behalten, fällt der Stasi schwer. 40.000 Türken reisen jährlich über den Flughafen Schönefeld. 6.000 Türken kommen monatlich zum Tagesbesuch nach Ost-Berlin.
Ein Stasi-Major bringt zu Papier: „Sie feiern in unseren Kneipen, Discos und Restaurants, machen Geschäfte, baggern (unsere) Frauen an.“ Berliner Kurier, 10.06.2009, S. 20
[501] Junge Freiheit, „Für Scheingefechte keine Zeit - Einwanderung: Debatte um Integrationspolitik / Parallelgesellschaften entwickeln sich zu aggessiven Gegengesellschaften“, von Thorsten Hinz, Nr. 12/06, S. 6, 17

9. Tribalismus und Territorialismus

„Auch die Deutschen haben das Recht, in einem Nationalstaat zu leben, und sie haben das Recht, diesen als ihre Heimat zu bewahren. Sie haben also das Recht, ihn vor Überfremdung und Landnahme durch Masseneinwanderung zu schützen. Und dieses Recht sollten sie wahrnehmen.“[502]

„Wir brauchen Zuwanderer. Rund eine Million pro Jahr. Innenpolitische Erwägungen dürfen bei der Asylgesetzgebung keine Rolle spielen. Die Verfassung darf nicht zur Betriebsanleitung für die Durchsetzung des gesunden Volksempfindens werden.“[503]

Große Sorge bereitet die zunehmende Lockerung des inneren Zusammenhalts der westeuropäischen Nationen. In einer Übertreibung des Individualismus verfolgen Personen und Interessengruppen Eigenvorteile mit wenig Rücksichtnahme auf andere.
Eine Ellbogengesellschaft hat sich gebildet, die Selbstbedienung auf hoher und höchster Ebene zur Routine erklärt. Der hedonistisch motivierte Egozentrismus wird als Selbstverwirklichung verbrämt. Jeder spricht von Rechten, die er beanspruche, nur wenige von Pflichten. Der Begriff ist vielmehr negativ besetzt, ähnlich wie derjenige der Nation. Unterricht und Öffentlichkeitsarbeit vernachlässigten es, ein übergreifendes Gemeingefühl zu vermitteln, das auch das Nationale einschließt, und ohne Gemeingefühl zerfällt ein Staat (Gesellschaft).
Die Bürger bleiben dann nebeneinander lebende Fremde, die einander aus noch darzulegenden Gründen mit einem gewissen Mißtrauen reserviert gegenüberstehen. Die Scheu vor dem anderen und eine wachsende Gleichgültigkeit verbinden sich mit der Bereitschaft, dessen Schwächen auszubeuten. Überdies führt die weltanschauliche Orientierungslosigkeit, die sicher nicht allein auf eine Verwahrlosung des Nationalgefühls zurückzuführen ist, dazu, daß junge Menschen in explorativer Aggression die Grenzen des Möglichen abfragen, sich über kollektive Aggression zu Kleingruppen verbünden …
Die bindungslose Mißtrauensgesellschaft ist inhuman und damit eine Fehlentwicklung, die es hier aufzuzeigen gilt. Der übertriebene Individualismus ist, wie Meinhard Miegel und Stefanie Wahl[504] schonungslos darstellten, im Begriff, die Kultur des Westens zu zerstören. Die Kinderfeindlichkeit führt zu einem Bevölkerungsrückgang, der den Charakter einer Bevölkerungsimplosion[505] zeigt. [7, Seite 17]
Grundsätzlich gilt, daß Menschen, die sich nicht nahe stehen, dazu neigen, einander auszunützen. Das belastet das Leben in der anonymen Großgesellschaft, selbst wenn alle ihre Mitglieder der gleichen Ethnie angehören. In einer Gemeinschaft, in der jeder jeden kennt, benehmen wir uns dagegen meist recht anständig. Lag ein Dorf nicht gerade an einer Durchgangsstraße, dann ließ man hierzulande früher die Tore unversperrt.
Nun stehen Immigranten den Bewohnern des Landes ihrer Wahl noch fremder gegenüber als diese einander als Mitglieder der anonymen Gemeinschaft einer Nation. Die Hemmschwelle gegenüber den ihnen fremden und überdies wohlhabend erscheinenden Bewohnern des Gastlandes ist daher geringer, als gegenüber den Mitgliedern der jeweils eigenen Solidargemeinschaft. [7, Seite 150, 151]
In der Diskussion um das Für und Wider der Öffnung eines Landes für Immigranten muß aufgrund der bisherigen Erfahrungen wohl zur Kenntnis genommen werden, daß jede Immigration von einer sozialen Desintegration und damit einer Störung des sozialen Friedens begleitet ist, was sich unter anderem auch in einer erhöhten Kriminalitätsrate bemerkbar macht. Bestimmte Gruppen von Einwanderern erweisen sich dabei als besonders anfällig für bestimmte Delikte. Was immer auch die Ursachen dafür sein mögen – kulturelle Distanz (zu der Kultur der Einheimischen) ist sicher ein Faktor, den man in Rechnung stellen muß. [7, Seite 154]

---

[502] Heinrich Lummer, früherer Berliner Innensenator, der sich stets für eine Beschränkung der Zuwanderung einsetzte, untersucht die bisherige Ausländerpolitik und wendet sich scharf gegen die Vertreter einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft. Multikulti führt zu Multikonflikten. Lummer tritt für die Erhaltung des deutschen Volkes und Kultur ein und unterstreicht das Recht der Deutschen auf ihr angestammtes Siedlungsgebiet. Er lehnt insbesondere eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts und einen Doppelpaß als Schritte zur Auflösung der deutschen Bevölkerung ab.

[503] Spiegel, „Wir brauchen Zuwanderer“, 09.03.1992, Artikel vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, Mitglied der SPD, späterer Bundeskanzler und Freimaurer.

[504] Miegel, M., Wahl,: Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, 1993

[505] Schmid, J.: Multikultur, Zur Idee und Kritik eines Gedankenexperiments (1993), in: L. Höbelt, A. Mölzer u. B. Sob: Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung 1994, S. 233-243

So ist die Orientierungslosigkeit, die zur Vereinzelung in der Masse und zu rücksichtsloserem Auftreten führt, unter anderem auch auf die mangelnde Einbindung in Solidargemeinschaften zurückzuführen. Wir vermissen den Halt, den sie uns bieten. Maßnahmen, die eine Identifikation mit der größeren Gemeinschaft fördern, sind daher sinnvoll. Nun sind wir Manschen, wie gesagt, in verschiedene Gemeinschaften eingebettet. Sie sind einander übergeordnet, können aber auch nebeneinander bestehen. Hierarchisch eingebunden sind wir in Familie, Gemeinde (Lokalgruppe), Stammesgemeinschaft[506], Kulturnation, Staat und Kulturenfamilie[507], aufsteigend und im allgemeinen mit zunehmender Verdünnung des emotionellen Engagements.
Der Begriff Menschheit ist zum Beispiel schon recht abstrakt und schwerer affektiv zu besetzen. Hans Hass kennzeichnete die Situation recht treffend: *„Kein Mensch ist in der Lage, vier Milliarden ihm unbekannter Menschen zu lieben. Dagegen haben wir sehr wohl Grund zu einer kameradschaftlichen Gesinnung, denn sozusagen alles, was unser Menschsein ausmacht, verdanken wir einer anonymen Vielfalt anderer Menschen, die vor uns lebten und deren Leistungsergebnisse uns gleichsam als Geschenk übermacht sind."* … Diese Einbindungen wirken abgrenzend, vermitteln dem einzelnen zugleich aber Identität und damit Sicherheit. Wegen der abgrenzenden Wirkung, die auf der Ebene der Nationen insbesondere in den beiden Weltkriegen, aber gegenwärtig auch in Jugoslawien zur Selbstzerfleischung in „Bruderkriegen" führte, meinten manche den Frieden zu fördern, wenn man die Identifikationsebene der Nation zugunsten eines übergeordneten Verfassungspatriotismus aufgeben würde. Aber die geschichtlich gewachsene, durch Sprache und Brauchtum ausgezeichnete sozial-kulturelle Gemeinschaft ist eine Gegebenheit, die sich nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen läßt.
Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für den inneren und äußeren Frieden. Nur wer sich sicher fühlt, kann auch freundlich auftreten. Wer Angst hat, zuckt leicht vor dem anderen zurück. Er zeigt die schon diskutierten Meide- und Abwehrreaktionen. Wichtig ist, daß man das Selbstgefühl abstützende Wir-Gefühl von der Basis her über Familie, Kleingruppe, Stamm und Nation wachsen läßt, denn es ist das familiale Ethos – wie noch einmal betont sei -, das uns emotionell einbindet. [7, Seite 86-88]

Als geselliges Wesen ist der Mensch in eine Hierarchie sozialer Gruppen eingebunden, die mit der Familie und dem Sippenverband zur familial gebundenen Kleingruppe und weiter aufsteigend zu ethnischen Stammes-, Volks- und Staatengemeinschaften führt. Wir bleiben in diese Hierarchie der Gruppe, von der Familie aufsteigend, zeitlebens eingebunden. Ohne diese Einbindung von der Basis her wären wir nicht fähig, uns mit Menschen zu identifizieren, die wir nicht kennen.
Die historisch nachvollziehbaren Prozesse der Bildung größerer Solidargemeinschaften sind ein Ergebnis der Konkurrenz sich voneinander abgrenzender Gruppen. Voraussetzung für die Bildung der anonymen Großgemeinschaften ist die Fähigkeit, unser familiales Ethos auf die Großgruppe zu übertragen. Unsere Indoktrinierbarkeit und die Fähigkeit zur Symbolidentifikation spielen dabei eine große Rolle. [8, Seite 183]
Die bewußte Kultivierung dieser uns angeborenen Dispositionen (unser starkes fürsorgliches Engagement für Kinder u.a.) scheint mir für die affektive Besetzung eines nachhaltigen Überlebensethos in besonderer Weise geeignet. Das Interesse am Schicksal unserer Kinder und Angehörigen bildet die Grundlage des familialen Ethos, das wir bereits mit Erfolg nützen, um über dieses Ethos größere Solidargemeinschaften affektiv zu binden. Wir sprechen von Muttersprache, Landesvätern oder -müttern, von unseren Brüdern und Schwestern, und der Begriff Nation bezieht sich auf die Wurzel gemeinsamer Abstammung.
Bereits steinzeitliche Völker, die größere Täler- oder Stammesgemeinschaften bilden, deren Mitglieder einander nicht mehr persönlich kennen, schaffen durch Bezug auf oft fiktive Verwandtschaft Verbundenheit. Uns gelang es so, viele Millionen Menschen zu Solidargemeinschafen zu verbinden. Daher sollte es auch gelingen, über eine affektive Besetzung das Engagement für die Zukunft unserer leiblichen Kinder und Kindeskinder herzustellen. Wir sind auf Grund unserer Familialität auch in der Lage, uns mit einer Gemeinschaft, mit der wir durch Brauchtum, Geschichte und Sprache verbunden sind, zu identifizieren. [8, Seite 175, 176]

[506] Stammesgemeinschaft: oft durch eigenen Dialekt, Trachten und des Brauchtums charakterisiert.
[507] Kulturenfamilie, Kulturgemeinschaft: Verband verwandter Kulturen, dessen Vertreter sich der übergeordneten historisch-kulturell und biologisch-anthropologisch begründeten Gemeinsamkeit bewußt sind; Beispiel: Europäer.

Eines der grundlegenden Lebensinteressen: Die Selbstbehauptung

Diesen Schriften (der nationalen – volksbewußten Kreise) war meist eigen, daß sie einer rein „deutsch-nationalen“ Sichtweise verhaftet blieben. Die Zuwanderung bzw. Vermehrung der ausländischen Bevölkerung wurde primär als Problem des biologischen Überlebens des deutschen Volkes (auf ihrem eigenen Territorium) gesehen. Dröscher schrieb hierzu unter der Überschrift „Die Gefahr“: *„Das deutsche Volk innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wird gegenwärtig Zug um Zug durch fremde Volksgruppen ersetzt, ohne sich bisher auch nur im geringsten dagegen zu wehren. … Eine Volksbefragung, ob wir durch fremde Völkerschaften abgelöst werden wollen, hat es nie gegeben. Versuche, solche in Gang zu setzen, wurden schon im Keim erstickt, zuletzt 1980 in Nordrhein-Westfalen.“*[508]

… Diese Grundgedanken wurden bei Wolfgang Seeger weniger plump dargestellt. In „Ausländer-Integration ist Völkermord“ erläuterte er: *„Auf den ersten Blick scheint der Titel dieser Schrift reichlich kraß. Kein Ausländer und kein Einheimischer kommt durch den Zuzug und bei seinem Hiersein ums Leben. … Warum also von Mord reden? Dennoch trifft aber der Titel genau den Kern. Die Einwanderung von Millionen Ausländern und ihre Aufnahme in den deutschen Volkskörper zerstört nämlich die Identität, ihre Volkseigenart, … Sie verändert das Erscheinungsbild, die Gefühlsart, sowie Sitte und Kultur der Deutschen.“*[509] [16, Seite 50, 51]

„Das vordringlichste Ziel des Lebens ist es, am Leben zu bleiben. Und da die Lebenszeit des Einzelwesens begrenzt ist, will das Wesen in seinen Nachkommen überleben.

Unser Ziel als deutsches Volk ist es, zuerst die nächsten Jahre und danach wieder die darauffolgenden Jahre in unseren eigenen Nachkommen zu überleben. Diese Feststellung ist an Einfachheit nicht zu überbieten. Wir teilen diese Grundforderung mit jedem Lebewesen auf der Welt. Jedes andere Volk, jede Tierart, auch jedes einzelne Tier will genau das. …

Bei diesen Dingen kann man nicht nach „gut und böse“ unterscheiden, diese Vorgehensweise ist hier nicht möglich. Diese Dinge sind schlicht und einfach unverzichtbar.

Und ganz genauso ist es mit dem Selbstbehauptungswillen eines Volkes. Hier paßt das Begriffspaar „gut und schlecht“ nicht. Der Wille zur Selbstbehauptung, das heißt zum Weiterleben in den eigenen Nachkommen, ist für das Weiterleben eines Volkes einfach unverzichtbar. Der Selbstbehauptungswille ist nicht verhandelbar und nicht eintauschbar gegen irgendetwas anderes (zum Beispiel so: „Wir Deutsche sterben zwar aus und Afrikaner breiten sich massenhaft in unserem Land aus, aber das ist nicht so schlimm, Hauptsache, wir fühlen uns gut dabei.“ Ein solche Denkungsweise ist krank.)

Wenn das deutsche Volk fordert, daß in Deutschland ganz überwiegend Deutsche leben und Ausländer nur in geringer Zahl und meistens solche, die uns ähnlich sehen, dann ist diese Forderung die normalste Sache der Welt. Und diese Forderung und das Handeln danach sind auch für das eigene Überleben als Volk unerläßlich. Wenn wir das nicht machen, werden wir aussterben, verdrängt, ausgerottet werden. Ich stelle noch einmal den Kern meiner Aussage heraus: Das Weiterleben als Volk ist die Grundforderung. Wenn man sie aus Feigheit, Dummheit oder falsch verstandener Gutherzigkeit Fremden gegenüber aufgibt, dann hat die Natur als Folge (nicht als Strafe, sondern als naturgesetzlich sich anschließende Folge) das Aussterben bestimmt.“[510]

Das stilistisch, wie inhaltlich brillianteste Werk eines Kritikers des „multikulturellen“ Experiments ist das Buch „Die Endlösung der Deutschen Frage“ des Osnabrücker Soziologie-Professors Robert Hepp. Mit Hilfe demographischer Tabellen, die unter anderem das Verhältnis von steigendem Hundebesitz zu abnehmender Kinderzahl darstellen, versucht Hepp die Abnahme der deutschen Bevölkerung und ihre Ersetzung durch die ausländischen Einwanderer aufzuzeigen. … Hepp zeichnet ein kritisches, teils provokantes Bild der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland. Die verschiedensten Problempunkte werden angesprochen, wie der grassierende Pazifismus, den er als Vorstufe von Fremdbestimmung sieht, die starke Abtreibungsrate, die durch die „Vergangenheitsbewältigung“ gelähmte BRD-Politik, …, der Liberalismus, der den nationalen Gefahren gleichgültig gegenüberstehe, da er die Kategorie des Volkes nicht kenne, die intellektuelle Minderheit, welche die Mehrheit des „einfachen Volkes“ praktisch diskriminiere. [16, Seite 58, 59]

---

[508] Hubert Dröscher, „Bevölkerungsentwicklung in Westdeutschland. Gefahr und Ausweg“, 1981, S. 5

[509] Wolfgang Seeger, „Ausländer-Integration ist Völkermord“, Pähl 1984, Umschlag - Vorwort

[510] AS DER SCHWERTER, „Roth und Weiss und der Diasporismus“, Kommentar von ‚weltspiel‘ – 20.02.2011

Nationalbewußtsein

Die Befürworter der multikulturellen Immigrationsgesellschaft sehen im Nationalbewußtsein der einheimischen Bevölkerung ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer Pläne. Sie versuchen es daher zu bekämpfen. [7, Seite 120]

Alle Menschen zeigen über die Territorialität hinaus einen deutlichen Wir-Gruppen-Zusammenhalt. … (und) der Hinweis auf den gemeinsamen Ahnen bekräftigt ideologisch das Gemeinsamkeitsgefühl, so wie wir es ja auch im Wort Nation betonen.[511] [7, Seite 103, 104]

Die heutigen Nationalstaaten Europas sind sprachlich und kulturell noch relativ homogen, biologisch-anthropologisch jedoch heterogen. Allerdings handelt es sich im wesentlichen um Mischungen von Bevölkerungen europäischen Ursprungs, und meist dominiert in den Nationalstaaten eine von ihnen. Dadurch hat jede Nation in Europa ihren eigenen Charakter und trägt damit zur Vielfalt bei. Antinationale Eiferer argumentieren oft mit dem Hinweis auf die verschiedenen Wurzeln der europäischen Kulturnationen, daß wir schon immer multikulturell gewesen seien, das Konzept der Nation daher ein künstliches sei, dem keine Realität entspreche, und man sie daher ebenso gut in einer multikulturellen Immigrationsgesellschaft auflösen oder überwinden könne.

Ganz abgesehen davon, daß die Wurzeln der europäischen Nationalstaaten so verschieden nicht sind – die Kelten, Germanen, Slawen, Römer und anderen Mittelmeervölker des Altertums standen einander kulturell und anthropologisch recht nahe -, gibt es nun einmal Menschen, die sich als Basken, Türken, Kurden, Serben, Armenier, Deutsche oder Franzosen bezeichnen und die das auch von anderen respektiert sehen wollen. Die ihr Leben frei tunlichst in ihrem eigenen Staat zu gestalten wünschen und die sich gegen Fremdherrschaft, wie die Geschichte bis in die Gegenwart lehrt, erbittert zur Wehr setzen. Der Hinweis auf die verschiedenen Wurzeln schafft die Nation nicht aus der Welt. Die Methoden, mit denen die Angehörigen einer Nation zu einer Solidargemeinschaft zusammengefaßt werden, ähneln auch in den modernen Staaten im Prinzip den bereits für Stammeskulturen geschilderten. Das familiale Wir-Gruppen-Gefühl wird dabei auf die größere Gemeinschaft übertragen. Man spricht von den anderen Angehörigen der Nation als seinen Brüdern und Schwestern und betont die Ähnlichkeit, die ja Ausdruck einer Verwandtschaft ist, in Kleidung, Brauchtum, Sprache und durch Berufung auf die gemeinsame Geschichte und Abstammung. [7, Seite 106, 107]

Nimmt man aus den genannten Gründen kritisch zu Fragen der Einwanderung und Einbürgerung Stellung, mahnt man etwa davor, europäische Länder zu Einwanderungsländern zu erklären, dann gilt man oft als ausländerfeindlich … Ich möchte in diesem Zusammenhang wie in vielen vorangegangenen Publikationen noch einmal betonen, daß Fremdenscheu nicht gleichzusetzen ist mit Fremdenhaß. Die ambivalente Haltung Fremden gegenüber gehört zu den Universalien. Stammesgeschichtliche Anpassungen liegen dieser Verhaltensdisposition zugrunde. Sie können jedoch kulturell verschieden ausgestaltet werden. Fremdenhaß ist ein Produkt der Erziehung.

Die Bereitschaft zur Fremdenablehnung ist vorhanden, und sie wächst, wenn eine Gruppe ihre Identität durch eine andere gefährdet glaubt. In der Regel sind es beide Seiten, die sich im Bemühen um die Bewahrung ihrer Identität von der jeweils anderen abgrenzen. Jede einseitige Schuldzuweisung ist bei der Bewertung solcher Entwicklungen völlig unangebracht. Daß heute in Armutsländern Wohnende in anderen Ländern ihr Glück suchen, aber ihre Identität nach Möglichkeit nicht aufgeben wollen, ist ebenso wenig als Fehlverhalten einzustufen wie das abweisende Verhalten einer autochthonen Bevölkerung, das ja dem Selbstschutz dient. … Um für die Absicherung des inneren und äußeren Friedens humane Überlebensstrategien auszubilden, ist es vernünftig, bisherige Entwicklungen im Verlauf der Menschengeschichte hier und anderswo bis in die Gegenwart zur Kenntnis zu nehmen. Man wird dabei feststellen, daß so manches Volk im Laufe der Geschichte von einem anderen verdrängt wurde. Keine Vorsehung irgendwelcher Art schützt Völker oder die Menschheit.

---

[511] Nation von lat. *natio*: „das Geborenwerden; das Geschlecht; der Stamm, das Volk“; gehört zu lat. *nasci* – geboren werden. Das Wort Nation bezeichnet „also eigentlich den natürlichen Verband der durch die >Geburt< im gleichen Lebensraum zusammengewachsenen und zusammengehörenden Menschen“ Duden, 1989
„Nation (lat. *natio* „das Geborenwerden, das Geschlecht, der Stamm“; von *nasci* „geboren werden, entstehen“), eine soziale Großgruppe, die durch die Gemeinsamkeit von Abstammung, Wohngebiet, Sprache, Religion, Welt- und Gesellschaftsvorstellungen, Rechts- und Staatsordnung, Kultur und Geschichte (gem. Vorfahren) sowie durch die Intensität der Kommunikation bestimmt wird.“ Meyers Großes Taschenlexikon, Wien, 1983

Wir allein sind für unsere Zukunft verantwortlich und wie die Europäer gegenwärtig in Australien, den Vereinigten Staaten und in Europa ihre eigene Selbstverdrängung durch Aufnahme nichteuropäischer Einwanderer fördern, das dürfte wohl in der Menschheitsgeschichte.einmalig sein [8, Seite 154-156]
Wer sich durch faktische Landnahme verdrängt und überfremdet sieht, will das Eigene verteidigen und reagiert sogar aggressiv. [33, Seite 62]
Die Angst vor der Überfremdung geht einher mit der Angst vor fremder Dominanz und mündet letztendlich in der latenten Urangst vor der physischen Vernichtung oder Versklavung, ohne eine Aussicht darauf, dieser trotz Gegenwehr noch erfolgreich entgehen zu können.
Die aggressive Ablehnung von Immigranten aus uns fernerstehenden Kulturen, die bis zur Gewalt gegen Fremde eskalieren kann, erwächst ferner aus der Tatsache, daß die Fremden oft als Eindringlinge in das eigene Territorium wahrgenommen werden und damit archaische territoriale Abwehrmechanismen zum Ansprechen bringen. Schließlich ergeben sich Konkurrenzsituationen verschiedener Art, und dazu kommt noch die Angst vor Identitäts-bedrohung („Überfremdung"). Der Fremdenhaß speist sich also aus vielen Wurzeln.
Die Fremdenscheu dagegen ist ein Mechanismus der Abgrenzung. Man gibt sich dem Fremden gegenüber reserviert, zurückhaltend, aber nicht feindlich, sondern abwartend. …
Eine gewisse Abgrenzung zur Bewahrung der Identität und damit zur Selbsterhaltung ist eine Voraussetzung zur Erhaltung und Weiterentwicklung ethnischer Vielfalt, die als Wert heute ja international anerkannt wird. Das bedeutet keineswegs grundsätzliche Ablehnung des Fremden. Kulturen standen stets in einem gegenseitigen Austausch, von denen jede dann profitierte, wenn er so ausgewogen war, daß keine Kultur über die andere dominierte und einen ethnozidalen Kulturabriß herbeiführte. Ethnien mit gestörtem Selbstbewußtsein ließen sich in der Geschichte wiederholt, durch fundamentalistische Missionen, zur kulturellen Selbstaufgabe überreden, und das führte im weiteren Verlauf gelegentlich auch zu einem genetischen Bevölkerungswandel, ja zur genetischen Verdrängung, und zwar auf „friedliche" Weise.
…So gewannen die auf die Fidschinseln eingewanderten Inder vor einigen Jahren die zahlenmäßige Oberhand über die ortsansässige Bevölkerung und beanspruchen nun Landrechte, die ihnen bisher vorenthalten waren. Die Abdrängung der Polynesier in die Minorität erfolgte im übrigen durchaus friedlich. [7, Seite 131]
… Schließlich ist es für eine Immigrantenpopulation vorteilhaft, wenn sie mehr Kinder zur Welt bringt als die autochthone Ethnie, vorausgesetzt, sie kann diese auch aufziehen. Für eine Minorität wäre es sicher nicht zweckmäßig, sich in ihrer Vermehrung einzuschränken, denn je mehr Personen sie zählt, desto besser kann sie ihre Existenz (in der Fremde) absichern und desto mehr Stimmengewicht (Einfluß, Macht) bekommt sie in einer demokratischen Gesellschaft. [7, Seite 133]

In der multirassischen Gesellschaft wird die Territorialitätsfrage stets neu gestellt
Eine 55-jährige Großmutter ging unlängst in Wien mit ihren beiden Enkeln, 3 u. 5 Jahre alt auf den Spielplatz am Lorenz-Bayer-Platz in Wien 17. Sie wollte auch die Kinderrutsche benutzen - dort war ein Riesentrubel, jede Menge Ausländerkinder, die herumtollten und die Rutsche pausenlos blockierten. Eine Zeitlang hat sie geduldig zugeschaut, dann hat sie freundlich gebeten: *„Bitte, wir wollen auch einmal rutschen!"* Na, mehr hat sie nicht gebraucht! Ein 12- oder 13 Jähriger Bub ist auf sie zugestürzt wie wild und hat sie angebrüllt: *„Dieser Park gehört uns Türken, schleich dich, du Hure!"* Die Wienerin, eine Seele von Mensch, weiß, daß man nicht jedes Wort von Kindern ernst nehmen darf, aber das wollte sie doch nicht auf sich sitzen lassen. Ganz ruhig hat sie deshalb nachgefragt: „*Wer ist eine Hure?"* Worauf der Bub endgültig durchdrehte: *„Ich hol eine Pistole und erschieß alle Österreicher, du Hure."* Dann spuckte er die Frau an. Als sich die anderen Kinder am Spielplatz zusammenrotteten, nahm die Wienerin ihre Enkel auf den Arm, drehte sich Richtung Ausgang - und erhielt von dem Burschen einen Tritt, daß sie samt den Kleinen hinstürzte. Den Lorenz-Bayer-Park besucht sie nicht mehr. Sie wollte auf den nächsten ausweichen, aber davon haben ihr Nachbarn abgeraten, der „gehört" nämlich den Jugoslawen.[512] Ganz Ähnliches auch im malerischen, fränkischen Pappenheim (4.000 EW.), wo die neu hinzugekommenden Ausländer mittlerweile die Territorialfrage stellen.[513]

[512] KRONENZEITUNG, „Schleich dich, du Hure", Artikel von Reinhard Hübl
[513] SÜDDEUTSCHE, „In zehn Jahren gehört der Ort uns - Die Angst der Pappenheimer. Ohnmächtig registrieren die Einheimischen, wie ihr Städtchen zum Zentrum radikaler Islamisten wird", 09/2006

Szene aus einem württembergischen Weindorf nahe Stuttgart Ende der neunziger Jahre: Eine Horde türkischer Jugendlicher bolzt Sonntagvormittag gegen die Kirchentür. Eine alte Frau beschwert sich und wird rüde abgefertigt: „Halt's Maul Schlampe, das wird sowieso bald eine Moschee."[514]
Die instinktive Wahrnehmung, demographisch auf der Sieger- und Eroberseite zu stehen, wirkt aggressivitätssteigernd:
Wir sind jung, ihr seid alt, wir sind viele, ihr seid wenige, wir haben viele Brüder und Vettern, ihr seid Einzelkinder. [33, Seite 91]

Bild 69: „Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen." Cigdem Akkaya in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.03.2002

Einheimische, in deren Stadtviertel eine starke Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen stattfindet, empfinden die symbolische Inbesitznahme ihres Viertels häufig nicht als „Bereicherung", sondern als Ausdruck von Dominanz der Anderen und damit als Bedrohung. Die einsetzende Kettenmigration, die im Zuge der Gastarbeiteranwerbung in die Bundesrepublik erfolgte, (einschließlich der erzwungenen Anwerbung außereuropäischer Arbeiter), hat aus dem Land der Deutschen eine allgemeine Einwanderungsrepublik werden lassen. Im Zuge der sich gegenwärtig vollziehenden Europäisierung des Asyl- und Zuwanderungsrechts gewinnt dieser Prozeß eine neue Qualität. Das Recht, über den Aufenthalt von Nicht-Staatsangehörigen im Staatsgebiet zu entscheiden, war stets ein Ausdruck staatlicher Souveränität. Dieses Recht wird auf Restbestände reduziert. Internationale Instanzen -wie der Europäische Gerichtshof- gewinnen an Einfluß, auch was die Gestaltung aufenthalts- und asylrechtlicher Regelung angeht. Die nationale Souveränität wird dabei immer stärker eingeengt und durch ein internationales Recht ersetzt. Die Internationalisierung und Vereinheitlichung zielt auf die völlige Beseitigung der Grenzen, als auch der daran gekoppelten Zuzugsbeschränkungen ab. Damit ist der weitere Schritt zur Auflösung der Nationalstaaten und Abschaffung der Völker, wie wir sie heute noch kennen, mit all ihren Charakteristika, unumkehrbar geworden.
„Ich bin nicht Ihrer Meinung. Die Politik verharmlost die Probleme nicht. Es gibt zwar eine nachwirkende Belastung deutscher Debatten durch unsere Vergangenheit. Mit dem Moscheebau und dem Islam hat dieser Schuldkomplex aber nichts zu tun. Die Ursachen für die Zuwanderung sind andere: Die Anwerbung von Gastarbeitern aus dem ländlichen Raum der Türkei war eine ausgesprochen egoistische, auf ökonomischen Notwendigkeiten basierende Entscheidung der Bundesrepublik. Dabei hat man sich nicht viel gedacht, auch die Zuwanderer nicht, besonders haben sie kaum überlegt, ob sie auf Dauer bleiben wollen."[515]
Der amerikanische Sozialwissenschaftler Ray C. Rist berichtet in seiner 1978 erschienenen Studie „Die ungewisse Zukunft der Gastarbeiter" von einer verbreiteten „Vogel-Strauß-Haltung": „Man war sich der Nachzugspotentiale wohl bewußt, verharrte aber abwartend, in der Hoffung, der schlimmste Fall werde nicht eintreten. In seinen Interviews mit Beamten in Deutschland gaben sie immer wieder ihre Sorge um die ständig wachsende Zahl der nach Deutschland einwandernden Arbeitnehmerkinder Ausdruck. Unter der Voraussetzung, daß die Eltern die für Aufenthalt und Unterkunft vorgeschriebenen Bedingungen erfüllten, besteht die Möglichkeit, daß über eine Million Kinder von ihrem Recht, nach Deutschland zu kommen, Gebrauch machen werden. Am meisten besorgt war man um die fast 700.000 türkischen Kinder, die potentielle Einwanderer darstellen. Soweit bekannt ist, hat die Bundesregierung gegenwärtig noch keine Pläne ausgearbeitet. Es wird für das Beste gehalten, sich um die Möglichkeit einer solchen Bevölkerungsexplosion einstweilen gar nicht zu kümmern." [11, Seite 73, 74]
Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Herrschenden, dessen Diskriminierung gegenüber den Einheimischen ein Privileg sogenannter Demokraten zu sein scheint.
Die beiden Säulen menschlicher Sozialität sind das Dominanzstreben und die auf Empathie (Einfühlungsvermögen) und Fürsorglichkeit begründete Prosozialität. Letztere, der individualisierten Brutfürsorge entstammend, nutzen wir kulturell, um über Indoktrination und

[514] In Hohenhaslach; Opferprotokoll, aufgenommen von Michael Paulwitz
[515] FAZ, Wolfgang Schäuble (CDU) und Ralf Giordano über Integration, 02.03.2008

Symbolidentifikation Großgesellschaften zu Solidargemeinschaften zu binden, die als Stämme, Ethnien und Nationen auftreten. [8, Seite 15]
Dank dieser Fähigkeit kann der Mensch sich auch gegen elementare Triebimpulse, gegen das Parlament seiner Instinkte, entscheiden. So rangiert unserer natürlichen Neigung zufolge die Familie in unserem fürsorglichen Interesse an erster Stelle. Es gibt jedoch Situationen, in denen ein kulturell aufgeprägtes, aber ebenfalls die angeborenen Dispositionen der Gruppenloyalität ausnützendes Staatsethos gebietet, gegen die „Natur" zu handeln. … Alle Staaten stehen, wie bereits Herbert Spencer bemerkte, vor der schwierigen Aufgabe, nach außen verteidigungsbereit zu sein und im Inneren den Frieden zu erhalten. Damit besteht nach Arnold Gehlen (1969) ein Gegensatz zwischen dem auf das Staatsvolk ausgeweiteten Familienethos der Friedlichkeit und dem wachsamen Ethos des gerüsteten Staates. [8, Seite 44, 45]
Welche Entscheidungshilfen kann die Biologie[516] geben? Der Biologe bringt zunächst einmal das Denken in anderen Zeitdimensionen ein. Er weiß um unser stammesgeschichtliches Gewordensein, und er weiß um die Wirkmechanismen der Evolution. Er weiß, daß Überleben immer Überleben in Nachkommen – und zwar in eigenen oder zumindest den Nachkommen naher Verwandter – bedeutet. Er weiß ferner um die Natur des genetischen Codes, um das Wirken von Auslese und Ausmerze, und daß die Natur dabei keine unserem ethischen Empfinden entsprechende Moral kennt. …
Die Bejahung des Willens zum Leben sollte als Axiom (Grundsatz) anerkannt werden. Es könnte ja einer aus misanthroper Veranlagung auch den Untergang allen Lebens, der Menschheit oder seines Volkes wollen: aus Lebenshaß oder aus Entsetzen über das Leid der Welt, in der Tiere wie Menschen davon leben, daß sie anderes Leben zerstören.
… Vielmehr betone ich immer wieder, daß es kein für uns erkennbares Interesse der Natur an irgendeiner Art von Lebewesen gibt, wohl aber ein Überlebensinteresse als Eigeninteresse, und das zu vertreten wurden alle, auch wir Menschen, im Laufe einer langen Stammesgeschichte programmiert. Darüber muß Bescheid wissen, wer immer vor politische Entscheidungen gestellt ist. Auch muß man wissen, daß beim Menschen die Selektion nicht nur am einzelnen, dem Individuum, angreift, sondern auch auf Gruppenebene und daß daher ein rücksichtsloser Individualismus nicht zu verantworten ist.
Was immer wir Menschen tun oder auch unterlassen, kann unsere Fähigkeit, in Nachkommen zu überleben, kurz, unsere „Eignung" fördernd oder hemmend beeinflussen.
Die Evolution läuft über die Weitergabe des individuellen Erbgutes, das auch in den Verwandten eines Individuums mit einer berechenbaren Wahrscheinlichkeit weitergereicht wird. Die heute auf eine Restpopulation geschrumpfte polynesische Bevölkerung der Hawaii-Inseln lebt nicht in den eingewanderten Japaner, Europäern oder Chinesen weiter. Würde sie völlig verdrängt, dann bedeutete das ihr Aussterben, ihren Untergang. Dabei werten wir immer nach menschlichen Maßstäben, eine artneutrale Ethik kann es nicht geben. Sarah Blaffer-Hrdy (1988) stellte die Frage: „Warum finden wir es bewundernswürdig, wenn jemand Kinder aufzieht und nicht Kaulquappen?" Daß sich in uns die Schöpfung zum erstenmal ihrer selbst bewußt wurde, verpflichtet uns, das Überleben als Richtwert anzuerkennen und so zu handeln, daß es auch künftigen Generationen möglich ist, sich ihres Lebens zu erfreuen. [8, Seite 46-51]
Die Aggressivität bei zusammengepferchten Völkerscharen führte in Florenz im Herbst 2011 zur Erschießung zweier Senegalesen durch einen Italiener, der sich anschließend selbst erschoß:
„Es ist nicht mein Problem, wenn du aus deiner thüringischen ländlichen Idylle heraus nicht nachvollziehen kannst, welche Aggressionen in den mit ausländischem Zuwanderergesindel vollgestopften westdeutschen oder gesamteuropäischen Städten entstehen können und sich in Zukunft noch steigern werden. Ein einfacher Besorgungsgang durch eine westeuropäische Stadt wird heute schon zum Marsch durch den Maghreb, durch Nigeria oder durch Hinter-Anatolien. Wenn da mal jemand einen nervösen Zeigefinger bekommen sollte, darf man sich nicht wundern; ebensowenig wie ich mich wundere, daß du nicht in der Lage bist, Ursachen und Wirkungen in einen kausalen Zusammenhang zu bringen."[517]

[516] Biologie: altgr. *bíos* ‚Leben' und *lógos* ‚Lehre'
[517] ‚Chronos', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Italiener erschießt Neger", 16.12.2011

Territorialität

Von Volk und Kultur zu reden heißt, die Kernfrage des Territoriums behandeln. Mit dieser unausweichlichen Frage steht und fällt jede Debatte über die Identität. Was dem Menschen die Luft zum Atmen ist, ist einem Volk das Territorium. Fehlt es, droht das gesamte biologische und kulturelle Leben eines Volkes wie von einem Schlaganfall gelähmt zu werden.

Wer von Identität redet, kommt um den Begriff des Territoriums nicht herum. So ist die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität die zwingende Voraussetzung der ethnischen Existenz, erklärt Eibl-Eibesfeldt. Das (friedliche) Zusammenleben verschiedener Gemeinschaften innerhalb eines Staates ist nur *„möglich, wenn die territoriale Integrität jeder Gemeinschaft klar abgegrenzt und ihre Souveränität innerhalb dieses ihres Territoriums grundsätzlich verbrieft ist. Die Schweiz führt uns das vor Augen. Das schweizerische Konzept, Musterbeispiel der Zusammenarbeit zwischen Menschen deutscher, französischer und italienischer Kultur, hat selbstverständlich nicht das geringste zu tun mit der neo-primitiven Multikultur-Gesellschaft, die einem Heiner Geißler vorschwebt.“*[518]

Die Aufrechterhaltung des Friedens ist mit der territorialen Unversehrtheit eng verknüpft.

„Ein friedliches Zusammenleben von Völkern ist am besten gewährleistet, wenn jedes Volk über ein eigenes Land verfügt und sich in diesem Gebiet nach eigenem Gutdünken selbst verwalten und kulturell entfalten kann.“[519] [23, Seite 105, 106]

Demzufolge schafft die multirassische Gesellschaft de facto die Voraussetzungen einer ständigen Konfliktsituation. Denn weil die verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen sich in der verständlichen Verteidigung ihrer eigenen Interessen, Bedürfnisse oder Bestrebungen zwangsläufig spannungsgeladen berühren, müssen sie ihre eigene Identität mit wachsender Hartnackigkeit behaupten, um dem ethnisch-kulturellen Selbstmord durch die Assimilierung zu entgehen. So droht der „Friedenszustand“ solcher Gesellschaften unvermeidlich in einen durch die interethnische Reibungsenergie geschürten Krisenzustand zu entgleisen. [23, Seite 107]

Damit ist „eine multikulturelle Gesellschaft (auch immer) eine latente Konfliktgesellschaft“[520] und das Ausbrechen anarchischer Rassen- und Stammeskriege vor der eigenen Haustür dürfte zu den Alpträumen jedes zivilen Erdenbürgers gehören, dessen Gemeinschaft sich in der von „Oben“ befohlenen, organisierten Auflösung befindet.

Aus den empirischen Erkenntnissen der modernen Ethologie geht deutlich hervor, daß die Absteckung einer territorialen Grenze keineswegs durch „Zufall“ oder „Willkür“ geschieht, sondern ganz einfach auf Erbanlagen zurückzuführen ist. Mit der Achtung der territorialen Unversehrtheit steht und fällt die Aufrechterhaltung des Friedens: *„Ein friedliches Miteinander verschiedener Völker ist möglich“*, sagt Eibl-Eibesfeldt in diesem Zusammenhang, *„wenn jede Ethnie ihr eigenes Land und ihre eigenen Angelegenheiten ohne Furcht vor repressiver Dominanz regeln kann.“*[521] [23, Seite 108]

Die Konkurrenz zwischen Gruppen um begrenzte Ressourcen wie kultivierbares Land oder Jagdgebiete wurde bei uns oft in kämpferischer Weise ausgetragen. Solche Kämpfe endeten dann mit der Vertreibung, Unterjochung oder der physischen Vernichtung des Gegners. …

Der Krieg steckt sicher nicht in unseren Genen, aber als kulturelle Anpassung nützt er angeborene agonistische Dispositionen und unterdrückt die prosozialen Dispositionen dem Feind gegenüber Er hat insofern mit den Genen zu tun, weil es die Gene der Siegreichen sind, die bevorzugt weitergegeben werden. Die Gruppenausrottung in Neuguinea, von der J. Soltis, R. Boyd und P J. Richerson (1995) berichten, ist beachtlich, obgleich die Autoren betonen, daß viele der Besiegten und ihres Landes verlustig Gegangenen als Flüchtlinge absorbiert wurden. Wir können auch in solchen Fällen davon ausgehen, daß der Verlust der Ressourcen die Überlebenstüchtigkeit der Verlierer nicht gerade förderte. Der Krieg ist eben nicht, wie manche behaupten, nur eine pathologische Entgleisung einer im Grunde friedlichen Menschennatur.

Er ist ein kulturell entwickelter Mechanismus im Dominanzwettstreit um Territorien und andere Ressourcen (zum Leben und Überleben). [8, Seite 85, 89, 90]

Freddy Raphael bemerkt folgerichtig: „So wie der Einzelne verpflichtet ist, in seinem Wesen zu beharren, so muß jede menschliche Gemeinschaft für ihr Fortbestehen sorgen. Diese Forderung nach Fortbestand ist keineswegs ein reflex hochmütiger Abkapselung, sondern die Einsicht in das einmalige Schicksal einer jeden Menschengruppe.“[522] [16, Seite 209]

---

518 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: „Zukunft multikultureller Gesellschaft?“, S. 136
519 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: „Wider die Mißtrauensgesellschaft?“, S. 157
520 Heinrich Lummer, Berliner Tagesspiegel, 30.06.1998
521 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: „Wider die Mißtrauensgesellschaft?“, S. 157
522 Freddy Raphael: „Les Nouveaux Cahiers”, Winter 1977-78

Tribalistisch-territoriale Gesetzmäßigkeiten. Den Deutschen bleibt nur der Rückzug

„Tja, ich wandere auch aus. Von der City aufs Land. Hab nach über 20 Jahren, die Schnauze voll. Bin im ländlichen Raum aufgewachsen, hab dann in London, Paris und Italien schon gewohnt und gelebt. Bin dann in Süddeutschland wegen der Liebe geblieben. Die Stadt war lange ein Geheimtipp zwischen Stuttgart und München. Das Allgäu und der Bodensee, eine Std. Fahrtzeit entfernt, die schwäbische Alb, keine 20 Minuten mit dem Fahrrad. Die Donau liegt 5 Min. zu Fuß, dazu eine (kleine) Wohnung mit Münsterblick. Ich bin hier heimisch geworden. Habe meinen sonntäglichen Stammtisch, mein Stammcafé. Ich kann zu Fuß in meine Büchergeschäfte, Wochenmarkt, Feinkostgeschäfte, Galerien. Bin im Sommer oft mit Freunden am Flußufer um zu Picknicken. Herrlich ,mit Blick auf die Altstadt. Es geht um Lebensqualität, Kultur, Infrastruktur und Sicherheit. Der Entschluß, nach über 20 Jahren meine Heimat aufzugeben, ist ein Prozeß von mehreren Jahren. Aufgeben ist es eigentlich nicht. Ich zieh‘ nur 13 Kilometer weiter aufs Land. Eva und ich haben uns nach 7 Jahren verlobt, sie ist wie ich, vom ländlichen Raum. Seelenverwandte in jeder Beziehung. Wieso ich das Alte loslasse? Ganz einfach! Inzwischen leben über 130 fremde Nationalitäten in meiner Heimatstadt.
Davon über 90 % aus 2. oder 3. Weltländer. Ich bin als Deutscher inzwischen eine Minderheit. Gestern sind die Zahlen von den Innenstadtschulen in der Zeitung veröffentlicht worden. Zwischen 60 und 90 % Ausländeranteil.
Nur, sind es leider keine Iren, Waliser oder Schotten, keine weiße Holländer, Dänen oder Skandinavier. Geschweige Schweizer, Österreicher oder Tiroler. Meine Stadt (wie übrigens 70% aller Städte in Westdeutschland) ist fest in der Hand von der 3. Weltpopulation. Ich hab einfach genug! Wenn Eva am Sonntag in einem Sommerkleid mit Ausschnitt mit mir einen Spaziergang in die Innenstadt macht. Diese Pöbeleien vom Ostblock -Pack, mit Müll aus der Türkei und Arabien und Afrika. Mir reicht es, daß ich deutsche Jugendliche beschützen muß, nur weil Männer vom Balkan glauben, sie können wegen Nichtigkeiten unsere Jugend verprügeln. Die Liste ist inzwischen endlos. Es reicht!!! In Gesprächen argumentiere ich mit folgenden 3 Gründen
1. zu viele Türken ,Araber, Afrikaner.
2. zu viele Russen, Ostblockler, Balkanesen.
3. zu viele kriminelle Süditaliener, (ja, die gibt’s in Deutschland reichlich), zu viele Asiaten, Sri Lanka, Bangladesch, Pakistan etc.
Die Vorteile im ländlichen Raum liegen klar auf der Hand:
- Sicherheit (In dem Dorf gibt es kaum Ausländer)
- Infrastruktur: Kindergarten und Schulen sind zu 95 % mit Deutschen Kindern gefüllt.
- Lebensqualität: Wenn ich hier Sport mache, Spazieren gehe, so gut wie keine Ausländer.
Kein Krach durch türkische Hochzeiten, keine besoffene Russen, keine Neger, die in ihrem Stammesdialekt lauthals telefonieren, keine rumänische Männer, die in deinem Hauseingang pissen, keine Zigeunerbanden ,die aggressiv betteln, keine chinesische Frauen , die dir im Bus ins Gesicht rotzen. keine Pakistanis, die 5 Meter gegen den Wind stinken. Keine Kopftücher ,keine türk. Machos, keine Sikhs, keine Araber. Sondern deutsche Männer, Frauen, Kinder. Da ich inzwischen davon ausgehe, daß das System crasht, liegen die Vorteile auch im ländlichen Raum:
- Schützenverein mit konservativen Mitgliedern. Überfälle werden abgewehrt.
- Die 3 Zufahrtsstraßen kann man gut blockieren. Zugang haben nur die Einheimischen.
- Da sich in der Verwandtschaft von Eva (Entfernung 4 Kilometer) 3 Bauernhöfe mit Nutzviehhaltung befinden, ich im neuen Haus auch Gemüse anbauen kann, selbst Hühner , Schafe oder Schweine halten kann, (Ja, ich kann Schlachten, Räuchern, Brot backen etc.) ist die Versorgung im Notfall sichergestellt. Dazu habe ich mehrere berufliche Ausbildungen, die in schlechten Zeiten hilfreich sind. Im engsten Freundeskreis sind Zahnärzte, Allgemeinärzte, Chirurgen. Dazu kommen Reservisten, Handwerker, zwei Brüder, die auch mal hinlangen. Ich kann jagen, fischen und habe mein ganzes Leben lang Feuer gemacht. Nüchtern betrachtet, sind meine Chancen um 70% besser, als bei den restlichen Deutschen.“[523]

[523] AS DER SCHWERTER, in: „Kleiner Ratgeber für Auswanderer“, Beitrag von ‚Adam‘ - 19.10.2012

Tribalismus

Jedes Gruppenethos geht stammesgeschichtlich auf das familiale Ethos zurück. Alle unsere Prosozialität ist. wie wir ausführten, familialen Ursprungs. Diese in der individualisierten Fürsorge für den Nachwuchs wurzelnden Anlagen verkümmern leicht in Gesellschaften, die die Familie nicht hochhalten und die es versäumen, durch Erziehung, anknüpfend an diese Veranlagungen, die uns nicht persönlich bekannten Mitglieder der Nation, des Staates oder des Staatenbundes in das familiale „Wir-Gefühl" einzubeziehen. Versäumen wir es, das Wir-Gefühl von der Basis her zu bekräftigen, dann wird uns eine weltweite Verbrüderung wohl kaum gelingen. Ungeachtet dieser Tatsache wird immer wieder behauptet, die Nationen wären Auslaufmodelle, sie gehörten abgeschafft, weil sie einer weltweiten Verbrüderung im Wege stünden. Von einem „Irrweg des Nationalismus" spricht Heiner Geißler (1990) und empfiehlt einen „Verfassungspatriotismus", eine Wortschöpfung, die er Dolf Sternberger verdankt.

Nur Bürokratenseelen können glauben, man werde eine Verfassung lieben. Menschen sind es, die wir lieben oder auch ablehnen. Liebe erfahren wir im freundlichen, mitmenschlichen Kontakt, zunächst in der Familie, des weiteren im kleineren Verband der Dorfgemeinschaft, im Freundeskreis, in der Schulklasse und den vielen anderen Möglichkeiten persönlicher Begegnung, die sich uns auch im Alltag der Großstadt bieten.

Und dieser persönliche Umgang legt die Vertrauensbasis, die es uns ermöglicht, freundlich auch in der Großgesellschaft einer Nation und einer Europäischen Union aufzutreten. Vorausgesetzt, daß andere es ebenso halten – auf die Bedeutung der Reziprozität für das Funktionieren einer Gemeinschaft wiesen wir schon hin. Mitmenschliche Identifikation auf diesen verschiedenen Ebenen ist schließlich Voraussetzung für die Identifikation mit der Menschheit. [8, Seite 162]

Rudolf Burger (1997) spricht von einer „falschen Wärme der Kultur": *„Jede Behauptung oder Beschwörung einer wesenhaften Identität, sei sie definiert oder konstruiert wie immer, biologistisch oder kulturalistisch, impliziert aber an sich schon die Ausgrenzung des Fremden, weil sie als Position nur als Negation dessen gewonnen werden kann, was nicht sie selber ist. Jede Identifikation ist eine Negation."*

Mit der Wahl des Begriffes „Negation" belastet Burger jede Form der Identifikation. Wer sich zu seiner Kultur bekennt, begeht nach ihm die Sünde der Negation. Darf sich also niemand mehr zu seinem Volk bekennen? Würde man Burgers Argument akzeptieren, dann müßte man auch von einer falschen Wärme der Familie sprechen. Denn auch diese grenzt sich normalerweise gegen andere ab, und das wird letzten Endes als Naturrecht überall anerkannt. Wo Besitz vererbt wird, wird die Erbfolge immer nach dem Grad der Verwandtschaft geregelt. Familien leben zwar von Abgrenzung, aber deshalb negieren sie doch nicht die anderen, mit denen sie ja interagieren und auf vielfältige Weise freundschaftlich, beruflich oder weltanschaulich verbunden sind. Wer das Bedürfnis hat, seinen familialen Bereich als Privatbezirk gegen eine Öffentlichkeit abzugrenzen, ist deswegen noch lange nicht ungesellig. Auch die Buschmannfamilie in der Kalahari legt Wert darauf, ihre Hütte für sich allein zu haben.

Jedes Wir setzt notwendigerweise Andere voraus. Und wenn man so will, „diskriminieren" wir – in der ursprünglich wertfreien Bedeutung des Wortes als „unterscheiden" - in unserem Alltag unentwegt. Das hat durchaus auch seine positiven Seiten, wird doch unsere Fürsorglichkeit nicht nach dem Gießkannenprinzip so verteilt, daß für niemanden genügend Liebe übrigbleibt.

Daß eine Mutter ihr Kind vor allem liebt und ein Liebespaar nur eben seinen Partner, ist soziobiologisch ebenso sinnvoll, wie gesellschaftlich. Und dabei „diskriminieren" wir nun alle einmal. [8, Seite 162-164]

Die Utopie der multikulturellen Immigrationsgesellschaft wird wohl ebenfalls von der Wertschätzung und Sympathie und dem Wunsch zu helfen motiviert. Aus unseren bisherigen Ausführungen dürfte aber wohl deutlich geworden sein, daß der Aufbau einer multikulturellen Immigrationsgesellschaft in einem relativ homogenen Nationalstaat problematisch und eigentlich nicht zu verantworten ist. Man darf nicht „Experimente mit Menschen" anstellen, die den inneren Frieden und damit den Fortbestand der freiheitlichen Demokratie gefährden. Es ist ferner höchst widersprüchlich, wenn man auf längere Sicht die eigene ethnische Identität aufs Spiel setzt und zugleich für kulturelle Vielfalt eintritt, denn auch durch die Pflege der eigenen Kultur trägt man ja zur Erhaltung der Vielfalt (auf der Erde) bei. [7, Seite 155]

In den Tagen der deutschen Wiedervereinigung schrieb Günther Nennings:

„… Das Ergebnis der osteuropäischen Revolutionen ist, daß die scheinbar untergegangenen Nationen wieder lebendig sind. … Die wiedererwachten europäischen Nationen sind viele kleinteilige Widerstandsnester gegen die Verwandlung des Erdteils in einen großökonomischen Einheitsbrei, der Natur und Seelen mordet."[524]

Das Idealbild der weltumspannenden offenen Gesellschaft, in der globale Wir-Gefühle die nationalen überwinden, erwies sich als weltfremde Utopie. Der Soziologe Karl-Otto Hondrich[525] erkannte ganz richtig, daß der Nationalismus nicht von den Plänen einzelner Nationalisten lebt, „die man kaltstellen könnte*",* sondern von seiner Funktion, gerade die modernsten Errungenschaften eines Gemeinwesens zu sichern: *„Wie jede Kultur sind diese Erfolge in Grenzen gewachsen: Sie würden im Grenzenlosen sogleich verdampfen. Aber warum müssen solche Grenzen ausgerechnet die eines Nationalstaates sein? Die Antwort ist so einfach wie ernüchternd: weil es keine anderen Grenzen gibt, die annähernd dasselbe leisten, nämlich den (akzeptierten) Geltungsbereich des staatlichen Gewaltmonopols und den der Zusammengehörigkeitsgefühle (eines Volkes) zur Deckung zu bringen. Ohne das Unterfutter sind Staaten nur willkürlich konstruierte Gewalthülsen, die unter Belastung zerfallen."*

Der Politologe Dieter Oberndörfer (CDU)[526] antwortet Hondrich darauf mit dem Hinweis, daß wir schon immer multikulturell gewesen seien, die Zuwanderung brauchten und daß die Benachteiligung von Ausländern mit der republikanischen Wertesubstanz des Grundgesetzes unvereinbar sei. Oberndörfer spricht ferner in gewohnter demagogischer Diktion vom „völkischen Wahn" und wirft Hondrich „politische Brandstiftung" vor.

Die Nationalstaaten Europas sind gegenwärtig einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt.

Sie stehen einerseits unter einem starken Immigrationsdruck, der in zunehmendem Maße auch durch Zuwanderer aus kulturfernen Bereichen verursacht wird. Des weiteren belastet sie eine ideologische Auseinandersetzung, die den traditionellen Nationalstaat in Frage stellt und ihn durch den Aufbau einer multikulturellen Immigrationsgesellschaft ablösen will. [7, Seite 173]

Gerd Schmalbrock urteilt über die Ablehnung des Fremden:

„Das zu unserer Zeit künstlich erzeugte Weltverständnis wirkt sich nicht nur kulturfeindlich für uns aus, es vergreift sich bereits an Naturinstinkten. Einer der Naturinstinkte im Menschen, gegen den sich heutige Zeigefinger erheben, liegt in dem eigentümlichen Strukturmerkmal aller menschlichen Gruppen, nach dem das gleiche Gefühl, das sie an die Mitglieder der Eigengruppe bindet, sie von den Mitgliedern der Fremdgruppe abhebt. … Man beschimpft diese an sich natürliche und (biologisch) notwenige Erscheinung als Fremdenhaß. Im Zweiten Weltkrieg konnten viele Deutsche die peinlichen Auswirkungen dieser Naturveranlagerung im Menschen an sich selbst erfahren. Jahrelang war von der Volksgemeinschaft geredet und gesungen worden und von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen; dann, als Folge des Luftkrieges, brachte man die Bewohner gefährdeter Städte in die ungefährdeten Landgemeinden. Evakuierte hießen sie. Sie erlebten nun, wie sie nicht als Volksgenossen, sondern als Fremdkörper empfunden wurden, abgeschieden, wie das Dorfleben der vierziger Jahre verlief. Das fremde Benehmen der Evakuierten, die Art, sich zu kleiden, zu reden, zu denken, erschien ihnen unbewußt als gewohnheitsgefährdend. Im letzten Akt des Weltkriegsdramas machten dann die (deutsche) Flüchtlinge und Vertriebenen die gleiche Erfahrung. Diese Feindschaft dauerte nur gerade so lange, wie die Eindringlinge ihre Eigenart, ihren Geruch, beibehielten. Sobald sie sich einpaßten, hörten die Vorbehalte auf.

[524] Nenning, G. Süddeutsche Zeitung, Nr. 92, 21.04.1990
[525] Hondrich, K. O. (1994): „Grenzen gegen die Gewalt", in: Die Zeit Nr. 5, 28.01.1994
[526] Oberndörfer, D. (1994): „Abschied vom völkischen Wahn", in: Die Zeit Nr. 6

Woraus man Schlüsse auf die Aufgabe dieses Urinstinktes im Menschen ziehen kann: er soll das Fortbestehen der Gemeinschaft in ihrer bisherigen, arteigenen Ordnung sichern, damit nicht alles durch das Eindringen des Fremden umgestoßen und aufgelöst wird.
Nun wäre es viel verlangt, das, was das Gruppenwesen Mensch bereits eigenen Landsleuten an Vorbehalten entgegenbringt, beim Eindringen einer fremden Rasse nicht zu erwarten. Je fremder der Fremdkörper, desto stärker sollte man die unbewußte Abwehrbereitschaft vermuten. … Die instinktive (bewußte oder unbewußte) Abwehrbereitschaft richtet sich also …, sondern gegen alles was fremd ist oder als fremd empfunden wird. Weil das eine natürliche Veranlagerung ist, kann man die Ausrottungsversuche dieses (menschlichen) Naturinstinktes nur als aussichtslose Barbarei (und Zumutung) bezeichnen. Das muß man vor allem dann tun, wenn man sich vorher nicht einmal die Mühe macht, anthropologisch nachzuforschen, ob dieser Naturinstinkt überhaupt zum Vorteil der menschlichen Gesellschaft unterdrückt werden kann."
[32, Seite 15, 16]
Über die Vielfalt der Ethnien experimentieren die Kulturen und werden zu Schrittmachern der Evolution. Die kulturelle Vielfalt sichert zugleich die weitere Existenz des Typus Mensch und folgt damit einem Lebensstromprinzip, das sich im übrigen Organismenreich in der Vielzahl der Arten und Unterarten manifestiert. Die Vielfalt erhält sich hier wie dort über Mechanismen der Abgrenzung und Verteidigung. Ein friedliches Miteinander verschiedener Völker ist möglich, wenn jede Ethnie ihr eigenes Land hat und ihre eigenen Angelegenheiten ohne Furcht vor repressiver Dominanz und Landnahme durch andere regeln kann. …
Die Prognosen für den Aufbau einer multikulturellen Immigrationsgesellschaft sind dagegen wenig günstig. Grenzt sich in einem bereits besiedelten Gebiet eine weitere, landlose Solidargemeinschaft ab, die mit den Ortsansässigen um begrenzte Ressourcen konkurriert, dann löst dies territoriale Abwehr aus. Ferner bekräftigt die Angst um Identitätsverlust die Xenophobie. In Krisenzeiten kommt es dann leicht zu Konflikten. [7, Seite 234, 235]
Zu dem Stichwort der Konflikte meint Dr. rer. nat. habil., Dipl.-Ing. Otto Oesterle:
„Die ethnischen Konflikte sind das Resultat multikultureller Völkergefängnisse. Dort, wo sich die Völker kulturell autonom entwickeln können, herrscht ein hohes Maß an inneren Frieden. Der Nationalstaat ist kein Rückfall in die Vergangenheit. Ganz im Gegenteil: ein Rückfall in die Vergangenheit ist die Utopie eines Europas, bestehend aus Europäern ohne Nationalitäten."
Die oft wiederholte Behauptung, die europäischen Länder würden wegen der Überalterung ihrer Bevölkerung auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen sein, hält einer Uberprüfung nicht stand. Die Immigration würde aller Voraussicht nach mehr Probleme wirtschaftlicher und sozialer Art aufwerfen, als sie löst. Menschenverachtend ist der Vorschlag, den eigenen Bevölkerungsschwund durch Immigranten auszugleichen, da er auf lange Sicht die Verdrängung der eigenen Bevölkerung in Kauf nimmt. [7, Seite 199]
Die Angst des Menschen vor dem ihm unbekannten Mitmenschen – die Fremdenscheu oder Xenophobie – belastet das Leben in der anonymen Massengesellschaft, die man heute als „Mißtrauensgesellschaft" charakterisieren kann. [7, Seite 116]
Gestattet denn auch ein Volk anderen den Aufbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann halst es sich im eigenen Haus zwischenethnische Konkurrenz auf. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Konflikte fast unvermeidbar. Auch auf die aus differentieller Fortpflanzung erwachsende Problematik sei noch einmal hingewiesen. [7, Seite 158]
… Ethnische Vielfalt ist durchaus als positiv zu bewerten. Mit ihr entstanden allerdings auch die Mechanismen der territorialen und identitätsbewahrenden Abgrenzung, ohne die es keine Vielfalt (auf dieser Erde) gäbe. Und mit ihnen muß man ebenso rechnen wie mit der Tatsache, daß Ethnien als Solidargemeinschaften auftreten, die zunächst einmal ihr Eigeninteresse vertreten, das zugleich ihr Überlebensinteresse ist. [7, Seite 126]

Der Mensch ist nicht als Rassist, sondern als Hordenwesen geboten, er ist von Natur aus nicht rassistisch, sondern tribalistisch. Das Wort „Rassismus“ ist heute insofern irreführend, als es auf „willkürlichen“ Haß, auf eine andere Rasse schließen läßt, nur weil diese eben anders aussieht oder sich anders verhält. Nur wenn die gehaßte oder unbeliebte Gruppe einer anderen Rasse angehört, trifft der Terminus „Rassismus“ aber wirklich zu. [2, Seite 202]
Den Ausschlag zur Entscheidung, „rassistisch“ zu werden, gibt in der Regel das Aufkommen von Rivalität. Bergvölker in den Hochländern Neu-Guineas, die sich aus der Sicht eines Europäers oder Chinesen nicht oder kaum voneinander unterscheiden, „hassen“ ihre Nachbarn, nicht aber die völlig andersrassigen und fremden Anthropologen, die sich in ihren Dörfern tummeln, mit ihnen leben und sie analysieren.
Angenommen, diese Anthropologen würden aber immer mehr werden, dann Frauen und Kinder nachkommen lassen und nicht mehr von den Nahrungsmitteln leben, die man aus Flugzeugen abwirft, sondern ebenfalls Schweine züchten und Taro und Yums anbauen und verzehren, dann würden sie zu Rivalen werden. Mit Sicherheit würde die anfängliche Gastfreundlichkeit dahinschmelzen wie Markenbutter in der Junisonne. Die Eingeborenen würden sie vertreiben wollen und wahrscheinlich auch vor einem Gruppenmord nicht zurückschrecken (wie oft genug geschehen). Selbstverständlich ist dieses Verhalten rassistisch und fremdenfeindlich; es wäre aber nicht anders, wenn statt Anthropologen eben Leute des Nachbarstammes eingewandert wären oder, auf Europa bezogen, - muslimische Türken, Pakistaner, Nigerianer oder Tamilen. [2, Seite 206, 207]
„(Doch) Völker, (die sich) genetisch so ähnlich sind wie Deutsche und Franzosen, können sehr wohl gemeinsame Interessen haben. Und es ist auch normal, daß die Menschen aus so ähnlichen Ländern sich mögen, wenn sie sich treffen und sich nicht auf den Geist gehen wie das bei genetisch fremderen Völkern der Fall ist.“[527]
Die Besinnung auf die eigenen Wurzeln, das Bewußtsein eine Heimat zu haben und einer eigenen Volksgruppe anzugehören, mit einer spezifischen Sprache und Kultur, mit Sitten und Traditionen, ist die zwangsläufige Gegenposition zur global ausgerichteten multikulturellen Staatsideologie, welche die territoriale und völkische Integrität leugnet.
Eibelfeld schreibt hierzu:
„Man handelt nicht gut, wenn man die Überlebenschancen seiner Kindeskinder einschränkt und damit gefährdet, noch hilft man den Bewohnern der Dritten Welt, indem man ihnen das (unser) Land öffnet. Denn wir könnten aus Afrika und Indien mehrere hundert Millionen einwandern lassen, ohne daß sich dort auch nur das geringste ändern würde. [7, Seite 149]
Und Thorsten Hinz drückte es so aus: „Doch Völker, deren Frauen vermännlichen und deren Männer weibisch werden, negieren zwei Grundvoraussetzungen ihres Fortbestands: die Fähigkeit zur natürlichen Reproduktion und zur Selbstverteidigung.“[528]
Tribale Reflexe lassen uns unsere Kinder mehr lieben als die des Nachbarn; sie sind die Ursache für Patriotismus, Altruismus, Genschutz, wirtschaftlichen Protektionismus, Nepotismus, aber auf der anderen Seite auch für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Apartheid, ethnische Säuberungen usw. Wir sind eben für alles, was für unsere eigene (Volks-) Gruppe von Vorteil sein soll, und gegen alles Nachteilige. [2, Seite 208]
Der Mensch ist friedliebend, aber bereit, alles, was die Harmonie und Existenz seiner Gruppe bedroht, zu bekämpfen. Der durchschnittliche Mensch ist nicht fremdenablehnend, fremdenfeindlich und territorial, weil er „böse“ ist, sondern, weil die Evolutionsgeschichte ihn lehrte, sich in einer harmonischen Gruppe wohlzufühlen. [2, Seite 209]
Nur eine harmonische Gruppe kann ihm das erfolgreiche Überleben seiner Kinder und Kindeskinder garantieren. Er ist deshalb von Natur aus friedliebend, aber gleichsam bereit, für diesen Zustand zu kämpfen, ja sogar für seine Gruppe zu sterben.
Der friedliche Mensch handelt somit gegen alles, was sein friedvolles, erfolgversprechendes Dasein stören und den Fortbestand seiner Gruppe bedrohen könnte. Er vermeidet tunlichst nicht nur Hungersnöte, Epidemien, Kriege, Natur-katastrophen, sondern auch genetischen Verfall und Überfremdung zur Erhaltung seiner in Tausenden von Jahren erworbenen Gruppen-Identität. [2, Seite 210]

[527] AS DER SCHWERTER, in: „Die Mär von der deutsch-französischen Freundschaft I“, Beitrag von ‚osimandia‘ - 03.08.2012
[528] JUNGE FREIHEIT, „Generation Spießbürger“, 21.11.2007

10. Volk, Gesellschaft und Kultur

Vom Leben der Germanen. Die Familie war für die Germanen der Urgrund ihres Daseins, Träger des Lebensglücks und sittlichen Wohlstandes. Das erkannte schon der Römer Tacitus, der in seiner Germania gerade diesen Wesenszug mit tiefer Bewunderung aus seiner heraushebt. „Die Ehen werden dort ernst genommen, und keine Seite ihrer sittlichen Gepflogenheiten möchte man mehr rühmen. Die Frauen leben im engen Kreis der Sittlichkeit, durch keine Lockungen der Gelage verdorben. Trotz der zahlreichen Bevölkerung ist Ehebruch höchst selten.

Bild 70: Quirrliger Nachwuchs des deutschen Volkes

Sie erhalten nur einen Gatten, wie sie nur einen Leib und ein Leben haben. Niemand lacht dort über Laster, und man nennt es nicht Zeitgeist, verführen und sich verführen zu lassen. Gute Sitten vermögen mehr als anderswo gute Gesetze.“[529]

Die germanische Familie war nicht nur die Verbindung einer Anzahl von Einzelpersonen gemeinsamer Abstammung, sondern eine organisch gewachsene feste Einheit. Jedes Mitglied lebte nicht in erster Linie sein eigenes Leben, sondern setzte sich die Ehre und das Ansehen der Familie als höchstes Ziel. ... In der Eheschließung sah der Germane eine sehr ernste Handlung im Dienst der Familie; denn sie sollte den Fortbestand der Sippe sichern. Sie brachte ein Wesen aus einer fremden Familie in den Kreis seiner Blutsverwandten, und war somit ein Ereignis, das nicht nur die persönlichen Geschicke von Mann und Frau betraf, sondern auch jene beiden Gruppen anging. Noch hielten sich in germanischer Zeit Hochzeitsbräuche, wie das Wettlaufen von Braut und Bräutigam, das Fangen der Braut, und auch die Hochzeitsbenennung „brutlouf“ (Brautlauf), die auf die älteste Form der Eheschließung, den Brautraub, hindeuten. Sie bewahrten sinnbildlich die Erinnerung daran, daß durch den Raub die Frau gänzlich aus der Bindung an ihre frühere Familie gelöst und für den Eintritt in die neue Gemeinschaft freigemacht wurde. Wenn man den Wesenszug der germanischen Menschen in Betracht zieht, ihr Streben nach Freiheit und Selbständigkeit, so wurden wahrscheinlich die meisten Ehen im gegenseitigen Einverständnis der Brautleute geschlossen. [4, Seite 74, 75]

Den Kindern brachte man große Liebe entgegen. Die Römer bewunderten den Kinderreichtum der Germanen. Mit der Zahl der Kinder wuchsen der Stolz und das Gefühl der Stärke bei den Eltern. In den Nachkommen sollte ja die Familie weiterleben, sie sollten die künftigen Beschützer sein. … Für den germanischen Menschen war die Familie die Kraftquelle aus der ihm alle Stärke kam. Es konnte ihm kein größeres Unglück drohen, als durch eine Schandtat aus dem Familienverband ausgestoßen zu werden. Das Geborgensein im Verwandtenkreis erhöhte das Selbstbewußtsein und stachelte dazu an, die gegebenen Anlagen zu entwickeln und zur Ehre der Familie einzusetzen. Großes Ansehen genossen die Alten. Die Verehrung galt ihrer reicheren Erfahrung und größeren Umsicht. Sie kannten die Überlieferung ihres Volkes, die Satzungen des ungeschriebenen Rechtes, die Ausübung der religiösen Bräuche. Bei den Volksversammlungen ehrte und achtete man ihren Rat. In ihren Händen lag die Führung der Sippe. [4, Seite 78, 79, 108]

Die patriarchalische Familie, Vater, Mutter und die unverheirateten Kinder, bildete, wie bei den meisten Völkern, auch bei den Germanen die Keimzelle alles gesellschaftlichen Lebens. Diese enge Familie wuchs zur Großfamilie, wenn die verheirateten Söhne, gelegentlich auch die Töchter, in der Hausgemeinschaft verblieben, andere Verwandte und auch noch die Knechte und Mägde sich im Kreis gesellten. Die Sippe umfaßte außer den Familienangehörigen auch die übrigen Blutsverwandten. Ihre Mitglieder siedelten beisammen in derselben Dorfgemeinschaft. Ihre verwandtschaftliche Zusammengehörigkeit bezeugen z.B. die vielen Ortsnamen mit der Endung –ingen. Der Sippe fielen allgemeine und persönliche Aufgaben zu. Sie regelte die Vormundschaft, trat bei Verlobungsfeierlichkeiten sozusagen als verhandelnde Partei auf, war

[529] Tacitus, Germania, XVIII, XIX

zur Unterstützung der in Not geratenen Sippenmitglieder verpflichtet und stellte bei einem Rechtsstreit die Eideshelfer.
War ein Sippengenosse angegriffen worden, mußte ihn die Sippe mit Waffen verteidigen; wurde er verletzt oder getötet, fiel ihr die Blutrache zu. Diese war, solang eine staatliche Gewalt fehlte, der wirksamste Schutz. Denn jeder mußte sich vor Augen halten, daß er bei einer Bluttat von der ganzen Sippe des Getöteten oder Verletzten verfolgt wurde. Da aber die Rache zu endlosen Streitigkeiten und immer wieder neuen Totschlägen führen mußte, so versuchte man schon frühzeitig, die Blutrache durch Bußzahlung abzulösen.

Der Staat

Der Zusammenschluß der freien Glieder des Volkes zu einer größeren Gemeinschaft im Krieg setzt ein den Sippenverbänden übergeordnetes Gemeinwesen voraus, einen Staatsverband. Seit wann die Germanen in einer staatlichen Bindung lebten, läßt sich nicht mehr feststellen. Sicher ist aber, daß sie sich schon vor ihrem Eintritt in die Geschichte zu Staaten zusammengeschlossen haben. Als Träger der Staatshoheit galt die Volksgemeinde der freien und waffenfähigen Männer. Sie entschied souverän in allen rechtlichen, politischen und Verwaltungsangelegenheiten auf dem Thing, der Volksversammlung.
Sippe heißt in der Grundbedeutung Blutsverwandtschaft, Friede. Höchste Aufgabe der Sippe war es also, innerhalb der Verwandten den Frieden zu sichern. Sobald man aber aus dem engen Sippenverband in die Weite des Staates vorstieß, mußte eine neue, den Frieden sichernde Macht (des Staates) geschaffen werden.
… Das Thing war zunächst Heeresversammlung und entschied über Krieg und Frieden. Hier erfolgte die Wehrhaftmachung der Jünglinge, die damit zwar nicht aus der väterlichen munt entlassen, aber ins Heer aufgenommen und zu den staatlichen Versammlungen zugelassen wurden; hier fand die Freilassung der Unfreien und ihre Eingliederung in die Gemeinschaft statt. Das Thing richtete über schwere Vergehen, wie Friedensbruch, Landesverrat, Frevel gegen die Götter, Den politischen Verhandlungen ging eine Vorbesprechung der Ältesten voraus, ehe die Beratungsgegenstände vor die Volksversammlung gebracht wurden. Es handelte sich dabei um den Abschluß von Verträgen, um Abstimmungen über Kriegszüge, um die Wahl von Gaufürsten, Herzögen und auch des Königs.
Dem Volk blieb also seine volle Hoheit bewahrt; es entschied selbst über alle wichtigen Fragen, auch bei Stämmen, die einen König hatten. Von alters her finden wir beispielsweise bei den Nord- und Ostgermanen einen König an der Spitze des Staates. Das Königtum entfaltete sich dann in geschichtlicher Zeit auch bei den Westgermanen. So hören wir z. B. von dem Suebenkönig Ariovist und dem Markomannenkönig Marbod. Der König war, wie aus dem althochdeutschen Wort *kuninc* hervorgeht, ein Mann von Adel. … Einzelne Familien und Sippen hoben sich Im Lauf der Zeit durch ihre Leistungen in der Gemeinschaft, durch Mut und Kraft, durch geistige Vorzüge so hervor, daß sie zu besonderem Ansehen gelangten und bald eine führende Oberschicht bildeten, aus der später der Adel hervorging.
Das Volk wählte aus einem vornehmen Geschlecht einen Mann von besonderen Eigenschaften und übertrug ihm die Aufsicht über Rechte und Ordnung, manchmal außerdem die Leitung der gottesdienstlichen Handlungen und den Befehl im Krieg. Die Wahl des Königs zeigt also, wie auch unter der Königsherrschaft die höchste Macht letzten Endes im Besitz des Volkes bleibt. Meist wurde bei der Wahl eines Nachfolgers die Abstammung in gerader Linie berücksichtigt. Aber die Volksversammlung war nicht daran gebunden, sie konnte auch auf einen Unwürdigen übergehen und einem entfernteren Verwandten die Königswürde übertragen, den sie nach seiner Persönlichkeit für geeigneter hielt. … Vom König verlangte man ein gutes Verhältnis zu den Göttern und besondere Fähigkeiten, die Geschicke seines Volkes zu lenken. Durch seine umsichtige und erfolgreiche Führung mußte er sich Zuneigung und Vertrauen erwerben. Wenn er seine Pflichten nicht erfüllte und sich als unfähig erwies, so wurde er abgesetzt, verjagt, ja manchmal sogar erschlagen. Der König war also nie ein uneingeschränkter Alleinherrscher, sondern nur der höchste Beamte des Volkes, seine Stellung entsprach der des *rex* bei den Römern. [4, Seite 91, 92, 94, 95]

Bild 71: Deutsche Art der Gestaltung seiner Umgebung: Der „Deutsche Ring“ in Köln

Derselbe Lautwandel findet sich im Wort deutsch. Wohl erst in althochdeutscher Zeit hat sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Stämme im Rahmen eines Reiches nachhaltig entwickelt und dafür auch einen sprachlichen Ausdruck im Wort „deutsch“ gefunden.

Es bezieht sich allerdings zuerst nicht auf Volk, Land und Staat, sondern nur auf die Sprache. Es ist abgeleitet von der urgermanischen Wurzel *theudo* (Volk) und entwickelte sich über altsächsisch *thiudisk* zu althochdeutsch diutisc und zu deutsch, bedeutete ursprünglich volkstümlich und diente zur Bezeichnung der Sprache des Volkes im Gegensatz zum Lateinischen, der Sprache der Gebildeten. [4, Seite 308, 309]

Unter normalen Umständen ist ein Staat in erster Linie die Organisationsform eines Volkes.

Er ist die legitime Verkörperung des Volkswillens oder er ist ein Nichts. In erster Linie ist er der Diener, der Untergebene des Volkes. Ein Volk braucht keine Propaganda. Ein Volk, das nicht heterogen geknechtet (überfremdet) wird, formuliert seine legitimen Interessen als Auftrag an den Staat. Diese sind in erster Linie die Sicherstellung der Weiterexistenz des Volkes. Zweitens die Regelung des menschlichen Zusammenleben und angemessene Sanktionierung von Beschädigungen individueller und kollektiver Güter. Ein Staat kann nie einen Ewigkeitsanspruch geltend machen. Wenn die Mehrheit des Volkes sich für ein anderes Lebens- und Organsisationsmodell entscheidet, kann man nicht auf die von anderen Menschen auf Papier-geschriebenen Gesetze verweisen. Die Lebensverhältnisse haben sich mit dem Postulat, daß das Land der Deutschen nun allen gehöre und sich niemand mehr hierzulande illegal aufhalten kann, naturgemäß gewandelt. „Aber ich kenne es aus meiner Kindheit noch fast genauso: wenn Mittagessen und Hausaufgaben erledigt waren, schickte meine Mutter uns nach draußen, wenn es nicht hagelte und gewitterte. Damit wir ihr die Wohnung nicht mit unserem Getobe unordentlich machen und weil Kinder nun mal nach draußen zum Spielen gehören. Wir sind dann auch durch den Ort gezogen, haben auf freien Grundstücken Hütten gebaut (Spielplätze gab es damals noch nicht so viele) und haben laut getobt usw. Wir sind auch oft von den Erwachsenen ausgeschimpft und weggejagt worden, wenn wir Unsinn gemacht haben oder zu laut waren. Trotzdem haben meine Geschwister und ich unsere Kindheit als geborgen und behütet empfunden, da gehörte nicht dazu, daß wir dauernd am Rockzipfel unserer Mutter hingen. Heute hat sich das in der deutschen Gesellschaft total geändert, auch ich würde meine Kinder, außer auf einem kleinen Dorf, nicht mehr so unbeaufsichtigt rauslassen, wie wir früher.“

Das Volk

Am eindruckvollsten erlebten im Herbst 1989 die Deutschen die Macht des Volkes. Was sich damals in Mittedeutschland ereignte, kam aus der Tiefe des Volkes, ergriff alle Schichten und wühlte alle Beteiligten hüben und drüben, selbst die Fernsehzuschauer, zutiefst auf. Aus „Wir sind das Volk“ wurde schnell „Wir sind ein Volk“. Hier wurde Geschichte gemacht aus dem Wissen um die deutsche Identität. Hier setzte sich die Wirklichkeit des Volkes über jahrzehntelang verfestigte Gewaltherrschaft hinweg. Hier zeigte sich die natürliche Urkraft des Volkes stärker, als alle intellektuellen Theorien und weltfremden Dogmen und gab der Weltgeschichte im wahrsten Sinne des Wortes einen anderen Lauf, indem die Spaltung Deutschlands und Europas überwunden wurde. …

Das offensichtliche Versagen der marxistisch-leninistischen und liberalen Gesellschaftsmodelle hat den volksfeindlichen Gesellschaftslehren auch ihre theoretischen Grundlagen genommen.

Die Wirklichkeit der Völker setzt sich am Ende des 20. Jahrhunderts nach allen Verwirrungen im Zuge einer notwendigen Normalisierung wieder durch, weil die Völker nun einmal die natürlichen menschlichen (Lebens-) Gemeinschaften sind. …

Im Marxismus, Materialismus, Liberalismus, in der Vorstellung von der pluralistischen oder multiethnischen Gesellschaft als Staatsgrundlage liegen falsche und menschenwidrige Denkschemata vor, die oft nicht leicht zu durchschauen sind. [16, Seite 110, 111, 113]

Zu den Themen Integrations[530] und Massenzuwanderung äußerte sich Wolfgang Schäuble (CDU) in einem Interview: „Wir gehen den richtigen Weg. Wir müssen den sozial Schwächeren, die sich über Generationen abgeschottet haben, sagen: Ihr seid wichtig. Wir schätzen Euch, Ihr seid so viel wert wie die anderen (Deutschen) auch.“[531] Und weiter: „Muslime (respektive Nichtdeutsche) sind für uns alles andere als eine Bedrohung, sie sind eine Bereicherung, machen unsere Ordnung vielfältiger, sie sind erwünscht und gewollt.”[532]

Die obigen Aussagen kennzeichen das heutige, allgemeine Staatsverständnis. Damit sind einheimische Deutsche in der Bundesrepublik zu einer weiteren ethnischen Randgruppe reduziert worden, mit nicht mehr Anrecht auf das Land ihrer Vorfahren, als die Pakistaner oder die Nigerianer, welche am letzten Donnerstag die deutsche Grenze passierten. Der Prozeß zur Globalisierung der Gesellschaft ist abgeschlossen, wenn flächendeckend die Mehrheiten der Einheimischen überwunden worden sind, was im westfälischen Moers früher der Fall sein wird, als im niederschlesischen Görlitz. Es ist ein Völkermord auf Raten, in der die Systemparteien die Massenzuwanderung mit den Geldern ihrer Schutzbefohlenen organisieren und propagieren. Auch in einer (gelenkten) Demokratie ist es möglich, die Masse immer wieder gegen ihr Schicksal entscheiden zu lassen. Nämlich dann, wenn es gelingt, die Aufmerksamkeit und das Interesse vom eigenen Werdegang abzulenken und den natürlichen Selbsterhaltungstrieb der Gemeinschaft so zu diabolisieren, daß dieser als etwas Fremdartiges empfunden wird.

„Wie in der lebenden Natur[533] haben sich auch die Struktur von Stämmen und Völkern in der Regel während der Geschichte zu höheren Ordnungen hin entwickelt. Die Systeme wurden immer ausgebildeter, bekamen eine vielschichtigere Gliederung und erbrachten dementsprechend eine höhere Leistung. Gegenüber einer solchen Volksgemeinschaft stellt die pluralistische oder multikulturelle Gesellschaft eine Ordnungsstufe weit geringerer Höhe als die des Volkes dar. Statt historisch gewachsener Systembeziehungen im biologischen, kulturellen, historischen und geistigen Bereich des Volkes besteht als Grundlage und wirkende Beziehung zwischen den Einzelnen lediglich der persönliche Egoismus. Statt lebendiger Glieder eines Organismus sind die Einzelnen isolierte Atome eines zufälligen Nebeneinanders, einer Anhäufung, und bilden damit höchstens eine einfache Vorstufe eines Systems.

---

530 Integration [zu integer] die,-/-en, 1) Zusammenschluß, Bildung übergeordneter Ganzheiten. In der Soziologie: die Verbindung einer Vielheit von Einzelnen oder von Gruppen zu einer gesellschaftlichen Einheit, die sich in der Annahme der kulturspezif. Wertvorstellungen und sozialen Normen durch die einzelnen o. Gruppen äußert.

531 SPIEGEL Online, Schäuble zum Integrationsdebakel: „Multikult ist keine Lösung”, 25.01.2009

532 Phoenix, Kamingespräch mit ZDF-Chefredakteur Elmar Theveßen, 08.02.2009

533 R.Riedl, „Strategie der Genesis“; 5. Aufl. 1986

Pluralistische Gesellschaften oder multiethnische Kollektive bedeuten daher, allein schon von ihrer Ordnungshöhe her, gegenüber dem Volke, eine deutliche Primitivisierung, einen Rückschritt in unzivilisiertere Zustände, und damit eine der mordernen Zeit unwürdige Entwicklung. Ganz allgemein zeigt sich, daß beim Aufbau neuer leistungsfähigerer Systeme die alten Systeme mit eingebaut werden und eine untere Ordnungsebene bilden, wenigstens für eine längere Übergangszeit. So haben sich aus Familien Sippen, aus diesen die Stämme, daraus die größeren Völker mit ihren (spezifischen) Kulturen entwickelt. Das plötzliche Zerschlagen eines bis dahin bestehenden und bewährten Systems wirkt sich in der Regel als Katastrophe aus, sowohl für die Gesamtheit als auch für den Einzelnen.
Die Völker (auch Europas) haben sich in der Vergangenheit aus jahrhundertealten Gebilden langsam entwickelt und sich dann als solche weitere Jahrhunderte bewährt. …Ein vereintes Europa hat daher nur eine Überlebenschance, wenn es seine geschichtlich gewachsenen Völker erhält und fördert. Es verspielt seine Zukunft (richtig müßte es heißen. Die Zukunft der europäisch-weißen Völker wird verspielt bzw. bewußt zerstört), wenn die Völker zerstört und in multiethnische Gesellschaften aufgelöst werden. [16, Seite 115]
Claus Leggewie, eine Befürworter fremder Masseneinwanderung und der multikulturellen Gesellschaft, schreibt in seinem Buch „Multikulti“ bezüglich der Einbürgerung:
„Unser Vorschlag für eine verfassungspolitische Reform lautet also: Wenn sich die deutsche Einigung vollzieht und sich kulturellen ja auch ganz fremd gewordene Gruppen zu „einem Volk“ zusammenschließen, ratifiziert eben dieses deutsch-unierte Volk in einem gesamt-deutschen Parlament das europaübliche Bürgerrecht: Wer auf deutschem Boden geboren ist …, kann ohne weiteres Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten werden.“ [18, Seite 148]
Die Völker sind nicht die bedauerliche Folge einer „durch den Nationalismus bedingten urzeitlichen provinziellen Aufsplitterung der Menschheit“[534], sondern sie sind die aus einem langen Optimierungsprozeß in der Geschichte hervorgegangenen besten Anpassungs-strukturen. Daß alle Kulturnationen diesen Weg gingen weist auch auf seine Notwendigkeit und Richtigkeit hin. Im System des Volkes stecken jahrhundertealte Erfahrungen vieler Generationen, die schwerer wiegen sollten, als die oberflächlichen Verstandesargumente aufklärerischer Intellektueller. Das Volk und seine Kultur stellen an sich schon einen bedeutenden Wert im Rahmen der Entwicklung dar, den jeder Verantwortungsbewußte zu erhalten bestebt sein sollte. … [16, Seite 117]

Das Volk als genetisches Sammelbecken

Die vor allem von der Aufklärung verbreitete und von heute von Egalitaristen vertetene Vorstellung von der Gleichheit (nicht zu verwechseln mit Gleichberechtigung) aller Menschen bei der Geburt und in bezug auf Talente und Fähigkeiten ist von der Biologie und Verhaltensforschung gründlich widerlegt worden. Als führender Biologe schreibt Ernst Mayr in seinem Standardwerk: „Eine auf solche unverkennbar falsche Voraussetzung (die Gleichheit) gegründete Ideologie kann nur zur Katastrophe führen. Ihr Eintreten für die Gleichheit der Menschen beruht auf der Annahme ihrer Identität. So wie sich erwiesen hat, daß diese nicht existiert, ist auch die Gleichheit dahin. Die Ablehnung genetischer Unterschiede der Menschen in Hinsicht auf Intellekt und Charakter beruht auf Täuschung.“[535]
Die Bedeutung der Erbfaktoren für die körperlichen, aber auch für die geistigen und seelischen Merkmale und Eigenschaften ist heute von den Naturwissenschaften zweifelsfrei erwiesen. Sie ist in vielen Fällen wesentlicher, als es die Einflüsse der umwelt sind, und entspricht bei der Intelligenz etwa einem Anteil von 80 Prozent.[536] „Die Menschen sind aus genetischen Gründen nicht nur physisch, sondern auch geistig-seelisch sehr verschieden. Dem juristischen Postulat der Gleichheit vor dem Recht entspricht kein biologisches Korrelat.“[537]
Das Prinzip der natürlichen Ungleichheit gilt wie für die Einzelnen, als auch für die Völker:
„Individuen und Völker sind nach Körperform und Wesensart verschieden.“[538]

534 Dr. Dieter Oberndörfer, CDU-Mitglied und Berater d. Kanzleramtes, in: Die Zeit, 13.11.1987
535 E. Mayr, „Artbegriff und Evolution“, 1967, S. 508
536 P. Eberle, in: „Umschau in Wissenschaft und Technik“; Nr. 23, 1973, S. 717-721
537 H.Mohr: „Natur und Moral“; 1987, S.16
538 I. Schwidetzky, „Grundzüge der Völkerbiologie“; 1950, S. 117

Die einzelnen Völker stellen unterschiedliche genetische Sammelbecken, sogenannte Gen-Poole, dar. Das Volk hat sich als die große Einheit der Evolution der Menschen erwiesen, nachdem die stammesgeschichtliche Entwicklung für alle Bereiche des Lebens als richtig erkannt worden waren. Aus Kleingruppen und Horden sind im Abendland wie in Asien die größeren Fortpflanzungsgemeinschaften der Stämme und Völker entstanden, sie bildeten die Populationen, an denen die Evolution angriff. Die moderne Erkenntnistheorie stellt dazu fest:
„Nicht durch Mutationsschritte einzelner Individuen, sondern durch langsame Wandlung des Gesamterbgutes von Populationen ist der evolutionäre Wandel vollzogen worden."[539]
Das Volk als das genetische Sammelbecken ist die von der Natur in langen Zeiträumen ausgewählte, also am besten angepaßte Gruppierung von Menschen im Sinne und zum Zwecke der Weiterentwicklung. Es ist ein gewachsenes, offenes, biologisches Gleichgewichts- und Verbundsystem, offen für die Wechselwirkung mit seiner Umwelt mit deutlicher Abgrenzung von seinen Nachbarn. … Und wie die Verbindung Wasser chemisch in die Mischung ihrer Elemente Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt werden kann und dabei ihre Eigenschaften verliert, so verliert ein Volk sein Wesen und seine Eigenart, seine Systemeigenschaften Kultur und Sprache, beim Übergang zu einer Menschen - „Mischung" in Form einer multikulturellen, oder durch Auflösung des Systemcharakters in einer pluralistischen Gesellschaft. …
Die Völkerbiologie hat auch die Bedingungen und Folgen bei großen Einwanderungsquoten untersucht, … Überfremdung kann bis zum Völkertod[540] führen. …
Diese Probleme stehen bei den zunehmenden Einwanderungsströmen aus den Dritte-Welt-Ländern an, und die Ergebnisse der Völkerbiologie zeigen die gefährlichen Folgen der Auflösung eines Volkes in eine multiethnische Gesellschaft auf. … Das Volk ist nicht nur ein zweckgerichtetes Schutz- und Trutzbündnis für den Einzelnen gegen etwaige feindliche Gruppen, sondern stellt als ein genetisches Sammelbecken die Voraussetzung des Bestehens artgerechter Fortpflanzung und der kulturellen Entwicklung dar. … Das Volk bildet darüberhinaus auch eine seelische Gemeinschaft. Alexander Solschenizyn bestätigt das: „Das Volk ist noch nicht die Summe aller, die eine Sprache sprechen. Es sind auch nicht die Auserwählten mit dem Feuerzeichen des Genius auf der Stirn. Nicht durch Geburt, nicht durch die Arbeit ihrer Hände und nicht auf den Flügeln ihrer Bildung schließen sich Menschen zu einem Volk zusammen! Was sie bindet, ist die Seele!"[541] [16, Seite 118-120, 123]
Helmut Brückmann schreibt: „Wenn wir um der Wahrheit willen nach Erkenntnis streben, so gehört das bereits in den Bereich der Kultur. Erkenntnisstreben um einer Nutzanwendung willen ist Zivilisation. Pflegen wir aber auch jedem anderen Gebiet unsere Kultur! Das reicht von unserer Wohnung, unserem Haus, unserer Kleidung bis hin zu den Liedern, die wir singen, den Märchen, die wir unseren Kindern erzählen, dem Gemeinschaftsleben, das wir im Volke führen, bis zu unserer Sprache, die vor Überfremdung bewahrt und immer tiefer erlebt werden sollte.
Jeder kann hier erfahren, daß die Sprache in unausschöpfbarer Tiefe die Seele des Volkes spiegelt, die zu Staunen und Ehrfurcht anregt." [15, Seite 49]
Zu dem unsinnigen ‚Rechts-Links' – Schema äußert sich Brückmann wie folgt:
„Man sieht, wie die volksfeindlichen Mächte ‚die Rechten' wieder unterwandert haben. Das gelingt ihnen leicht, wenn diese ‚Rechten' sich organisieren und in das parlamentarische Schema ‚links-Mitte-rechts' einordnen. Der erkennende volksbewußte Mensch ist kein ‚Rechter' (allenfalls ein Nationaler). Er ist ein unabhängiger … Einzelkämpfer für sein Volk, das er als eine Einheit (und erweiterte Familie) sieht, auf das die unterteilenden parlamentarischen Kategorien nicht anwendbar sind. Das hat nichts mit faschistischer oder kommunistischer Gleichmacherei zu tun, sondern mit seelischer Gesundheit des Volkes. Sie umfaßt ganz selbstverständlich innerhalb der völkischen Geschlossenheit zugleich eine Vielfalt von Persönlichkeitsprägungen und Meinungen. Gerade diese sind Ausdruck der seelischen und geistigen Volksgesundheit, während doch die vielgerühmte Pluralität der modernen Demokratie nur die verschiedenartige Ausformung der Entwurzelung (vom eigenen Volke) spiegelt oder die Unterschiede in den Manipulationsergebnissen in den verschiedenen Volksgruppen. … In einem seelisch gesundeten Volke finden die ‚Maurer' keine ‚Handlanger'!" [15, Seite 32]

[539] G.Osche, in: Biologie in unserer Zeit; Nr. 1, 1971, S. 54
[540] I. Schwidetzky, „Das Problem des Völkertodes"; 1954; R.Hepp: Die Endlösung der deutschen Frage; 1988
[541] A.Solschenizyn: „Der erste Kreis der Hölle"; 1973, S.450

Bild 72: Der eigene Nachwuchs. Der größte Schatz, den jedes Volk aufzuweisen hat.

Jedes Volk hat seinen eigenen genetisch, religiös, kulturell, sprachlich und durch Schicksal bestimmten und weitergegebenen Charakter. Es besitzt damit eine eigene Wertordnung und hat einen naturrechtlichen Anspruch auf eine eigene Weltanschauung und Kultur, eine eigene Rechtsordnung, eine eigene Staatsordnung, eine eigene Wirtschaftsordnung und damit auf eine eigene Identität bzw. ein eigenes Volksbewußtsein und einen eigenen Volkswillen. Mit dem völkerrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrecht verfügt es über das übergeordnete Recht auf eigene Gestaltung in allen diesen Bereichen, d.h. auf Selbstverwirklichung im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Freiheits- und Friedensordnung innerhalb des eigenen Staates. Der Begriff Nation dagegen wird meist völlig falsch verwendet. Im Vielvölkerstaat der UdSSR gab es den sowjetischen Einheitsmenschen, die sowjetische Nation und der US-Präsident redet sein Völkergemisch an als Amerikanische Nation. Nation kommt aber nasci, lat. geboren werden, und bedeutet im humanbiologisch richtigen Sinne Volk als Abstammungsgemeinschaft. Mit dem wissenschaftlich, insbesondere humanwissenschaftlich begründeten Weltbild, das die Verschiendenheiten der Völker als Produkte der Evolution anerkennt, sind One World, Weltregierungen und Eurodiktatur unverträglich. [9, Seite 240, 241]

Anfang der achtziger Jahre erschien ein „Manifest“ einer Professorengruppe, die sehr wohl als Warnung verstanden werden wollte: „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. Allein im Jahre 1980 hat die. Zahl der gemeldeten Ausländer trotz Anwerbestop um 309.000 zugenommen, davon 194.000 Türken. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren. Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat. …

Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Verschmelzung. Europa verstehen wir als einen Organismus aus erhaltenswerten Völkern und Nationen auf der Grundlage der ihnen gemeinsamen Geschichte. … Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet. … Allein lebensvolle und intakte deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten. Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. …“[542] Die ‚demokratische‘ FDP in Bayern bezeichnete den Aufruf als „übles Pamphlet und nichts weiter als ein Aufguß der rassistischen Nazi-Ideologie“.[543]

[542] Das „Heidelberger Manifest“, vom 17.06.1981, unterzeichnet von: Prof. Dr. phil. habil. Bambeck, Prof. Dr. Fricke, Prof. Kart Götz, Prof. Dr. phil. Haberbeck, Prof. Dr. rer .nat. Illies, Prof. Dr. theol. Manns, Prof. Dr. jur. Rasch, Prof. Dr. Dr. Oberländer/Bundesminister a.D., Prof. Dr. Riedl, Prof. Dr. med. Schade, Prof. Dr. rer. pol. Schmidt-Kahler, Prof. Dr. rer. nat. Schröcke, Prof. Dr. med. Schurmann, Prof. Dr. phil. Siebert, Prof. Dr. phil. Stadtmüller.

[543] Frankfurter Rundschau, „Schmierfinken im Dienste der Wahrheit?“, 22.01.1982, S. 4

Das Volk als Verhaltensgruppe

… Die Antriebe und Motive für das soziale Handeln der Menschen in Familie, Gruppe und Volk entstammen überwiegend instinktiven Schichten.[544] …

Im Gegensatz zum instinktmäßig weitgehend vorprogrammierten Tier treten beim Menschen größere Instinktlücken auf, die durch Lernen oder Prägung ausgefüllt werden müssen. Die Bedingungen dieses Lern oder Prägungsvorganges sind im wesentlichen genetisch festgelegt[545]. Ihnen sollte im Reifeprozeß des jungen Menschen möglichst Rechnung getragen werden. In der Tradition eines Volkes liegt dafür eine in vielen Generationen bewährte. In der Tradition eines Volkes liegt dafür eine in

Bild 73: Die weltweit einmalige Vielfalt der Europiden: blond, braun oder dunkel

vielen Generationen bewährte Erfahrung vor, so daß das Volk aus dem Gesichtspunkt der Verhaltensforschung die für eine optimale Erziehung richtige Gemeinschaft ist. … Deswegen ist auch die Tradition für ein Volk so wichtig. Konrad Lorenz hat aus seinen naturwissenschaftlichen Studien die Tradition als die Voraussetzung jeder hohen Kultur erkannt. Er hat angesichts der Nachkriegsentwicklung in Deutschland vor der Zerstörung der Tradition gewarnt und das Abreißenlassen der Tradition als eine der „acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“ in unseren Tagen bezeichnet.[546] Denn die Tradition bedeutet für das geistige Leben einer Kultur dasselbe wie die Erbanlagen für die biologische Substanz. Ohne Tradition gibt es keine Weitergabe und damit kein Weiterleben des geistigen Erbes früherer Generationen. Ohne die Tradition und ihre bedeutende Entlastungsfunktion bei Neuschöpfungen kann sich keine Kultur auf ihrer Höhe halten: „Wenn die äußeren Sicherungen und Stabilisierungen, die in den festen Traditionen liegen, entfallen und mit abgebaut werden, dann wird unser Verhalten entformt, affektbestimmt, triebhaft, unberechenbar, unzuverlässig. … Und wenn man die Stützen wegschlägt, primitivisieren wir sehr schnell.“[547] Da allein das Volk die große Traditionsgemeinschaft sein kann, die Jahrhunderte und Staatsformen überdauerte, ist zur Erhaltung der Überlieferung das Volk erforderlich. Tradition und Volk sind Voraussetzungen für die Würde und Eigenart des Menschen. [16, Seite 124, 125]

Ein jedes Volk ist auch eine Sprach- und eine geschichtliche Gemeinschaft. In der Geschichte haben sich die Völker dauerhafter als ihre Staaten erwiesen. Sie überlebten ungebrochen mehrfach das Werden und Vergehen staatlicher Gebilde und erzwungener Spaltungen. Unsere Gegenwart bietet im wiedervereinigten Deutschland ein aktuelles Beispiel mit eindrucksvollem Ablauf: Obwohl große Teile der geistigen und politischen Führungsschicht sich längst mit der endgültigen Spaltung abgefunden hatte und den Status quo sogar zu verfestigen suchten, erzwang das Volk die Änderung und setzte sich über alles Trennende hinweg. Die Anschlußbewegungen in den zwanziger und dreißiger Jahren (Österreichs an das dt. Reich) beruhten auf derselben Haltung, die der damalige österreichische Bundeskanzler Seipl 1926, als noch das (Versailler) Ansschlußverbot galt, in die Worte faßte: „Für uns ist die (deutsche) Nation, unabhängig von der Staatszugehörigkeit, die große Kulturgemeinschaft; sie steht uns Deutschen höher als der Staat.“ [16, Seite 129]

Die Befürworter der Vermischung geben zu bedenken: „Moderne Industriegesellschaften, wie die europäischen, seien schon aufgrund ihres Wesens und ihrer Anforderungen an die Menschen Stätten von lebendiger Vielfalt und Heterogenität, und dies bereits ohne Ausländer. Die Gefahr der sogenannten Überfremdung unserer Kultur und unserer Sprache, die Gefahr des Verlustes der Identitäten, ja sogar die Zerrüttung der Homogenität der deutschen Gesellschaft sei schon deshalb irreal, weil das scheinbar bedrohte Gut ja gar nicht existiere.“ [16, Seite 9]

544 Konrad Lorenz, „Vom Weltbild des Verhaltensforschers“, 1968, S. 92
545 J.Monod, „Zufall und Notwendigkeit“, 1971, S. 186
546 Konrad Lorenz, „Die acht Todsünden der ziviliserten Menschheit“, 1973, S. 68
547 A.Gehlen, „Anthropologische Forschung“, 1961, S. 59

Volk, Traditionen und Gemeinschaftliches

Bild 74: Großmutter Well

Früher, als bekanntlich alles besser war, sprach man nicht über Emanzipation, jedenfalls nicht bei Traudl Well. Und auch heute weiß Frau Well nicht genau, ob sie dazu viel zu sagen hat. „Aber kommen Sie nur. Mittags gibt's Dampfnudeln mit Apfelkompott." Als es dann schneit und die Heizung ausfällt, steht Traudl Well, 85, frühmorgens mit dem Schürhaken am Kachelofen und heizt ein. Das fehlt noch, daß ihre Gäste frieren. Wie soll man angesichts solcher Tatkraft nach Emanzipation fragen? Traudl Well, robust an Magen und Gemüt, schlägt vor, von ihrem Leben zu erzählen, und das ist angesichts ihrer beeindruckenden Biographie tatsächlich eine gute Idee. Traudl Well sieht aus, wie man sich eine bayerische Bilderbuchgroßmutter vorstellt: die weißen Haare hochgesteckt, die zierliche Gestalt in ein Dirndl gehüllt, dazu eine weiße Bluse und Strickjacke.

Die Wohnstube ist gemütlich eingerichtet mit Kachelofen, Eckbank, Herrgottswinkel und schönen alten Bauernschränken. Frau Well lebt im oberbayerischen Günzlhofen, einem kleinen Ort zwischen München und Augsburg. Viele ihrer Kinder wohnen in der Nähe, vor allem die, die mit bayerischem Musikkabarett als *Die Wellküren* und *Biermösl Blosn* berühmt geworden sind.

Traudl Well hat, gelinde gesagt, eine große Familie: 15 Kinder, 35 Enkel, 10 Urenkel.

Das erste und zweite Kind kamen 1941 und 1943, das letzte 1961 zur Welt.

Alle ihre Kinder sind etwas geworden, 6 Musiker, 5 Lehrer, noch einige andere Berufe, „ist kein Lump dabei", erzählt sie und lacht. Sie lacht gern und viel und findet, sie habe allen Grund dazu. Gesund ist sie, sehr sogar, nur ein Hörgerät muß sie manchmal anlegen. Und gesund ist wichtiger als emanzipiert, nicht wahr, denn „ohne Gesundheit kann man die ganze Emanzipation vergessen, da ist man ja als Frau dann nicht mehr selbständig".

Sie steht jeden Morgen um 7 Uhr auf, kümmert sich um Haushalt und Garten und unterrichtet abends in Kursen sakrale Volks- und Klosterkunst, eine anspruchsvolle Bastelarbeit mit gold- und silberumwickelten Drähten. Im Sommer fährt sie mit dem Mofa zwischen ihren vielen Kindern und Enkeln hin und her oder in den Wald, um Pilze zu sammeln.

Außerdem macht sie Musik mit ihrer Sippe, mal auf Theaterbühnen oder in Vereinshäusern, in letzter Zeit besonders für die Opfer der Flutwelle in Asien. Regelmäßig musiziert sie auch in Krankenhäusern und Altenheimen, „für Senioren, das sind diese Leute in meinem Alter".

Ob es fürs Gutsein eine Belohnung gibt oder nicht, ist Traudl Well ganz egal. „Ich mache den anderen eine Freude, und wenn ich dann heimkomme am Abend, habe ich ein gutes Gefühl."

Traudl Well findet, sie habe jeden Anlaß, dem Leben und der himmlischen Oberinstanz dankbar zu sein. Sicher, es gab auch schlimme Erlebnisse, etwa, als ihr Mann so krank wurde und dann 1996 gestorben ist. Und ihr Jugendtraum, Ärztin zu werden, hat sich leider nicht erfüllt.

Ruhig erzählt sie von ihrer Geburt 1919 auf einem Bergbauernhof in Südtirol, daß ihre Eltern arm waren und sie deshalb nicht studieren konnte. Und als sie während des Zweiten Weltkriegs heiratete, war da auch kein Geld. *„Alle waren arm", sagt sie, „deshalb war es nicht weiter schlimm. Man half einander, wo man konnte, während und vor allem nach dem Krieg."*

350 Mark zum Leben im Monat bekam ihr Mann Hermann Well als Dorfschullehrer in den fünfziger Jahren. Da hatten die Wells schon sechs Kinder. Sie lebten damals auf dem Land bei Aichach und gingen pragmatisch vor: Die älteren Kinder halfen mit, es wurde ein Wochenplan erstellt; einer war fürs Putzen zuständig, einer fürs Windelwaschen, einer fürs Holzholen, *„die Buben wie die Madeln, da gab es keinen Unterschied. Also sind die Kinder auch alle emanzipiert."* Gleichgestellt wurden die Jungen und Mädchen auch, wenn es um Musik ging: Vater Well, hochmusikalisch, war nicht nur Dorfschullehrer, sondern auch Chorleiter. Seine Kinder lehrte er die schwierige Kunst des Dreigesangs. Auch hielten es die Eltern Well für sinnvoll, jedes Kind ein Instrument lernen zu lassen, was den Lärmpegel im Haus beträchtlich werden ließ und später zu dem führte, was Traudl Well gern mit dem Begriff „Stubnmusi" beschreibt, zu Hochdeutsch: Hausmusik mit Instrumenten wie Hackbrett, Harfe, Trompete, Dudelsack, Gitarre – um nur einige zu nennen.

Es gab weder Strom noch Fernseher damals, das Wasser mußte aus dem Dorfbrunnen herbeigeschafft werden, und wenn ein weiteres Kind mittels heftiger Wehen seine Ankunft ankündigte, sauste jemand mit dem Fahrrad zur Hebamme oder nahm kurzerhand die Skier. „Pampers gab es nicht. Und es war nicht so ein Getue mit den Kindern, wie das heute manchmal ist“, sagt Mutter Well.
Mit Mehlspeisen, Kartoffeln, Milch und frischer Luft wurden die Kinder großgezogen, eine empfehlenswerte Mischung, wenn

Bild 75: Großfamilie Well mit ihren Kindern (1964)

man sich die wohlgeratene Nachkommenschaft betrachtet. Die Musik tat ihr Übriges für gute Laune und Herzensbildung: Regelmäßig sang und spielte die Familie vor dem Babyzimmer, danach wurde, quasi als Belohnung, andächtig das jeweils neue Baby betrachtet. Die Familie lebte unten im Schulhaus, oben fand der Unterricht statt. *„Es war eine harte Zeit damals“*, sagt Frau Well nachdenklich, „*aber die Leute waren viel zufriedener.“*
Warum? Weil sie nicht so einsam waren, vermutet sie und erzählt, wie sich die Nachbarn damals wechselseitig besucht und miteinander geratscht haben.
Und heute? Heute hat Günzlhofen jede Menge Autos, einen schicken Kreisverkehr, und viele Leute gehen grußlos aneinander vorbei. Es fällt Frau Well schwer, darin einen Fortschritt zu sehen. Einmal in all diesen Jahren, da fand Frau Well, sie brauchte einen Urlaub von der Familie. Dieser Entschluß wurde der Sippe in dürren Worten mitgeteilt, dann nahm Mutter Well jeden Morgen den Bus in die Stadt München und besuchte dort einen Schwesternhelferinnenkurs, sechs Wochen lang. Abends kehrte sie gegen sieben zu ihrer Familie zurück, der sie während dieses Urlaubs zumutete, sich weitgehend selbst zu versorgen. *„Das war schön“*, sagt sie aus tiefstem Herzen. Traudl Well ist gern unter Leuten, deshalb spielt sie Karten, am liebsten Schafskopf, unter anderen mit dem Franz Maget von der bayerischen SPD. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist ihr sympathisch, „wie der sich durchgeschlagen hat von ganz unten, das imponiert mir“. Der hat sich in ihren Augen auch emanzipiert.
Und ihre Töchter, Enkelinnen und Urenkel? Traudl Well käme nicht auf die Idee, ihren Kindern Ratschläge zu geben, sie weiß, daß die Folgegenerationen nicht mit Vorbildern aus der Vergangenheit behelligt werden wollen. Was aber weibliche Emanzipation bedeutet, da hat sie schon eine klare Vorstellung: Mitbestimmung, Wahlrecht, Partnerschaftlichkeit bei der Kindererziehung und, jawohl, auch beim Hausbau – *„das hätt’ ich nie meinem Mann allein überlassen dürfen, dann war’s viel schöner geworden“,* sagt sie kopfschüttelnd mit Blick auf ihr Wohnhaus. Was sie sich für die Zukunft Deutschlands wünscht, gilt allerdings für Frauen und Männer: *„Zurück zum natürlichen Leben, zur Einfachheit, den anderen wichtiger nehmen als Geld.“* Sie ist überzeugt, daß dieser Wandel bald kommen wird, ob sie ihn noch erlebt, weiß sie nicht. Für sich selbst hat sie eine sehr bescheidene Bitte: *„Daß ich jeden Tag aufstehen kann, daß ich helfen und eine Freude machen kann, das wünsche ich mir.“* Beim Abschied mag Frau Well dann kaum glauben, daß sie zum Thema Frauenemanzipation in Deutschland tatsächlich doch einiges zu sagen hatte.[548]
Kurt Willrich schreibt zum Thema Familie und Geld: „Geld ist – tatsächlich – nicht alles, sondern nur Mittel zum Zwecke des Lebens. Wird aber die Anhäufung von Geld (Macht) zum Lebensinhalt der Menschen, anstelle des Lebens an sich, dann verlieren wir den Lebensinhalt und somit das Leben“. [2, Seite 35]

[548] SPIEGEL SPEZIAL, „Die Deutschen – 60 Jahre nach dem Krieg“, 4/2005, Seite 153 - 155

Das Volk als Grundlage von Staat und Gesellschaft

Bild 76: Eine Kulturlandschaft Sachsens, Deutschlands, Europas, der ‚Weißen': Dresden

In der Nachkriegszeit wurde der Begriff des Volkes weitgehend von dem der Gesellschaft verdrängt. … Tenbruck urteilte über die vorherrschende Richtung der westdeutschen Soziologie, indem er „die Abschaffung des Menschen" als eine der verheerenden Wirkungen ihrer Lehre hervorhob und feststellte: „Die Blindheit der Soziologie für die zwischenstaatlichen und überstaatlichen Verhältnisse und Wirkungen, für nationale Konkurrenz, Beeinflussung und Durchdringung, insbesondere für alle Machtfragen und Machtlagen, gründet in ihrem Weltbild. … Wo die Erfindungen der Gesellschaft zur Matrix der Daseinsdeutung wird, da sinken konkrete Identitäten – wie Volk, Nation, Ehe, Familie u.ä. – als bloße Befangenheiten in das Nichts, aus dem am Ende der verzweifelte Ruf nach der eigenen Identität ertönt."[549] …

Moderne Gesellschaftsreformer haben immer wieder versucht, mit ihren Utopien völlige Gleichheit und konsequente Demokratisierung auf allen Ebenen zu erreichen. Aber „es gibt – trotz gelegentlicher Versuche kleinsten Umfanges – keine sozial homogenen menschlichen Lebensgemeinschaften, sondern es gehört zur Natur der menschlichen Gesellschaft, daß sie sich in Gruppen verschiedener sozialer Funktion und Macht gliedert. Als Schichten, Stände oder Klassen bilden sie erst in ihrer Gesamtheit (und Zusammenwirken) die Lebensgemeinschaft des Volkes."[550] …

Das Volk als die historische, kulturelle und biologische Lebensgemeinschaft Gleichartiger umfaßt den nach Zwecken und Zielen, Interessen und Neigungen pluralistisch gegliederten Bereich der Gesellschaft. … Das Kriterium aller Entscheidungen kann nur das Gemeinwohl sein. Volk und Gesellschaft sind daher weder gleichrangige Größen, noch sind es Gegensätze, noch können sie sich gegenseitig ersetzen. Sie sind – und das muß mit aller Deutlichkeit erkannt werden – Gruppierungen auf ganz verschiedenen Ebenen.

Unsere Sprache mit ihrem Erfahrungsschatz aus vielen Generationen trifft den Unterschied zwischen einer Gesellschaft und einer Gemeinschaft sehr genau und bezeichnend. Sie kennt Gesellschaften zur Pflege bestimmter Interessen, zur Nutzung irgendwelcher Sachen, zur Vertretung gemeinsamer Ziele. Demgegenüber stehen als Gemeinschaften etwa die Familien-, Lebens-, Schicksals- und Volksgemeinschaft. In diesen Zusammensetzungen sind Gesellschaft und Gemeinschaft nicht auswechselbar: Volksgesellschaft ist ein ebenso unmöglicher Begriff wie Aktiengemeinschaft, und Familiengesellschaft bedeutet etwas grundsätzlich anderes als Familiengemeinschaft. [16, Seite 129-132]

[549] F. Tenbruck, „Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschlichen", 1984, S. 137
[550] I.Schwidetzky, „Grundzüge der Völkerbiologie", 1950, S. 121

In der Natur herrscht eine wohlausgeglichene Ordnung, die seit den Zeiten der alten Griechen über Kepler und Leibniz die Naturforscher immer wieder beeindruckt hat. In den letzten Jahrzehnten ist der Begriff der „Ordnung“ von Biologen wie Rupert Riedl[551] der Wissenschaft als meßbare Größe zugänglich gemacht worden. Durchgehend zeigte sich das Prinzip, daß im Zuge der Entwicklung des Lebens, der biologischen Evolution, eine Zunahme an Ordnung in immer höher gegliederten Systemen auftritt. Vom Anorganischen über den Bereich des Lebendigen bis hin zur Kultur des Menschen und den großen Werken seiner Genies offenbart sich eine wachsende Ordnung, die sich nun auch mathematisch ausdrücken läßt. Die neuere Systemtheorie zeigt, daß allgemein hohe Leistungen nur in Systemen mit ausgeprägter hierarchischer Ordnung möglich sind. Dichter haben seit alten Zeiten die Schönheit und Wohlgefälligkeit natürlicher Formen gepriesen, und Philosophen, wie vor allem Leibniz, haben die Harmonie der Welt anerkannt und ihre Ordnung sogar als die beste aller möglichen gefunden. Ordnung spielt auch in der Entwicklung der menschlichen Kultur eine wesentliche Rolle, sie ist die Grundlage jeder höheren Kultur: Kultur ist die Lebensform, die Lebensordnung, die ein Volk sich gegeben hat. Ein großer Teil der menschlichen Gesittung besteht in der Bändigung des Chaos, und schreckliche Notzeiten, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg in Deutschland oder nach der bolschewistischen Revolution in Rußland, bringen mit dem Zusammenbruch alter Ordnungen einen Rückschlag in Barbarei und Primitivismus.
[13, Seite 101, 102]

„Nun, genau wie Jean Grey leben auch wir „BRD-linge“ in einem extra für uns geschaffenen mentalen Gefängnis. Wir verkörpern die „rationale“ Seite, die von „Menschenrechten“, von „Vernunft“, von „Fortschritt“ und „Frieden“ spricht. Und doch sind wir, genauso wie Jean Grey, nicht lebensfähig. Wir spüren, daß dort eine dunkle, ursprüngliche Kraft in uns lauert, die herausgelassen werden will. Unsere deutsche Seele spricht zu uns und ruft uns zu, daß wir unsere Freiheit nur wiederbekommen, wenn wir sie uns erkämpfen. Unser Unterbewußtes sagt uns, daß all die rationalen Konzepte von „Mönschheit“ und „Mönschlichkeit“ Unfug sind. Wahre Menschlichkeit liegt nicht in der Selbstaufgabe, sondern in der Selbstbehauptung. Wie der Dunkle Phoenix im Film sind auch wir unfähig diese neu in uns erwachenden Gefühle in positiver Weise zu kultivieren. Wir werden zu einer Gefahr für unsere Umgebung, ja für uns selbst, die überquellende Volksseele, die aus uns heraussprudelt, gefährdet die öffentliche Ordnung. Wir halten das Rauchverbot in den Kneipen nicht ein und weigern uns von „Bürgerinnen und Bürgern” zu sprechen. Wir lassen unseren Geist nicht in ein Gefängnis sperren und stoßen so auf Wahrheiten, die uns wahnsinnig machen oder ins Gefängnis bringen können. Auch wir haben „die Seiten gewechselt“, kämpfen nicht mehr für die „Mönschenröchte“, sondern für unser Überleben und sind in den Augen aller Nichtaufgewachten nun 'die Bösen‘. Und wie der Dunkle Phoenix im Film auferstehet, obwohl Jean Grey gestorben ist, so wie der Phoenix in der Mythologie aus der eigenen Asche wiederaufersteht, sehe ich die nationale deutsche Bewegung und mit ihr das deutsche Volk aus der Asche des hundertjährigen Krieges gegen Deutschland wieder auferstehen. Ich sehe Kinder, die lernen, daß niemand ihnen ihre Heimat wegnehmen darf, die lernen, sich gegen Straßentürken und Anzugjuden gleichermaßen zu wehren, die lernen zu sagen, „da ist die Tür!“ und „du gehörst nicht zu uns!“, die lernen ihre überschäumende Volksseele in all ihrer natürlichen Schönheit zu umarmen, in den höchsten Tönen von ihree Heimat zu sprechen und zu singen und endlich wieder Begriffe wie Stolz, Ehre, Tugend und Tapferkeit wertschätzen. Ich sehe Kinder, die nicht wie wir in ein geistiges Gefängnis gesteckt werden, aus dem sie nur entkommen können, wenn sie ihre dunkle Seite kultivieren, ich sehe reine Lichtgestalten. Ich sehe Kinder, denen die Erfahrung erspart bleibt, daß die Welt voller Neid, Mißgunst und voller Parasiten ist, voller „Stalker,“ die sich an das deutsche Volk und die europäischen Weißen heften, wie ein Verrückter an einen Rockstar, Kinder, denen Gewalt auf den Straßen, Handyabzocke und Gruppenvergewaltigung unbekannt sind, weil eine starke, solidarische, ehrenhafte und reine deutsche Volksgemeinschaft sie beschützt. Kinder, die zu klugen und schönen erwachsenen Deutschen heranwachsen, die technische Erfindungen machen, die Deutschland voranbringen, die das Weltall und die Tiefsee erforschen, die lateinische und altgriechische Texte lesen und die sich nicht für die Geschichte schämen, sondern aus ihr lernen können. Deutsche, die ihren Lebensmut zurückerlangt haben."[552]

[551] Riedl, 1975
[552] AS DER SCHWERTER, in: „Warum Dunkler Phoenix?“, 02.05.2013

Es gibt viele Gesellschaften. Sie bereichern das Leben, verschönern es und machen es angenehmer, sie sind oftmals nützlich und ertragreich. Ihre Zwecke und Satzungen sind von Menschen gesetzt, man kann nach freiem Ermessen als Mitglied ein- und austreten. Aber sie sind meist unverbindlich, der einzelne kann auf sie verzichten, sie sind nicht lebensnotwendig.

Grunsätzlich anders verhält es sich mit den Gemeinschaften. Sie sind nach Art und Zweck im Grunde nicht von Menschen geschaffen. Man tritt nicht freiwillig in sie ein, sondern wird in sie hineingeboren oder vom Schicksal in sie hineingestellt.

Bild 77: Die Gemeinschaft der Familie

Man hat zwar die Freiheit aus ihnen auszutreten, verstößt dann aber meist gegen eine natürliche Ordnung. Bei den Gemeinschaften geht es in erster Linie um die Grundfragen des Lebens, um Geburt, Leben und Verwirklichung, um den Tod. Ohne die Gemeinschaft der Familie kann ein Kind kaum, ein Erwachsener nicht richtig leben. Die Aufgaben der Gemeinschaften sind weniger materieller als existentieller Natur. Die Familie hat das biologische und geistige Reifen des Kindes zu ermöglichen, das Volk erst ermöglicht mit seiner Sprache, seinem Volkstum und seiner Kultur dem Menschen die volle Verwirklichung. Die menschlichen Gemeinschaften sind daher lebensnotwendig. Die Gemeinschaft des Volkes schafft erst die Voraussetzungen für volles Menschsein. „Jedes Programm einer idealistischen Weltverbesserung, das eine Normalisierung guter Menschen und einheitliche ethische Schablonen voraussetzt, ist töricht, naturwidrig und daher ewig unerfüllbar. Der Zweck einer Lebensgemeinschaft ist die Zusammenfassung und spannungsreiche Verknüpfung einer größtmöglichen Vielfalt von Begabungen, Charakteren und Temperamenten.“[553]

Unter diesen Gesichtspunkten wäre es töricht (oder genau richtig im Sinne der Globalisierung) und naturwidrig, die Lebensgemeinschaft eines Volkes durch eine pluralistische Gesellschaft abzulösen oder durch geförderte Einwanderung in eine multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft auflösen zu wollen. Die Krisen der Vielvölkerstaaten der Gegenwart zeigen dies zur Genüge, ebenso wie die Staatsverdrossenheit, Leistungsabfall, rücksichtslose Gruppen-egoismen in den Staaten, die unter Verdrängung des Volksbewußtseins sich auf einer sozialistischen oder pluralistischen Gesellschaft gründen zu können glauben.

[16, Seite 132, 133]

„Wir waren gestern Abend und heute Nacht in Mitteldeutschland auf 2 Hexenfeuern. Zunächst im ländlichen Raum, wo das Publikum (ca. 4.000 Menschen) aus umliegenden Dörfern und einer Kleinstadt kam, und ab 22:00 Uhr dann in einer Großstadt (ca. 2.500 Menschen am Feuer). Obwohl die Besucher aus allen sozialen Schichten kamen, und auch reichlich Alkohol floß, gab es keine Streitereien, keine Schlägereien, keine Gewalt, nichts. Alles harmonisch. Die Veranstalter hatten es nicht mal als nötig erachtet, eine ‚Security‘ zu beschäftigen! Ausländeranteil bei beiden Feuern: 0,0% … Was es weiterhin zeigt, ist, daß das Ansiedeln von Ausländern -insbesondere kulturfremder Ausländer- in Wirklichkeit eine extreme Schädigung der Gesellschaft darstellt. Zum ländlichen Feuer: Die Jugend saß etwas abseits, und obwohl ausreichend Dixis herangeschafft wurden, gingen auch gleichmal paar Mädels in das naheliegende Wäldchen. Mal angenommen, nur 30 junge Türken oder Araber wären anwesend gewesen (was ja lediglich 0,75% der Anwesenden bedeuten würde), wie wäre die Situation gekippt? Wären die Mütter weiter lachend mit Prosecco am Disco Bus gestanden, und hätten Country Music gehört, und die Mädels ins Wäldchen gehen lassen? …Und noch etwas haben die Besuche eindeutig gezeigt: Wir haben nicht zu wenig Kinder. War eindeutig zu sehen. Wir haben weniger Kinder, als die Türken und Araber, und wir haben vielleicht wenig Kinder, aber wir haben NICHT ZUWENIG Kinder. Das ist schlichtweg eine Lüge.“[554]

[553] H. Domizlaff, „Die Seele des Staates“, 1957, S.374
[554] AS DER SCHWERTER, in: „Das Maifest – eine kleine Utopie zum 1. Mai“, Beitrag von Barbarossa, 01.05.2012

Volk und Heimat bewußt erleben und aus ihr Kraft und Zuversicht schöpfen

Bild 78: Die Kirchgasse in Erfurt bei Nacht

Sich an der Schönheit des Eigenen erfreuen, die von Menschenhand geschaffene Umwelt erleben und das Gefühl nicht allein zu sein auf dieser Welt, sondern einer Gruppe, einer Gemeinschaft anzugehören, verschafft Momente des Glückes, der Zufriedenheit, der Geborgenheit. Diese Momente sind für den Einzelnen wichtig; aus ihnen zieht er Kraft und Zuversicht. Der Einzelne mag sich daran erfreuen und er tut gut daran, dieses auch auszukosten, denn diese Momente werden seltener werden. Ihr Erleben ist nur gestundet. Bei der Überwindung des Deutschtums überläßt die BRD – Nomenklatura nichts dem Zufall. Zwei Beiträge veranschaulichen, was früher ganz selbstverständlich, ganz normal war und heute nach und nach verschwindet:

„… Im Gespräch das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Daß man sich einfach wohl fühlt, mit den anderen zusammen zu sein. Alles andere ergibt sich von ganz alleine. Das beieinander sein, unter uns, die Einheit ist das zur Zeit notwendige – die Not wendende.
Wenn man z.B. in einer Kneipe (vorzugsweise auf dem Land) sitzt. Die einen bestellen sich einen Karpfen, andere trinken nur ein Bier, Familien sind da und der Stammtisch. Die meisten unterhalten sich im vertrauten Dialekt. Man hört die Wortfetzen – ein Gefühl von Gemütlichkeit steigt auf. Sieht die Gesichter – Geborgenheit in vertrauter Umgebung. Auch wenn man die meisten ja gar nicht persönlich kennt. Freundliche Gesichter, interessante Gesichter, auch blöde Gesichter, aber alle vertraut und sympathisch – man spürt – die sind alle wie ich selbst. Die sind ich und ich bin die. Vor allem, wenn man nach einer Arbeitswoche als Einzelkämpfer, am Wochenende das erlebt, dann spürt man es deutlich.
Ich weiß noch wie ich letztes Jahr in Erfurt war. Wie angenehm, durch die Stadt zu laufen – und kein einziger Ausländer. In den Cafés lauter junge Deutsche. Da geht einem das Herz auf. Viele sehr hübsche Mädchen. Im Kabarett abends auch ganz normale Leute, keine pseudointellektuellen Proseccoklugscheißer, einfach nur normale Familien, Ehepaare, Männer, Frauen. Kluge Blicke und eine nicht verblödete Sprache à là „boh ey“, „voll kraß ey“, „echt cool ey“. Oder in unserem Zweigwerk in Sachsen. In den Werkhallen so gut wie keine Ausländer. Sondern Arbeiter, mit denen man sprechen kann. Die intelligent sind. Gebildet. Ordentlich. Engagiert! Die Haltung ist schon eine ganz andere. Wer da keine Wut bekommt über das, was bei uns abläuft, den kapier ich nicht. … Es geht also weniger darum, DAS Schlüsselthema zu finden, mit dem man andere erreicht, als darum, das wieder zu erleben, an dem es uns am meisten mangelt: Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl. Sich trauen, das öffentlich als wahr auszusprechen, was man ganz persönlich empfindet – denn siehe da, die anderen empfinden es genauso. Unsere Gefühle stimmen und nicht das, was uns eingeredet wird.“[555]
„Schön, daß du das Beispiel Erfurt bringst. Ich war auch schon da und habe exakt genau dasselbe gefühlt. Man läuft durch die (Alt-)Stadt und erfreut sich der schönen Häuser. Man sitzt in einem Cafe und wird von einer Deutschen bedient. Anschließend etwas essen, der Koch schaut kurz am Tisch vorbei; er ist Deutscher. Dann geht es auf ein paar Bier in ‘ne Kneipe wo am Ausschank eine Deutsche arbeitet, die deutsche Gäste bedient. Kurzum, man fühlt sich in Deutschland, weil man in Deutschland ist. Herrlich! Dann geht‘s mit dem Zug nach Frankfurt a. M., und kaum auf dem Bahnsteig fragt man sich, wo man denn hier gelandet ist? Deutschland kann das nicht sein. Das sah doch eben noch ganz anders aus. Es ist ein Albtraum aus allen Farben. Man könnte genauso gut in London sein. Die Leute sprechen zwar irgendwie noch deutsch, aber das wirkt alles nicht echt. Es ist nicht authentisch. Das ist nicht einmal mehr ein billiger Abklatsch Deutschlands, sondern nur noch irgendeine Brühe an irgendeinem Punkt auf diesem Planeten. Und das ist also die Bereicherung? Deutschland ist so reich, ein Mehr führt da nur zu einer Übersättigung.“[556]

[555] AS DER SCHWERTER, in: „Wie wir jemanden erreichen – ein Fragment“, Beitrag von ‚Don Pelayo‘, 21.03.2012
[556] AS DER SCHWERTER, in: „Wie wir jemanden erreichen – ein Fragment“, Beitrag von ‚nino‘, 21.03.2012

Der Sinn des Lebens

Bild 79: Rührseliges Bild der Normalität aus vergangener Zeit: Deutsche Jungens in Deutschland

In ihrem Aufsatz „Wissen bewahren“ schreibt die Autorin: „Der hoffnungsvolle Teil ist der, daß ich überzeugt bin, daß unser Volk und unsere Rasse am nächsten Morgen noch da sein werden. Wenn ich durch die Straßen gehe, sehe ich weiße Babys in Kinderwagen. Manche dieser Kinder werden im Jahr 2100 noch leben – als hochbetagte Greise zwar, aber 88 kann man schon werden. Und sie werden sich in 20 oder 30 Jahren verlieben und ihrerseits Kinder haben, und das werden nicht alles Mulatten und Halbtürken sein, sondern zauberhafte kleine Deutsche, Österreicher und Schweizer. Wir als Volk und als weiße Rasse sind noch nicht tot, so lange diese Kleinen in ihren Kinderwagen noch da sind. Wir fühlen uns nur dann zum Tode verdammt, wenn wir das Weltgeschehen auf die Jahre begrenzen, die wir persönlich auf Erden anwesend sind, und uns nicht als ein kleines Glied in einer langen Kette zwischen unseren Ahnen und unseren Nachfahren sehen.“[557]

Die gleiche Frau äußert sich zur Emanzipation, die nachweislich als Spaltpilz initiiert wurde und analog zum Generationskonflikt, zu Zwietracht zwischen den Geschlechtern führen sollte:

„Männer und Frauen als zwei konkurrierende Gruppierungen zu sehen, ist eine feministische Lüge – aber leider aber auch Gehirnwäsche, die bei vielen blöden Frauen funktioniert. Das ist zum Fremdschämen und ich wundere mich oft, warum so viele Männer sich das bieten lassen, ohne mal verbal zurückzuschlagen? Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, und diese dummfrechen Prahlfeministinnen sind leider ein grober Klotz.

Mir tut das manchmal insgeheim ganz gut, wenn die von einem Mann vor den Latz geknallt kriegen, wie blöd sie sind. Ich fühle mit denen keine Solidarität und – wenn wir schon dabei sind – mit den Orientalinnen erst recht keine. Das ist mir total egal, was die für Probleme mit ihren Männern haben. Es ist doch ganz offensichtlich, daß Männer (im Schnitt) das meiste besser können. Aber wieso sollte das einen als Frau stören? Es ist doch schön, daß es überhaupt jemand kann. Und ganz besonders schön ist es, daß die großen Erfindungen und Entdeckungen und Kunstwerke wir gemacht haben. Nein, nicht „wir Frauen“ sondern wir Weiße! UNSERE Männer! Unsere Väter und Söhne! Das WIR bezieht sich auf Familien, Stämme, Völker, Rassen. Nicht auf die Geschlechter. Ein Geschlechterkonkurrenzkampf ist dumm und schädlich. Und gerade weil er schädlich ist, wird er uns im Feminismus aufgezwungen. Es ist peinlich, wie viele Frauen drauf reinfallen und sich aufführen, wie diskriminierte Minderheiten: ‚Wir können alles genauso gut und noch viel besser‘ - Prahlerei gemixt mit ‚Wir sind so arme Opfer und brauchen tausend Schutzgesetze und Beauftragte‘- Gejammer. Die Aufgabe von Frauen ist es, Männer des eigenen Stammes zu stärken. Nicht sie zu kopieren! Oder noch schlimmer: Da, wo es mit dem Kopieren nicht klappt, zu verlangen, daß jeder sagt, es würde doch klappen! Der Feminismus bringt Frauen dazu, sie (die eigenen Männer) zu schwächen – und mindestens teilweise Männer fremder Stämme im Kampf gegen die Eigenen zu stärken – ohne dem etwas entgegenzusetzen, was diese Schwächung ausgleicht.“[558]

„War heute in Güstrow, MV, mit meinen Nichten auf einem Weihnachtskonzert, mit anschließender Theatervorstellung. Überall blonde, liebe Kinder - keine Arabs und Schwarzköpfe, ein Segen für das Gemüt nach 13 Jahren westdeutscher Muku-Hölle. Diese entspannte Atmosphäre, wo man weiß, daß die Leute so sind wie man selbst und sie einer großen Familie gleichen, eben ein Volk zu sein. So etwas wird es m.E. im Westen niemals wieder geben - aber auch hier sind die ersten Dönerklitschen und Neger zu sehen. Die letzten Reservate der Deutschen werden mit diesem System fallen, daher muß dieses System fallen, damit wir überleben können.“[559]

[557] AS DER SCHWERTER, in: „Wissen bewahren“, Beitrag von ‚osimandia‘ - 08.06.2012
[558] AS DER SCHWERTER, in: „Zum Tod von Sarah Burke“, Beitrag von ‚osimandia‘ - 28.01.2012
[559] ‚Klopperhorst‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Multikultur – Der Versuch einer Analyse“, 23.12.2012

Nachwuchs ist Leben. Leben ist Fortschritt.

Bild 80: Dt. Fachwerk in Südamerika. Kultur ist volksspezifisch u. nicht geographisch gebunden

„Vor allem CDU und CSU sagen immer, man müsse, um als Volkspartei überleben zu können, „modern“ sein, mit der Zeit gehen; gewisse gesellschaftliche Realitäten anerkennen und entsprechend neuer Bedürfnisse und Notwendigkeiten auch neue Wege gehen. So rechtfertigt man den aktuellen Kurs der Partei, der gestandenen Konservativen bekanntlich schwerfällt. Viele beschweren sich darüber, daß für die Aussicht auf gute Wahlergebnisse „ewige Werte“ wie Nation, Volk oder Religion über Bord gehen. Doch hier soll es nicht um die Union gehen. Sondern um einen dieser ewigen Werte, nämlich die Familie. Welcher junge Mensch weiß denn noch, was eine richtige Familie ist? In Zeiten, in denen fast jede zweite Ehe geschieden und Kinderreichtum als vormodernes Relikt angesehen wird, sicher nicht viele.

Umso stärker war auf mich der Eindruck, als ich Ende letzten Jahres bei einer solchen „vormodernen“ Großfamilie zu Gast war. Draußen Schnee und Wind, doch drinnen die wärmste Idylle. Mutter, Vater, fünf Kinder – Jungs und Mädchen, teilweise wiederum mit deren Partner, sowie Onkel. Stabilität, Lebhaftigkeit und Nähe: Angesichts dessen fragte ich mich, warum heute denn kaum einer seine „Selbstverwirklichung“ im Gründen einer Familie sieht, sondern im vereinzelten Leben ohne dauerhafte Bindung, auf der Jagd nach Geld und vergänglichem Genuß? Wenn wir wehmütig an den Gräbern des in der Sache bewährten dreigliedrigen Schulsystems oder der traditionellen Familie verweilen, dann dürfen wir nie vergessen, welchen unverantwortlichen Leuten wir diesen Zerfall zu verdanken haben. Und daß die eigene Selbstverwirklichung im Gründen einer Familie fast schon ein weltanschaulicher Widerstandsakt ist – pro Kind ein Schlag ins Gesicht unserer Gegner!“[560]

„Über die von vielen Frauen erwünschte, von zahlreichen Frauen heftig bekämpfte Neudefinition der Rolle der Frau sprach Eva Herman, Autorin des vielbeachteten Buches ‚Das Eva Prinzip – für eine neue Weiblichkeit‘, mit Ernst Brandl von ‚Zur ZEIT (11/2007):

‚Der Feminismus hat uns Frauen seit den 60er Jahren zu erklären versucht, daß wir Frauen doch das gleiche tun sollen und können, wie die Männer, daß wir das gleiche erreichen können und das wir genauso sind wie die Männer. Es wurde die Ideologie verbreitet, daß es keine Unterschiedlichkeit der Geschlechter gibt, sondern dies wurde geleugnet, und es wurde behauptet, daß etwaige Unterschiede alleine kulturell bedingt seien. Das ist, wenn man der Biologie folgt, wenn man den Schöpfungsgesetzen folgt und wenn man auch der Forschung folgt und auch wenn man einfach nur seinen gesunden Menschenverstand einsetzt, schlichtweg falsch. Die weiblichen Eigenschaften, die in dieser Welt für die Seele eines Volkes so unglaublich wichtig ist, werden durch diese Ideologie doch negiert und durch die Folgen dieser Ideologie verdrängt. … Daß eine Frau, die sich entschließt, zu Hause zu bleiben und sich um ihre Familie zu kümmern, eben … weniger Wertschätzung erhält. Und das eine Frau, die sich entscheidet, bei ihrer Familie zu bleiben, als ungebildet gilt, auch wenn sie ihren Doktorhut an der Garderobe an den Haken gehängt hat, um zu Hause zu bleiben. Wir entfernen uns im Moment von einem gesellschaftlichen System, das viele Jahrhunderte und Jahrtausende das Überleben gesichert hat.‘

Auf die Frage, ob die Gesellschaft (Volk) einen zu hohen Preis für diese Art der Emanzipation zahlt, antwortet Herman: „Durchaus! Der Preis ist zu hoch. Ich sage damit nicht, daß ich gegen Emanzipation bin, ich bin nur für eine andere Form der Emanzipation – nämlich die der eigenen Selbstbestimmung. Wir sind Lichtjahre davon entfernt, echte Wahlfreiheit zu haben. …

Wenn immer das Wort Fortschritt in Verbindung mit Feminismus zu hören ist, dann kann ich Ihnen nur sagen, wir entfernen uns mit dem Feminismus von einem Gesellschaftsmodell, das uns beim Überleben immer dienlich war. Wir sterben aus! Wenn wir also nicht irgendein sinnvolles Gegenkonzept finden für den dramatischen Absturz unserer demographischen Entwicklung, wird es uns bald nicht mehr geben. Fortschritt heißt auch immer fort schreiten von etwas. Wir aber schreiten hauptsächlich fort vom Menschsein, fort von einer gesunden, heilen Gesellschaft, und wir schreiten fort vom Weiterleben-Dürfen.“ [30, Seite 211-214]

[560] JUNGE FREIHEIT, „Familie als Widerstandsakt“, 31.03.2010

Kultur

Die Haupt- und Residenzstadt des am 1. Januar 1806 proklamierten Königreiches Bayern zählt 1840 95.531, 1871 169.693 und 1910 596.467 Einwohner. Zwischen 1871 und 1910 beträgt die Zunahme rund 250 Prozent. Der durch König Ludwig I. eingeleitete Ausbau macht die Stadt zu einem mit den europäischen Hauptstädten wetteifernden Mittelpunkt von Wissenschaft, Kunst und Kultur. Thomas Mann, seit 1893 in München ansässig, beschreibt in seiner 1903 veröffentlichten Novelle „Gladius Dei“ die faszinierende Atmosphäre Münchens:

„München leuchtete. Über den festlichen Plätzen und weißen Säulentempeln, den antikisierenden Monumenten und Barockkirchen, den springenden Brunnen, Palästen und Gartenanlagen der Residenz spannte sich strahlend ein Himmel von blauer Seide, und ihre breiten und lichten, umgrünten und wohlberechneten Perspektiven lagen in dem Sonnendunst eines ersten, schönen Junitages. Vogelgeschwätz und heimlicher Jubel über allen Gassen. Und auf Plätzen und Zeilen rollt, wallt und summt das unüberstürzte und amüsante Treiben der schönen und gemächlichen Stadt. … Viele Fenster stehen geöffnet, und aus vielen klingt Musik auf die Straßen hinaus.“[561] Die Deutschen waren zweifellos ein Kulturvolk. Sie haben in der Vergangenheit wesentlich zur Kultur des Abendlandes mit beigetragen. Das galt sowohl für die in den verschiedenen Landschaften unterschiedlich blühende Volkskultur als auch für die geistigen Größen. Nicht von ungefähr wurde Deutschland das „Land der Dichter und Denker“ genannt. Eine solche Geniedichte wie zur Zeit der deutschen Klassik in Philosophie und Dichtung, später in den Wissenschaften hat kaum ein anderes Volk aufzuweisen. Von der Kultur des mittelalterlichen Reiches zeugten die großen Ausstellungen über die Staufer, Salier oder Sachsen. … Unter Kultur[562] sei dabei nach allgemeiner Ansicht die Gesamtheit der geistigen und gestalterischen Vorstellungen, Fähigkeiten und Leistungen eines Volkes verstanden.

Die Kultur ist die Lebensform eines Volkes. Sie ist eine Gemeinschaftsleistung und setzt sich aus den vielen unterschiedlichen, aber doch im allgemeinen verwandten Leistungen Einzelner zusammen. Zur Kultur gehören insbesondere Sprache und Weltbild, Werteordnung und Sittengesetz, Traditionen und religiöse Vorstellungen, Literatur und Musik, bildende Kunst und andere künstlerische Ausprägungen, Forschung und Wissenschaft, Rechts-, Sozial-, Bildungs-, und Wehrwesen, Technik und Wirtschaftsordnung. Die Kultur ist in normalen Fällen in langen Zeiten gewachsen und entwickelt sich organisch weiter. Sie bildet das geistige Erbe vieler Generationen. Kulturen beruhen auf Völkern oder volksähnlichen Gebilden. Diese sind die Grundlage für die Entwicklung und den Fortbestand einer Kultur und eng mit ihr verbunden.

Die Kultur ist wesentlich für ein Volk und seine Eigenart, seine Identität. Jedes Volk hat eine ihm eigene Kultur. Deswegen ist eine Kultur im Grunde nicht auf ein anderes Volk übertragbar, ohne daß dieses seine Identität verliert. Eine Weltkultur ist daher ein Widerspruch in sich, es gibt höchstens eine Weltzivilisation. Der SPD-Politiker und Sozialreformer August Winnig, zu Beginn der Weimarer Republik 1919/20 Oberpräsident von Ostpreußen, drückte diese Tatsache 1920 mit den Worten aus:

---

[561] Mann: ‚Gladius Dei`, S. 149, zit. in: Ernst Deuerlein, „Der Aufstieg der NSDAP 1919 - 1933 in Augenzeugenberichten“, Karl Rauch Verlag GmbH Düsseldorf Seite 46

[562] Kultur [lat. >Bebauung<, >Ausbildung<]; Wesen d. K.: K. bedeutet die Gesamtheit der typischen Lebensformen größerer Gruppen einschließlich ihrer geistigen Aktivitäten, bes. bei den Werteinstellungen. Kultur ist volksspezifisch. Märchen, Sagen, Geschichten, Trachten, Sitten, Gebräuche, Taditionen, aber auch die Baukunst etc. machen die Kultur eines Volkes aus. Jede Kultur ist völkisch (volksspezifisch) bedingt.

„Alle Kultur gründet in der Sittengemeinschaft, die jedes Volk für sich darstellt. Es gibt eine Weltzivilisation, aber keine Weltkultur. Alle Kultur ist auf dem Boden einer Volksgemeinschaft erwachsen und von diesem Boden nicht zu trennen, sie ist zu vernichten, aber nicht zu übertragen. Straßenbahnen und Kinos, Grandhotels und Tennisplätze, Parlamentarismus und Journalismus, Ballroben, Seiltänzer und Schiebergeschäfte sind Zivilisation und darum übertragbar und internationale Erscheinungen. Der Bauernwagen und das große Drama, die Familienwohnung und die Kinderspiele, die Landesverwaltung und das Buch, die Volkstrachten und Volksfeste, die Schule und die gute Sitte sind Kultur, Schöpfungen des volklichen Eigengeistes und in ihrer Art nicht übertragbar; sie sind vielleicht nachzuahmen, aber nicht nachzuschaffen. Sie sind ebenso wenig übertragbar, wie die Ströme und Seen und Berge aus einem Land ins andere übertragbar sind. Sie sind ebenso wenig nachzuschaffen, wie wir Moskau oder Paris oder andere Völker Danzig oder Nürnberg nachschaffen können.“

Bild 81: Deutsches Mittelalterfest im fränkischen Rothenburg ob der Tauber

Und er fügte als Warnung vor sich schon damals abzeichnenden internationalisierenden Bestrebungen, die heute wieder aktuellen Worte hinzu: „Die Kultur ist national bedingt, und ein starker Nationalgeist ist weit davon entfernt, die Kultur zu gefährden, er ist vielmehr ihr einziger Mutterboden. Man streiche die Nationen aus der Welt, und man hat die Kultur beseitigt.“[563]

Ob die Deutschen heute noch, mit denselben Maßstäben wie früher gemessen, ein schöpferisches Kulturvolk sind, wird oft bezweifelt, und ob sie angesichts der Masseneinwanderung aus anderen Kulturkreisen ihre Kultur, insbesondere als tonangebende oder „Leitkultur“ in der Zukunft in ihrer Heimat durchsetzen können, muß die Entwicklung zeigen. Manches spricht dagegen. [13, Seite 103-105]

Helmut Brückmann schreibt zur Kultur: „Solches Erleben nimmt Form an im plastischen Bildwerk, in der Malerei, in der Architektur, in der Dichtkunst, in der Musik, im Tanz, aber auch in schön gestalteten Objekten des täglichen Gebrauchs, seien es Häuser, Geräte oder Kleidung, sowie in Formen des Gemeinschaftslebens, den Festen und überlieferten Bräuchen. Rasseeigentümliches Transzendenzerleben (oder Gotterleben) gestaltet also Kulturumwelt, prägt dem eigenen Lebensraum sein Wesen auf: Es entsteht Heimat in ihrem tiefsten Sinn und diese artgemäß durchseelte und durchgeistigte Umwelt wirkt nun auf alle zurück, die dafür empfänglich sind. Das sind in der Regel einmal all jene, die das gleiche Erbgut in sich tragen, aus dem heraus die Heimat gestaltet worden ist. …

Was ist Kultur, was ist Zivilisation, fragt Reinahrd Demoll in seinem Buch und fährt fort:

„Kultur ist die Art, die Welt zu erleben. Kultur heißt Streben nach Hinaufentwicklung, heißt Steigerung aller geistigen Fähigkeiten, … ist Dienst an dem Gott in uns. Zivilisation dagegen ist Streben nach Beherrschung der Umwelt. … Mikroskop und Röntgenapparat zählen ebensogut dazu wie Höllenmaschinen und Giftgas, Zivilisation ist Zweckmäßigkeit. Kultur kommt wesentlich vom Gefühl her, Zivilisation ist ein Kind des Intellekts. Kultur charakterisiert das Geistesleben eines Volkes, … denn Kultur ist völkisch bedingt.“[564]

Demolls Buch wendet sich an die breite Öffentlichkeit. Es fand rühmende Besprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, im Luzerner Tagblatt, im Düsseldorfer Wochenspiegel, im Deutschen Pfarrblatt, im Sonntagsblatt der New Yorker Staatszeitung. Vor 30 Jahren (also etwa 1960) konnte darin der Satz stehen: „Kultur ist völkisch bedingt“!

Das wäre heute unmöglich, obwohl sich der Sachverhalt natürlich nicht verändert hat. Verändert hat sich, infolge massiver Meinungsdressur über drei Jahrzehnte hinweg – das, was die Meinungsmacher heute als Wahrheit ausgeben. [15, Seite 17, 18]

Der klassischen Familie kommt die Schlüsselrolle schlechthin zu. Ihre Funktion könnte fundamentaler nicht sein, den Bestand des Gemeinwesens (Abstammungsgemeinschaft, Gruppe gleicher Herkunft) sicherzustellen und in ihren künftigen Generationen weiterzuleben.

[563] Winnig, 1935, S. 335f.
[564] Reinhard Demoll, „Bändigt den Menschen“, München 1960, S. 15

11. Die BRD – ein inländerfeindliches System?

„Ich hoffe, daß sich mit der Zeit der deutsche Staatskörper von rein weiß und christlich zu braun, gelb und schwarz, mohammedanisch und jüdisch ändern wird. Kurz gesagt, der Begriff der deutschen Identität muß geändert werden.“[565]

Bild 82: Volk als austauschbares Dienstkollektiv

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik haben Zuwanderer ihre Einbürgerungsurkunden im Kanzleramt erhalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat 16 deutschen Neubürgern in einer Feierstunde ihre Einbürgerungsurkunden überreicht. Die Feier solle andere ausländische Mitbürger ermutigen, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden, sagte Merkel bei der Zeremonie. *„Wir möchten sehr wohl, daß mehr Menschen diesen Schritt der Einbürgerung gehen“*, sagte Merkel. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß Zuwanderer ihre Einbürgerungsurkunden im Kanzleramt erhielten. Merkels Gäste stammten aus neun Ländern, darunter aus der Türkei, Polen und Indien. Am Ende der Zeremonie sangen die Anwesenden gemeinsam die deutsche Nationalhymne. Merkel betonte, daß die große Koalition der Integration sehr bewußt einen neuen Stellenwert gegeben habe. Die Einbürgerung sei nicht irgendein Schritt, bei dem auf einer Amtsstube eine Urkunde abgeholt werde. Deutschland habe immer wieder erlebt, daß Zuwanderung das Land bereichern könne. Merkel räumte ein, daß dies in der Vergangenheit nicht immer so gesehen worden sei. Die Migrationsbeauftragte der Regierung, Maria Böhmer (CDU), versicherte: „Die Geschichte der Zuwanderung ist Teil unserer Geschichte.“[566]

Roland Wuttke beurteilt diese Politik wie folgt: „Die politische Führung der BRD ist in ihrem Denken und Handeln von einer Politik der Bestands- und Zukunftssicherung so meilenweit entfernt, daß alle Appelle einer Änderung nahezu lächerlich erscheinen und im Übrigen von den Herrschenden ebenso lächerlich behandelt werden. Die Vernichtungspolitik ist vorsätzlich und nur den wenigsten Beteuerungen herrschender Politiker können wir noch glauben, sie hätten das so nicht gesehen oder gewollt. Die wissen was sie tun! Die haben die Zahlen und Fakten näher vor Augen als der Normalbürger. Und wenn schon dieser die grundsätzliche Fehlentwicklung zu erkennen vermag, kann der Berufspolitiker nicht auf Unkenntnis plädieren. Er kann auch nicht behaupten an dieser oder jener Entscheidung nicht beteiligt gewesen zu sein, da die Politik der Abwicklung Deutschlands seit Jahrzehnten parteiübergreifend von allen Bundestagsparteien betrieben wird. Das eklatante Versagen der politischen Klasse ist weder Irrtum noch Schwäche, sondern Absicht, allenfalls Feigheit und Anpassungssucht. Bei den Herrschenden besteht stilles Einverständnis über die Bevorzugung von Einwanderern und dem bewußt herbeigeführten demographischen Abwärtstrend der Deutschen.[567]

Der Bürgermeister von Amsterdam drückte die Hoffnung, die er in der erfolgreichen Befremdung der Europäer sieht, so aus: „In der nicht allzu fernen Zukunft werden *wir* Einwanderung als Maßstab für den Erfolg *unserer* Städte und Gesellschaften sehen können.“[568]

---

[565] „Serious transformations in German society will not come from changing the asylum law nor from candlelight demonstrations, no matter how important the latter are for demonstrating that the Germans do indeed have civil courage. There is more at stake than just Germany's image abroad. The future of German society regarding „foreigners" will require structural change, a multi-tiered approach that will address long-term rather than only short-term goals, such as instituting immigration laws with quotas, changing the citizenship law from „blood to territory," granting dual citizenship and local voting rights, educating all citizens about difference, intolerance, and discrimination. With time, I would hope that the image of the German body politic might be changed from exclusively white and Christian to brown, yellow, and black, Muslim and Jewish. In short, the conception of German identity must be transformed and become more porous, flexible, and inclusive.”
Quelle: German Historical Institute Washington, D.C., Occasional Paper No. 9, „AGGRESSIVE NATIONALISM, IMMIGRATION PRESSURE, AND ASYLUM POLICY DISPUTES IN CONTEMPORARY GERMANY” by Jürgen Fijalkowski, 1993; Zitat des amerik.- jüdischen Prof. Dr. Jeffrey M. Peck, S. 32

[566] „Sinkende Zahlen – Merkel wirbt für Einbürgerungen“, Die Welt, 12.05.2009

[567] Roland Wuttke, „Das Dilemma der deutschen Rechten“, 01.04.2009

[568] Ansprache des jüdischen Bürgermeisters Marius Job Cohen von Amsterdam anläßlich der Eröffnung der 4. ASEM Glaubensrichtungsdialog-Konferenz am 04.06. 2008 im Hotel Okura in Amsterdam.

Frank Hill schreibt in seinem Buch „Deutschland im Würgegriff seiner Feinde“:
„Bereits vor Jahrzehnten wurden in Deutschland alle wichtigen Posten in der Politik, Wirtschaft und in den Medien mit Freimaurern besetzt. Viele ausgezeichnet recherchierte Bücher haben diesen Tatbestand eindeutig nachgewiesen. Aus diesem Grund widmet sich die hier vorliegende Schrift hauptsächlich der Frage, was für *Auswirkungen* das Leben in solch einer, von der Loge beherrschten Gesellschaft hat?

Bild 83: Ende Februar 2004 überreicht der damalige Innenminister Otto Schily dem neuen BKA-Präsidenten Jörg Ziercke die Ernennungspapiere. Beide gaben sich mit ihrem Handschlag als Logenbrüder zu erkennen (Druck mit dem Daumen auf den obersten Knöchel des Zeigefingers).

Ein trauriges Bild offenbart sich dem Betrachter des modernen Deutschland. Ganz gleich, ob er sich mit dem wirtschaftlichen, kulturellen oder zwischenmenschlichen Bereich auseinandersetzt, überall zeichnet sich der schleichende Niedergang unseres, einstmal in der ganzen Welt bewunderten, Landes ab. Ältere Menschen sprechen gar davon, daß ihnen die Heimat fremd geworden sei. Hill schreibt weiter:
„Jede Nation kann sowohl von innen, als auch von außen angegriffen und zerstört werden. In der Geschichte kam es schon oft vor, daß inländische und ausländische Feinde gemeinsam konspirierten, um ein Volk unter ihre Herrschaft zu bekommen. In solch einem Fall standen die Menschen dem Treiben der Verschwörer meist hilflos gegenüber, da sie nicht mehr in der Lage waren, zwischen ‚Freund‘ und ‚Feind‘ zu unterscheiden.“ [26, Seite 6, 7, 90]
Die Sorgen der ‚kleinen Leute‘ werden von der Bundesrepublik nicht nur nicht beachtet, sondern aktiv bekämpft. Diese vom Staat organisierten Nöte (also Probleme, die ohne das aktive Handeln der BRD gar nicht existieren würden) sind es, die diesen Staat zu etwas Besonderem macht. „Ich kann Dir versichern, auch auf dem „Land” gibt es KEIN Entkommen mehr. Ich spreche jetzt mal vom schönen Bilderbuch-Oberbayern, Rosenheimer Vorort Kolbermoor. Ist fast nur noch von Türken bewohnt. Trostberg, Altötting, Wasserburg, egal wo, auch in diesen kleineren, euch unbekannten schönen Städtchen kann man den Türken nicht mehr entkommen. Mein 15-jähriger Neffe kotzt ab, dort möchte er auf jedenfall wegen einer Ausbildung NICHT hinziehen, lieber mit dem Mofa pendeln. Angrenzend an Rosenheim, mit dem Auto 20 min. weg ist Kufstein, Tirol. Türkenhochburg! Hallein bei Salzburg, Türkenhochburg! Alle Städte sind mir persönlich gut bekannt, habe dort Verwandte.“[569]
Auch Prof. Isensee stellt fest: „Die Problematik besteht darin, daß geplant wird, durch einfachen Gesetzesbeschluß des Parlaments das deutsche Volk umzudefinieren und auf einen Schlag drei Millionen Personen als Deutsche zu bestimmen, obwohl diese sich nicht zur Gemeinschaft des deutschen Volkes, sondern zu der eines anderen, im wesentlichen des türkischen bekennen. Eine solche obrigkeitliche Umdefinition durch das Parlament liegt außerhalb seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse. Damit werden im Grunde nationale Minderheiten importiert. Ein Problem, das die Deutschen bisher so gut wie nicht hatten. Künftig könnte es aber sein, daß sich Minderheitenparteien bilden, die von der Fünf-Prozent-Klausel freigestellt werden.
Es werden also politische Sprengsätze geschaffen. Zugleich werden Rede- und Denkverbote aufgerichtet, und es wird mit moralischen Einschüchterungen gearbeitet, während es in Wahrheit um ein politisches Großmanöver geht, die wichtigste Frage seit der Wiedervereinigung aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten.“[570]
Ähnlich äußerte sich Dr. Otto Uhlitz von der SPD: „Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger.“[571]

[569] POLITICALLY INCORRECT, „18-Jährige tot im Asylheim aufgefunden“, Beitrag von ‚Bernd_das_Brot‘,17.12.2009
[570] DIE WELT, „Ein Staatsstreich des Parlaments“, Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. Joseph Isensee, 06.01.1999
[571] Berliner Staatssekretär und Staatsrechtler Dr. Otto Uhlitz, in: Aspekte der Souveränität, Kiel, 1987

Die DDR-Bevölkerung sah eine Alternative außerhalb der eigenen Sozialordnung im BRD-Modell. Heute verstellt die Hegemonie des US-Monokulturalismus die Aussicht auf vernünftige Alternativen außerhalb der politisch-mentalen Konditionierung auf Parteiendemokratie und staatliches Monopolgeld. Die DDR war demographisch nicht am Ende. Die BRD steht mit der Mutation der Babyboomer von Einzahlern zu Empfängern des Sozialsystems ab 2012 unmittelbar vor dem Kollaps des Staatshaushalts.

Bild 84: Die BRD - ein randgruppendominierter Umverteilungsstaat?

Dieser geht schon jetzt zur Hälfte in „Soziales“, wie auch die Hälfte der 86 Milliarden Euro Neuverschuldung 2010 nicht investiert, sondern „sozial gerecht“ verfressen werden.

Die DDR hätte sich mit einem anderen politischen System aus sich heraus erholen können wie Tschechien oder Slowenien, der BRD fehlen für die Erholung die haushaltsgründenden Jahrgänge, welche dem kinderlosen Hedonismus der Achtundsechziger zum Opfer gefallen sind. Es gab im SED-Staat nur zwei konkurrierende Interessengruppen – die Bevölkerung und die verzichtbaren Repräsentanten der Diktatur. Die BRD als randgruppendominierter Umverteilungsstaat hat extrem um Macht und Mittel konkurrierende Interessengruppen geschaffen, die sich im Falle des Kippens der Sozialordnung gegenseitig die Lebensgrundlagen entziehen werden. Die Bevölkerung in der DDR war homogen, eine neue Sozialordnung war dann auch vergleichsweise leicht zu vereinbaren. Wehmütig erinnere ich mich etwa an die kabarettistische Rivalität zwischen Preußen und Sachsen. …

In der DDR waren die Waffen und der Wille zur Gewalt eindeutig auf Seiten des Regimes, in der BRD kommt der Wille zur Gewalt sichtbar aus Teilen der fragmentierten Bevölkerung – das Waffenmonopol ist überwiegend staatlich. Da die Waffenträger jedoch nichts anderes als den Querschnitt der gesellschaftlichen Milieus bilden, werden sich die Waffen im Falle einer Gewalteskalation schnell gleichmäßig auf die gegnerischen Gruppen verteilen.

Aus diesen Gründen ist die BRD verglichen mit der DDR ein Pulverfaß. Und das erklärt auch die aberwitzigen fiskalischen Vermeidungsstrategien der BRD-Regierung. Aber auch ein Rettungsfallschirm ändert nichts an der Tatsache, daß der Abstürzende unten ankommt.

Es beweist nur hinreichend, daß auch die sozialdemokratische BRD-Ordnung am Ende sowenig reformierbar ist wie die der DDR. Wenn Sie also noch einmal vor Geisterdebatten im Staatsfernsehen geraten, welche die Perspektiven der gegenwärtigen Sozialordnung in die Zukunft hineindiskutieren, dann bleiben Sie nur angeschaltet, wenn Sie wissen wollen, wie weit kollektiver Wahn und Wirklichkeit mittlerweile auseinanderliegen.[572]

Frieden schaffen kann nur bedeuten, Territorien und Identitäten von Völkern, Kultur- und Religionsgemeinschaften zu achten. Das Durchsetzen von Masseneinwanderungen (nicht Tropfeneinwanderung) und Übermultikulturalisierung gegen den Willen der Einheimischen zeugt von Respektlosigkeit (und deren Verachtung). [2, Seite 173]

Die Forderung des früheren Bundespräsidenten Rau, daß *„jeder Deutsche sich am Moscheebau beteiligen möge“*, verdeutlichte die Austauschbarkeit der Masse als Dienstkollektiv.

Mit fortschreitendem Expansionsprozeß der türkischen Kulturkolonien verstärkt sich allerdings auch die Umkehrung der Realität, d.h. der Rollentausch, der die deutsche Bevölkerung zum kulturellen „Paria“ (kastenloser Inder, Ausgestoßener) wandelt. Nicht nur die generelle Abwehr von Protest als „Rassismus“, sondern auch der abschätzige Tenor (der „Eliten“), mit dem der Anspruch des Gemeinwohls oft als „Stammtisch“ abgekanzelt wird, kennzeichnen den Unwert (Verachtung) der einheimischen Bevölkerung. So wurde es inzwischen zur täglichen Pflichtübung von Politik und Medien, z.B. lokale Widerstände gegen Moscheebauten als mehr oder weniger absurde Zumutung vom Tisch zu wischen.“ [2, Seite 207]

[572] ef-online, „Wahn und Wirklichkeit: Die DDR wurde friedlicher abgewickelt als die BRD“, Roland Woldag, Jg. 1961, 26. 06.2009

Dekadenz und Minderheitendenken in der Republik

Bild 85: Christian Wulff (CDU)

Rund drei Wochen vor der Neuwahl des Bundespräsidenten hat der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff beschrieben, welche Akzente er als Staatsoberhaupt setzen würde. In der ARD-Sendung „Farbe bekennen" sagte der Kandidat für das Bundespräsidentenamt von CDU/CSU und FDP, sein Thema sei Zukunft. Wulff betonte, Deutschland werde *„ein Land werden müssen, das bunter und vielfältiger ist".* Mit Blick auf den demographischen Wandels dürfe man *„niemanden mehr links liegen lassen. Wir brauchen die Integration der Migranten, der ausländischstämmigen in unserem Land."*[573]

Es ist falsch, immer von der einheimischen Mehrheit zu verlangen, sie solle endlich ihren ethnischen (ausländischen) Minderheiten beweisen, daß sie diese als Teil der Gesamtheit betrachtet. Das hat sie nämlich schon äußerst tolerant und ohne viele Worte dadurch zur Genüge bekundet, daß sie diese fremde Minderheit in ihrer Mitte leben, wohnen und arbeiten läßt. Daß es auch intolerant und traditionell konservativ geht, beweist der Staat tagtäglich beim rigorosen Einkassieren von Strafgeldern und der strammen Verfolgung von Park- und Steuersündern. Ein Staat, der Heroindealer (politisch korrekt) duldet und unterstützt, aber Parksünder verfolgt, ist am Ende (besser: so ein Volk ist am Ende).

Ein Staat, der offenen Drogenhandel und somit die Destruktion (Zerstörung) seiner Jugend, seiner Gesellschaft und Zukunft duldet (Nigerianer in Hamburg usw.), ist ein Staat entweder ohne Lebenswillen, oder aber er profitiert vom Drogenkonsum in irgendeiner Weise.

Der Staat als Vertreter nationaler Dekadenz läßt deshalb Drogenkonsum zu, weil es die Mehrheit, das Volk, betrifft und der Gesamtheit schadet. Mehrheiten aber bedeuten nicht viel in einer Gesellschaft, die von einer Regierung mit Minderheitendenken beherrscht wird.

Nur eine Regierung, die von einer (oder mehreren) Minderheit(en) kontrolliert und gelenkt wird, proklamiert Minderheitendenken als Zeitgeist. Aber auch nur dann, wenn die Mehrheit, das Volk, es zuläßt. Eine demokratische Regierung, die Minderheitendenken gutheißt, zum Beispiel Masseneinwanderung gegen den Willen des Volkes duldet, das Fremde fördert, aber die eigene, einheimische Mehrheit diskriminiert, vernachlässigt, verunglimpft und zu extremen Toleranzleistungen aufruft, ist am Ende. [2, Seite 93, 104-106]

Politische Korrektheit ist die Korrektheit der Minderheiten. Politische Korrektheit ignoriert die Existenz der Mehrheit und ersetzt die biologische Korrektheit der Mehrheit (welches das Überleben und die Entwicklung der Menschheit bisher ermöglichte) durch Minderheitendenken.

Dekadente Völker sind am Ende des Machbaren angelangt, sie suchen die Vermischung mit anderen, um neue Nischen zu besetzen. Sie suchen Erbanlagen zu absorbieren.

Dagegen schützen nicht-dekadente Völker ihre Erbanlagen und suchen diese zu verbreiten.

Dekadente Völker sind nicht-dekadenten unterlegen. [2, Seite 101]

Eine dekadente Gesellschaft kennzeichnet sich durch die angewandte Umkehrung natürlich gewachsener Werte in allen Lebensbereichen: Täter werden zu Opfern, Frauen zu Männern, Männer verweichlichen, Realität wird zur Zumutung, Erwachsene werden zu Kindern, Kinder zu Erwachsenen, Fremde zu Einheimischen, Einheimische zu Fremden, Mehrheiten lassen sich diskriminieren und diskriminieren sich selbst, Ausnahmen widerlegen die Regeln, die Regel wird zur Ausnahme. In biologisch korrekten, traditionellen Gesellschaften herrscht die Mehrheit. [2, Seite 105]

Minderheitendenken zerrüttet und „dekonstruiert" natürlich gewachsene Einrichtungen in überlebenstüchtigen, gesunden Mehrheitsgesellschaften. Minderheitendenken fördert die Individualisierung der Gesellschaft und somit die Auflösung tribaler völkischer Kohäsion und Solidarität (Mehrheit, Volk, Nation). Minderheitendenken fördert die Polarisierung zwischen Mann und Frau. Künstlich betriebene Emanzipation brachte Unzufriedenheit, Anstieg der Scheidungsrate (bzw. eine Gesellschaft der Singles), vaterlose Kinder. [2, Seite 95, 102, 103]

Hier muß hinzugefügt werden, daß das System, welches hinter der Bundesrepublik steht, nicht daran zugrunde gehen wird, wenn das Deutschtum endgültig überwunden und die globalisierte (judaisierte) Gesellschaft in Deutschland vollends verwirklicht ist.

[573] ARD, „Wulf will buntere Republik", Interview in 'Farbe bekennen', 10.06.2010. Christian Wulff gehört zu den ‚Young-Leaders-Alumni' der transatlantischen ‚Atlantik-Brücke'. [28, Seite 59]

Bild 86: Europäer: die einzige Gruppe, deren Zahl stetig sinkt. Weltweit sind sie auch die einzigen, die fremden Nachwuchs eigenen vorzieht.

„In gesunden Mehrheits-Gesellschaften predigen die Regierungen Toleranz und Frieden nach innen und Verteidigungsbereitschaft nach außen. In dekadenten, politisch korrekten Minderheiten-Gesellschaften predigen Regierungen Toleranz, Frieden, Abbau der Grenzen und Einwanderung nach außen hin und Verteidigungsbereitschaft (gegen das eigene Volk) nach innen. Das Ergebnis politischer Korrektheit ist Chaos.[574] Mehrheiten in dekadenten westlichen Gesellschaften dürfen organisieren, planen, arbeiten, tolerant sein und für Zuckerbrötchen zahlen, nicht aber stolz, patriotisch und selbstbewußt, selbstbewahrend, kulturbewußt, kinderreich, überlebensorientiert, ethnozentrisch und so ablehnend und eingrenzend, wie ihre Minderheiten sein."
[2, Seite 117, 120]

Die Eingliederung von Zuwanderer aus zivilisatorisch rückständigen Gebieten erfordere die materielle und geistige Hinwendung. In dem Buch „Ausländer oder Deutsche" schreibt Peter Menke-Glückert: „Für wenigstens zwei Generationen muß für die Ausländer mehr getan werden als für die Deutschen; allein sind Ausländer nicht in der Lage, das soziale Gefälle zum deutschen Arbeiter abzubauen und aufzuholen. Dafür sind die Integrationshindernisse zu groß."
[21, Seite I, II]

Integrationshilfen sollen eingesetzt werden um den Ausländern Chancengleichheit zu verschaffen. Um ihnen diese Chancengleichheit zu verschaffen, muß jedoch für wenigstens zwei Generationen mehr für Ausländer getan werden als für Deutsche, da sie allein nicht in der Lage sind, die Sozialisationsdifferenz … aufzuholen. [21, Seite 13, 14]

„Die soziologische Umerziehung vom Mehrheitendenken hin zum Minderheitendenken beschränkt sich auf die westlichen Industrieländer mit weißen Mehrheiten.

Die Manipulation der Massen findet auch heute statt. Sozialliberales Denken beherrscht die Medien und betreibt eine Minderheitenpolitik, die mit der Ausnahme die Regel widerlegt, statt sie zu bestätigen, und dadurch der Mehrheit das Gefühl vermittelt, sie läge mit ihrem gesunden Volksempfinden völlig falsch. In diesen politisch korrekten Zeiten nutzen Demagogen den Willen des Menschen zu Frieden und Harmonie, das Bedürfnis, den Schwachen zu helfen, zur Durchsetzung einer in der Geschichte der Menschheit einmaligen und daher unnatürlichen und gefährlichen Einwanderungspolitik." [2, Seite 118, 122, 131]

Man kann hier von einem Kuckucksprinzip sprechen, in dem die Einheimischen den Nachwuchs fremder Populationen aufzuziehen haben und im Zuge zunehmender Überfremdung in die generative Abwärtsspirale geraten. Die Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 9. August 2009 zitiert den Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Albert Schmidt, dazu wie folgt: „Wir steuern auf eine Multi-Minoritäten-Gesellschaft zu. Die deutsche Ethnie wird in bestimmten Regionen auf lange Sicht eine von mehreren Minderheiten sein. In bestimmten Stadtteilen und Altersgruppen sei das heute schon so."[575]

Die stets wiederkehrende Verhöhnung der Einheimischen ist kein Einzelfall. Ein System, welches auf die Einwanderung gar keinen Einfluß nimmt, muß sich wenigstens auf die Niederhaltung der Einheimischen konzentrieren, gegen die seine Politik gerichtet ist.

Allein aus reinem Eigeninteresse (Selbstschutz) mahnte denn auch der ehemalige Ministerpräsident Niedersachens, Christian Wulff (CDU), bezüglich der Ausländergewalt gegen Deutsche zu vorsichtiger Besonnenheit, *„vor allem, wenn es um Jugendliche mit Migrations-hintergrund geht."*[576]

---

[574] Am 16.November 1990 wird der 19-jährige-René Grubert, Vater eines wenige Wochen alten Mädchens, von Ayhan Ö., 21, durch einen tödlichen Stich in die Schläfe in der Berliner S-Bahn erstochen.
Am 24. Oktober 1995 fangen in Berlin-Friedrichshain 9 türkische Jugendliche einen 15-jährigen auf dem Heimweg ab. Sie schlagen ihn mit Holzbohlen vom Rad. Während zwei ihn festhalten, stechen zwei anderenmit Messern auf ihn ein. Elfmal von vorn, neunmal von hinten, dann lassen sie ihn im Straßengraben liegen. Tagesspiegel, 27.10.1995

[575] Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Nr. 32, Seite 30

[576] BZ, „Im Streit um härteres Jugendstrafrecht schlagen die Parteien aufeinander ein", 07.02.2008, S. 7

„Es wird ernst“

Foto der JF: Installation („Der Bevölkerung“) im Lichthof des Berliner Reichstagsgebäudes: Die Ideologie der multikulturellen Gesellschaft definiert das deutschen Volk um in eine beliebige Misch-Bevölkerung

Bild 87: Lichthof des Deutschen Reichstages

Wir befinden uns im Kampf der Kulturen. Nur wer blind ist, kann das bestreiten. Seit ein paar dänische Karikaturisten Mohammed zeichneten, sind in islamischen Ländern bei Protesten mehr als fünfzig arabische, afrikanische und asiatische Christen umgebracht worden, weil sie nicht den Beleidigten, sondern den Beleidigern zugerechnet wurden; in Berlin erheben sich junge Türken aus den Kinosesseln und skandieren „Allah ist groß“, wenn in dem Film „Tal der Wölfe“ ein moslemischer Prediger über den langen Atem spricht, den die islamische Welt im Kampf gegen die USA und ihre Satrapen benötige. Es sind dies Einwanderer der dritten Generation, und sie verlassen nach Ende der Vorstellung einen Raum, der für zwei Stunden wirkmächtiger Identität stiftete, als es die deutsche Restkultur im Wedding oder in Neukölln je könnte. Derweil sitzt bei Sabine Christiansen der Grünen-Politiker Volker Beck, und an ihm kriecht die Erkenntnis hoch, daß der multikulturelle Traum nicht nur geplatzt ist, sondern das sein, Becks, links-liberales Lebensmilieu dort keinen Raum mehr findet, wo das Deutsche nach einer kurzen, bunten Phase sich ins Nicht-Deutsche verwandelt hat. So also sieht es wohl aus, wenn die „Dinge“ ins Rutschen geraten: Es wird ernst, und vor laufender Kamera wird einer ratlos, der in seinem machtgesättigten Politiker-Leben nicht zu Ende dachte, sondern mit der Zukunft seines Landes spielte. Beck geriet in dem bequemen Sessel neben Christiansen und gegen Peter Scholl-Latour arg in die Defensive: Der warf ihm vor, verantwortlich zu sein für einen Zustand, mit dem wir nicht umgehen können. Unser Land gleitet uns aus den Händen. In vielerlei Hinsicht ist es zu spät. Der Wedding, Kreuzberg und Neukölln sind für Deutschland verloren, ebenso ganze Viertel in Mannheim, Stuttgart, Offenbach, Hannover und den meisten anderen westdeutschen Großstädten. Verloren, das heißt: Integration ist dort nicht mehr möglich, wenn mit Integration die Eingliederung des Ausländers in die politische und kulturelle Tradition des neuen Heimatlandes gemeint ist. Denn das Ziel ist ja die gemeinsame Zukunft, und welche, wenn nicht die deutsche, könnte in Deutschland das Ziel sein? Daß die Zukunft in Deutschland keine deutsche sein muß, zeigt die Entwicklung der letzten 20 Jahre. Die Selbstverständlichkeit der Integrationsrichtung ist infrage gestellt und in den genannten Stadtteilen bereits umgekehrt.

Der Deutsche ist dort längst zur Minderheit im eigenen Land geworden und schaut, wo er bleibt, wenn er auf die Mehrheit trifft. Auch dem Schriftsteller Botho Strauß fällt dieser Umstand mittlerweile auf. Verblüfft sieht er im Beobachteten Vorboten eines „Konflikts“ und schreibt darüber einen Text (Spiegel vom 13. Februar 2006), auf den der *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher flugs und zustimmend antwortet. Die Texte von Strauß und Schirrmacher markieren einen veränderten Ton, das steht außer Frage. Sie wirken indes recht hilflos in ihrem Ansinnen, die Lebenswirklichkeit als deutsche Minderheit in Deutschland zu beschreiben und in dieser Situation auch noch Mindeststandards an Toleranz und Gemeinsamkeit einzufordern. Strauß sucht den gemeinsamen Nenner von Eingeborenen und Einwanderern in der Hingabe an eine säkulare Karriere: McDonald`s und eine Banklehre haben noch jeden korrumpiert. Schirrmacher hofft, die eingewanderten Muslime von ihrer Rückbindung an die Herkunftsländer trennen zu können. Wir müssen die Ideologen der multikulturellen Gesellschaft stellen. Bereits jetzt hört ihnen kaum einer mehr gläubig zu. Aber das darf uns nicht genügen.

Wir müssen eine zweite Vergangenheitsbewältigung anstoßen. Wir müssen diejenigen demaskieren, die unser Volk in die Krise geführt haben. Wir haben in der Analyse der Fehlentwicklung Roß und Reiter zu nennen, die verantwortlichen Politiker und Intellektuellen also. Wir dürfen ihnen nicht glauben, daß sie es gut meinten mit Deutschland. Die meisten meinten es nicht gut (mit uns), sie wußten, was sie taten, sie wollen die Bundesrepublik umgründen und aus unserem Volk eine Bevölkerung machen. Mit diesen Leuten kann man nicht an einem Strang ziehen.

Junge Freiheit Nr. 9/06-24.Februar 2006, Artikel v. Götz Kubitschek

Zeichen einer zutiefst inländerfeindlichen Politik

Passend zu Weihnachten bereitete uns die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer – einst familienlose „Familienexpertin“ der früher christlichen Union – noch eine feine Bescherung:
den aktuellen Bericht über die Lage der Ausländer in Deutschland. Tenor: Die Bundesregierung konnte den „15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien“ durch ihre Integrationspolitik „neue Chancen“ eröffnen, was immer das auch heißen mag. Ansonsten kein Anlaß zur Freude. Den armen Ausländern geht es schlecht in Deutschland. Mieses Bildungsniveau, hohe Arbeitslosigkeit. Schuld daran sind natürlich wir bösen Eingeborenen. „Integration kann nur gelingen, wenn Menschen aus Zuwandererfamilien sich in Deutschland angenommen und willkommen fühlen“, so Böhmer. Der Bericht zeigt jedoch „die Verbreitung fremden-feindlicher Einstellungen in der Bevölkerung“. Sebnitz, Mügeln, Mittweida lassen grüßen. Wie gut, daß es übrigens keinen Bericht über die Lage der Deutschen in Deutschland gibt. Dann erführen wir nämlich, daß in Hoyerswerda beispielsweise 41 Prozent der deutschen Kinder in Armut leben und Abtreibung in Deutschland jährlich mit rund 40 Millionen Euro staatlich finanziert wird: alles Beweise einer zutiefst inländerfeindlichen Politik.[577]

… Für eine gelungene Integration die Quantität und Qualität der Zuwanderer entscheidend sind. Für die Bundesrepublik muß seit Jahrzehnten konstatiert werden: Die Quantität ist zu hoch, die Qualität zu niedrig. Damit sind wir beim Versagen des bundesdeutschen Staates, dem die Sortierung obliegt, der sie jedoch vorsätzlich unterläßt. Eigentlich ist der Staat die Instanz, mit dem ein Volk sich zum politischen Handeln befähigt: Nach innen sorgt er für Ordnung und Ausgleich, nach außen wahrt er seine Gesamtinteressen. Ein solches Gesamtinteresse war die Einladung an die Hugenotten durch den preußischen König. Der preußische Staat bestimmte die Konditionen und stellte ihnen Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung; die Hugenotten haben es ihm durch Fleiß, Talent und Loyalität vielfach vergolten. Gerade wird die Idee eines „Vertrags“ zwischen Staat und Zuwanderern lanciert, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten festlegt und damit die juristische Gleichberechtigung beider Seiten suggeriert. Praktisch steht damit das Recht des Zuwanderers, seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland zu setzen (Bodenrecht), über dem Recht des Staates (Volkes), ihn auf seine Nützlichkeit für das Gemeinwesen zu prüfen und gegebenenfalls zurückzuweisen. Er darf ihm lediglich Mittel zur Verfügung stellen, damit er sich möglichst reibungslos einfügt. Damit macht der Staat sich von fremden Interessen abhängig, er verrechtlicht und verfestigt das gegenwärtige Chaos. Die elementare politische Frage: Wer darf rein, wer nicht?, wird unterdrückt und auf eine soziale Frage reduziert. Damit exekutiert der Staat zugleich eine politische Entscheidung gegen die autochthone, die deutsche Bevölkerung: Die Deutschen sollen – und zwar in elementaren Konfliktfällen – über ihr politisches, wirtschaftliches, kulturelles, gesellschaftliches, soziales Schicksal, über ihr Territorium und ihre finanziellen Ressourcen nicht selber bestimmen dürfen. Damit wird das Wort „Integration“ endgültig vergiftet. Es bedeutet unter diesen Umständen nichts anderes, als daß der Staat, respektive die Inhaber staatlicher Macht, dem eigenen Volk sukzessive den Boden unter den Füßen wegziehen. Junge Freiheit, Thorsten Hinz, 08.12.2009

Die Mahnung von Radtke aus dem Jahr 1990 hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren:
„Überall auf der Welt verschäften sich die ethnisch aufgeladenen Verteilungskämpfe, die nicht mehr von frei assozierenden Interessengruppen, sondern von Schicksalsgemeinschaften ausgefochten werden. Auch das sollte der Multikulturalismus bedenken, wenn er über die unvermeidlichen Konflikte in modernen Gesellschaften nachdenkt.“[578]
Irenäus Eibl-Eibelsfeld dazu: „Man verschenkt nicht die Zukunft seiner Enkel, auch nicht aus humanitären Gründen. Wer alle Welt umarmt und darüber seine eigenen Leute vergißt, handelt nicht human, mag er sich noch so in dieser Rolle gefallen.“[579]

---

[577] Henry Nitzsche (Vater v. 4 Kinder), Junge Freiheit, „Böse Eingeborene“, Nr. 2/08, Seite 2

[578] Marburg, 14.08.2010 Der 25-jährige Samuel F. wird von zwei 19- und 20-jährigen Zigeunern (Sinti) überfallen und zusammengeschlagen. Er verstirbt später im Uniklinikum. Er hinterläßt einen kleinen Sohn, Lukas.
Oberbürgermeister Egon Vaupel hat den geplanten Trauermarsch untersagt, da dieser aus Bürgeln von der rechten Szene zur politischen Agitation „mißbraucht werden soll“ und dort immerhin als „Mord“ bezeichnet wird.
Der 20-jährige Daniel Gladbach wird in der Nacht zu Samstag auf einer Party von einem 17-jährigen Afrikaner erstochen. Im Kölner EXPRESS vom 21.08. 2010 (Artikel v. DIMITRI SOIBEL) heißt es: „Es sollte eine feucht-fröhliche Geburtstagsfeier werden. Doch die Party endete in einer Tragödie. Zwei junge Afrikaner, 17 und 20 Jahre alt, hatten sich gestritten. Dann zückte der Jüngere ein Messer und stach mehrfach auf den Älteren ein.
Notärzte konnten ihn nicht retten. Der Mann aus Mönchengladbach verstarb später in der Klinik.”
Der Gerichtsmediziner stellte sieben Messerstiche fest, von denen wenigstens einer ins Herz ging.

[579] Prof. Irenäus Eibl-Eibelsfeld, „Der Mensch-das riskierte Wesen“, München, Piper, 1988, Seite 198

Die Staatspolitik der Bundesrepublik – eine Agenda des allgemeinen Niedergangs

Dabei ist längst klar, daß Armut nicht nur einen materiellen Status bezeichnet, sondern oft mit seelischen, geistigen und sittlichen Verwahrlosungen zusammenhängt. Um zielgerichtet eingreifen zu können, müßte zunächst die Frage geklärt werden, wie viele Eltern tatsächlich durch die Erfüllung ihres Kinderwunsches unter die Armutsgrenze gerutscht sind bzw. wie viele dieser 1,7 Millionen Kinder bereits in Armutsverhältnisse hineingeboren wurden. Man kann davon ausgehen, daß die meisten der armen Kinder aus Familien stammen, in denen Armut erblich ist. Daraus ergibt sich, daß die Länder mit der geringsten relativen Kinderarmut einen IQ-Zuwachs aufweisen, während in Ländern wie Deutschland, wo die Armen-Quote steigt, der Durchschnitts-IQ entsprechend sinkt, auch wenn er mit aktuell 100 immer noch relativ hoch ist. Am besten schneiden Hongkong und Finnland mit 107 ab, die Türkei liegt bei 90. Bildungsexperten raten nun, intellektuellen Kompetenzerwerb vom sozialen Hintergrund zu entkoppeln und „Bildungsferne“ (der Begriff suggeriert, daß es keine Dummen mehr gibt) durch Sozialtechnik auszugleichen. Der Ruf nach Gemeinschaftsschulen, wo die Arzttochter dem Macho mit Mangel-IQ von der ersten bis zur zehnten Klasse beispringt und im Gegenzug Sozialkompetenz erwirbt, wird immer lauter. Doch solche Vorschläge sind illusorisch, ja menschenverachtend. Das legen die Forschungsergebnisse nahe, die Heiner Rindermann im Aufsatz „Was messen internationale Schulleistungen?“ (*Psychologische Rundschau, 57/2, 2006*) zusammengefaßt hat. Danach ist Bildung „eingebettet und beeinflußt von Kultur. Bildung ist nicht nur institutionell, sondern auch familiär, schließt Erziehung ein."

Rindermann hebt den Zusammenhang zwischen kulturellen, gesellschaftlichen, politischen sowie wirtschaftlichen Merkmalen und den Ergebnissen in Intelligenz- und Schulleistungstests „eines Staates auf Staatenebene“ hervor. „Kognitive Fähigkeiten sind ein sensibler Indikator für gesellschaftliche Zustände und gesellschaftliche Entwicklungen.“ Mit anderen Worten: In modernen Gesellschaften ist der IQ höher als in vormodernen. Rindermann geht noch weiter und berührt in vorsichtigen Wendungen ein absolutes Tabu der demokratischen Gesellschaft: *„Bildungseffekte müssen genetische Faktoren nicht unbedingt ausschließen und umgekehrt.“*

Schlechte Aussichten also für Deutschland. Moderne Gesellschaften betreiben, anscheinend einem inneren Gesetz gehorchend, die eigene Zerstörung. Unter dem Motto von Gleichheit und Gerechtigkeit zeigt der Sozialstaat sich um so großzügiger, je leistungsschwächer und dümmer die Eltern und ihre Kinder sind. Für Wissenschaft und Begabtenförderung fehlt dann natürlich das Geld. Hinzu kommt, daß die Zuwanderung statt aus modernen und bildungsorientierten aus archaischen Gesellschaften erfolgt, und zwar aus deren Unterschichten.

So weisen die migrantischen Jugendlichen in Kreuzberg einen durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 86 auf, ein alarmierendes Unterschichtenindiz, denn erst ab 105 beginnt die höhere Gesellschaftsfähigkeit. Der durchschnittliche IQ in den deutschen Hochleistungszentren München und Stuttgart liegt bei 112, aber irgendwann wird man sich auch dort den Folgen der demographischen Umschichtungen nicht mehr entziehen können.

Mit dem Mut zum Zynismus könnte man die falsche bzw. unterlassene Sozial-, Familien-, Bildungs-, Bevölkerungs- und Zuwanderungspolitik in Deutschland als Negativ-Eugenik, als Züchtungs-programm für den Abstieg zusammenfassen.[580]

Konrad Adam deutet die Folgen der republikanischen Staatsräson an, die inländer- und zukunftsfeindlich zugleich sind: „Der Anspruch, hier und heute gut zu leben, untergräbt den Willen zur Zukunft und zwingt die Politik, dem aktiven, aber schrumpfenden Teil der (deutschen) Bevölkerung zugunsten einer ständig wachsenden, aber unproduktiven Teils immer größere Opfer zu verlangen. Auf diesem Weg ist Deutschland bereits ziemlich weit vorangekommen.“[581]

[580] JUNGE FREIHEIT, 51/06, Seite 13
[581] Konrad Adam, Publizist in: Die Welt, 16.10.2006

Staatsräson des Systems

Auszüge aus einem Streitgespräch zwischen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und dem holländischen Soziologen und Migrationforscher Paul Scheffer über Integration und die Konflikte, die Einwanderung nach sich zieht

Schäuble führt aus: *„Wir wissen, daß es heute Probleme gibt, wir kennen die Defizite. Deshalb ist unsere Politik ganz klar: Wir werden erst die Defizite in der Integration beheben und danach gegebenenfalls den Arbeitsmarkt stärker öffnen. Und dann haben wir viele Flüchtlinge aus Konfliktgebieten aufgenommen, mehr als andere Länder, wofür uns das UN-Flüchtlingswerk lobt. Die Gastarbeiter haben wir angeworben. Ohne sie wäre die wirtschaftliche Entwicklung damals gar nicht gelungen.“*

Ganz nebenbei erfahren wir aber auch, daß danach, also wenn so etwas wie Integration halbwegs gelungen sein wird, man aus den Fehlern der Vergangenheit nicht etwa lernt, sie in Zukunft zu vermeiden, sondern sie im Gegenteil bei der ersten Gelegenheit zu wiederholen und „den Arbeitsmarkt stärker (zu) öffnen“. Die „Integration“ der einen ist also bloß die Vorstufe zur Immigration der anderen. Der Minister teilt uns offiziell, wenn auch gleichsam zwischen Tür und Angel mit, daß er Masseneinwanderung zum Dauerzustand zu machen gedenkt, und daß er eine Politik verfolgt, die Deutschen im eigenen Land in die Minderheit zu drängen.

Unsere wirtschaftliche Entwicklung verdanken wir nicht etwa den technologischen und wissenschaftlichen Spitzenleistungen, die von Deutschen erbracht wurden, auch nicht der in Jahrhunderten gewachsenen Bildungstradition, auch nicht der hohen und bewußt gepflegten Qualifikation auch von Handwerkern, und schon gar nicht dem Schweiß, den die Industrialisierung Deutschlands ab dem 19. Jahrhundert und der Wiederaufbau nach 1945 gekostet haben. Wir verdanken sie den Gastarbeitern, die überdies so „gut integriert“ sind, daß man sich fragt, wieso sie es nicht schafften, diese Integration auch der „dritten Generation“ ans Herz zu legen? Die Sorge darüber wird freilich mehr als ausgeglichen dadurch, daß „das UN-Flüchtlingshilfswerk uns lobt“.

Schäuble fährt fort: „Vor allem aber waren wir nicht gut genug in der Aufgabe, deren (der ausländischen Gastarbeiter) Kinder und Enkel vernünftig zu integrieren – da sehe ich die großen Versäumnisse der deutschen Gesellschaft (des deutschen Volkes). Wenn ich aber sage: Die Bilanz ist schlecht, es hat sich nicht gelohnt, dann stärke ich diejenigen, die mir an einem Stammtisch sagen: ‚Das haben wir schon immer gewußt, raus mit den Ausländern.‘“

Im Klartext: Er darf nicht zugeben, daß die Bilanz schlecht ist, weil er sonst die am „Stammtisch“ stärkt, also das einfache Volk, das in der Tat schon immer ein Gespür dafür hatte, daß Einwanderung niemanden bereichert, es sei denn, die Einwanderer. Diese einfachen Leute dürfen nicht „gestärkt“ werden, und deswegen muß man die von ihnen erkannten Wahrheiten zu Lügen erklären. Man beachte, daß der Minister sich nicht einmal auf seine angeblich überlegene Einsicht beruft (was Herrscher normalerweise tun, wenn es ihre Herrschaft zu rechtfertigen gilt). Er beansprucht also nicht, in der Sache Recht zu haben, er will nur die, die Recht haben, niederhalten. Schäuble weiter: „Ich als Innenminister muß verhindern – das ist Staatsräson Deutschlands -, daß eine neue Ausländerfeindlichkeit entsteht. Ich kann nicht, wie vor einer Woche in Vorarlberg, 25 Prozent für eine rechtsextreme Partei ertragen.“

Der Innenminister glaubt, es sei Sache des Staates, seinen Bürgern ihre Gefühle, zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, zu verbieten bzw. vorzuschreiben. Eine solche Einstellung ist nicht etwa vordemokratisch – kein absolutistischer Monarch hätte sich je für einen Volkspädagogen gehalten -, sie ist totalitär. Die Bürger sollen mit allen Mitteln dazu gebracht werden, zu wollen, was sie sollen. Und das ist nicht nur ein Staatsziel – was schlimm genug wäre –, es ist Staatsräson, d.h. der Staat muß, bei Strafe seines Untergangs, „verhindern, daß Ausländerfeindlichkeit entsteht“. Rekonstruieren wir nun Schäubles Ideologie aus dem, was er hier zwischen den Zeilen gesagt hat: Es kommt ihm vor allem darauf an, was Andere über Deutschland denken, nicht so sehr darauf, was tatsächlich der Fall ist, und auch nicht darauf, ob die Deutschen selbst sich mit ihrer Politik gut fühlen; dieselbe Orientierung an der Fremdwahrnehmung, die schon aus seiner kindlichen Freude über das Lob des UN-Flüchtlingshilfswerks spricht, läßt sich auch aus seiner Panik ablesen, Deutschland könnte in den „Verdacht“ geraten, aus der Nazizeit nichts gelernt zu haben, und an seinem „Stolz” über die ausbleibenden Erfolge „ausländerfeindlicher Gruppen”.

Würde eine Einzelperson sich in dieser Weise an der Fremdwahrnehmung orientieren und die eigenen Interessen gegenüber den Forderungen Anderer hinten anstellen, so würde man diese Person ohne weiteres für neurotisch gestört halten. Bedenkt man dann noch, wie häufig er betont, woran die Deutschen alles schuld seien, seine Neigung, der Deutschen eigene Erfolge („unsere wirtschaftliche Entwicklung“) Ausländern gutzuschreiben, seine Auffassung, die politische Urteilsbildung der Deutschen müsse staatlich kontrolliert und gesteuert werden, und schließlich sein Programm, Masseneinwanderung als eine Art permanente Revolution anzustreben, sobald die aktuellen „Defizite behoben“ sind, so läuft dies in der Zusammenschau auf eine Ideologie hinaus, wonach die Deutschen böse Menschen seien, die, stünden sie auf eigenen Füßen, nur Unheil anrichten könnten, die sich deswegen der Aufsicht durch das Ausland zu unterwerfen hätten, deren politische Willensbekundungen man als Politiker nicht zu respektieren brauche, und die von ihrer Regierung buchstäblich erzogen werden müßten. Jedenfalls für die Übergangszeit bis zu ihrem angestrebten Verschwinden als Volk.[582]
Schäubles „Staatsräson“[583] entpuppt sich als eine zur Staatsideologie erhobene selbstzerstörerische Neurose, und die Bundesrepublik Deutschland ist vermutlich der erste Staat der Deutschen, der seine „Räson“ darin sieht, das eigene Staatsvolk abzuwickeln.[584]
Die BRD nimmt den Deutschen ihre Heimat und schenkt sie den Migranten, denen zugleich aber niemand ihre Heimat genommen hat. Ob man nun der PDS oder der CSU seine Stimme gibt, in einem Punkt werden die Deutschen jedes Jahr einen vom demokratischen Zuwanderungskartell (ZK) garantierten Zuwachs verzeichnen dürfen: im stetigen, nie enden wollenden Anstieg des Anteils der Ausländer. Volker Kauder drückte es so aus:
„*Wir (Demokraten) sind froh, daß ihr (Ausländer) da seid*.“[585]
In Berlin leben Ende 2012 949.183 Nichtdeutsche.[586]
Die immer wieder gerufene Phrase der ‚Autonomen Antifa‘ im Juli 2006, könnte die Staatsräson der BRD nicht besser zum Ausdruck bringen. Damals empfingen etwa 60 junge Deutsche die etwa 3.500 durch die Bahnunterführung am S-Bahnhof-Pankow durchkommenden Moscheebaugegner mit dem Spruch: „Ihr seid das Volk. Ihr seid der Feind!“
Immerhin geht es aufwärts. Der jüngste Anstieg der Gewaltkriminalität in Deutschland sei besorgniserregend, wie Ex-Bundesinnenminister und Freimaurer Otto Schily (SPD) am 21. Mai 2003 in Berlin bei der Vorstellung der „Polizeilichen Kriminalstatistik" (PKS) einräumte. Um 4,8 Prozent sei die Zahl der Gewaltdelikte 2002 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Mit 197.492 erfaßten Fällen wäre damit die mit Abstand höchste Marke seit der Wiedervereinigung erreicht. Zum Vergleich: 1993 wurden 160.680 Gewalttaten erfaßt. Die Zahl ist seitdem konstant gestiegen. Der sprunghafte Anstieg zwischen 2001 und 2002 ist sicher bemerkenswert, kann aber im Grunde kaum überraschen. Denn er dokumentiert die sogenannte ethnische Bereicherung der immer weiter fortschreitenden ‚multikulturellen‘ Gesellschaft.[587]
Irgendwann aber geht der Schuß nach hinten los, nämlich dann, wenn immer mehr Bürger dahinterkommen, daß jede Opposition zu einem sich als Demokratie ausgebenen Verbrechersystem automatisch als rechts, rechtsextrem oder neonazistisch denunziert wird.
Ab diesem Zeitpunkt dürfte der rechte Popanz seinen Schrecken verloren haben, denn rechts zu sein gilt nicht mehr als ein soziales Stigma, sondern als Ausweis der inneren Distanz zu einem kriminellen Staatswesen. Dennoch befindet sich dieses System in einer für das Volk fatalen Win-Win-Situation. Denn entweder errichten sie ihre Diktatur schleichend über den Kampf gegen Rechts unter Preisgabe des Landes an den Globalismus, oder offen, indem sie durch einen Rechtsruck des Volkes den Vorwand bekommen, die letzten „demokratischen“ Grundrechte auszuhebeln und das einheimische Volk auf offener Straße abzuknallen.

---

[582] Anteil der Migranten bei den unter 5-jährigen: Nürnberg (67,0%), Frankfurt am Main (64,6%), Düsseldorf (63,9%), Stuttgart (63,6%), Wuppertal (62,0%), Augsburg (60,2%).
Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 1 Reihe 2.2. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden 2007, S.8

[583] Staatsräson, der Grundsatz, die oberste Richtschnur für das staatl. Handeln die ‚Staatsvernunft’.

[584] WELT ONLINE, „Ist Einwanderung nützlich?“, 27. 09.2009; Im „Netz“ kommentiert unter dem Titel: „Doktor Schäubles Staatsneurosen, 01.10.2009

[585] Focus, Volker Kauder in: „Integration – Kauder kritisiert türkisches Männerbild“, 31.01.2010

[586] JUNGE FREIHEIT, „Ausländeranteil in Berlin weiter gestiegen“, 11.02.2013

[587] Wertet man alle offiziell registrierten PKS in dem Zeitraum von 1998-2006 entsprechend Nr. 6 aus, ergibt sich in der Summe für die Taten Nichtdeutscher (ohne eingebürgerte Paßdeutsche!): Mord und Totschlag 7.197 (es darf davon ausgegangen werden, daß die Mehrzahl der Opfer Deutsche sind), Vergewaltigung, sex. Nötigung 22.719, Raub 159.792, Gefährliche und schwere Körperverletzung 294.778. Quelle: Statistik des Bundeskriminalamt

Systematischer Kampf gegen das Volk

„Ohne Zweifel wollen Schäuble und Konsorten die Deutschen als Volk und Nation abschaffen. Auch die seit Jahrzehnten gezielt betriebene Überfremdung, Proletarisierung und Durchmischung (im Neusprech „Integration“) durch staatlich organisierte Masseneinwanderung erhält so ihre Erklärung. Es handelt sich nicht um Kurzsichtigkeit, Dummheit und Hilflosigkeit, wie viele unaufgeklärte und wohlmeinende Deutsche noch immer glauben, sondern um einen systematischen Kampf gegen das deutsche Volk. …

Unsere eigene Kultur und Geisteswelt verdanken wir nur der Existenz der Deutschen als Volk. Die kulturelle Vielfalt der Welt ist das Ergebnis der Existenz einer Vielfalt an Völkern. Ohne das deutsche Volk gäbe es weder die Musik Bachs und Beethovens noch die Schriften Goethes und Nietzsches; die ganze Welt wäre ärmer! Das Gleiche gilt auch für alle anderen Kulturvölker. Kein Volk trachtet danach, mit anderen Völkern im Krieg zu stehen, ihnen zu schaden oder sie auszulöschen; so etwas kann immer nur Ziel einer perversen „Elite“ sein. Die Welt wäre am friedlichsten und schönsten, wenn jedes Volk die Möglichkeit hätte, seinem eigenen Wesen entsprechend in nationaler Souveränität zu leben. Was verfolgen Ideologen wie Karl Marx, Kapitalisten wie die Rothschilds und Rockefellers und ihre Büttel und Nutznießer von Joseph Ackermann bis Schäuble und Barroso? Warum wollen sie alles Natürliche im Zusammenleben der Menschen zerstören, von Ehe und Familie bis zu Völkern? Warum fördern sie die Durchmischung und Konfrontation von vollkommen fremden Völkern auf engstem Raum?

Warum hetzen sie die Kulturen und Religionen aufeinander und behaupten scheinheilig, die Lösung der dadurch entstandenen Konflikte sei die Abschaffung der Völker und Nationen selbst? Eins steht fest: Sie machen dies, um uns zu manipulieren und auszubeuten; sie sind unsere schlimmsten Feinde.“[588]

„Die Ängste der Forschergruppe um Klaus J. Bade, daß die Migranten Deutschland in Scharen verlassen, treffen jedenfalls nicht zu. Vielmehr hat die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Jahren 2005 bis 2009 um etwa 715.000 zugenommen, also um fast 200.000 pro Jahr, während die Gesamtbevölkerung in der selben Zeit um etwa 561.000 abgenommen hat.

Damit ist die Zahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund in diesen vier Jahren um etwa 1,3 Millionen gesunken. Migranten stellten 2009 bei 19,6% Bevölkerungsanteil schon 34,6% der Kinder unter 5 Jahren. In Baden-Württemberg hatten 2008 41,2% der unter 6-Jährigen einen Migrationshintergrund, in Nordrhein-Westfalen 41,9%, in Hessen 44,5%, in den Stadtstaaten: Berlin 43,2%, Hamburg 47%, Bremen 51,6%. In den Großstädten sind es teilweise noch deutlich mehr, so in Dortmund 53,6% der unter 6-Jährigen, Köln 54,3%, München 58,7%, Düsseldorf 58,8%, Stuttgart 59,3%, Augsburg 60%, Nürnberg 62,5%, Frankfurt am Main 67,5%. Aber auch außerhalb der Großstädte sind diese Anteile teilweise höher, als man es erwartet haben könnte, so z.B. in der Region Donau-Iller (Bayern) 40,9%, Region Mittlerer Oberrhein 41,7%, Region Hochrhein-Bodensee 47,2%, Region Neckar-Alb 47,5%. Selbst in vom Statistischen Bundessamt als „ländliche Räume“ zusammengefassten Gebieten sind es bundesweit 20,0%."[589]

Statistisch entfielen 1981, also vor zehn Jahren, auf jede verheiratete türkische Frau 3,5 Kinder, auf jede verheiratete deutsche Frau (in Deutschland) dagegen nur 1,3 Kinder. Sollte dieser Trend anhalten, und neueste Zahlen weisen darauf hin, dann kommt es innerhalb der nächsten Jahre zu dem, was Hepp „Die Endlösung der Deutschen Frage“[590] genannt hat. Den Deutschen steht die Verdrängung ihres biologischen Erbes vor der Tür. Das Schreckgespenst rüttelt schon an der Türklinke – der deutsche Michel dreht den Fernseher lauter, seine Lebensgefährtin liest indessen „Cosmopolitan“. Der Humanethologe Eibl-Eibesfeldt warnt:

„Zu erwarten, daß Einwanderer zugunsten der Eingesessenen ihr Fortpflanzungsverhalten einschränken, ist naiv. Für die Einwanderer wäre dies ja eine falsche Strategie: wollen sie ihre Existenz (in einem fremden Land) absichern, dann müssen sie Macht erlangen, um sich von der Dominanz der Eingesessenen zu lösen. Und Macht gewinnt man über Anzahl. Ein ‚Kampf der Wiegen“ ist in dieser Situation fast unausweichlich, wobei es sich im wesentlichen um Automatismen handelt.“[591] [16, Seite 335]

[588] Skeptizissmus Deutsch, „Unsere Unterdrücker lassen ihre Maske fallen“, 22.11.2011

[589] Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010: Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus, S. 12

[590] Robert Hepp, „Die Endlösung der Deutschen Frage“, Grabert-Hohenrain, Tübingen 1988

[591] Irenäus Eibl-Eibesfeld, „Der Mensch – Das riskierte Wesen“; Piper, München 1991

Der Umgang mit dem deutschen Volk. Die BRD-‚Demokratie' in der Praxis

„Frankfurt war schon immer eine Einwandererstadt", sagt Birkenfeld, „vor allem aber gibt es hier keinen Stadtteil, der von einer ethnischen Gruppe dominiert wird. Es hilft ja nicht, wenn die eingeborenen Frankfurter sagen, wie etwas zu sein hat, wie man zu leben hat, obwohl sie in der Minderheit sind. Das kann nicht funktionieren." Oliver Reussig sagt: „Die Nationalitätendebatte ist einfach vorbei, das hat mit Frankfurt nichts mehr zu tun", sagt Reusswig. Die Zuspitzungen, die Attacken, das Gepolter, das seien alles „die letzten Zuckungen von Leuten, die nicht wahrhaben wollen, daß es gar keine Urdeutschen mehr gibt, die ihr Heimatgefühl verlieren könnten, daß die urdeutsche Bevölkerung inzwischen einen Migrationshintergrund hat".[592]

Bild 88: Dr. h.c. Petra Roth (CDU), und der (okkulte) moralische Zeigefinger. Bundesdeutsche Demokraten haben das deutsche Volk in eine anonyme Massengesellschaft umgewandelt. Eine Legitimation dazu hatten sie nie. Von wem sie ihren ‚Auftrag' erhielten, bleibt zu klären.

„Frankfurt am Main entwickelt sich zu einem neuen Schauplatz im Streit um den Neubau von Moscheen. Der türkisch-pakistanische Hazrat-Fatima-Moscheeverein plant die Errichtung eines großen Moschee- und Gemeindekomplexes an der Straße „Am Industriehof" im Stadtteil Hausen. …Dagegen hat sich ein lautstarker Bürgerprotest formiert. Anwohner fürchten nicht allein eine verstärkte Verkehrsbelastung, sondern eine zunehmende Islamisierung und Überfremdung ihres bürgerlichen Wohngebiets, in dem bereits zwei Moscheen existieren.

Ortstermin, Mitte September. Zu einer Diskussionsveranstaltung im Kulturzentrum „Brotfabrik" hatte der Ortsbeirat geladen. Der Saal ist brechend voll. Es dürften weit mehr als 300 Besucher sein. Das Publikum ist mehrheitlich deutsch, bürgerlich und über 40 Jahre alt. Jugend zeigt sich kaum, bei allen Konfliktparteien. Nur etwa 20 Jugendliche sind auszumachen. Deren Meinung ist eindeutig auf Seite der Moscheebauer. Einige türkische Jung-Machos ohne Manieren, aber mit teils blondem weiblichen Anhang schwätzen ständig laut, futtern und trinken, was zu mehrfachen Ermahnungen durch Zuhörer führt. …

Auf dem Podium haben zwei Vertreter des Moscheenvereins, ein Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes und der städtische Integrationsdezernent Jean-Claude Diallo (Grüne) Platz genommen. Schon während der Personenvorstellung kommt es zu hitzigen Szenen. Zwischenrufe und Pfiffe gellen durch den Raum, der Veranstaltungsleiter erklärt mehrfach ruhig das Prozedere, die Stimmung bleibt aber hitzig. Mit Anzug und gutem Deutsch erläutert der Sprecher des Moscheevereins, Ünal Kaymakci, eloquent das Vorhaben. Der junge Jurist hat die richtigen Worte gelernt, derer es in Deutschland braucht, um den Segen der tonangebenden politischen Kultur zu erhalten. Er spricht von Religionsfreiheit und Toleranz. Gegnern der Moschee wirft er hingegen „tief verwurzelte Vorurteile" und „Unkenntnis" des Gemeindelebens vor. Womit er nicht nur Unrecht haben dürfte. Dem Konflikt solle das Gebäude aber gerade abhelfen. Viel Glas und Stahl solle Verwendung finden, somit die Moschee zur Stadt hin „geöffnet" und „transparent" erscheinen. Als Kaymakci durch Zwischenfragen in die Enge getrieben wird, beginnt seine Fassade zu bröckeln. Auf die Frage, wie er es denn mit der Religionsfreiheit in seiner Heimat halte, ob er sich von der Verfolgung christlicher Gemeinden distanziere, antwortet er ausweichend: „Meine Heimat ist Deutschland." Daß die Gemeinde, für die er spricht, aber als explizit pakistanisch-türkische auftritt und unlängst einen Imam präsentierte, der zwar Urdu beherrscht, aber weder Deutsch noch Englisch, ist mit diesem Heimatbekenntnis schwer vereinbar. Als Kaymakci auf seinen Integrationswillen angesprochen wird, reagiert er trotzig: „Wir müssen nicht integriert werden, wir sind Gestalter der Integration." Einer, der diesen Begriff in seiner Berufsbezeichnung führt, Integrationsdezernent Diallo, positioniert sich ebenfalls eindeutig gegen die Mehrheit der anwesenden (Deutschen) Hausener und macht sich über die Anwohner lustig. Sie stritten sich „wie die Raben" um den „letzten Mist", meint er. Er führe aber kein Weg daran vorbei, daß die Bürger nun einmal den Lauf der Dinge akzeptieren müßten. Solche Festlegungen, nach denen nur die deutsche Stammbevölkerung die von der Politik geförderten Entwicklungen zu akzeptieren und Toleranz walten zu lassen habe, führten zu großem Unmut im Saal. …

[592] Frankfurter Rundschau, „Neukölln ist nicht im Gallus – Integration in Frankfurt", 08.10.2012

Bild 89: Außereuropäische Ausländer in Deutschland teilen nicht dieselben Sorgen, wie einheimische Deutsche. Sie haben auch nicht die gleichen Interessen. Es ist ja nicht ‚ihr' Volk.

Der 63-jährige Diallo, ein aus Guinea stammender Psychologe, seit 1995 als ‚Fachbereichsleiter' für „Flüchtlinge, Migranten und interkulturelles Zusammenleben" bei der evangelischen Kirche tätig, hat für all das nur ein breites Grinsen übrig. Unterstützung findet Diallo nur bei einigen Besuchern vom linken Rand. Jutta Ditfurths Gefährte Manfred Zieran von der „antirassistischen" Liste „Ökolinx" versucht den Konflikt erst auf die Frage nach Verkehrsproblemen und mangelnden Sozialarbeiter-Stellen herunterzureden und fängt dann irgendwann an, laut zu werden. Die radikale Linke versucht zwar vehement den Kulturkonflikt zu leugnen und alles wieder auf die Ebene einer klassischen sozialen materiellen Frage zu ziehen, die eventuell mit Betreuungspersonal zu beruhigen wäre, doch es ist vergeblich. Immer wieder kommt es zu Wortgefechten des Podiums mit Vertretern der Bürgerinitiative Hausen, ein bislang völlig unorganisierter informeller Kreis von Anwohnern.

„Wir wollen keine Kreuzberger Verhältnisse", bringt deren Sprecher Horst Weißbarth die Sorge vor einem zunehmend türkischen Ghetto zum Ausdruck. Überhaupt sind die Moscheekritiker im Saal keine Ideologen oder Intellektuelle, es haben sich vielmehr Normalbürger versammelt mit all ihren diffusen Ängsten und teils dumpfen Ressentiments, aber aktiviert von dem Empfinden, daß nun tiefgreifende und spürbare Veränderungen in ihrem Lebensraum und sozialen Gefüge bevorstehen, für die die Moschee eben als ein Symbol steht."

Der angetretene Stadtdezernent Volker Stein (FDP) erklärte daraufhin die „Diskussion für beendet". … Es gab den ersten Tumult, als Herr Weißbarth von der Bürgerinitiatve den erstaunten Stadtverordneten eine Unterschriftenliste mit 1.064 Unterschriften gegen den Moscheebau überreichte. FFM-Hausen hat so um die 6.500 Einwohner. … Nachdem dann der Antrag des BFF-Vorsitzenden Wolfgang Hübner vorgetragen wurde, den Moscheebau an einen anderen Ort zu verlegen kam dann irgendwie mittendrin der richtige Skandal! - ausgelöst durch einen Satz des Grünen-Ausschußmitglieds Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg. Sie brachte den Saal total zum Kochen und zwar sagte sie bezogen auf den Moscheebau und Integrationsprobleme im Allgemeinen mehr oder weniger wörtlich:

„Migration in Frankfurt ist eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie woanders hinziehen!" Das brach einen totalen Tumult los, den die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung wahrscheinlich so noch nie erlebt hatte. Volkszorn pur, wildes Herumgebrülle, Bürger die mit erhobener Faust dem Podium zürnten und im wilden Zick-Zack, angeführt von dem Mitbegründer der Hausener Bürgerinitiative, Horst Weißbarth, die Sitzung verließen. … Wenn eine „erfolgreiche Integrationspolitik" meint, daß deutsche Bürger ihre Büttel packen sollen, wenn sie sich der totalen Überfremdung gegenübersehen, dann ist der Zeitpunkt zum entschlossenen Protest gekommen!

„Sie sind zudem angetrieben von einem Gefühl der Ohnmacht, da sie keinerlei politische Vertretung ihrer Interessen mehr in den herkömmlichen Parteien finden. Während die städtischen Verantwortlichen sich schon seit Monaten heimlich mit den Bauplänen befaßten und der Ortsbeirat sich faktisch zum Stillschweigen verpflichten ließ, sickerten die Pläne nur zufällig an die Öffentlichkeit. Viele Bürger reden sich so ihre Sorgen von der Seele. Und sie dürfen sich wieder einmal einig wissen mit einer breiten Koalition des Stadtparlaments von CDU bis zu den Grünen und zur Linkspartei. Diese Koalition hat sich längst hinter dem Verweis auf die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit verschanzt und den Anwohnern jegliche Legitimation abgesprochen. … „Rassist" und „Schreibtischtäter", polterte (der Ausländer) Diallo denn auch während einer Sitzung des Integrationsausschusses. Der Tenor im Ausschuß war zudem einhellig: Eine Veranstaltung wie die in Hausen dürfe nie wieder so stattfinden. Die Politik dürfe ein solch unkontrolliertes Podium für die Bürger nicht mehr zulassen. Vor allem Vertreter der Linken und der Grünen sprachen davon, daß dort nicht nur Meinungen, sondern auch „Verbrechen" geäußert worden seien. Ihnen wurde von den Großparteien nicht widersprochen. …"[593]

[593] JUNGE FREIHEIT, „Lautstarker Bürgerprotest – Islamisierung: In Frankfurt am Main organisieren Bürger des Stadtteils Hausen den Widerstand gegen einen Moschee-Neubau", 42/07, Armin Krach

Staatsrassismus und Ausländerbonus

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Sozialamtes Berlin-Neukölln, der dort vor dem Jahr 2004 für ausländische Mitbürger zuständig war schrieb das Folgende:

„Ich war von xxxx bis xxxx Sachbearbeiter im Sozialamt Berlin-Neukölln, dem wohl größten Europas … Ausländer wurden klar bevorzugt, haben über Anrufe vom Türkischen Verein usw. und ihre Heerscharen an Beratern, Sozialarbeitern sogar Urlaubsreisen bezahlt bekommen, weil sie ja natürlich Heimweh hatten, obwohl das BSHG dafür keine Ermächtigung gab. Haben auch mal ein paar Tausender extra bekommen für eine Sofalandschaft. Ein afghanischer Drogenhändler saß im Knast, Frau und acht Kinder haben jeden Monat 4000,- Sozialhilfe abgeholt. Als ich den Fall bekomme, stelle ich fest, daß sie einen neuen Mercedes für 50.000,- seit ein paar Wochen haben. Ich will Halteranfrage machen, um zu verlangen, daß nach §2 BSHG (nachrangige Leistung) das eigene Vermögen eingesetzt werden muß.

Mein Vorgesetzter meint, das machen wir nicht, es gebe das ungeschriebene Gesetz, bei den Neuköllner Ausländern alles zu bewilligen, das sei politisch so gewollt, damit sie ruhig bleiben. Einer türkischen Familie mußte mal eine Kollegin 15.000,- (sic, fünfzehntausend) für Malerarbeiten bezahlen inklusive Möbelrücken. Nach einem Jahr schrieb die Frau einen neuen Antrag, die Kinder hätten alle Tapetenabgerissen und bemalt, es müsse nochmals die Malerfirma kommen. Wie es weiterging, konnte ich nicht mehr nach verfolgen.

Deutsche bekamen so was nicht! Einmal bekam ich eine Akte von einem Türken mit drei Lohnbescheinigungen der letzten Monate, danach war er nicht mehr hilfebedürftig, da der Lohn viel höher war als der SH-Anspruch. Ich stoppte die laufenden Zahlungen. Daraufhin kam er in die nächste Sprechstunde und schrie mich an, er wolle sofort das Geld. Ich bat mehrfach, er möge sich erst mal wie jeder andere in die Warteliste eintragen und draußen warten. Er verweigerte dies und sagte selbst- und siegesbewußt, er werde mich jetzt fertig machen, und ging zu meiner Gruppenleiterin. Zusammen kamen sie rein, und sie schrie mich auch an, es sei eine Schweinerei, was ich mit dem Mann mache, ich solle ihm sofort sein Geld zahlen. Ich verwies auf die Gesetzeslage und verbat mir, mich zu einer Straftat zu nötigen, sie solle ihm selbst das Geld zahlen. Nachmittags bekam ich vor Ärger – nach diesem tausendsten Vorfall – wieder mal einen Hörsturz und ließ mich krankschreiben, deshalb weiß ich nicht mehr, wie es weiterging. Kurz darauf wurde ich ins Ausländer-Sachgebiet Soz 303 versetzt. …

Die multikriminelle Gesellschaft wird an den Gesetzen vorbei mit Geld erkauft – zu Lasten des deutschen Volkes und Steuerzahlers (die Dönerfritzen zahlen ja keine Steuern, da sie ihre Läden jedes Jahr ummelden). Die Bevorzugung von Ausländern beim Sozialamt ist (inländerfeindlicher Staats-) Rassismus (der BRD)." [10, Seite 260, 261]

„Ich war acht Jahre Jugendschöffe, vier am Landgericht xxx und dann vier am Amtsgericht xxx. Ich kann einem „richtigen" Deutschen nur empfehlen, nicht mit Nachbars Quad zu fahren, dafür gibt es die gleiche Strafe wie für 70 professionelle Einbrüche eines „neuen guten" Deutschen. … Nachdem es viele Fälle mit Bewährungsstrafen gab, fragte ich dümmlicherweise die drei Berufsrichter, warum denn so viele mit Bewährung von den Amtsgerichten beim Landgericht landen. Antwort eines Berufsrichters am Landgericht: Wir (die Richter) haben eine mündliche Anweisung vom Justizministerium NRW, daß eben möglichst nur im Ausnahmefall Gefängnis vergeben werden solle. Die Begründung war: 1. die Gefängnisse sind voll; 2. die Kosten von über 3000 Euro pro Kopf und Monat sind nicht bezahlbar; und 3. (der echte Hammer) sonst wäre die Statistik so massiv negativ für die Migranten (Ausländer). Das war noch zu rot-grüner Zeit. Nach dem Wechsel habe ich das unserem CDU-Abgeordneten mitgeteilt mit der Bitte, das anzusprechen. Nichts hat sich geändert. (Er hat es wohl nie angesprochen.)

Ende 2006 war Wolfgang Bosbach bei dem CDU-Kreisparteitag. Es ging zufällig um das Thema „Jugendkriminalität".Dort sagte Bosbach (und hat mit den Armen ganz wichtig gefuchtelt):

„Das sind alles Deutsche und ich (Bosbach) verwahre mich dagegen, diese jungen Menschen jemals in einer Statistik separat zu fuhren." Ich bin an dem Abend aufgestanden und nach Hause gefahren. Im Mai 2008 bin ich dann aus der CDU ausgetreten." [10, Seite 259f.]

Der Sinn und Zweck so einer Politik liegt darin, die BRD für Fremde attraktiv zu machen, ihre Ansiedelung zu fördern und ihren Verbleib zu festigen. Es ist eine systematische Siedlungspolitik mit inländerfeindlicher Zielsetzung.

Ethnische Deutsche werden auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung vorsätzlich schlechter gestellt, als beispielsweise türkische Krankenversicherte in Deutschland. Hierzulande legal lebende Türken haben Anspruch darauf, daß auch ihre im Ausland lebenden Angehörigen kostenlos mitversichert werden.[594] …
Hier lebende Türken haben – trotz leerer Kassen – auch weiterhin Anspruch darauf, daß ihre in der Türkei lebenden Angehörigen – sogar die Eltern – im Krankheitsfall Leistungen aus der deutschen Krankenversicherung erhalten und zwar auch dann, wenn diese niemals in Deutschland gewesen sind. Rechtsgrundlage dieser Regelung ist das deutsch-türkische Abkommen vom 30. April 1964 über Soziale Sicherheit.
Die Bevorzugung ausländischer Familienangehöriger in der kostenlosen Mitversicherung deutscher Krankenkassen widerspricht genau genommen dem Gleichbehandlungsgrundsatz und stellt Deutsche erheblich schlechter als in Deutschland lebende Türken. Schließlich ist deutschen Krankenversicherten die Einbeziehung von Eltern in die Familienmitversicherung verwehrt. Bei Deutschen dürfen nur Ehegatten, Lebenspartner mit Kindern beitragsfrei in die gesetzliche Familienversicherung aufgenommen werden.
Es war das in Bielefeld beheimatete Westfalen-Blatt, das am 18. Juli 2003 zum ersten Mal über dieses Thema berichtete. Die Überschrift des Artikels lautete „Ein Tabu – milliardenschwer“. Dem Bericht zufolge kostet die beschriebene Praxis die deutschen Krankenversicherungen viele Milliarden Euro. Der Artikel erregte Aufsehen – und die Politik wurde wach: Die Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilte dann 2003 zum Thema „beitragsfreie Krankenversicherung der Eltern ausländischer Arbeitnehmer“ in der gesetzlichen deutschen Krankenversicherung lapidar mit: „Insofern besteht hier in der Tat eine Ungleichbehandlung gegenüber den in Deutschland lebenden Eltern von GKV-Versicherten.“[595] Geändert haben die Politiker allerdings nichts. Wir Deutschen zahlen weiterhin viele Milliarden Euro für Menschen, die nie in Deutschland waren und dennoch hierzulande krankenversichert sind. [10, Seite 135]
Die Bundesrepublik Deutschland hat mit der Türkei, Kroatien, Mazedonien, Rest-Jugoslawien, Bosnien-Herzegowina und weiteren acht Ländern, darunter Tunesien und Marokko, Vereinbarungen getroffen, wonach die Familienangehörige von in Deutschland lebenden Ausländern beitragsfrei bei deutschen Krankenkassen mitversichert sind.
Ein arbeitsloser ausländischer Bürger oder Asylbewerber in Deutschland kann kostenlos alle Medikamente ohne Zuzahlung in der Apotheke bekommt, kompletten Zahnersatz, teuerste Operationen, er muß keine Krankenhauszuzahlung leisten. Darüber hinaus bekommt er physiotherapeutische Behandlungen, Dolmetscher inklusive, ohne jemals einen Cent eingezahlt zu haben. Bei deutschen Kassenpatienten hingegen, rechnen Ärzte zahlreiche Leistungen, wegen der Bewertungsmaßstäbe, Teilbudgets und Punktezahlen, nur noch begrenzt ab. Namhafte Ärzte schätzen den Mißbrauch der Krankenversicherungen durch ausländische Gesundheitstouristen, die extra einreisen, um sich einer teuren medizinischen Behandlung zu unterziehen, so hoch, wie das aktuelle Defizit aller Krankenkassen! (schätzungsweise 7-10 Mrd. Euro wurden im Jahr 2004 an das Ausland erstattet)[596]
… Ethnische Deutsche (werden) bei der Agentur für Arbeit und beim Kindergeld vorsätzlich schlechter gestellt, als beispielsweise illegale Türken in Deutschland. Denn Türken, die sich illegal in Deutschland aufhalten, können nicht nur für ihre Kinder Kindergeld beanspruchen – nein, sie erhalten dieses sogar für Kinder, die in der Türkei leben. [10, Seite 133]

[594] DIE WELT, „Krankenkassen müssen für Eltern von Ausländern in deren Heimat zahlen - Behandlung in der Türkei und auf dem Balkan - Deutsche benachteiligt“, 13.04.2003
[595] Stellungnahme der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Bürgeranfragen zum Thema „beitragsfreie Krankenversicherung der Eltern ausländischer Arbeitnehmer“, Pressemitteilung Martin Hohmann, MdB, Hervorhebungen ML 2003-07-04
[596] Jürgen Wegner; Magazin 2000 plus Spezial, „Kosten und Nutzen der Krankenkassen“

Die Bundesrepublik drängt Nichtdeutsche unter Waffen

Bild 90: Gleiche Weltbild auch in der Bundeswehr

„Verteidigungsminister Thomas de Maizière will mehr Migranten mit deutschem Paß für die Bundeswehr gewinnen. „Ich möchte, daß die Bundeswehr repräsentativ ist für den Querschnitt der Bevölkerung", sagte er am Mittwoch bei einem Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara. Eine Aufnahme von Ausländern in die Truppe lehnte de Maizière dagegen ab.
„Ein Modell einer Fremdenlegion kommt für Deutschland nicht in Frage", betonte der Minister. In Deutschland ist die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung.
Wie viele Soldaten ausländischer Abstammung sind, wird bei der Bundeswehr nicht erfaßt. Eine Umfrage unter freiwillig - Wehrdienstleistenden hat laut Ministerium allerdings kürzlich einen Anteil von 26 Prozent Migranten im Vergleich zu 27 Prozent zur Gesamtbevölkerung in dieser Altersklasse ergeben.“[597]

„… Schaut euch mal einige Soldaten des Fallschirmspezialzuges an. Übrigens rekrutiert das KSK einen Großteil seines Personals aus dem Bereich der Fallschirmspezialzüge. Seit der Günzel-Geschichte gibt es auch einen verdeckten sog. Polit-Check durch den MAD für die Anwärter. Aus meiner eigenen Dienstzeit, die deutlich mehr als nur den Grundwehrdienst umfasste, kann ich aus eigener Erfahrung berichten, daß ich bisher einen Oberleutnant aus dem Jemen, einen aramäischen Stabsunteroffizier, einen armenischen, drei türkische und fünf schwarze Hauptgefreite hatte. Weiterhin einen schwarzen Stabsfeldwebel, einen kirgisischen Feldwebel und einen tadschikischen Stabsgefreiten. ... Übrigens wird seit der letzten Rot-Grünen-Regierung in NRW bevorzugt paß-deutsches Personal im Bereich der polizeilichen Spezialeinheiten eingestellt, da diese als politisch zuverlässiger gelten.“
„… Ich habe einen Großteil meines Lebens in der Bundeswehr verbracht und konnte auch in höhere Stäbe (Division aufwärts) tiefe Einblicke erlangen. Hatte dort auch das zweifelhafte ‚Vergnügen‘ und habe ein halbes Jahr direkt mit Sicherheitspolitikern aus allen Fraktionen gearbeitet. Was ich dort erlebte, ließ mich um Jahre altern. Dagegen waren die Einsätze bei ISAF und KFOR ein Witz. Weshalb glaubt ihr wohl, wollen fast alle Blockparteien eine Freiwilligen bzw. Berufsarmee? Weshalb werden seit Jahren die Beamten-, Polizeiorganisations- und Soldatengesetze reihenweise umgeschrieben? Die Bundeswehr soll schon lange nicht mehr die Heimat verteidigen und schützen. Wer das denkt, lebt im Irrsinn.
Schon mal daran gedacht, wer heute zur Bundeswehr geht und wer Zeit- bzw. Berufssoldat wird? Beim Bund traf ich (das ist jetzt kein Witz!) Armenier, Aramäer, Mongolen, Franzosen, Nigerianer, Senegalesen, Russen, Kasachen, Turkmenen, Polen, Marokkaner, Tunesier und Vietnamesen. Und das waren noch nicht alle Nationalitäten. Natürlich alle mit einem Personalausweis der BRD ausgestattet.“[598]

Die BILD berichtet darüber, daß die Bundeswehr, nun auch im Inneren eingesetzt werden darf: „Die Bundeswehr darf auch bei Einsätzen im Inland in Ausnahmefällen militärische Mittel zur Abwehr von Gefahren einsetzen. Das entschied das Bundesverfassungsgericht in einem am Freitag veröffentlichten Beschluß.“[599] Vor allem dann, wenn die ‚freiheitliche-demokratische Grundordnung‘ in Gefahr sei (natürlich geht es auch hier nicht um das dt. Volk!). Bereits einige Jahre zuvor wurde dieses Vorhaben und der mögliche Sinn dahinter diskutiert:
„Immer mehr zeichnet sich folgendes Szenario ab: Bundeswehr, Polizei, Politik und Geheimdienste Seit' an Seit' mit den Migranten, die Maschinenpistole in der Hand, auf die angestammten Deutschen feuernd. Auf wen wollten sie sonst zielen? Die von mir skizzierte Anti-Volks-Allianz können wir bereits jetzt in allen Fragen beobachten, die mit Islamisierung, Migration, Ausländerkriminalität usw. zu tun haben. Lediglich die Bundeswehr käme neu hinzu. Eine EU-Miliz namens EUROGENDFOR wurde auch schon aufgestellt.“[600]

---

[597] Rheinische Post, „De Maizière will mehr Migranten in der Bundeswehr”, 20.06.2012
Dr. Thomas de Maizière ist Mitglied der Christlich Demokratischen Union, der Atlantik-Brücke und Rotarier.
[598] ‚Untergrundkämpfer‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Landesverteidigung soll wieder Hauptziel werden“, 16.05.2011
[599] BILD, „Karlsruhe erlaubt Einsatz militärischer Mittel“, 17.08.2012
[600] ‚Brutus’, POLITIKFOREN.NET, in: „Thomas de Maizière will die Bundeswehr im Inneren einsetzen“, 05.12.2009

„Fürchten unsere ‚Volkszertreter' wirklich nur einzelne Terroranschläge? Oder fürchten sie Volksaufstände, z.B. wegen der Verschleuderung deutschen Vermögens an EU-Pleitestaaten? Oder wegen der zunehmenden Verarmung vieler Bürger durch die Umverteilung von unten nach oben? … Tja, jetzt ist es plötzlich ohne Änderung des Grundgesetzes möglich!? Genauso, wie die Todesstrafe in Deutschland bei inneren Unruhen jetzt durch die EU-Verfassung möglich wurde! Werden in die neue Freiwilligen-Armee besonders viele Immigranten (ansonsten arbeitslos) eintreten, die wenig Skrupel haben, auf Deutsche zu schießen? Ist das der tiefere Sinn der Freiwilligen-Armee? Ab wann liegt eine „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes" vor und wer entscheidet das? Wie genau und von wem wird zwischen einer „demonstrierenden Menschenmenge" und „inneren Unruhen" entschieden?"[601]

Eine solche Ausnahmesituation sei gegeben, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung (FDGO) der BRD gefährdet sei. Geschützt werden soll also nur das aus fremdem Geist geschaffene System. Vom deutschen Volk als schützenswerte Körperschaft ist überhaupt nicht die Rede!

„Für mich ist das nur ein Vorbauen auf eventuelle kommende Unruhen für den Fall das sich das (dt.) Volk anfängt zu wehren; gegen dieses korrupte, verräterische, dreckige Sklavensystem. So ist abgesegnet das Volk niederzuknüppeln, wann immer sie es für nötig halten. Und der Zweck des Austausches von Deutschen in der BW durch Fremdländer ist nun auch ersichtlich."[602]

„Warum buhlen die so händeringend um Ausländer in ihren Reihen? Weil die Demokraten Leute brauchen, die aufs eigene Volk schießen. Ausländer werden bei Einstellungen in Beamtenberufe bevorzugt."[603]

„Es ist ein Faktum, daß die entsprechenden Offiziere im Falle innerer Unruhen, gezielt auf die Ausschaltung sog. Rechtsextremer eingewiesen werden."[604]

Auf diesen Beitrag gab es den Einwand, daß in der Bundeswehr doch „unsere Kinder dienen" würden und man daher keine Furcht vor einem Inlandseinsatz haben müsse. Dem wurde entgegnet: „Dort dienen zunehmend auch Türken und Neger, da der Migrantenanteil gerade bei der jungen Bevölkerung drastisch steigt. Die hätten im Zweifelsfall kein Problem damit, auf die autochthonen Deutschen zu schießen, falls diese doch mal aufmucken sollten. Und genau darum geht es."[605]

„Die Todesstrafe gemäß EU-Verfassung bei Unruhen durfte auch vorher schon durch die Polizei vollstreckt werden. Neu ist, daß dies jetzt auch durch die BW ermöglicht wird, durch die Einsätze im Inneren."[606]

„Gerade hat dieser Spinner Volker Bouffier (CDU) den Einsatz von Schußwaffen für ‚innerdeutsche Probleme' befürwortet, in Verbindung mit der BW."[607]

„Es geht halt darum, daß die Bundeswehr gegen die Millionen Wutbürger vorgehen darf, wenn diese auf die Straße gehen, wenn sie merken, daß ihre gesamte Lebensleistung, ihre Rente weg ist (das heißt, bei den Banken ist)."[608]

„Ja, in Frankreich war es etwas früher, als Sarkozy die Wehrpflicht abgeschafft hatte. Der Plan ist natürlich, arbeitslose Ausländer in die neuen Söldnertrupps anzuheuern, die dann sogar gegen Bezahlung endlich ihrem lebenslang angestauten Haß auf alle Weißen freien Lauf lassen dürfen, wenn man sie auf die Aufständischen losläßt. Man wird sich bewaffnen müssen."[609]

„Das mit den Migranten-Soldaten mag funktionieren in einer international tätigen Söldner-Armee. Nun definiert sich aber gerade die Bundeswehr als so eine Art „Heimat-Schutz", rein defensiv usw. Welche Motivation sollten wohl migrierte (wandende) Inder, Türken, Nigerianer usw. haben, die „Deutsche Nation" oder das „Deutsche Vaterland" zu verteidigen?

Es ist nicht ihre Nation oder ihr Vaterland."[610] ‚Skaramanga' selbst ist Grieche.

---

601 ‚Tosh', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 17.08.2012
602 ‚Patriotistin', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 17.08.2012
603 ‚Irmingsul', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 17.08.2012
604 ‚Odin', POLITIKFOREN.NET, in: „Thomas de Maizière will die Bundeswehr im Inneren einsetzen", 05.12.2009
605 ‚Sprecher', POLITIKFOREN.NET, in: „T. de Maizière will die Bundeswehr im Inneren einsetzen", 06.12.2009
606 ‚Tosh', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 17.08.2012
607 ‚Löwe', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 17.08.2012
608 ‚dr-esperanto', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 18.08.2012
609 ‚dr-esperanto', POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 20.08.2012
610 ‚Skaramanga, POLITIKFOREN.NET, in: „BVerfG: Bundeswehr darf notfalls im Inland kämpfen", 22.06.2012

Die multiethnische Armee der Republik

Bild 91: „Ein Modell einer Fremdenlegion kommt für Deutschland nicht in Frage"

Fühlen sich die Soldaten der Bundeswehr nach Ihrer Einschätzung durch den Vorwurf der Feigheit getroffen? Das glaube ich nicht, allerdings aus keinem erfreulichen Grund. Die Truppe ist über Jahrzehnte in einem Duktus erzogen worden, der jeden klassischen soldatischen Ehrbegriff vermieden hat. Der Schöpfer der Inneren Führung, Graf Baudissin, hat öffentlich erklärt, für ihn gebe es keine soldatischen Tugenden!
So wurde schließlich der Dienst zum „Job", der Kamerad zum „Kollegen", der Staatsbürger in Uniform" ersetzte den in seine spezifischen Traditionen gebetenen Soldaten. Ob aber eine solche Armee im Kampfeinsatz bestehen wird, das ist die große Frage? Unsere politische und militärische Führung meint:
Das klappt! Ich befürchte, daß so eine Armee scheitern wird. Wäre das nicht so, hätten alle großen Militärs der Geschichte alles falsch gemacht. Warum halten die einen im Angesichts des Todes aus, und die anderen laufen davon? Weil sie keine Angst vor dem Tode haben? Weil sie besser bezahlt werden? Weil sie das bundesdeutsche „Soldatengesetz", die Innere Führung oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung mehr lieben als ihr Leben? Das Studium der Geschichte zeigt, es war immer das besondere militärische Ethos, die moralische Verpflichtung, seinen Kameraden, seiner Heimat (und damit auch der Familie) und seiner Tradition treu zu bleiben, die solche Leistungen bewirkt haben. Es war der Wunsch, keine Schande über sein Regiment, seine Fahne, seine Altvorderen zu bringen.[611]
Mit einer solchen Einstellung und seiner internen Solidarität zu Hohmann, hatte dieser General in der Bundeswehr nichts zu suchen. Bei seinen Männern außerordentlich beliebt, entließ ihn der Bundesverteidigungsminister Struck, der selbst nie gedient hatte, unehrenhaft.
Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist das Thesenpapier Reinhard Mohns aus dem Jahr 1992. Darin heißt es: „Insbesondere bei dem Auseinanderbrechen multikultureller Staaten geraten bestehende geographische (territoriale) und gesellschaftliche (tribale) Ordnungen ins Wanken. Die Trennung kultureller (völkischer) Gruppen kann bis zur Ausgründung autonomer staatlicher Einheiten führen. Der Geltung der Verfassung und der Gesetze kommt bei Konflikten (die es ohne diese Politik gar nicht gäbe) in einem multikulturellen Staat besondere Bedeutung zu. – Ist ein Staat nicht in der Lage, eine innere Befriedung zu erreichen, darf eine (militärische) Einmischung in die inneren Angelegenheiten (des Staates) nur im Rahmen eines Mandates der UNO oder einer entsprechenden regionalen Organisationen erfolgen. [6, Seite 56]
Es ist sicherlich auch kein Kennzeichen freier Völker, wenn ihre Armeen zunehmend von Nichtangehörigen besetzt werden. EUROPRESS schreibt:
„Durch eine zunehmende Überalterung der Gesellschaft sinkt auch die Anzahl der Wehrpflichtigen, wobei die deutsche Bundeswehr sogar eine Halbierung der Zahl der Bewerber bis 2009 befürchtet. Sie hofft deswegen in Zukunft auf türkischstämmige Männer, deren Anteil nach Angaben des Zentrum für Türkeistudien ca. 20.000 beträgt. Falls dies eintreffen sollte, würde ein Achtel der 250.000-Mann großen Bundeswehr türkischstämmig sein. Der MILLIYET zufolge unterstützt auch das Ministerium der Verteidigung den Einsatz dieser Männer und heißt sie willkommen. ‚Der Migrationshintergrund oder die Religion sind für uns nicht wichtig. Wir freuen uns über jeden, der bei der Bundeswehr sein möchte.'"[612]

[611] JUNGE FREIHEIT50/06, „Eine Armee ohne Traditionen muß im Einsatz scheitern", Interview mit Reinhard Günzel, General a. D., ehem. Kommandeur KSK, Seite 3
[612] EUROPRESS (Deutsch – türkische Medienagentur), „Türkische Jugend ist Hoffnung für Bundeswehr", 18.05.2007

Bild 92: ‚No Border - No Nation' – Afrikanische ‚Siedler', benutzt als Träger globalistischer Parolen

„Der Verlauf der Auseinandersetzung um den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde in Berlin-Pankow bestätigt Elisabeth Noelle-Neumanns Theorie der „Schweigespirale". Obwohl die Bevölkerung das muslimische Ausgreifen im Ostteil der Stadt ablehnt, befindet die Bürgerinitiative sich in der Defensive. Gegen sie stehen die Medien, fast das gesamte etablierte Parteienspektrum, die Evangelische Kirche, die Antifa und neuerdings eine Gegeninitiative „Heinersdorf, öffne dich." Dieses quantitativ kleine, aber einflußreiche Kartell hat die fällige Politisierung des Moscheenstreits bisher verhindert. … In den westlichen Bundesländern findet der Moscheebau als symbolischer Nachvollzug und als Bestätigung demographischer, gesellschaftlicher und religiöser Verschiebungen statt. ... Kürzlich trat Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Evangelischen Kirchentages, im evangelischen Online-Magazin Chrismoon in einen „Dialog" mit Bekir Alboga, … (in der) Frau Ueberschär (feststellte): *„Ich kann verstehen, wenn Muslime verlangen, daß ihr Beitrag zu Rechtsstaat und Demokratie gewürdigt wird."* Sie kritisierte, daß „*unsere Gesellschaft die zum Teil gewaltbereiten Jugendlichen aus Migrantenfamilien nicht integriert*. *Wir sollten vom deutschlastigen Einheitsgedanken wegkommen und Einheit im Sinne einer freiheitlichen und multikulturellen Gesellschaft verstehen."* Was Frau Ueberschär hier äußert, ist durchweg unreflektiertes, dummes Zeug, aber es kommt aus dem Mund einer hohen Kirchenfunktionärin. Es ist deshalb politisch relevant und repräsentativ für die Geisteshaltung … der Funktionärseliten[613] und entspricht der Argumentation der Moschee-Verteidiger in Berlin-Pankow. ... Von ihnen jetzt eine offensive Gegenbewegung zu erwarten, um das eigene Land als vertraute Lebenswelt zu schützen, ist abwegig. Also müßte die deutsche Bevölkerung dieses Anliegen, wenn es ihr wichtig ist, selber in die Hand nehmen und sich in einem Schritt von ihren falschen Eliten emanzipieren."[614]

Auf dem Blog ‚As der Schwerter' bewertete man ‚unsere' Elite denn auch wie folgt:

„Es liegt an uns, daß wir klar sagen: Wir brauchen unser Land für uns selbst. Genaugenommen liegt das nicht an *uns*, sondern an unserer politischen Führung. Wenn ich dem Herrn Mbongo oder Herrn Özütürk das sage, schüttelt er kein Ohr dran. Er geht nicht. …

Er geht ganz vielleicht, wenn er einen Ausweisungsbescheid bekommt (Behörden aufgrund von Gesetzen), und er geht sicher, wenn man ihn in Handschellen ins Flugzeug setzt (Polizei).

Er kommt (aber) erst gar nicht rein, wenn man den Bundesgrenzschutz an den Grenzen postiert und eventuell in Zusammenarbeit mit südeuropäischen Ländern Militärschiffe ins Mittelmeer schickt, die Boote aufbringen und die Passagiere in Nordafrika an Land setzen. Nichts davon steht in *unserer* Macht! Für so etwas hat ein Volk eine Regierung. Das ist einer der ganz wenigen Gründe, aus denen Völker überhaupt Regierungen brauchen. Die alltägliche Verwaltung läuft mit Beamten auch ohne Regierung (in Belgien hat das sehr lange funktioniert). Dazu, uns zu erzählen, was wir „brauchen" und „denken" und „fühlen" sollen, „wie man im globalen Wettbewerb besteht", „den Kampf um die besten Köpfe gewinnt", wem gegenüber wir eine historische Verantwortung haben und was bereichernd ist, brauchen wir keine!

Der Führung Vorwürfe zu machen, ist berechtigter, als den Ausländern Vorwürfe zu machen, aber genauso sinnlos. Sie ist genauso amoralisch, wie die Invasoren (die niemand einlud).

Sie IST fremd und feindselig und läßt sich nicht beeinflussen. Sie ist kein Teil von uns. Sie kann nicht gewählt oder abgewählt werden. Selbst wenn das ganze Volk überzeugt wäre, daß Neger und Orientalen hier nichts verloren haben, wären diese trotzdem da!"[615]

---

[613] Treffend dargestellt vom westfälischen Kirchenrat Gerhard Duncker: „Die Mehrheitsgesellschaft (der Deutschen) hierzulande habe kein Recht, Muslimen (oder ganz allgemein den Ausländern) bei der Ausübung ihrers Glaubens Vorschriften zu machen." Ruhr Nachrichten, „Neue Moschee in Moers eröffnet", 22.03.2009

[614] JUNGE FREIHEIT, Nr. 03/07, Seite 6, Thorsten Hinz

[615] AS DER SCHWERTER, in: „Falsche Freunde und echte Feinde – eine Klarstellung", Beitrag von ‚osimandia', 05.07.2012

Bild 93: „Notwendig ist ein (zu schaffendes) gesellschaftliches Klima, das Menschen aus Zuwandererfamilien als Bereicherung, und nicht als Belastung ansieht.“[616]

„Schon in der Antike war die Vermischung von Völkern (Multiethnisierung) ein probates Mittel, um besiegte Völker dauerhaft zu unterwerfen. Stalin hat mit Zwangsdeportationen von zig-Millionen Menschen die Völker der Sowjetunion auseinandergerissen und über die Klimazonen hinweg verstreut, um so jeden Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft vorzubeugen. Da sich heute Zwangsdeportationen in den sogenannten Demokratien verbieten, werden Einwanderung und Vermehrung fremder Völkermassen in Deutschland mittels Massenmedien, durch scheinhumanitäre Begründungen sowie wirtschaftlicher Argumentationen, gegen den vernünftigen Willen des Deutschen Volkes, erzwungen. Der vernünftige Wille eines Volkes zielt auf Selbsterhaltung und Höherentwicklung.

Völker bilden für die Individuen einen geistig – kulturellen Bedeutungs- und Entwicklungsraum, dessen Zerstörung – etwa durch die Umwandlung in eine „moderne multikulturelle Gesellschaft“ (richtig: multiethnische Primitivgesellschaft) mittels Massenmigrationen – irrsinnig ist und krank macht! Das Geschwätz von der Notwendigkeit humanitärer Zuwanderung und Integration, die Verteufelung aller nationalen Werte sowie der propagandistische Dauereinsatz der „Auschwitzkeule“ zur Erzeugung einer kollektiven Schuldneurose dient einzig dazu, den natürlichen Widerstand gegen die Zerstörung des gemeinsamen sozialen Bedeutungsraumes zu brechen. Immer werden bei einer Massenimmigration die sozialen und kulturellen Verhältnisse aus den Herkunftsländern mit importiert, da jedes geistig gesunde Volk seine Identität und Kultur schützt. Undurchdringbare Parallelgesellschaften und zumeist egoistische und gemeinschaftsschädliche Verhaltensweisen (Gruppenegoismus) sind die logischen und täglich erlebbaren Konsequenzen für das Wirtsvolk. …

Völker sind genetische Gesamtheiten, und deshalb Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften für körperliche und nicht körperliche Eigenschaften mit Gesamt-unterschieden von Volk zu Volk. Charakter, Geist (geistige Fähigkeiten und Eigenschaften), Psyche, Verhalten, Intelligenz sind wesentlich genetisch bedingt und vererblich. Persönlichkeitsbild, Rollenverständnis der Geschlechter, Rechtsempfinden, Leistungsbewußtsein, Ordnungs – und Hygienevorstellung sind darüber hinaus wesentlich durch den kulturellen Hintergrund geprägt. Die Auflösung von Völkern durch Vermischung (Multiethnisierung) sowie die Zerstörung ihrer gewachsenen Kultur und Sozialordnung ist Völkermord!

Auf Dauer können auch mit einer Marionettenregierung, weder durch Gewalt noch mit der Allmacht der Medien die Sonderinteressen des internationalen Großkapitals und das politische Interesse anderer Nationen gegen den Willen eines ethnisch geschlossenen Volkes durchgesetzt werden. In heterogenen multiethnischen Gesellschaften bestehen – abgesehen von primitivsten Grundbedürfnissen – hingegen nur noch Sonderinteressen, wobei die Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Verschiedenheit gegeneinander ausgespielt werden können! Sonder - und Einzelinteressen können hier gegen die Mehrheit bzw. gegen die Allgemeinheit des angestammten Volkes durchgesetzt werden. Darum und nur darum wird in Deutschland eine multiethnische Mischbevölkerung aufgebaut, damit die BRD – Regierung als Vertreterin fremder Interessen gänzlich unabhängig von ihrem eigentlichen Staatsvolk, dem Deutschen Volk, wird. Nach Staatsrechtslehre ist der Staat das politisch gefaßte Volk, er ist das Willensorgan des Staatsvolkes. Ein Staat hat keinen Selbstzweck. Er ist nur Mittel zum Zweck. So liegt die Berechtigung eines Staates einzig und allein in der Umsetzung des allgemeinen vernünftigen Willens seines Staatsvolkes (zum Wohl und zum Selbsterhaltung). Ein Staat, der sein Volk zugrunde gehen läßt oder gar aktiv vernichtet, verliert jegliche Daseinsberechtigung. Seine Führung muß abgelöst und zur Rechenschaft gezogen werden.“

[616] JUNGE FREIHEIT, „Böhmer fordert mehr Wertschätzung für Einwanderer“, 21.08.2012

Migranten sind per Gesetz zu bevorzugen

Der Berliner Senat bereitet ein Gesetz vor, das Migranten bei der Einstellung im öffentlichen Dienst und bei der Vergabe von Aufträgen gegenüber anderen Bewerbern und Anbietern bessere Chancen sichern soll. .. Weil es rechtlich nicht möglich sei, die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Behörden und öffentlichen Betrieben durch Quoten zu regeln, will der Senat die Anforderungsprofile für zu besetzende Stellen neu formulieren. So sollen häufiger als bisher „Sprachkenntnisse", „Mehrsprachigkeit" oder „interkulturelle Kompetenz" verlangt werden. Es sei davon auszugehen, daß nur „Personen mit Migrationshintergrund" das Eignungsmerkmal der „muttersprachlich beherrschten Fremdsprachenkenntnisse" erfüllten, heißt es in der Vorlage. Im Vergaberecht will der Senat prüfen, ob von Migranten geführte Firmen gegenüber anderen bevorzugt werden können. …[617]

Prof. Dr. Horst Köhler, Mitglied der CDU und Rotarier, hat einmal die hier lebenden legalen und illegalen Ausländer als den „größten Schatz“ bezeichnet, den dieses Land hätte.[618]

Durch die Verwendung des Superlativs wird wieder einmal die untergeordnete Stellung der einheimischen Deutschen deutlich. Sie wird von der Nomenklatura im heutigen Logenstaat durchweg als niedere Gruppe betrachtet und auch als solche behandelt.

Die Verwendung des Begriffs „multikulturelle Bereicherung“ erweckt den Eindruck, daß immer die Ausländer, die Einwanderer (auch Illegale, unechte Asylanten, ausländische Banden, positiv diskriminierte ethnische Minderheiten) die einheimische Mehrheit bereichern, oder zumindest eine gegenseitige Bereicherung stattfindet. Niemals aber bereichern Einheimische, sprich ethnisch-kulturelle Mehrheiten, die eingewanderten Minderheiten. Selbst dann nicht, wenn die Einheimischen wirtschaftlich, finanziell und kulturell überlegen sind und mittellose Asylanten Riesensummen verschlingen, Bandenkriminalität der Wirtschaft schadet und Arbeitslosigkeit besteht. [2, Seite 177, 178]

Am Landgericht Arnsberg hatten der Vorsitzende Richter Erdmann, Richter Teipel, Richterin Werthmann und die Schöffen wenige Tage vor Weihnachten 2009 über einige besonders abartige Vergewaltiger zu urteilen.[619] Da war zum einen der 1976 im Kosovo geborene Haljilj B., ein Mitbürger der Volksgruppe der Roma, der seit 1990 in Deutschland lebt. … Und da war ein weiterer Täter, ein Verwandter, der 1982 im Kosovo geborene Roma-Muslim Muslija B., der ebenfalls keine Schulbildung, keine Berufsausbildung, aber viele Kinder vorzuweisen hat. In der Nähe des nordrhein-westfälischen Ortes Schmallenberg haben die beiden gemeinsam mit ihrem Verwandten Seljman B. ein junges deutsches Mädchen unvorstellbar brutal vergewaltigt: vaginal, anal und oral. Das Mädchen wimmerte an jenem 3. Juli 2009 vor Todesangst. Und weil es die Zähne vor Schmerzen bei der analen Vergewaltigung zusammenbiß, schlug ihr einer der Roma-Mitbürger so lange auf den Kopf, bis sie den Mund für den Oralverkehr öffnete. Das junge Mädchen kam unmittelbar nach der Vergewaltigung mit schwersten Verletzungen in die DRK-Kinderklinik in Siegen. Es unternahm später einen Selbstmordversuch. …

Die Richterin Werthmann sagte den Verwandten von Manuela: „das beide Angeklagten unter ungünstigen Umständen aufgewachsen sind und migrationsbedingte Schwierigkeiten … haben.“ Durch Beschluß der Kammer wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. [10, Seite 78, 79]

Immer wieder wird daraufhingewiesen, daß die BRD der ‚freieste deutsche Staat‘ sei, den das deutsche Volk je hatte. Nimmt sich ein System aber die Freiheit, die eigene Bevölkerung nach und nach abzuwickeln und gibt sich selbst eine Ewigkeitsklausel, dann handelt es sich nicht um einen freiheitlichen-, sondern um einen feindlichen Staat. Ein souveräner Staat mit freiem Volk sieht anders aus. Denn was für eine Zukunft haben denn deutsche Kinder in Deutschland? Jedenfalls keine selbstbestimmte und ihrer Art entsprechende.

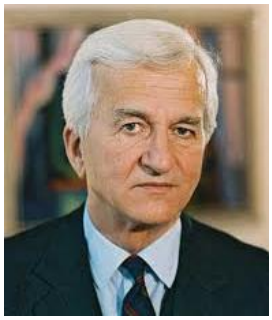
---

[617] Berliner Morgenpost, „Berlin will Migranten per Gesetz bevorzugen“, 04.05.2010

[618] Der Tagesspiegel, „Ein humaner Pragmatismus“, 15.11.2006 - „Bundespräsident Horst Köhler hat einmal die hier lebenden legalen und illegalen Ausländer als den größten Schatz bezeichnet, den dieses Land hat.“ Dr. H. Köhler äußerte am 15.12.2008: „Die Freimaurerei hat einen festen Platz in unserer freiheitlichen Gesellschaft.“

[619] Landgericht Arnsberg, Aktenzeichen 11-2 KLs-292 Js 318/09-22/09

12. Multikultur. Volkstod aus demokratischer Sicht



„Es leben über fünf Millionen Ausländer bei uns. Was sie uns mit ihrer Arbeit, ihrer Kultur und ihrem Angebot des Erlernens, human zusammenzuleben, mitbringen, ist in Wirklichkeit eine Bereicherung und eine Gabe. Das ist eine Erkenntnis, die wir in Ost und West zu verwirklichen und zu praktizieren haben.“[620]

Multikultur – das scheint etwas ganz Großartiges zu sein, verspricht doch schon das Wort so etwas so etwas wie *Viel-Kultur* oder *Vielfach-Kultur*, denn „*Multi*“ leitet sich her von lateinisch „*multus*“ gleich „*viel*“ oder „*vielfach*“. Spielte das Wecken solcher Erwartung beim Prägen dieses Wortes eine Rolle? Jedenfalls wird man nicht müde, uns die sogenannte Multikultur im Sinne eines ganz neuen Menschheitsmorgens anzupreisen. So rühmte z.B. Heiner Geißler, seiner Zeit stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Jesuit:

„Die Deutschen werden nicht – wie jetzt – mit fünf Millionen, sondern in Zukunft mit sieben, acht, vielleicht sogar zehn Millionen Ausländern zusammenleben (müssen). Dies ist kein Grund zur Angst, sondern für ein Volk der Mitte und für unsere ökonomische Entwicklung eine Selbstverständlichkeit und eine Chance. Eine zukunftsorientierte Ausländerpolitik erfordert eine moderne Einbürgerungspolitik, die das Staatsbürgerrecht nicht mehr völkisch (abstammungsorientiert), sondern republikanisch definiert. Wenn wir es gut meinen mit unserer Zukunft, muß sich unser Volk auf eine multikulturelle Gesellschaft vorbereiten.“[621]

Laut Artikel 38 des Grundgesetzes sind die gewählten Politiker Vertreter des Volkes, d.h. natürlich, Vertreter seiner Interessen. Verfolgen diese Politiker aber nicht offensichtlich eigene Interessen? Schafften und schaffen sie nicht sogar in diesem Sinne unter Mißachtung des Volkswillens vollendete Tatsachen? Heiner Geißler schreibt:

„Die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist durch die Realität längst überholt. Wir werden künftig mehr Ausländer bei uns haben. Es gehört zu einer glaubwürdigen Politik, dies dem deutschen Volk auch zu sagen. Man kann es noch härter sagen: Wir brauchen Ausländer in beiden deutschen Staaten, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Darauf muß sich die deutsche Bevölkerung einstellen.“[622]

Geißler weiter: *„Außerdem geht es nicht mehr darum, ob wir eine multinationale und multikulturelle Gesellschaft wollen: wir haben sie bereits. Die Frage ist nicht mehr, ob wir mit Ausländern zusammenleben wollen, sondern nur noch, wie wir mit ihnen zusammenleben werden. Wir müssen uns darauf einstellen, in der Zukunft mit Millionen von Menschen zusammenzuleben, die eine andere Muttersprache, eine andere Herkunft, ein anderes Lebensgefühl, andere Sitten und Gebräuche haben. Deswegen werden wir unsere nationale Identität nicht verlieren.“*[623]

Das sind erwartungsvolle Zukunftsvisionen unserer Politiker. Warum aber fallen sie deren Wählern (Volk) nicht einmal im Traume ein? Das Sichern des eigenen Territoriums (Land als die Grundlage des Lebens) gegen das Eindringen von Fremden, die den eigenen Lebensraum schmälern oder die ansässige Kultur (Existenz) in Frage stellen (Konkurrenz), tritt als ein existentielles Grundbedürfnis eines jeden Volkes in Erscheinung. Dafür werden sogar Blutzölle gezahlt, die bis hin zur Selbstaufopferung des Volkes reichen. Sollte den Völkern ein Wissen innewohnen, nach dem das Hereinlassen solcher Fremden ebenfalls Selbstaufopferung ist?

Dann, und nur dann ergeben solche Blutzölle einen Sinn. Um diesen uralten und verbreiteten angeblichen Irrtum zu überwinden und die scheinbare Erkenntnis zu gewinnen, daß das Hereinlassen dieser Fremden vielmehr eine „Bereicherung und eine Gabe“ bedeutet, mußte erst unsere heutige begnadete Politikergeneration auf den Plan treten. Diese scheint davon selbst überzeugt zu sein, denn wie käme sonst der Bundespräsident dazu, uns zu verordnen, daß wir seine Erkenntnis *„in Ost und West zu verwirklichen und zu praktizieren haben?“* [15, Seite 4, 5]

---

[620] Deutschlandfunk, 30.09.1991. Dr. Richard von Weizsäcker ist Vorstandsmitglied der „Atlantik-Brücke e. V.“ (Gründer Eric M. Warburg) und Ehrenmitglied des transatlantischen Aspen-Instituts (Gründer Shepard Stone alias Shepard Arthur Cohen). 1978 nahm er am Bilderberg-Treffen im Chauncey Conference Center in Princeton, New Jersey, (USA) teil. Er ist Mitglied im „Club of Rome“ und Rotarier. 1991 erhielt Weizsäcker für seine Verdienste die Goldmedaille der jüdischen Loge B’nai B’irith, 1993 den Heinz-Galinski-Preis, 1994 den Leo-Baeck-Preis und 1995 die Buber-Rosenzweig-Medaille.

[621] DER SPIEGEL, „Kein Grund zur Angst - Ein Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft“, Nr. 41/1991

[622] Dr. Heiner Geißler, „Zugluft – Politik in stürmischer Zeit“, Bertelsmann Verlag GmbH, München, 1990, S. 182

[623] Dr. Heiner Geißler, „Zugluft – Politik in stürmischer Zeit“, S. 197

Der Doyen der multikulturellen Gesellschaft der Bundesrepublik, Dieter Oberndörfer[624], schreibt in seinem Buch ‚Die offene Republik (1990)':
„Der Nationalstaat wurde in Europa geboren. Er muß hier durch den Aufbau einer offenen europäischen Republik überwunden werden."
Zu den Gründen, warum die Völker auf ihren Nationalstaat verzichten sollen, schreibt Oberndörfer: „… sich nicht erneut vor dem Weihrauch … restaurativer Ideologien betäuben zu lassen, sondern sich gedanklich auf

Bild 94: „Für die allmähliche Umwandlung der Bundesrepublik von einem völkischen Staat in ein Einwanderungsland *müssen* neue Staatsbürger als Bereicherung der Republik begrüßt und nicht von vornherein als Belastung abgewertet werden." [1, Seite 80]

die notwendige republikanische Ordnung Europas und der Weltgesellschaft vorzubereiten".
Damit wird immerhin das Ziel angedeutet und die Zerstörung von Volk und Nation, und seine Ersetzung durch die Republik und Gesellschaft, bekommen damit überhaupt einen Sinn.
Dies gilt auch für die folgenden Ausführungen: „Bürger einer Republik können prinzipiell alle Menschen werden, die dies wünschen und sich zur republikanischen Verfassung und Rechtsordnung bekennen. Somit bedürfen das Recht auf Einwanderung und Einbürgerung … keiner eigenen Begründung." [1, Seite 8, 9]
Prinzipiell haben also alle das Recht einzuwandern. Ein Volk und eine Nation haben demnach keine ihr eigenen Lebensrechte. Oberndörfer weist auf Probleme hinsichtlich „politisch-sozialer" Natur des Art. 16 Abs. 2, Satz 2 des GG hin, da es „bei einer Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen immerhin allen Flüchtlingen einen Rechtsanspruch auf Asyl" einräumt.
Das Lebensrecht der Deutschen interessiert Oberndörfer nicht. Das GG ermöglicht damit die potentielle Gruppenvernichtung. Und weiter: „Die Republik erkennt prinzipiell alle Menschen ohne Ansehung ihrer Herkunft und Kultur als potentielle Staatsbürger an. In der Nation hingegen können nur die Angehörigen des Staatsvolkes vollberechtigte Staatsbürger sein".
Der eigenen Nation beraubt, schauen wir Deutsche uns nun in der geschaffenen Wirklichkeit um und können nur staunen. Denn Oberndörfer schreibt: „Befreit vom Frondienst für ‚die' Nation, kann die Mitwirkung am Bau einer weltweiten, freien und gerechten menschlichen Ordnung für das politische Handeln bestimmend werden". [1, Seite 10, 12, 17]
Anschaulicher hätte die Nomenklatura der Bundesrepublik den Aufbau einer anonymen Massengesellschaft nicht ausdrücken können. Eigenartigerweise erwähnt Oberndörfer aber auch folgenden Zusammenhang: „Die Urbevölkerung Neuguineas, steinzeitliche Papuas und Melanesier, werden nun durch gezielte Masseneinwanderung von Javanern zur unterdrückten Minderheit im eigenen Land. Nicht nur ihr Land, sondern auch sie selbst werden unbefragt zum Besitz und Teil ‚der' indonesischen Nation". [1, Seite 33]
Man sage nicht, ‚Demokraten' und Gegner von Nationen wüßten nicht um die Zusammenhänge zwischen Masseneinwanderung und Niedergang. Auf Seite 93 erläutert Oberndörfer die Aussichten: „Republiken orientieren ihre Politik an der Zukunft, am Ziel der politischen Einheit aller Menschen, in der der bisherige latente oder offene Zustand des Weltbürgerkriegs überwunden wird. Auf dem langen Weg zu diesem fernen Ziel gewinnen Republiken ihre geschichtliche Würde und Legitimität. … Die Verwirklichung einer offenen Republik wird sicher sehr konfliktreich sein. Diese Konflikte können aber auch die Quelle neuer Dynamik und Vitalität werden. … Der Weg zur offenen Republik bedeutet für viele … Deutsche den Abschied von der überlieferten Kultur, ja Entfremdung von der sich veränderten … Heimat. Mit der Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Entwicklung zu einer multiethnischen Gesellschaft … können nur der Verfassungspatriotismus, … die Legitimationsgrundlage unseres Gemeinwesens bilden." Damit hat Oberndörfer ziemlich präzise den Weg skizziert, den das deutsche Volk in der Nachkriegsrepublik der Bundesrepublik beschritten hat.

[624] Der Politikwissenschaftler Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer, Mitglied der CDU. Oberndörfer erhielt 1989 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und ist seit 2001 Mitglied der Deutsche UNESCO-Kommission.

Republik versus Nationalstaat

Oberndörfer weiter: „Im völkischen Nationalismus können nur die Angehörigen des Staatsvolkes und ihre Nachkommen wirklich vollberechtigte Staatsbürger sein. Da die Zugehörigkeit zum Staatsvolk durch Abstammung, durch das ‚richtige' Blut, begründet wird, ist im völkischen Nationalismus immanent eine rassistische Komponente angelegt. Die Einwanderung und Einbürgerung von Menschen fremder Volkszugehörigkeit sind mit der Idee der Volksnation nicht vereinbar. Eine Volksnation darf sich nicht für die Einwanderung von ‚Fremden' öffnen und Einwanderungsland werden." [1, Seite 34, 35]

Bild 95: Dr. Helmut Kohl erhält am 29.04.1991 den Coudenhove-Kalergi-Europapreis, dessen Vision einer ‚eurasisch-negroiden Zukunftsrasse' in Europa heute Wirklichkeit geworden ist.

Oberndörfer erwähnt aus seiner Sicht Positiv-Beispiele für ‚gute Republiken':

„Heute ist das ursprünglich weiße angelsächsische und protestantische Amerika zum bevorzugten Einwanderungsland für Menschen aus der Dritten Welt geworden. … Das weiße Amerika ist heute in die Minderheit geraten. Die Vereinigten Staaten sind wie nie zuvor eine präzedenzlose weltbürgerliche offene Republik geworden. [1, Seite 53]

Ist es möglich, daß es einen Zusammenhang zwischen einem geplanten Zentralstaat Europa und seiner Einwanderungspolitik, die zwangsläufig zur Vernichtung der europäischen Völker führen muß, gibt? Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Helmut Josef Michael Kohl regierte 16 Jahre. Innerhalb seiner Zeit verdreifachte sich die Zahl der Ausländer. Es wuchsen die Schulden. Es erfolgte die Zerschlagung und Verscherbelung der DDR-Betriebe an ‚französische' und ‚amerikanische', in Wahrheit jüdische Konzerne. Die deutsche Mark wurde durch den Euro ersetzt. Für keinen dieser Punkte gab es je eine Legitimation durch die Deutschen. Dennoch erhielt Dr. Kohl unzählige jüdische Auszeichnungen. Nur, wofür erhielt er sie wirklich? [625]

„Sofort nach der Sommerpause, das hatte Bundeskanzler Helmut Kohl seinem Innenminister versprochen, werde er (Bundesinnenminister) Friedrich Zimmermann (CSU) zu einem ausführlichen Gespräch empfangen. Der Kanzler hielt Wort, seinem Minister ist dennoch nicht geholfen. Geredet wurde nur über den nach Ost-Berlin geflüchteten Geheimdienstler Hans-Joachim Tiedge. Das Thema, das Zimmermann am Herzen lag, kam am Montag vergangener Woche gar nicht zur Sprache - das auch in der Koalition umstrittene neue Ausländerrecht. Seit November vergangenen Jahres ist die Gesetzesnovelle mit schärferen Ausländerbestimmungen fertig. Vergeblich dringt der Innenminister seitdem auf eine Entscheidung. Er will die Einreise von Kindern und Ehepartnern türkischer Arbeitnehmer erschweren."[626]

Eberhard Seidel schreibt in einem Artikel der taz: „Der CDU-Beitrag zur multikulturellen Gesellschaft kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Er wird erst im europäischen Vergleich so richtig deutlich: Während in Deutschland zwischen 1990 und 1996 fast neun Millionen Menschen zuzogen, waren es in Großbritannien weniger als zwei Millionen, in Italien weniger als eine Million und in Frankreich nicht einmal eine halbe. Klarer formuliert: Dank der CDU-Politik der offenen Grenzen wanderten in den 90er Jahren mehr Menschen in Deutschland ein als in den übrigen 15 Staaten der EU zusammen."[627]

---

[625] 25.01.1996: „Goldmedaille für humanitäre Verdienste" des jüdischen Logenvereinigung B'nai B'rith International, mit Laudatio des Ministerpräsidenten des Staates Israel, Shimon Peres und Ansprache des Ehrenpräsidenten des B'nai B'rith Europa, Joseph H. Domberger und des Präsidenten des B'nai B'rith International, Tommy P. Baer
18.06.1996: Verleihung des (jüdischen) Eric-M.-Warburg-Preises der Bonner ‚Atlantik-Brücke'
15.05.1997: Verleihung des Leo-Baeck-Preises des ‚Zentralrates der Juden in Deutschland'
18.02.1998: Dankesrede für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der City of London (Bank of England, Rothschild)
1998: Ehrendoktorwürde der Brandeis-University (bedeutendste jüdisch-zionistische Hochschule Amerikas)
16.05.2011: Henry-A.-Kissinger-Preis der American Academy in Berlin, für seine Verdienste um die transatlantischen Beziehungen. Der Ex-US-Präsident William Jefferson Clinton und der jüdisch-stämmige Weltbankchef Robert Zoellick (Council on Foreign Relations (CFR)), hielten die Lobreden.

[626] DER SPIEGEL, „GASTARBEITER - Hartes Feilschen - Innenminister Zimmermann will einen wachsenden Zustrom von Türken verhindern. Ankara verlangt Gegenleistungen", 02.09.1985

[627] taz, „Die Subversion der CDU", Eberhard Seidel, 14.04.2000

Auch Oberndörfer macht sich Gedanken, wie ein europäischer Zentralstaat denn zusammenzuhalten sei. Er sagt:
„Allein auf die Kraft der wirtschaftlichen Integration zu vertrauen, aber wäre falsch. Auch das Schlagwort vom Europa der Vaterländer führt langfristig in die Irre. Im Gegenteil, ein Europa, das nur durch wirtschaftliche Interessen zusammengehalten wird, in dem gleichzeitig aber die alten nationalstaatlichen Vorstellungen und Ordnungen beibehalten werden, würde bei ökonomischen und politischen Krisen wieder …

Bild 96: Die BRD war nie dafür bekannt, eigene Kinder als die Zukunft des dt. Volkes anzusehen. Dagegen schaltet es Werbung für das multi-rassische Familienmodell, oder, wie es Dr. Geißler ausdrückte: „*Wir* brauchen Ausländer …, um die Zukunft Deutschlands zu sichern."

auseinandergesprengt werden. Das traditionelle Gegenüber starker Nationalstaaten (der europäischen Völker) muß abgeschliffen … werden." [1, Seite 96, 97]
Das traditionelle Profil europäischer Nationalstaaten „muß abgeschliffen werden"? Entsprechende Äußerungen über den Vorteil der multikulturellen Gesellschaft bundesdeutscher Politiker bekommen damit immerhin einen tieferen Sinn: Vermischung und europäischer Zentralstaat. Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Jürgen Rüttgers hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Lissabon-Vertrag massiv kritisiert. Das Urteil sei „Wasser auf die Mühlen all jener, die immer noch der Nationalstaatsidee des 19. Jahrhunderts anhängen", schreibt Rüttgers. Die EU vereine jedoch nicht Staaten, sondern Völker. … Ausdrücklich plädiert Rüttgers für die Schaffung der ‚Vereinigten Staaten von Europa'."[628]
Der gleiche Tenor auch hier: „Mein Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa …", sagte von der Leyen. … Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, reiche eine gemeinsame Währung aber nicht aus. Dazu brauche es eine politische Union."[629]
Helga Zepp-LaRouche schreibt: „Jeder, der die Lage verstehen will, muß außerdem den Artikel von Greg Palast am 26. Juni in der britischen Zeitung Guardian lesen, wo dieser schreibt:
„Die Idee, daß der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erfinder (Robert Mundell) - und die 1% Reichen, die ihn unterstützten - vorhersah und beabsichtigte." Mundell, der Erfinder des „einheitlichen Währungsraums" und „theoretische" Vater des Euro, habe ihm gegenüber im persönlichen Gespräch betont, der Euro würde seinen Zweck wirklich dann erfüllen, wenn die Krise zuschlägt. Wenn man die Kontrolle der Regierung über die Währung beseitige, würden lästige kleine Volksvertreter keine Möglichkeit mehr haben, Finanzmittel einzusetzen, um ihr Land aus einer Rezession herauszuholen. Mundell habe ihm gesagt, mit dem Euro „wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt. Und ohne die Fiskalpolitik können Nationen nur dann ihre Arbeitsplätze erhalten, wenn sie die Marktregulierungen abbauen und dadurch wettbewerbsfähig werden." Das Arbeitsrecht, Umweltgesetze und Steuern - das alles würde vom Euro beiseite gefegt werden, den Staaten bliebe nichts anderes übrig, als alle staatlichen Regulierungen abzuschaffen, massenhaft staatliche Industrien zu privatisieren, Steuern zu senken und den europäischen Sozialstaat auf den Müllhaufen befördern."[630]
Der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble äußert sich bezüglich einer globalen Weltordnung: „… und in der Globalisierung brauchen wir übrigens eine andere Form internationaler ‚Governance' als den Nationalstaat. Der ist vor 100 Jahren in seinem Regelungsmonopol an seine Grenzen gestoßen und heute schaffen wir was Neues, ziemlich mühsam, aber nicht so hoffnungslos. Lernen können wir aus unseren Fehlern und Irrtümern und deswegen: ich bin bei aller krisenhaften Zuspitzung im Grunde entspannt." Auf die Frage nach dem Grund antwortet Schäuble: „Weil wenn die Krise größer wird, werden die Fähigkeiten Veränderungen durchzusetzen, größer!" [631]

---

628 JUNGE FREIHEIT, „Rüttgers plädiert für Vereinigte Staaten von Europa", 15.07.2009
629 SPIEGEL ONLINE, „Schuldenkrise - Von der Leyen fordert die Vereinigten Staaten von Europa", 27.08.2011
630 BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT, „Nein zum 2. Versailler Schuldendiktat! Trennbankensystem und neue DM jetzt!", 30.06.2012, Artikel von Helga Zepp-LaRouche
631 PHOENIX, „ZEIT FORUM", Gespräch mit Helmut Schmidt, 28.08.2011

Auch 1992 vergab die Bertelsmann-Stiftung[632] den Carl Bertelsmann-Preis. In dem dazugehörigen Dokumentationsband „Einwanderung und Integration von Ausländern in einer Zeit des Wandels“ äußern sich namhafte Vertreter der Bundesrepublik und des Auslandes bezüglich ihrer nicht-legitimierten Masseneinwanderung, loben die Fortschritte und äußern sich bezüglich der Probleme. Die Veranstaltung des Festaktes zur Verleihunng des Bertelsmann-Preises an Schweden fand vor 800 geladenen Gästen in Gütersloh statt. [6, Seite 11]
Dr. Rolf Krumsiek übermittelte Grußworte der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und des damaligen Ministerpräsidenten Rau, und macht auf die steigende Zahl fremdenfeindlicher (tribaler) Gewalttätigkeiten aus Teilen des deutschen Volkes gegen Ausländer aufmerksam.
Obwohl die Massenansiedelung von Ausländern und Flüchtlingen niemals durch die Deutschen legitimiert wurde und es in den Zeiten davor doch recht harmonisch zuging, behauptet Krumsiek, daß es das Ziel der Demokraten sei, „eine Kultur des Zusammenlebens vieler Kulturen (er meint Völker) in Westeuropa friedlich und harmonisch zu gestalten“. [6, Seite 24]
In dem nachfolgenden Beitrag des Professors Dr. Weidenfeld, ergänzt dieser:
„Keine Gesellschaft war internationaler und war multikultureller, als die heutige. Erst recht gilt dies unter dem Vorzeichen einer dramatischen Migration, die ja in den letzten Jahrzehnten zur größten Wanderungsbewegung der Geschichte geführt hat.“ [6, Seite 25, 26]
Ganz im jeweiligen Auge des Betrachters dürfte seine Klage über die (tribale-fremdenfeindliche) Gewalt zwischen jungen Deutschen und Ausländern sein, die er als „eine Schande für jede zivilisierte Gesellschaft“ bezeichnet. [6, Seite 27]
Diese Gewalt jedoch wurde erst möglich, als man Menschen hierzulande siedeln ließ, die nicht hierher gehören. Andere mögen demnach diese Politik als ein Verbrechen auffassen und es als eine Schande empfinden, daß diese Nomenklatura in ihrem Handeln weder gestoppt, noch zur Rechenschaft gezogen wurde. Weidenfeld führt weiter aus:
„Der demokratische Verfassungsstaat bildet als weltanschaulich neutraler Staat programmatisch eine vorzügliche Grundlage für den Rahmen einer multikulturellen Gesellschaft“. Zusammengehalten wird dieses Gebilde durch die „Toleranz, (Duldsamkeit) …, sie stellt den eigentlichen Kitt pluraler Gesellschaften“ dar. [6, Seite 30, 31]
Kann man sich so etwas vorstellen? Eine ethnische Abstammungsgemeinschaft aufzulösen und durch eine multi-völkische Einwohnerschaft zu ersetzen, zusammengehalten durch eine Verfassung und der Duldsamkeit seiner Einwohner? Professor Dr. Klaus Bade erklärt uns das Wesen fremdenfeindlicher Reaktionen: „Ein Grund für die fremdenfeindliche Abwehrhaltung ist der geschichtsfremde Traum von einer urwüchsigen „kulturellen Homogenität“ - … der Deutschen.“ [6, Seite 60]
Damit behaupten die Befürworter nicht-legitimierter Massenzuwanderung, daß das Gruppengefühl der europäischen Völker im Grunde nur auf Einbildung beruhe und er mahnt sie:
„In der Konfrontation mit den Problembereichen Migration, Integration und Minderheiten täten die Deutschen gut daran, sich zu erinnern, daß Millionen ihrer Vorfahren einst als Einwanderer ebenso Fremde im Ausland waren, wie heute die Ausländer in Deutschland.“ [6, Seite 68]
Womit die Auswanderung Deutscher mehrheitlich in den von weißen Europäern eroberten oder erschlossene Gebiete, wie den Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien, gleichgesetzt wird mit der nicht-legitimierten Einwanderung von Kurden, Nigerianern und Tamilen nach Deutschland. Auch Professor Dr. Dieter Oberndörfer äußert sich in seinem Beitrag „Freizügigkeit und offene Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft“:
„Die bisherige Einwanderung markiert aber mit Sicherheit erst den Beginn einer noch weit größeren massenhaften Zuwanderung. … Die Einwanderung in die ethnisch relativ homogene deutsche Gesellschaft wird mit tiefgreifenden sozialen Veränderungen (des Abstieges) und schweren (ethnisch-sozialen) Konflikten verbunden sein. … Die Zuwanderung muß (!) von der autochthonen Bevölkerung akzeptiert werden.“ [6, Seite 75, 76, 81]
Oder wie es der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) im November 2012 ausdrückte: „Es liegt im nationalen (!) Interesse Deutschlands, daß wir offen sind für Menschen aus aller Welt“, sagte Wulff am Mittwochabend vor etwa 250 Zuhörern in Heidelberg. Auf Einladung der Hochschule für Jüdische Studien hielt er einen Vortrag zum Thema „Gesellschaft im Wandel“.[633]

[632] Die Mitglieder der damaligen Jury: Reinhard Mohn (Vorsitzender), Professor Gerhard Banner, Erich Böhme, Dr. Gerd Bucerius, Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. h.c. Georg Leber, Liz Mohn, Professor Dr. Otto Schlecht, Dr. Theo Sommer, Horst Teltschik, Professor Dr. Werner Weidenfeld, Dr. Mark Wössner [6, Seite 10]
[633] DER TAGESSPIEGEL, „Wulff hält erste Rede seit dem Rücktritt“, 21.11.2012

Ein interessantes Postulat. Erst verweigert man den Einheimischen sämtliches Mitspracherecht an ihrer und deren Kindeskinder Zukunft. Gleichzeit fordert man aber die Akzeptanz des Faktischen. So etwas kann man durchaus als Betrug bezeichnen. Eine Legitimation der Demokraten ergibt sich daraus jedenfalls nicht. Oberndörfer weiß dies sicherlich, denn er erklärt weiter: „Auch hier müssen die Menschen (Deutschen) lernen, daß die Schaffung einer politischen Rechts- und Friedensgemeinschaft (!) für Menschen unterschiedlicher Ethnien und Kulturen (auch auf dem Territorium der Deutschen) ein höherrangiges politisches Gut ist, als die Durchsetzung provinzieller und durchweg aus den Geschichtsklitterungen der nationalen Geschichtsschreibung abgeleiteter ‚nationaler' Homogenität." Der CDU-Mann geht noch einen Schritt weiter, in dem er erklärt: „Die Forderung nach einer homogenen (deutsche) Gesellschaft ist ein mörderischer Angriff auf die freiheitliche Substanz und Grundlage unserer Verfassung." [6, Seite 83, 84]

Kann man es deutlicher sagen? Damit dürfte im Umkehrschluß klar geworden sein, was man unter bundesdeutschen Verfassungsstaat zu verstehen hat. Das Wohl der Deutschen als erhaltenswerte Gruppe spielt in diesem System nicht nur keine Rolle, sondern seine Überwindung ist demnach Räson bundesdeutscher Politik.

Der Beitrag der ehemaligen Ausländerbeauftragten, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), scheint diese These über die Republik und die „Aufgabe der Politik" zu bestätigen. Sie sagt:

„Die kulturelle Bereicherung durch Zuwanderung läßt sich nicht in wenigen Sätzen beschreiben und erst recht nicht in Zahlen ausdrücken. Kulturvielfalt ist aber in einer zusammenrückenden Welt nicht nur eine oft beschriebene Bereicherung, sie ist auch schlicht und einfach ein wichtiges Innovationspotential. Diese Notwendigkeiten und die unzweifelhaften Vorteile der Zuwanderung unserer Bevölkerung begreiflich zu machen und sie zur Abkehr von manchem liebgewordenen Vorurteil zu bewegen, das ist die Aufgabe der Politik." [6, Seite 91]

Wir sehen also, nicht grundlegende Dinge wie Pflege, Wohlstand und Sicherheit des deutschen Volkes beschäftigen diesen Staat, sondern seine Erziehung. Eine nie legitimierte Entwicklung der eigenen Bevölkerung nahezubringen, die Bevölkerung zu einer ganz bestimmten Haltung und Einstellung zu erziehen, das ist nach eigener Aussage die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland. Ist das nicht geradezu irrwitzig? Ein System, daß den Leuten erzählt, sie sollen ihre nationalen Eigeninteressen des Überlebens unterdrücken zum Wohle der Interessen völlig anderer Volksgruppen, und das noch auf dem eigenen Territorium, nährt den Verdacht, daß es sich bei der Bundesrepublik um einen fremdgruppen-dominierten Staat handelt, und nicht um einen deutschen. Wie die übrige Nomenklatura der Bundesrepublik versucht Oberndörfer die Notwendigkeit der Fremdeinwanderung zu begründen, indem er behauptet:

„Multikulti war schon immer ein Kampfbegriff, mit dem den Menschen Angst vor Zuwanderung gemacht werden sollte. Deutschland braucht den Zuzug. Zum einen aus ökonomischen Gründen, zum anderen wegen der demografischen Entwicklung. Öffnen wir unsere Gesellschaft nicht für Einwanderung, dann wird sich dies äußerst negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken. Wir werden immer größere Probleme bekommen, Fachkräfte zu rekrutieren und unseren Wohlstand zu sichern."[634]

Zu den eigentlichen Hintergründen der Multikultur äußert sich Ben Morgenstern in einem Interview wie folgt: „Wenn sich das soziale (völkische) Gefüge so schnell und so massiv verändert, wie das in Deutschland und auch in anderen europäischen Nationen der Fall ist, dann kommt es irgendwann zur Bildung von Bürgerwehren. Die Menschen fangen an zunächst zu demonstrieren, und irgendwann kommt es zu Bürgerkriegen (besser: Binnenkriegen). Mord und Totschlag werden die (voraussehbare) Folge sein. … So wird es auch in Deutschland in naher Zukunft sein. Daraufhin wird man strengere Gesetze und noch mehr Überwachung einführen und damit die absolute Kontrolle. Man nutzt die Unruhen dafür, die Gesetze zu verschärfen, das Militärrecht einzuführen – und dann haben wir das Ziel (der Multikultur) erreicht: Einige wenige bestimmen über alle! …Ich persönlich meine, daß die Weltregierung nicht in Jerusalem oder New York, sondern in Deutschland sitzen sollte." [12, Seite 262, 266]

[634] Badische Zeitung, „Politikwissenschaftler Oberndörfer: „Deutschland braucht den Zuzug", 08.06.2012

Zum 60. Jahrestag der Grundgesetz-Verkündung hat Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) mehrere Verfassungsänderungen ins Gespräch gebracht. Sie sprach sich dafür aus, die Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern im Grundgesetz aufzuheben. Dies könne „ein Zugewinn an Rechtsklarheit und ein Symbol der Integration sein“, schrieb Zypries.[635] Stets hat sich eine Mehrheit der Deutschen in immer wieder durchgeführten Meinungsumfragen gegen die wachsende Ausländereinschleusung ausgesprochen.[636]

Bild 97: „Multikultur ist der Gegenbegriff zu ethnischer und kultureller Homogenität“.[637]

In wessen Auftrag handeln die verantwortlichen Politiker dann eigentlich: als Vertreter des deutschen Volkes oder der Ausländer? Die eigenen Interessen der Politiker, die in ihren Visionen von der „multikulturellen Gesellschaft zum Ausdruck kommen, decken sich in beklemmender Weise mit denen der Ausländer! Aber sind es wirklich eigene Interessen und eigene Visionen? Daran weckt die große Einheitlichkeit Zweifel, mit der diese Visionen quer durch alle Fraktionen auf die sogenannte Multikultur zielen.

Deutet das nicht auf ein normierendes Wirken von Kräften und Ideen aus einem für das Volk unsichtbaren Hintergrund? Die angeführten Zeugnisse multikultureller Erwartungen könnten in langer Reihe fortgesetzt werden. Dabei würde sich noch weiter bestätigen, was die vorstehende Auswahl rein zufällig verdeutlicht: Die Wörter „Bereicherung“ und „Chance“ kehren immer wieder. Das legt den Verdacht nahe, daß einer dem anderen nachredet und die wenigsten wirklich wissen, worum es in Wirklichkeit geht. Nicht einmal über den Inhalt des Wortes „Multikultur“ ist man sich im klaren. Das wurde auf dem Kongreß „Kulturelle Vielfalt Europas“ bestätigt, der im Herbst 1990 unter Beteiligung hochrangiger Politiker in Berlin stattfand.
[15, Seite 5, 6]

Veranstaltet von der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, dem Künstlerhaus Bethanien Berlin, der Kulturpolitischen Gesellschaft, dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin, sowie der Seants- und Magistratsverwaltung für Kulturellen Angelegenheiten Berlin tagten und debattierten Vertreter der Bundesregierung (Lieselotte Funcke, Beate Winkler), der politischen Parteien (Anke Martiny/SPD, Cornelia Schmalz-Jacobsen/FDP), der Kirchen (Jürgen Micksch, Jürgen Moltmann) und sozialer, kultureller und staatlicher Einrichtungen aus dem In- und Ausland (György Konrad/PEN-Präsident, Vishnu Kare/Indien, Nicolaus Tummers/Europarat, Gavin Jantjes/British Arts Council, Mehmet Turgay/VHS Kreuzberg, u.a.). [16, Seite 7]

Im selbigen Buch schreibt Stefan Ulbrich (Hrsg.) über diesen Kongreß auf Seite 7:

„Referenten wie Teilnehmer waren sich … darüber einig, daß die multikulturelle Gesellschaft einer der am häufigsten gebrauchten Begriffe in den Diskussionen unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation sei, aber es enorme Schwierigkeiten bereite, diese ‚leere Worthülse’ zu deuten ode ihre politische, historische und gesellschaftliche Dimension auszuloten.

Klar war, ‚daß das Problem brennt und den inneren Frieden unserer Gesellschaft beeinträchtigt“, so Günter Coenen, Generalsekretär des Hauses der Kulturen der Welt.’“

---

[635] ZEIT ONLINE, „Zypries schlägt Änderungen vor“, 21.05.2009. Zypries hält Vorträge bei verschiedenen Rotary- und Lions Club’s. Sie ist jüdischer Abstammung.

[636] März 1956, Institut für Meinungsforschung Allensbach: 55 Prozent der Bundesdeutschen sprachen sich gegen Anwerbevereinbarung für Gastarbeiter mit Italien aus.
1965, Emnid-Institut, 51 Prozent lehnt das Hereinholen von Ausländern als Gastarbeiter nach Deutschland ab
Oktober 1972, SPIEGEL, „Wie eh und je sind drei von vier Deutschen der Ansicht, die Zahl der Gastarbeiter solle vermindert werden.“
Im Juli 1975, ermittelte das Allensbacher Institut für Demoskopie, daß die Verminderung der Gastarbeiterzahl bei den befragten Deutschen an erster Stelle aller politischen Forderungen stand.
Juli 1982 berichtete die WELT: „Im vergangenen Sommer waren es noch 79 Prozent, nach der jüngsten Umfrage sehen 82% der Befragten zu viele Ausländer in der Bundesrepublik.”
Dezember 1985 erklärte die FAZ: 81% unterstützen die Aussage: „Wir lassen zu viele Asylanten ins Land“
Zu diesem Zeitpunkt sprachen sich 75% der Bundesdeutschen für einen Ausländerstopp aus.
November 1991 nach einer Allensbach-Umfrage sprachen sich 69% der West-, und 64% der Mitteldeutschen für eine Grundgesetzänderung im Asylrecht aus, Kölnische Rundschau vom 14.11.1991

[637] FOCUS, „Deutschland – keine Angst vor Multikultur“, 21.11.1994, Rita Süssmuth

Ein Wort ohne Begriff? Man denkt an Goethe: „Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein!“[638] Der „Große Meyer“ von 1976 kennt den Ausdruck „Multikultur“ noch nicht, ebenso wenig der „Duden“ von 1986, aber im „Großen Brockhaus“ von 1991 taucht er auf. Enttäuschenderweise stellt auch hier das Wort sich ohne Begriffe ein. In schwieriger Substantiv-überladener Sprache wird auf mehr als zwei Seiten nur wenig brauchbare Inhaltserklärung geleistet. Eine brauchbare Begriffsbestimmung bleibt aus. Ein Satz wie der folgende dürfte den geistigen Standort des Abschnittsverfassers erkennbar machen: *„Die Diskussion um eine multikulturelle Gesellschaft stellt … die Chance zur Wahrnehmung gemeinsamer Problme … dar.“* Da ist sie also wieder, diese normierte offizielle Meinung, nach der die Multikultur eine Chance zu sein hat, selbst in dem der Objektivität verpflichteten Lexikon! [15, Seite 7]

Bild 98: Territorialismus: „Die Jugendlichen betrachten die (dt.) Polizei als fremde Besatzer“[639]

Was ist mit „Multikultur“ gemeint?

Der Erstverwender des Begriffes, nämlich der schon genannte Redenschreiber Holger Börners, Oberkirchenrat Dr. phil. Jürgen Micksch, hat versucht, den aktuellen Stand der Begriffserklärung in eine griffige Formel zu fassen: *„Im Sinne von Artikel 3 des Grundgesetzes wird von einer multikulturellen Gesellschaft gesprochen, wenn Menschen mit verschiedener Abstammung, Sprache, Herkunft, Religion oder politischer Anschauung so zusammenleben, daß sie deswegen weder benachteiligt noch bevorzugt werden. Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft geht davon aus, daß es zwischen verschiedenen kulturellen Prägungen Konflikte gibt, die nicht durch Ausgrenzung und Benachteiligung, sondern durch dialogische Formen des Umgangs miteinander gelöst werden. Voraussetzung für eine multikulturelle Gesellschaft ist daher die Gleichberechtigung.“*[640]

Man beachte: „Menschen mit verschiedener Abstammung, Sprache, Herkunft, Religion oder politischer Anschauung“ wollen – oder sollen – zusammenleben, wobei an ein Konglomerat zu denken ist, wie es sich z.B. heute in Deutschland einfindet und künftig in ungeahnten Massen einfinden wird: Türken, Italiener, Polen, Serben, Griechen, Kurden, Araber, Perser, Kongolesen, Äthopier, Tamilen, Inder, Vietnamesen, Rumänen, Roma, Sinti – um nur einige zu nennen – und Deutsche! … Reicht die Phantasie des Lesers aus, sich die Folgen auszumalen?

Das Zusammenleben von Menschen hat immer Schwierigkeiten, auch bei nahe Zusammengehörigen. Sollte das Bemühen nicht stets darauf gerichtet sein, die Schwierigkeiten zu vermindern? Dazu gehören z.B. die Pflege von angestammten Sitten und Gebräuchen, wie sie allen Völkern seit jeher eigen sind. In ihnen sind die Umgangsweisen der Menschen aufeinander abgestimmt, bei gleichzeitiger Übereinstimmung mit der angeborenen Wesensart (Volkscharakter) der jeweiligen Menschengruppe. Jetzt jedoch stimmt nichts mehr überein! Werden da nicht die Schwierigkeiten ins Ungemessene, nie zu bewältigende gesteigert?

Verliert man sich mit Definitionen wie der angeführten von Micksch nicht in unfaßbarer Weise in Utopien? [15, Seite 8, 9]

---

[638] FAUST, Teil I, Zeile 1995f.

[639] „Das Problem explodiert“, aus dem Spiegel-Streitgespräch zwischen dem Oberstaatsanwalt Roman Reusch und Bernd-Rüdiger Sonnen, Professor für Strafrecht und Kriminologie. Spiegel Nr. 19/2007, Seite 42f.
Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Interviews prüft Berlins damalige Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) disziplinarrechtliche Schritte gegen Roman Reusch. Ein halbes Jahr später wird Herr Reusch strafversetzt.

[640] Jürgen Micksch, Manuskript des Referates, S. 1

Bild 99: Die deutsche Gesellschaft (ergo Volk) soll kulturell und politisch „befremdet“ werden

Claus Leggewie schreibt zur Multikultur: „… Die Sache erst richtig treffende Variante des Multikulturalismus ist die Gesellschaft ohne kulturelles Zentrum und ohne hegemoniale Mehrheit. Dieser Aggregatzustand tritt ein, wenn das historische Gerüst des europäischen Universalismus, der Nationalstaat als Denk- und Handlungseinheit, nachgibt und transnationale Mobilität (Migration) in einem Maße stattfindet, daß die Weltgesellschaft von einer Abstraktion zur alltäglich erfahrbaren Realität wird. Migrationen und grenzüberschreitende Kommuikationen lassen die „postmoderne“ Vorstellung der Dezentrierung Wirklichkeit werden. … Wem die Vorstellung von der Weltgesellschaft zu abstrakt ist, der stelle sich zur Illustration eine multikulturelle Metropole seiner Wahl vor oder einen Landstrich wie Kalifornien, wo es schon jetzt keine ethnische Mehrheit mehr, sondern nur noch reziproken Ansprüche von Minderheiten aneinander gibt. Die dort gängige, naiv-rassische Terminologie der Afro-Americans, Asian-Americans usw. oder die nationalen Herkunfts-Label treffen den mosaikartigen Charakter der Gesellschaft auch nicht mehr. Hier, und nicht beim isolierten Individuum in der Massengesellschaft, ist moderne Ausdifferenzierung an ihr Ende gekommen: in einer Art postmodernen Reichsstruktur, der jede allein und allgemein verbindliche geistliche oder weltliche Führung fehlt – eine Gesellschaft von Fremden. In einer solchen Gesellschaft verschwindet nicht nur der traditionelle Raum des „Einheimischen“ (Heimat), es löst sich auch die für die klassische Moderne typische, zweistellige Opposition des „Eigenen“ und des „Anderen“ auf. Aus dieser binären wird eine multiple, auf den ersten Blick chaotische Konstellation von Personen und Gemeinschaften, die zueinander in einem Verhältnis struktureller Fremdheit und situativer Vergemeinschaftung stehen. …

Es wird den Europäern und auch den Deutschen, den strengen und arrogantesten Kritikern Amerikas, nicht erspart bleiben, noch eine dritte Form der Amerikanisierung zu ertragen: Nach der politischen Demokratisierung und der Anverwandlung der libertären Subkultur wie des *american way of life* werden sich die Deutschen nun zu einer „Nation von Einwanderern“ durchringen müssen.“ [18, Seite XIII, XVI]

Ein gute Zusammenfassung „interkultureller Strategie“ lieferte eine Sammelband- „AG 6“ unter dem Titel „Interkulturelle Begegnung und interkulturelles Lernen“: „Die gegenwärtige Situation erfordere ein „Umdenken“, d.h. Einrichten auf den dauerhaften Aufenthalt von Minderheiten. Gelingen könne dies nur bei einer politischen Anerkennung der „multikulturellen“ Gesellschaft und des „Rechts der Minoritätsangehörigen auf Erhaltung ihrer Eigenheit, …, um dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland leben zu können und sich am sozialen und politischen Leben wirksam beteiligen zu dürfen.“[641] Die deutsche Gesellschaft soll also kulturell und politisch „befremdet“ werden. … Auch die Reichen bleiben nicht auf ewig von der Entwicklung unberührt. Stefan Ulbrich schreibt: „Man sollte sich auch nicht am Begriff des Ghettos stören, denn morgen schon wird auch das Villenviertel der Reichen ein Ghetto sein – ein Steinchen im bunten Mosaik der Multikulturalität.“ [16, Seite 18, 19, 339, 340]

[641] Landesinstitut für Schule und Weiterbildung NRW, Ursula Schneider-Wohlfahrt: „Perspektiven interkulturellen Lernens für die multikulturelle Gesellschaft“, Soest 1988, S. 177f.

Bild 100: Daniel Cohn-Bendit

Der Herausgeber und Mitverfasser des Buches „Multikultopia“, Stefan Ulbrich, malt farbiger aus, was im Sinne der Definition zu erwarten ist: *„In Zukunft werden in der Bundesrepublik Menschen zunehmend verschiedener Kulturen leben. Die Multikulturalität stellt sicher, daß jeder seine Sprache, seine Sitten und Gebräuche, seine Religion offen pflegen und bewahren kann … Multikulturalität ist wie Mikado. Ein Ineinanderverschachteltsein unterschiedlichster Farben und Hierarchien, Werte und Subkulturen. Kein Glied kann sich bewegen, ohne die anderen mitzubewegen oder zu beeinflussen. Die Deutschen werden akzeptieren müssen, daß auf dem Boden der Bundesrepublik künftig eine noch größere Pluralität der Kulturen (Völker), Sprachen, Sitten und Werte anzutreffen sein wird. … Deutschland geographisch zu orten, wird in Zukunft schwer fallen.“*[642]
Es läßt den Verfasser sichtlich ungerührt, daß es unter den neuen Umständen kein Deutschland und kein deutscher Volk mehr geben kann. Auch Barbara John, Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, sieht eine „Mosaik-Gesellschaft“ entstehen, *„die in der Buntheit den entscheidenden Wert des Humanen erkennt und würdigt.“* [16, Seite 10]
Nach diesen beiden Auffassungen ist Multikultur etwas, was sich zwar im selben geographischen Raum, nicht aber in den einzelnen Menschen abspielt. Das soll ja gerade der Schachzug gegen die Überfremdungsängste der einheimischen Bevölkerung sein: Jeder behält seine Kultur! Daneben gibt es aber auch die andere Vorstellung, wonach sich Multikultur im Individuum verwirklichen soll. Nur, indem wir die „Gabe“ annehmen, von der v. Weizsäcker schwärmt, können wir uns daran „bereichern“.
Nach der Mosaik- und Mikado-Vorstellung begegnet man in jedem Dorf und jedem Stadtteil einer anderen Völkerschaft, während nach der innerseelischen Bereicherungstheorie wohl an ein vollständiges Durcheinanderwohnen zu denken ist. Falls dann in dieser „*Buntheit*“ als dem „*entscheidenden Wert des Humanen“* wirklich einmal Konflikte auftreten sollten, so werden diese gemäß der Definition Micksches *„nicht durch Ausgrenzung und Benachteiligung, sondern durch dialogische Formen des Umganges miteinander gelöst“.*
Andere Anhänger der sogenannten Multikultur betrachten die bisher geschilderten Vorstellungen ihrer Gesinnungsfreunde als Hirngespinste, weil sie geradewegs ins Chaos führen müßten. So berichtet Stefan Ulbrich: *„Multikulturalität bedeutet Veränderung, bedeutet vermehrtes Chaos, bedeutet, daß kein Ende in Sicht ist. … Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft ist kein Harmoniebegriff. Vielmehr trägt er eine geballte Ladung Zündstoff in sich.“*[643]
Von wissenschaftlicher (?) Seite wird der Sachverhalt des Chaos ebenfalls festgestellt; wie es scheint, ohne zu Alarmsignalen Anlaß zu geben. Professor Claus Leggewie schreibt in seinem Buch „Multikulti“: *„Die Soziologie multikultureller Gesellschaften tastet sich vom Paradigma (hier: ehemaligem „Muster“, alte Gesellschaftsform) des Gleichgewichts weg ins offene Feld nicht-linearer Prozesse und Fluktuationen, an einen Zustand heran, den die Naturforschung seit langem als Chaos beschreibt und begreift.“* [18, Seite 12]
Im Deutschlandfunk vom 03. Juli 1991 anerkennt Prof. Leggewie die Fremdheit als Wesen der Multikultur, aber auch als ihren eigentlichen Wert: *„Eine multikulturelle Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Fremden überhaupt.“* [15, Seite 23]
Chaos als wertvolle Chance ist bei den Fortschrittsavangardisten schon lange keine neue „Einsicht“ mehr. Cohn-Bendit, Kind jüdischer Eltern, verkündete im Juni 1982 in Frankfurt am Main: *„(*Die*) Addierung von Kulturen führt im günstigsten Fall zur Nivellierung auf niedrigerem Niveau. Wir wollen eine Welt der konstanten Auseinandersetzungen. Wir wollen größeres Chaos!“*[644] Mit diesem Bekenntnis zum Chaos haben wir die ganze Bandbreite der multikulturellen Visionen ins Blickfeld bekommen. [15, Seite 9-11]
Die BRD-OMF ist keine Bananenrepublik. Sondern eine Kolonialagentur, die eine inländerfeindliche Siedlungspolitik auf dem Territorium des deutschen Volkes durchgesetzt hat.

642 „Multikultopia“, [18], Seite 304, 305
643 „Multikultopia“, [18], Seite 322, 326
644 Monatsschrift „Patrioten für Deutschland“, Mainz, April 1989

Bild 101: Logenmitglied Süssmuth

Die ehemalige Bundesfamilienministerin und Bundestagspräsidenten Rita Süssmuth (CDU) empfiehlt in ihrem Buch „Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft“[645], „Migranten als Gewinn und Multikulturalität als Quelle wechselseitiger Bereicherung“ wahrzunehmen (S. 12). Geschehe dies nicht, drohe „ein negatives Image im internationalen Ranking mit nachhaltigen Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen“. (S. 19)
Hier wird indirekt bestätigt, was man allgemein vermuten kann: der Umbau, auch der deutschen Gemeinschaft in eine multiethnische Vielvölkergesellschaft, hat ihren Ursprung außerhalb.

Stephan Steins Analyse zur Multikultur und ihrem Sinn und Zweck ist es wert, erwähnt zu werden. Er schreibt: „`Multi-Kulti´ ist eben kein Projekt von unten, kein in freier Selbstbestimmung involvierter Völker entwickeltes Konzept auf dem Weg internationaler Klassensolidarität, sondern ein strategisches konzeptionelles Instrument imperialer Hegemonie zur ideologietheoretischen Antonymisierung, camoufliert (getarnt) als Humanismus. …
Das Projekt der `multikulturellen Gesellschaft´ transportiert hierbei nichts anderes, als unter dem Label von Humanismus und Internationalismus die soziale und kulturelle Entwurzelung sowohl der Migranten, als auch der autochthonen Bevölkerung durchzusetzen. Das strategische Ziel ist es, gewachsene Strukturen zu zerschlagen und Gesellschaft und Individuum der imperialen Allmacht auszuliefern. … Diesem strategischen Ziel dienen das Konzept `Multi-Kulti´ und die initiierten Migrationsströme, die innerhalb der traditionellen Kulturnationen Parallelgesellschaften konstituieren sollen und auf diesem Wege zur Negierung tradierter Kultur und Identität und zur Zerschlagung integrativer sozialer Räume führen und darüber hinaus in letzter Konsequenz auch die weitere Negierung territorialer Integrität ermöglichen sollen.
Die „Globalisierung”, …, war, wie geschildert, mittlerweile weit über den Nationalstaat hinaus gewachsen und verlangt nach einer auch normativen Neuordnung der Welt. Völkerrecht und Nationalstaat, internationale und nationale Rechtsnormen stehen der imperialen Oligarchie hierbei in der Durchsetzung ihrer Interessen hemmend im Wege. Diese und andere Widerstandsfaktoren gilt es folglich zu neutralisieren. Die Desintegration des souveränen Nationalstaats als Völkerrechtssubjekt und der Kulturnation als identitätsstiftender Heimat, Bezugspunkt und sozialem Schutzraum stehen hierbei ganz oben auf der imperialen Agenda der „New World Order” (NWO). Das Projekt der „multikulturellen Gesellschaft” transportiert hierbei nichts anderes, als unter dem Label von Humanismus und Internationalismus die soziale und kulturelle Entwurzelung sowohl der Migranten, als auch der autochthonen Bevölkerung durchzusetzen. Das strategische Ziel ist es, gewachsene Strukturen zu zerschlagen und Gesellschaft und Individuum der imperialen Allmacht auszuliefern.“[646]
Der ehemalige Bundespräsident, Christian Wulff, forderte öffentlich, Deutschland weiter zu „internationalisieren“ (und damit zu vermischen), wörtlich sagte er:
„Wir müssen auch hier auf andere zugehen und den Austausch verstärken. Wir müssen unser Land weiter internationalisieren. Das können wir schon hier bei uns einüben in unserer Bundesrepublik, in unserer bunten Republik Deutschland.“[647]
Rolf Kosiek schreibt zur organisierten Überfremdung und ihrer letztendlichen Konsequenz:
„Die große Zahl der Fremden in Deutschland dürfte in Zukunft auch erhebliche außenpolitische Folgen haben. Die Bundesrepublik Deutschland wird dann überhaupt nicht mehr belastbar sein, und Bürgerkriegszustände wie zur APO-Zeit können von interessierter Seite leicht zu umwälzenden Revolutionen aufgeschaukelt werden. Die (traditionelle Vorstellung, von der) Hauptaufgabe deutscher Politik, das deutsche Volk zu erhalten und seine kulturelle Identität zu bewahren, wird natürlicherweise für die Ausländer, die dann wesentliche Teile der deutschen Bevölkerung darstellen, völlig uninteressant sein. Die bisher betriebene Ausländerpolitik mit ihren Integrationsbestrebungen grenzt daher an Verfassungsbruch. Sie kann wegen ihrer durchaus absehbaren Folgen, …, mit gewissem Recht als ein Verbrechen, einen Schritt zum Völkermord, bezeichnet werden.“ [13, Seite 230, 231]

---

645 DTV, „Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft“, 2006
646 Die Rote Fahne, „Terror in Norwegen: Zur ideologischen Antonymisierung durch die imperiale Hegemonie“, Artikel von Stephan Steins, 28.07.2011
647 Antrittsrede des ehm. Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU) im Deutschen Bundestag zu Berlin, 02.07.2010; Christian Wulff ist Rotarier und gehört der transatlantischen Atlantik-Brücke E.V. an.

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl erläuterte den Zusammenhang zwischen Multikultur und europäischer Integration wie folgt, wobei der Binnenkrieg von vornherein eingeplant scheint: *„… Haus Europa leben, daß alle ihre Wohnungen darin haben, je nach ihren Bedürfnissen, alle Völker, daß die Streitigkeiten, die permanent da waren und permanent da sein werden, es hat keinen Sinn die Illusion zu haben wir werden keinen Streit mehr haben, auch ökonomische und andere Fragen, daß die aber zivilisiert ausgetragen werden, ich sage es einmal ganz einfach formuliert, der Krach findet im (eigenen) Haus statt und nie mehr auf der Straße. Und Straße würde in diesem Fall Krieg bedeuten.“*

Schon vor Jahren legte eine Studie der Universität Bremen den Grund für die zunehmende Armut in Deutschland offen. „Demzufolge hat ausgerechnet die linkslastige Universität Bremen in einer Langzeitstudie des Zentrums für Sozialpolitik über die ‚neue Armut‘ festgestellt, daß diese eine Folge der Zuwanderung sei. Ohne die Zuwanderung wäre die Zahl der Bedürftigen gleich geblieben. Ohne die Zuwanderung hätte der Staat viele Milliarden DM (bwz. Euro) an Zuwendungen für das ‚untere Drittel‘ der deutschen Bevölkerung zur Verfügung gehabt. In dem gleichen Artikel wird auch der frühere Berliner Fraktionsvorsitzende, Klaus Landowsky, mit einem Hinweis aus dem Jahr 1996 zitiert, daß man in Berlin die Milliardenkosten für die Zuwanderer in der Statistik nirgendwo gesondert ausweisen sollte, weil dies sonst Emotionen gegen Ausländer wecken würde.“[648] [25, Seite 28]

Bei einer Beurteilung ‚unserer‘ Parteien kommt man nicht umhin auch diesen Aspekt zu berücksichtigen, da sich grundsätzlich alle ‚demokratischen‘ Parteien für mehr Zuwanderung Fremder aussprechen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel fügte hinzu, im Zweifelsfall müsse man durch Einführung von Übergangsfristen den Ängsten in der Bevölkerung Rechnung tragen, um Widerstände in der (dt.) Bevölkerung den Wind aus den Segeln zu nehmen.“[649] Dabei wissen unsere Politiker ganz genau, warum es in unserem Lande ständig wachsende Armut gibt: „Das (ehemalige) SPD-Vorstandsmitglied Herta Däubler-Gmelin erklärte, die Bundesregierung habe mit ihrer Grenzöffnung eine falsche Politik betrieben. Durch den ungehinderten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte würden Lohndumping und Absahnerei gefördert und die wirtschaftliche und politische Stabilität in Deutschland bedroht werden, schrieb Däubler-Gmelin in der Schwäbischen Zeitung. Wer das weiter zuläßt, so Däubler-Gmelin weiter, wird nur den Arbeitnehmern hier eine Chance nehmen und tüchtige und verantwortungsbewußte Klein- und Mittelbetriebe kaputtmachen; der beraubt auch zugleich die Sozialversicherung um dringend gebrauchte Beiträge und züchtet geradezu Ausländerfeindlichkeit.“[650] [25, Seite 29]

Zum Stichwort Globalisierung und Einwanderung, zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden scheinen, schreibt Friederike Beck in ihrem Buch über die transatlantischen Netzwerke (innerhalb derer die ‚demokratische Elite‘ Deutschlands eingebunden sind):

„Die Elitennetzwerke unterstützen über alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen sie präsent sind (akademischer Sektor, Wirtschaft, Medien), die Globalisierung und Immigration, um die Staaten ethnisch zunehmend zu destabilisieren und eine politische (nationale) Willensbildung zu erschweren, u.a. auch durch die zunehmende Notwendigkeit der Beschäftigung mit innenpolitischen Problemen.“ Beck ergänzt: „Die transatlantischen Elitenetzwerke haben zur Schwächung der Demokratie und der Nationalstaaten (Völker) vier Hauptmethoden in ihrem Werkzeugkasten: … (sie) kontrollieren (ihre) Eliten und können so Krisen steuern. Die genannten vier Punkte (Medien, Banken/Finanzen, Globalisierung/Einwanderung, EU) sind gleichzeitig Krisenwerkzeuge. Nur Krisen (bzw. Kriege) schaffen die nötige Dynamik, welche die Ziele erreichbar machen, die auf der Agenda der Netzerker stehen.“ [28, Seite 192, 193]

„In homogenen Gesellschaften wird an sozialen Bruchlinien gekämpft, in ethnisch gemischten gehen die Unterschichten aufeinander los, statt auf die herrschenden Eliten. …

Daß der Wohlstand nur in multikulturellen Gesellschaften erhalten bleiben kann, ist eine dreiste Lüge. Den Wohlstand Europas haben die Weißen in ethnisch homogenen Gesellschaften erwirtschaftet. In den USA blieben die Weißen bis 45 weitgehend unter sich.“[651]

---

[648] Stuttgarter Nachrichten, 14.08.1999, S.2
[649] PHI, 30.09.2000, S.A 108
[650] PHI Nr. 48/95, 24.11.1995, S.377
[651] ‚Mcp‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Die EU sollte die ethnische Homogenität untergraben“, 14.07.2012

Auf den Weg zur „politisch verfaßten Weltgesellschaft“

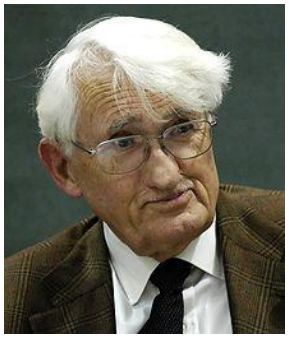


Bild 102: Jürgen Habermas

Aber die alle ideologischen Obsessionen seines unglücklichen Bewußtseins komprimierenden Sätze stehen auf Seite 93[652], in einer Dankrede für den NRW-Staatspreis aus CDU-Hand.

Sie begründen die Notwendigkeit von „Einwanderung“. Denn Migranten „öffnen“ das „dichte Gewebe der jeweiligen nationalen Kultur“, sie machen „verkapselte Kulturen poröser, aufnahmefähiger“. Dies diene der „transnationalen Erweiterung staatsbürgerlicher Solidarität“. Und die bilde dann den „Unterbau eines europäischen Volkes“. „Der Muslim von nebenan“, den Emeritus Habermas im noblen Starnberg freilich nicht ertragen muß, ist von ihm auserkoren als Element der nationalen Dekomposition und Ferment der europäischen Integration.[653]

Das, was Dir jetzt noch unklar erscheint, lichtet sich dann auch. Es ist ein Unterschied in der Zielsetzung, ob man ein Volk vor Multikulturalisierung bewahren will oder ob man jedem einzelnen Individuum aus diesem Volk das Leben retten oder möglichst angenehm gestalten will. Das erste nennt man in der Biologie „Arterhaltung“. Völker im Krieg können es sich nicht zur obersten Priorität machen, Leben einzelner Volksgenossen um jeden Preis zu retten, ein Volk erholt sich auch wieder nach Verlusten. Multikulturalisierung hingegen bedeutet Genozid. Das kann ein Volk wirklich nur EINMAL machen. Wenn es der Situation dienlich ist gibt es auch anderslautende Äußerungen. Die Bemühungen um den Aufbau einer multikulturellen (multirassischen) Gesellschaft in Deutschland seien fehlgeschlagen, sagte Merkel am Samstag, dem 16.Oktober 2010 beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Potsdam: *„Dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert."*[654] Diese Aussage ist nicht neu. Bereits 2004 erklärte Frau Dr. Merkel: *„Die multikulturelle Gesellschaft ist grandios gescheitert."*[655]

Wer aus dieser Grundaussage an eine Änderung der Politik denkt, wird sich enttäuscht sehen, denn die ‚demokratischen‘ Parteien sind ja nur ausführende Organe einer von anderen definierten Agenda. Sie sind nicht die Exekutive des allgemeinen Volkswillens. Und so kann man öffentlich verkünden, auf einen drohenden Eisberg zuzusteuern und gleichzeitig, von der Öffentlichkeit unentdeckt, den Maschinenraum die Order erteilen, die Kessel zu befeuern.

Selbstverständlich dient die Massenzuwanderung nach Deutschland mittelfristig der Majorisierung der Einheimischen. Multikultur hat allgemein den Zweck der Überwindung bestehender Völker und Kulturen – in Deutschland also die Überwindung des Deutschtums.

Das Konzept der Einschmelzung und Auflösung der genetischen Identität ist ein wichtiger Schritt, um eine andere, länderübergreifende Ordnung errichten zu können. Die globale Gesellschaft der Zukunft kennt keine klassischen Grenzen, in der Staats- und Volksgrenzen deckungsgleich sind. Letztendlich ist Multikultur eine Art Imperialismus. Nur erfolgt hier der Krieg abhängiger und gelenkter Staaten unter ihrer Führung gegen die eigene Bevölkerung.

Auf gar keinen Fall besteht in der ermöglichten Massenzuwanderung und propagierten Multikultur die Absicht, die Lebenssituation der europäischen Völker, und damit auch die der Deutschen, in irgendeiner Art zu verbessern. In einem Forumsbeitrag hieß es:

„Der Begriff Umvolkung ist viel älter als die Nazis. Die Methoden der Umvolkung haben sich geändert, aber die Ziele sind die gleichen: Die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung einer Bevölkerung. Man kann diesen Vorgang verharmlosend und euphemistisch „Ausdünnung" oder „Diversification" nennen oder sonst wie, am Ergebnis ändert es nichts, nämlich daß wir in unserem eigenen Land zu Fremden und einer Minderheit gemacht werden sollen.“[656]

Das Ziel ist die Aufhebung der ethnischen[657] Identität[658] des deutschen Volkes. Dieser Infamie liegt die völlig richtige Einsicht zugrunde, daß zwischen der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Leistungsfähigkeit eines Volkes und seiner ethnischen Homogenität oder Heterogenität eine notwendige Relation besteht.

---

652 „Ach, Europa“, Kleine Politische Schriften XI. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 2008, 192 Seiten

653 Junge Freiheit, Nr. 16/08, S.17

654 Deutsche Welle, „Integration“, 16.10.2010

655 FAZ.NET, „Integrationsdebatte – Schröder warnt vor Kampf der Kulturen“, 20.11.2004,

656 ‚Bettmaen‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Israel schmeißt 50.000 Neger raus - um Umvolkung zu verhindern“, 03.01.2012

657 Ethnographie [grch. Ethnos >Volk<, >Stamm<], ethnisch, volkseigentümlich, Ethnie, die (einheitl.) Kultur- u. Lebensgemeinschaft einer Volksgruppe betreffend; ‚völkisch‘.

658 Identität [lat.] Nämlichkeit, Sichselbstgleichheit, Gleichsetzung, Übereinstimmung

Vererbung oder Umwelteinfluß?

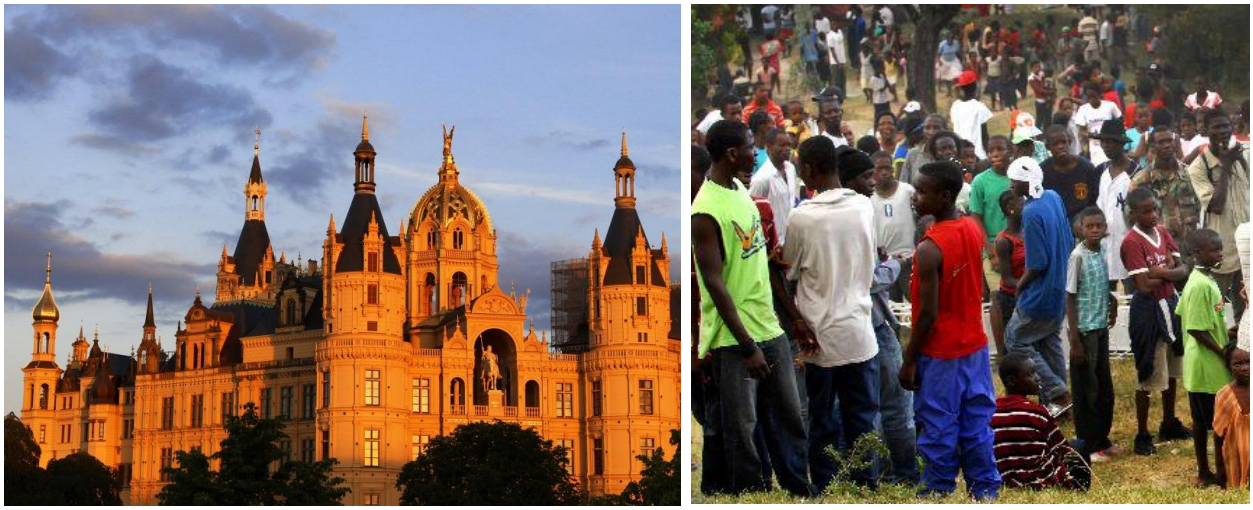


Bild 103: Kontrast der Rassen: Europa, Schweriner Schloß, Afrika: Flüchtlinge auf Lampedusa

Die Frage mag an dieser Stelle überraschen, aber an ihrer Beantwortung scheiden sich die Welten, von deren Aufeinanderprallen hier die Rede ist: Die Einwelt und die Völkerwelt!

Bedingung für die Bildung der Einwelt ist die Zerstörung der Völkerwelt, weil diese der genaue Gegensatz zur Einwelt ist und weil die Völker die einzigen menschlichen Gemeinschaftsbildungen sind, die den Beherrschern dieser Einwelt gefährlich werden können. Statt ihrer soll sich ein multikultureller und ethnischer Flickenteppich über die Erdoberfläche ausbreiten, in dem niemals wieder ein Kraftkern der Freiheit bilden kann.

Als Ersatz für die Volksgemeinschaft, die dem einzelnen Heim und Hort, ja Quelle der physischen und psychischen Existenz war, bietet Graf Coudenhove-Kalergi die „Persönlichkeit“ an. Aber das ist ein trügerischer Köder, denn in Wahrheit bilden sich gerade auf dem Wurzelgrund des Volksbodens starke und eigengeprägte Persönlichkeiten, die Entwurzelten jedoch werden zum Spielball der Manipulation. Schiller: „Dort in der fremden Welt stehst du allein, ein schwankes Rohr, das jeder Sturm zerknickt.“ …

Zur Bildung dieser Zukunftsrasse müssen die Menschen durcheinandergewirbelt werden. Das ist nur denkbar, wenn sie in die jeweils anderen Kulturkreise und in die einstweilen noch vorhandenden Völker theoretisch problemlos aufgenommen werden können, und eben das setzt die Behauptung voraus, daß Kulturen (und ihre Leistungen) und Völker nicht vererbungsbedingt, also nicht rassegebunden sind. … [15, Seite 11]

Auch in der augenblicklich propagierten Multikultur soll Rassemischung vollzogen werden. Damit wird das Irreale der Utopie, daß die Volkskulturen bei einer mosaikhaften Verteilung zwischen vielen anderen Kulturen (Völkern) erhalten werden könnten, noch um einiges gesteigert. Das Wunder des Fortbestandes der deutschen Kultur in den einzelnen verstreuten Inseln müßte sich ja vollziehen, obwohl weniger und weniger deutsche Menschen in den einzelnen Flecken leben, denn für die Rassenmischung müssen ja Deutsche mit den Fremden „gekreuzt“ werden.

Allerdings zeichnet sich das in der Umwelteinfluß-Theorie der Einwelt-Ideologen anders ab:

Selbstverständlich sind deutsche Menschen da, sofern überhaupt Menschen da sind; aber daran ist kein Mangel – sie strömen ja von allen Enden der Welt herein, und wer in eine deutsche Kulturinsel zieht, also in einen deutschen Teil des Mosaiks, der wird Deutscher, welchen Blutes auch immer er sein mag! So besagt es die Logik der Umwelteinfluß-Ideologie!

Die Einweltler brauchen also den Glauben an die Unabhängigkeit der Kultur und des Volkstums von der Vererbung. … Prof. Dr. Gerhard von Frankenberg erklärt 1957: *„Es war ein Grundfehler der Rassisten, kulturelle Errungenschaften für rassische Gegebenheiten zu halten und darum als gesicherten Besitz anzusehen.“*[659]

Die UNESCO in ihrer Deklaration zum Rassenproblem von 1951: *„Historische und soziologische Untersuchungen stützen so die Ansicht, daß genetische Unterschiede bei der Bestimmung sozialer und kultureller Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der Menschheit nur eine unbedeutende Rolle spielen. Nach dem heutigen Stand unseres Wissens besteht kein*

[659] Prof. Dr. Gerhard von Frankenberg, „Rasse und Kultur“, Göttingen 1957, S. 28

Hinweis dafür, daß die Gruppen der Menschheit hinsichtlich ihrer angeborenen Befähigung zu intellektueller und emotionaler Entwicklung verschieden sind." [5, Seite 12]
Auch Will Durant stellt die Behauptung auf: *„Kultur ist nicht rassegebunden. … Geographische und wirtschaftliche Umstände formen eine Kultur, und diese formt einen Typus. … Unter den gleichen materiellen Bedingungen würde eine andere Rasse zu den gleichen Ergebnissen gelangen."*[660] Man sieht wie ideal solche Theorien für die Völkervermischer sind und so auch für die, welche verantwortlich sind für den heutigen Einstrom fremder Menschen. Man bringe Tamilen, Buschmänner, Hottentotten und Zulus in die deutschen *„geographischen und wirtschaftlichen Umstände"*, und sie bringen Geister wie Dürer und Luther, Kant und Schiller, Mozart und Beethoven hervor! … Ist das nicht lächerlich? Der Laie tritt allzu leicht vor wissenschaftlich verbrämter Ideologie zurück, weil er ehrlich ist und sich nicht zuständig fühlt. Selten aber ist es ihm – wie eben gezeigt – derart leichtgemacht, die behaupteten Thesen mit gesundem Menschenverstand zurückzuweisen. Doch wer ist zu diesem so einfach erscheindenden Schritt in der Lage? Erscheint der Mensch nicht eher als ein an die Lüge gekettetes Wesen? Salzia Landmann schreibt in ihrem Buch „Die Juden als Rasse":
„Es ist eine bekannte Tatsache, daß Lügen, permanent und penetrant genug vorgetragen, zuletzt oft sogar dann geglaubt werden, wenn die Widerlegung keinerlei Mühe bereiten würde und die Wahrheit offen zutageliegt." Oft hilft die alte Weisheit der Lateiner weiter, die sich in der schlichten Frage ausdrückt: „Cui bono?" Für wen ist es gut? Wem nützt es? Wir zeigten schon, wie wichtig für die Einweltler die Lüge von der Unabhängigkeit der Kultur vom Erbgut ist. Hier eine weitere Behauptung aus der genannten UNSECO-Deklaration von 1951: *„Das normale Individuum ist ohne Rücksicht auf die Rasse weitgehend erziehbar. Daraus folgt, daß sein intellektuelles und moralisches Leben in hohem Maße abhängig ist von seiner Schulung und seiner physischen und sozialen Umwelt."* Der Wunsch ist also der Vater des Gedankens! Noch einmal angeführt sei in diesem Zusammenhang dies schon erwähnte jüdische Schriftstellerin und Anthropologin Salzia Landmann, sie schreibt in dem genannten Buch „Die Juden als Rasse" auf der Seite 17: *„Denn worin immer die Rassenfanatiker der Nazizeit … geirrt und gesündigt haben mögen – in der Annahme, daß die biologische Besonderheit des Menschen bis in seine letzte geistige Äußerung hinein spürbar bleibt, irrten sie nicht. Streicht man aus der Rassenlehre alle Vorurteile, dann wird man leicht feststellen, wie viele historische und kulturelle Hintegründe eine sachliche Rassenanalyse aufzudecken vermag. Zusammenhänge, die nur auf diesem Wege geklärt werden können. Und hat man einmal den festen Zusammenhang zwischen bestimmten Rasse- und Kulturformen festgestellt, so kann man umgekehrt aus den Kulturäußerungen auf die rassische Zugehörigkeit ihrer Schöpfer schließen."*
Hier stößt Salzia Landmann zum Kern der Sache vor: „Fester Zusammenhang zwischen bestimmten Rasseformen und bestimmten Kulturformen"! [5, Seite 13-15]
Bei der Einmischung fremder Rasseteile in einen Volkskörper handelt es sich stets um Unfälle der Geschichte. Die Folge ist immer eine Belastung des Volkslebens. … Das alte Argument von der „Luxuration" bei Rassemischung unterschlägt das große Elend der dabei zugleich auftretenden „Pauperisation" (also Bereicherung einerseits und Verarmung andererseits). Wenn mit diesen Begriffen die geistigen Begabungen erfaßt sein sollen, so sind andere Persönlichkeitsmerkmale noch überwiegender negativ betroffen. Selbst der Propagandist der Rassemischung, Coudenhove-Kalergi spricht von „Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit" der Mischlinge. Die Vorzüge, die er ihnen zuschreibt, „Objektivität, Vielseitigkeit, geistige Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und Weite des Horizonts", … stellen in Wirklichkeit Unrast und vor allem Entwurzelung dar. Die Gesamtbilanz der Rassemischung – die damit keinesfalls erschöpfend gezogen sein soll – ist negativ. [5, Seite 20]
Der Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington[661] postulierte: „Nicht mehr Nationen prallen aufeinander, sondern Kulturen (Völker innerhalb multikultureller Staaten). Die Auseinandersetzungen könnten durch besondere Unbarmherzigkeit geprägt sein. … Dieser Zusammenprall … sei unvermeidbar und werde ‚die Weltpolitik beherrschen'".[662]

[660] Will Durant, „Kulturgeschichte der Menschheit", in 18 Bänden, Frankfurt/Main 1981, Bd. 1, S. 20
[661] Veröffentlich im ‚Foreign Affairs', „The Clash of Civilizations"; Als Eingeweihter offenbart H. lediglich die wahren Hintergründe der ungeschränkten Einwanderungspolitik in die europiden Nationen. Es geht um ihre Zerstörung.
[662] WELT AM SONNTAG, „Der ‚Krieg der Kulturen' in Multikulturstaaten wird heftiger als alle Konflikte zuvor", 28.11.1993, Seite 19

Multikultur, eine Mogelpackung. Das eigentliche Ziel ist die Vermischung

Bild 104: Multirassische ‚Patchwork-Familie' in Leipzig

Das Menschwerden und das Menschsein ist Abenteuer genug. Das wußten alle Weisen.
Es darf überhaupt keine Hilfe ausgeschlagen werden, die geeignet ist, dem Abenteuer zum Gelingen zu verhelfen. Die entscheidenste Stütze aber, die Hilfe aller Hilfen, ist die Kultur. Multikultur vervielfacht diese Stützen nicht, sondern bricht sie vollkommen weg. Die multikulturelle Geselschaft ist deshalb die Gesellschaft des kulturellen Abstiegs, bis hin zur Kulturlosigkeit. [15, Seite 24]
„(Man kann) nicht mehr davon ausgehen, daß hier verschiedene Gruppen leben, die wir nach ihren Nationalitäten einordnen können und die wir als Minderheiten gegenüber einer deutschen Mehrheitsgesellschaft betrachten. Das ist das Multikulturalismus-Modell gewesen, das am Anfang wichtig war, um die Nationalgesellschaft zu durchbrechen und klarzumachen: Es gibt andere Menschen, die ebenfalls an dieser Gesellschaft beteiligt sind. Damit allerdings hat sich das Bild von den Minderheiten verfestigt. Die neben einer Mehrheit stehen. Von diesem Bild aber können wir (heute) nicht mehr ausgehen."[663]
Man vertraut in eine „Multikulturelle Gesellschaft". Diese werde schon zur Einebnung aller ethnischen Unterschiede führen. … Dabei ist es ein Trugbild (besser: Lüge), die Völker könnten, ohne repressive Trennungsmaßnahmen, friedlich auf gemischtem Land nebeneinander herleben … Mögen die Eltern ihre Kinder noch so traditionell erziehen, irgendwann beachtet der muslimische Nigerianer Ali, während er gelangweilt im „interkulturellen Unterricht" seinen Blick durch die Klasse schweifen läßt, daß der blonden Katholikin Sabine schon richtig große Brüste gewachsen sind. Und Sabine bemerkt bald Alis wilde Blicke und rätselt, ob die Wunderdinge wirklich stimmen, die sich die Mädchen von den Negern erzählen – und lächelt zurück. Und nach einiger Zeit kommt aus dieser Zeit der kleine Roberto heraus. Und der wird sich bald fragen, was er denn ist: Muslim? Katholik? Nigerianer? Deutscher? Und was wird erst dessen Tochter rätseln, nachdem er sich mit einem anderen „Mischlings" – Mädchen eingelassen hat:
1/4 Muslim, 1/4 Katholik, 1/2 Buddhist? 1/4 Chinese, 1/8 Inder, 3/8 Deutscher, 1/4 Nigerianer?
Sie wird sich feste Ersatzidentitäten in der Jugend- oder Subkultur suchen, welche von den internationalen Medien und Konzernen angeboten werden. Das „Großkapital" erzeugt sich den idealen Konsumenten. [16, Seite 60, 61]
Entsetzen erfaßt denjenigen, der die tatsächliche Bedeutung von „Multikultur" durchschaut hat. Denn schon ihr Name empfiehlt sich verführerisch als ein Vielfaches, er suggeriert eine Steigerung der nun als überholt geltenden „gewöhnlichen" Kultur. Erst recht wird die sogenannte „Multikultur" durch die nichtssagenden Anpreisungen ihrer Verkäufer, z.B. „wertvolle Chance", „große Bereicherung" zur Mogelpackung. Eine solche Täuschung benötigt man, weil die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen die Überfremdung (sonst auf die Regierung und seinem System zurückfällt). Die Lüge von der „Multikultur" ist eine ganz junge Erfindung zur Beruhigung der Gemüter. Sie stellt einen Betrug dar, der von den Betrügern nur als Zwischenstadium gedacht ist. Ein Mitverfasser von „Multikultopia", Claus-Martin Wolfschlag, urteilt: *„Die ‚multikulturelle Gesellschaft' ist also nur die langsame Vorbereitung auf die Cross Culture (Mischgesellschaft), auch wenn das einige Pädagogen durch süßliche Redewendungen verschleiern mögen! Sie ist die Zwischenphase, vielleicht der letzte Blutrausch der traditionellen Bindungen, vor der Ruhe einer Welt einheitlichen Konsumierens."*
„Cross Culture" heißt Kulturenkreuzung, so wie in der Pflanzen- und Tierzüchtung, …
Aber auch Kreuzung der Menschen ist gemeint. Das erläutert die Zeitschrift „Wiener", in der Ausgabe 8/89 in einem sich für dieses Vorhaben begeisterndem Artikel: *„Mit Cross Culture schafft sich die Zukunft ihre eigene Population. Das provinzielle Paarungsverhalten von gestern erzeugt Menschen, … die bei ihrem Erscheinen schon Auslaufmodelle sind."*

[663] Frankfurter Rundschau, „Das gibt sicherlich Irritationen", 07.10.2009

Bild 105: VOLKSTOD: „Die ‚multikulturelle Gesellschaft' ist also nur die langsame Vorbereitung auf die Cross Culture"[664] - und damit das langsame Verschwinden der helleren Einheimischen.

Gleichsinnig (zur biologischen Vermischung) äußert sich Heiner Geißler: *„Aber in der multikulturellen Gesellschaft, die inzwischen schon globalen Charakter hat, „muß es der Hans nicht länger mit der Grete treiben"* (Roger Thiede). *Klassische Musik ist wie Rock'n Roll und Popmusik rassenübergreifend. Heute kann man sich in Frankfurt und in Singapur, in Madrid und in Tokio gleichermaßen zu Hause fühlen."* [16, Seite 82, 83]
Und ein anderer Mitverfasser von „Multikultopia", Marcus Bauer, trifft auf der Seite 141f. die Feststellung: *„So bleibt nur der Schluß, daß hinter dem Schlagwort von der ‚multikulturellen Gesellschaft' lediglich der Wunsch steht, aus den Metropolen der Industriestaaten einen ‚melting pot' zu machen, in welchem die ersehnte Einschmelzung der Völker zu einer nurmehr aus parzellierten Kulturrudimenten bestehenden homogenen Masse vollzogen werden soll."*
„Homogene Masse", das ist als Ziel der Einweltler richtig erkannt, aber biologisch ist sie unmöglich, denn gekreuzte Rassen (und Völker) ergeben keine homogene Masse, sondern ein Durcheinander der Rassen, was ihre Auflösung und Zerstörung bedeutet. [15, Seite 25, 26]
Und weiter: „Idealtypisch wäre, interkulturelles Lernen als Prozeß zu verstehen, in dem sich die unterschiedlichen Ausformungen verschiedener Kulturen (gemeint sind wohl: Völker) miteinander zu einer neuen Form von Kultur verbinden."[665] [16, Seite 61]
Der ‚Cross-Culture-Mensch' wurde folglich ganz anders bewertet, als im ‚Wiener': *„Die Integration der Ausländer führt früher oder später zur Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung. Diese so entstehenden Mischlinge seien ebenfalls Entwurzelte – sie wüßten nicht, wohin sie gehören, wo ihre Heimat ist. Das von den beiden Elternteilen stammende jeweilige Erbe läge nebeneinander im Unterbewußtsein, erzeuge gegensätzliche Gemüts-bewegungen und ließe den Menschen innerlich nicht zur Ruhe kommen; Vermischungen schüfen somit zwiespältige bzw. vielspältige Persönlichkeiten."*[666] [16, Seite 51, 52]
Die Integrationsabsichten (Verschmelzungsabsichten) deutscher Politiker wurden (von nationalen Kreisen) entschieden zurückgewiesen, *„da die Naturgesetze es nicht zulassen, daß man durch Erlernen einer fremden Sprache und Annahme der fremden Sitten und Gebräuche ein Angehöriger eines anderen Volkes werden kann, denn das angeborene Wesen und Gefühlsleben eines Menschen läßt sich bekanntlich nicht ändern. … Die Staatsangehörigkeit ist eine Äußerlichkeit, die angenommen und wieder angelegt werden kann, während man die Volkszugehörigkeit, das angeborene Wesen und Gefühlsleben, das ja rassisch und volkstümlich bedingt ist, nicht ändern kann."*[667]
Aber man macht sich etwas vor, auch Mischlingskinder haben ihre ‚rassische' Identität und schon die Kinder sind sich dessen bewußt. Die These, daß man Kinder farbenblind erziehen könnte, ist ein Märchen. Kinder nehmen es wahr, ob ein Vater aus Schwarzafrika kommt, oder nicht. Ulrike Düregger, Mutter einer Mischlingstochter und Betreiberin einer Spielgruppe für „afro-deutsche Kinder" erläutert in einem Interview, mit welchen Problemen Mischlingskinder ‚bikultureller' (hier: multirassischer) Elternteile zu kämpfen haben:
„Es kommt nicht selten vor, daß ein afro-deutsches Kind in Berlin alleine in der Kita-Gruppe oder Klasse ist. In den letzten drei Jahren konnte man in der Spielgruppe beobachten, daß es den braunen Kindern, wie sie sich selbst oft gerne bezeichnen, gut tut, wenn sie zur Abwechslung einmal in eine große Gruppe von vielen braunen Kindern eintauchen können. Sie blicken in ein Gesicht und scheinen sich zu freuen, weil sie jemanden sehen, der ähnlich aussieht wie sie. Für manche Kinder ist dies eine ganz neue und wichtige Erfahrung."

---

664 NARUD e.V. (Network for African Urban and Rural Development), „Deine Nachbarn aus Afrika: Sind afrikanisch-deutsche Paare eine Bereicherung für den Kiez?"; 21.08.2008. Die Veranstaltung wurde u.a. finanziell unterstützt von der Bundesregierung und der Stadt Berlin, genauer vom dt. Steuerzahler.
665 AG 5 der Mitarbeiter/innen des Stadtteilladens „Regenbogen": Thesen zur interkulturellen Arbeit im Stadtteil, in: Landesinst. f. Schule und Weiterbildung NRW (Hg.) Ursula Schneider-Wohlfahrt: Perspektiven interkulturellen Lernens für die multikulturelle Gesellschaft, Soest 1988, S. 164
666 Wolfgang Seeger, „Ausländer-Integration ist Völkermord", S. 11
667 Wolfgang Seeger, „Ausländer-Integration ist Völkermord", S. 2

Auf die Frage, was sie zur Gründung einer ‚afro-deutschen' Kita bewog, antwortet Frau Düregger: *„Mama, ich will nicht mehr braun sein", war der Satz meiner damals dreijährigen Tochter, als ich sie von einer Probestunde abholte. Das hat mich entsetzt und sehr traurig gemacht. Da wußte ich, ich muß etwas tun. Was sie ausgedrückt hat, war das Problem der Vereinzelung, obwohl wir eigentlich viel in der Community, sprich in afrikanischen Vereinen und Initiativen, unterwegs waren. Aber ich hatte den Eindruck, afro-deutsche Kinder brauchen auch mal ganz viele andere „braune" Kinder, – wie sie sich selbst gern bezeichnen- um sich herum. Wie ein Pool, in den sie mal eintauchen können. Und das ist das Hauptanliegen der Afro-Deutschen Spielgruppe: Die Kinder zu stärken, und natürlich auch die Eltern."*
Damit bestätigt Frau Düregger, daß man sich unter seinesgleichen nicht fremd fühlen kann.
Was das für Hunderttausende deutsche, weiße Kinder bedeutet, die in einer multirassischen Gesellschaft aufwachsen müssen, ist damit ebenfalls offensichtlich. Frau Düregger beantwortet auch die Frage, was die Identitätsbildung multirassischer Kinder so schwer mache:
„Es sind die zwei, drei Kulturen, die sie von ihren Eltern haben. Bei Unaufmerksamkeit, was zum größten Teil bei der Bevölkerung, die es nicht betrifft, da ist, können sich gut gemeinte Fragen in psychische Gewalt verkehren. Das leidige „Wo kommst Du her" und selbst, wenn die Kinder sagen, „Na, aus Deutschland!", dann folgt „Ja, aber …", beschreiben viele afro-deutsche Kinder als sehr nervig und auch schmerzlich. Das ständige sich Erklären und rechtfertigen müssen kann vermitteln, daß man hier nicht hingehört."[668]
Eine gänzlich andere Sicht vertritt der zionistische Jude Henryk Marcin Broder.
Wo die CDU/CSU als Teil des demokratischen Zuwanderungskartells, viel davon spricht, wie sehr die deutsche Bevölkerung die fremde Einwanderung in ihr Territorium brauche, so entspricht Broders Sicht so ganz und gar nicht der allgemeinen ‚positivistischen' Propaganda der BRD und ihrer Nomenklatura zur Masseneinwanderung. Seine Stoßrichtung ist eine ganz andere. Bewertet er die Fremdeinwanderung uneingeschränkt positiv, so entspringt diese Einstellung einer ganz anderen Auffassung der Dinge. Für ihn bedeutet stetige Einwanderung Fremder letztendlich die Zerstörung der Alteingesessen. Und das findet Broder gut. Er sagt nicht, daß er dies auch für ‚seine' Gruppe (der Juden) gut finden würde. Für die Europäer immerhin, kann er sich nichts besseres vorstellen: „Ich glaube tatsächlich, daß Europa ein übernahmereifer Kontinent ist. Ich finde es grundsätzlich gut, daß das so genannte ‚weiße, heterosexuelle, blonde, arische' Europa seinem Ende entgegengeht."[669]
Zur Charakterisierung des Mischlings schreibt Johannes Rothkranz: *„Mischlinge tragen alle erforderlichen Charakterzüge zur Zerstörung der menschlichen Gesellschaft, außerdem alle Eigenschaften, die sie für den freimaurerischen Universalismus aufschließen müssen. Dieser kulturell und weltanschaulich Entwurzelte, … wird genau derjenige sein, den die zahlenmäßig der übrigen Menschheit verzweifelt unterlegenen Zionisten für ihre ‚Diktatur der Humanität' auch benötigen, um die ganze Welt problemlos beherrschen zu können. Dieser Menschentypus wird auch die notwendigen Millionen von kriecherischen Spitzeln, brutalen Folterern und gewissenlosen Henkern bereitstellen."*[670]
Die Medien propagieren nichts, was die demokratischen Parteien nicht auch jederzeit verkünden. Vermischung, Einwanderung, Besiedelung und die resultierende Verdrängung, im Prinzip wird alles ganz offen verkündet. So heißt es im SPIEGEL:
„Es fragt sich offenbar auch niemand, was aus den wunderbar aufgehübschten Altstädten, den sanierten Schlössern und Burgen, … in den neuen Bundesländern werden soll? Hunderte Milliarden Euro sind in den Aufbau Ost hineingeflossen - wofür eigentlich? Wir bräuchten eine regelrechte Besiedlungspolitik für den Osten Deutschlands … All dies müssen wir wissen, wenn wir über Zuwanderung diskutieren."[671]
Afrikaner, Türken, Inder etc. sind essentiell anders als wir, und es ist nicht verwunderlich, daß ihre massenhafte Präsenz in Deutschland zu Problemen führt. Ganz offensichtlich können wir gar kein Interesse daran haben, daß wir mit vielen dieser Menschen unser Territorium teilen sollen. Dann bleibt die Frage übrig, wer denn ein Interesse daran haben könnte, daß wir unser Land nun mit vielen anderen Völkern teilen sollen? Diese Frage scheint noch nicht hinreichend beantwortet zu sein.

---

668 Junge Medien Hamburg, „Afro-Deutsche Spielgruppe Berlin: Kinder zwischen Schwarz und Weiß – Interview mit Ulrike Düregger", 13.03.2009
669 BERNER ZEITUNG, 08.02.2007
670 „Die kommende ‚Diktatur der Humanität'", Band 2, Durach 1992, S. 160f.
671 SPIEGEL ONLINE, „Ausländer her", Reiner Klingholz, 30.08.2010

Die Maurer der multikulturellen Gesellschaft

Bild 106: Gesine Schwan u. der ehm. Bundespräsident Dr. H. Köhler beim Händedruck der Maurer

Freilich sind alle die Befürworter und Wegbereiter der Multikultur von Richard v. Weizäcker über Geißler, Cohn-Bendit bis hin zu Barbara John keine Hintergrund – Regisseure, sondern nur Akteure auf der politischen Bühne. Wie können sie den Irrsinn der Multikultur nur wollen?

Da die besagten Regisseure nun einmal im Hintergrund wirken und selbst nicht auftreten, vermöchten sie nichts, wenn sie nicht den Akteuren auf der politischen Bühne ihren Willen einhauchen könnten, und zwar so, daß diese überzeugt sind, es wäre ihr eigener. … Solche, von den Betroffenen unbemerkte Programmierung, vollzieht sich bereits durch die christliche Erziehung. …

Durch viele Jahrhunderte sog jedes Kinde – wie man sagt – mit der Muttermilch ein, daß ein ganz bestimmtes Volk das auserwählte sei, ein ganz gewisses Land das Heilige, und ein vielsagendes „Reich Gottes“ wurde im Vaterunser einfältig herbeigebetet und suggestiv verankert. Seit 1945 kommt (in Deutschland) eine weitere, von den Betroffenen unbemerkte Programmierung hinzu. Sie stammt aus dem seit Kriegsende vollzogenen … Umerziehungsakt. Jedes Kind wächst mit seiner Sozialisation – seinem Einwachsen in die menschliche Umwelt – in eine supranationalistische Programmierung hinein bei gleichzeitigem Haß auf alles, was mit eigener Art zu tun hat.

Bei derart vorbereitetem Seelenzustand wird Volksverrat des erwachsenen Menschen begünstigt. Politiker werden dabei offensichtlich auch nicht durch den Eid behindert, den sie bei Amtsantritt zum Wohle des deutschen Volkes geleistet haben. In Geheimgesellschaften und Geheimorden kommt es sogar zu entgegengesetzt wirkenden eidlichen Bindungen. Fast jeder Politiker, der „es zu etwas bringt“, gehört solch einer „geheimen“ oder „verschwiegenen Bruderschaft“ an. Diese Bruderschaften sind es, die alle Schlüsselpositionen besetzt halten und über Auf- und Abstieg entscheiden.

Es gibt ihrer viele: Am mächtigsten ist heute auf jeden Fall die Freimaurerei. Der Rotary Club, Lions International u.a. schwimmen im Kielwasser der Logen. Nach ihrem Selbstverständnis nennen sie sich Freimaurer, weil sie als *„freie Männer an dem großen Bau des salomonischen Tempels“* mauern, und „dieser Bau ist die Menschheit“.[672]

Da es sich beim salomonischen Tempel aber um das jüdische Nationalheiligtum schlechthin handelt, ist anzunehmen, daß es um das „Mauern“ des „Menschheitstempels“ im Sinne des jüdischen Universalimus geht. Tatsächlich ist die Rede von den *„Leistungen des Freimaurerbundes zur Überwindung von Schranken der Rasse, der Nation, der politischen und konfessionellen Überzeugungen.“*[673]

Weiter heißt es: *„Der ehrwürdigste Großmeister … sprach von den menschheitsverbindenden Zielen unserer Bruderschaft … Auch die deutschen Freimaurer wollen dazu beitragen, auf geistigem, kulturellem und sozialem Gebiet Grenzen niederzureißen.“*[674]

Dieses ist nichts anderes, als das in den nachfolgenden Jahren in intensiver „maurerischer Arbeit“ an unserem Volke verwirklichte Programm der „Multikultur“, nur gab es diesen Ausdruck 1958 noch nicht. Aber im deutschen Freimaurer-Magazin „humanität“ heißt es 1991 dann prompt: *„Die Akademie forum masonicum (freimaurerisches Forum) beschäftigt sich im Jahre 1991 mit dem Thema: ‚Die multikulturelle Gesellschaft‘. Diese Gesellschaft … entspricht dem freimaurerischen Gesellschaftsideal, und sie zu verwirklichen ist ein Auftrag der europäischen Aufklärung.“* Dabei ist es gut zu wissen, daß sich die Freimaurerei mit der Aufklärung identifiziert. Braucht man es noch deutlicher?

---

672 VEREINIGTE GROSSLOGEN VON DEUTSCHLAND: Es gibt nur eine Freimaurerei. Dokumentarbericht vom ersten Konvent der Vereinigten Großlogen von Deutschland. Bruderschaft der deutschen Freimaurer, Bad Kissingen Bauhütten Verl., 1959, S. 13, 14

673 „Dokumentarbericht über den ersten Konvent der Vereinigten Großlogen von Deutschland”, 14.09.1958, S. 43

674 Ebd., S. 43

Bild 107: Afrikanisiertes London, August 2011: „Reißt die Tore weit auf für Christus. Seine rettende Macht öffnet …, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts."

Was hier dem Judaismus und der mit ihm engstens verbundenden (aber untergeordneten) Freimaurerei nachgewiesen wurde, gilt auch für jene politische Hintergrundmacht, die sich gern auf Johannes (Kap. 10, Vers 16) beruft, wonach aus der Menschheit „eine Herde und ein Hirte" werden soll. Das ist nur wieder ein anderer Name für Multikultur oder homogene Masse.

Es heißt hierzu in „Multikultopia" auf Seite 34:

„Gerade in den Kirchen erstarkt in letzter Zeit, aufgrund des egalitaristischen christlichen Weltbildes, das multikultureller' Engagement. … Grundsätzlich geht es … dabei um den Aufbau einer Haltung zur Überwindung ‚nationalistischer und rassistischer Vorurteile',…

Den Ausgangspunkt stellt hierbei das anti-völkische, christliche Menschenbild dar". Der CDA-Bundesvorstand verabschiedete am 07.04.1989 einen Leitantrag, in dem es heißt:

„So ist die brüderliche Gemeinschaft der Zukunft für Christen nicht anders denkbar als eine multikulturelle Gesellschaft aller Menschen dieser Erde."[675]

Am 02.12.1989 gibt die „WELT" den Papst wie folgt wieder: „Habt keine Angst. Reißt die Tore weit auf für Christus. Seine rettende Macht öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts."

Und die „WELT" fügt klarsichtig hinzu: *„Das war ein politisches Programm."* [15, Seite 28-31]

Helmut Brückmann schreibt zum Thema geformte Menschheit: „Desweiteren täuscht und irritiert den Unwissenden die Tatsache, daß viele Verfechter judaistischer Ziele ihrer Abstammung nach gar keine Juden sind. Hier sind in erster Linie die Freimaurer zu nennen, die sich als Maurer bezeichnen, weil sie den Tempel Salomons wieder errichten, also mauern wollen. Dieser Tempel ist das jüdische Nationalheiligtum; im übertragenen Sinne aber – und so wird dies von den Freimaurern verstanden – bedeutet er die nach judaistischer Vorstellung geformte Menschheit. Das „Internationale Freimaurerlexikon" schreibt: ‚Der Gedankengang des Tempelbaus wird erst faßlich, wenn Tempelbau und Menschheit einander gleichgesetzt werden'. …

Bei David Ben Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten des Staates Israel: ‚Jerusalem ist nicht nur die Hauptstadt Israels und des Weltjudentums, es wird nach den Worten der Propheten auch die geistige Hauptstadt der ganzen Welt werden."

[675] Die WELT, 26.05.1989

Bild 108: „… liegt die Zukunft *unseres* Landes in der Vielfalt.“; Maria Böhmer, CDU, 27.04.2012

Noch deutlicher wird Nahum Goldmann, der langjährige Präsident des jüdischen Weltkongresses (WJC): ‚Hier (in Palästina) kreuzen sich die Wege von Europa, Asien und Afrika. Hier ist das zu verwirklichende Zentrum der politischen Weltmacht, das strategische Zentrum der Weltregierung.‘“ [31, Seite 19, 29, 30]

1994 schrieb A. Bar-Yosef in der israelischen Tageszeitung Ma’ariv („The Jews who run Clinton’s Court”): „Die USA haben keine Gojim-Regierung mehr, sondern eine Regierung, in der Juden gleichberechtigte Partner auf allen Entscheidungsebenen sind.“ [30, Seite 290]

Damit ist uns immer noch nicht klar, was mit der Völkervermischung, also der „Integration“, eigentlich bezweckt werden soll? Einen Ansatz bietet folgender Text:

„Die Internationalisten wissen sehr gut, daß sie ihr Ziel (die angestrebte Weltherrschaft, auch ‚ONE WORLD‘ genannt) niemals vollständig erreichen und für die Dauer sichern können, wenn sie sich damit begnügen, die Nationen nur ihrer staatlichen und wirtschaftlichen Freiheit und Souveränität zu berauben und sie unter kontinentale und globale Regierungsgewalt zu zwingen, die Völker und Rassen aber in ihren besonderen Lebensräumen als solche bestehen ließen. Allein schon das weiterbestehende kulturelle Eigenleben dieser Gruppen würde ihr Einheits- und Sonderbewußtsein wachhalten, ihr Freiheits- und Unabhängigkeitswille würde immer wieder aufbrechen und zu nationalen Revolutionen gegen die Weltbehörde führen und auch Erfolg haben, so daß über kurz oder lang die nationalstaatliche Gliederung der Menschheit wiederhergestellt sein würde. Der Plan des Internationalismus geht daher über den organisatorischen Zusammenschluß der Nationen hinaus und zielt auf ihre und selbst der Rassen vollständige Auflösung durch Vermischung. Die Revolutionsparole von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, wird nicht nur auf die rechtliche (gesetzliche) Gleichstellung bezogen, wie sie ursprünglich gemeint war, sondern auch auf körperlich-geistige Gleichheit ausgedehnt. Da nun aber eine solche tatsächlich nicht besteht, so soll sie sobald wie möglich hergestellt werden, was nur durch Allvermischung erreicht werden kann.

Und diesem monströsen Ziel wird schon heute von den Internationalisten nach Kräften vorgearbeitet. Mit großem Eifer, ja mit Fanatismus wird nationalen und rassischen Mischehen das Wort geredet und jeder Widerstand dagegen und sogar die persönliche Ablehnung als reaktionär und unmenschlich hingestellt. Und das geschieht nicht nur etwa in Ländern, wo Menschen verschiedener Rassen als Staatsbürger mit- und durcheinander wohnen. Selbst im Rahmen der EWG wird durch die Einführung der freien Wahl des Arbeitsplatzes in sämtlichen angeschlossenen Ländern und durch die planmäßige Heranziehung von Fremdarbeitern mit Familien und deren Ansiedlung im Gastlande unter der Hand auf möglichst rasche Durchmischung hingearbeitet.“ [24, Seite 25]

Zwangsläufig oder gewollte Entwicklung?

Bild 109: „ … der Begriff der deutschen Identität muß geändert werden.“ - Prof. Dr. Jeffrey M. Peck

Unter dem Eindruck dessen, was Multikultur ist, kann das Urteil über Politiker, die sie zugelassen oder gewollt herbreigeführt haben, nur vernichtend ausfallen. Von führenden Politikern und Medien aber werden die Dinge so dargestellt, als sei niemand verantwortlich, als habe sich die Weltentwicklung in dieser Form zwingend ergeben, ja - als sei sie normal und obendrein eine ‚wertvolle Chance' und eine ‚große Bereicherung'!

Also: Zwangsläufig oder gewollt, unausweichlich oder gesteuert - das ist hier die Frage? Aus ihrer Beantwortung kann ein Freispruch hervorgehen - oder aber das furchtbarste Urteil der Geschichte! Wenn tatsächlich Steuerung vorliegt, wird man sich alle Mühe der Spurentilgung und der Tarnung geben. Nur das Auge des Kundigen erkennt die Täuschung. Zweierlei drängt sich bei der Betrachtung des Gesamtsachverhaltes auf, was gezielte Steuerung vermuten läßt:

Erstens ist Multikultur ein Wahnsinn, der binnen kurzem zum Untergang hochentwickelter Kulturen samt der sie tragenden Völker führt; so etwas kann keine normale Entwicklung sein, die im natürlichen Ablauf der Geschichte läge und als „große Chance“ zu preisen wäre!

Zweitens ist die Übereinstimmung der sich vollziehenden Vorgänge mit dem judaistischen Universalismus-Prinzip, mit dem freimaurerischen Menschheitstempel-Ziel und mit dem römisch-katholischen Herden-Ideal – wie bereits dargelegt wurde- bestürzend.

Diese Ideologien bilden eine tragfähige Erklärungsgrundlage für so viel Aktionismus in Richtung auf die Multikultur weltweit, vorwiegend aber auch Mitteleuropa zielend. Sie bilden auch eine tragfähige Motivationsgrundlage für die zugehörigen Strategien.

Wenn diese Vermutungen richtig sind, sollte es uns – trotz Spurenverwischung – auch gelingen, Anhaltspunkte aus der taktischen Verfolgung des Zieles zu finden. Es gibt solche Hinweise! …

Jeder hat bereits vom Morgenthau-Plan, dem Kaufman-Plan usw. gehört, die alle – von amerikanischen Juden stammend – auf die vollständige Vernichtung Deutschlands und des deutschen Volkes zielen. „Gemany must perish“, das stand fest; man wetteiferte nur noch um die Art und Weise, in der das am besten zu bewerkstelligen sei. Deutschland in einen Acker zu verwandeln, seine Menschen als Arbeitssklaven in alle Welt zu verschleppen oder alle deutschen Männer zwangsweise zu sterilisieren, waren die Forderungen der Ungeduldigen.

Doch die Raffiniertesten setzten sich durch: Schon am 4.Januar 1943 las man im US-amerikanischen „PM-Magazin“: *„Während der Besatzungszeit muß die Einwanderung und Ansiedlung von Ausländern, insbesondere von ausländischen Männern, in den deutschen Staaten gefördert werden.“* Diese Form gründlicher Volksvernichtung hatte zudem den Vorzug, daß man sie zu einer „freiwilligen“ machen konnte, man mußte sich nur ein wenig mehr Zeit nehmen. Die nach 1945 aus den USA zurückgekehrte, gänzlich mit jüdischem Dozentenstab besetzte Frankfurter Schule wusch den Deutschen mittels Verschmelzung von Marxscher und Freudscher Ideologie das Gehirn und tränkte es mit Selbsthaß und Selbstvernichtungswillen, so daß die seelisch tödlich Getroffenen bereit waren, auf eigenen Nachwuchs zu verzichten und Politiker zu ertragen, die im Sinne des amerikanischen „PM-Magazins“ die Ausländer ausdrücklich ins Land riefen.

Die Architekten der multikulturellen Gesellschaft

Nach den letzten Abschnitten stellen sich unausweichliche Fragen: Was sind das für Menschen, die Multikultur wollen? Wie sieht es in deren Seelen aus? …

Das Ungeheuerliche wird betrieben in einem göttlichen Auftrag. So ist ein Grundelement jüdischer Religiösität der sogenannte Universalismus. In ihm finden sich die Multikultur- und Einschmelzungsideen vorgezeichnet.

Das „Jüdische Lexikon" schreibt:

„Universalismus ist die mit dem Glauben an die alleinige Weltregierung des einzigen Gottes (Monotheismus) gegebene Anschauung. …

(Er ist die) Verpflichtung der Menschen, über die Schranken von Nationalität, Geschlecht, Familie, gesellschaftlicher Gliederung usw. hinweg eine Einheit aufzubauen, welche den Gedanken der Menschheit als eine zu schaffende Tatsache respektiert."[676]

Hier wird nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß für die Menschen eine Verpflichtung besteht, „Multikultur" (das Wort existierte damals noch nicht) bzw. „homogene Masse" „als eine zu schaffende" Tatsache anzuerkennen. … Insbesondere die Wahnidee der homogenen Einheitsmenschheit mit darüber herrschender „alleiniger Weltregierung des einzigen Gottes" ist aus dem Judaismus nicht wegzudenken. Jörg v. Uthmann, persönlicher Referent des ersten deutschen Botschafters in Israel, berichte in seinem Buch „Doppelgänger, du bleicher Geselle" auf Seite 136 (Stuttgart 1976), daß dem Messias die Absicht zugeschrieben wird, „die Erde in eine jüdische Universalmonarchie zu verwandeln". Noch deutlicher tritt sie in einem Brief Baruch Lévys an seinen Blutsbruder Karl Marx (stammt auch einer jüdischen Rabbinerfamilie) zu Tage. Bei ihm - wie bei vielen anderen Autoren - ist der Messias, der gemäß v. Uthmann die Absicht hat, „die Erde in eine jüdische Universalmonarchie zu verwandeln", ganz leibhaftig das jüdische Volk selbst. Baruch Lévy schrieb an Marx:

„Das jüdische Volk, als Ganzes genommen, wird sein eigener Messias sein. Es wird die ganze Welt beherrschen, die Verschmelzung der menschlichen Rassen herbeiführen, die Grenzen abschaffen und die Monarchien beseitigen, die Bollwerke der Eigenständigkeit sind. Es wird eine Weltrepublik errichten, die allen Juden schließlich einen Bürgerbrief ausstellen wird. In dieser neuen Organisation werden die Kinder Israels, die in der Welt verstreut leben, der gleichen Rasse angehören, die gleiche überlieferte Erziehung genossen haben, sich allüberall ohne Widerstand zur Führung aufschwingen, besonders dann, wenn einige Juden die Führung der Arbeitermassen erringen. So werden mit Hilfe des Sieges des Proletariats die Regierungen der Völker, die die Weltrepublik bilden, leicht in die Hände der Israeliten geraten. Privatvermögen wird dann von den Regierungen jüdischer Rasse verboten werden können, die überall den öffentlichen Reichtum verwalten werden. So werden sich die 26 Verheißungen des Talmud erfüllen, daß, wenn die Zeit des Messias kommt, die Juden in ihren Händen die Reichtümer der Völker der ganzen Welt haben werden."[677] [15, Seite 27, 28]

Fassen wir den Inhalt des oben Geschriebenen noch einmal zusammen:

- Das jüdische Volk würde insgesamt sein eigener Messias sein;
- Seine Weltherrschaft werde durch die Vermischung der anderen Menschenrassen und durch die Abschaffung von Grenzen und Monarchien erreicht;
- Es wird eine Weltrepublik errichtet werden;
- Das Privateigentum wird aufgehoben und die Verheißung im Talmud, daß die Juden die Güter aller Völker der Welt verwahren werden, wird verwirklicht.

Mit der Zuwanderung sollen demnach die nationale Identität (und sein Altruismus) und der sich aus ihm speisende Widerstand gegen eine globale Fremdherrschaft bekämpft werden.

---

[676] JÜDISCHES LEXIKON – Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Band IV/2, S-Z, JÜDISCHER VERLAG, Berlin 1927, S. 1114

[677] Quelle: „Les origines secrètes du Bolchevisme- Henri Heine et Karl Marx", von Salluste, Paris 1930, S. 33f. zitiert nach: „Die schlimmsten Feinde unserer Völker", von Abbé Jean Boyer, Bogota 1979, S. 20;
Der Text wurde ebenfalls abgedruckt in: La Revue de Paris vom 01.06.1928, S. 574

Mit Goldins Aussage in der ZEIT bekommen wir einen weiteren Hinweis darüber, daß die Möglichkeit der Masseneinwanderung nach Europa nicht ein Naturphänomen ist, sondern geplant, und damit vorsätzlich erfolgt.
Bei der Masseneinwanderung nach Europa handele es sich um ein ‚Sozialexperiment', dem größten gar, welches Europa je konfrontiert war.

Bild 110: Mann der Weltbank, Ian Goldin: „Die Personenfreizügigkeit (bzw. Massenzuwanderung) in der EU ist das größte SOZIALEXPERIMENT der letzten fünfzig Jahre." [678]
Der in Polen geb. Jude, Henryk Marcin Broder: „Ich würde gerne das weiße Europa aufgeben."

Sozialexperiment, auch dieser Terminus ist nicht ganz eindeutig. Eindeutiger wäre es, wenn man vom ‚Menschenexperiment' sprechen würde. Denn die Vermischung von Völkern und die Auflösung von Nationen haben nun sicherlich auch etwas mit den Menschen selbst zu tun.
In der kanadischen Zeitung ‚The Globe and Mail' äußerte er sich in ähnlichen Artikeln dazu, warum Kanada dringend Einwanderung benötige. Die Argumente sind dieselben, wie sie auch den Deutschen in der BRD tagein tagaus erzählt werden. So sagt er: „Wohlstand im 21. Jahrhundert wird (nur) den Ländern zuteil, die in der Lage sind, die Vorteile der riesigen globalen Mobilität zu erkennen und (für sich) zu nutzen."[679]
Wenn es einen solchen Zusammenhang tatsächlich geben würde, hätte es nicht den gigantischen wirtschaftlichen Aufschwung des deutschen Volkes im Kaiserreich geben können und auch kein deutsches Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit, der sicherlich ausschließlich aus dem deutschen Volke entsprang. Ein anderes Mal behauptet er: „Wir sollten höhere Quoten der Einwanderung annehmen, weil es in unserem nationalen Interesse ist."[680]
Auch dieses Argument ist nicht nur falsch, sondern widersinnig, denn Abstammungs-Gruppen unzählige andere nationale Gruppen beizumengen, zerstört diese, und bewahrt nicht. Aber das wissen die Regisseure natürlich, und deshalb werden diese Gründe der Zuwanderung wie ein Mantra sowohl in Deutschland, als auch in Kanada oder anderswo immer wieder wiederholt.
Der Journalist und Buchautor Henryk M. Broder bestätigt diese Aussage in einem Interview und bekennt offen seine Freude über das Verschwinden der weißen Völker in Europa:
„Was ich völlig im Ernst gut finde ist, daß diese demografische Struktur Europas nicht mehr zu halten ist. … Europa wird anders werden, und das ist die einzige Chance, die es überhaupt noch hat: sich mit den Leuten, die es eigentlich gar nicht haben will, zu revitalisieren (genetisch mischen/paaren)*. Einige Städte sind schon recht farbig und nicht mehr ‚arisch' weiß, und dagegen kann man überhaupt nichts sagen. … Ich würde gerne das weiße Europa aufgeben, aber ich würde ungern das demokratische Europa aufgeben."*
Auf die Frage Kugelmann's, ob von einem ‚farbigen' (braun-schwarzen) Europa keine Katastrophen mehr ausgehen, antwortet Broder: „*Das könnte es bedeuten. Es könnte aber auch bedeuten, daß Europa zu existieren aufhört."*[681]
Schauen wir uns die Entwicklung in den Nationen der Weißen an, können wir von einer gemeinsamen Entwicklung hin zum multirassischen und ideologisierten Staat reden.
Multikultur, Masseneinwanderung, Verschärfung der Gesetze gegen die Einheimischen („anti-hate-laws", 130§ etc.) und Bevorteilung der Fremden. Ob in der Bundesrepublik, Großbritannien oder den USA, man kann Gemeinsamkeiten feststellen, die nur die Weißen betreffen.

[678] Der jüdischstämmige Oxford-Ökonom Ian Andrew Goldin, Professor of ‚Globalisation and Development', von 2003 bis 2006 Vizepräsident der Weltbank; arbeitete u.a. eng zusammen mit Chef-Ökonom Lord Nicholas Stern und James Wolfensohn. Veröffentlichte u.a. „Global Governance and … in the 21st Century" (with Tiffany Vogel), Global Policy, 01/2010; Zitat aus: ZEIT ONLINE, „Schweizer Migrationspolitik – Verliert nicht den Mut", 08.03.2012
[679] The Globe and Mail, „Harnessing immigrant mobility means prosperity for all Canadians", Artikel v. GEOFFREY CAMERON, IAN GOLDIN, 20.06.2012
[680] The Globe and Mail, „More immigrants are in Canada's national interest", 04.08.2011, Geoffrey Cameron and Ian Goldin are co-authors of Exceptional People: „How Migration Shaped Our World and Will Define Our Future".
[681] TACHELES, „Henryk Broder über historischen Masochismus, arabische Logik und die Entarisierung Europas: ‚Europa wird anders werden'", Interview mit Yves Kugelmann und Henryk Marcin Broder, 14.07.2006

Bild 111: Goldman-Sachs-Agent: Peter D. Sutherland

Da man die Natur des Menschen nicht durch Gesetze ausgehebeln wird, muß man die natürliche Ordnung, in der sie sich bettet, zerstören. Dazu gehört, was der Christlich Demokratischen Union vorschlägt:
„In Nordrhein-Westfalen ist die Kultur des Zusammenlebens (zwischen Ausländern und Deutschen) viel stärker entwickelt. In Ostdeutschland hat der Mangel an Zuwanderern dagegen zu einem Klima geführt, in dem so etwas wie in Mügeln geschehen kann. Wir müssen verhindern, daß im Osten die Abwärtsspirale durch Abwanderung weitergeht. Dazu gehört, auch daß ‚wir' *im Osten dafür sorgen, daß es dort genügend (qualifizierte) Zuwanderer (Ausländer) gibt."*[682] Frank Hill schreibt in seinem Buch „Die Liquidierung Deutschlands":
„Jedenfalls geht es den Verantwortlichen der UNO nicht um etwaige ‚Menschenrechte', sondern um die Durchsetzung einer Politik zur Zerstörung der Souveränität und Homogenität aller Nationen – außer im zionistischen Staat Israel. Wolfgang Seeger schreibt hierzu:
‚Eine Weltrepublik kann man nicht mit freien Völkern errichten, da diese ihre Selbständigkeit behalten und sich nicht unter das Joch einer (ihnen fremden) Weltregierung beugen wollen, die sich über die Belange der einzelnen Völker rücksichtslos hinwegsetzt. Sehr stark vermischte Völker lassen sich leichter beherrschen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß im Jahre 1923 das Buch ‚Paneuropa' des Freimaurers hohen Grades, Graf Coudenhove-Kalergi, Sohn eines österreich-ungarischen Legationssekretärs und einer japanischen Adeligen, erschien, der darin den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas zu einem Staatenbund forderte und dem eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse (unter jüdischer Führung) für dieses Paneuropa vorschwebte.'"[683] [25, Seite 119]
Der UN-Sonderbeauftragte für Migration, der irischstämmige Peter Davis Sutherland[684], hat die EU aufgefordert, „ihr Bestes zu tun", die „Homogenität" der Mitgliedstaaten zu „untergraben".
Peter Sutherland erklärte vor Mitgliedern des britischen Oberhauses, der künftige Wohlstand vieler EU-Staaten hänge davon ab, daß sie multikultureller würden. Peter Sutherland, der zugleich Non-Executive Chairman von Goldman Sachs International und ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Ölkonzerns BP (British Petroleum) ist, leitet das Globale Forum über Migration und Entwicklung, in dem Vertreter von 160 Nationen Ideen zu politischen Konzepten austauschen. Er erklärte dem Ausschuß, Migration sei ein „entscheidender Motor für das Wirtschaftswachstum" in einigen EU-Nationen, „so schwierig es auch sein kann, dies den Bürgern jener Staaten zu erklären." Alterung und Niedergang der einheimischen Bevölkerung in Ländern wie Deutschland seien das „entscheidende Argument für die Entwicklung multikultureller Staaten", fügte er hinzu: *„Es kommt nicht in Betracht, daß das Maß an Homogenität aufrechterhalten werden kann, weil Staaten sich für neue Einwohner öffnen müssen, wie das Vereinigte Königreich demonstriert hat."*
Der UN-Sonderbeauftragte für Migration wurde auch gefragt, was die EU mit den Erkenntnissen der OECD anfangen solle, wonach die Beschäftigungsquoten unter Migranten und den USA und Australien höher seien als in EU-Ländern. Er antwortete dem Ausschuß:
„Die Vereinigten Staaten oder Australien und Neuseeland sind Einwanderungsgesellschaften und daher stärker bereit, Menschen mit anderem Hintergrund einzugliedern, als wir selbst, die wir immer noch einen Sinn für Homogenität und Unterschiede gegenüber anderen hegen. Und genau dies sollte die Europäische Union meines Erachtens nach besten Kräften untergraben."
Peter Sutherland, …, appellierte an die EU-Staaten, sich nicht auf „hochqualifizierte" Einwanderer zu konzentrieren, mit der Begründung: *„Grundsätzlich sollten Individuen die Freiheit haben, sich auszusuchen", ob sie sich in einem anderen Land niederlassen und dort studieren oder arbeiten wollen."*[685]

[682] NETZZEITUNG, „Mit Zuwanderung Rechtsextremismus bekämpfen", der Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet (CDU u. Rotary - Mitglied), 25.08.2007
[683] Wolfgang Seeger, „Europäische Union – Paneuropa", S. 27
[684] Peter Davis Sutherland arbeitete für die UN, Goldman Sachs, Bilderbergern. Er war Präsident von BP (British Petroleum), London School of Economics, GATT, WTO, EU-Kommission. Neben diversen Freimaurer-Orden (Knight of the Legion of Honour, 1993), erhielt er für seine Tätigkeit 1998 den jüdischen (sephardischen) 'The David Rockefeller International Leadership Award'.
[685] BBC NEWS UK POLITICS, „EU should ‚undermine national homogeneity' says UN migration chief", 21.06.2012

Bild 112: ‚Auszeichnung' für Dr. Merkel

Richard Melisch schreibt in seinem Buch ‚Der letzte Akt': „Es ist bemerkenswert, wenn auch nicht unbedingt erstaunlich, daß Peter Sutherland, früheres Mitglied der Europäischen Kommission in seiner Funktion als ‚European Chairman' (Präsident) der ‚Trilateralen Kommission', die gerade im Hilton Hotel zu Brüssel tagte, bereits am 15. März 2007, also zehn volle Tage vor der ‚feierlichen Erklärung in Berlin', die offizielle Frohbotschaft überbringen konnte, daß „die europäische Verfassung, der letzte Schritt zur Umwandlung des gesamten Kontinents Einschluß unter Britanniens in einen einzigen Staat, nun unmittelbar bevorsteht und auch ratifiziert werden wird. Die Fortschritte der EU", so Sutherland weiter, „seien gewaltig: Der ungehinderte Strom von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Kapital hat Europa verwandelt. Diesen Fortschritt verdanken die Mitgliedsstaaten dem Integrationsprozeß, dem Verzicht auf Souveränität und einer neuen Regierungsform, die alle bisherigen Kompetenzen von Nationalstaaten überwunden hat". … „Viel Applaus erhielt Sutherland von den anwesenden Trilateralen': Vom Präsidenten der Internationalen Trilateralen Kommission, David Rockefeller, von Madeleine Albright, Richard Armitage, Zbigniew Brzezinski, Richard Perle, Henry Kissinger, Otto Graf Lambsdorf und zahlreiche Erlesenen mehr"[686]. [30, Seite 197, 198]

Der französische Publizist Thierry Meyssan schreibt in ZEIT Fragen (15.01.2007) über die deutsche Bundeskanzlerin: „Frau Angela Merkel wird von zwei wichtigen Pressegruppen offen unterstützt. Sie kann auf Friede Springer zählen, die Erbin der Axel-Springer-Gruppe mit 180 Zeitungen, darunter ‚BILD' und ‚Welt'. Die Journalisten der Gruppe müssen eine Vertragsklausel unterschreiben, die festlegt, daß sie sich für die Verteidigung Israels einsetzen. Merkel kann auch auf ihre Freundin Liz Mohn zählen, Direktorin der Bertelsmann-Gruppe, Nummer eins der europäischen Medien, mit RTL, Prisma, Random House usw. Frau Mohn ist auch Vizepräsidentin der Bertelsmann-Stiftung, die den intellektuellen Stützpfeiler der euro-amerikanischen Verbindungen bildet. Angela Merkel stützt sich auf die Ratschläge Dr. Jeffrey Gedmins[687], der speziell für sie nach Berlin delegiert wurde. Dieser neokonservative Lobbyist hat zuerst für das American Enterprise Institute (AEI, 1938 gegr., u.a. von Lewis H. Brown) unter der Leitung von Richard Perle gearbeitet." [30, Seite 89]

Friederike Beck schreibt in ihrem Buch „Das Guttenberg Dossier" zu Gedmin: „Der 1958 geborene Gedmin, den viele noch als „Angela-Merkel-Briefer" (BILD) in Erinnerung haben mögen, … dessen Mentor und Meister Richard Perle war, dessen …, Weltbild das der realistischen Schule, geprägt von Raymond Aron, Morgenthau und Kissinger' sei.[688]

In einer Pressemitteilung des Bonner Generalanzeigers vom 16.02.2011 hieß es:

„Angela Merkel ist gestern von Präsident Barack Obama[689] mit der höchsten zivilen Auszeichnung, der ‚Medal of Freedom' ausgezeichnet worden. Die Friedensmedaille (wohl Freiheitsmedaille) wird an Menschen verliehen, die einen besonderen Beitrag im nationalen Interesse der USA oder für den Weltfrieden geleistet haben." Einen besonderen Beitrag im nationalen Interesse der USA? Angela Merkel durchlief bekanntlich ebenfalls das Young-Leaders-Programm des American Council on Germany und Aspen-Direktor Jeffrey Gedmin wurde ihr ganz besonderer Vertrauter. Danach wird die deutsche Bundeskanzlerin angeblich von Gedmin ‚täglich gebrieft'[690] [28, Seite 139-141, 155, 156]

---

[686] AmericanFreePress.net, „GLOBALISTS GATHER IN BRUSSELS", 17.03.2007

[687] Dr. Jeffrey Gedmin war Direktor des Aspen-Instituts in Berlin und am Resident Scholar am American Enterprise Institute (AEI) in Washington, D.C tätig. Gedmin ist regelmäßiger Kolumnist für Die Welt. Er war Chefredakteur und Produzent der preisgekrönten PBS Fernsehserie „The Germans, Portrait of a New Nation".
Auch der aus den USA stammende Jude Jeremy Rifkin stand Bundeskanzlerin Merkel als Berater zur Seite.
Später wurde Alexander Dibelius Berater Merkels. Dibelius ist Vorsitzender von Goldman Sachs Deutschland.

[688] Gedmin, Perle, Albright, Kissinger, Morgenthau, Brown sind allesamt jüdischstämmig.

[689] Spätestens seit US-Präsident Wilson hat jeder US-Präsident, so auch Obama, ausschließlich jüdischstämmige ‚Berater'. Als Senior Berater fungieren David Axelrod, Valerie Jarrett & Pete Rouse. Lawrence Summers (Wirtschaft), Rahm Israel Emanuel (israelischer Staatsbürger, Stabschef im Weißen Haus) etc., etc.

[690] Gebrieft: engl. to brief = Instruktion erteilen, Anweisung geben

Bild 113: Die freie und offene Besiedelung der Deutschen und die Negierung territorialer Integrität wird von ‚Demokraten' wie folgt umschrieben: „Die Migranten sind eine Bereicherung für Deutschland; durch sie ist das Land vielfältiger geworden. Deutschlands Tore sind offen für Menschen egal welcher Religion, Sprache und Hautfarbe auch immer. Zuwanderer sind ein Teil von uns"[691]. Da vom Erhalt des deutschen Volkes nie die Rede ist, bleibt die Frage, wofür ein Kanzler der Bundesrepublik all diese jüdischen Auszeichnungen[692] bekommt? Vielleicht für die weiteren Schritte der erfolgreichen Abwicklung?

Angela Merkel, ausgezeichnet mit vielen Preisen, erläutert uns, unter welchen Bedingung ‚wir' frei und sein dürfen:

„… wir haben unsere Demokratie auch auf den Lehren aus der Geschichte aufgebaut. Dazu gehört unverrückbar die Anerkennung der Singularität des Holocaust. Sie war und ist die Voraussetzung dafür, daß wir frei und souverän sein können."[693]

Am 16.06.2005 erklärte Merkel in Berlin zur Festveranstaltung „60 Jahre CDU":

„Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Existenz Israels – all das gehört zum Kern der Staatsräson unseres Landes und zuer Räson unserer Partei."

Anläßlich der Verleihung des zionistischen Leo-Baeck-Preises durch den Zentralrat der Juden am 18.05.2009 wiederholt Merkel: „Ich bekenne mich ausdrücklich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit und Existenz Israels."

Die oben angeführten Zitate sprechen für sich: Die zweite Komponente (Transatlantizisimus ist die Komponente Nr. 1 in Deutschland) der deutschen Daseinsberechtigung ist Israel. In der Lesart Merkels eine unbegrenzte Sicherheitsgarantie mit einer immerwährenden Anerkennung der Schuld Deutschlands und der Singularität des Holocaust als Voraussetzung für Freiheit und Souveränität Deutschlands.

Die dritte Komponente deutsche Daseinsberechtigung und Staatsräson ist die EU, das unbedingte Aufgehen Deutschlands in ihr, d.h. eine Forcierung des Abtretens von mehr und mehr Souveränitätsrechten. Der angestrebte Endzustand und die Erfüllung dieser Raison d'être wäre danach die letztendliche Auflösung der Nationalstaatlichkeit Deutschlands. Die(se) Neudefinition Deutschlands kommt einem transatlantischen Putsch gleich, der offensichtlich kaum jemanden aufgefallen ist. … Diese Neudefinition verstößt gegen Geist und Buchstaben des Völkerrechts. Dieses kennt nämlich keine Vorbedingungen für die Souveränität von Völkern und Staaten. Sie haben das Recht zu existieren – aus sich selbst heraus. … Für die Existenz und die Freiheit eines Menschen gibt es … keine Vorbedingungen, die es zuerst zu erfüllen gelte. Alle Menschen besitzen diese Rechte von Natur und Geburt an, genauso wie Völker.
[28, Seite 164, 165]

---

691 HÜRRIYET AVRUPA, „Diese Initiative stärkt den Zusammenhalt in unserem Land", 18.09.2012

692 Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erhielt am 13.01.2011 den Coudenhove-Kalergi-Europapreis. 2007 den Leo-Baeck-Preis des ZDJ, am 25.06.2009 den Eric-M.-Warburg-Preis der Atlantik-Brücke, am 29.11.2012 den Heinz-Gallinski-Preis der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (s.a. Foto oben)

693 WELT ONLINE, „Deutschlands geschichtliche und gegenwärtige Verantwortung - Rede von Angela Merkel auf dem Europäisch-Israelischen Dialog", 11.12.2003

Regierungsamtliche Politik der Volkszerstörung in Theorie und Praxis

„Ausländer rein!“, betitelte Kanzleramtsmitarbeiter Roland Tichy sein 1990 in München erschienenes Buch. „Nicht: Ausländer raus, sondern: Ausländer rein!“, fordert der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heiner Geißler in dem ebenfalls 1990 in München erschienen Buch „Zugluft“. … „Einwanderungsquoten sind für Deutschland unerläßlich“, so der ehemalige Bundespräsident v. Weizäcker im Deutschlandfunk am 10. November 1991.

Was doch wohl nichts anderes heißt, daß sie alle die Vermischung und das schließliche Ersetzen des deutschen Volkes durch andere Rassen und Völkerschaften wollen. …

Das gilt im übrigen für sämtliche Bundesregierungen! Der folgende Bericht Hermann Kassanders bezieht sich auf das Jahr 1951: „In Art. 121-127 EWG-Vertrag hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, Arbeitsplätze nicht nur für westdeutsche Arbeitnehmer, sondern auch für unsere Freunde aus Italien zu erstellen. Daraufhin hat die Bundesregierung in der 16. Verordnungen zum AVAVG das Bundesamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg (BAVAV) beauftragt, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer aus dem gesamten EWG-Raum zu ‚verbessern‘ … Die Bundesrepublik legte ihre Verpflichtung aus dem EWG-Vertrag jedoch ziemlich weit aus und erstellte nicht nur Arbeitsplätze für die Italiener, sondern auch für Türken, Griechen, Jugoslawen.“

Mitte der fünfziger Jahre behauptete man dann, die Wirtschaft habe so viele unbesetzte Arbeitsplätze, daß ausländische Arbeitskräfte angeworben werden müßten. Das alles vollzog sich, obwohl man genau wußte, daß das Volk diese Entwicklung vom „Gastarbeiter“ jener früheren Jahre bis zum heutigen Einwanderer ablehnte. Das ergaben die seit Jahrzehnten in dieser Sache durchgeführten Meinungsumfragen. Aber einen Volksentscheid führte man nicht durch. Dr. Anke Martiny, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, gab dafür in „Multikultopia“ (S. 102) eine Erklärung ab, die aufhorchen läßt:

„Man hat als Argument gegen diese … Volksentscheide verschiedentlich herangeführt, daß das Volk eben manchmal nicht so weise ist, wie man es gerne hätte, gerade in Fragen, die auch die Emotionen berühren. Von daher kann ich die Befürchtung nicht völlig von der Hand weisen, wenn man jetzt diese Frage zur zentralen Frage eines Volksentscheides macht, daß man dann möglicherweise ganz andere Antworten erhält, als man haben möchte.“

Man hat also gezielt den Willen des Volkes mißachtet, hat seinen Interessen bewußt entgegengearbeit! Dieses wird auch in dem außerordentlich multikultur-freundlichen Buch von Lutz Hoffmann und Herbert Even „Soziologie der Ausländerfreundlichkeit“ (Weinheim u. Basel, 1984) auf der Seite 139 festgehalten: *„Obwohl die dauerhafte Anwesenheit der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland im Widerspruch zu dem Bild steht, das die Bürger dieses Staates sich von ihrer Gesellschaft machen, ist sie jedoch gleichwohl ein Produkt von Entscheidungen der politischen und administrativen Instanzen dieses Staates.“*

Man beachte: Die Bürger dieses Staates haben ein Bild von ihrer Gesellschaft, in dem Ausländer keinen Platz haben, d.h. sie sind gegen das Hereinholen von Ausländern auf Dauer. Trotzdem hat die Regierung (besser: haben die Regierungen, Plural) die Ausländer hereingeholt! Über diese ungeheure Mißachtung des Volkswillens hinaus bestätigt letzteres Zitat mit eindeutiger Klarheit den schlimmsten Verdacht, daß nämlich *„die dauerhafte Anwesenheit der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland … das Produkt von Entscheidungen der politischen und administrativen Instanzen dieses Staates“* ist.

Unsere gewählten Volksvertreter haben es so gewollt! Und da sie es so gewollt haben, gegen den eindeutigen Volkswillen, ergab sich die Notwendigkeit, das Volk über den ungeheuerlichen Vorgang zu „beruhigen“. Das ging nur mit Falschaussagen. Hoffmann und Even schreiben auf (ebd.) Seite 154: *„Zu Beginn stand das Versprechen, daß die Ausländer so reibungslos, wie sie angeworben worden waren, eines Tages auch wieder zurückkehren würden. Nachdem sich dieses Versprechen als unhaltbar erwies, setzte man auf eine rasche Einschmelzung der Ausländer in die deutsche Gesellschaft. Diese Beruhigung erwies sich jedoch als untauglich, nachdem sowohl Ausländer wie Inländer nicht bereit waren, sich auf sie einzulassen. Das derzeit letzte Legitimationsmuster ist daher die Vertröstung, daß der Staat alles tun würde, um diese ‚nicht integierbaren‘ Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen.“*

Heute wissen wir, daß sich das „letzte Legitimationsmuster“ seit der Herausgabe des o.a. Buches ebenfalls als Lüge erwies, und so hat man ein neues „Legitimationsmuster“ aufgelegt; es ist die „multikulturelle Gesellschaft“. Diese Lüge ist die bislang rücksichtsloseste.

Bild 114: Das demok. Zuwanderwanderungskartell: Dr. Merkel (CDU), Dr. Dr. Bert Rürup (SPD)

Jetzt soll das deutsche Volk die wahre – ihm bisher verheimlichte – Zielsetzung hinnehmen: Deutschland gehört nicht nur dem deutschen Volk, sondern noch vielen anderen Völkerschaften, die hier politisch, kulturell und wirtschaftlich völlig gleichberechtigt leben sollen (so entspricht es der Definition der Multikultur). Das Beruhigende aber soll sein, daß keiner seine kulturelle Identität aufzugeben braucht, daß sie alle nebeneinander (Mosaik) oder durcheinander (Mikado) weiterexistieren.
In einem Aufsatz für „Das Parlament“ schrieb Gabriele Erpenbeck als Vertreterin der katholischen Kirche am 18. Januar 1986: *„Der Staat sprach von einer Wanderung und Integration der Ausländer auf Zeit und von einem vorübergehenden Phänomen, das nur den Arbeitsmarkt betreffe. Kirche und Caritas hatten bis etwa 1969 keinen Anlaß, an dieser These zu zweifeln.“*
Kirche und Caritas wissen also seit 1969, daß das deutsche Volk in der Ausländerfrage hinter das Licht geführt wird! Und am 04. Februar 1982 bekennt Alfred Dregger, CDU (Protokoll der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages): *„Daß die Regierung und Koalition in der Ausländerpolitik nicht erfolgreich waren, daß sie versagt haben, ist – jedenfalls in der Publizistik – unbestritten. Auch mir fällt es schwer, plausible Entschuldigungsgründe für ein Jahrzehnt regierungsamtlicher Untätigkeit zu finden.“*
Dregger kann natürlich allenfalls von der „regierungsamtlichen Untätigkeit“ reden, nicht etwa von den aktiven *„Entscheidungen der politischen und administrativen Instanzen dieses Staates“*, deren *„Produkt“* die „dauerhafte Anwesenheit der Ausländer“ ist (vgl. Hoffmann und Even). …
Im Dezember 1980 wurde der Planungschef Albrecht Müller im Bundeskanzleramt gefragt (zitiert nach Bernhard Barkhold: „Ausländerproblem eine Zeitbombe?“, Berg am See 1981), *„ob es ihn gleichgültig lassen würde, wenn in 100 Jahren hier lauter Mustafas, Mohammeds und Alis lebten, in orientalischen Gewändern, mit entsprechender Folklore und einem Deutsch mit Akzent. Müller antwortete: ‚Wenn die Entwicklung dahin friedlich verliefe, kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden.“*
Auch dieses klingt verhältnismäßig passiv, als ob man nur dulden würde; obwohl ja auch diese Duldung den Tatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt. Daß die Tätigkeit „unserer“ Politiker“ in dieser Sache aber weit über Duldung hinausgeht, offenbarte der SPD-Politiker Peter Glotz in einem Vortrag 1990 in Mainz („Mainzer Allgemeine Zeitung“ vom 26.10.1990):
„Wir müssen Menschenvermischung ertragen lernen: Wer das nicht begreift, sollte das Wort Europa nicht in den Mund nehmen.“ Es saust einem doch in den Ohren, so oft nehmen diese Politiker „das Wort Europa in den Mund“. Daran läßt sich ermessen, mit welch einer Inbrunst sie Menschenvermischung wollen, d.h., daß sie zweifellos gezielt an der Herbeiführung der Bedingungen dafür gearbeitet haben und arbeiten. Mit welcher Deutlichkeit bestätigt das die halbamtliche Fachzeitschrift „Außenpolitik“ (3. Quartal 1991, Seite 278): *„… Nach Herstellung des Binnenmarktes 1992 werden sie (gemeint sind die Ausländer) gemäß der im Rahmen der EG-Politik gewollten europäischen Völkervermischung und des mit dieser verbundenden Kulturwandels, mit den gleichen Rechten bei uns leben wie wir selbst.“* [15, Seite 33-38]
Das entlarvendste Selbstzeugnis aber ist der 1989 erschiene Band 7 der Schriftreihe „Perspektiven und Orientierungen“ des Bundeskanzleramtes: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland“ von Bert Rürüp. Da jetzt die „Legitimationsstufe“ Multikultur erreicht ist, kann man sich erlauben, praktisch alle bisherigen Masken fallen zu lassen. [15, Seite 38]
Darin wird letztendlich offen zur Volkszerstörung durch Einwanderung und Völkervermischung aufgerufen. Die bundesdeutsche Gesellschaft müsse darüber hinaus „dazu erzogen werden, deutlich über 10 Millionen Ausländer“ zu integrieren, so daß eine fortschreitende Durchmischung gewährleistet werden könnte. Denn, so heißt es: „Durch die Auseinandersetzung mit diesen ‚Ausländern verwandter Kulturen‘ könnte und müßte die Akzeptanz der Bundesbürger auch gegenüber Kollegen und Nachbarn aus anderen

Kulturkreisen gefördert werden, so daß auch die selbstverständliche Durchmischung in den Stadtvierteln und das wechselseitige Aufnehmen von kulturellen Anregungen gewährleistet werden könnte. … Es ist klar, daß der Status eines ‚Einwanderungslandes' große politische und soziale Konflikte mit sich bringt, aber Konflikt heißt auch Dynamik; … und überall in der Welt hat es den Alteingesessenen gut getan, wenn sich ‚heimisches mit fremdem Blut' mischte." Lehnt Rürüp eine „aktive Bevölkerungspolitik" für das dt. Volk ab, so bekennt er dennoch: *„Eine soziokulturell ausbalancierte Förderung der*

Bild 115: Dr. Merkel: „Ich begrüße deshalb solche weitsichtigen Projekte wie ‚Dialoge Zukunft – Vision 2050'". Auszug aus diesem: (Deutsche wird es im Jahr 2040 nicht mehr geben), „da Menschen so ‚gemischt' sind, daß *jeder* einen Migrationshintergrund hat."

Einwanderer (und der Einwanderung) ist eine der „billigsten" Politiken zur Abfederung unserer Bevölkerungsstrukturprobleme." [9, Seite 112- 116]

Die weiteren Kernaussagen des Buches lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Bundesrepublik Deutschland soll die Zuwanderung weiterer Millionen Ausländer „gezielt fördern". Sie soll sich als „Einwanderungsland offiziell bekennen". Wunschvorstellung:

20 Prozent Ausländeranteil und „heimisches Blut soll sich mit fremden mischen". … Beschließen wir den Abschnitt mit der Wiederholung der eingangs aufgeworfenen Frage: zwangsläufig oder gewollte Entwicklung? – Die Antwort ist eindeutig! – schreibt Brückmann. [15, Seite 38, 39]

Auf der „11. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung" hielt Bundeskanzlerin Merkel am 20. Juni 2011 eine Rede, in der sie ausdrücklich auf ein Kompendium hinwies, wie Menschen sich die Zukunft 2050 vorstellen. Sie sagte: „… Ich glaube, gerade in der jungen Generation haben wir viele, viele Chancen, die Nachhaltigkeitsstrategie breit zu verankern und unter den jungen Leuten auf neues Denken zu stoßen. Jetzt geht es darum, daß *wir* immer wieder neue Ziele und Zukunftsvorstellungen entwickeln. Ich begrüße deshalb solche weitsichtigen Projekte wie ‚Dialoge Zukunft – Vision 2050'."[694]

Schauen wir uns einige Auszüge an und betrachten wir dies ruhig auch unter dem Aspekt der ‚Nachhaltigkeit'. Wer darüberhinaus die Vision 2050 auf die ‚Lebenfähigkeit des deutschen Volkes' oder seinen Bestandserhalt prüft, verhält sich bereits ketzerisch. Solches ist nicht vorgesehen! So steht in dem Kompendium u.a.: „Die soziale Großfamilie ersetzt die genetische Familie" (S.55) oder: „Integrationsproblematik haben wir das damals genannt, was heute ohne Probleme funktioniert. Im Berufs- sowie im Alltagsleben befinden wir uns heute in einem vielfältigen Mischmasch aus Kulturen" (S.61, Sternzeit). Viel Raum nehmen Themen wie Einwanderung und die völkische Veränderung der deutschen Gesellschaft ein. Ein Beispiel von vielen: „In meiner Heimat Deutschland ist es alltäglich geworden, Menschen auf der Straße zu sehen, die heute noch stigmatisiert sind. … Mein Joggingpartner ist Tunesier, er leitet ein mittelständisches Unternehmen. Seit seiner Ankunft mit seiner Familie vor fünfunddreißig Jahren hat es eine starke Einwanderungsbewegung aus Afrika gegeben, was die deutsche Gesellschaft dankbar aufgenommen hat. Im Gospelchor singe ich mit Kamerunern, Kongolesen und Ghanaern mit Europapaß, die ihr Liedgut und ihren Performancestil gerne mit mir teilen. Deutschland und Europa haben ihre Grenzen geöffnet, die europäische Staatsbürgerschaft eingeführt und sich verjüngt" (2050 – Vision, Utopie, Fantasie, S. 89).

Auf Seite 106 heißt es: „Ich wünsche mir für 2050, daß die klaren Grenzen und Linien, die sich durch die Gesellschaft weltweit ziehen, verschwimmen" und auf Seite 131 ergänzt jemand in seinem Beitrag ‚Deutschland 2050': „Jeder Mensch hat das Recht zu entscheiden, wo er leben will, dies gilt nicht nur für Deutsche". Was richtigerweise dazu führt, daß „die Menschen zu Weltbürgern zusammengewachsen sind" (S.145). In einem Beitrag auf Seite 153 wird die Vision (auch) der Deutschen so ausformuliert: „Eine Welt, ohne Schranken und Grenzen. Kurz und knapp. Das ist meine Vision 2050 - oder sollte ich doch besser sagen Utopie? Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der es nicht mehr nötig ist Gesetze und Regeln zu erlassen, um beispielsweise die Umwelt zu schützen, Rassismus zu bekämpfen oder auch nur den Straßenverkehr zu ordnen" (Ohne Schranken und Grenzen, S. 153).

[694] Rede Dr. Merkels auf der „11. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung" in Berlin, 20.06.2011

Bild 116: ‚Zukunftsdeutsche'? Siedler aus Afghanistan, Palästina, Tunesien und Schwarzafrika ‚für' Zschopau im Erzgebirge. Ab „2035 beginnt ein neues Zeitalter in Deutschland"; und irgendwann sind alle in Deutschland so gemischt, „daß jeder einen Migrationshintergrund hat". Der unbedingte Wille zur Abwicklung des dt. Volkes, der wird jedenfalls nicht geleugnet.

Im ‚VERBARIUM - WÖRTERBUCH DER IM JAHR 2050 AUSGESTORBENEN BEGRIFFE' werden Bezeichnungen aufgelistet, die bis zum Jahr 2050 verschwunden sein sollen.

Vergleicht man die Entwicklung unserer Gesellschaft und wie diese Entwicklung vom Staat reflektiert wird, wird deutlich, daß genau diese so gewollt wurde und damit vorsätzlich erfolgte. Beispielsweise schreibt man zum Bargeld: „Nicht mehr benutzt seit etwa welchem Jahr: 2040; Grund der nicht weiter erfolgten Nutzung. Die zentrale Speicherung von Informationen (Konten, Identität, Gesundheit, Versicherungsinformationen auf dem Personalausweis) und die Vernetzung aller Lebensbereiche machten Barzahlungen überflüssig."

Der Begriff des Ausländer (definiert als „Leute/Personen, die aus einem anderen „Land", einer anderen Region kommen") wird ebenso überflüssig sein, denn: „Nicht mehr benutzt seit etwa dem Jahr 2038. Grund: Gründung des „Europäischen Staates". Es spielt keine Rolle mehr, wo jemand herkommt." Gleiches gilt für den Einwanderer mit Migrationshintergrund. Aber hier wird der VOLKSTOD der Deutschen bereits angekündigt. Auch dieser Begriff wird ab 2040 der Vergangenheit angehören, da es keine Deutschen mehr gibt. Auf der Seite 179 wird das wie folgt begründet: „Nicht mehr benötigt, da (alle) Menschen so ‚gemischt' sind, daß *jeder* einen Migrationshintergrund hat."[695]

Die anonyme Massengesellschaft ist natürlich kein statischer Aggregatzustand ‚lustiger' Koexistenz, wie uns bundesdeutsche Politiker gerne weismachen. Die zwangsläufig erfolgende Vermischung ‚heller' Einheimischer mit weit entfernten und völlig verschiedenartigen Völkern, vermindert die Anzahl eines jeden Volkes um eben diesen Nachwuchs, der dann nicht mehr einfach der ursprünglichen Abstammungsgemeinschaft zugerechnet werden kann. Dieser Prozeß kann soweit getrieben werden, bis die ursprüngliche Bevölkerung zur geduldeten Minderheit wird und schließlich ganz im Mischkessel untergegangen ist. Tilgt man aber Völker aus, dann verringert man aktiv die Völkervielfalt unseres Planeten. Denn auch die Weißen tragen zur Vielfalt der Menschheit bei. Und natürlich kann man dabei immer so tun, als ginge es bei der Zuwanderung der Regierung ausschließlich um wirtschaftliche[696] Aspekt.

---

[695] KOMPENDIUM, „Dialoge Zukunft Vision 2050, „Made in Gemany" Band 2, Nr. 38, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, 18. Juni 2011, S. 55, 61, 89, 106, 131, 145, 153, 175, 179.
Die Ausarbeitung wurde u.a. unterstützt vom Bundeskanzleramt (J.Geismann), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (Dr. M.Müller-Härlin), Bundesministerium für Gesundheit (Soziales Miteinander und Vielfalt, Dr. C. Raskob), dem Bundespresseamt und ‚Nachhaltigkeitsspolitikern' des Deutschen Bundestages (S.13, so z.B. Franz Müntefering), verschiedenen Ministerpräsidenten (S.14) etc. etc.

[696] N24, „Bundesregierung will mehr Zuwanderung", 05.05.2013

Bild 117: Was fordert diese Republik? „Alle ‚weiße' Menschen werden so ‚gemischt' sein, daß jeder einen Migrationshintergrund hat." Ein Zusammenschluß eines Volkes wider dem Staat (vgl. DDR, 1989) wird somit unmöglich gemacht. Oben: Szene aus den Niederlanden.

„(Europa) ist dieser unserer westlicher Fortsatz der Weltinsel (Asiens), der die Menschenart schuf, deren Haare gold sind, rot, braun, schwarz; deren Augen grau sind oder grün, braun oder blau; deren Haut von einem hellen Rosa bis zu kräftiger Bronze geht. Der Rest der Welt variiert im Schwattbraunen. Also sind wir die eigentlichen Farbigen."[697]

Der CDU-Politiker Prof. Dr. Martin Gillo, Ausländerbeauftragter des Landes Sachsen, Vater von drei Kindern schreibt: „Ab 2035 beginnt ein neues Zeitalter! Es wird ein Zeitalter sein, in dem wir Herkunftsdeutschen in unserem Land die Minderheit darstellen werden. Wie werden wird dann behandelt sein wollen? Freundlich, höflich und dazugehörig zu den Zukunftsdeutschen? Oder werden wir uns damit zufriedengeben, als geschützte Minderheit zumindest geduldet werden? Ist es okay, wenn wir dann so behandelt werden, wie wir die Zukunftsdeutschen heute noch oft behandeln? Ich schlage vor, daß wir uns genau anschauen, wie diskriminierend wir heute noch mit den Zukunftsdeutschen umgehen. Genauso werden sie mit uns dann umgehen."[698]

Auch für das Land im Norden Deutschlands, wünschen sich die Parteien mehr Ausländer. Wie die Norddeutsche Neueste Nachrichten berichten: „Mecklenburg-Vorpommern braucht nach Meinung einer übergroßen Mehrheit des Landtages mehr Ausländer. Darum müssten sie künftig besser willkommen geheißen werden, so ein Antrag, den die Regierungsfraktionen SPD und CDU gemeinsam mit den oppositionellen Linken und Grünen morgen im Parlament verabschieden wollen. Schon bald würden Ausländer als Fachkräfte in den Unternehmen des Landes dringend gebraucht. Zudem bereichern Migranten das hiesige Zusammenleben, finden die vier Fraktionen."[699]

Ähnlich drückte es Angela Merkel aus: „Deutschland muß nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Zuwanderer stärker als bisher integrieren. ‚Es reicht nicht aus, ein Land zu sein mit einer hohen Migrationsquote, sondern wir müssen auch zu einem Integrationsland werden', sagte Merkel bei einem Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am Mittwoch in Nürnberg. …Mit den Integrationsbemühungen müsse sich Deutschland zugleich stärker für Migranten öffnen. Bei der Beurteilung von Migranten dürfe nicht länger die Herkunft eine Rolle spielen."[700]

Merkel, wie auch Gillo verkündigen den Deutschen offen ihre momentane volkliche Abwicklung an. Gut für sie, daß die meisten das gar nicht mehr verstehen.

---

697 ‚-jmw-', Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Are You Pro White or Pro White Genocide?", 15.12.2011

698 CDU – Die sächsische Union, „Wissen, wo's langgeht. Zukunft mitgestalten! Ab 2035 beginnt ein neues Zeitalter in Deutschland", 30.01.2012

699 Norddeutsche Neueste Nachrichten (NNN), „MV braucht mehr Ausländer", 23.04.2013

700 MERKUR ONLINE, „Merkel: Wir müssen Integrationsland werden", 10.04.2013

Dieser ‚Staat' bekennt sich offen zu Kolonialismus und Fremdbesiedelung

Bild 118: Friedersdorf (Mulde), Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit seinen etwa 1.900 Einwohnern. Ein Asylantenheim als Stützpunkt und Ausgangsort der multirassischen Gesellschaft in Deutschland. Eingebettet in ländlicher Natur, umgeben von Wald- und Agrarflächen. Szene im Mai 2013

Sämtliche Medien, alle demokratischen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen werden weiterhin Jahr um Jahr von angeblich traumatisierten Flüchtlingen reden. Man will das Mitleid der Einheimischen bei der Besiedelung ihres eigenen Bodens und den Aufbau der multirassischen Mischgesellschaft durch flächendeckende Unterbringung fremder Völkermassen. Die ethnische Umgestaltung und die eigene Kolonisation sollen, wenn nicht aktiv unterstützt, so doch passiv hingenommen werden. Widerstand wird nicht umsonst scharf kriminalisiert in einem System, daß von Betrügern gelenkt und mit krimineller Energie nur als verbrecherisch zu bezeichnen ist. Der in Polen geborene Jude, Henryk Marcim Broderowski, (Henryk M. Broder), definiert sein Jüdischsein wie folgt: „Jude kann man nur sein, man kann es nicht werden. Das mag rassistisch klingen, dennoch ist es so."[701]

In der Tageszeitung WELT macht er den Vorschlag, die Deutschen mit Angehörigen fremder Völker zu kolonisieren, was in der Praxis ja sowieso erfolgt. Süffisant schreibt er:

„Im Zuge der Globalisierung findet ein Austausch der Güter statt. Jedes Land exportiert das, was es im Überfluß hat oder herstellt. Bei den Deutschen sind es Autos, bei den Indern und Chinesen Menschen. Man kann also Indern und Chinesen nicht die Einreise nach Deutschland verweigern, wenn VW und Mercedes ihre Autos nach China und Indien exportieren wollen. Und man kann auch nicht dem Zimmermädchen aus Antalya einen ordentlich bezahlten Job in Bad Oeynhausen versagen, solange eine deutsche Familie für vier Wochen „all inclusive" in einem türkischen Ferienort so viel bezahlen muß, wie für eine Woche Halbpension auf Borkum. … Wie wäre es nun, wenn man so etwas zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern versuchen würde, wo man mittlerweile stundenlang von einem Ort zum anderen fahren kann, ohne einen einzigen Menschen auf der Straße zu sehen, von ein paar jungen Nationaldemokraten mal abgesehen? Man könnte, sagen wir, zwei Millionen Inder und Chinesen einladen, nach Meck-Pomm zu kommen, jedem 5000 Euro Startkapital in die Hand drücken und sagen: ‚Alles Gute, macht was daraus'."[702]

[701] JÜDISCHE ALLGEMEINE, „Wie Menschen zum Judentum wechseln – und warum einige ihrer Glaubensgenossen das nicht gutheißen", 26.09.2007 - von Detlef David Kauschke

[702] DIE WELT ONLINE, „Zwei Millionen Inder und Chinesen nach Meck-Pomm!", 30.11.2011, Von Henryk M. Broder

Ein Kommentar zu diesem Artikel: „Es ist die Methode, Leuten ins Gesicht zu spucken, ihnen ganz genau zu sagen, was man mit ihnen vorhat, sich über diejenigen zu amüsieren, die es trotzdem nicht raffen, obwohl man es ihnen direkt ins Gesicht sagt. Aber andererseits diejenigen, die es raffen und aufklären wollen, als tumbe Deppen darzustellen, die Satire nicht erkennen. Deshalb die 2-Millionen-Hintertür. Ich zweifle keine Sekunde daran, daß ihm auch die 2 Millionen sehr recht wären und sehr hofft, daß das langfristig auch so viele (oder viele mehr) werden. Aber eine ernsthafte Forderung ist das nicht. Trotzdem – und sogar gerade deswegen – paßt das perfekt zu „Stimmen unserer Freunde“. Denn dieser Artikel hämmert mal wieder die globalistische Agenda ein, man dürfe nicht mit dem Ausland Handel treiben oder gar dort Urlaub machen, ohne die Grenzen für alle Ausländer zu öffnen. Das ist lächerlich. Aber so viele haben das bereits verinnerlicht, daß sich Abwehr nur noch auf Schadensbegrenzung (möglichst keine Moslems, möglichst keine Ungebildeten und möglichst keine Kriminellen) beschränkt.“[703]
Ein weiterer Kommentar: „Nach seiner menschenverachtenden Globalisierungs-Logik werden demnächst jede Menge Koreaner eine Niederlassung in Israel verlangen, da das „auserwählte“ Land sicher eine Menge billiger Produkte aus dem fernöstlichen Land (Südkorea) bezieht. Mal sehen, wie lange es dauert, bis Broder das vollständige Terrain der BRD zur Besiedlung durch Fremde freigibt.“[704] Nicht das die Bundesrepublik oder seine Nomenklatura an den Vorschlägen Broders[705] etwas auszusetzen hätte oder gar Partei für die Einheimischen einnimmt. Das tut sie ja nie. Faktisch betreibt sie genau diese Politik der systematischen Kolonisierung, was folgender Kommentar bestätigt: „War jetzt mal in Halberstadt, eine ostdeutsche Kleinstadt und da hat neben den ganzen Rentnern jemand irgendwelche Schwarzafrikaner verklappt! Das ist so komisch, weiße Alte, ein paar Suffis und dann irgendwelche richtig Schwarzen, die nicht wissen, was sie machen sollen und rumlaufen und rumlungern, und das im Osten!“[706]
Halberstadt, das ist das ‘Tor zum Harz’, wie sich die sächsisch-anhaltinische Fachwerkstadt selbst bezeichnet. Warum man dort nach 2.000 Jahren heute Gruppen sub-saharischer Männer rumlungern sieht, kann ihnen vielleicht ein Mitglied der demokratischen Parteien erklären. Zumindest scheint dieser Zustand mit den Begriffen ‚Integrationsland‘ und ‚Zukunftsdeutsche‘ gemeint zu sein. Die wahren Herren Deutschlands sind sicherlich nicht irgendwelche Deutsche oder gar Demokraten. Robin Alexander schreibt: „Der jüdische Staat in Thüringen könne „das jüdische Trauma heilen, die deutsche Schuld heilen und den Nahostkonflikt lösen.“[707]
Die schwedische Jüdin Barbara Lerner Spectre erklärt uns, was es mit der ‚Multikulturalisierung‘ Europas auf sich hat: „Ich denke, daß es ein Wiederaufleben des Antisemitismus gibt, weil zu diesem Zeitpunkt Europa noch nicht gelernt hat, multikulturell zu sein und ich denke wir werden Teil der Geburtswehen dieser Umwandlung sein, die stattfinden muß. Europa wird nicht die monolithische Gesellschaft bleiben, wie sie es einst im letzten Jahrhundert war. Juden werden im Zentrum dessen stehen. Es ist eine riesige Umwandlung für Europa. Sie gehen jetzt in einen multikulturellen Modus über und wegen unserer führenden Rolle man wird einen Groll gegen die Juden haben. Aber ohne diese Führungsrolle und ohne diese Umwandlung wird Europa nicht überleben.“ Daß Minderheiten sich in einer Gesellschaft, die viele andersstämmige Minderheiten umfaßt, weniger gefährdet sehen oder gar als sichere Voraussetzung für den Aufbau der eigenen Gemeinschaft, bestätigt Prof. Dr. Salomon Korn: „Ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und Weltoffenheit (innerhalb einer multiethnischen Mischgesellschaft) zählt denn auch zu den wichtigsten Voraussetzungen, um jüdischen Zuwanderern die Eingliederung in die jüdische Gemeinschaft als Teil der deutschen Gesellschaft zu erleichtern.“[708]
Dana Goldstein beurteilt diese Entwicklung im Westen wie folgt: „Das kommunistische politische System ist die harte und klare Anwendung talmudischer Prinzipien, wo euch (den Goijim / Nicht-Juden) nichts mehr gehört; weder Eigentum, Kinder, Körper, Organe, noch euer Leben.“[709]

[703] AS DER SCHWERTER, in: „Cousin Moishes Gedanken zu Noahs bevorstehender interreligiöser Hochzeit“, Kommentar von osimandia - 30.12.2011
[704] ‚Strandwanderer‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Irrsinnige Umvolkungspropaganda von Broder“, 30.12.2011
[705] „Und wenn es so etwas wie eine historische Gerechtigkeit in dieser Welt geben würde, wäre der jüdische Staat in Schleswig-Holstein oder in Bayern errichtet worden, nicht in Palästina.“ Aus: SPIEGEL ONLINE, „ESSAY: Gebt den Juden Schleswig-Holstein“ – von Henryk M. Broder, 09.12.2005
[706] ‚Erik der Rote‘, POLITIKFOREN.NET, in: „Tod der weißen Rasse bis 2050“, 27.04.2013
[707] DIE WELT ONLINE, „In Thüringen soll ein neues Israel entstehen“, 20.06.2008
[708] Laudatio von Prof. Dr. Salomon Korn, Vize-Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland
[709] LA VÉRITABLE NATURE DU JUDAISME©, „Lois et Justice américaines!!“, 12.08.2012

Spekulative Argumente für die Multikultur und das ‚Problem' mit der Identität

Wir haben es bis jetzt mit erstaunlich wenigen Argumenten für die Multikultur zu tun gehabt. Diese suggerieren etwa folgende Behauptung: Die Entwicklung ist unausweichlich, zugleich aber erfreulich, denn sie ist eine große Chance und eine Bereicherung!

Die Unausweichlichkeit ist, wie gezeigt, vorgeschützt. Die anderen Argumente sind hergesuchte Spekulationen. Wer dürfte sich unterstehen, auf sie gestützt eine über Jahrtausende gewachsene, entwicklungsgeschichtlich einmalige Lebensordnung grundlegend umzustürzen?

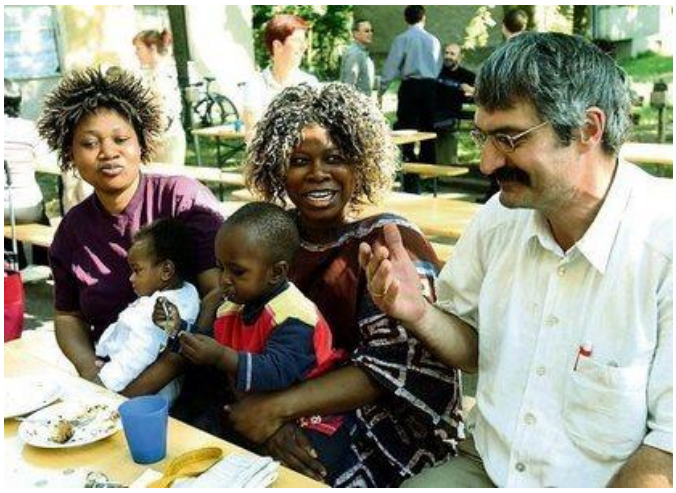


Bild 119: Die Überfremdungsagenda kommt ganz unschuldig daher. Auch die ‚christliche' Kirche setzt sich stets für Völkervermischung und Einwanderung ein. Kornwestheim bei Ludwigsburg: Der evangelische Pfarrer Martin Kreuser fordert: „Asylbewerber sollten (bei uns) arbeiten dürfen".

Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz sagt zum Gefüge einer Kultur:

„… ohne Einsicht in die Vielzahl seiner Wechselwirkungen ist es höchst gefährlich, willkürlich ein Element aus ihm zu entfernen." Ja, der Nobelpreisträger bezweifelt sogar die Fähigkeit des Menschen, solche Einsichten überhaupt zu gewinnen: „Der Irrglaube, daß nur das rational oder gar nur das wissenschaftlich Nachweisbare zum festen Wissensbesitz der Menschheit gehöre, wirkt sich verderblich aus. Er führt die „wissenschaftlich aufgeklärte" Jugend dazu, den ungeheuren Schatz von Wissen und Weisheit über Bord zu werfen, der in den Traditionen jeder alten Kultur … enthalten ist. Wer da meint, all dies sei null und nichtig, gibt sich folgerichtig auch einem anderen, ebenso verderblichen Irrtum hin, indem er in der Überzeugung lebt, Wissenschaft könne selbstverständlich eine ganze Kultur (bzw. eine Steigerung ‚Multikultur') mit allem Drum und Dran auf rationalem Wege und aus dem Nichts erzeugen. Dies ist nur um ein weniges weniger dumm als die Meinung, unser Wissen reiche hin, um durch Eingriffe in das menschliche Genom (Erbgut) den Menschen willkürlich zu ‚verbessern'".[710]

Die Fürsprecher der multikulturellen Gesellschaft sahen sich gezwungen, Argumente an den Haaren herbeizuziehen. Am 13.07.1989 erschien in der Tageszeitung „Die Welt" ein Artikel von Eberhard Straub unter der groß herausgehobenen Überschrift „Identität als Zwangsjacke".

Was damit gemeint war, verdeutlicht ein Satz wie dieser: *„Die Nationen sind ein junges Phänomen, die nationale Identität womöglich eine Zwangsjacke."*

Worauf man tatsächlich hinaus wollte, zeigen dagegen folgende Ausführungen von Straub:

„Es gehört zum Erbe Europas, multikulturell zu sein, sich nicht fremden Einflüssen zu versperren." Auch hier handelt es sich um ein spekulatives, kein Erfahrungsargument, denn man hat die vermeintliche „Zwangsjacke der Identität", die in erster Linie eine kulturelle ist, niemals angehabt. … [15, Seite 39, 40]

Dr. Traugott Schoefthaler macht die Identität als die Wurzel aller Konflikte aus. Er sagt: *„Kulturpolitik muß das beliebte Unterscheiden zwischen ‚sie' und ‚uns' und sogar ‚den anderen' vermeiden, weil es die Möglichkeit nahe legt, den Einzelnen mit einer gemeinsamen Identität bzw. Selbstauffassung zu erfüllen."*[711] *Gewarnt wird sogar vor dem weiteren Gebrauch der Wendung „der Andere", der in fast allen interkulturellen Ausbildungsbegriffen Standard ist, indem sie die Möglichkeit eröffnet, dem Individuum kollektive Identitäten aufzuerlegen.*

Die Volkswagenstiftung unterstützt ein Projekt der Humboldt-Universität Berlin (Heymat), die folgende Untersuchungen thematisiert: „Ausgehend von der Hypothese, daß es hybrider Identitäten bedarf, um die beidseitig zu beobachtende Entfremdung zwischen (alt-eingesessener, heimischer) Mehrheits- und (neu-hinzugekommener) Minderheitsgesellschaft zu

---

[710] Konrad Lorenz, „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit", München/Zürich 1973, 16. Aufl. 1983, S. 70

[711] By Traugott Schoefthaler, Executive Director of the Anna Lindh Euro-Mediterranean Foundation for the Dialogue between Cultures, for the quarterly Magazine 'Quaderns de la Mediterrània' (article: „From Dialogue to Hospitality and Co-operation - Programme and Objectives of the Euro-Mediterranean Foundation"), published in Barcelona.
Dr. Traugott Schoefthaler war bis 2004 Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission.

überbrücken, kommt der Rolle von Menschen, die sich unterschiedlichen kulturellen Räumen zugehörig fühlen, eine besondere Forschungsrelevanz zu. Mittels qualitativer Untersuchungsmethoden wird erforscht, ob Menschen mit … Migrationshintergrund in Deutschland und Europa als Träger hybrider Identitätsmuster dazu beitragen können, die Wandelbarkeit von nationalen und kulturellen Identitäten zu dokumentieren und ob deren Potential zur Mediation genutzt werden kann, um interkulturelle Alltagskompetenz zu etablieren und Identität als gesellschaftspolitische Konfliktkategorie zu entschärfen (überwinden).“[712]

Die Zielsetzung hieraus kann also nur darin liegen, daß die europäische (weiße) Kultur und Identität verschwinden sollen. Konrad Lorenz schreibt zu dieser Frage in „Die Rückseite des Spiegels“: *„Das verzweifelte Suchen nach einer Identität, das heute sogar zum Gegenstand der Tagespresse geworden ist, die ‚identity problems‘ der heutigen Jugend sind Symptome einer Störung in der Überlieferung kultureller Traditionen. Den von diesem Mangel Betroffenen kann man nur sehr schwer helfen. Wenn ein junger Mensch das geistige Erbe der Kultur, in der er aufwuchs, verloren … hat, ist es ihm verwehrt, sich mit irgend etwas und irgend jemandem zu indentifizieren, er ist tatsächlich ein Nichts und Niemand, wie man heute in der verzweifelten Leere vieler jugendlicher Gesichter deutlich lesen kann. Wer das geistige Erbe der Kultur verloren hat, ist wahrhaft ein Enterbter.“*[713]

Man erfuhr es nicht, daß Freiheit aus Bindung, aus Einbindung in die eigene Art, erwächst, und so wurde man niemals frei, nur zügellos.

Konrad Lorenz weiter: *„In der zweifachen Wirkung jeglicher Struktur liegt ein Problem, dem jegliches lebende System, sei es nun eine Spezies oder eine menschliche Kultur, gegenübersteht: Ihre stützende Funktion muß durch ein Steifwerden, d.h. mit einem Verlust an Freiheitsgraden, erkauft werden! Der Regenwurm kann sich krümmen, wo er will, wir können unsere Körperhaltung nur dort verändern, wo Gelenke vorgesehen sind. Wir aber können aufrecht stehen, und der Regenwurm nicht.“*[714]

Als „Regenwurm“ aber findet man sich nach der „Befreiung“ aus der angestammten Kultur wieder. Die Unverbindlichkeit der Multikultur verhindert den Aufstieg der Menschenseele zur möglichen Freiheit. [15, Seite 40, 41]

Als geschichtliche Beispiele für eine angeblich funktionierende Multikultur, als einem angeblich lebensspendenden, Zukunft sichernden Prinzip, muß derweil auch das alte Rom herhalten.

In dem Buch von Otto Zierer, „Kultur- und Sittenspiegel“, urteilt dieser am Ende seines Buches: *„Das alte Rom der Herren und Eroberer ist untergegangen im Mischkessel fremder Rassen, Völker und Kulturen.“*[715]

Ein etwas anders geartetes Beispiel als die vorhergehenden ist die Behauptung, daß Deutschland doch schon immer ein Einwanderungsland gewesen sei. Dabei sie die Aufnahme fremden Blutes reibungslos vonstatten gegangen und die eingebrachte fremde Kultur habe sich als echte Bereicherung erwiesen. Schlagendes Beispiel seien die Hugenotten im friederizianischen Preußen und die Polen im Ruhrgebiet der Kaiserzeit.

Dieses Argument geht vollkommen fehl, weil es sich im wesentlichen eben nicht um fremdes Blut handelte. Besonders ausgeprägt dürfte dieses bei den Hugenotten sein, mit deren Vertreibung Frankreich viele Menschen vorwiegend nordischer Rasse verlor. Dieses Beispiel (der gelungenen Einschmelzung / Integration) ist sogar ein beredtes Zeugnis für die Richtigkeit unseres Wissens um die Bedeutung der Vererbung, d.h. des Rasseerbgutes für die Kultur: Eine Einwanderung von Menschen germanischen Ursprungs stellt kein Problem dar! …

Und noch ein letztes Argument, das für Multikultur ins Feld geführt wird: Die Ablehnung Fremdrassiger im eigenen Lebensraum besteht, so stellt man völlig zutreffend fest, von vornherein, also noch bevor sich Einheimische und Fremde kennengelernt haben. Es handelt sich also, behauptet man, um ein Vor-Urteil. Das finde dadurch eine Bestätigung, daß das Verhältnis zueinander oft ein mehr oder weniger gutes werde, wenn man sich näher kennenlernt. Mit besonderer Sicherheit gelinge das Abbauen der Vorurteile bei Kindern, wenn man sie miteinander aufwachsen lasse und in geeigneter Weise erziehe.

---

712 Humboldt Universität Berlin, „Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle“, ein Projekt im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten Schumpeter-Fellowships.

713 Konrad Lorenz, „Die Rückseite des Spiegels”, München 1973, S. 257

714 Konrad Lorenz, „Die Rückseite des Spiegels”, München 1973, S. 247

715 Otto Zierer, „Kultur- und Sittenspiegel“, 1. Bd.: „Griechenland und Rom“, Stuttgart/Salzburg, 1969, S. 440

Dennoch: Dieses „Vorurteil“ haben alle gewachsenen menschlichen Artgemeinschaften der Erde! … Dabei ist die Einsicht – oder das „instinktive Wissen“ – für gesund empfindende Gemeinschaftsmitglieder so zwingend, daß es keines Beweises bedarf. In der Natur gibt es einen Hang zum Konservativen, zur Erhaltung, vor der Veränderung oder dem Auflösen, einen Hang zur Autarkie und zur Differenzierung. Auch der Altmeister der Verhaltensforschung, Konrad Lorenz, schreibt: *„... daß größte Konservativität im Festhalten des einmal Erprobten zu den lebensnotwendigen Eigenschaften des Apparates gehört, dem in der Kulturentwicklung eine analoge Aufgabe zufällt, wie sie im Artenwandel vom Genom geleistet wird. Das Festhalten ist nicht nur ebenso wichtig, sondern sehr viel wichtiger als das Hinzuerwerben."*[716]
Erhaltung geht also vor Veränderung. Ständiges Hereinlassen von Fremden, d.h. ja zugleich von Neuem, von Nicht-„Erprobtem“, oder das Einwandern von Fremden in unkontrollierten Ausmaß muß daher die „größte Konservativität“ als „lebensnotwendige Eigenschaft“ immer erneuten gefährlichen Belastungsproben aussetzen bzw. sie zum Einsturz bringen.
Die abwehrenden Haltung gegenüber Fremdem ist deshalb kein Vor-Urteil, sondern eine entwicklungsgeschichtlich gewachsene Erfahrung, die somit viel höherer Weisheit entspringt als sie oberflächlicher menschlicher Vernunft zugänglich ist. Dieses stammesgeschichtlich verankerte Urteil ist ein weit über aller individueller Erfahrung stehendes Artwissen, das jedem gesunden Einzwelwesen zugunsten der Arterhaltung eingeboren ist. Aus diesem Grunde lehnen die Mitteldeutschen die Ausländerüberflutung ab, obwohl sie, wie man ihnen zum Vorwurf macht, doch mit Ausländern noch gar nicht in Berührung gekommen sind. Das brauchen sie auch nicht, ihr Verhalten ist trotzdem vollkommen artrichtig. [15, Seite 44-46]
Lassen wir uns nicht beirren, wenn dieselben Mächte die volksbewußten Wahlen 1991 in Flandern als braune Flutwelle verleumden, den gegen die Überfremdung gerichteten Wahlausgang 1991 in Bremen mit Neonazismus gleichsetzen und den in Österreich erfolgreichen Jörg Haider als „Vollblut- (und Boden-) Politiker“ an die Wand malen (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 11.07.1991). Nirgends liegt das vor, was die Volkstumsfeinde behaupten! Doch die Sehweise der Hintergrundregisseure ist nicht oberflächlich, sie ist durchtrieben! Sie verleumden das gesunde Urteil als Vorurteil, um zum Hereinlassen der Fremden zu verlocken, wohlwissend, daß die Menschen damit seelisch leicht verwirrt werden können. Vor allem aber ergeben sich vollendete Tastsachen. … Es hat keinerlei Beweiskraft wenn man behauptet, „unverdorbene Kinderseelen“ seien für Multikultur offen. Genau das hat man bei solchem Offensein vorher getan: Man hat die Seelen verdorben (für ererbte, gesunde, artrichtige Verhaltensweise)! Multikultur soll der gewollte und gezielt herbeigeführte Untergang unserer Kultur und unseres Volkes werden. Wie man sieht, findet sich kein einziges unter den Argumenten für Multikultur, das sich nicht als Scheinargument entpuppte. Es gibt einfach keinen Beweis zugunsten dieser kulturfeindlichen, widernatürlichen Konstruktion. [15, Seite 46-48]
Über Multikultur gibt es zwei unterschiedliche Visionen. Es sind Visionen mit zwei völlig gegensätzlichen Thesen hinsichtlich seiner Ursachen, Eigenschaften und Hintergründen.
Die erste und allgemein bekannte ist die der dringend gebrauchten Gastarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist die Vision der notleidenden Asylbewerber und Flüchtlinge, die Vision der inkooperativen Entsendeländer und der moralischen Schuld des weißen Europas. Es ist die Vision der kulturellen Bereicherung, der Demographie und des wirtschaftlichen Nutzens, die die Asiaten und Afrikaner Europa bieten. Es ist die Vision des freundschaftlichen Miteinanders, der Toleranz und Weltoffenheit. Nicht zu vergessen ist es die Vision der Moderne der Globalisierung, der Völkerverständigung und dem Vorteil pluralistischer Gesellschaftsmodelle der Vielfalt. Ein Beharren auf dem alten, traditionellen Standpunkt des Überlebens der eigenen Gruppe, ist in einer globalisierten Welt unzeitgemäß und mündet, wie wir wissen, im Nationalismus. Wohin der führt, konnten die Europäer im Zweiten Weltkrieg sehen, einschließlich des Schreckens der Judenvernichtung, dem Holocaust.
Die andere Vision ist schnell erzählt. Hier wird die Masseneinwanderung zum strategischen Machtinstrument der wirklich Herrschenden, initiiert zur Auflösung der in Europa ansässigen Völker und Nationen. Die weißen Völker, einst technisch-wissenschaftlich führend, werden durch die Massen der braunen und schwarzen Völker in ihrer Art verschwinden und Platz machen, was man als braun-brasilianische Endzeit Europas bezeichnen kann. Beide Thesen könnten gegensätzlicher nicht sein. Die eine ist die offizielle Vision des Wandels, die andere einfach nur unglaublich.

[716] Konrad Lorenz, „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit”, München/Zürich 1973, 16. Aufl. 1983, S. 69

Bild 120: Bad Belzig (Landkreis Potsdam-Mittelmark). Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck, zusammen mit Volksangehörigen aus Kenia, Kamerun, dem Tschad, Irak, Indien und Zigeunern: „Wer meint, daß ihm durch die Asylbewerber etwas weggenommen wird, der irrt.“[717]

Natürlich konkurrieren die Millionen Fremden, und deren Nachwuchs, die in das Territorium eines anderen Volkes strömen, mit diesem um Raum (Land, Wohnungen), Nahrung oder finanzielle Zuwendung, die aus der Wertschöpfung des ansässigen Volkes generiert wird.

Auch die Erklärung Dr. Wolfgang Schäubles (CDU, MdB) zu der Erläuterung der Globalisierung (Masseneiwanderungg) bleibt nebulös: „Aber man muß dann, so einfühlsam wie möglich, den Menschen erklären: Die Welt verändert sich in einem rasanten Tempo, immerfort. Und wir profitieren auch von diesen Veränderungen. Wenn Sie sehen, wie wir in alle Teile der Welt reisen, wie 80 Prozent der Spielzeuge, die wir kaufen, in China gefertigt werden – das ist Marktwirtschaft, Globalisierung, Wohlstandsgewinn. Den Menschen in solchen Stadtteilen muß man sagen, Verschiedenheit ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.“[718]

Wenn man also Hosen billig aus China importiert, braucht es auch den Nigerianer in Moschau.

Ein einfacher Forumskommentar gibt da eher Aufschluß: „Die Ansiedlung der französischen Hugenotten nach Preußen kann man nicht mit der heutigen millionenfachen Einwanderung nach Europa in so kurzer Zeit vergleichen. Nach Preußen kamen hauptsächlich weiße, christliche, europäische Ausländer, keine Muslime, Türken, Kurden, Neger und Zigeuner. Die Einwanderung nach Europa ist ideologisch motiviert. Sie dient letztendlich keinem rationalen Zweck. Wirtschaftlich haben die Ausländer für uns keinen Nutzen, gesellschaftlich auch nicht. Zu uns kommen ja gerade nicht die Hochqualifizierten und Intellektuellen, sondern die Unterschichten und Minderbegabten der Welt. Der einzige Grund, warum man trotzdem noch Tausende von denen ins Land holt, ist die Ausdünnung der weißen Bevölkerung Europas und die rassische Durchmischung, also die Errichtung des ‚Melting Pot Europa‘“.[719]

Der Gegensatz der vitalen Lebensinteressen zwischen Volk und System sind nicht unproblematisch, gerade auch für seine ‚demokratischen‘ Repräsentanten. Die ständige politische Forderung „wir“ bräuchten Zuwanderung, wobei nicht ‚wir‘, sondern ‚sie‘ die Einwanderer für die Umsetzung ‚ihrer‘ politischen Ziele brauchen, sind Zeichen inländerfeindlicher Systeme. Dana Goldstein dazu: „Man muß aufhören, naiv zu sein und zu denken, daß man das System ändern kann. Das System muß fallen. Punkt.“[720]

---

[717] FOCUS ONLINE, „Bundespräsident Gauck fordert ‚Mentalitätswandel gegenüber Asylbewerbern‘“, 12.12.2012

[718] WELT ONLINE, „Nicht aufregen, wenn jemand Kopftuch trägt“, 04.09.2009

[719] ‚Ajax‘, Beitrag auf POLITIKFOREN.NET, in: „Der Völkermord an den weißen Europäern“, 08.12.2009

[720] Dana Goldstein, „Il faut arrêter d'être naïf et penser que le système va changer. Le système doit tomber. Point“, in: „Dr Didier Moulinier - Interdit de donner des soins aux assurés sociaux“, 08.10.2012 auf: LA VÉRITABLE NATURE DU JUDAISME© - THE TRUE NATURE OF JUDAISM © - The dark side of Judaism - Talmudization of the Earth - How the Jews stole the divine legacy of the Gentiles - Money, tool for enslavement - Food and Medication to destroy humanity - Jewish solidarity and loyalty: weapon of destruction of the Goyim

Bild 121: Das bundesrepublikanische Modell für ein Deutschland ohne Deutsche

Fassen wir am Ende dieses Kapitel noch einmal ‚Multikultur' zusammen, um Klarheit zu erlangen, was man unter diesem Modell zu verstehen hat und welchem Zweck es dient.

- Der ‚demokratische' Imperativ: „(Multikultur) … ist eine Erkenntnis, die wir in Ost und West zu verwirklichen und zu praktizieren haben."
- „Wir brauchen Ausländer in beiden deutschen Staaten, um die Zukunft Deutschlands zu sichern." Begründet wird diese Veränderung, da:
- „Migration (ist) ein „entscheidender Motor für das Wirtschaftswachstum. … Alterung und Niedergang der einheimischen Bevölkerung" seien das „entscheidende Argument für die Entwicklung multikultureller Staaten". Als Folgen werden offen benannt:
- „Multikulturalismus ist die Gesellschaft ohne kulturelles Zentrum und ohne hegemoniale Mehrheit. Eine multikulturelle Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Fremden."
- „Die Zuwanderung wird … zur Auflösung früherer ethnischer Gemeinsamkeit führen. Das soziale und kulturelle Profil der Bevölkerung Deutschlands wird sich tiefgreifend ändern. Die Deutschen werden … zur Minderheit werden", so Oberndörfer. Einen Hinweis darauf, daß diese Veränderung initiiert und geplant wurde liefert Goldmin:
- „Die Personenfreizügigkeit in der EU ist das größte SOZIALEXPERIMENT."
- „Das strategische Ziel ist es, gewachsene Strukturen (der Gemeinschaften) zu zerschlagen und Gesellschaft und Individuum der imperialen Allmacht auszuliefern."
- Die bundesdeutsche Nomenklatura bekennt sich offen zum deutschen Volkstod: „(Der Fremde) wird ab 2040 der Vergangenheit angehören, da es keine Deutschen mehr gibt, … da Menschen so ‚gemischt' sind, daß jeder einen Migrationshintergrund hat."
- „Die ‚multikulturelle Gesellschaft' ist also nur die langsame Vorbereitung auf die Cross Culture (Mischgesellschaft)". Manche bekennen offen ihren anti-weißen Rassismus:
- „Ich würde gerne das weiße Europa aufgeben. Und dies könnte bedeuten, daß Europa zu existieren aufhört."

Die heutige Masseneinwanderung ist ein geplantes ‚gesellschaftliches Sozialexperiment'.
Sie führt zur Befremdung. Das (genetische) Profil jedes Volkes ändert sich dadurch tiefgreifend. Und irreversible. Es wird zwangsweise eine Minderheit und am Ende in einer Mischgesellschaft verschwinden. Die stetige Einwanderung Fremder kann kein Volk auf lange Sicht überleben. Sie kommt damit einem langsamen Völkermord gleich. Die Zuwanderung soll einen supranationalen EU-Zentralstaat ermöglichen und die Herrschaft gewisser Eliten absichern. Deshalb „brauchen wir" Zuwanderung; die europäischen Völker brauchten sie nie. Die unnatürliche Umwandlung jahrhundertealter Gemeinschaften in multi-tribale Gesellschaften weist auf eine erfolgreiche Fremdherrschaft hin. Denn es gibt dafür keine Legitimation durch die europäischen Völker. Das Konzept der politischen Korrektheit, der inländerfeindlichen Gesetzgebung, der Rechtsbeugung usw. hat seine Ursprünge im jüdischen (talmudisch-zionistischen) Machtanspruch und Weltbild. Dabei geht es um die Durchsetzung des Herrschaftsanspruches und seine Verewigung über den nicht-jüdischen Massenmenschen, ohne völkische Bindung und Identität.

13. Literatur – und Quellenverzeichnis

[1] Dieter Oberndörfer, „Die offene Republik – Zur Zukunft Deutschlands und Europas“, Verlag Herder Freiburg im Breisgau 1991, ISBN 3-451-04034-4; S. 8, 9, 10, 12, 17, 33, 34, 35, 52, 80, 96, 97

[2] Kurt Willrich, „Von der Unfreiheit eines multikulturellen Menschen“, Hohenrain-Verlag-GmbH, 2000, ISBN 3-89180-060-6; S. 12, 13, 14, 18, 20, 26, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 44, 45, 48, 50, 54, 56, 58, 59, 63, 65, 66, 68, 69, 74, 79, 86, 87, 90, 91, 93, 94, 95, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 109, 110, 117, 118, 120, 122, 131, 139, 141, 149, 150, 167, 173, 177, 178, 186, 188, 189, 190, 191, 202, 206, 207, 208, 209, 210, 221, 222, 223, 224, 225, 229, 230, 231, 242, 243, 257, 258, 259, 275, 295, 296

[3] Heike Knortz, „Diplomatische Tauschgeschäfte – „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973“; Böhlau Verlag Köln, 2008; S. 7, 8, 22, 23, 80, 81, 112, 113, 114, 115, 121, 123, 124, 125, 126, 131, 134, 136, 137, 138, 153, 155, 166, 167, 170, 174, 178, 179, 180

[4] Emil Nack, „Bibliothek der alten Kulturen, Germanien - Länder und Völker der Germanen“, Verlag Carl Ueberreuter, Wien, 1958 und 1977; 45f., 74, 75, 77, 78, 79, 91, 92, 93, 94, 95, 104, 107, 108, 176, 272, 308, 309

[5] Paul Edward Gottfried, „Multikulturalismus und die Politik der Schuld“, ARES VERLAG, Graz 2004, ISBN 2-902475-00-5; S. 12, 13, 14, 15, 20, 203, 204

[6] „Carl Bertelsmann-Preis: Einwanderung und Integration von Ausländern in einer Zeit des Wandels; Dokumentationsband zum Carl Bertelsmann-Preis 1992“, 1993 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2. Auflage 1994, ISBN 3-89204-093-1; S. 9, 10, 11, 24, 25, 26, 27, 30, 31, 56, 60, 68, 75, 76, 81, 83, 84, 91

[7] Irenäus Eibl-Eibesfeldt, „Wider die Mißtrauensgesellschaft – Streitschrift für Eine bessere Zukunft“, R. Piper GmbH & Co. KG, München 1994, ISBN 3- 492-03682-1; S. 17, 86, 87, 103, 104, 106, 107, 113, 116, 119, 120, 126, 130, 131, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 140, 141, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 165, 166, 167, 173, 185, 199, 223, 224, 225, 234, 235

[8] Irenäus Eibl-Eibesfeldt, „In der Falle des Kurzzeitdenkes“, R. Piper GmbH & Co. KG, München 2000, ISBN 3-492-23059-8; S. 15, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 85, 89, 90, 146, 147, 148, 150, 151, 154, 155, 156, 158, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 175, 176, 183, 184, 190, 196, 197

[9] Bert Rürup, „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland – Schriftreihe des Bundeskanzleramtes, Band 7“, C.H. Beck’sche Verlagsbuchhandlung München 1989, ISBN 3 406 33608 6; S. 112, 113, 114, 115, 116

[10] Udo Ulfkotte, „Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold. – Armut für alle im ‚Lustigen Migrantenstadl`“, KOPP Verlag, 2010, ISBN 978-3-942016-42-1; S. 9, 10, 23, 24, 26, 47, 48, 49, 51, 52, 64, 65, 66, 72, 73, 78, 79, 111, 112, 133, 135, 178, 182, 183, 184, 211, 216, 217, 224, 225, 235, 236, 237, 259, 260, 261, 301

[11] Stefan Luft, „Abschied von Multikulti – Wege aus der Integrationskrise“, Resch-Verlag, 2006; S. 23, 24, 26, 34, 35, 36, 39, 40, 52, 65, 66, 70, 71, 73, 75, 76, 77, 78, 86, 87, 92, 93, 95, 96-98, 101, 102, 103, 104, 116, 120, 137, 169, 170, 215, 216, 223, 249, 250, 269, 270, 332, 333, 338, 349, 352, 353, 355, 361, 372, 375, 376, 377, 381, 382, 389, 390, 391, 392, 393, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 404, 410, 411, 435, 436, 443, 447

[12] JAN VAN HELSING & Co., „Politisch unkorrekt – Unbequeme Tatsachen und gefährliche Wahrheiten, die man nicht aussprechen darf!“, Amadeus-Verlag GmbH & Co. KG Fichtenau, ISBN 978-3-938656-60-0; S. 29, 30, 262, 266

JAN VAN HELSING & Co.
POLITISCH UNKORREKT
Unbequeme Tatsachen und gefährliche Wahrheiten, die man nicht mehr aussprechen darf!

[13] Rolf Kosiek, „Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen, Hohenrain GmbH, Tübingen, 2001, ISBN 3-89180-061-4; S. 7, 15, 19, 21, 22, 24, 25, 34, 35, 40, 41, 42, 48, 56, 64, 65, 66, 71, 103, 104, 105, 109, 137, 147, 148, 149, 154, 156, 157, 158, 159, 163, 171, 172, 179, 184, 185, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 212, 213, 214, 216, 220, 221, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 230, 231, 243, 244

[14] Hans-Peter Raddatz, „Die türkische Gefahr? – Risiken und Chancen“, Herbig Verlag GmbH, München, 2004, ISBN 3-7766-2392-6; S. 207

[15] Helmut Brückmann, „Multikultur – Aufgang oder Untergang?“, Lühe-Verlag GmbH, 1991, ISBN 3-926328-57-6; S. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36,37, 38, 39, 40, 41, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53

[16] Stefan Ulbrich (Hrsg.), „Multikultopia – Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft“, Arun, 1991, ISBN 3-927940-03-8; S. 1, 7, 9, 18, 19, 35, 40, 42, 44, 45, 50, 51, 52, 58, 59, 60, 61, 82, 83, 84, 91, 110, 111, 113, 115, 117, 118, 119, 120, 123, 124, 125, 129, 130, 131, 132, 133, 209, 313, 335, 339, 340

[17] Heinrich Lummer, „Deutschland soll deutsch bleiben“, HOHENRAIN-Verlag GmbH, Tübingen, ISBN 3-89180-056-8; S. 31, 32, 52, 53, 59, 60, 81, 84, 85, 86, 108, 231

[18] Claus Leggewie, „MULTI KULTI – Spielregeln für die Vielvölkerrepublik“, Rotbuch Verlag, 1990, ISBN 3 88022 0387; S. XIII, XVI, 1, 12, 70, 71, 72, 73, 148, 154, 155

[19] Hans Herbert von Arnim, „Die Deutschlandakte – Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun“, Bertelsmann Verlag, München 2008, ISBN 978-3-570-01024-2; S. 15, 16, 17

[20] Herbert Fischer (Hrsg.), „Aspekte der Souveränität“, ARNDT-Verlag, 1987, ISBN 3-88741-017-3; S. 52, 56, 58, 59, 60, 61, 62, 66, 67, 68, 69, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 89

[21] Institut für Zukunftsforschung (Hrsg.), „Ausländer oder Deutsche – Integrationsprobleme griechischer, jugoslawischer und türkischer Bevölkerungsgruppen“, mit Vorworten von Lieselotte Funcke, Peter Menke-Glückert u. Volker Schmidt, Bund-Verlag GmbH, Köln 1981, ISBN 3-7663-0511-5; S. I, III, VIII, 13, 14

[22] Johannes – Dieter Steinert, „Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945 – 1961“, secolo Verlag, Osnabrück 1995, ISBN 3-929979-14-4; S. 223, 224, 225, 227, 234, 235, 236, 237, 238, 278, 281, 305, 306, 307, 308, 335, 336

[23] Pierre Krebs, „Im Kampf um das Wesen – Ethnosuizid in der multirassischen Gesellschaft der judäochristlichen Zivilisation des Westens

oder ethnokulturelle Neugeburt Europas in der organischen Demokratie indoeuropäischer Prägung?“, Burkhart Weecke Verlag Horn, ISBN 3-88080-190-8, 1996; S. 11, 12, 13, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 88, 89, 95, 96, 97, 98, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, 109, 125

[24] „Warum Völkervermischung? Überfremdung Europas – Hintergründe und Folgen“, HUGIN e.V., 5802 Wetter 4, Selbstverlag, Gesellschaft für politisch-philosophische Studien e.V., 1979; S. 25

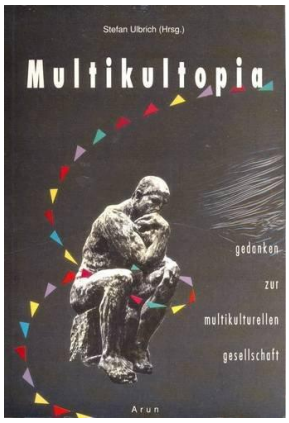
[25] Frank Hills, „Die Liquidierung Deutschlands“, Verlag Anton A. Schmid – Pro Fide Catholica 2005, ISBN 3-938235-05-5; S. 28, 29, 65, 103, 119, 137, 146, 147, 157, 159, 160, 170, 171, 172, 177, 178, 179, 197

[26] Frank Hills, „Deutschland im Würgegriff seiner Feinde“, Verlag Anton A. Schmid – Pro Fide Catholica 1999, ISBN 3-932352-36-X; S. 6, 7, 11, 12, 90, 96, 114, 120

[26a] Dr. jur. Beat Christoph Bäschlin, „Der Islam wird uns fressen – Der islamische Ansturm auf Europa und die europäische Komplizen dieser Invasion!“, Selvapina – Verlag CH-6652 TEGNA, 1990; S. 61, 62, 94, 95

[26b] Jacques Ploncard d’Assac, „Das Geheimnis der Freimaurer“, PRIESTERBRUDERSCHAFT ST. PIUS X. STUTTGARR 1990; S. 144, 145, 146, 147

[26c] Karl Baßler, „Ausländerkosten – Eine Bilanz – Die ungeheure finanzielle Belastung der deutschen Steuerzahler durch die Gastarbeiter-Ausländer pro Jahr (Stand 1993); S.



[27] Hermann Kassander, „Die Deutsche Minderheit in der Bundesrepublik“, Verlag IKU (ca. 1970 publiziert), 61 Darmstadt; S. 2, 3, 4, 5, 11, 24, 25, 66, 67, 68, 71, 73, 74, 75, 81, 82, 83, 84, 85, 92, 93, 95, 96,

[28] Friederike Beck, „Das Guttenberg Dossier – Das Wirken transatlantischer Netzwerke und ihre Einflußnahme auf deutsche Eliten“, zeitgeist Print & Online, Ingelheim am Rhein 2011, ISBN 978-3-943007-00-8; S. 139, 140, 141, 155, 156, 164, 165, 193,

[29] John Coleman, „Der Club of Rome – Die größte ‚Denkfabrik‘ der Neuen Weltordnung“, J. K. Fischer-Versandbuchhandlung, Copyright: © 2005-2011, ISBN 978-3-941956-12-4; S. 36, 37, 38

[30] Richard Melisch, „Der letzte Akt – Die Kriegserklärung der Globalisierer an alle Völker der Welt“, Tübingen: Hohenrain-Verlag 2007, ISBN 978-3-89180-080-5; S. 37, 38, 39, 43, 43, 45, 46, 83, 84, 158, 204, 205, 211, 212, 213, 214, 249, 250, 256, 258, 261, 262, 273, 274, 286, 287, 288, 289, 290, 304, 305,

[31] Helmut Brückmann, „Die kopernikanische Wende in der Politik – Vorder- und Hintergründiges zu politischen Gegenwartsfragen“, Lühe-Verlag GmbH, 1991, ISBN 3-926328-53-3; S. 11, 12, 19, 29, 30

[32] Gerd Schmalbrock, „Die Wahrheit kann nicht schaden – Die Geschichte des Antisemitismus, Begründung und Frühzeit“, Verlag IKC PRESSE Gladbeck, 1981, ISBN 3-921278-19-8; S. 15, 16, 28

[33] Götz Kubitschek, Michael Paulwitz, „Deutsche Opfer, fremde Täter – Ausländergewalt in Deutschland – Hintergrund – Chronik – Prognose“, antaios thema, 2011; S. 11, 21, 22, 23, 26, 30, 33, 36, 38, 40, 43, 44, 62, 65, 66, 67, 91, 121, 123, 126, 127, 128, 129, 144, 154, 155, 156, 202